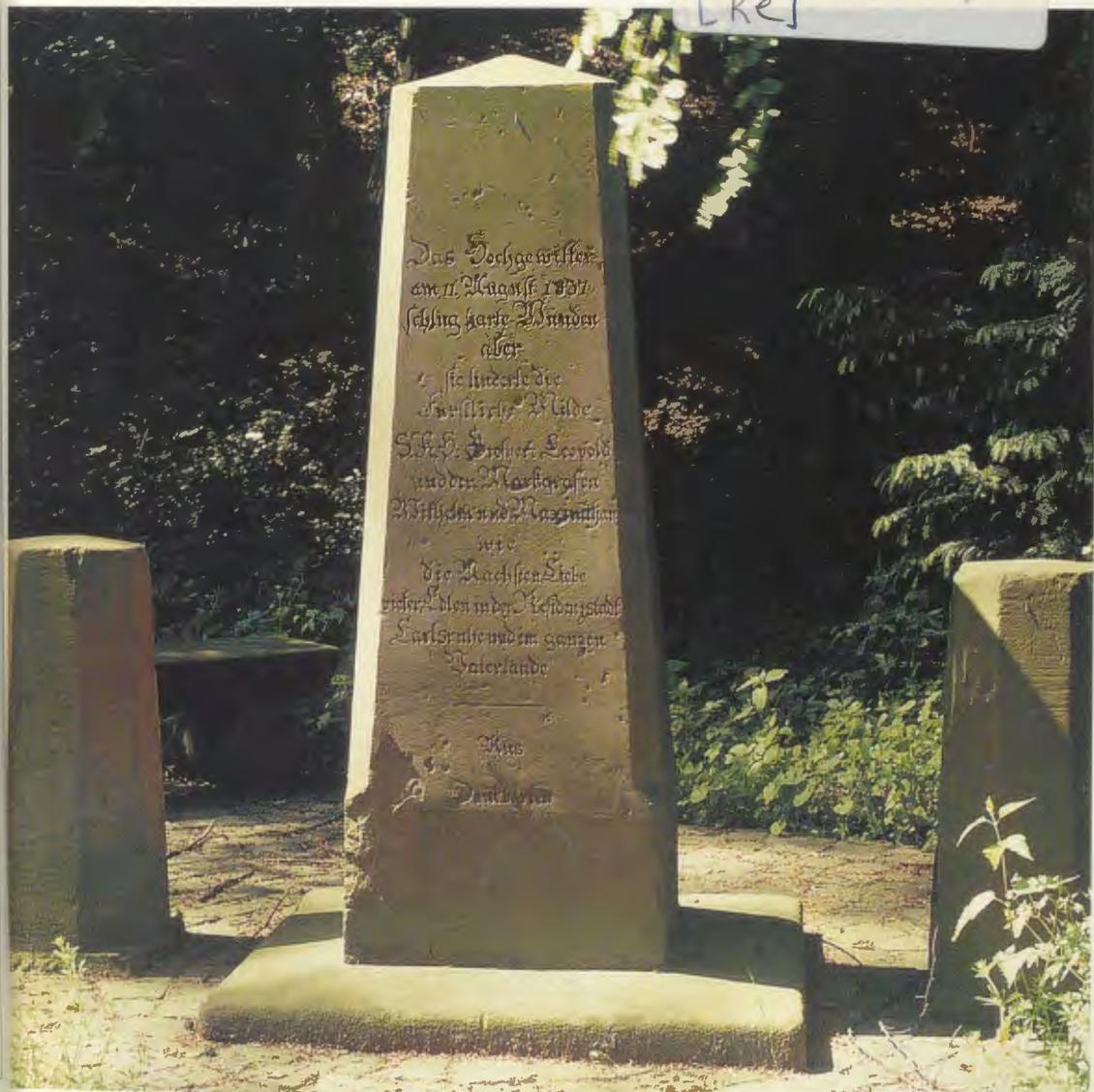


# Badische Heimat



Zeitschrift für  
Landes- und Volkskunde  
Natur-, Umwelt-  
und Denkmalschutz

Sch Ob Ma Hn BW  
[Re]



Das Hochzeitsfest  
am 11. August 1887  
sahung hatte Wunder  
aber  
ste hnderte die  
Sachliche Milde  
Sich. D. D. D. D. D. D.  
und der Markgraf  
Wittchen und Max  
wie  
die Nachsten  
erster den in der  
Landschaft und im ganzen  
Vaterlande

11/05/99

# Wir machen den Weg frei

*für optimale Erträge Ihres Vermögens  
– auch in den kommenden Jahren*



**Die freundlichen  
Banken mit  
Kompetenz vor Ort**  
<http://www.vrnet.de>

Ab dem 1. Januar 2000 werden die Sparerfreibeträge durch das Steueränderungsgesetz halbiert.

Wenn Sie auch dann optimale Erträge für Ihre Ersparnisse erzielen möchten, sollten Sie schon jetzt mit uns sprechen.

Wir bieten Ihnen interessante Anlagemöglichkeiten.

Lassen Sie sich von uns umfassend informieren und kompetent beraten.



**Volksbanken Raiffeisenbanken Spar- und Kreditbanken**

Unser Finanzverbund:

**SGZ-Bank**  
Spar- und  
Kreditbank  
Frankfurt

**Spar- und  
Kreditbank  
Halle**

**RHV**  
Rhein-  
Veränderung

**Süddeutsche  
Kreditwirtschaft**

**DE**  
Deutsche  
Genossenschafts-  
Hypothekendarlehen

**Mäurer  
Hypothekendarlehen**

**DIFA**  
Deutsche  
Investmentbank

**DIFA  
Investment**

**VR-  
Leasing**

**BB** Bank  
Bayerische  
Sparkassenbank AG

# Badische Heimat

MEIN HEIMATLAND  
ISSN 0930-7001

Herausgeber:

Landesverein Badische Heimat e. V.

Für Heimatkunde und Heimatpflege, Natur- und Denkmalschutz,  
Volkskunde und Volkskunst, Familienforschung

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wird vom Land  
Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium  
Freiburg, unterstützt.

Landesvorsitzender:  
Adolf Schmid, Freiburg

Schriftleitung und Redaktion:  
Heinrich Hauß  
Weißdornweg 39, 76149 Karlsruhe  
Tel.: 07 21-75 43 45

Geschäftsstelle:  
Haus Badische Heimat,  
Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg  
Tel. (07 61) 7 37 24  
Fax (07 61) 7 07 55 06

Geschäftszeiten:  
Mo. 14.00–18.00 Uhr  
Di 8.00–12.00 Uhr  
Do 8.00–12.00 Uhr

Internet: <http://www.badische-heimat.de>  
e-mail: [info@badische-heimat.de](mailto:info@badische-heimat.de)

Diese Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten. Jahrespreis für Einzelmitglieder 50,00 DM; Preis des Heftes für Nichtmitglieder 14,00 DM. Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ausschließlich deren Verfasser verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte, Bildmaterial und Besprechungsstücke wird keine Haftung übernommen. Rücksendung bei unangeforderten Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte der Vervielfältigung und Verbreitung behält sich der Landesverein vor. Veröffentlichte Manuskripte gehen in das Eigentum des Landesvereins über.

Zahlstellen des Landesvereins:  
Postbank Karlsruhe,  
Kto.-Nr. 16468-751, BLZ 660 100 75  
Sparkasse Freiburg - Nördl. Breisgau  
Kto.-Nr. 20 032 01, BLZ 680 501 01  
Spenden bitte an das  
Kto. der Stadt Freiburg  
Nr. 2010012 bei der Sparkasse Freiburg  
Vermerk: „Spende Badische Heimat“  
bitte nicht vergessen

Gesamtherstellung:  
G. Braun electronic media services GmbH  
Anzeigenverwaltung: Rolf Dambach  
Karl Friedrich Str.14-18,  
76133 Karlsruhe  
Tel. (07 21) 16 5-2 59, Fax (07 21) 1 65-8 38  
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig  
Reproduktionen:  
G. Braun electronic media services GmbH

# Inhalt

<b>Vorwort</b>		<i>Die (Gemeinde-) Archive</i>	
Adolf Schmid, Freiburg . . . . .	227	Elmar Vogt, Hausen im Wiesental . . . . .	356
<i>„Fürstenberg verkauft“</i>		<i>Das Wasserhaus zu Niederweiler</i>	
Adolf Schmid, Freiburg . . . . .	228	Kurt Andermann, Stutensee . . . . .	363
Abschied von Frau Maria Beck . . . . .	229	<i>Carolus Vocke</i>	
<b>I. 48er Revolution</b>		Kurt Svoboda, Mannheim . . . . .	369
<i>Bericht vom Biertisch der Revolution</i>		<i>Marina Zwetajewa und der Schwarzwald</i>	
Hans-Joachim Hirsch, Mannheim . . . . .	230	Adolf Schmid, Freiburg . . . . .	376
<i>Die Mannheimer Barrikade</i>		<i>Tu, Felix Sickingen, nube . . .</i>	
Hans-Joachim Hirsch, Mannheim . . . . .	246	<i>Sickingen – ein Hort vorderösterreichischer</i>	
<i>Die Revolution in Baden 1848/49 –</i>		<i>Politik in Ebnet</i>	
<i>Joseph Kilmarx</i>		Adolf Schmid, Freiburg . . . . .	378
Inge Messer, Rastatt . . . . .	257	<i>„Die Zeit der schönen Nöte“. Staatliche</i>	
<i>Der Amtbezirk Triberg im Rahmen der</i>		<i>Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe in</i>	
<i>Revolution 1848/49</i>		<i>den 50er Jahren</i>	
Herbert Broghammer, Worms . . . . .	262	Leonhard Müller, Karlsruhe . . . . .	387
<b>II. Fachhochschulen</b>		<b>IV. Renovierungen</b>	
<i>Mannheim und die technische Bildung</i>		<i>Renovierung und Ausbau der Talvogtei als</i>	
Wolfram Förster, Mannheim . . . . .	286	<i>Rathaus der Gemeinde Kirchzarten</i>	
<b>III. Geschichte</b>		Hartmann M. Schärf, Buchenbach . . . . .	393
<i>Die Überschwemmung des Wetterbachs im</i>		<b>V. Nachtrag</b>	
<i>August 1837</i>		Jahresrückblick 1998 –	
Hansmartin Schwarzmaier, Karlsruhe . . . . .	311	Regionalgruppe Bruchsal . . . . .	422
<i>„Der flotteste Pfarrherr Christoph Schmezer</i>		<b>VI. Kommentar</b>	
<i>vor zweihundert Jahren geboren“</i>		<i>Etikettenschummelei</i>	
Reiner Haehling von Lanzenauer,		Reiner Haehling von Lanzenauer,	
Baden-Baden . . . . .	324	Baden-Baden . . . . .	425
<i>„In einem badischen Städtchen“ –</i>		<b>VII. Rückmeldung . . . . .</b>	<b>426</b>
<i>Die Großmutter des Dichters Bertold Brecht</i>		<b>VIII. Landesverein</b>	
Johannes Werner, Elchesheim . . . . .	329	Ein herzliches Dankeschön . . . . .	428
<i>Grenzfluß und Brückenbau – der Rhein</i>		Gerhard Hoffmann, Rastatt ausgezeichnet . .	430
Adolf Schmid, Freiburg . . . . .	338	<i>Thomas Burth wurde mit der 40. Johann</i>	
<i>Vor hundert Jahren: Das Trachtenfest in</i>		<i>Peter Hebel-Gedenkplakette geehrt</i>	
<i>Haslach im Juni 1899</i>		Elmar Vogt, Hausen . . . . .	431
Alois Krafczyk, Haslach . . . . .	341	<b>IX. Buchbesprechungen . . . . .</b>	<b>433</b>
<i>Taschenuhren aus dem Schwarzwald</i>			
Hubert Kahlert, Furtwangen . . . . .	345		
<i>Der Tag des offenen Denkmals in Mannheim</i>			
Monika Ryll, Mannheim . . . . .	351		

# Vorwort

## WER KÜMMERT SICH UM DAS KULTURELLE ERBE DER EINGEGLIEDERTEN ALTEN GEMEINDEN?

Vor rund fünfundzwanzig Jahren gab es durch eine kräftige Verwaltungs- und Kreisreform in Baden-Württemberg Grenzverschiebungen und Traditionsbrüche, die bis heute teilweise schmerzen. Gemeindezusammenführungen, Korrekturen der Kreisgrenzen und der Regierungspräsidien – vielen waren diese Reformen damals zu radikal, gingen an die Wurzeln des geschichtlichen Selbstverständnisses. Und es gibt sicher heute noch viele, die sich vor allem mit einigen mutwilligen Verlagerungen zwischen Badenern und Schwaben ungen abfinden wollen. Die erhoffte Integration ist sicher noch nicht überall gelungen. So soll der vor kurzem aus dem Amt geschiedene Freiburger Regierungspräsident Dr. Schröder die Erfahrung gemacht haben, daß das Badnerlied selten so inbrünstig gesungen wird wie in Überlingen, das nach Tübingen orientiert worden ist; daß Schröder das Alemannische in Rottweil oder in Tübingen nicht besonders ins Spiel brachte, war sicher taktisch klug.

Vergessen sei die Hick-Hack-Politik, die vor einem Vierteljahrhundert die Gemüter erregte, weiter zu reformieren, wäre derzeit sicher unklug. Aber nicht vergessen darf man, was an kulturellem Erbe in den alten Landkreisen, vor allem aber in den alten Ortschaften sich erhalten hat, die durch Eingemeindung, Zusammenschluß und Namensänderung in ihrer Identität stark getroffen wurden. Karlsruhe hat sieben alte Gemeinden eingegliedert, Freiburg acht, Kehl und Villingen haben gar zehn Orte einge-

meindet, Offenburg elf, Buchen dreizehn (Horb am Neckar hat wohl den Rekord mit achtzehn Eingemeindungen und wird nun wohlwollend vom Regierungspräsidium Karlsruhe betreut).

Daß es zu keinem endgültigen Bruch in der Kontinuität der jeweiligen Geschichte kommt, daß die ursprünglichen, natürlichen Bezüge erhalten bleiben, daß die politischen Entscheidungsträger diese neuen Teile der Stadtgeschichte in ihrer Vielfalt sensibel berücksichtigen, wollen wir hoffen, muß aber schlicht auch erwartet werden. Die Vielfalt des kulturellen Erbes bereichert jede Stadt; die Bewohner der neuen Vororte müssen die Chance erhalten und auch darum kämpfen, daß ihr Lebensraum und ihre Wohnstätten nicht einer rabiaten Stadtplanung geopfert werden. Hier Zukunft mitgestalten fordert viel bürgerschaftliches Engagement. Nutzen wir alle unsere Möglichkeiten, zwar global zu denken, aber vor allem auch lokal zu handeln, lokale Identitäten zu erhalten und die Vielfalt des kulturellen Erbes zu bewahren.

Denkmalpflege ist unsere vornehmste Aufgabe, also:

Denk – mal nach über historische Entwicklungen, vor allem auch über architektonische Sehenswürdigkeiten aus alter und neuer Zeit und

Denk – mal nach, wie rasch sich in unseren Tagen der Wandel unserer schönen Naturlandschaft zur Kulturlandschaft vollzieht. Es gibt dabei viel zu bedenken und viel zu tun, zu wahren und zu wehren.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr  
Adolf Schmid

# „Fürstenberg verkauft“

Pressemeldungen vom 12. Mai 1999 haben uns aufgeschreckt:

Das Haus Fürstenberg habe *erneut* wertvolle Bestände seiner Hofbibliothek an ein anglo-amerikanisches Antiquariat veräußert. Noch ist die Erinnerung an den Verkauf der wertvollen Handschriften 1993 nicht verblaßt, auch nicht Ärger und Unmut, daß einmaliges Kulturgut der Region außer Landes kam.

Immerhin konnten wir feststellen, daß nun in solchen Fällen generell Kontakte mit den zuständigen Landesstellen bestehen, immer das Angebot von Vorverhandlungen und Vorausswahl gemacht wird (so versichert von Frau Schneider, Stuttgarter Landesbibliothek). Im

aktuellen Fall sei sorgfältig abgewogen worden, tatsächlich auch sehr viel *Qualität* angehäuften worden, soweit es die finanziellen Möglichkeiten erlaubten. Es habe sich um *unterschiedlich wertvolle Bücher* gehandelt, 30 000 Bücher seien noch *zurückgehalten* worden, Bücher mit konkretem Landesbezug (so bestätigt von Frau Dr. Bernhard vom Wissenschaftsministerium). Ganz optimistisch ist man im Ministerium, daß auch die wertvolle Musiksammlung der Fürstenberger im Lande bleibt. Das wollen wir in der Tat hoffen.

Adolf Schmid

## Bitte vormerken:

Am Sonntag, 17. Oktober 1999 feiern wir in Freiburg (15 Uhr, Historisches Kaufhaus):

\* 1909: Gründung und

\* 1949: Wiedegründung der Badischen Heimat.

Festvortrag von Prof. Dr. Helmut Engler, Minister a. D., über Badische Identitäten.

Das gesamte Festprogramm mit Einladung in Heft 3/1999.

# Abschied von Frau Maria Beck



Oben, von links: Rolf Kohler, Landesrechner, Adolf Schmid, Landesvorsitzender;

Unten, von links: Gabriele Kelle, Hannelore Kohler, Maria Beck

Ende April hat Frau Maria Beck nach sechszehnjähriger Tätigkeit ihre Arbeit in unserer Freiburger Geschäftsstelle beendet. In kleinem Kreis haben wir ihr gedankt und sie verabschiedet. Die nächste Beiratssitzung am 19. Juni in Achern und das Jubiläum der *Badischen Heimat* am 17. Oktober werden Gelegenheit geben, den großartigen Einsatz von Frau Beck für unsern Landesverein zu würdigen.

Seit 1. Mai ist nun Frau Gabriele Kelle, die wir ganz herzlich begrüßen, zusammen mit Frau Hannelore Kohler in unserer Geschäftsstelle tätig.



„Haus Badische Heimat“, Freiburg



Frau Maria Beck

## Bericht vom Biertisch der Revolution

### Die Offenburger Versammlung 1847 und ihre Mannheimer Teilnehmer

Als am 12. September 1847 im badischen Städtchen Offenburg die demokratische Opposition einen Kongreß abhielt, der als „Offenburger Versammlung“ in die Geschichte eingehen sollte, hatten die Einladung zu dieser Veranstaltung neben Oppositionspolitikern aus Heidelberg und Offenburg auch fünf Mannheimer unterzeichnet. Diese am vorrevolutionären Bankett beteiligten Männer vertraten aber nur eine Seite der örtlichen Parteienentwicklung. Neben der publikumswirksam auftretenden Mannheimer „Advokantentrioka“ Friedrich Hecker, Gustav Struve und Elias Eller und ihrem zahlreich erschienenen Anhang fand sich im Publikum auch eine Gruppe Mannheimer Bürger, die in der frühen Parteienlandschaft ein konservatives Programm repräsentierten und die als kritische Beobachter gekommen waren. Die Identifizierung dieses Zusammenschlusses und seines Programms wurde zwar schon als Forschungsziel genannt, bisher aber nur in Ansätzen geleistet. Wir stehen also vor dem Problem, die wenigen Informationen, die der Stadthistoriker Friedrich Walter in seiner 1907 erschienenen Stadtgeschichte „Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart“<sup>1</sup> geben konnte und die seinen Zeitgenossen vielleicht durchaus genügten, durch eine Neubearbeitung der greifbaren Quellen zu ergänzen.

In den Beständen des Generallandesarchivs in Karlsruhe ist ein Vorgang dokumentiert, der den Verlauf der Offenburger Versammlung wiedergibt und der auf den Mannheimer Parteienzweigt zurückgeht. Es handelt sich um einen umfangreichen Bericht über die Veranstaltung, der schon einen Tag später, nämlich am

13. September 1847 von seinem Verfasser bei der Mannheimer Polizeibehörde abgeliefert wurde. Sein Inhalt wurde vom Stellvertreter des Regierungsdirektors, Geheimrat Franz Peter Wallau, für so brisant gehalten, daß er ihn unter Nennung des Namens seines Konfidenten noch am selben Tag an das Karlsruher Justizministerium weiterleitete.<sup>2</sup>

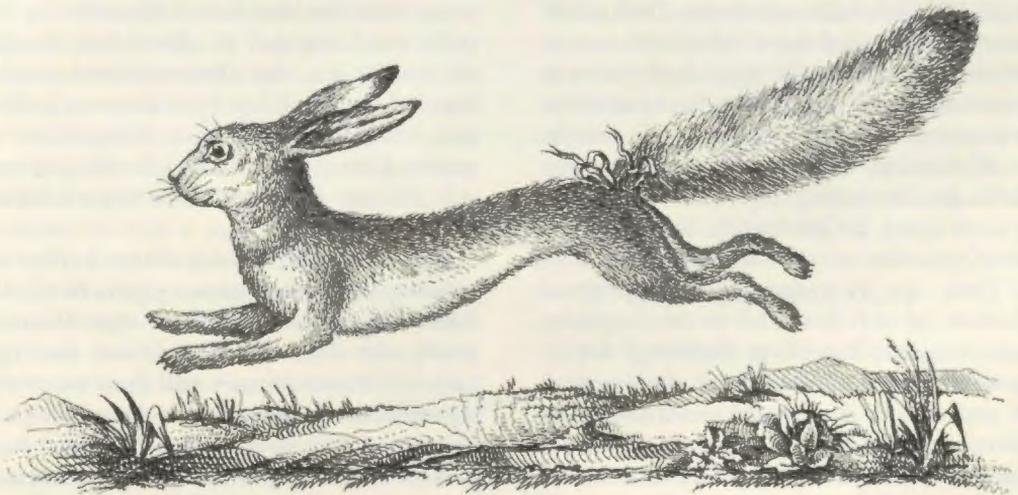
Bei dem als Autor genannten handelte es sich um den Mannheimer Bäckermeister August Berberich, in Bruchsal geboren und seit 1832 Bürger von Mannheim. Seine Ehefrau stammte aus dem Dorf Feudenheim bei Mannheim, er selbst war zeitweise Zunftmeister der Bäckerinnung und Mitglied der Theaterkommission gewesen. Im Jahr der Offenburger Versammlung betrieb er den Diffenéschen Bierkeller. Der frischgebackene Wirt hatte in einem umfangreichen Protokoll alles über die Versammlung seiner politischen Gegner festgehalten, was er für erwähnenswert hielt und somit den Behörden wesentliche Informationen über den Stand der Diskussion bei den Radikalen um Hecker und Struve geliefert. Berberich handelte nicht als Einzelperson und die mit dem Bericht der Behörde geleisteten Dienste waren nicht die Frucht einer guten Bezahlung, sondern politischer Überzeugung. Er gehörte zu einer kleinen Gruppe von Mannheimern, die gemeinsam das Bankett besucht hatten, und deren Anwesenheit der Redakteur der „Mannheimer Abendzeitung“ Johann Peter Grohe mit offensichtlichem Mißtrauen registriert hatte. Er unterstellte ihnen, *sich unter dem Aushängeschilder entschiedener Verfassungsfreundlichkeit eingeschlichen, dort feiger Weise*

geschwiegen und hintenher über dieselbe lügenhafte und verleumderische Berichte<sup>3</sup> ausgestreut zu haben. In Berberichs Begleitung befanden sich als zweiter Hauptakteur der Gruppe der Tapezierergeselle Ferdinand Adrian, sowie der Mannheimer Bierbrauermeister und Getränkewirt Philipp Bissinger, Küfermeister Johann Peter Schaaf und der Wirt des Ausflugslokals zur Rheinlust, Johann Georg Richard-Janillon, dessen kuriose Privatfehde mit den Mannheimer Radikalen Stoff für einen weiteren unterhaltsamen Beitrag bieten könnte.

Redakteur Grohe wußte sehr wohl, warum er die öffentliche Erwähnung dieser Festbesucher den Lesern seiner oppositionell eingestellten Tageszeitung nicht vorenthalten wollte. Um dieses Wissen zu teilen, müssen wir zeitlich etwas weiter ausholen. Die Verfassungsfeier von 1843, in vielen Städten als Festtag für das junge Großherzogtum Baden begangen, ließ noch keine Unterschiede in den Bestrebungen des Bürgertums erkennen. Die Interessen der Mannheimer Bürgerschaft schienen in den Anfängen des politischen Liberalismus noch durchaus mit der Konstitution des monarchi-

schen Staatswesens vereinbar. Aber an der Haltung der Monarchie in den folgenden Jahren zerbrach diese Fiktion. Die Herausbildung eines selbstbewußten städtischen Gemeinwesens waren dem Beamtenapparat in Karlsruhe und der konservativen Regierung ebenso ein Dorn im Auge wie die tumultartigen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, die sich in Wirtshaushändeln zwischen Bürgern und Soldaten oder in Straßenkrawallen entluden. Staatliche Sanktionen, die in einer Zurücksetzung der wirtschaftlichen Interessen der Stadt bestanden, etwa in der Frage des Anschlusses an das Schienennetz der ersten Eisenbahnlinien, führten zu einer Spaltung der öffentlichen Meinung. So verbanden sich auf der einen Seite mit einer wachsenden politischen Opposition im liberalen Sinne auch wirtschaftliche Interessen, so daß der Radikalismus sich auf eine breite Bewegung stützen konnte - eine Demokratiebewegung, die ganz Mannheim zu mobilisieren schien und deren charismatische Führer, Hecker und Struve, seither ihren Platz in der Ahnengalerie eines demokratischen Deutschland innehaben.

*Conservativ — — — Liberal*



*O! Eisele und Beisele was iesel das?  
Es iesel koin/Fuchs, und iesel koin/Haas!*

Auf der anderen Seite regte sich innerhalb der Bürgerschaft auch eine „konservativ-liberale“ Interessengruppe, die ganz zu Recht der Artikulation kritischen Gedankenguts die Schuld gab an der Zurücksetzung Mannheims. Sie plädierte für mehr Subordination gegenüber der Staatsgewalt, um die Interessen der Stadt zu wahren. Ihr politisches Glaubensbekenntnis ließ sich infolgedessen auf einen zentralen Programmpunkt reduzieren, der darin bestand, die drohende Eskalation des Ringens zwischen der radikaldemokratischen Linken und der Monarchie einseitig abzusagen: *Der wahrhaft freisinnige Bürger seines Vaterlandes will keine Revolution, sondern eine allgemeine Fortentwicklung auf dem Wege des Friedens und der Eintracht, auf welchem Wege allein wahres Glück und wahrer Wohlstand zu hoffen ist.*<sup>4</sup>

## I. AUFSTAND DER BIEDERMEIER

Am 25. Dezember 1846 rief eine Gruppe von Bürgern zu einer Versammlung im Rheinausaal in B 5 auf, die eine kritische Begutachtung der seit wenigen Jahren in die Hände eines städtischen Gremiums übergegangenen Geschäftsführung des Mannheimer Theaters zum Inhalt haben sollte. Wortführer der Kritiker war der erwähnte Bäcker August Berberich, der als Diskussionsgrundlage eine Denkschrift erarbeitet hatte und kurz zuvor von seinem Amt als „Theatersekretär“ zurückgetreten war. Seine Argumente gegen die neue, bürgerliche Theaterverwaltung und für eine Wiederkehr des „Hoftheaters“ hielten jedoch den kritischen Nachfragen der erschienenen Kommunalpolitiker nicht stand, die großenteils der demokratischen Opposition zuzurechnen waren. Als diese am Ende der Veranstaltung die Oberhand behielten, tat sich Berberich in den folgenden Tagen mit dem Tapezierer Ferdinand Adrian zusammen. Sie verabschiedeten ein Manifest, das unter dem Deckmantel eines Neujahrsgrußes grundlegende Kritik am Treiben der radikalen Partei formulierte. Adressiert an die *Bürger Mannheims zum neuen Jahre* versuchte es, wie es ja heute noch eine beliebte Taktik im politischen Leben zu sein pflegt, einen Keil zwischen die Führer der Bewegung und ihre Basis zu treiben. Von *einigen Bürgern aus dem*

*Gewerbestände* unterzeichnet, die möglichst in der Anonymität zu bleiben versuchten, wurde *mit Wehmuth beklagt, wie einträchtig... früher alle Stände zusammengelebt hätten.* Die Schuld daran, daß sich diese paradiesischen Zustände geändert hätten, wurde dem Treiben der Radikalen und ihrer Führer angelastet. Ein wesentliches Motiv für solche Angriffe bestand in der Unterstellung, die gesamte Mannheimer Kommunalpolitik werde von der Oppositionspartei bestimmt, die zu allem Überfluß auch noch dafür Sorge, daß alle zu vergebenden Posten unter ihren Anhängern aufgeteilt würden. Namentlich fühlten sich die Schreiber des Manifests von einem Vorfall aus dem Vorjahr provoziert, den sie als Machtdemonstration der Radikalen interpretierten und zu welchem sie die provozierende Frage stellten: *Was war das mit dem neuen Rathschreiber anders als eine derartige Demonstration? In welche Bestürzung und Gefahr hatten die Priester der sogenannten Volkspartei im vorigen Jahre unsere Stadt versetzt, weil sie an dem Worte nicht wollten deuteln lassen, und nun verdrehen und umgehen sie selbst das Gesetz, blos um ihren Partezwecken zu genügen?*<sup>5</sup>

Verschiedene Aktivitäten der Gruppe, wie die Anfechtung der Wahlen zum Bürgerauschuß, sorgten für eine zunehmende Mißstimmung zwischen den beiden Parteien. Im Juni stellte ein Leitartikel im „Deutschen Zuschauer“ empört fest, das *Denunciantenwesen sei ärger als je.* Das Klima habe darunter gelitten, daß sich in Mannheim zum „Morgenblatt“ als zweites Blatt die *zum Hohne des Bürgerthums* sich „Bürgerfreund“ nennende Zeitung Adrians gesellt habe.

*Mit Hilfe dieser beiden Blätter werden alle möglichen Verläumdungen gegen mißliebige Personen und Vereine in die Welt hinausposaunt, um dann auf den Grund derartiger Lügen, Untersuchungen und Vexationen aller Art einleiten zu können. Auf diese Weise wurden namentlich zwei, der in Mannheim bestehenden und entschieden günstig wirkenden Vereine, nämlich der Turnverein und der Montagsverein, (ein Verein zur Verständigung über religiöse Fragen), wiederholt verdächtigt. Zur Ueberwachung des letztern wurden Polizeidiener abgesendet! Polizeidiener, Leute*

*ohne alle wissenschaftliche und ohne alle sonstige höhere Bildung, sollen einen derartigen Verein überwachen!*<sup>6</sup>

Die Exponenten der radikalen Partei begegneten den Anfeindungen der „Bürger im engeren Sinne“ – wie sie nach ihrem Gründungspamphlet genannt wurden – mit ähnlich heftigen Ausfällen wie die Angreifer. Gemeinderat Valentin Streuber stellte in einer öffentlichen Versammlung den Anführer der Gegner bloß, indem er *einige treffende Züge aus dem bisherigen Treiben des Herrn Berberich* publik machte. Nachdem dieser durch seinen Einfluß in den kleinen Bürgerausschuß gewählt worden sei, habe sich Berberich, *der sich jetzt gegen die Art der Wahlen so aufwerfe, . . . unter Selbstanpreisung seiner Befähigung und guten Vorsätze als Candidaten bei ihm gemeldet und sei gar rührig mit bei diesen Wahlen thätig gewesen*, so lange er auf persönliche Vorteile und Anstellung gehofft habe. Erst als ihm die Stelle als Ratschreiber entgangen sei, habe er wieder rechtsam gemacht und sei aus dem kleinen Ausschuß ausgetreten. Streuber ging so weit, dem angegriffenen Berberich die für eine Kandidatur seiner Meinung nach notwendigen Tugenden, *Tüchtigkeit und einen selbstständigen ehrenwerten Charakter*, abzusprechen.<sup>7</sup>

Die Versammlung, auf der Streuber Berberich so bloßstellte, war von den „Bürgern im engeren Sinne“ selbst in den Saal des Badner Hofes einberufen worden, um dem in unveränderter Zusammensetzung präsentierten Kandidatenvorschlag zur Bürgerausschuwahl eine Liste aus den eigenen Reihen entgegensetzen. Doch die liberale Partei, verärgert über das aggressive Auftreten der Gegner und deren publizistische Offensiven, setzte ihre zahlenmäßige Überlegenheit zu einem gelungenen Überraschungsschlag ein. Mit fast 600 Besuchern war der Andrang zu der Veranstaltung unerwartet groß, aber Freude konnte bei Berberich und seinem Anhang kaum aufkommen, da sie nur eine geringe Minderheit unter den Anwesenden darstellten. So gelang es Berberich nur, ein paar einleitende Sätze zum Zweck der Versammlung zu sagen. Denn schon gleich nach dieser Begrüßung stellte der Verleger Heinrich Hoff den Antrag auf Wahl eines Vorsitzenden, dem sich Berberich verständlicher-

weise widersetzte: *Er machte geltend, er habe die Versammlung zusammenberufen und wolle an sie vor Allem die Frage stellen, ob Mannheims Bürger frei und selbstständig wählen wollten oder nicht. Auf die Einwände von Johann Peter Grohe und Friedrich Hecker, die ihm vorwarfen, er, der „Feind der Bevormundung, werde doch nicht die Versammlung beherrschen wollen“, erwiderte er: „Ich habe die Versammlung zusammenberufen, habe den Saal gemiethet und bezahlt(!) und will Ihnen diese Frage stellen. Wird diese verneint, so ziehen wir uns zurück. Ich frage daher: Sind Sie damit einverstanden, daß . . . Hier unterbrach den kühnen Volkstribunen ein allgemeines ‚Nein‘, worauf er sich mit seinem Begleiter Adrian unter Bücklingen und unter schallendem Gelächter, begleitet mit dem Rufe ‚Eisele und Beisele‘ zur großen Erheiterung aller Anwesenden zurückzog.*

*Zwei oder drei der Anwesenden sollen Ihnen noch auf diesem glorreichen Rückzug gefolgt sein.*<sup>8</sup>

Unter dem Vorsitz von Karl Mathy besiegelten die Zurückgebliebenen ihren Sieg über die unterlegene Partei. Auf Ansprachen von Friedrich Hecker und Gustav von Struve folgte die moralische Vernichtung des Gegners mittels der erwähnten Indiskretionen über Berberichs politische Ambitionen. Selbst die dürftige Rache der Vertriebenen, die bei ihrem Abgang die Lichter auf der Treppe gelöscht hatten, wurde vom Berichterstatter der „Mannheimer Abendzeitung“ erfindungsreich umgemünzt, indem er folgerte, die Bürger Mannheims hätten den Weg auch ohne das Licht der Herren Berberich und Adrian gefunden und würden ihn in Zukunft auch finden.

## II. DER PROTOKOLLANT

Die Verstimmung der beiden gegnerischen Parteien war also auf einem Höhepunkt angelangt, als die Einladungen zur Offenburger Versammlung ergingen. Geplant war ein Treffen von *entschiedenen Freunden der Verfassung*, dessen Zweck vorsichtig formuliert wurde: Man wolle sich über die Zustände des badischen *Verfassungslebens* besprechen und verständigen. Die Einladung zu dieser Versammlung ging von einem fünfzehnköpfigen Kreis von Politikern



Nach dem Leben.

Kordheim sc.

## Struve

Zu Meyer's Histor. Genie. Verlag des Verlags-Instit.

*Der Schriftsteller und Jurist Gustav von Struve soll auf der Offenburger Versammlung sein Adelsprädikat abgelegt haben*

(Stadtarchiv Mannheim)

aus den Städten Offenburg, Mannheim und Heidelberg aus. Die Stadt Offenburg wurde zum Versammlungsort gewählt, weil sie *so ziemlich im Mittelpunkt* des Großherzogtums und an der Eisenbahnstrecke lag, so daß es fast allen Bewohnern des Landes möglich sein mußte, zur bestimmten Stunde um 1 Uhr in Offenburg einzutreffen, *wenn sie desselben Tages Morgens frühe ihre Heimath verliessen*.<sup>9</sup> Der Kreis der Mannheimer Unterzeichner dieser Einladung bestand aus schon den erwähnten Führern der demokratischen Bewegung: Neben Friedrich Hecker, Gustav von Struve, Valentin Streuber und Johann Peter Grohe wäre nur der Advokat Elias Eller an dieser Stelle noch nachzutragen.

Kurioserweise wollen auch Berberich und seine Freunde solche Einladungen persönlich erhalten haben. Ihr von der vergangenen Niederlage angeheizter Zorn auf die Radikalen suchte nach einem Ventil und so verließen nicht nur *entschiedene Verfassungsfreunde* ihren Heimatort, um den Verlauf der Versammlung zu beobachten. Auch Berberich und seine „Bürger im engeren Sinne“ machten sich am 12. September 1847 auf den Weg nach Offenburg.

In seinem Bericht hob Bäckermeister Berberich die Rolle der aus Mannheim stammenden Versammlungsredner besonders hervor. Die Tatsache, daß neben den Bildnissen der oppositionellen Kammermitglieder, mit denen der Saal ausgeschmückt war, auch ein Porträt von Gustav von Struve hing, war ihm eine besondere Erwähnung wert. Er nannte auch Namen Mannheimer Teilnehmer, die nur den ortsansässigen Mitbürgern bekannt gewesen sein konnten. Neben den Hauptrednern zählte er als *Repräsentanten des Mannheimer radikalen Schweifes* mehrere Personen namentlich auf, deren Denunziation ihm wohl besonders am Herzen lag: den Schreinermeister Karl Busch, Bierbrauermeister Heinrich Helwig und Handelsmann Johann Conrad Haas. Alle drei waren respektable Bürger der Stadt und keine besonders herausragenden Aktivisten der radikalen Partei, so daß die Vermutung naheliegt, Berberich habe hier versucht, eine persönliche Rechnung zu begleichen.

Ansonsten wurde das nach dem Mittagmahl in den Saal drängende Publikum als ano-

nyme Masse beschrieben, *ein Strom von Menschen aller Klassen, Handwerksgelesen, Hausknechte, Fuhrleute, Bauernknechte u.s.w.*<sup>10</sup> Neben solchen kurzen sachlichen Informationen konzentrierte sich der Bericht auf die Widergabe der Reden. Mit akribischer Genauigkeit referierte er in indirekter Rede ihre gedankliche Struktur, so daß der Leser des in der vorliegenden Fassung immerhin 18 Seiten zählenden Dokuments sich die Frage stellen muß, wie es denn dem Verfasser gelang, unbemerkt Notizen zu machen. Oder wurde es im nachhinein verfaßt, vielleicht sogar als Ergebnis einer nachträglichen Zusammenkunft des subversiven Zirkels?

Nach der Begrüßung soll als erster Gustav von Struve eine aufpeitschende Rede gehalten haben. Die wortradikalen Phrasen, wie er sie *schon oft und immerdar* über sich hatte ergehen lassen müssen, reizten den Berichterstat-ter Berberich nicht zu einer besonders emotionsgeladenen Schilderung. Ausgehend von einer Analyse der politischen Zustände in Deutschland habe Struve die Forderung aufgestellt, das Volk müsse nun endlich aufhören zu bitten und zur Tat schreiten. In der Konsequenz rief er dazu auf, das Mittel der Steuer- verweigerung anzuwenden, um sich Gehör zu verschaffen. Nur die Tatsache, daß Struve eine mögliche Änderung der Staatsform in eine Republik mit einem despektierlichem Unterton gegen den Monarchen und die bestehende Ordnung verband, schien seinem heimlichen Protokollanten doch eine ergänzende Notiz wert zu sein.

Auch der nun folgende Redner, Philipp Thiebaut aus Ettlingen verwies auf die Steuer- verweigerung als Druckmittel zur Durchset- zung demokratischer Forderungen. Er verlas darüber hinaus eine Adresse Ettlinger Bürger, die den anwesenden Friedrich Hecker aufforderte, sein Landtagsmandat, das er im Frühjahr niedergelegt hatte, wieder wahrzunehmen. Damit war für Hecker das Stichwort gegeben, die Rednertribüne zu betreten. Mit gespielter Bescheidenheit lehnte er das an ihn gerichtete Ansinnen ab und nahm die von Struve ange- stimmten politischen Schlagworte auf, um zu Beginn seiner Rede deren Inhalt zu vertiefen: Er griff den in Frankfurt tagenden Bundestag an, verwies auf die Zensur und das Polizeiregi-



Auf den Trümmern eines jenes Mordens, die zuerst  
 auch die süßste Natur die der Mensch den  
 Abgesandten der Freiheit selbst wie die 10<sup>te</sup> zum Gläub.  
 auch freies. Die Gefährten in der Handen greifen  
 sind sich die der Versammlung zur Freiheit  
 freies selbst werden wie wieder veranlassen  
 den Willen der Zeit.

(Hecker)

Friedrich Hecker wurde für seine „feurigen“ Reden vom Volk verehrt

(Stadtarchiv Mannheim)

ment und stürzte sich in eine wortreiche und fundamentale Kritik der politischen Verhältnisse. Er kritisierte die Unmündigkeit, in welcher die Bürger mittels Zensur und Polizeiregiment gehalten würden und kam so zu dem Schluß, das *Beamtenregiment taue nichts; das Volk müsse die Männer aus sich selber wählen, die seine Angelegenheiten zu leiten haben*.<sup>11</sup> Diese Feststellung untermauerte er mit Beispielen, die dem Erfahrungsbereich des einfachen Volkes, also seiner Zuhörerschaft entstammten. Die Bewässerung der Wiesen im nahe gelegenen Renchen und der soziale Aufbau der Familie wurden als Vorbilder für eine vernunftorientierte gesellschaftliche Organisation genannt. Wie Struve verwies auch Hecker auf das Beispiel des freien Amerika, um die Machbarkeit einer Republik zu unterstreichen. Nach einem Seitenhieb auf den Einfluß der Kirche und einem kritischen Blick auf die Organisation der Arbeit kam er auf die Abschaffung der Monarchie in einer Deutlichkeit zurück, die dem Protokollanten den Übergang zum wörtlichen Zitat nahelegte:

*Von allen diesen Übeln kann sich das Volk frei machen, wenn es den ernstlichen Willen dazu hat. Meine Herren es gibt hierzu einen einzigen unfehlbaren Weg. Was ich in dieser Beziehung denke, es drängt mich es offen auszusprechen – obgleich es bei Manchem ein Grausen erregen wird, weil er ein Paar alte Hosen hat und sie fürchtet morgen zu verlieren – (Pause, dann mit gedämpfter Stimme) Wir haben den Zehnten abgelöst, die Frohnden abgeschafft und so manche andre Lasten von dem Volke genommen. Es kostete viele Mühe, und lange Zeit ist darauf gegangen (Pause) Den 5ten August 1789 wurden sie mit einem Streiche weggewischt.*<sup>12</sup>

Der Hinweis auf die Abschaffung des Feudalsystems und der vom Redner hergestellte Bezug zu den gewalttätigen Veränderungen der Französischen Revolution scheinen für Berberich und seine Freunde die erwartete Enttarnung der eigentlichen Ziele der Radikalen dargestellt zu haben. Dabei hatte Hecker doch schon in einem unter dem Deckmantel der Anonymität verfaßten Beitrag zu Georg Herweghs 1842 veröffentlichten „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz“ sich auf ein überkommenes Widerstandsrecht des Volkes berufen, das ihm

erlaube, *wenn der Regent die beschworne Verfassung verletze oder bräche, sich ihm mit gewaffneter Hand zu widersetzen*.

Die Veranstalter der Versammlung konnten vorerst mit dem Ergebnis zufrieden sein. Die Mannheimer Abendzeitung hob hervor, daß man nun *Resultate* erwarte, da *jedes Wort, was gesprochen wurde, den Vorsatz und die Anforderung zu thatkräftigem Handeln* enthalten habe. Sie verzichtete aber gezielt auf die Nennung von Namen und Zahlen, um den Ergebnissen dieses *Festes männlicher Entschlossenheit*, nämlich der von den Festteilnehmern verabschiedeten Proklamation aus der Feder Struves den ganzen Raum zu lassen. In 13 Artikeln wurde ein demokratisches Programm dargestellt, das neben der Gewährung von Pressefreiheit, Religionsfreiheit und der Entwicklung der Verfassung die Aufhebung der repressiven Bundestagsbeschlüsse und eine deutsche Nationalvertretung einforderte. Neben diese „klassischen Programmpunkte“ des vormärzlichen Liberalismus war die „soziale Frage“ zum erstenmal in mehreren Punkten hinzugekommen. Die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer und der *Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit* waren Forderungen, die als Resultate von Heckers und Struves jüngstem Interesse für die Sorgen der arbeitenden Klassen zu verstehen waren. Sie hatten sich schon in der Einrichtung von „Speisetischen“ für Bedürftige, der Gründung eines „Vereins zur Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen“ und der Unterstützung des im Frühjahr verbotenen Handwerksgesellenvereins manifestiert. Dabei überschneidet sich das Engagement der Radikalen durchaus mit der Tätigkeit der Konservativen. Ein kurioser Berührungspunkt findet sich im Handwerksgesellenverein, dessen Verbot Anfang März 1847 mit der Ausweisung von neun Handwerkern geendet hatte. Die Statuten dieses Vereins waren bei dessen Gründung von Ferdinand Adrian entworfen worden, der als Ziel des Vereins vorsah, der arbeitenden Bevölkerung *eine höhere Bildung durch Erweiterung der Kenntnisse und Feststellung des sittlichen Betragens zu erwerben*.<sup>13</sup>

Gegen das Offenburger Programm lieh das „Mannheimer Morgenblatt“ seine Spalten einer Polemik der Konservativen, zu deren Autoren-

schaft sich unter dem Druck der Öffentlichkeit später Ferdinand Adrian bekennen sollte. Er unterstrich den subversiven Charakter des Fests: *Die Verhandlungen waren nichts weniger als für die Verfassung, sondern man hielt ein zweites Hambacher Fest und predigte Revolution.* Der Angriff wurde von der „Mannheimer Abendzeitung“ als Provokation interpretiert und so scheute die Redaktion sich nun nicht mehr, auch die Namen der als Urheber der Attacke verdächtigten Teilnehmer am Fest preiszugeben, denn Grohe hatte sehr wohl registriert, wer sich da ins Publikum geschmuggelt hatte. *Es waren die Bürger im engeren Sinne des Wortes, Adrian, Berberich und in ihrem Gefolge Richard = Janillon, Schaaf und Bisinger zu Offenburg anwesend. Nur entschiedene Freunde unserer Verfassung waren zu der Versammlung eingeladen worden. Es verrieth daher – [zensierte Stelle] der Gesinnung, sich unter dem Aushängeschilde entschiedener Verfassungsfreundlichkeit in eine derartige Versammlung einzuschleichen, dort feiger Weise zu schweigen und hintenher über dieselbe lügenhafte und verleumderische Berichte auszustreuen.*<sup>14</sup>

Auch die Redner der Offenburger Versammlung setzten dem Kommentar des „Morgenblatts“ entschiedene Dementis entgegen. Obwohl sie bis dahin von den gegen sie eingeleiteten Untersuchungen nichts wissen konnten, reagierten die drei Mannheimer „Advokaten“ umgehend und reichten eine gerichtliche Klage gegen die Zeitung ein, die die auf dem Fest gehaltenen Reden in der Substanz durchaus richtig wiedergegeben hatte. Aber ein solcher Einspruch sollte der nun wahrscheinlich gewordenen gerichtlichen Verfolgung ihrer agitatorischen Grenzüberschreitungen den Wind aus den Segeln nehmen. Dabei waren die Reaktionen der einzelnen Betroffenen individuell verschieden. Friedrich Hecker wurde angesichts der drohenden juristischen Konsequenzen von panischer Furcht ergriffen. Amalie Struve berichtete in ihren Erinnerungen, wie er in heller Aufregung in ihrer Wohnung erschien und eröffnete, daß die Sprecher der Offenburger Versammlung des Hochverrats angeschuldigt werden sollten. Er befürchtete, daß *unter diesen Umständen Verhaftungen vorkommen könnten* und flößte ihr *lebhaft Besorgnisse*

ein.<sup>15</sup> Ihr Mann Gustav Struve ging dagegen in seinem „Deutschen Zuschauer“ zu einer neuen publizistischen Offensive über, die auch die Urheber der drohenden Verfolgung und ihre Informantentätigkeit benannte: *Zum Zwecke den auszustreuenden Lügen mehr Wahrscheinlichkeit zu verleihen, wurden die beiden Handlanger des Lügen = Comités nach Offenburg geschickt, welche ihre denunziatorischen Berichte nicht nur öffentlich im „Morgenblatte“ und in dem „Bürgerfreunde“, sondern auch insgeheim dem Vorstande der Regierung des Unterrheinkreises vorlegten.*<sup>16</sup>

### III. DIE ESKALATION DES KONFLIKTS

Die Denunziation trug ihre Früchte; es wurde eine polizeiliche Untersuchung gegen die Versammlungsredner wegen „Aufreizung zu einem gewaltsamen Umsturze“ eingeleitet und eine bereits angekündigte Versammlung in Donaueschingen verboten. Die Maßnahmen provozierten sowohl bei den Betroffenen als auch in der liberalen Öffentlichkeit Verbitterung, zumal andere Veranstaltungen mit ideologischer Ausrichtung, die sich aber auf systemkonformer Ebene bewegten, zur Entrüstung der Liberalen trotz provokanter Aussagen problemlos tagen konnten.<sup>17</sup>

Eine weiterer Vorfall zeigte, wie die Radikalen den „Bürgern im engeren Sinne“ die Spitzeltätigkeit durchaus zutrauten und ein übersteigertes Mißtrauen um sich griff. Ende September erschien in der Mannheimer Abendzeitung eine Warnung an die Adresse von Ferdinand Adrian, der *in Begleitung des Herrn Julius H. . . . ., eines Abends gegen 11 Uhr von einem hiesigen zuverlässigen Bürger ertappt worden war, als Beide oben Genannte ihre Ohren an die Läden des Weinberges angelegt hatten, um wahrscheinlich das Gespräch der Gesellschaft aufzufangen und darüber im Bürgerfreund berichten zu können. Wie verwerflich ein solches Benehmen ist, braucht man wohl nicht zu zergliedern, müssen aber beiden Herren den Rath ertheilen, dies in Zukunft zu unterlassen, wenn sie sich den Fäusten des Hausknechts nicht aussetzen wollen.*<sup>18</sup> Dem Vorwurf begegneten die Betroffenen mit einem empörten Dementi, in dem sie vorga-

1702.

Zum ersten Male:

# Baron Beisele und sein Hofmeister Dr. Eisele.

Kofalposse mit Gesang in 3 Aufzügen, von L. Feldmann.  
Musik componirt und arrangirt von Ignaz Lachner.

Märtelhuber, städtischer Baumeister . . . . .	Herr Hausmann.
Mfra, seine Frau . . . . .	Frau Schön.
Manni, seine Tochter . . . . .	Frau Kläger.
Baron Beisele, aus Schwaben . . . . .	Herr Kocke.
Dr. Eisele, aus der Pfalz, sein Hofmeister . . . . .	*
Simplicius, Käsehändler . . . . .	Herr Ditt.
Albert, sein Sohn . . . . .	Herr Werner.
Schneeberger, Maurerpolier . . . . .	Herr Lichtersfeld.
Ein Lohndiener . . . . .	Herr Bauer d. j.
Xaverl, Maurerhub . . . . .	Emilie Freund.
Ein Kellner . . . . .	Herr Janson.
Ein Hausknecht . . . . .	Herr Naten.
Ein Stubenmädcl . . . . .	Fräul. Hahn.
Ein Eisenbahndiener . . . . .	Herr Klette.
Sepperl . . . . .	Lina Bissinger.
Erste Maske . . . . .	Herr Wasen.
Zweite Maske . . . . .	Herr Schöffsing.

Maurergesellen. Ballgäste. Masken.

Die Handlung spielt in München.

\* (Gastrolle.) Dr. Eisele . . . . Herr Lang,

Königl. Bayr. Hofschauspieler von München.

Anfang 6 Uhr, Ende um halb 9 Uhr. — Kasseneröffnung für die Loge des vierten Ranges, die Gallerie und Seitenbänke um 4 1/2 Uhr, für die übrigen Logen und das Parterre um 5 Uhr.

Die Freibillette sind für heute aufgehoben.

**Eintrittspreise:**

Reserve-Logen des mittlern Ranges . . . . .	1 fl. 45 kr.	Loge des vierten Ranges . . . . .	— 24 kr.
Reserve-Loge des untern Ranges . . . . .	1 fl. 20 kr.	Gallerie . . . . .	— 18 kr.
Reserve-Logen des dritten Ranges . . . . .	1 fl. —	Seitenbänke dafelbst . . . . .	— 12 kr.
Parterre . . . . .	— 48 kr.		

Eine ganze Loge im mittleren Range (zu 9 Plätzen), pr. Plaz 1 fl. 12 kr.

Eine ganze Loge im dritten Range (zu 7 Plätzen), — 36 kr.

sind bis 3 Uhr beim Hoftheater-Cassirer Herrn Walthcr, Lit. O 3. Nr. 12., zu haben.

Abends 10 Uhr geht der letzte Eisenbahnzug nach Heidelberg.

## Der Rehrans.

Melodie: „'s is Alles nit wahr.“

In Mannheim da hab'n wir  
Jetzt Wahlmänner-Wahl  
'S giebt Conservative-  
Die nenn'n sich „liberal“;  
Und was diese wollen.  
Das sagen's fürwahr,  
Sie huld'gen dem Fortschritt  
Das ist ja ganz klar!  
'S is aber Alles nit wahr  
'S is aber Alles nit wahr.

Die Radikalen, die schliefen  
Die zwei ersten Tag',  
Daher auch der Eisele  
Gesiegt haben mag.  
Doch hatte er später  
Umsonst Sieg gesucht  
Und als es nicht geh'n wollt',  
Ergriff er die Flucht.  
Das ist Alles ja wahr,  
Das ist Alles ja wahr.

Die Wahl is vorüber,  
Die Beisele krank,  
Sie kriegen kein Geld mehr  
Und das ist der Dank!  
Die Hasen mit Fuchschwänz'  
Sind jetzt aus der Mod',  
Die Schwänz' sind verloren,  
Die Hasen sind todt!  
Das ist Alles ja wahr,  
Das ist Alles ja wahr.

Spottgedichte auf den politischen Gegner. (Bundesarchiv, Erinnerungstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt)

ben, ihr Verweilen vor dem Treffpunkt der Radikalen habe Adrian nur zur Erleichterung eines menschlichen Bedürfnisses gedient. Der Druck auf die Gruppe scheint in dieser Zeit zu wachsen. Ein einstiger Mitstreiter formulierte an die Adresse des „Bürgerfreundlichen“ seine Kritik in Form einer Anzeige: *Du hast Dich arg beschnitten und einen trüben Grund ange-*

*nommen.*<sup>19</sup> Sogar das Betreten von Lokalen, in denen die Radikalen verkehrten, wurde ihnen verwehrt. Wirt Ullmicher vom weißen Elephanten lud zu seiner Wurstsuppe sogar öffentlich *unter Ausschluß von „Eisele und Beisele“* ein, was ihm wütende Angriffe des „Morgenblatts“ eintrug.

In dieser Atmosphäre läutete der Wahlkampf um die zur Nachwahl anstehenden Sitze im badischen Landtag die Endphase des Konflikts ein. Wieder wurde mit harten Bandagen gekämpft. Es war ein Machtkampf unter ungleichen Voraussetzungen. Auf der einen Seite stand das verlorene Häuflein politischer Sektierer, dessen Basis mangels Zivilcourage seiner Sympathisanten zunehmend abbröckelte. Dagegen konnte sich die Partei der Liberalen, deren Fraktionen sich noch nicht über der Gewaltfrage entzweit hatten, auf eine breite gesellschaftliche Opposition stützen, die in Kooperation mit der Gemeindeverwaltung die öffentliche Meinung auf ihrer Seite hatte.

Für den 25. September 1847 luden die „Bürger im engeren Sinne“ ihrerseits zu einer vorbereitenden Versammlung ein, die diesmal gleich in den Lyceumssaal einberufen wurde. Namentlich gekennzeichnete Einladungskarten sollten eine geschlossene Gesellschaft verbürgen. Man wollte nicht wieder *als Eisele und Beisele nach Hause geschickt werden*, wie das zum Zweck der Erstellung einer Kandidatenliste gegründete „provisorische Komitee“ auf den Billets vermerkt hatte. Schon bei der Auswahl der Adressaten hatte man aber die ersten Mißgriffe getan. Einige der Billets kursierten in den Reihen der Gegner, so daß auch aus dieser Veranstaltung wieder intime Details überliefert sind, die Grohes Abendzeitung genüsslich der Öffentlichkeit präsentierte. Der Berichtstatter erfreute sich an den internen Querelen der Versammelten, die damit begannen, daß ein kritischer Kommentar des allseits geachteten Uhrmachers August Wunder zum Ausschluß der Öffentlichkeit verhindert wurde. Natürlich war Wunder danach nicht mehr bereit, einen Sitz im Wahlkomitee anzunehmen. So wie weitere 4 von insgesamt 8 Mitgliedern dieses Gremiums, dessen Bestellung den eigentlichen Zweck der Veranstaltung gebildet hatte. Nach einem solchen Fiasko mußte acht Tage später am 2. Oktober eine zweite Versammlung angesetzt

werden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Aber auch hier wurde den amüsierten Gegnern eher ein neuerlicher Höhepunkt für ihre Schadenfreude geboten. *Die Zuhörer ergötzen sich an den Vorträgen der Redner, die bald alle Gräuelpredigten der französischen Revolution an die Wand malten, bald in weinerlichem Tone klagten, daß ihre werthen Personen vor dem Publikum kompromittirt seien, daß ihnen auf der Straße „Eisele und Beisele“ spottend nachgerufen werde, daß im Wirthshause Niemand neben ihnen sitzen wolle u.s.w. So ist die Auf- führung und das ist die Bedeutung der vielbe- rufenen Gesinnungswechsler in Mannheim.*<sup>20</sup>

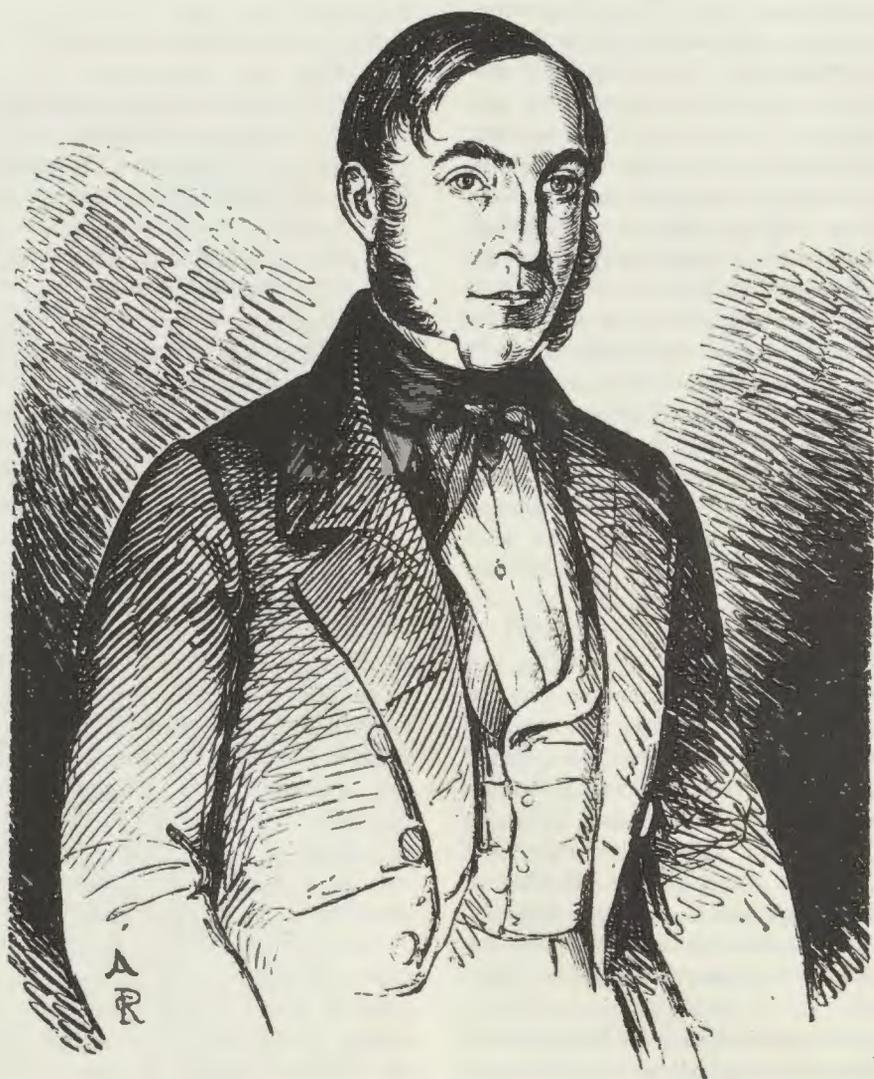
Man munkelte inzwischen, die Gruppe sei von einer geschätzten Anhängerschaft von etwa 600 Personen auf 120 bis 140 abgesackt.

Auch die Radikalen hatten mit ihren Wahlvorbereitungen begonnen. Ihr Wahlprogramm galt durch den in der Offenburger Versammlung verabschiedeten Forderungskatalog als aufgestellt. Und Struves „Deutscher Zuschauer“ formulierte das anvisierte Ziel: *Das Volk ist nach und nach klar geworden. Es weiß, was es will. Es will Thaten, es ist des langen Geredes müde. Der nächste Landtag wird daher entweder etwas zu Gunsten des Volkes durchsetzen, oder aber in der öffentlichen Meinung tief sinken. Allein zuvorderst handelt es sich um die Wahlen. Wir hoffen, „die Forderungen des Volkes in Baden“, wie sie auf der Offenburger Versammlung angenommen worden sind werden dem Volke Anhaltspunkte bieten, sowohl bei der Wahl der Wahlmänner, als der Abgeordneten.*<sup>21</sup>

Für den 3. Oktober hatten die Radikalen zu einer Urwählerversammlung im Aulasaal aufgerufen. Unter dem Vorsitz des langjährigen liberalen Kammerabgeordneten Adam von Itzstein wählten die etwa tausend Anwesenden ein fünfzehnköpfiges Wahlkomitee, das während der Wahlen täglich öffentlich tagen sollte, um Vorschläge für die in den einzelnen Bezirken zu wählenden Wahlmänner zu machen. Karl Mathy wies dabei in seiner Rede den Vorwurf der Heimlichtuerei zurück und unterstrich, daß nur der zensorische Eingriff der Behörden bisher die Demokraten daran gehindert habe, solche Vorgänge in der Öffentlichkeit zu verhandeln. Am Freitag den 8. Oktober fand der erste Wahlgang im Bezirk der Quadrate A, B und M

statt und endete mit einer vernichtenden Niederlage für die Liberalen. Auch der nächste Wahlgang im zweiten Bezirk der C-Quadrate und der Infanteriekasernen ging zu Ungunsten der vereinigten Oppositionskräfte aus. In Erwartung ihrer drohenden Niederlage hatte die regierungsfreundliche Partei alle Reserven aufgebieten. So erschienen im zweiten Wahlbezirk *sämmtliche Unteroffiziere, meist mit nachgedruckten Wahlzetteln und machten kein Hehl daraus, daß sie zum Wählen „commandirt“ seien. Es wurden zwar mehrere zurückgewiesen, weil sie weder hier noch in ihrem Heimort Bürger sind, doch blieb die Zahl der Zugelassenen immer noch groß genug, um mit einer geringen Mehrheit die Zahl der liberalen Bürger zu überbieten.* Im gehobenen Ambiente zwischen Harmoniegebäude und Nationaltheater, wo ein großer Teil der Staatsangestellten und das Militär zuhause waren, hatten die Konservativen ihr eigentliches Einzugsgebiet. Die Liberalen dagegen konnten die eigenen Anhänger nicht mobilisieren: *Im ersten Wahlbezirk machte beinahe der dritte Theil der Wähler, der Mehrzahl nach liberale Bürger, keinen Gebrauch von ihrem Rechte; sie blieben bei ihrer Arbeit und glaubten, es bedürfe ihrer Stimmen nicht, um die liberalen Wahlmänner durchzusetzen. Sie haben sich geirrt, und somit gaben die Stimmen derjenigen Wähler, welche „ein öffentliches Amt begleiten“, den Ausschlag.*<sup>22</sup>

Jenseits dieser Erklärungen für die Niederlagen wurde nun der Zwang zum Handeln dringend. In eilends verfaßten Aufrufen wurde die eigene Wählerschaft ermahnt, die Niederlage der *liberalen Bürger sei eine heilsame Warnung gegen die Meinung, daß die trügerischen Vorspiegelungen der Gegner keiner Widerlegung mehr bedürften und mit dem Schweigen der Verachtung übergangen werden könnten, wie gegen die Sorglosigkeit, die viele Wähler dazu bestimmt hatte, zu Hause zu bleiben, weil ja doch an einem günstigen Ergebnis der Wahl nicht zu zweifeln sei.* Offensichtlich fruchteten diese Ermahnungen, denn am 11. Oktober wurde im Bezirk der Quadrate D und S die Liste der Demokraten mit Zweidritteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Von nun an nahm die Wahl den entgegengesetzten Verlauf. Schon nach dem Wahl-



Der Abgeordnete Matthy.

*Karl Mathy machte sich als rücksichtsloser Taktiker der Opposition bekannt*

(Stadtarchiv Mannheim)

gang im 4. Distrikt, der ebenfalls an die Demokraten gegangen war, reduzierte das „Mannheimer Morgenblatt“ seine Berichterstattung auf die Wiedergabe der Wahlergebnisse. Dieses öffentliche Verstummen hatte aber eine Kehrseite, die zur weiteren Eskalation des Konflikts

führen sollte. Adrian und Berberich hatten sich an den ersten Wahltagen im Rathaus aufgehalten, um dort in direkter Konfrontation mit den zur Wahl erscheinenden Bürgern das Ergebnis zu beeinflussen. Das hatten aber die Radikalen registriert, die nun ihrerseits die Urwähler

gegen solche Zudringlichkeiten schützen wollten. Bald standen auch einige ihrer Anhänger vor dem Rathaus. Ihr Anblick verdroß die Herren Adrian und Berberich, *welch letzterer die Keckheit hatte, einen angesehenen hiesigen Geschäftsmann, Wähler des dritten Distrikts, zu fragen: „Was er da thue.“ „Er solle nach Hause gehen zu seinem Geschäft.“ Natürlich erhielt Berberich, der selbst nichts mit der Wahl zu thun hatte, von ihm die gebührende Zurechtweisung.*<sup>23</sup>

Bei diesem Zwischenfall hatten sich die Kontrahenten wohl nicht nur auf hitzige Wortwechsel beschränkt, sondern auch zu handfesteren Argumenten gegriffen. Die „Bürger im engeren Sinne“ beklagten, sie seien geschlagen und bespuckt worden. Ihnen seien die Kleider zerrissen und sie seien sogar mit dem Messer bedroht worden. Von nun an konnte nur noch die Anwesenheit der Polizei die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen garantieren, deren Ausgang weiterhin ganz im Sinne der demokratischen Opposition war. In den restlichen Wahldistrikten setzten sich ihre Listen durch und als Landtagsabgeordnete zogen der Kaufmann Wilhelm Sachs und der Rechtsanwalt Lorenz Brentano für Mannheim in den Landtag ein. Diese Umkehrung der Ergebnisse hatte schon bald die Folge, daß der konservative Zusammenschluß endgültig das Handtuch warf. Am 15. Oktober konnte die Mannheimer Abendzeitung triumphierend verkünden, die *Seifenblase des engeren Sinnes* sei geplatzt und dazu auf ein Manifest des *verstärkten Wahlcomite der gemäßigt = liberalen Bürger* verweisen, das dessen Selbstauflösung anzeigte. Gleichzeitig meldete das Sprachrohr der Konservativen, das „Mannheimer Morgenblatt“, die konservativ-liberalen Bürger würden sich *nunmehr größtentheils ihres Stimmrechts enthalten.*<sup>24</sup>

#### IV. VOR DEM STURM

Mit der Stärkung der oppositionellen Fraktion in der badischen Kammer stand auch auf Landesebene eine neue Runde im Kampf um bürgerliche Freiheiten bevor. Die radikale Presse jedenfalls klagte die Abschaffung der Zensur lauter denn je ein. *In der letzten Zeit, besonders während der Wahlbewegung, hatte sich*

*die liberale Tagespresse erlaubt, die Verheerungen der Censur durch Gedankenstriche und Auseinanderrücken der Reste anzudeuten, um den Leser aufmerksam zu machen, daß hier Gedanken begraben liegen. Sie glaubte, das kostbare Recht, Censurlücken lassen zu dürfen, sei ihr erobert, obgleich die Bundesacte, und die Verfassung nicht dieses Recht, sondern nur die Preßfreiheit verheißen. Aber bald ward die Hoffnung zerstört; nur Gnade hatte gewaltet, und diese wurde wieder genommen, obgleich sie nicht mißbraucht worden war. Ein Umlaufschreiben des Stadtamtes an die Druckereien und Buchhandlungen verbietet aufs Schärfste zwar nicht die Striche, aber doch die Lücken, welche die Censur anrichtet; selbst auf die unbedeutendsten Satzzeichen, auf ganze und halbe Punkte, Beistriche und dergleichen erstreckt sich die Sorgfalt der Preßwache; die Zeitungen müssen aussehen, als ob gar nichts gestrichen wäre, der Unsinn muß da stehen, als wenn ihn die Redaktion, und nicht die Censur gemacht hätte. Die Wiener Beschlüsse von 1834, denen diese Vorschriften entnommen sind, scheinen also nach Ablauf ihrer Dauer im Jahre 1847 aufs Neue verlängert worden zu sein. Angesichts der ganzen Zeitlage können solche Verschärfungen des Preßzwanges nur als die letzten Verzweiflungstreiche eines zerfallenden Systems erscheinen. Der freie Gebrauch der Presse ist unser Recht, und es wird uns zugemuthet auch noch die Verantwortlichkeit für jede Fälschung zu übernehmen, welche ein willkürlich verfahrenender Preßzwang an unseren Gedanken vorzunehmen beliebt. Die Deutschen sind außer den Russen noch das einzige Volk, das ein solches Geistesjoch erträgt.*<sup>25</sup>

Auch die Versammlungsfreiheit geriet in diesen Tagen noch einmal unter den Druck des „zerfallenden Systems“. Eine Solidaritätsveranstaltung zum Schweizer „Sonderbundkrieg“, die von den Liberalen für den 9. November geplant war, war der Anlaß. Schon die Verbreitung einer Einladung wurde mit Haussuchungen gegen die Verteiler und der Suche nach dem Drucker beantwortet und eine stadtmittliche Verfügung an allen Straßenecken angeschlagen, wonach die Versammlung verboten sei. Die Absperrung des Versammlungslokals

# Dreizehn Petitionen

vieler

Bürger der Stadt Mannheim

an die

Hohe zweite Kammer

der

Landstände.



Mannheim,

Druck und Verlag von Heinrich Hoff.

1848.

im Badner Hof verfehlte allerdings ihre Wirkung, denn die etwa 500 Teilnehmer wichen in die Gastwirtschaft zum Weinberg aus, wo sie eine Adresse an die Schweizer Liberalen verabschiedeten, ohne weiterhin behelligt zu werden.

Danach wurde auch das Wahlrecht beschnitten. Wenige Tage nach der Wahl des Vorstands der deutschkatholischen Gemeinde Valentin Streuber zum zweiten Bürgermeister der Stadt am 4. November lieferte die konservative Partei den Behörden die Argumente für die Ablehnung seiner Amtsübernahme. Ein Leitartikel im „Mannheimer Morgenblatt“ ließ wissen, daß Streuber *mit überaus lautem Eifer den lichtfreundlichen Neuerungen in Religions-sachen zugethan sei*.<sup>26</sup> Diese Denunziation wurde nach Karlsruhe weitergeleitet und diente der staatlichen Behörde als Begründung für die Nichtbestätigung der Wahl. Der Mannheimer Gemeinderat fügte sich dieser Entscheidung und Streuber wurde mit der Verwaltung der städtischen Mehlwaage abgefunden.

An der Tendenz der Entwicklung in Mannheim änderten die fortwährenden Repressalien nichts. Das politische Ringen um den Einfluß in der Bürgerschaft mündete zum Jahresende 1847 in einer Konstellation, die den revolutionären Kräften in Mannheim einen bedeutenden Platzvorteil verhieß. Die Niederlage der konservativen Gruppe um Adrian und Berberich war besiegelt. Die Mehrheit der Mannheimer Bürgerschaft unterstützte die Oppositionsbewegung. Ein in seiner Tragweite bisher unterschätztes Dokument, das die politischen Forderungen der Offenburger Versammlung mit den wirtschaftlichen Interessen des Mannheimer Bürgertums verband, vertiefte das Gemeinschaftsgefühl der örtlichen Oppositionsgruppen. Hunderte von Bürgern unterstützten im Januar 1848 mit ihrer Unterschrift diesen Forderungskatalog, der den Geist Struvescher Agitation atmete. Die *Dreizehn Petitionen vieler Bürger der Stadt Mannheim an die Hohe zweite Kammer der Landstände* wurden bei Heinrich Hoff gedruckt und verlegt. Und als der erste Revolutionslärm Ende Februar von Paris

her über die Grenze drang, bildete dieses Programm die Grundlage für ein geschlossenes Vorgehen, das die Staatsmacht über einen kurzen Zeitraum entscheidend lähmte und einen vorläufigen Sieg über die Monarchie erringen konnte.

---

#### Anmerkungen

- 1 Walter, Friedrich - Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart, Mannheim 1907, Bd. 2, S. 321 f.
- 2 GLAK 236/8195: In einem Aktenband mit dem Titel „Die zu politischen Zwecken abgehaltenen Volksversammlungen“ findet sich gleich zu Anfang ein umfangreicher Vorgang, der den Bericht Berberichs und den dazugehörigen behördlichen Schriftwechsel enthält.
- 3 Mannheimer Abendzeitung 16. 9. 1847.
- 4 Den Bürgern Mannheims beim Beginne des neuen Jahres, Mannheim 1847, S. 14.
- 5 Den Bürgern Mannheims beim Beginne des neuen Jahres, Mannheim 1847, S. 13.
- 6 Deutscher Zuschauer 5. 6. 1847.
- 7 Mannheimer Abendzeitung 4. 9. 1847.
- 8 Mannheimer Abendzeitung 3. 9. 1847.
- 9 Mannheimer Abendzeitung 9. 9. 1847.
- 10 GLA 236/8195, 4.
- 11 GLA 236/8195, 6.
- 12 GLA 236/8195, 8/9.
- 13 GLA 236, 8196, 10.
- 14 Mannheimer Abendzeitung 16. 9. 1847.
- 15 Struve, Amalie - Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen, Hamburg 1850, S. 17.
- 16 Deutscher Zuschauer 22. 10. 1847.
- 17 Mannheimer Abendzeitung 3. 10. 1847.
- 18 Mannheimer Abendzeitung 28. 9. 1847.
- 19 Mannheimer Abendzeitung 6. 10. 1847.
- 20 Mannheimer Abendzeitung 8. 10. 1847.
- 21 Mannheimer Abendzeitung 27. 9. 1847, nach: Deutscher Zuschauer.
- 22 Mannheimer Abendzeitung 12. 10. 1847.
- 23 Mannheimer Abendzeitung 19. 10. 1847.
- 24 Mannheimer Abendzeitung 16. 10. 1847.
- 25 Mannheimer Abendzeitung 15. 11. 1847.
- 26 Mannheimer Abendzeitung 22. 11. 1847.

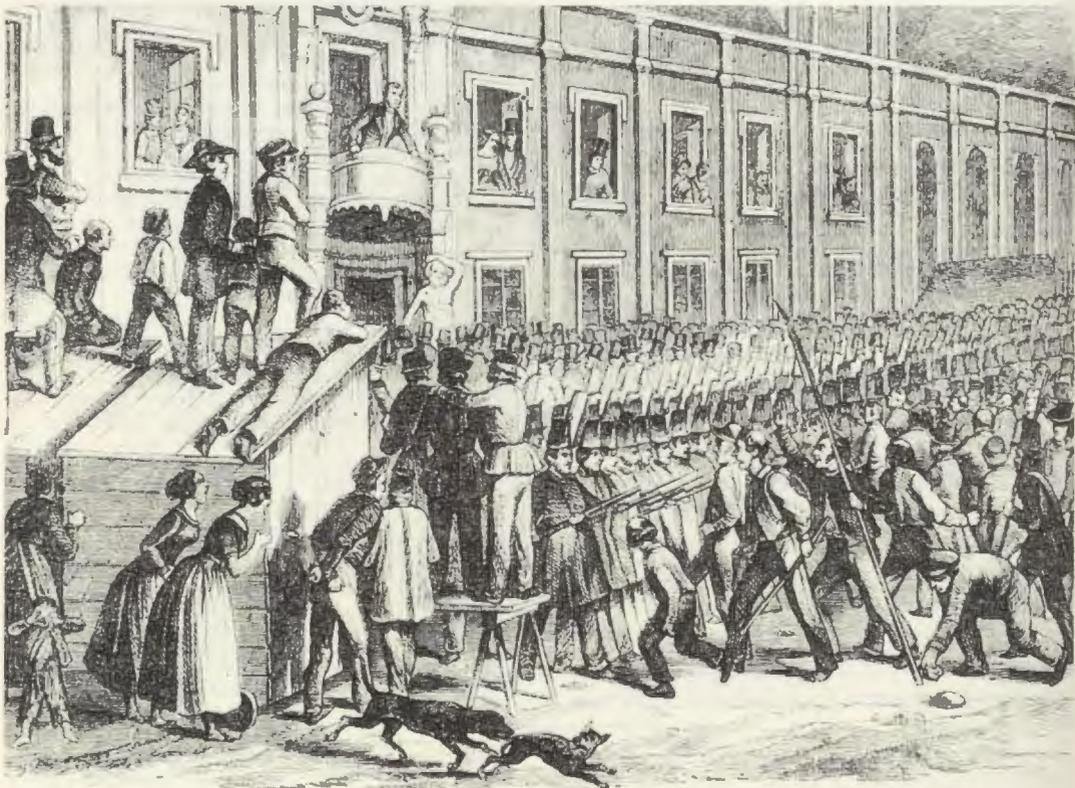
Anschrift des Autors:  
Hans-Joachim Hirsch  
Pozzistraße 10  
68167 Mannheim

# Die Mannheimer Barrikade

Ein Zeitbild aus der Revolution von 1848/49 in Mannheim

Mannheim spielte in den oft dramatischen Ereignissen der Märzrevolution 1848 bekanntermaßen eine besondere Rolle. Anlässlich des 150jährigen Jubiläums ging ein Bild aus diesen bewegten Tagen rund um die Welt. Ein Bild, dessen Symbolkraft dem heutigen Betrachter als Sinnbild für das Revolutionsgeschehen besonders aussagekräftig zu sein scheint. In Mannheim war der Barrikadenbau eine seltene

Erscheinung – anders als in den Revolutionszentren Wien, Frankfurt oder Berlin – und so rankt sich um die Barrikade an der Rheinbrücke eine eigene Geschichte, deren Hintergründe – soweit sie mir bekannt sind – dem Geschehen im „Völkerfrühling“ des Jahres 1848 eine aussagekräftige und farbige Note verleihen. Dabei wird deutlich, wie das regionale Geschehen in einer Wechselwirkung mit der



Verteidigung Mathys' gegen die Angriffe des Pöbels von Mannheim am 8. April.

Karl Mathys „Verrat“ an der Revolution erregte die Gemüter

(Reiss-Museum Mannheim)

Landesgeschichte, ja sogar europäischen Entwicklungen stand.

Das Bild, das Ludwig von Elliot von „unserer“ Barrikade zeichnete, war alles andere als realistisch. Es beschreibt einen Vorgang, der so nicht stattgefunden hatte, phantasievoll ausgeschmückt wurde und doch „typisch“ für diese Zeit zu nennen ist: es ist also auf seine Art ein sehr realistisches Bild. Lassen wir es wirken und versuchen den Hintergründen des Geschehens an diesem 26. April 1848 nachzugehen.

Wenige Wochen, nachdem Mannheim mit der im überfüllten Aulasaal am 27. Februar 1848 verabschiedeten Petition das Zeichen für eine ganz Deutschland ergreifende Bürgerbewegung gegeben hatte, hatte sich diese schon in zwei feindliche Lager gespalten. Ein Teil der vormärzlichen Liberalen war nach den ersten Zugeständnissen der Monarchien in den Dienst der alten Mächte getreten, in der Hoffnung, damit die eingeleiteten Reformen zu stabilisieren und im Wege parlamentarischen Wirkens weitere Liberalisierungen des gesellschaftlichen Systems zu erreichen. Der Mannheimer Karl Mathy hatte diesen Weg mit der Verhaftung seines einstigen Weggenossen Joseph Fickler aus Konstanz am 8. April bekräftigt. Die Stimmung in Mannheim geriet auf den Siedepunkt. Die Republikaner fühlten sich von dieser Handlung provoziert, und nur mit Mühe gelang es gemäßigten Kräften des Bürgertums, den in die Hochburg der Bewegung zurückgekehrten Mathy vor Übergriffen zu bewahren. Verlässliche Einheiten der Bürgerwehr schützten ihn während seiner Rechtfertigungsrede vom Rathausbalkon vor dem wütenden Volkshaufen, wie ein bekanntes, ebenfalls nach einer Studie Elliotts entstandenes Bild zeigt. Mitglieder des „Scharfschützenkorps“ mußten den Schutz des Politikers übernehmen und hielten sich bewaffnet in seiner Wohnung über der Bassermannschen Verlagsbuchhandlung (O 4, 10) auf. Denn nur einen Steinwurf entfernt exerzierten auf den „Kapuzinerplanken“ die „Sensenmänner“ des Freikorps, die diesen Namen ihrer auffälligen Bewaffnung mit geradegeschmiedeten Sensen verdankten. Im ebenso nahe gelegenen Gasthaus „Vogelsgesang“ (O 3, 6) hatte die aus nicht mit dem Bürgerrecht versehenen Arbeitern und Handwerksgesellen bestehende paramilitärische Formation ihr Stammlokal.

An diesem 8. April war auch ein anderer Mannheimer in seine Heimatstadt zurückgekehrt. Friedrich Hecker war vom Verlauf der Verhandlungen des Vorparlaments in Frankfurt enttäuscht. Verärgert über die Stagnation des politischen Prozesses, isoliert von der Mehrheit der Teilnehmer an dieser Versammlung, wollte er mit einem entschiedenen Schritt die eingeleitete Entwicklung umkehren. Ohne die baldige Proklamierung einer Republik sah er für eine Demokratisierung auf Dauer keine Chance. Anlässlich seines vorübergehenden Austritts aus dem Vorparlament hatte die Mannheimer Abendzeitung berichtet, er sei es leid, *mit Männern auf einer Bank sitzen, die den Fluch Deutschlands auf sich geladen haben*.<sup>1</sup> Die Verhaftung seines Gesinnungsfreundes Fickler muß ihn in seinem Vorhaben bestärkt haben. An diesem Tag trat er nach seiner eigenen Angabe zusammen mit anderen Abgeordneten des Landtags die Heimreise von Karlsruhe nach Mannheim an. Am selben Abend noch nahm er an der Versammlung des Vaterländischen Vereins teil. Der Aulasaal neben der Jesuitenkirche war wieder einmal *gedrückt voll*<sup>2</sup>, wie ein Zeitungsbericht anmerkte. Hecker beteiligte sich wenig, nach dem Bericht einer Zeugin soll er *heißer*<sup>3</sup> gewesen sein. Einen Tag später, am Sonntag den 9. vor Tagesanbruch verabschiedete er sich von seiner Familie, *seinem Weibe, welches in Freud und Leid treu und innig bei ihm gestanden, drückte einen Kuß auf die Stirne seiner drei schlafenden Kleinen und verließ ein glänzendes Los, getragen und gehoben von der Idee, zu kämpfen, zu siegen oder unterzugehen für die Befreiung unseres herrlichen Volkes und mitzuwirken bei seiner Erlösung aus tausendjähriger Knechtschaft*.<sup>4</sup>

Durch die Pfalz, das Elsaß und die Schweiz gelangte er am 11. April nach Konstanz, wo er neben anderen bekannten Republikanern auch seinen Mannheimer Freund Gustav Struve traf. Gemeinsam riefen sie die Republik aus und wagten den Versuch eines Sternmarschs, der über Freiburg, Karlsruhe, Mannheim vermutlich nach Frankfurt am Main gehen sollte. Nun sollte mit der Revolution Ernst gemacht werden. Die „Halben“ – von deren Kooperation mit den Fürsten sich die Republikaner verraten fühlten, sollten mit dem Willen des Volkes konfrontiert werden. Dabei gingen Hecker und sei-

ne Getreuen davon aus, daß sich dieser Wille der Mehrheit zur Genüge in den seit Beginn der Revolution abgehaltenen Volksversammlungen geäußert habe: Offenburg, Freiburg, Donaueschingen und Heidelberg waren für Struve und Hecker nur die Marksteine am Weg zu einem geeinten, republikanischen Deutschland. Aber über die Bedeutung dieser Veranstaltungen für die allgemeine Entschlossenheit hatten sie sich getäuscht. Bekanntermaßen scheiterte ihre „Schilderhebung“ kläglich, Hecker und seine Freunde mußten nach der Niederlage ins ungeliebte Exil gehen, und der revolutionären Entwicklung fehlte vorerst die Führung.

Auch Mannheim, auf dessen aktiver Teilnahme viele Hoffnungen der am Heckerzug Beteiligten ruhten, verlebte die Tage dieses Unternehmens in ständiger Unruhe. Aber Hecker mußte feststellen, daß *Mannheim und die untere Landesgegend sich lediglich im Redenhalten gefalle, aber nicht handle.*<sup>5</sup> Die republikanische Partei in der Stadt war sehr rührig, da sie sich auf eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten und einen großen Anhang stützen konnte. Am 16. April versammelten sich Tausende zu Demonstrationen und feierten abschließend Friedrich Hecker vor seinem Stammlokal zum Weinberg. Aber es sollte vorerst zu keiner logistischen Unterstützung der Freischarenzüge kommen. Schon am 19. April konnte das inzwischen mit gemäßigter Tendenz herausgegebene „Mannheimer Journal“ behaupten, es sei *Ruhe und Ordnung in unsre Stadt zurückgekehrt, der die traurige Rolle bestimmt schien, das Echo der Vorgänge in unserem Oberland zu seyn...*<sup>6</sup> Als am 21. April die ersten Nachrichten von der Niederlage Heckers eintrafen, versammelten sich die Republikaner unter strömendem Regen auf dem Paradeplatz, wo sie von der Mannheimerin Babette Schultz mißtrauisch beäugt wurden, die das revolutionäre Geschehen aus der Sicht einer Bürgersfrau aufmerksam verfolgte. Die Bürger waren gewarnt, denn in diesen Tagen wurden sie von den Katzenmusikern des „Straßenpöbels“ ebenso heimgesucht wie die ungeliebten Vertreter der überwunden geglaubten monarchischen Ordnung: der Zensor Uriasarachaga oder der Polizeichef Gustav Jägerschmidt. Polizeidiener, die eine offizielle Bekanntmachung über den Heckerzug verbre-

ten sollten, wurden in aller Öffentlichkeit mißhandelt. Die „Sensenmänner“, die nur unwillig zur neu gegründeten Bürgerwehr zugelassen worden waren, exerzierten auf den Plätzen. Und Johann Peter Grohe verbarg in seiner „Mannheimer Abendzeitung“ nicht die Sympathie mit den Vorgängen im Seekreis. Eine revolutionäre Offensive stand auch in Mannheim auf der Tagesordnung.

Obwohl die in Mannheimer stationierten badischen Truppen ins Oberland verlegt worden waren, um Hecker und die aus Frankreich und der Schweiz einsickernden bewaffneten Freischärler zu bekämpfen, war die Stadt immer noch von Militär besetzt. Bundestruppen waren in Mannheim einquartiert worden, die den Unruheherd unter Kontrolle halten sollten. Sie kamen aus dem Kleinstaat Hessen-Nassau, zumeist aus ländlichen Gebieten und verstanden nicht mit der Bevölkerung zu *fraternisieren*, wie ein amtlicher Untersuchungsbericht formulierte. Sie machten sich durch ihr rohes und ungeschliffenes Auftreten Feinde, provozierten die Mitglieder des „Sensenkorps“ und die auf den Straßen präsenten Arbeitslosen. Die wiederum belustigten sich über die Uniformen ihrer Kontrahenten.

Die gegenseitigen Provokationen erreichten, was die Führer der Republikaner – zu Heckers Enttäuschung – nicht gewagt hatten. Schon am Morgen des 26. April war es immer wieder zu *Neckereien* zwischen den feindlichen Parteien gekommen, die gegen die Mittagszeit in heftigen Tätlichkeiten ausarteten: *Die Nassauer durchzogen in größeren Parthien die Stadt, blos mit ihrem Seitengewehr bewaffnet und einzelne von diesen kamen in unangenehme Berührung mit Arbeitern, bei welcher einer oder vielleicht auch mehrere ihren Säbel zogen und einen verwundet haben sollen, der an früheren Streitigkeiten keinen Antheil genommen hat. Dadurch wurde ein Theil der immer wachsamem Eckensteher aufgeregt, rotteten sich in größeren Haufen zusammen und fielen über die von der Neckarbrücke zurückkehrenden ca. 30–40 Mann Nassauer, die wahrscheinlich von den früheren Händeln keine Kenntniß hatten, übrigens ihre Feinde wohl kannten, mit den Worten her: „Auf, auf dieselben“; die Nassauer suchten sich durch schnelle Flucht in ihre Kasernen zu retten.*

was ihnen auch großentheils gelang. Andern wurde Sicherheit in den Häusern einzelner Bürger. Bei ihrer Verfolgung wurden Steine auf sie geworfen, und ein Mann im Blauhemde zog eine Pistole hervor und feuerte nach ihnen, ohne jedoch [...] einen zu verletzen.<sup>7</sup>

Schon diese Zwischenfälle forderten mehrere Opfer, die im „Spital“ eingeliefert wurden. Aber damit war die aufgebrachte Menge noch nicht zufriedengestellt. Sie begann die Soldaten durch die Planken in Richtung der Rheintorkaserne in C 6 zu jagen. Da dort aber bald die Tore geschlossen wurden, suchten die Nassauer, die sich anderweitig nicht retten konnten, ihr Heil in der Flucht über die Rheinbrücke. Die sich am Brückenaufgang nach Ludwigshafen sammelnde, aufgebrachte Menge wurde von dem Gerücht weiter angeheizt, die bayrischen Soldaten würden nun über die Rheinbrücke nach Mannheim einrücken. Die Mutigsten räumten das Mobiliar aus dem Brückenwärterhäuschen und warfen damit eilig eine Barrikade auf, um ein solches Manöver zu unterbinden. Die Bayern räumten jedoch das Feld und

ließen sogar die Brückenwache im Stich. Dabei wurden sie von Scharfschützen ins Visier genommen, die hinter den steinernen Pfosten im Garten des Ausflugslokals zur „Rheinlust“ Deckung gesucht hatten, und von da mit Büchsen auf die einzelnen Soldaten, die sie den Zuschauern im Voraus bezeichnet, geschossen hätten.<sup>8</sup> Es kam zu einem heftigen Schußwechsel und unter dem Kugelhagel wurde ein Brückenjoch der damaligen Schiffsbrücke abgefahren.

Die hastig aufgeworfene Barrikade kann nicht besonders imposant gewesen sein, denn nach den amtlichen Berichten waren zwar etliche Bretter, Bettgestelle und ähnliches Inventar abhanden gekommen. Angesichts der auf der bekannten Grafik aufgetürmten Masse scheint die Phantasie des weitab vom Schuß weilenden Künstlers doch sehr bemüht gewesen zu sein, ein möglichst attraktives, spektakuläres Bild von dieser Aktion zu zeichnen. Als besonderer dramaturgischer Aspekt kam ihm allerdings zustatten, daß eine an dem Krawall beteiligte junge Frau, die damals 25 Jahre alte Mannhei-



Vermutlich kannte der Schöpfer des bekannten Bildes Ludwig von Elliott die Szene nur aus Presseberichten. Auf der Barrikade legte er noch etwas nach, denn für ein sensationslüsternes Publikum konnte sie nicht hoch genug sein.

(Privatbesitz)



Ein halbes Jahrhundert später: Aus Lisette Hatzfeld war die Mannheimer Marianne geworden, hinter der eine gewisse Frau Lichtenberger vermutet wurde. (Stadtarchiv Mannheim)

mer Schuhmacherstochter Lisette Hatzfeld, das eher symbolische Hindernis aufwertete. Eine Fahne schwingend, die nach unterschiedlichen

Darstellungen mal rot, mal schwarz-rot-golden gewesen sein soll, stellte sie sich mitten in den Kugelregen, ohne dabei Schaden zu nehmen.



Valentin Streuber

*Valentin Streuber war Hauptmann der 18. Kompanie der Bürgerwehr und verhandelte mit der Rheinbrückenwache*

(Reiss-Museum Mannheim)

Im Bericht der „Mannheimer Abendzeitung“ über die Vorgänge wurde sie dafür namentlich hervorgehoben: *Manchem Manne kann ein Mädchen, Lisette Hatzfeld, zum Vorbild dienen, die von Anfang bis zum Ende unter dem anhaltenden Gewehrfeuer furchtlos mit verbarrikadiren half. Solchem Muthe gehört alles Lob.*<sup>9</sup> Aus dieser Episode formte der Zeichner – durchaus im Sinne modernen Medienspektakels – ein „Bild“. Die Mannheimer Marianne ging in dieser Darstellung, mehrfach kopiert, von hinten und von vorn gezeigt, durch die Hände einer damals schon sensationslüsternen Öffentlichkeit.

Während an der Rheinbrücke die ersten Schüsse fielen, kam es in der Innenstadt zu weiteren Tumulten. Am Marktplatz wurden die dort stehenden Buden umgeworfen, das Straßenpflaster aufgerissen und aus dem Ladengeschäft des Büchsenmachers August Wunder wurden 57 Gewehre entwendet. Man sah von allen Seiten her Bürger mit Waffen und die Mitglieder der Freischaar mit Sensen zusammenlaufen. Die Bürger luden ihre Gewehre auf offener Straße: in wenigen Augenblicken hörte man Generalmarsch schlagen und die Bürgerwehr, sowie das Freicorps sammelte sich auf dem Marktplatz, vor dem Rathhause, woselbst der Bürgermeister Jolly, Gemeinderath Algardi, Conditior Hoff, Küfermeister Düringer, und von Seiten des Amtes der Großherzogliche Stadtdirektor Kern, Amtmann Fuchs und Assessor Mays sich versammelt hatten. Von Seiten der Bürgerwehr erschienen die beiden Hauptleute, Handelsmann Louis Stoll und Mehlhändler Streuber, welche von dem Bürgermeister stürmisch verlangten, er solle Befehl ertheilen, daß die Bürgerwehr nach der Rheinbrücke marschieren und diese besetzen dürfe, da man allgemein das Gerücht höre, die Bayern wollten von Ludwigshafen herüber rücken. Diese Order wurde jedoch nicht ertheilt, und die beiden Hauptleute entfernten sich. Gleich darauf oder während der Verhandlung sah man die Mitglieder der Freischaar abziehen und kurz darauf die von Hauptmann Engelhardt kommandierte Compagnie der Bürgerwehr, sowie eine Zweite, deren Anführer nicht unterschieden werden konnte.<sup>10</sup> Etwa eine Viertelstunde später verbreitete sich die Nachricht vom

Gefecht an der Rheinbrücke und von dessen Opfern: von den drei schwerverletzten bayrischen Soldaten erlag einer seinen Verwundungen; unter den Opfern der Gegenseite soll sich auch ein 14jähriger Mannheimer Gassenjunge befunden haben.

Beendet wurde der Konflikt erst mit dem Eintreffen der 17. und der 18. Bürgerwehrcompagnie unter ihren Befehlshabern Alois Engelhardt und Valentin Streuber. Nach dem Bericht Streubers besetzten sie die verlassene Brückenschanze auf der Mannheimer Seite und verhandelten mit dem kommandierenden bayrischen Offizier über eine Einstellung der Feindseligkeiten. Vor dem Hintergrund dieses Abkommens hielt der Buchhändler Heinrich Hoff – einer der bekanntesten Mannheimer Radikalen – vom Balkon des Rathauses herab eine beschwichtigende Ansprache und versprach, daß sich unverzüglich eine Abordnung nach Karlsruhe begeben werde. Sie sollte den Abzug der nassauischen Truppen und die Ausweisung des Großherzoglichen Regierungsrats Uria verlangen, der noch am selbigen Tag die Stadt verlassen müsse. Daraufhin „zerstreute“ sich der zurückgebliebene Theil der Bürgerwehr, und der übrige Theil des Abends verlief in Ruhe.<sup>11</sup> Soweit der amtliche Bericht zum Verlauf dieses turbulenten Tages.

Wenige Tage später hatte die Regierung auch das unruhige Mannheim mit drakonischen Maßnahmen zur Ruhe gebracht. Über Mannheim wurde der Belagerungszustand verhängt und die Besatzungstruppen durch bayrisches Militär verstärkt. Der eigens entsendete Regierungsrat Maier ließ gleich nach seiner Ankunft die ersten Verhaftungen vornehmen. Am 29. April wurden als erstes Theobald Betz, Sohn des Wirts vom „schwarzen Lamm“, und der Weinwirt Nikolaus Spies als der Teilnahme am Rheinbrückengefecht verdächtig in Untersuchungshaft genommen. Gerüchten zufolge sollten sich mit ihrer Tat gebrüstet haben. Noch am gleichen Tag wurde Heinrich Hoff auf dem Stadtamt verhaftet, als er dort wegen der Beschlagnahme seiner „Deutschen Volkszeitung“ Beschwerde einlegen wollte. Der Redakteur Johann Peter Grohe wurde ebenfalls am 29. aus seiner Wohnung heraus inhaftiert. Hoff und Grohe wurden zu Rädelsführern gestempelt; bei ihnen fanden gründliche Haussuchun-

# Zur Nachricht!

**Mannheim, 29. April.** Wir sind verhindert gewesen, heute unsere Zeitung erscheinen zu lassen, weil der Redakteur derselben, Herr J. P. Grohe, verhaftet und von hier entfernt worden ist, werden aber morgen unsern Abonnenten gegenüber den übernommenen Verbindlichkeiten in gehöriger Weise nachkommen. Außer den schon Genannten wurden Herr Buchhändler H. Hoff, Bierbrauer Spieß, und Hr. Betz Sohn festgenommen und unter Bedeckung wahrscheinlich in die Festung Rastatt gebracht.

Ein Flugblatt aus der Druckerei der „Mannheimer Abendzeitung“ informierte über die Verhaftungen

(Stadtarchiv Mannheim)

gen statt, die Wohnungen wurden danach versiegelt. Am 2. Mai fand die nächste Verhaftungswelle statt, bei der Valentin Streuber festgenommen wurde. Geflissentlich „übersah“ Regierungskommissar Maier bei dieser Aktion, daß unter den Festgenommenen Männer waren – Heinrich Hoff und Valentin Streuber –, die die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt hatten, ließ außer Acht, daß aus juristischer Sicht wenig gegen sie vorlag. Über Monate saßen Hoff, Streuber und Grohe im neuerbauten Bruchsaler Zellengefängnis, ohne daß die Untersuchung gegen sie strafrechtlich Verwertbares ergeben hätte. Das war „beste“ Propaganda für die radikale Partei.

Ähnlich verhielt es sich mit den Vorwürfen gegen die wegen des Schußwechsels an der Rheinbrücke Verhafteten. Der Wirt Nikolaus Spies vom „silbernen Kopf“ wurde nur deshalb als Tatverdächtiger festgenommen, weil er in der Stadt als geübter und treffsicherer Schütze galt. – schließlich hatte er als Mitglied des Schützenvereins in Wettbewerben manchen Preis gewonnen. Theobald Betz war wohl eher als Hauptbeteiligter zu bewerten, allerdings fußte auch die Anklage gegen ihn nur auf dem erwähnten Gerücht. Es ist auch nicht auszuschließen, daß man ihn mit seinem jüngeren Bruder Philipp verwechselte, der sich mit einer Gruppe von 8 weiteren Verdächtigen über die

Grenze nach Straßburg abgesetzt hatte. Gesucht wurden neben Philipp Betz der Buchdrucker Johann Valentin Weber von Kreuznach, der Revolutionsdichter und Handelsangestellte Karl Heinrich Schnauffer von Heimsheim, Heinrich Göttinger von Heidelberg, sowie Kaufmann Aron Rund, Gastwirt Franz Joseph Fröckmann, Wilhelm Fischer, Peter Dann, Schreiner Johann Karl Jakobi, die wohl alle in Mannheim ansässig gewesen waren. Auch gegen den Pistolenschützen im Blaumann wurde eine öffentliche Fahndung eingeleitet. Es soll sich um den Schneidergesellen Jakob Heinrich Christian Karl Straßenmaier von Güntersleben im Herzogtum Gotha gehandelt haben, *28 Jahre alt, großer Figur, bekleidet mit einem dunkeln Paletot und schwarzem aufgeschlagenen Hute*. In den folgenden Tagen wurde die Fahndungsaktion um einzelne Verdächtige erweitert: z. B. die Handelsangestellten Friedrich Wilhelm Bayrhofer aus Frankfurt am Main und Moritz Klein aus Altdorf im Bezirksamt Ettenheim, bei welchem auch die Angabe *israelitischer Confession* zum Tatvorwurf zu gehören schien.<sup>12</sup> Die anlässlich dieser Fahndung genannten Berufsangaben belegen, welche soziale Gruppe hauptsächlich als Verursacher der Krawalle in Verdacht kommen mußten: es handelte sich vorrangig um junge, unabhängige Handwerks- und Kaufmannsgesellen, die

**Meine Verhaftung, Einkerkierung und fort-  
dauernde Gefangenhaltung zu Bruchsal**

wegen angeblichen

**Hochverraths durch die Presse**

und in einer Rede.

Mit sachgemäßer Beleuchtung des wieder gültigen badischen  
Presß-Gesetzes von 1831.

Von

**Heinrich Hoff.**

Wette: Wenn man an den Hund will,  
muß er Leder gefressen haben.



**Mannheim.**

**Verlag von Kener & Angely.**

**1848.**

*Aus der Haft meldete sich Heinrich Hoff mit dieser anklagenden Schrift zu Wort*

*(Stadtarchiv Mannheim)*

kein städtisches Bürgerrecht besaßen. So zielte auch eine der effektivsten Maßnahmen auf diese Gruppe, der mit strengen Meldeauflagen das Bleiberecht in der Stadt entzogen wurde. Über

800 sollen es gewesen sein, die in den folgenden Wochen ausgewiesen wurden.

Hinter der Effektivität der dargestellten Verfolgungsmaßnahmen durch den Polizeiapparat

blieben Justiz und Strafvollzug allerdings weit zurück. Beide waren den nun an sie gestellten Anforderungen bei weitem nicht gewachsen. Valentin Streuber wurde nach 28 Tagen Haft sang- und klanglos entlassen, ohne daß eine Anklage gegen ihn erhoben worden wäre. Redakteur Grohe wurde in einem aufsehenerregenden Prozeß vor dem Mannheimer Hofgericht am 4. September 1848 freigesprochen. Die Verschleppung weiterer Verfahren aber geriet zum regelrechten Justizskandal. Der Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Heinrich Hoff wurde entgegen der mangelhaften Beweislage und trotz zahlreicher öffentlicher Proteste erst am 13. November 1848 gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt. Er fand sein Geschäft, das von seinem Bruder nur notdürftig weitergeführt werden konnte, ruiniert. Nur dem Vertrauen seiner Gläubiger verdankte er die vorläufige Abwendung des Konkursverfahrens. Am härtesten aber traf es Nikolaus Spies. Es nützte ihm wenig, in mehreren Eingaben seine Unschuld zu beteuern, die Stellung einer Kaution anzubieten und auf einen Gerichtstermin zu drängen. Erst eine persönliche Eingabe seiner Frau Maria beim großherzoglichen Justizminister Staatsrat von Stengel scheint bei der Justizverwaltung Einsicht über die unerträgliche Dauer des Untersuchungsverfahrens geweckt zu haben. Doch als er am 7. Mai nach einjähriger Haft aus Bruchsal *in den Schooß seiner Familie* zurückkehrte, beklagte die Mannheimer Abendzeitung die Folgen der langen Haft: *Er war ein frischer, blühender Mann, als man ihn von hier abführte; seine Lebenskraft ist jetzt gebrochen; die Kerkerleiden haben ihm ein Siechtum zugezogen, von dem er sich bei seinem lebhaften Temperamente schwer erholen wird. Wieder einmal ein Opfer monarchischer Gerechtigkeitspflege.*<sup>13</sup>

Wenig bekannt ist die Tatsache, daß die an diesem Aufruhr Beteiligten anderthalb Jahre später, nach der Niederwerfung des Badischen Aufstands von 1849, für die ihnen unterstellten Taten noch bitter büßen mußten. Die Untersuchung wurde mit einem Spruch des Mannheimer Hofgerichts vom 27. Oktober 1849 abgeschlossen, der Straferkenntnisse über 16 der 31 Angeklagten durch das Großherzogliche Stadtamt in Mannheim zu empfindlichen Zuchthaus-

oder Gefängnisstrafen als rechtskräftig anerkannte. Dem Kreis der Beschuldigten gehörte auch ein Teil der steckbrieflich Gesuchten vom Mai 1848 an. 13 Angeklagte wurden für *klagfrei, verdachtlos* oder *schuldlos* befunden. Dagegen wurde Theobald Betz, der sich damals schon auf dem Weg nach Amerika befand, wegen der ihm angelasteten Tötung des bayrischen Soldaten in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Bruder Philipp sollte acht Jahre im Zuchthaus büßen, wurde aber nach zweieinhalb Jahren zerrüttender Haft auf mehrere Gnadengesuche hin freigelassen und wanderte nach Amerika aus. Nikolaus Spies bekam 12 Jahre Zuchthaus zugesprochen, aber auch er befand sich im Straßburger Exil, von wo er erfolglos eine Revision des Urteils betrieb. Im selben Verfahren wurde auch der Wirt Franz Joseph Fröckmann als Urheber des Waffenraubs beim Mannheimer Büchsenmacher Wunder zu einem Jahr Arbeitshaus verurteilt. Er kehrte nach Verbüßung seiner Strafe Mannheim den Rücken, ließ Frau und Kinder im Elend zurück. Die Frau mit der Fahne, Lisette Hatzfeld bekam wegen *Teilnahme am Aufruhr*<sup>14</sup> eine achtwöchigen Arbeitshausstrafe. Auch sie ging im Jahr 1853 den Weg des Exils, nachdem sie einsehen mußte, daß die *bekanntesten, unglücklichen Ereignisse*, wo sie *einen großen Fehler begangen* habe, einen entscheidenden Einfluß auf ihr weiteres Leben haben würden. Ihre Klage, daß sie *alles Vertrauen verloren* habe und verlassen dastehe, denn *niemand gibt mir etwas zu verdienen*,<sup>15</sup> wurde von der Gemeindebehörde erhört, die „Schulden“ dieser „Lüderlichen“ und die Kosten ihrer Überfahrt, die sich auf 130 Gulden beliefen, wurden großzügig aus dem Stadtsäckel abgegolten – so war man sie los.

Die Beschäftigung mit der Geschichte muß kein trockenes Brot sein, langweilig und wenig unterhaltsam. Sobald man den sich in den Details verliert, öffnet sich ein Weg zu den Erfahrungen und Erlebnissen der Namenlosen. Oft wider Erwarten finden sich Indizien zur Rekonstruktion komplexer Zusammenhänge, die mehr als Lokalkolorit vermitteln. Hinter den großen Entwicklungen der Geschichte stehen die Erfahrungen der vielen am Geschehen Beteiligten, die für ihr Engagement oder auch für ihre Entgleisungen mit ihrem Lebensglück

einstehen mußten. Viele verließen auf diesem Weg ihre geliebte Heimat, und neben den bekannten Persönlichkeiten, die in Amerika oder anderswo ihren Lebensweg gingen, war so mancher, der mit dem Exil nicht zurecht kam. So Nikolaus Spies, der am 28. August 1862 einen verzweifelten Brief an das badische Justizministerium richtete, in welchem er um die Gnade der Amnestie auch in seinem Fall nachsuchte. In seinem Schreiben gestand er zu, daß das *an der Mannheimer Rheinbrücke verübte Attentat einzig und allein nur zur Förderung des Friedrich Heckerschen Aufstandes im badischen Oberlande zur Verhinderung von Truppenzusendungen, unternommen wurde*.<sup>16</sup> Die positive Antwort der Behörde auf seine mit kritischen Einsichten unterstrichene Bitte erreichte ihn allerdings zu spät. Am 14. September 1863 starb er im fernen New York. Den Traum von der Rückkehr in die Stadt, die seine Heimat geblieben war, konnte er nicht mehr verwirklichen.

#### Anmerkungen

- 1 Mannheimer Abendzeitung 4. 4. 1848.
- 2 Mannheimer Abendzeitung 10. 4. 1848.
- 3 MGBL 1907, Sp. 254.
- 4 Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848, Basel 1848, S. 29.
- 5 Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848, Basel 1848, S. 68.
- 6 Mannheimer Journal 19. 4. 1848.
- 7 GLAK 236/5238.
- 8 GLAK 234/1990.
- 9 Mannheimer Abendzeitung 27. 4. 1848.
- 10 GLAK 236/5238.
- 11 GLAK 236/5238.
- 12 Mannheimer Journal 12. 5. 1848, 13. 5. 1848, 16. 5. 1848, 18. 5. 1848.
- 13 Mannheimer Abendzeitung 8. 5. 1849.
- 14 GLAK 234/1990, 62 ff.
- 15 Stadtarchiv Mannheim, Nachlaß Treutlein, Auswanderererkartei.
- 16 GLAK 234/1990, 119.

Anschrift des Autors:  
Hans-Joachim Hirsch  
Pozzistraße 10  
68167 Mannheim

# Die Revolution in Baden 1848/49

- Joseph Kilmarx -

Ein himmelblauer Sommertag verzauberte die kleine Stadt Hüfingen im Mai des Jahres 1884.

Die Sonne lächelte vergnügt der spielenden Kinderschar zu, die im Hof des Fürstlich Fürstenbergischen Landesspitals herumtollte.

Plötzlich steckten die Kinder ihre Köpfe zusammen, und fingen an zu tuscheln und zu lachen. Sie hatten sie entdeckt, dort oben am Fenster, gleich rechts neben der großen Tanne. Ja, das war sie „die ewige Braut“. Für einen kurzen Augenblick erhaschten die Kinder ein altes Gesicht mit einem schneeweißen Schleier. Ob das wirklich einmal ein Brautschleier war?

Während die Kinder noch diskutierten und kicherten, stand auf einmal ein freundlicher, älterer Herr inmitten der kleinen Schar.

„Ihr wollt sicherlich mehr über diese - ewige Braut - erfahren“, und der freundliche Herr fing zu erzählen an:

Nun, die ganze Tragik begann im Jahre 1848. In diesem Jahr wurde der hübschen, schwarzgelockten Magdalene Peter und dem schmucken Feldwebel Joseph Kilmarx so richtig bewußt, daß sie sich sehr gern hatten und bald heiraten würden. Magdalene und Joseph kannten sich schon als Kinder, und sie gingen auch zusammen zur Erstkommunion in Rastatt, wo beide zuhause waren.

Magdalene liebte ihren Joseph und auch Joseph konnte sich ein Leben ohne Magdalene nicht mehr vorstellen. Doch das Schicksal wollte es nicht.

Ein Jahr später im Jahre 1849 gab es auch in Rastatt die Bürgerrevolution. Auch Joseph Kilmarx, der Feldwebel, war von der guten Idee überzeugt und machte mit. Als die Festung

Rastatt kapitulieren mußte, nahmen die Preußen auch Joseph gefangen. Das Kriegsgesicht hat dann im Schnellverfahren Joseph Kilmarx zum Tode verurteilt. Es galt zu dieser Zeit das Kriegerrecht.

Wie sollte man diese furchtbare Nachricht Magdalene überbringen? Joseph Kilmarx Vater beschloß, Magdalene vorerst zu schonen, und er hat ihr nur mitgeteilt, daß die Preußen ihren Joseph inhaftiert hätten, und sie die Erlaubnis bekommen hätte, ihren Liebsten im Gefängnis kurz zu sehen.

Als Joseph seine Magdalene in den Armen hielt, fing sie plötzlich an zu zittern, sah ihren Joseph an, und sie spürte, daß sie ihren Joseph für immer verlieren würde. Noch einen kurzen Augenblick durften sie sich festhalten - dann wurden sie getrennt - für immer -.

Joseph war starr vor Kummer um seine Magdalene. Schon morgen früh um 6 Uhr sollte er erschossen werden, und er mußte seine Magdalene hier allein zurücklassen.

Nachher werde ich ihr einen Abschiedsbrief schreiben, dachte Joseph, und sein Herz krampfte sich zusammen, als er Magdalene weggehen sah. - Welch ein Abschied -.

Magdalene lief wie benommen den Kerker gang entlang. Alles in ihr weinte - Joseph, Joseph - wie soll ich ohne ihn weiterleben, nie mehr sein liebes Gesicht sehen können - nie mehr seine Stimme hören. Magdalene wurde krank vor Kummer und Schmerz. Ihr Verstand verweigerte diese Tragik zu akzeptieren. Warum? - qualte eine Stimme in ihr, warum muß er sterben? Revolution wollten die Bürger - Aufstand gegen Obrigkeit und System. Besser, gerechter sollte es unserem Land Baden werden. Dafür wollten sie

Rastatt den 8. Oktober 1849, morgens 6 Uhr.

## Liebes Bäsle und Magdalene!

Die Todesstunde naht. Schauerlich pfeift der Wind in meinem Kerker, als wär er der Verkündiger meines Dahinscheidens. Ich schrecke nicht davor, ich bin versöhnt mit Gott, dem Allmächtigen, und sterbe als Christ, der keine böse Tat begangen hat. Binnen einer halben Stunde gehe ich zu meinem und zu eurem Vater, zu meinen Geschwistern und zu euern, wo ich's besser finden werde als allhier. Ich vertraue auf Gott, habe mich zu ihm gewendet, und er wird mir alles verzeihen und mich zu sich in sein Reich aufnehmen. Denkt auch später an mich, schließt mich in euer Gebet ein, ich werde es auch tun.

Den Allmächtigen werde ich bitten, daß er euch Segen willfahren läßt. Der Magdalene wünsche ich Glück in allem, was sie je unternehmen wird, wenn sie einstmal's Frau sein wird.

Die Türe wird geöffnet, zum Todesplatz geht's: Lebet wohl, im Himmel sehen wir uns wieder!

J. Kilmarx.

*Kopie aus „Auf der Festung“ Heinrich Hansjakob*

kämpfen, unsere Männer. Und was ist daraus geworden?

Die Preußen haben die Festung Rastatt erobert. Sie nahmen auch meinen Josef gefangen, um ihn zu verurteilen.

Was hat er denn getan?

Es war 6 Uhr morgens.

Nebel stieg an der Festungsmauer hoch, dort wo in einiger Entfernung ein paar Preußen mit ihren Gewehren Stellung bezogen hatten.

Jetzt war es soweit.

Durch ein niedriges Tor kam Joseph mit seinem kriegsverletzten, alten Vater, der ihn auf

seinem Todesgang begleitete. Tapfer war er, der Joseph, nicht mal die Augen ließ er sich verbinden. „Joseph, bleib standhaft“ rief ihm sein Vater noch zu.

„Leb wohl, Vater“, waren Josephs letzte Worte.

Dann krachten Schüsse in den frühen Morgen hinein.

Es war 6.15 h – Joseph Kilmarx lebte nicht mehr.

Zur gleichen Zeit schreckte Magdalene aus dem Schlaf hoch. „Das waren die Schüsse, die meinen Joseph gemordet haben. Ich fühle es – er ist tot. Es tut so weh!

Ich werde dich nie vergessen, mein Joseph. Ich werde immer deine Braut sein. „Und Magdalene legte den Brautschleier über ihr schwarzes Haar und verbarg darunter ihr tränennasses Gesicht.“

So, das war die Lebensgeschichte der „ewigen Braut“, sagte Lucian Reich, der Schriftsteller, Maler und Zeichenlehrer von Joseph Kilmarx in Rastatt. Er blickte noch einmal kurz zu Magdalenes Fenster hoch, verabschiedete sich von der Kinderschar und schritt eiligst davon.

Die Kinder lösten sich langsam aus der lauschenden Spannung, schauten nochmals mitfühlend zum Fenster hoch und überraschend stumm, trollten sie nach Hause.

Mittlerweile schrieb man das Jahr 1900.

Es war Juni und die Sonne blinzelte warm vom Himmel herab auf die beiden alten Herren, die sich auf einer Bank inmitten des Marktplatzes von Hüfingen nach langer Zeit wiedergetroffen haben. Der schon 83-jährige, etwas ärmlich gekleidete Herr war Lucian Reich. Er war der Zeichenlehrer des neben ihm sitzenden Schriftstellers, Politiker und Seelsorgers Heinrich Hansjakob. Beide waren lange Zeit in Rastatt im Ludwig-Wilhelm-Gymnasium.

Lucian Reich holte aus seiner Tasche 2 Briefe hervor, die ihm Magdalene Peters kurz vor

ihrem Tode im Jahre 1885 übergeben hatte. Er reichte diese Briefe H. Hansjakob weiter, der sogleich zu lesen anfang:

H. Hansjakob war nach der Lektüre des Briefes tief bewegt. Der 2. Brief, den ihm sein ehem. Zeichenlehrer Reich übergab, war an die Eltern und Geschwister des Joseph Kilmarx gerichtet. „Diesen Brief werde ich morgen lesen“, sagte H. Hansjakob zu L. Reich. „Das Schicksal dieses treuen, christlichen und tapferen Helden Joseph Kilmarx rührt mich so sehr. Krieg und Zwietracht, das heisst doch Leid und Tränen. Wie unmündig ist doch die Menschheit“ H. Hansjakob seufzte.

Jetzt verschwand auch die Sonne hinter einer großen, dunklen Wolke, und die beiden Herrn gingen heimwärts.

Heute sind auch Lucian Reich, Heinrich Hansjakob, Josef Kilmarx und Magdalene Peter – nur noch Erinnerung – Geschichte – erlebt, durchlitten – auch für uns.

Anschrift der Autorin:  
Inge Messer  
G. N. Tiedemannstr. 7  
76437 Rastatt

# Die Revolution in Baden 1948/49

*„Was ischn los,  
was ischn bassiert?“*

Eine aufgeregte Frauenstimme schreit in Sasbachwalden in die Nacht hinein.

Hunde bellen, ein Baby jammert.

Dieser Lärm, dieser Krach! - Was war geschehen?

Jetzt war es soweit - die Badische Revolution im Jahre 1848 wurde krieglerisch.

An diesem Abend probierte die Bürgerwehr eine der beiden Kanonen aus, die oben auf dem Kanonenbuckel beim Wachtürmle standen.

Ein Dutzend Sasbachwaldener Bürger glaubten, einen kleinen Trupp preußischer Soldaten gesehen zu haben.

Dies war auch der Anlaß warum der Gruppenleiter Joseph Vogt seine Bürgerwehr zusammengetrommelt hatte. Alle 76 Mann waren pünktlich und vollzählig angetreten.

Nach dem Probelauf der Kanone marschierte die Bürgerwehr nach Kappelrodeck zum Exerzieren.

Auch Fridolin Doll hetzte der Gruppe hinterher. Er sorgte sich um seine Frau Christina. Sie hatte schon Wehen in kurzen Abständen, als er fortging. Fridolin wäre lieber bei seiner Christina geblieben, um bei der Entbindung ihres 5. Kindes dabeizusein. Was Fridolin Doll, der gerade in Richtung Kappelrodeck marschierte, nicht wußte - Christina hatte gerade ein Mädchen entbunden.

Christina vertraute nun ihrer Hebamme Maria Oberle ihre Angst um ihren Mann an, der mit der Bürgerwehr zu exerzieren hatte.

„Revolution für die Freiheit wollen unsere Männer machen“, schimpfte ärgerlich Christina

Doll. „Was wissen die schon von Freiheit. Sie halten nur wieder ihre Köpfe für andere hin. Wir hungern doch schon seit Jahren, und du wirst sehen, Maria, jetzt wird es noch schlimmer. Ach, und ich habe solche Angst um meinen Fridolin.“

„Aber Christina, widersprach die Hebamme, es muß doch mal einen Anfang geben, und anfangen ist sehr oft schmerzlich. Sollen wir denn für immer und ewig arm und abhängig sein? Die paar Oberen sacken ein, machen sich ein schönes Leben, und wir - wir schuftens uns krank. Denk doch an unsere Kinder, Christina, für sie erkämpfen wir doch letztendlich die Freiheit. Die Freiheit zu entscheiden, wie sie einmal leben wollen.“

Und wieder erschütterte ein Kanonenschlag das kleine Schwarzwalddorf - dieses Mal aus Richtung Achern.

„Lieber Alder Gott, betete Christina, bleib doch do un hilf uns.“

Anschließend blieb es die ganze Nacht ruhig.

Im Juni 1849 umringte der Großherzog von Baden zusammen mit preußischen Truppen die Festung Rastatt, in welcher die Revolutionsarmee eingeschlossen war. Dort überwältigten die Preußen Revolutionsführer, Feldweibel und auch einfache Soldaten. Sie erschossen einige von ihnen im Schnellverfahren. Es herrschte Kriegsrecht.

Die preußischen Truppen zogen dann von Rastatt nach Bühl weiter, was das Volk - auch in Sasbachwalden - sehr verängstigte.

Unweit von Bühl, auf der Flucht vor den Preußen, versteckte sich der 19-jährige Karl E. aus Sasbachwalden in einem Heuhaufen. Die

preußischen Soldaten stocherten mit Bajonetten in diesem Heuhaufen herum, fanden den Zitternden aber nicht. Der Sasbachwaldener Revolutionär hatte Todesangst.

Nach ein paar Stunden konnte er wieder unverletzt aus dem Heu kriechen.

Bei der Kunde „die Preußen sind da“ handelten die Bürger nach deren Befehlen.

So preßte der Großherzog auch Sasbachwalden Hafer, Waffen und Geld ab. Die Einwohner mußten diese Güter, die sie kaum entbehren konnten, auch noch in Karlsruhe dem Großherzog persönlich abgeben und ihm außerdem noch ihre Ergebenheit bezeugen. Die badische Regierung hat Sasbachwalden allerdings bescheinigt, daß all diese Abgaben nicht freiwillig getätigt wurden. So konnte die

Gemeinde Sasbachwalden die Ausgaben ordentlich und offiziell verbuchen.

Die Revolution fand ein unrühmliches Ende. Die Ziele, für die sie ihr Leben riskierten, hatten sie nicht erreicht.

Kristina, ihr Mann und die Kinder überlebten. Von Revolution redete keiner mehr, doch die Sehnsucht nach Freiheit grünte weiter – auch in Sasbachwalden.

Anschrift der Autorin:

Inge Messer

G. N. Tiedemannstraße 7

76437 Rastatt

# Der Amtbezirk Triberg im Rahmen der Revolution 1848/49

Eine Dokumentation

## I. EINLEITUNG

Dem Beitrag lag das Anliegen zugrunde, die Vorgänge in Triberg während der Abläufe der Revolution 1848/49 nachzuvollziehen, die bisher in einer für die Stadtgeschichte Tribergs sinnvollen, kompakten Form nicht bearbeitet und vorgelegt wurden. Voraussetzung für dieses Unterfangen war die Kenntnis der Daten der flankierenden allgemeinen, politischen und speziell badischen politischen Entwicklungen, die sich seit den Tagen vor der französischen Revolution –, aber auch der polnischen, ungarischen, belgischen, amerikanischen, italienischen, böhmischen Revolutionsbestrebungen verfolgen ließen<sup>55, 13</sup>.

Diesem hohen Anspruch stand die Notwendigkeit der Kenntnis der literarischen Dokumentation speziell jener der Stadt Triberg – vor, wobei das vorliegende Volumen von weit über 5000 Monografen, Dissertationen und sonstigen Beiträgen und Hinweisen dem nicht perfekt professionellen Historiker Grenzen setzen und eine Konzentration auf die zeitgenössische einerseits<sup>24, 23, 13, 15</sup>, andererseits auf neueste Editionen zum Thema unerlässlich machte<sup>7, 8, 9, 53, 54, 55, 57, 58, 59, 60, 61\*</sup> –, eine Vorlage, die zugleich als Anregung für weitere Recherchen dienen kann. Die Bearbeitung der Vorgänge in Triberg war vornehmlich durch die Dokumentation von Heinrich Raab ermöglicht und wurde ergänzt durch weitverstreute Berichte und Hinweise in anderen Publikationen. Dennoch läßt sich schlußendlich aufgrund mangelnder Kohärenz und Kontinuität das Bild eines revolutionären Triberg nur unter dem Aspekt „Schlaglichter und Einblicke“ zeichnen –, analog der Historie anderer Städte und Gemeinden.

Solche Desiderate sind zugleich ein Hinweis auf das vielfältige, vielschichtige politisch kriegerische Geschehen in den badischen Landen, über welche in vorzüglicher Weise die Ausstellung in Karlsruhe, aber auch jene in Frankfurt im Historischen Museum (Schirn) belehrt. Selbst hier ist nur ein großer Bogen über die schicksalhaften Abläufe gespannt worden und läßt in der plakativen – allerdings typischen – Vermittlung Fragen und Phantasien freien Lauf.

In Anbetracht also bereits kunstvoll eingeleiteter Demonstrationen und Schriften zum „Aufbruch des Volkes zur Demokratie“ –, weg von der Herrschaft vom „Gottes Gnadentum“, war es nicht sinnvoll, auch noch ein weiteres Geschichtsbuch oder auch nur Kompendium hinzuzufügen, sondern konzentrativ punktuell vom Allgemeinen zum Speziellen in Baden und schlußendlich auf Triberg überzuleiten. Damit sollte die bisher offene historische Lücke in den sich überstürzenden ereignisreichen Tagen zwischen 1848/49 geschlossen werden, ein Bemühen, das weiteren Avancen die Türe offenläßt.

## II. ALLGEMEINE HISTORISCHE BETRACHTUNG

Der Beschluß der Verfassung in der Frankfurter Paulskirche vom 17. 3. 1859<sup>2</sup>, dem die Gründung der Nationalversammlung im Mai 1848 vorausging<sup>2, 4</sup> – und welcher Preußen und Bayern nicht zustimmte (Wilhelm IV. lehnte die ihm am 28. 3. 1849 angebotene Krone ab)<sup>4, 11</sup> ist der Grundakkord, der auf die Ereignisse der gesamten Revolution einstimmt. Das Frankfurter Parlament war am 18. 5. 1848 als erstes aus freien Wahlen hervorgegangen: hier wurden

erstmalig die Grundrechte verhandelt und am 27. 12. 1848 verkündet<sup>4</sup> (Preußen, Österreich, Bayern und Hannover schlossen sich aus!): die Verkündung hatte Gesetzeskraft. Die Hoffnungen der Freischaren von 1812/13, der Teilnehmer der Verfassungsfeste von 1843<sup>13</sup> und jener Landsleute mit frühliberalen Gedanken (Karl v. Rotteck, Karl Theodor Welcker) seit 1834 war groß und abstrahierte von der Vorstellung, daß - wie es dann leider auch geschah - die 99 Sitzungen von Juli-Dezember 1848 - 14 Artikel und 16 Paragraphen umfassende Gesetzesvorlage vom 23. 8. 1851 durch den Deutschen Bund für rechtsungültig erklärt werden könnte<sup>4, 11</sup>. Hoffnungen wurden auch durch die Ereignisse im benachbarten Frankreich durch den Sturz des Königs und die Inthronisierung von Louis-Philippe im Juli 1830 genährt<sup>3, 20</sup> - (im März 1830 ereignete sich auch der Regierungsantritt von Großherzog Leopold)<sup>3</sup> -, wurden aber enttäuscht durch dessen Sturz zwischen dem 22. und 24. 2. 1848<sup>3</sup>. Nach dem „Gesandtenkongress“ von 1815 des deutschen Bundes blieb nur die Vorstellung vom ganzen Deutschland 1848: dem widersprach jedoch Fürst Schwarzenberg von Österreich zugunsten einer „kleindeutschen Lösung“,<sup>11</sup>; nach Königgrätz 1866 wurde dann Österreich endgültig aus Deutschland verdrängt<sup>11</sup>, nach 1879 wieder in den Zweibund geholt, durch den Frieden von Saint-Germain endgültig abgetrennt, was Hitler 1938 revidierte.<sup>11</sup>

Das „Lied der Freiheit“ weit vor der französischen Revolution 1789 bzw. 87 als Modell konzipiert<sup>13</sup> und inhaltlich vom 27.-30. 5. 1832 im Hambacher Schloß von Philipp J. Siebenpfeiffer und J. G. A. Wirth mit den Tausenden aller Stände gesungen<sup>4, 26, 33</sup> ist niemals verklungen - weder in der Weimarer Republik - und schon gar nicht 1948 und 1989. Leider endete der Frankfurter Wachensturm der Heidelberger Burschenschaft am 3. 4. 1833 in einem Fiasko.

Seit dem Bestehen der Nationalversammlung in Frankfurt vom 18. 5. 1848-18. 6. 1859 (das erste aus freien Wahlen hervorgegangene Parlament bemühte sich das völkische Kunterbunt der allerdings niemals vollständig anwesenden Mitglieder (649, 585 mögliche Teilnehmer waren niemals vollzählig -, meistens waren es nur 450)<sup>30</sup> - um die Formulierung und Kon-

kretisierung von Beschlüssen innerhalb von 9 Fraktionen und 4 Blöcken (der Begriff „Linke“ stammt aus der französischen Deputiertenkammer von 1815)<sup>38</sup>, - Demokratie zu schaffen, wobei auch namentlich 23 Ärzte versuchten, dazu beizutragen. Abhängige Beamte hatten es schwer mit der Meinungsfreiheit, wie das Schicksal der „Göttinger Sieben“ (Jakob Grimm, Gervinus u. a.)<sup>30</sup>. Metternichsche Diktatur, die Restriktion der natürlichen Menschenrechte durch das „Gottesgnadentum“ -, Pauperismus und aktuell die ökonomische Krise von 1846<sup>13</sup>, die Brot- und Teuerungstumulte<sup>4, 38</sup> („Der Beobachter“ vom 19. 5. 1847) ließen das Feuer in den demokratischen Clubs vor allem, - allerdings - wie dies Dr. Hecker ohne endgültiges Fortune versuchte -, nur in der durch revolutionär-brachiale Kraft zu unterhaltenden Freiheitsidee lodern.

Hoffnungen und Vorstellungen waren schon damals global-europäisch durch die gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturkrisen nicht nur in Frankreich, Ungarn, Böhmen, Italien, sondern auch in Polen und Belgien vertreten<sup>38</sup>. Trotz des Verbots der politischen Vereine vom 5. 7. 1832, die sich über die Erweiterung zu Clubs und endgültig Volksvereinen im wesentlichen existent hielten<sup>21</sup>, blieben im Volk Glaube und Hoffnung vital -, dieses Volksbewußtsein erfaßte alle Stände<sup>38, 21</sup>.

Nach dem Hilferuf von Leopold von Baden, dem konsekutiven Einmarsch der Preußen mit dem „Kartätschenprinz“ in die im Mittelpunkt der Revolution stehende Pfalz<sup>2</sup> am 10. 6. 1849 und dem nachfolgenden überqueren des Rheins bei Germersheim und der gleichzeitigen Zangenbewegung von Nord- und Mittelbaden kam das materielle Ende der revolutionären Regierung mit ihrem Höhepunkt vom 14. 5.-30. 6. 49<sup>14, 13</sup>. Dies konnte auch die am 21. 11. 1848 gegründete „Linke“ in der Nationalversammlung und der daraus entstandene „Zentralmärzverein“ nicht verhindern<sup>4, 11</sup>. Der „Revolution“ folgte der Leichengeruch der „Reaktion“<sup>11</sup>. Die Ideen lebten fort im dichten Netz der badischen Volksvereine, die Bismarck 1871 für seine eigenen Machtverhältnisse instrumentalisiert hat<sup>11</sup>. Der Traum von 1848/49 endete konkret im Rumpfparlament in Stuttgart<sup>4</sup> am 31. 5. 48, dessen letzter Präsident der Arzt Dr. Löwe aus Kalbe war.

### III. EINBLICKE UND SCHLAGLICHTER ZUR REVOLUTIONSGESCHICHTE IN BADEN

Die angeführten Daten korrespondieren mit der Zeittafel der „Revolution im Südwesten“<sup>4</sup> und verstehen sich als Additive zu der für das Thema selektierten Bibliografie.

Das Großherzogtum Baden war eine der jüngsten Staatsschöpfungen dank der napoleonischen Politik<sup>9, 19</sup>, in welcher der Grundgedanke der Freiheit unter der konstitutiven Decke vital erhalten blieb. Seit 1846 hatte Baden bereits eine gemäßigt-liberale Regierung unter Beck<sup>14</sup>. Allgemeiner Pauperismus, die Hungerunruhen von Februar-Juli 1847<sup>4</sup> und die sich an den Bankenkraich anschließende 3-Fabrikenfrage (auch die Zuckerfabrik in Waghäusel betreffend) forcierten entsprechende Bedürfnisse, die alle Volksschichten gleichermaßen für sich reklamierten<sup>4</sup>. Das Offenburger Programm vom 12. 9. 1848<sup>3, 4</sup> repräsentiert den Beginn der unvermeidlichen badischen und auch deutschen Revolution<sup>4</sup> mit den Forderungen der „Freunde der Verfassung“ nach Gewissens- und Lehrfreiheit, konfessionelle Beschränkung mit dem Ziel einer Repräsentativverfassung und Selbstverwaltung<sup>13, 24</sup>, Hecker nannte seine 13 Punkte die „Gravamina des Volkes“.

1848 häuften sich die Aktivitäten, stark beeinflusst durch die Abdankung des Königs Louis-Philippe in Frankreich- Bürgerversammlungen in Mannheim am 27. 2., in Tübingen am 2. 3., am 5. 3. in Heidelberg waren wichtige Hinweise auf die Unruhe im Volk, begleitet von den Barrikadenkämpfen und Unruhen in Berlin vom 15.-19. 3.; K. Welcker trat am 26. 2. mit 10 Petitionen von Bonndorf und Villingen vor die badische Kammer; der allgemeine Tenor war die Ausrufung der Republik und die Einführung der Verfassung nach nordamerikanischem Muster<sup>4, 13</sup>. Am 2. 3. 1848 sollten nach einem 12-Punkte-Programm die Karlsbader Beschlüsse vom 21. 9. 1819 und die Frankfurter Beschlüsse vom 30. 5./28. 6./8. 11. 1832 beseitigt werden<sup>4, 3, 7</sup>. Die Forderungen auf der 2. Offenburger Vollversammlung am 13. 3. 48<sup>4, 14</sup> hatten das Ziel der Ablösung der Einherrschaft durch die Volksherrschaft, den Bruch mit der monarchistischen Tradition, die Abschaffung

der standesrechtlichen Privilegien; Zustimmung kam vor allem aus den südlichen Landesteilen<sup>13</sup>. Gustav Struve forderte am 25. 3. in Freiburg auf der Vollversammlung die deutsche föderative Republik und am 31. 3., als in Frankfurt das Vorparlament zusammentrat, brachte Struve dort die Beschlüsse der Acherner Vollversammlung ein<sup>24, 25</sup>. Dieselben Forderungen erhob Josef Fickler am 2. 4. in Achern auf der Vollversammlung, bewaffnete Volksversammlungen in Donaueschingen am 6. 4. 1848 äußerten sich in derselben Tonlage. Aufgrund der geltenden Pressefreiheit wurde der „Schwarzwälder“ durch Ferdinand Förderer in Villingen ins Leben gerufen<sup>4</sup> (28. 3.), am 2. 4. 48 wurden die Ausnahmegesetze von 1819 aufgehoben<sup>13</sup>. Obwohl die Bürger allgemein gegen die Gewalt waren, rief Hecker von Konstanz aus am 13. 4., begleitet von bewaffneten Putschen durch die Studenten Volk und Schaible in Offenburg<sup>4, 13</sup> zum Freischarenzug auf, der jedoch wegen mangelnder Konzeption am 20. 4. auf der Scheidegg bei Kandern endete. In Freiburg erlitten am 24. 4. die Freischaren trotz Unterstützung von Franz Sigl und Gustav Struve dasselbe Schicksal; die Niederlage war bei Güntherstal vollständig. Am 14. 5. tritt der Rechtsanwalt Brentano aus Mannheim an die Spitze der Regierung in Karlsruhe<sup>29</sup> und J. v. Rotteck wird Nachfolger des Hofgerichtsrates Buisson in Freiburg<sup>29</sup>. Brentano muß jedoch am 16. 6. fliehen, an seine Stelle tritt Armand Goegg die Regierung in Freiburg an<sup>29</sup>, der Hofgerichtsrat Buisson kehrte zurück<sup>29</sup>. Gewisse Hoffnungen erweckte die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung am 18. 5. 1848; es gab jedoch in den badischen Landen keine endgültige Ruhe<sup>4</sup>. Gustav Struve erlitt am 24. 9. seine Niederlage in Staufen, nachdem er zuvor am 21. 9. in Lörrach die deutsche Republik ausgerufen hatte. Am 28. 9. wurde sie in Sigmaringen in gleicher Weise proklamiert. Parallel verliefen die Frankfurter Geschehnisse mit dem Ergebnis der Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes am 28. 12. 1848; Ludwig Uhland und Gervinus forderten die Freiheit der Wissenschaft und die Abschaffung der Kontrolle der Hochschullehrer, die leider seit den Karlsbader Beschlüssen noch gültig war.

Im Jahre 1849 ereigneten sich in kurzen Zeitabständen Erfolge und Niederlagen. Die am

29. 3. 1849 amtlich verkündete Reichsverfassung wurde von Baden am 11. 4. angenommen, denselben Schritt vollzog am 24. 4. König Wilhelm von Württemberg auf Drängen von Friedrich Römer<sup>4</sup>. Die Offenburger Volksversammlung<sup>7</sup> am 12./13. 5. unter Armand Goegg war begleitet von Soldatenmeutereien in Rastatt, Bruchsal, Lörrach und anderen badischen Städten. Das radikale politische Programm der Offenburger bedeutete endgültig den Ausgangspunkt der badischen Mairevolution und die Flucht von Großherzog Leopold<sup>4, 13, 24</sup>. Die Inhalte waren präzisiert in 16 Punkten. Zuvor hatte die gemäßigt-liberale Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf für weitere Demokratisierung der Zweiten Kammer, das Dreiklassenwahlrecht und die Abschaffung der Standesprivilegien der Ersten Kammer vorge schlagen<sup>13</sup>. Inzwischen war Heinrich von Gagern als Leitfigur in Frankfurt am 10. 5. zurückgetreten und die Revolutionsregierung war in Karlsruhe eingezogen<sup>4, 8, 14</sup>. Staatsrat Bekk und Mathy agitierten für die Regierung in den republikanischen Gemeinden unter Benutzung von Eilwagen und auch Dampfbooten\*. Der Auflösung der badischen Kammer am 17. 5. folgten heftige Militärunruhen in Baden und Pfalz am 18. 5.<sup>4</sup> und die Errichtung einer provisorischen Regierung der Pfalz in Kaiserslautern<sup>4</sup>. Den Oberbefehl über die Revolutionsstruppen erhielt am 25. 5. Sigl<sup>24</sup>, Oberst Becker bekam den Oberbefehl über die badische Bürgerwehr am 29. 5.<sup>21, 24</sup>. Nach der letzten Sitzung der Nationalversammlung in Frankfurt tagte das Restparlament noch in Stuttgart bis zum 18. 6.<sup>4</sup>.

Die provisorische Regierung ab 1. 6. von Brentano, Goegg, Fickler, Peter und Sigl<sup>4</sup> erwies sich von vorneherein als sehr schwach und zerstritten. Die badischen Kammern waren bereits am 17. 5. aufgelöst worden<sup>14</sup>. In der Pfalz wurde eine provisorische Regierung in Kaiserslautern errichtet<sup>4</sup>, der Einzug der Revolutionsstruppen in Karlsruhe am 18. 5.<sup>8, 14</sup> war begleitet von allgemeinen Militärunruhen auch in der Pfalz am 18. 5.<sup>4</sup>. In schneller Folge kamen die preußischen Truppen in die Pfalz, die sie bereits am 14. 6. eingekreist hatten<sup>4, 26</sup>; die Schlacht bei Waghäusel wurde verloren<sup>4</sup>, Gernsbach ging auch verloren. Gerade in dieser Stadt und in Schloß Eberstein hat sich vor

allem der sog. General und Weinhändler Blenker mit seiner Frau zusammen als wilder Räuber auch im Schloß Eberstein erwiesen<sup>4, 16</sup>. Am 25. 6. versuchte General Mieroslawski von seiner Stellung an der Murg aus<sup>23, 24</sup> und bei Oetigheim und Muggensturm<sup>24</sup>, dem preußischen Vormarsch Einhalt zu gebieten. Nachdem jedoch am 1. 7. die Festung Rastatt, die von Tiedemann, einem ehemaligen Direktor der Kriegsschule in Piräus, verteidigt wurde, gefallen war zog der Generalstab nach Achern<sup>24</sup> und General Mieroslawski quittierte im Hotel „Fortuna“ in Offenburg seinen Dienst<sup>1, 24, 25</sup>.

Die Übergabeverhandlungen von Rastatt erfolgte nach Gnade und Ungnade zwischen Otto von Corvin-Wiersbitzki<sup>19</sup> und Oberst Biedenfeld, der das 3. Infanterieregiment kommandiert hatte und am 9. 8. 1849 standgerichtlich zum Tode verurteilt wurde<sup>4</sup>.

In aussichtsloser Situation ordnete der Kriegsrat am 3. 7. den Rückzug der Freischaren über den Schwarzwald an, dem sich auch Blenker und Willich anschlossen, wobei Oberst Becker die Gesamtleitung hatte. Teilweise wußten weder Bürger noch Soldaten, für was sie kämpfen sollten, die Insurgenten beschränkten sich auf ein Programm individueller Freiheit (5. Mieroslawski, Bern, 1949: Der Feldzug in Baden bzw. Das Advokatenregiment).

Die am 13. 6. installierte ständische Regierung war die erste parlamentarisch gewählte Regierung in Deutschland<sup>14</sup> und der Feldzug der erste regelmäßige der Revolution<sup>24</sup>. Sie konnte den Rückruf von Großherzog Leopold am 18. 8. nach Karlsruhe nicht verhindern<sup>4</sup>. Der Traum von der Freiheit (s. F. X. Vollmer), der sich schon 1819–22 gezeigt und am 1. 3. 1822 zur Pressefreiheit geführt hatte, war im wesentlichen ausgeträumt. Die konventionelle Militärmacht von Baden dem 8. Armeekorps des deutschen Bundeskontingents mit 14 000 Mann bei einer Gesamteinwohnerzahl von 1,5 Mio. zugehörend<sup>23</sup>, war im Verein mit der preußischen Armee materiell stärker und logistisch besser vorbereitet; dem hatten die Insurgenten nichts entgegenzusetzen. Rekrutierungen durch Zivilkommissäre, am 23. 5. beschlossen, denen jeweils 3 Physikate zugeordnet waren<sup>23</sup>, konnten der Staatsarmee nicht paribieten. Gelegentliche Ausfälle aus dem Fort A der Festung Rastatt, z. B. am 16. 7. unter

Freiburg, den 15. Mai 1849.

An das Bürgermeiſteramt der  
Gemeinde *Leiden*

Ich fordere Sie auf, ſofort die Volkswehr vom 18. bis 30. Jahre zu bewaffnen und zur Verfügung des Kreishauptmanns zu ſtellen, welcher Ihnen ſpäter benannt werden ſoll. Ich erwarte innerhalb zwei Tagen unmittelbaren Bericht über das, was geſchehen, inſbeſondere ein Verzeichniß der pflichtigen Mannſchaft mit Angabe des Alters, ſowie ein Verzeichniß der in der Gemeinde vorrätigen Waffen und Munition.

Ich bin verpflichtet, Sie darauf aufmerkſam zu machen, daß eine Weigerung unangenehme Folgen für Sie haben dürfte, worunter ich die Dienſtentlaſſung erwähne. Geben Sie mir un-  
gehend Beſcheinigung über den Empfang dieſer meiner Verfügung.

Der Regierungs-Director für den Oberrheinkreis.

*Chattin*

Führung von Jacobi, konnten nichts wesentliches ausrichten; auch das Mannheimer Arbeiterbataillon war machtlos<sup>23, 24</sup>. General v. d. Groeben war der Sieger von Rastatt<sup>1, 14, 19, 23, 24, 29</sup>; nach dem Einzug der preußischen Truppen in Freiburg am 7. 7. 49<sup>6, 29</sup> wurde dort Wilhelm IV. von Josef v. Rotteck am 29. 7. 49 als Sieger gefeiert; er nannte den Aufstand verbrecherisch und unheilvoll. Auch Henriette von Feuerbach hielt ihn für ein Trauerspiel<sup>29</sup>.

Infolge der Ereignisse galt das verhängte Standrecht bis 1852. In Freiburg wurden die Insurgenten auf dem Friedhof hingerichtet. Großherzog Leopold kam am 18. 8. nach Karlsruhe zurück<sup>4</sup> und der von Becker und Willich im Verein mit Blenker gedeckte Rückzug über den Schwarzwald endete kläglich am Oberrhein mit dem Übersetzen in die Schweiz. Sympathisanten der Revolution waren nicht nur „bürgerliche Stände“, sondern auch Ärzte und Apotheker, hier sind zu nennen Prof. Hecker in Freiburg, Prof. A. Schinzinger in Freiburg (Chirurgen), die Ärzte Dr. Kücklin in Kehl, Dr. Mayer in Oberndorf, Dr. Tiedemann in Schwetzingen, Dr. Kaucher in Schwetzingen; Dr. K. Hoffmann in Villingen, der die erste Vollversammlung im alten Rathaus geleitet hat, gleich ihm auch der Tierarzt A. Schilling. Hoffmann war Abgeordneter der Nationalversammlung<sup>4</sup>. Desweiteren Justinus Kerner, Oberamtsarzt in Weinsberg, Theobald Kerner, Nervenarzt in Bad Cannstatt, Dr. Löwenthal in Frankenthal, Dr. Löhr in Worms, Dr. Welcker in Waldkirch, Dr. Senn in Kandern. Weiterhin die Apotheker Traub in Herrenberg und K. Brunner in Waldkirch. Herausragend war Dr. A. Nerlinger<sup>25</sup> (geb. 1802), Regimentsarzt des Dragonerregiments in Bruchsal, und Stabsarzt und Vorstand im Militärsanitätsdirektorium 1849. Nach der Revolution war er Regimentsarzt in badischen Militärdiensten\*. Eine herausragende Persönlichkeit war vor allem auch der Bürgermeister Ree aus Offenburg (s. F. Huber: Offenburg in der Zeit des Vormärz – Verteidigungsschrift –, Adreßbuch der Kreishauptstadt Offenburg 1927, V. Abschnitt). Unter den Gewählten in der 2. Offenburger Sitzung findet man auch Dekan Gerwig aus Hornberg sowie den Posthalter Kreglinger aus Emmendingen, einen Vorfahren des späteren praktischen Arztes Dr. Gustav Kreglinger in Triberg.

Ein wesentliches Element der Revolution waren teilweise Ausschreitungen gegen die Juden, gegen welche im Gegensatz zu Belgien, Frankreich und Holland Beschränkungen jeder Art bestanden (1812/19/30). In Mosbach bedrohten Volkshaufen die Israeliten (Karlsruher Zeitung 13. 3. 48), wo man ihnen vorwiegend die Schuld an der Hungerkrise 1846/47 zuschob. Im Schwarzwald sind ähnliche Ausschreitungen nicht beschrieben. Im konfessionellen Bereich bestanden noch erhebliche Zwispalte zwischen Konservativen und Liberalen bzw. Revolutionären und des Hochverrats verdächtigten Priestern, wobei der konservativ ausgerichtete Einfluß des Erzbischofs Vicari deutlich war: er kam per Erlaß vom 24. 3. 48 den Reformklerikern zuvor, die vor allem repräsentiert wurden durch den Spitalpfarrer Domenicus Künzer in Konstanz, der u. a. für die Abschaffung des Pflichtzölibats plädierte<sup>6</sup>. Von herausragender Bedeutung war die Katholikenbewegung unter F. J. von Buss (5. Diss. J. Dorneich, 1921). Als Ausdruck katholischen Selbstbewußtseins erfolgten Petitionen, so auch von Triberg<sup>6</sup>.

#### IVA. HINWEISE ZU DEN GESCHEHNISSEN IM TRIBERGER AMTSBEZIRK

Am 7. 7. 49 hatten preußische Truppen Elzach besetzt. Das Korps Becker bewegte sich in kleinen Tagesmärschen nach Hausach, Gengenbach, Hornberg, Triberg mit den Volkwehrruppen. Von ehemals 30 000 Mann blieben 13 000 übrig<sup>23</sup>. In Triberg wurde das Hauptquartier mit 1000 Mann und 8 Geschützen errichtet<sup>21, 14</sup>; Becker sollte die unwegsamen Gebirgsgegenden um Triberg und St. Georgen besetzen und schützen. Das Triberger Kontingent setzte sich wie folgt zusammen: Rheinhessisches Corps, schwäbische Legion, Karlsruher Freicorps, Schützen Heuberger, Batterie Borkheim, Cheveaux Légers, Dragoner<sup>14, 24</sup>. Oberst Becker entsandte Kontingente zum Rohrhardsberg und Elztal, das Volkwehrbataillon Dreher-Obermüller nach Hornberg, nach Schonach und Föhrenbach die Schützen Heuberger, nach St. Georgen die schwäbische Legion: in Furtwangen hielt Oberst Willich, so gut es ging seine Wache. Die

Bevölkerung zwischen Offenburg und Triberg war nicht sehr wehrwillig<sup>14</sup>.

Der Generalauditor des Revolutionsheeres war Alexander Buisson<sup>22</sup>. Unter dem Druck der Regierungstruppen und der Preußen vollzog sich der Rückzug der Revolutionäre über Simonswald, Freiburg bis zum Oberrhein. Zuvor hatte der räuberische Blenker in der Freiburger Kartause, an dem Freiherrn Bruno v. Türkheim und dem Arzt Kaiser aus Lörrach Gewalttaten verübt<sup>5, 14</sup>. Blenker der Räuber von Gernsbach und Eberstein, der Desperado der Rheinpfalz und des badischen Odenwaldes, ohne eigentliche Fähigkeiten, setzte am 9. 7. 49 in die Schweiz über, wo er, nachdem er in Basel in der Klingenthaler Kaserne interniert worden war, sein Raubgut an badische Gesandte zurückgeben mußte. Später war er nach Flucht und Emigration in der Revolutionsarmee des nordamerikanischen Freiheitskrieges tätig<sup>62</sup>.

Eine zusammenhängende Revolutionsgeschichte des zum Amtsbezirk 17 und Wahlbezirk III gehörenden Triberg ist in dieser Definition nicht auszumachen. Die erfaßbaren Persönlichkeiten sind sowohl der Karteikopie als auch der Edition von H. Raab entnommen und wechselseitig ergänzt und unter dem Stichwort Triberg selektiert.

Advokat Ludwig Lilienwirt - Anklage vor dem Hofgericht in Freiburg am 8. 4. 1850 ausgesetzt.

Bannwarth, Seb. geb. 18. 1. 1819, Feldwebel im 3. Infanterieregiment, Redner beim Verbrüderungsfest am 10. 5. 1849 in Rastatt. Bei Offizierswahlen zum Hauptmann gewählt und rückte am 8. 12. 1849 mit der Schweizer Legion in Triberg ein. Aburteilung in Bruchsal am 17. 6. 1849 zu 8 Jahren Zuchthaus.

Bausch Unterlehrer - er war am 7. 6. 1849 bewaffnet nach Freiburg gezogen und ist auch in Triberg erfaßt.

Becker, Joh. Philipp geb. am 20. 3. 1809 in Frankenthal und am 9. 12. 96 in Genf verstor-

ben. Kaufmann. Aufstellung einer Legion in Biel, Publizist mit Willich. Am 19. 5. 49 von Brentano zum Oberbefehlshaber der Volkswehr ernannt, ab Juni Generalkommandant der fliegenden Corps im Odenwald, ab 3. 7. 49 Kommandant der im Schwarzwald operierenden Truppen und kam mit der Schweizer Legion ins Amt Triberg. Organisiert den europäischen Völkerbund und schrieb die Geschichte der süddeutschen Mairevolution in Baden.

Behringer, Josef geb. 30. 4. 1813 in Krozingen, Lehrer in Furtwangen und dort des März- und Volksvereins, Vorstand des Bezirksvereins, Abgeordneter der Volksversammlung in Offenburg. Verurteilt am 7. 12. 49 vom Hofgericht Freiburg und am 21. 1. 1850 im Amtsgefängnis Triberg arretiert. Wird am 26. 8. 1857 In London mit Familie.

Böhler, - Maler, wird gem. Schreiben am 31. 5. 1849 in den Sicherheitsausschuß gewählt.

Braunstark, August Lehrer in Nussbach, aus Muggensturm. Vom Hofgericht Freiburg am 9. 2. 1850 zu Zuchthaus verurteilt und am 14. 1. 51 begnadigt.

Brugger, Nikolaus Pfarrer in Neukirch bei Triberg, geb. 18. 6., wurde am 10. 9. wegen Teilnahme an aufrührerischen Unternehmungen vom Amt suspendiert.

Brunner, Karl gest. 16. 3. 1853, „Hauptansthifter“ im Elztal.

Diebold	Hauptlehrer in Gremmelsbach, Gründer des demokratischen Vereins und Volksvereins. Wegen Billigung des Aufruhrs nach Mauchen versetzt.	Feuerstein, Leander	Nussbach, schon vor der Revolution Interesse an der Umsturzpartei, 1. Infanterieregiment. Am 15. 2. 1850 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, am 2. 11. 1860 flüchtig, dann begnadigt.
Dietsche, Wildemann	Gastwirt, Vater. Rudolf Sohn: Albert, geb. 17. 5. 1882, Studium Ws 1807/08 Freiburg	Fischer, Johann Nepomuk	Arzt, Werksarzt Albruck/Waldkirch, 1848. Bürgerwehrpflichtig -, ließ sich am 22. 6. 49 zum Physikus wählen (H. Raab).
Dörflinger	Knecht in Bühl, schloß sich in Heidelberg den Freischaren an, kam am 21. 6. 49 nach Rastatt und wurde dort in die Triberger Volkwehren eingegliedert.	Furtwängler	Bürgermeister, 1849 amtsenthoßen.
Dorner, F. A.	1848 49 Jahre alt, erhielt am 10. 9. 1847 3 Monate Arbeitshausstrafe.	Ganz, Roman	von Hinterstrass -, war beim 1. Aufgebot des Amtes Triberg -
Dufner	Gemeinderat in Triberg, 1849 als Gemeinderat enthoßen.	Gerwig, Adolf	geb. 25. 5. 1812 in Pforzheim/gest. 3. 2. 1862, Dekan in Hornberg. Vater: Theodor Philipp -, Seifensieder.
Dufner, Leodogar	geb. in Waldkirch, Bildhauer dort Vorstand des Volksvereins. Am 2. 1. 1850 klagfrei erklärt.		Feb. 1849 Rede im Bärenwirthshaus, Gründer des demokratischen Vereins und dessen Vorsitzender -, später Volksvereine in Gutach, Schiltach. Beteiligung bei der Abfassung der Beschlüsse der Triberger Volksversammlung am 9. 4. 1848. Forderte am 18. 3. 1849 im Bären den Abzug der württembergischen Truppen aus dem badischen Oberland. Am 19. 5. 49 Wahloberkommissär für 111. Wahlbezirk. Am 1. 3. 1850 vom Hofgericht Bruchsal zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Flucht in die Schweiz, USA, Cincinnati, dort Feldprediger im 37. Ohio Regiment, gestorben“.
	(Evtl. Identitäten oder Verwandtschaft kann hier nicht geklärt werden)!		Zimmermaler -, am Frühjahr- und Herbstaufstand
Ebi, Johann	angeblich 31. 5. 1849 im Sicherheitsausschuß ...		
Ehrhard, Lorenz	Chirurg in Offenburg (H. Raab)		
Enslin, Friedrich	Hornberg, Apotheker, Mitglied des Volksvereins. Mehrfach angeklagt, ab 1865 in Cincinnati.		
Fackler, J. B.	Rechtsanwalt, Vorstand des Volksvereins Triberg, als dessen Abgeordneter er am 13. 5. 1849 nach Offenburg geschickt wurde. Zivilkommissär in Triberg, führte das erste Aufgebot mit 600 Mann nach Furtwangen und Freiburg. Mehrfach angeklagt, durfte Triberg nicht verlassen.	Göppert, Magnus	

	beteiligt. Teilnahme an Gefechten, Flüchtling in Biesheim ...	127/35-37). Wegen Urlaub und Krankheit Karlsruher Zeitung 30/16. 6. 49. Desweiteren H. Raab.
Herrmann, Friedrich	Konditor -, Schriftführer von Zivilkommissär Fackler	Kürner, Johann Lienhard, Arbogast
Hettich, Ottmar (Engelbert)	Soldat, gest. 16. 9. 1849. War bei der 5. Kompanie des 3. Regiments im Fort A in Rastatt. Dort als Gefangener am 16. 9. 1849 gestorben.	Soldat - Hafner, wegen Benehmens als Ausschußmitglied 1849 entfernt.
(Hettich, Salomon -, bzw. Engelbert evtl. mit Ottmar identisch), beide ebenfalls im Fort A.		Ludwig, - Messerschmied, Josef
Hoch, Josef	Schonach, diente den Freischaren als Spion, am 21. 5. 1850 in Freiburg verurteilt zu 3 Monaten Gefängnis.	aus Seelbach. - War beim Bezirksamt Triberg zur Untersuchung. - Muchenberger, Kasimir
Isele, Josef	am 31. 5. 1849 in den Sicherheitsausschuß gewählt.	-, war im Sicherheitsausschuß Triberg-Schwand ...
Kaiser, Leo	gest. am 2. 10. 1849 in Rastatt -?	Nerlinger, Theodor
Kichner, Mathäus	Soldat in Triberg, 5. Kompanie des 2. Regiments, am 29. 8. 1849 als Gefangener im Fort A in Rastatt	Offenburg. War am 05.10.7. 49 in Triberg Kriegskommissär im Kreis Mosbach. Mehrfach angeklagt.
Kirner, Alois	Soldat, Feldwebel im 3. Regiment	Neininger, Reinhard
Kirner, -	Gemeinderat in Triberg, am 10. 9. 1849 amtsenthoben ...	Rohrbach b. Triberg. Vorsitzender des Volksvereins.
Kirner, Matthäus	Korporal 2. Infanterieregiment. Verurteilt 18. 11. 1849 in Bruchsal.	Pfister
Kreglinger, Christof	Posthalter und Gemeinderat in Emmendingen, war Mitglied des Märzvereins. War Vorfahre des später in Triberg praktizierenden Dr. Kreglinger, Gustav, in Triberg. Er war Mitglied der verfassunggebenden Versammlung. Wird in der 7. öffentlichen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung genannt (GLA 231/1/	Gastwirt vom Rössle ... , - als Ausschußmitglied 1849 enthoben - Platz, Silvester
		Rensberg/Triberg, hat mit Schulkindern exerziert und versteckte Wehrmänner verraten. Hielt Reden während der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung. Suspendiert.
		Rees, Daniel
		20 Jahre alt -, Rechtspolizeiinspizient. Am 04.10.5. 07.1849 kamen Freischaren unter seinem Kommando nach Triberg.
		Reinhardt, Karl
		am 29. 7. als Gefangener in Fort B
		Ruf, Clemens
		„Mayor“, Unterlehrer, Kommandeurstelle d. 1. Aufgebots der Bürgerwehr im Amtsbezirk Triberg vom 3. 6.-1. 7. 49. Nahm am Gefecht in Kuppenheim teil. Zuchthaus

Bruchsal nach 20. 8. 1856 nach Untersuchung in Triberg, am 17. 3. 1857 begnadigt.

Schandelmaier,  
Franz Josef

Uhrmacher. Freiwilliger in der deutsch-polnischen Legion, bis 20. 10. 49 in Rastatt in Kriegsgefangenschaft. Ist 1850 in Triberg. Mehrfach angeklagt.

Schleicher, Franz

Soldat von Obereschach, 3. Infanterieregiment. War in Triberg. Aus der Schweiz zurückgekehrt.

Seidenspinner

Rechtspraktikant - Hat den Auditorposten der Regierung abgeschlagen. Schonach -, Schneider, Krämer. Betrieb den Abmarsch des 1. Aufgebots. Am 17. 9. 49 vom Bezirksamt Triberg zu 6 Tagen Amtsgefängnis verurteilt.

Schütz, Josef

Am 13. 10. 49 in Gefangenschaft, 17. 10. 50 unter polizeilicher Anklage.

Unger, Eduard

22 Jahre alt, Aktuar von Durlach. Schriftführer des Zivilkommissärs Fackler War bei der deutsch-polnischen Legion, Kriegsgefangener in Festung Rastatt. Am 12. 10. 49 wegen „Zuständen“ im Amtsbezirk Triberg erwähnt.

Am 6. 7. 49 in Triberg wegen Untersuchung und Dienstenthebung (Bezirksamt Triberg). Am 15. 12. 49 vom Hofgericht Freiburg verurteilt.

1853 Auswanderung nach Luton in England.

Walter, Theodor

Uhrmacher - Gemeinderat Triberg, Substitut des Zivilkommissäres, 1857

Weber, Lorenz

Mitglied der Museumsge-  
sellschaft Triberg.

Furtwangen - Schild-  
brettmacher, Wehrmann  
des 1. Aufgebots, Legion.  
Vom 29. 7.-20. 10. 49  
Gefangener im Fort B in  
Rastatt. Mehrfach ange-  
klagt.

## IVB. KASUISTISCHER EINBLICK

*in den prä- und postrevolutionären Partei-  
enhader anhand der feindseligen Kontrahenz  
zwischen den Furtwanger Lehrern J. Böhringer  
und A. Hacker (= Bürgermeister von F.  
vom Frühjahr 1848 bis 2. 8. 1851)*

Der Bericht referiert gemäß den vorliegen-  
den handschriftlichen Akten (zur Verfügung  
vom Staatsarchiv Freiburg [GLA 247 und  
Staatsarchiv Freiburg 27/2/3/Nr. 190]) die  
juristischen Auseinandersetzungen zwischen  
J. Böhringer und A. Hacker betreffend die  
postrevolutionäre Phase (vom 3. 8. 1951-3. 5.  
1852) im Hin und Her zwischen dem großher-  
zoglichen badischen Hofgericht des Oberrhein-  
kreises (GHbHGORK) und der Staatsanwalt-  
schaft des GHbHGORK in Freiburg -, vertreten  
durch Seidenspinner in Triberg und Advokat  
Lamey in Freiburg.

Das Aktenvolumen ist gegliedert in die:

- 1) Anklage gegen Hacker in Triberg sowie  
gegen Böhringer
- 2) Die Formulierung der für die Staatsan-  
waltschaft Freiburg vorgelegte Anklage-  
schrift
- 3) Stellungnahme der Staatsanwaltschaft in  
13-14 Punkten
- 4) Die nochmalige Verfahrensaufnahme  
betr. 14. Punkte der Anschuldigung  
gegen Hacker mit nachgehender Bewer-  
tung der Zeugenaussagen.

---

1) Am 5. 10. 1851 erstattete das Bezirksamt  
Triberg (BZAT) der Staatsanwaltschaft einen  
„geziemenden Bericht“ über die am 25. 9. 1851  
stattgehabte Untersuchung gegen den Furt-  
wanger Bürgermeister Hacker (BM) aufgrund  
einer schriftlichen Aufzeichnung Böhringers  
(dieser wurde wegen Hochverrat angeklagt und

zur Ausreise nach Amerika begnadigt), welche seine Ehefrau am 3. 8. 1851 abgegeben hatte. Der Inhalt betraf eine Anschuldigung Hackers wegen Teilnahme an der Revolution mit detaillierten Angaben. Hacker wurde postwendend verhaftet.

2) Nach der Reception in Freiburg wird das Verfahren, bemängelt und sowohl Zeugenkonfrontation als auch Stellungnahme Hackers mit Schlußverhör gefordert (Frist!). -

Inzwischen intervenierten per 17-10-1851 Furtwanger Bürger und der Dekan Seifried um Freilassung gegen Kaution, wobei die STA Freiburg-Triberg freie Hand ließ.

Am 25. 10. 1851 schickte das BA Triberg alle Untersuchungsakten und 4 Faszikel wegen Hochverrats (Hacker / Böhringer) sowie gegen August Willich u. „Konsorten“ wegen Erpressung, wegen Hochverrats des Advokaten Fackler von Triberg nach Freiburg.

3) Der Freiburger Advokat Lamey konnte erst mit Verzögerung wegen des großen Aktenvolumens am 21. 12. 1851 seine Verteidigungsschrift verfassen. Er erkannte sofort die „leidenschaftliche Feindschaft“ der Kontrahenten und verwies auf die Befangenheit des Landes gegen jene, die im Sturm der Revolution ausgeharrt haben. Ohnehin sei eine - in revolutionärer Zeit zwar verständliche - Anklage - erst nach zwei Jahren - ungewöhnlich; Hacker war ein besonnener Mann -, gegenteils hätten ihn die Bürger entlassen. Man müsse sich in die damalige Zeit versetzen, in der man eben an Fortbestand von Vielem geglaubt habe. Nach zwei Jahren noch darauf zurückgreifen sei fragwürdig.

Hackers Vorzug war, daß er sich nicht, trotz patriotischer Gesinnung habe vom Schwindel - (als Lehrer) - beeinflussen lassen; er habe sich nicht an der Mairevolution beteiligt, war nicht Mitglied des 1. Märzvereins und habe manche davon abgehalten. Böhringers Denunziation wegen angeblichem Beistand bei einem „verbrecherischen Schreiben“ sei haltlos, Hacker hatte in der plötzlichen Mairevolution nur die Wahl zwischen Beharren oder Zurücktreten -; weil er das Vertrauen der Bürger hatte, handelte er im Interesse der Gemeinde, beging keine Pflichtwidrigkeit trotz vielfältiger Bedrängnis, was ihm zur Ehre gereiche. Trotzdem sei seine

Haft erfolgt. Beim Kontakt mit Revolutionären mußte er entsprechende Befehle befolgen. So hätten 99% der BM gehandelt oder angeschuldigt werden müssen, auch jene, die wegen „Wohlverhalten“ Auszeichnungen bekommen haben.

Im einzelnen nimmt er sich die Anklagepunkte vor; die Anklage nach 2 Jahren sei nichtig und kleinlich:

Waffenholen in Rastatt; - Mitwirkung zum Einrücken beurlaubter Soldaten - Sammlung für die Bürgerwehr: Die Prüfung ergab passiven, mißbilligenden Gehorsam; er habe Befehle nicht befolgt, entgegengesetzte Ratschläge gegeben, wie die Akten gegen Fackler bewiesen. Gerade aus diesen „Facklerischen Akten“ ging hervor, „wie man sprach und sprechen mußte“ -; am Ende des Aufstandes habe man dies gar nicht eigentlich verbrecherisch gefunden somit sei auch Fackler mit Recht klagfrei gesprochen worden. Man müsse bedenken, daß Fackler sich in seine Stellung erst hineingebracht habe - Hacker war schon vor der Revolution Bürgermeister (vom Frühjahr 1848 - zu seiner Suspension 2. 8. 1851). Wenn man die Anschuldigung gegen ihn mit derjenigen gegen Fackler vergleiche sei sein Vergehen eine Spielerei; seine Zeugnisse seien sehr günstig. -

Sollte das Schriftstück gegen Pfarrer Thoma ein Verbrechen sein, so ist zu bemerken, daß es bei der Untersuchung gegen Böhringer schon vorlag, man sei aber nicht eingeschritten. Sein Zustandekommen sei unter der Macht des Terrorismus und der Volksvereine im Frühjahr 1849 zu verstehen. Außerdem habe der Brief mit Politik nichts zu tun, und die Gemeinde habe auch nach der Revolution Widerwillen gegen Pfarrer Thoma -; der Pfarrer Seyfried sei von der Regierung eingesetzt worden.

Hackers angeblicher Ausspruch „es solle nun keine Aristokraten mehr geben“ sei das allgemeine Geschrei der Demagogen gewesen und nicht so ernst zu nehmen. Selbst die Aristokraten beteuerten, daß sie ganz anderer Gesinnung seien, als man ihnen zutraue. Ein verständliches Wort sei angebracht. -

Eine Rede an die Soldaten unter Hauptmann Gosler sei tadelsfrei. Es sei wohlhergehene Klugheit gewesen, dem Toast des Gosler auf Furtwangen nicht auszuweichen und ein paar Worte im Sinne dieses Toastes auf das badische

An das Bürgermeisteramt zu *Freiburg*

Dasselbe wird angewiesen, un verzüglich für sämtliche Mannschaft des ersten Aufgebots die nöthigen Ausrüstungsgegenstände, als Tornister, Patrontaschen, Blousen, Kopfbedeckung &c., und ebenso für alle Unterstützungsbefürftigen, welche in das erste Aufgebot treten müssen, die nöthigen Schuhe, Hemder &c. fertigen zu lassen, damit das erste Aufgebot, sobald es unter die Waffen gerufen wird, seine vollkommene Ausrüstung habe.

Die Verordnung hinsichtlich der Anschaffung von Munition wird wiederholt in Erinnerung gebracht. Wo eine Gemeinde allzu arm ist, hat sich dieselbe an den betreffenden Civilcommissär zu wenden.

Freiburg, den 13. Juni 1849.

Der Ober-Commissär.  
J. S. a  
*Archebald*

Militär zu erwidern. So habe man es mit Toastes in der Revolutionszeit in Preußen, Bayern ähnlichen Inhalts gehalten. –

Auch die Anschuldigung wegen einer Rede gegen den Papst im Schulhaus sei haltlos! Der „Zeuge“ Rombach habe in übertriebenem religiösem Eifer in dem von ihm aufgefaßten Sinn berichtet und las aus den Äußerungen einen Mangel an Glauben. Hacker glaubte, daß die Sammlung nur Aufregung erzeugt haben würde. –

Eine Beihilfe zur Verheimlichung von Monturstücken sei ein kriegspolizeiliches Delikt gewesen und der Landeskommissär habe mildernde Umstände walten lassen.

Eine weitere Anklage war jene gegen eine Rede im Schulhaus wegen der hohen Zölle, – Wein, – Bieraccise –; man habe das Salzmonopol und befriedige mit Steuern Lebensbedürfnisse; die Diskussion betraf auch die Kapital- und Einkommenssteuern. Hacker habe nicht Anlaß genommen, für die provisorische Regierung zu sprechen, damit sie helfen könne; diese Aufforderung hätten unbeteiligte Zeugen hören müssen; außerdem waren in den tumultartigen Versammlungen bestimmte Wahrnehmungen nicht möglich. Der Freund von Böhringer und dessen Familie und Feind von Hacker Kolumban-Hummel führe wohl verständlicherweise Anklage deswegen, weil Hacker ihn per Anklage zum Austritt aus dem Gemeinderat beim Bezirksamt Triberg genötigt habe. Hacker habe sogar im Konsens mit Hummel gehandelt! Auch die Bestrafung eines Benedikt M., der die Polizei prügelte, habe man Hacker zur Last gelegt, weshalb Hacker im Gemeinderat gestellt wurde . . .

Dieser Kolumban Hummel habe auch bei einer Rede an die Bürgerwehr etwas Ungehöriges gehört, obwohl er beim Abmarsch des 1. Aufgebotes gar nicht zugegen gewesen sei; andere Zeugen bezeugen die Rede als Unwahrheit . . .

Bei dem Schreiben nach Schönebach, das sich Böhringer listigerweise angeeignet habe, das unter Drohung entstanden sei, (Begehren dieser Art in der damaligen Zeit seien bekannt) – und zu dem die Wahrheit zu sagen Gantner keine große Lust mehr habe, handelte es sich um „zwei Burschen“ von denen Gefahr im Sinne von Unfug und Schlägerei ausging –; der

eigentliche Tatbestand war ihm unbekannt; – wie im ganzen Land kam es zu vorübergehender Festnahme und danach zur Freilassung. Die Gemeinde mußte bei entlaufenen Soldaten Tumulte vermeiden, weil sie nicht in ihre Heimatgemeinde gingen und herumzogen; sie hätten ihre Vorgesetzten befragen sollen, wenn sie die Absicht hatten, der Revolution zu entfliehen oder zur Treue zurückzukehren. Aber die besseren Offiziere habe man verjagt! Die Heimkehrer von der Revolution verdienten nicht den Begriff der Rückkehr zur Treue, sie hätten nur Tumulte bewirkt. –

Die allgemeine Beurteilung des Angeklagten hat Lamey wie folgt zusammengefaßt:

Hacker konnte an der Revolution nichts ändern. Auch wenn er nicht mit totaler Energie gegen die Revolution war –, (er war aber vom Mißlingen überzeugt) – hat er wie andere BM versucht, die Gemeinde durch die Wirren zu schleusen. Fackler hat nur gegen die Gemeinde, die der Revolution nicht genügte, verfügt; die entsprechende Denunziation erfolgte wegen der Bewaffnung! Hacker hat aber den Ankauf von Waffen unterlassen, obwohl er unter Kontrolle stand; W. Wintermantel zeigt im Faszikel der Untersuchung gegen Böhringer, wie stark die Macht der Volksvereine war, denen sich ein BM nicht ohne Gefährdung seiner Position entziehen konnte. Selbst unter diesen Umständen begünstigte Hacker Befreiung vom Wehrdienst, schonte Soldaten und Wehrmänner beim Einrücken und schützte die Demokraten vor mißliebigen Personen. Den Anschlag gegen Bekk und Mathy hat er geboten abzuweisen –, also war er kein Revolutionär. Beim Zurückweichen der Freischaren bewies er großen Mut – weltliche und geistliche Behörden attestieren ihm trotz dem äußeren Anschein einwandfreie Gesinnung. Es gäbe nur wenige, die in ihrer Stellung geblieben sind, denen man nicht durch herausgerissene einzelne Begebenheiten eine objektive Unterstützung der Revolution nachweisen könnte. Die jetzt Wohlgesinnten müßten in Kenntnis der Vorgänge dem Ganzen ein Ende machen. Die Anzeige nach Jahren sei unredlich und die Feindseligkeit nütze nach Jahren nur den geeigneten Moment. –

Per 21. 12. 1851 wurde beschlossen, den Angeklagten Hacker verdachtslos – klagfrei zu sprechen oder das ganze beruhen lassen.

Diese Beschlußsache kam am 17. 1. 1852 zur Vervollständigung der Untersuchung nach Triberg mit dem Bewenden:

1) Protokollarische Befragung betr. feindseligem Verhältnis zwischen Hummel, Gantner gegen Hacker; Freundschaft Hummel-Böhringer.

2) betr. Reden vor dem Schulhause, insonderheit der Gemeinderatsmitglieder

3) betr. den Angeschuldigten selbst.

Nachdem in Triberg 14 Punkte anvisiert wurden, ging ein entsprechender Bericht am 27. 1. 1852 vom Bezirksamt nach Freiburg, folgenden Inhalts:

Hingewiesen wird auf den Termin der Anzeige von Böhringer im August 1850 und dessen Verurteilung in Triberg am 7. 9. 1849 und beim GHbOHG in Freiburg (11. 2. 1850). Hacker wird gemäß den Urteilen der weltlichen und geistlichen Vorgesetzten als sittlich charakterlich einwandfrei bezeichnet. Er wurde am 13. 5. 1815 in Biberach geboren und war von 1834 bis August 1849 als Unterlehrer, dann als Schulverwalter in Furtwangen angestellt, Anschließend kam er als Hauptlehrer nach Schönenbach und wurde BM von Furtwangen im Frühjahr 1848, heiratet dort und blieb kinderlos -, vermögend.

#### Beratung des Anklagepunktes 1/:

Aufruf zum Aufruhr während des Hecker-Struveaufstandes in Schönenbach!

Zeugen wissen nichts, Hacker sei der Gemeindeversammlung ferngeblieben.

#### Beratung des Anklagepunktes 2/:

Mitwirkung an Schriften des Volksvereins an den Landeskommisär Brentano. Die Untersuchungsakten gegen den Insurgenten Böhringer gaben keinen Aufschluß, Zeugen fehlen.

#### Beratung des Anklagepunktes 3/:

Nach Aussagen von O. Gantner soll er revolutionäre Schriften vorgelesen haben mit der Bemerkung: „... es solle von nun an keine Aristokraten mehr geben...“ Der Zeuge E. Winterhalter meint, er wisse nicht, welchen Begriff Hacker damit verbunden habe. Es fehlt der Beweis der Absicht, daß er aus eigenem Antrieb die Revolution unterstützen wollte. Der BM mußte sich nach dem Zwang der Zeit nach dem höheren Befehl richten.

#### Beratung des Anklagepunktes 4/:

Hacker sprach vor dem Schulhause von der drückenden Last der Steuern; für einen Aufruf an die revol. Regierung gibt es keinen Beweis. Nur K. Hummel und O. Gantner konnten es bestätigen -; Hummel hatte zu Hacker ein feindseliges Verhältnis; der Soldat Karl Zimbus kann die Aussage von Hummel nicht stützen.

#### Beratung des Anklagepunktes 5/:

Die Rede vor 600 Soldaten war lediglich eine Erwiderung des Toastes des Hauptmann Gölner; er lobte die Soldaten wegen früherer Tapferkeit.

#### Beratung des Anklagepunktes 6/:

Die Rede beim Abmarsch der Bürgerwehr konnte nur von Hummel bestätigt werden.

#### Beratung des Anklagepunktes 7/:

Einkauf von Waffen in Rastatt mit Hummel. Das war ein Beschluß vom Gemeinderat. Hacker hat keine Waffen gekauft bzw. den Kauf verhindert.

#### Beratung des Anklagepunktes 8/:

Die Rede gegen eine Sammlung für den vertriebenen Papst wurde nur von Rombach jedoch nicht von Pfarrer Seyfried bezeugt.

#### Beratung des Anklagepunktes 9/:

Mitwirkung bei einem Schreiben gegen Pfarrer Thoma.

Dies ist bezeugt nach dem Ausbruch der Revolution und stand im Einklang mit dem Beschluß des Gemeinderates (Hinweis auf Akte Böhringer) vom 13. 6. 1849. Es ging das Gerücht wegen Trunksucht, Händelsüchtigkeit, schlechtem Ruf. Es war also keine politische Handlung, auch der Volksverein habe zugestimmt.

#### Beratung des Anklagepunktes 10/:

Aufforderung wehrpflichtiger Leute zum Exercitium.

Zeugen sagen aber das Gegenteil aus -, er habe vom Dienst abgehalten.

#### Beratung des Anklagepunktes 11/:

Beeinflussung von Leuten des 2. und 3. Aufgebots.

Dies sei nicht mit revolutionärer Absicht verbunden gewesen.

#### Beratung des Anklagepunktes 12/:

Einrichtung einer Collecte zur Herstellung Weisszeug in seinem Haus.

Kann nicht als Unterstützung der Bürgerwehr gesehen werden.

#### Beratung des Anklagepunktes 13/:

Abfassung eines Schreibens am 29. 6. 1849 an das Bürgermeisteramt in Schönenbach zur Verhaftung badischer Truppen wegen nachteiliger Gerüchte gegen die revolut. Truppen . . .

Dies sei richtig, aber der Brief blieb ohne nachteiligen Erfolg. Als Zeuge wird O. Gantner benannt. Das Schreiben sei aus Furcht, die Stelle zu verlieren und in der Hoffnung Spektakel und Unordnung zu vermeiden, verfaßt worden.

#### Beratung des Anklagepunktes 14/:

Nach Aussagen von Lorenz Faller habe er eine Gendarmeriehausrückführung wegen Monturstücken vereitelt durch das Senden eines Boten und Benachrichtigung.

Dies sei ein kriegspolizeiliches Judict. -

Zur Schwächung und Minderung der Anschuldigungen werden angeführt:

a) Hacker hat Bewaffnung verhindert und Abzug der Bürgerwehr verzögert.

b) Der Vorsitzende des Volksvereins J. Böhringer behinderte und lähmte ihn.

c) Er hat wehrpflichtige Bürger des öfteren im Dienst geschont und davon befreit, vor den demokratischen Parteien mißliebige Personen geschützt.

d) Beim Zurückweichen der Truppen in die Schweiz hat er mit Energie und unter Lebensgefahr die Gemeinde vor Unglück und Gewalt bewahrt.

e) Durch Toaste auf den Großherzog bewies er seine loyale Gesinnung.

Teilnahme an hochverräterischen Aufruhr bestehe lediglich auf Verdacht. Deshalb müßte gemäß Strafedikt 2803 wegen der Kosten erkannt werden.

Nach Reception in Freiburg bei Anwesenheit von 3 Hofgerichtsräten, Assessor Weber, dem Staatsanwalt erging Mitteilung nach Triberg am 21. 2. 1852 mit dem Urteil: Straffrei, - Kostenverschonung. -

### IVC. ANKLAGEN, URTEILE

Weitere 10 Gerichtsakten\* befassen sich mit Josef Böhringer und anderen Insurgenten von Triberg und Furtwangen, der entsprechenden Anklage und Verurteilung, welche hier chronologisch excerptiv nachvollzogen wird; so ergibt sich vom Juni 1849-22. Juli folgendes Bild:

Bereits ab Juni 1849 bestand eine Liste der erfaßbaren Revolutionsteilnehmer vorwiegend aus Südbaden, in welcher Josef Böhringer, aber auch praktische Ärzte und Chirurgen aus Baden-Baden, Ihringen, Ichenheim und ein Apotheker aus Hornberg aufgelistet waren. Infolge recherchiert die Furtwanger Postexpedition (Faller) für die GHb-Regierung die Abonnenten bzw. Einsendungen des vor der Niederschlagung der Revolution von Philipp Stay in Heidelberg redigierten „Volksführers“, worunter Josef Böhringer zu finden ist.

Als bald erfolgte Anklage wegen Hochverrats seitens der Staatsanwaltschaft am Hofgericht Freiburg; der Beschluß vom 30. 12. 1849 erging an die Ministerien des Innern, der Justiz und Finanz zur Verhandlung des Schadensersatzes. Der Triberger Actuar Eduard Unger wurde zu drei Monaten Arbeitshaus verurteilt; in Triberg saßen bereits (gemäß Bericht vom 7. 12. 1849 vom Bezirksamt Triberg) der zu 4 Jahren, später zu 2 Jahren verurteilte -, danach zur Auswanderung nach Einspruch begnadigte Böhringer in Haft. Wegen des Mißbrauchs, sein Gewehr zum Schutz zu tragen, war auch Hubert Kienzler aus Nussbach inhaftiert. Böhringer war Vorstand des Volksvereins und war schuldig an der Amtsenthebung des Amtsvorstandes und des Bürgermeisters in Rohrbach.

Eine gesamte Arrestantenliste konnte der Amtsbezirk Triberg am 22. 7. 1850 vorlegen. Hierin findet man den Advokaten Johann Baptist Fackler aus Triberg, der als Civilkommissär tätig war, aber klagfrei gesprochen wurde. August Baumstark aus Nussbach - ebenfalls Lehrer erhielt sein Urteil am 9. 2. 1850, die Zuchthausstrafe wurde am 12. 8. 1850 vor dem Senat bestätigt. Andere Triberger wie Gemeinderat Walter, Sebastian Detling, (Maurer), der Schriftführer des Civilkommissärs Friedrich Hermann, (Conditor), der Substitut des Civilkommissärs Theodor Walter, (Uhrenmacher), -, so auch der Lehrer Clemens Ruf aus Schönwald als Chef des 1. Aufgebots des Amtsbezirks Triberg kamen glimpflich davon. -

#### Nachtrag:

Einige Daten ergänzen den bisher gegebenen Überblick über das Revolutionsgeschehen durch die Abhandlung von Romulus Kreuzer zur Zeitgeschichte von Furtwangen und Umge-

bung von 1880. Er berichtet, allerdings ohne Literaturangabe vom 1. Aufgebot der Herrschaft Triberg, das den Befehl erhielt, sich am 4. 6. 1849 marschbereit zu halten; am 7. 6. zog die Mannschaft unter Führung des Unterlehrers Ruf von Schönwald als Major ab. Allerdings kam es nach dem Treffen in Kippenheim am 29. 6. 1849 zur Auflösung. Die Wehrmänner zogen nach Hause. Der Kommandant der durch das Kinzigtal ziehenden Rheinpreußen Willich, der am 7./8. Juli in Furtwangen war, wollte die Furtwanger Wehrmänner nach Donaueschingen mitnehmen. Inzwischen waren jedoch schon Bundeinheiten bei Villingen, weshalb Willich unter Mitnahme dreier Wehrmänner über Neustadt abzog.

In kooperativer Weise teilt der jetzige Archivar von Furtwangen, Herr Dr. L. Beckmann (6. 10. 1998) mit, daß Hacker 1857 der 1. Kommandant der neugegründeten Feuerwehr war, dem Gesangverein stand er nahe. Ab 1862 war er in Schönwald, von 1876 bis 1882 in Furtwangen-Katzensteig im Schuldienst, 1883 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig pensioniert. Er starb 1888 in Schönwald.

## V. EINBLICKE, SCHLAGLICHTER „ÖFFENTLICHE ZUSTÄNDE IM AMTSBEZIRK TRIBERG WÄHREND DES HOCHVERRÄTERISCHEN AUFRUHR“ BETREFFEND, -

*Anklagen, Urteile, passiver Widerstand, Politik und Konfession, Meinungen -, Lehrer, Pfarrer und andere Akteure, Anklagen und Urteile, Liberale-Radikale, Konservative, Versuch einer Reorganisation.*

Diese nicht gedruckte Archivalie\*, dreihundert Seiten lang und die Zeit um 1849 bis Frühjahr 1952 betreffend umschreibt den zivilrechtlichen Aspekt der revolutionären Vorgänge im Amtsbezirk Triberg und den amtlichen Schriftwechsel zwischen den Ministerien (Innen-, Kriegs-, Justiz-), dem Freiburger großherzoglichen Oberhofgericht des Oberrheins, den Freiburger Divisionsgendarmeriekommando und dem Bezirksamt Triberg. Sie ist eine wesentliche, integrale Akte zur Information über die revolutionären Ereignisse im Amtsbezirk Triberg.

Im Kontext mit anderen Hinweisen (a. a. O.) zeigt sich gerade hier die *Diskontinuität, Inkohärenz* und *Inkongruenz* der die Ereignisse kennzeichnenden Berichte, wodurch der entsprechenden historischen Vermittlung ebensolche Schwierigkeiten und Grenzen entstehen, d. h. „Geschichte“ läßt sich hier also sicherlich nicht formulieren, - zugunsten einer selektiv erfaßten, prototypischen Herausnahme der Vorgänge in der geographischen Lage in Form einer Exzerption in chronologischer Auflistung, um möglichst Verwirrung in dem hier sehr diversifizierten Volumen zu vermeiden.

### 1. 1849 bis 1850: (142 Seiten)

Bereits am 18. 7. 1849 verweist der Amtsleiter von Triberg Gisler hoffnungsvoll darauf hin, daß die Bürgermeister das weitere Vertrauen der Staatsregierung verdienen, eine Einstellung der Benevolenz, die zu derjenigen des Brigadiers Hassmann in schroffem Gegensatz steht.

Eine herausragende Persönlichkeit ist der Bezirksamtmann Winter, der (gemäß 10. 9. 49) auf vielen Seiten sein ihm „aufgetragenes Geschäft“ im Amtsbezirk Hornberg und Triberg zum Thema „Öffentliche Zustände“, beschreibt bzw. nach Rücksprache mit dem örtlichen Gendarmeriepersonal und zuverlässigen Bürgern Tribergs und Furtwangens auf 22 Seiten dokumentiert. Demnach hat sich Triberg mit Schuld des Amtsvorstandes Gisler mehr als andere Städte an den Aufruhrzuständen beteiligt. Ohne sich bewußt zu werden, daß es auf Umsturz angelegt war, hatten sich viele den Volksvereinen angeschlossen.

Es habe den Treugesinnten an Ratgebern gefehlt. So kam es, daß die Anhänger diese Volksvereine (ohne Nussbach, Rohrhardsberg und Niederwasser) mehr und mehr das Feld beherrschten. Beförderung und Begünstigung erhielten sie in Furtwangen, Schonach, Neukirch, Gütenbach, Triberg und Hornberg, wobei der „Hauptwähler“ Dekan Gerwig eine große Rolle spielte.

Der Triberger Advokat Fackler wurde am 13. 5. 1848 zur Volksversammlung nach Offenburg geschickt und war an deren Vorbereitung beteiligt. Er kehrte am 14./15. 5. zurück und machte die Beschlüsse und auch die Ereignisse in Rastatt und Karlsruhe bekannt, wurde zum

Zivilkommissär ernannt und kümmerte sich postwendend um die Bewaffnung des ersten Aufgebotes, ohne Widerstand zu finden. Diese Tätigkeit behielt er bis zum Einmarsch preußischer Truppen am 28./29. Juni bei. Das Aufgebot war am 6. Juni vollständig, die Offiziere waren gewählt und Fackler selbst führte die sechshundert Köpfe am 6. Juni nach Furtwangen und Freiburg, von dort ging es Richtung Karlsruhe und Rastatt gegen die anrückenden Preußen. Einige waren im Gefecht bei Kuppenheim beteiligt, andere zerliefen sich und kehrten nach Hause zurück. Unbewaffnete wurde in Rastatt noch bewaffnet. Fluchtversuche aus dem Bataillon des später flüchtigen Lehrers Klemens Ruf (zwölf Mann) sind bekannt; drei Freischärler wurden eingefangen (I. Ruf aus Ylach, bedienstet beim Hirschwirt Siedle in Schönwald und R. Ganz von Hinterstrass wurden auf Kommando vom Offenburger Major Berger erschossen). Währenddessen hantierte Fackler in Triberg mit Drohungen und Kriegskontributionen, Exekutivtruppen. Die Insurgenten marschierten am 4. Juli mit zweitausend Mann in Triberg ein (Volkswehr, Schweizer Legion). Ihre Anführer, Philipp Becker, Major Bannwarth „benahmen sich wie in Feindesland“: sie requirierten Waffen, Pferde und Wagen, junge Leute wurden bis zur Schweizer Grenze verschleppt und die Väter von Flüchtlingen bedroht. Hierfür war die Bedrohung und Beraubung des Kaufmanns Gregor Hettich in Furtwangen ein Paradebeispiel. Erst beim Einrücken preußischer Truppen maßigte sich der Spuk.

Oberamtmann Gisler in Triberg war am 21. Mai vom Oberkommissäre Hänisch in Freiburg auf die Landesverfassung beleidigt worden, andere Eidesleistungen gemäß dem Erlaß des Oberrheinischen Gendarmeriekommandos vom 25. 5./8497 nahm Fackler vor. Der Rechtspraktikant Seidenspinner des Amtes Triberg hat die Berufung zum Auditor in Karlsruhe aus persönlichen Gründen – allerdings etwas zweideutig – abgelehnt; dem Amtsvorsteher Gisler wurde Schwäche attestiert, die wohl einige Verwirrung zur Folge hatte, wie Oberamtmann Winter meinte.

Fackler wurde anfänglich bestätigt, daß er Beamte beschützt habe (28. 7. 49), er wurde jedoch am 4. August in Freiburg verhaftet. Erst

am 6. 8. wurde das Bezirksamt Triberg aktiv, die Anklage beim Standgericht fand jedoch keinen Grund zur Aburteilung.

Der Amtsvorsteher Gisler wurde deshalb zur Entlassung vorgeschlagen (Eingabe an den Landesausschuß), bei der Fackler entsprechend befangen gewesen sei; deshalb sollte eine Untersuchungskommission beauftragt werden. Gegen den Fackler-Aktuar Unger aus Durlach und den ebenfalls als Fackler Mitarbeiter tätigen Zuckerbäcker Hermann wurden keinerlei Untersuchungen eingeleitet, weshalb Winter einschritt, Unger entlassen und von sich aus eine Untersuchung angeordnet hat. Das gleiche gilt für den Furtwanger Lehrer Böhringer, der am 24. September vom großherzoglichen Oberkirchenrat suspendiert wurde – Lehrer Baumstark aus Nußbach traf dasselbe Schicksal.

## 2. „Lehrer und andere Beteiligte.“

- a. Lehrer Platz aus Rensberg exerzierte in der Revolutionszeit mit Schülern und verbot ihnen das Beten, forderte zum Aufruhr auf und denunzierte und hat jene verraten, die sich versteckten.
- b. Der katholische Lehrer Dibold aus Gremmelsbach gründete Volksvereine.
- c. Unterlehrer Bausch in Triberg brachte auf durchziehende und raubende Soldaten ein „Hoch“, zog am 7. 6. bewaffnet mit nach Freiburg und kehrte dann von dort zurück.
- d. Der katholische Unterlehrer Ruf aus Schönwald war Befehlshaber der Triberger Wehrmannschaft vom 6. 6. bis 1. 7. und kehrte ebenfalls nach dem Gefecht bei Kuppenheim zurück.
- e. Revierförster Ernst in Rohrbach war Führer der revolutionären Partei, Teilnehmer am Aprilaufstand und betrieb die Absetzung des Bürgermeisters und Oberamtmannes Gisler, „ein für die gesetzliche Ordnung gefährlicher Mensch!“
- f. Pfarrer Brugger von Neukirch war eher eine Randfigur.

Sympathisierende Gemeindebeamten allerorts standen zur Entlassung an, so zum Beispiel: Hermann in Gremmelsbach, Kaltenbach in Neukirch, Kirner und Kienzler, Bürgermeister Schwer in Rohrhardsberg, Bürgermeister Ketterer in Schönwald, Bürgermeister Furt-

wängler in Triberg -, sämtliche Gemeinderäte in Schönwald (Kienzler, Walter, I. Duffner, E. Duffner, Dold -); die Triberger Gemeinderäte Walter, Duffner und die Ausschußmitglieder Arbogast Lienhard, Wildemannwirt Dietsche und Röslewirt Pfister. Entsprechend suchte man Ersatzleute: in Gremelsbach war es der Gemeinderat O. Haberstroh, in Rohrhardsberg der Bürgermeister Elzbauer A. Dold, in Schönwald Bürgermeister Schildegger und die Gemeinderäte F. Hummel, M. Ketterer, A. Eschle u. a.; für Triberg werden der Bürgermeister Heim und die Gemeinderäte Altbürgermeister und Uhrmacher Pfaff, V. Siedle, Gerber, Ketterer -, die Ausschußmitglieder S. Rombach, Ochsenwirt-Werle und der Kaufmann I. A. Meier genannt. Der Furtwanger Bürgermeister war entgegen Vermutungen an dem Aufruhr nicht beteiligt und wurde mit Erschießen bedroht, ein Grund für Dienstenthebung bestand damals nicht.

Triberg war von Truppenstandquartieren verschont geblieben. Die Insurgenten zogen ein bis zwei Tage durch die Stadt; Presse und der Munitionsverkauf wurde streng beobachtet, die Beamten waren am 29. 5. 49 auf die deutsche Reichsverfassung vereidigt worden; Meldungen vor Ort an die Regierungsstellen in Freiburg besorgte Brigadier Haßmann bereits am 16. 8. und 10. 2. 49.

### 3. Der „Winter-Bericht“,

datiert vom 11. 9. 49 (Seite 38 bis 55). Er rekapituliert darin, daß bisher keine Einquartierung in Triberg stattfand, die Waffen aber unvollständig abgegeben worden seien, weshalb ein Truppendetachment gefordert werden müsse. Besonders hätten sich im Amtsbezirk Schönwald, Neukirch, Schonach, Furtwangen, Gütenbach und Triberg am Aufruhr beteiligt. Der Zivilkommissär Fackler sei am 4. 9. verhaftet worden und würde als Kriegsgefangener zur Untersuchung gehalten. Aus seinen Verfügungen gehe hervor, daß er

- a. als Vorstand der Volksvereine fungiert und
- b. am 13. Mai bei der Volksversammlung in Offenburg teilgenommen habe.
- c. Noch über den 29. 6. hinaus habe er nach Verkündigung des Kriegszustandes mit Presionen, Drohungen gearbeitet und die den Auführern zuzuführende Volkswehr organi-

satorisch betrieben; er sei mit hundert Bewaffneten nach Freiburg gezogen, die dann in das Insurgentenheer einverleibt worden seien.

Nach Absatz 2 Paragraph 25 der Landesrechtsgesetze müsse er abgeurteilt werden. Beamte, die per Unterschrift die Absetzung des Oberamtmannes Gisler und des Rechtspraktikanten Seidenspinner bewirken wollten, habe er in Schutz genommen.

Als Ersatz für Fackler wurde der Rechtspraktikant Hatz vorgeschlagen. Allerdings sei Gisler aus Krankheits- und Altersgründen für eine Entlassung suspekt. Im weiteren Verlauf weist er auf die „Lehrersituation“ und die damit verbundene Ämterenthebung hin.

In Neukirch wurde insbesondere durch die Intervention von Winter und Gisler eine neue Bürgermeisterwahl initiiert (5. 10. 49). In Triberg bestanden jedoch *Personalprobleme*: Bürgermeister Furtwängler war seit Februar 49 bettlägerig, weil er den Fuß gebrochen hatte, außerdem sei er genauso freisinnig wie der Gemeinderat Engelwirt-Kirner, der von Gicht geplagt sei. Ein ganz Radikaler sei der Gemeinderat Walter; auch der Gemeinderat E. Duffner sei vom „Freiheitsschwindel“ ergriffen. Gesetzlich gesinnt sei der Gemeinderat Adlerwirt Kuner und der Altbürgermeister Ignatz Heim, der auf dem Wege der Rehabilitation zum Bürgermeister vorgeschlagen wurde. Als durch die Revolution kompromittiert wurde auch der Wildemannwirt Dietsche, der Elzradikale Würth und Hafner Lienhard von Triberg bezeichnet; der Bürgermeister Ketterer von Schönwald sei leidenschaftlich liberal und aufgeblasen. Hier wurde der Bürgermeister Schildegger, auf dem Rohrhardsberg der Elzbauer Dold jeweils als Bürgermeister genannt, nachdem am 17. 9. 49 Gisler den Bürgermeister Schwer von Rohrhardsberg wegen schlechten religiösen Grundsätzen negativ beurteilt hatte.

Am 28. 10. 1949 bittet das Innenministerium den großherzoglichen Landeskommissär Geheimrat Freiherr von Marschall in Freiburg über Hacker gemäß dem Erlaß des großherzoglichen Kriegsministerium von 20. 10. 1949 Erkundigungen einholen zu lassen. Die Personalakte wird am 4. 11. 1949 von Oberamtmann Rieder, der Nachfolger von Gisler, übergeben.

#### 4. Politik und Religion:

Oberbürgermeister Hummel von Neukirch, der sich hier artikuliert war seit 1877 im Amt und nicht willens der provisorischen Regierung zu dienen. Folglich wurde er nach den Offenburger Bürgerversammlungen abgesetzt und ging nach England und dort seinen Geschäften nach. Er betrieb Uhrenhandel. Nach Beendigung des Aufruhrs wurde er vom Amt Triberg zur Rückkehr hier ins Amt aufgefordert. Er verlangte einen neuen Gemeinderat, aber an seiner Stelle wurde ein Revolutionär gegen seinen Willen von Oberamtmann Gisler verpflichtet. Hummel war Konvertit, hielt zu Hause Lesungen ab, habe völlig den moralischen Kredit verloren und mußte sich vor Gisler rechtfertigen. Gisler meinte: „Das darf in einer katholischen Gemeinde nicht sein, das ist gesetzwidrig das ich evangelisch sei.“ Hummel war bereit, freiwillig abzutreten, komischerweise hat man ihm aber unterstellt, er habe um diese Entlassung nachgesucht; er mißbilligt die Art und Weise dieser seiner Entlassung. Der wahre Grund und die Leidenschaftlichkeit, mit der diese Entlassung betrieben wurde, liege wohl daran, daß er zur evangelischen Kirche übergetreten sei, und daß er mißbilligte, daß die Kosten, die vom Gemeinderat ohne irgendeine Aufforderung während der Revolution gemacht worden sind (z. B. zur Errichtung einer Bürgerwehr) nicht aus der Gemeindekasse sondern von den Gemeinderäten sollten bezahlt werden.

Oberamtmann Rieder schrieb an Marschall am 6. 11. 49, daß der Lehrer Platz von seinen Funktionen enthoben sei; sowohl der Bezirksschulvisitor als auch die Ortsschulbeiräte und der Gemeinderat sollten per Ansager davon in Kenntnis gesetzt werden. Zu gleicher Zeit wurde die dienstpolizeiliche Untersuchung gegen den Lehrer Dibold eingeleitet; er wurde seines Amtes enthoben und nach Mauchen versetzt. Der Triberger Lehrer Bausch mit einem Informationsprozeß belegt, bei dem der Rechtspraktikant Hatz die Untersuchung leitete. Das Verfahren gegen den Aktuar Unger war ebenfalls in Gang gekommen.

#### 5. Wiederaufrichtung, Reorganisation der demokratischen Ordnung in den Gemeinden.

Am 6. und 9. 11. 49 wurden in Neukirch und Triberg, Schönwald und Rohrhardsberg neue

Gemeinderäte gewählt, desgleichen die Ausschüsse und der Bürgermeister -, in Schönwald war dies Schildegger. Komplikationen gab es allerdings dann, wenn zwei Gewählte wie F. Hummel und M. Ketterer verschwägert waren, was den Austritt des einen von beiden zur Folge hatte; in diesem Falle war es Ketterer der Gemeinderechner und Mitglied des Bürgerausschusses. An seiner Stelle trat Ochsenwirt Martin. Später (am 12. 11. 49) hat jedoch Schildegger die Bürgermeisterstelle abgelehnt, wurde Gemeinderat; an seine Stelle trat F. Hummel. Schildeggers Beweggründe waren sein Gesundheitszustand, sein Augenleiden, sein Beruf und die Erfordernisse seines Geschäfts mit Uhrenversand nach Frankfurt, Koblenz, Mainz, Leipzig, Chemnitz und in die Oberlausitz, wovon der „Spediteur King, der die meisten Sendungen erledige Bescheid wisse“. Hinzu kämen Reisen und Korrespondenzen. Er wohnte weit entfernt von der „1800-Seelen-Gemeinde Schönwald und sei bereits 6 Jahre Bürgermeister gewesen.“

Inzwischen ist Pfarrer Deimling aus Kimbach zu 6 Monaten Arbeitshaus wegen revolutionärer Teilnahme verurteilt worden; in Neukirch hatte Bürgermeister Ganter (17. 10. 49, Rieder) sein Amt angetreten. Wie Rieder am 11. 11. 49 berichtet, wurde in Rohrhardsberg Bürgermeister Dold verpflichtet, am 2. 12. 49 alle Gemeinderäte in Schönwald. Gegen Aktuar Unger und den Zuckerbäcker Hermann habe man immer noch nichts unternommen und Unger fungiere noch bei politischen Untersuchungen mit.

#### 6. Urteile, passiver Widerstand.

Allmählich kamen die Justizverfahren in Gang: J. Behringer wurde am 7. 12. 49 zu 4 Jahren Zuchthaus und Unger zu 3 Monaten Arbeitshaus verurteilt.

Oberamtmann Rieder schrieb am 15. 12. 49 einen großen Bericht über die Persönlichkeit des Bürgermeisters Hacker aufgrund Erkenntnissen von Oberamtmann Gisler und Pfarrer Seiyfried. Mit Hilfe der *Radikalen (= Liberalen)* habe er die Nachfolge von Bürgermeister Duffner angetreten, in „Vermögen“ eingeheiratet. Anfänglich sei er März-Anhänger gewesen, wozu er von der Partei aufgefordert worden sei. Er war jedoch nie davon überzeugt und verhielt

sich als passiver Widerständler flexibel und wurde deshalb bedroht. Seine Leistungen für die Gemeinde gegen die Revolution waren unbestritten. Gelegentlich jedoch war er ohne feste Meinung und ließ sich betören. Die Konservativen waren auf seiner Seite, jedoch nicht die Gendarmerie, die er des „öfteren zu entfernen versuchte.“

Pfarrer Seyfried bezieht sich in seiner Aussage über Hacker auf seinen Vorgänger Görlacher (6. 11. 49), nach dessen Meinung Hacker im Frühjahr 1848 eine Stütze gegen Radikale gewesen sei. Er war kein Angehöriger der Volksvereine und auch kein Mitglied einer politischen Partei. Vor allem hervorzuheben war sein passiver Widerstand gegen die Freischaren von Willich und Becker; er ließ Gefangene entfliehen, sei kein Aufrührer, im Gegenteil ein Glücksfall für die Gemeinde gewesen. Als die Radikalen ihn absetzten wollten, verhinderte Oberamtmann Gisler die Wahl bis zum Ende der Revolution. Er, Gisler wußte genau über Hacker Bescheid: als Unterlehrer in Schönenbach hatte er eine Bürgerswitze geheiratet, das Bürgerrecht erworben, sich anfänglich als Fachmann schwer getan. Nach Untersuchungsergebnissen des Rechtspraktikanten Hatz wurde klar, daß er kein Anteil an den unter Behringer stehenden Volksvereine hatte; Soldaten hat er auch aufgefordert für das revolutionäre Kommando nicht zur Verfügung zu stehen. Trotz Drohungen mit Standrecht hat er sich für den Acciser Walter von Schönwald und den Handelsmann Gregor Hettich eingesetzt.

Nicht zu übersehen ist Ende 1849 (27. 12.) ein Bericht des Brigadiers Haßmann über Hacker. Er bestätigt teilweise, das passiv widerständige Verhalten von Hacker, relativiert jedoch seine Aussage dahingehend, das er doch irgendwie für die Staatsumwälzung gearbeitet habe, worauf hin deutet, daß er schon bei der „Struvischen Geschichte stark beteiligt gewesen sei“. Bei seinen Nachforschungen mit den Gendarmen Nagel bei einem sehr „rechtlichen Bürger“ Johann Rombach traf er auf offene Ohren. Dieser bezeugte, daß Hacker im ganzen Amtsbezirk äußerst feindselig gegen die Regierung eingestellt sei und die Gemeinderäte hätten sich ihm angeschlossen. Vor dem Hause der Rombachs sei die Wehrmannschaft zum Abmarch aufgestellt gewesen und Bürgermeister

Hacker habe mit einem Schleifsäbel bewaffnet seine Vorstellung für tapferes Verhalten gegeben. In Versammlungen habe er die Bürger aufgefordert, der provisorischen Regierung ihre Steuern zu zahlen. Das Ganze lief dann mehr oder weniger auf ein „On dit“: ... „auch die Frau des arretierten Lehrers Böhringer“ hat sich bei dem Gendarmen Semiärner und Nagel in negativer Weise über Hacker zu Wort gemeldet...“

„*Cherchez la femme!*“

7. 1850: „Der demokratische Geist wuchert fort und fort“.

Oberamtmann Rieder schrieb am 7. 1. 1850, daß die Gemeinde Furtwangen als größte, wohlhabendste in politischer Hinsicht die beweglichste, aber stark unterwühlteste sei, man forderte Gendarmen nach Furtwangen! Jedoch hatte das Corpskommando der großherzoglichen Badischen Gendarmerie in Freiburg am 24. 1. vermeldet, daß im Moment keine Mannschaft zur Verfügung stehe, zuvor seien schon keine Unterkünfte vorhanden gewesen.

*Hackers List:* Der Gendarm Wissmann verlangte von Bürgermeister Hacker ein Hausdurchsuchung bei Lorenz Schwab im Schnabelstal; listigerweise wurde er zu einem Gemeinderat geschickt, währenddessen Florian Hummel zu Schwab gehen mußte, um ihn zu warnen, daß die Polizei komme und nach versteckten Monturstücken suche. Hacker erzählte dieses dann den Gemeinderäten und bemerkte, daß die Polizei nach politischen Verhältnissen forsche.

8. Intrigen:

Oberamtmann Rieder von Triberg berichtet vom 28. 1. 1850, daß bei der Wahl um den Gemeinderechner von 959 Bürgern 64 gestimmt hätten, davon 41 für den Bäcker F. Ketterer. Dies sei durch Intrigen der Parteien geschehen, die wegen Umsturzeteiligung aus den Ämtern entlassen wurden, was für Lauheit der Gegenpartei entgegen komme. Ketterer hat die Wahl angenommen, damit die Gutgesinnten nicht irre geführt würden und die Oppositionspartei nicht glauben solle, daß sie hintertreiben könne. Mit den schwierigen Problemen bei der Reorganisation der Gemeindebehörde in Furtwangen hat sich Rieder am 31. 1. 50 sogar auf

neun Seiten befaßt. Der Brigadier Haßmann berichtet identisch von der Hausdurchsuchung des Gendarms Wissmann bei Schwab bzw. bei dessen Sohn Pius und über die Funktion des Florian Hummel.

Inzwischen wurden zu Gemeinderäten Kolumban Hummel, Christoph Ferle, Gregor Hettich und O. Ganter zu Gemeinderäten eingesetzt.

#### 9. Audiatur et altera pars:

*Bürgermeister Hackers persönliche Rechtfertigung zu der Angelegenheit Lorenz Fallner, ein Beispiel für Variationen der Berichterstattung und für Authentizität. (18. 1. 50 vor Rieder)*

Hacker sagt aus, daß er alle Bürger gemäß Verordnung zur Abgabe militärischer Gegenstände verpflichtet habe von einem Verbleib bei Fallner habe er nichts gewußt. Er wollte auf jeden Fall verhindern, daß Bürger verhaftet würden und hat Lorenz Fallner, mit dem er befreundet war, voll vertraut. Er bekundet noch einmal seinen passiven Widerstand gegen die Revolution; er sei regierungstreu gewesen und habe in gleicher Weise Treue der Soldaten angemahnt und den Accisor Walter aus den Händen der Insurgenten befreit. Wie Hacker am 22. 1. 1850 pikanterweise betont habe er Tage zuvor mit dem Brigadier Haßmann Häuser durchsucht und keinen entsprechenden Wink zur Verheimlichung gegeben. Verwirrung in einer verwirrenden Zeit!

Die „berüchtigte und widerspenstige Gemeinde Furtwangen sollte mit Exekutionstruppen belegt werden“, vermerkte das Kommando der großherzoglichen Gendarmerie Division in Freiburg.

Furtwangen, „diese ganz verdorbene Stadt“ heißt es sogar am 24. 2. 50 vom Freiburger Kommando aus.

Bürgermeister Hacker und die Bürger wollten keine Gendarmen; entsprechende Wohnungen habe man an Gewerbelehrer vermietet und Mahnungen zur Bereitstellung nicht beachtet, schrieb am 20. 2. und 22. 2. der sich fast detektivisch äußernde Brigadier Haßmann und beruft sich dabei auf den Amtsvorstand Rieder. Am 24. 2. 1850 vermerkt jedoch Rieder, daß Hacker gesagt habe, der Widerstand gegen Wohnungen sei eine Folge der in

Furtwangen bestehenden „Winkelwirtschaft“ in jedem Haus!. Diese habe sich vor allem bei Uhrhändlern eingeschlichen, die nur bei jenen Uhrmachern einkauften, die sich bei ihm durch entsprechenden Weinverzehr auszeichneten.

#### 10. Hoffnung!

*Verhandlungen wegen einer Uhrenmacherschule gemäß einem Bericht von Oberamtmann Rieder vom 6. 3. 1850.*

Mit Ministerialrat Dietz, Hofrat Professor Eisenlohr und Ingenieur Gerwig fand eine Verhandlung statt, der Rieder beiwohnte -; ein positiver Aspekt mit Hoffnung auf die Zukunft! Inzwischen schritt die Reorganisation der Gemeinde Furtwangen voran: Kolumban Hummel wurde Gemeinderat und bis auf B. Werle wurden alle Mitglieder des Bürgerausschusses entlassen; für Hummel trat Uhrmacher A. Rombach in Aktion. Der Ersatz der Bürgerausschußmitglieder erfolgte nach Höchst, Mittel- und Niedrigbesteuerten. Gemäß Bericht vom 10. 4. 50 befaßte man sich nun mit der Ratschreiberbesetzung in Neukirch, wobei sich die Frage nach dem Aspiranten und seiner Zuverlässigkeit stellte, - (die der Brigadier Haßmann aber nicht in Frage stellte), - denn er war auf Betreiben des früheren Bürgermeisters Hummel entlassen worden, der jeden für einen Rebellen hielt der nicht auf seiner Seite war.

#### 11. Neue Ängste. Gerüchte.

##### Denunziationen.

Der Brigadier Haßmann wußte von Gerüchten in Hornberg, daß es in Frankreich und Deutschland „demnächst losgehen würde“ die Republikaner wurden frech und seien über die Bekanntgabe der Kriegssteuer niedergeschlagen.

Inzwischen war das Urteil gegen Klemens Ruf in Schönwald, am 27. 4. ausgesprochen, - rechtskräftig geworden, die Begnadigung von Baumstark, um die jener nachgesucht habe, sei abgelehnt worden (1. 10. 50). Kurze Zeit später wurde dieser Hauptlehrer vom katholischen Oberkirchenrat entlassen (22. 10. 50).

Mit den typischen Erscheinungen jener Zeit, mit Krawallbrüdern und auch verwirrten Köpfen, wie Roman Seyer, der wegen Majestäts-

beleidigung gefaßt wurde, hat vor allem auch der Gendarm Simiärner zu tun. –

Der Oberamtmann Rieder wurde den „Fall Hacker“ nicht los! – (12. 8. 51). Brigadier Haßmann *wollte* ihn nicht los werden (13. 8. 51): „Endlich sei Hackers revolutionäres Treiben heraus gekommen.“ Beim Besuch des Großherzogs habe Hacker Frau Böhringer am Kniefall gehindert und ein „unverschämtes Mensch“ geheißen, ein Grund, gegen Hacker vorzugehen. Im Schreiben an das großherzogliche Oberhofgericht des Rheinkreises geht er noch einmal auf die Wahl von Hacker 1848 mit Unterstützung der Liberalen Partei ein. Andererseits sei er aber auch bei wieder eingesetzten rechtmäßiger Regierung im Amt geblieben. Sein Hauptfeind war der Hauptlehrer Böhringer, der zur Auswanderung begnadigt wurde. Aus Anstand und um Hacker nicht unglücklich zu machen, habe dieser sehr vieles verschwiegen, wohingegen aber die Ehefrau seine entsprechende Denunziationsschrift von 1850 doch übergeben hat. Hacker gibt handschriftlich zu, daß er am 29. 6. 49 zwei badische Soldaten habe verhaften lassen, die über die Insurgenten ungünstige Nachrichten verbreitet hätten. Auch die Entlassung von Pfarrer Thoma habe er mitbewirkt und auf meuternde Soldaten der siebten Kompanie des zweiten Regiments getostet.

Die Anklagepunkte sind suspekt, der Sinn der Akte ist leicht zu erkennen. Infolge wurde die Verhaftung ausgesetzt, aber Hacker wurde seines Amtes doch enthoben (30. 8. 51 gemäß Rieder). Bis zur neuen Wahl eines Bürgermeisters wurde eine Vorbereitungszeit von einem Vierteljahr angesetzt; infolge eine provisorische Besetzung durch Altbürgermeister Duffner veranlaßt.

Am 21. 2. 52 war die Sitzung der Regierung des Oberrheinkreises, nach deren Ergebnis Hacker klagfrei mit Kostenverschonung gesprochen wurde. –

## VI. AUS DEM STADTARCHIV TRIBERG

Schlußendlich ergänzt die „Lokalhistorie“\* die hier beschriebenen Ereignisse. Die Volkswehr (vom 18. bis zum 30. Jahr) mußte gemäß Anordnung vom Bürgermeister am 15. Mai

1849 bewaffnet und zur Verfügung des Kreishauptmanns gestellt werden. Verzeichnis der Mannschaft, der vorrätigen Waffen und Munition wurden zur Pflicht. Das Bürgermeisteramt mußte auch für die nötigen Ausrüstungsgegenstände sorgen. Zu dem unter „Major Rufs“ Kommando stehenden „Tribberger Bürgermilitär“ von 1840 mit 90 Mann gehörte die sogenannte „Türkenmusik“ mit 30 Mann<sup>1</sup>. Beide Einheiten wurden nach der Niederschlagung der Revolution aufgelöst und (wie das „Triberg Bataillon“) nach Karlsruhe und Rastatt kommandiert, wo sie bis zum Anrücken der Preußen sich herumtrieben.

### SCHLUSS:

Die französische Revolution von 1789 war ein Modellversuch. Jene von 1848 scheiterte, prägte aber die Zukunft Europas, jedoch erzeugte sie keinen Mythos wie jene von 1789 und 1917. Karl Marx hielt sie für eine „halbe Revolution“. Die Frage nach dem „Was bleibt?“ veranlaßt zur Reflexion und zum Engagement der Rezeption der unübersehbaren Bibliographie, deren Inhalte zu Bedenklichkeit und Rechenschaft Anlaß geben. U. a. war auch dies der Sinn dieser Darstellung. Hierin eingeschlossen ist auch die Bedeutung der Frau in der Revolution<sup>57</sup>, u. a. auch der Juden bzw. der Jüdinnen<sup>56</sup>.

Die Beobachtungen und Feststellungen der Ereignisse der Städten und Gemeinden in den badischen Landen stehen insgesamt unter dem Motto: „Wie sich die Bilder gleichen“. Die Geschehnisse im Amtsbezirk Triberg reihen sich inhaltlich nur unwesentlich, durch Lokalkolorit variiert in die Serie der allgemeinen Ereignisse ein.

Dies hier nach besten Wissen aus Anhänglichkeit zu seiner Geburtsstadt Triberg zur Kenntnis gebracht zu haben war das Anliegen des Autors.

---

#### Bibliografie

- 1 Duffner, Wolfgang: Der Traum der Helden. 12 Nachrufe auf im Sommer und Herbst 1849 hingerichtete Kämpfer der badischen Revolution. Verlag Moritz Schauenburg/Lahr 1997.

- 2 1848/49 Revolution in Ludwigshafen / - Stadtmuseum / Kulturbüro Ausstellung 24. 10.-14. 12. 1991.
- 3 Die Universität zwischen Revolution und Restauration. Archiv und Museum der Universität Heidelberg / Schriften 2 - (Hrsg. W. Moritz). Verlag Regionalkultur - Hrsg.: Petra Nellen. Begleitheft zur Ausstellung des Heidelberger Geschichtsvereins in Zusammenarbeit mit dem Heidelberger Univ. Archiv 15. 5.-31. 7. 1998.
- 4 Revolution, Stätten der Demokratiebewegung im Südwesten. Hrsg. Arbeitsg. hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg. Info Verlag Karlsruhe 1998.
- 5 Der Rhein - Neckarraum und die Revolution von 1848/49. Hrsg.: Arbeitskreis der Archivare im Rhein-Neckardreieck. Verlag Regionalkultur 1998.
- 6 Cl. Rehm: Die katholische Kirche in der Erzdiözese Freiburg während der Revolution 1848/49. Forschungen zur oberh. Landesgeschichte Bd.: XXXIV. 1987 - Verlag K. Alber Freiburg.
- 7 Hans Fenske, Hrsg.: Quellen zur deutschen Revolution 1848/49. Wissensch. Buchgesellschaft Darmstadt 1996.
- 8 Dowe Dieter, Haupt Heinz Gerhart, Langewiesche Dieter: Europa 1848 -, Revolution und Reform. Verlag Dietz, Bonn 1998.
- 9 Bauer, Sonja-Maria: Die verfassungsgebende Versammlung in de Badischen Revolution von 1848 -, Drosteverlag Düsseldorf 1991, in: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 94. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.
- 9a Heinrich Raab: Revolutionäre in Baden 1848/49. Verlag Kohlhammer Stuttgart 1998.
- 10 Gall Lothar: Forschung Frankfurt - Wissenschaftsmagazin der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt 2/98. 1848 und die Folgen.
- 11 Trommer Gerhard: Mit naturkundl. Volksbildung zur Befreiung des Untertanen. Konzepte und Visionen des Pauluskirchenabgeordneten Emil Adorf Rossmässler. (1806-67) ebd.
- 12 Geschichte der deutschen Revolution / I, Bd. - 1970 Kiepenheuer - Witsch.
- 13 Hauser A., Hans Wirth: Die grossen Revolutionen im deutschen Südwesten. Hrsg.: H. G. Wehling / Kohlhammer Stuttgart 1998.  
2. 1.: Nolte P.: Radikalisierung und Republik: Die Revolution in Baden 1847-49.
- 14 Kurth P., Morgenbrod B.: Wien 1848 und die Erinnerung an die französische Revolution in: J. Götz v. Olenhusen: 1848/49: Europa und der Mythos der französischen Revolution.
- 15 Bekk Johann Baptist: Die Bewegung in Baden vom Ende des Februar 1848 - Mitte Mai 49. Verlag Bassermann Mannheim 1950.
- 16 Renger - Zorn C.: Freiheit. Ein Schauspiel-/Theater im Kurpark Gernsbach.  
Der Traum von der Freiheit -. Hrsg. Stadt Gernsbach -, Gernsbach-Deutsche Revolution 1848/49, November 1996.
- 17 Ein Wormser wurde US-General: Blenker Ludwig. AZ 8. 5. 1949/6. 7. 1952.
- 18 Ein Wormser General im amerikanischen Bürgerkrieg: Wormser Heimatblätter 5. Jahrgg. 1960. (Akauf, Karl Br.?, Heidelberg C. F. Winter).
- 19 Häusser L.: Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution von 1851.
- 20 Karsten R.: Bibliografie zur Geschichte der Demokratiebewegung in Mitteledeutschland (1789-1933).
- 20a Weuster, I. Dekor. Bewegung in Mitteledeutschland - 6 -.
- 21 Staroste: Tagebuch über die Ereignisse in Pfalz und Baden im Jahr 1849. Bd. 1. - Potsdam 1852.
- 22 Wetz, H.: Aus den Jugenderinnerungen des Landgerichtsrats Maximilian Buisson. Freiburg (1830-1905) - Schauinsland 97 / 1978. Breisg. Geschichtsverein / 97. Jahresh. 1978.
- 23 Hecker Fr.: Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik. Basel 1848.
- 24 Essellen Chr., Becker Johann Philip: Geschichte der süddeutschen Mairevolution / Genf 1850/49.
- 25 Vollmer Fr. X: Offenburg 1848/49. G. Braun Karlsruhe: Der Traum von der Freiheit.
- 26 Wirth H. G. A.: Vorkämpfer für die Einheit, Recht und Freiheit von Michael Krausnick. Beltz-Quadriga 1997.
- 27 Berühmte deutsche Vorkämpfer für Fortschritt nach Freiheit und Friede in Nordamerika von 1626-1888 - Forest City Bookbinding, Co / 1888 / Cleveland.
- 28 Sigerist H. E.: Grosse Ärzte / J. F. Lezmans - München 1970.
- 29 Haumann H., H. Schadek (Hrsg.) Geschichte der Stadt Freiburg / Stuttgart 1992.
- 30 Die Rheinpfalz, 20. 6. 1969.
- 31 Pfälzer Feierabend Nr. 29 / Jahrgg. 18. 30. 7. 1966.
- 32 Generalanzeiger Ludwigshafen 21. 8. 1967.
- 33 Ludwigsh. Rundschau 17./18. 6. 1969 Nr. 137.
- 34 Ludwigsh. Rundschau 14. 6. 1969 Nr. 135.
- 35 Ludwigshafner Rundschau Nr. 143/25. 6. 1969.
- 36 Kreuter K.: Aus der Chronik von Oggersheim. 3. Aufl. 1973.
- 37 Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein. 1853-1903 Hrsg. Bürgermeisteramt Lu.
- 38 Siemann W.: Die deutsche Revolution 1848 / Bd. 266 Suhrkamp.
- 39 Breier H.: Zweihundert Jahre Auswanderung aus Schwetzingen, - Schriften des Stadtarchivs Schwetzingen Nr. 23./1990.
- 40 Raab H.: Kartei, Datei zur Revolution 1848/49 - Mitteilung 4. 3. 1998 betr: Löhr Ferdinand, Dr. med.
- 41 Kössler F.: Register zu den Matrikeln und Inscriptionsbüchern der Universität Giessen Ws / 1807-08 -; Ws 1850.
- 42 Hochstuhl Kurt: Schauplatz der Revolution in Baden. Gernsbach 1847-49.
- 43 Jonas Löwenthal Dr., Genealogie. Stadtarchiv Ludwigshafen / Mittlg. 3. 3. 98.
- 44 Boatner M. M.: The civil war Dictionary III/ - 1988. David Mc. Kay Winp./New York.
- 45 Wilson H. W.: Biography index / Vol. 2 / Aug. 1949, Aug. / 1952 New York.
- 46 Wilson J. G., J. Fiske HrsG): Appletons Cyclopaedia of americ. Biography. Detroit Gale Research 1968 / Vol. I / New York 1888.
- 47 Warner E. (Hrsg.): Generals in Blue/Louisina State University Press 1964.

- 48 Sifakis Stewart (Hrsg): Who was who in the civil war / New York 1888.
- 49 Johnson R: The twenty century Biographical Dictionary of notable Americans. Vol. I: Boston 1904.
- 50 Heinzen K. P.: in: National Union Catalog of Manuscript Collections / Catalog 1982 Washington.
- 51 Lossing B. J.: Harpers Enclopaedia of the united States History to 1915. Detroit Gale Research 1974.
- 52 Drake F.: Drake Dictionary of american Biography // Boston - J. Osgood 1872.
- 53 Revolution der dtsh. Demokraten in Baden. 1848/49. Hrsg. Bad Landesmuseum / Momosverlagsges. Baden-Baden, Karlsruhe. 1998.
- 54 Jansen. Chr., Mergel Th.: Die Revolution von 1848/49 Vandenhoeck und Ruprecht 1998.
- 55 Langewiesche Dieter: Demokratiebewegung und Revolution 1847-49. Hrs. G. Braun/Karlsruhe 1998.
- 56 Fassmann, J. M.: Jüdinnen in der dtsh. Frauenbewegung 1865-1918 Hildesheim 1996.
- 57 Hauch G.: Frauenräume in der Männerrevolution 1848/49 in: D. Langewiesche: Die dtsh. Revolution von 1848 und die vorrevolutionäre Gesellschaft. Forschungsstand und Forschungsperspektiven Teil II in: Archiv f. Sozialgeschichte 31/1991.
- 58 Sperber J.: The europ. Revolutions 1848/51. - Cambridge 1994.
- 59 Langewiesche D.: Europa zwischen Revolution und Restauration 1815-1840. München 1993.
- 60 Stearns P. N.: The Revolutions 1848/London 1974.
- 61 Geschichte der Volkserhebungen in Baden 1849.
- 62 Uhrig D.: Worms und die Revolution 1848/49 - Ffm. 1934.
- 63) Götz v. Olenhusen J.: Europa und der Mythos der französischen Revolution. Sammlung Vandenhoeck 1988.
- 64 Freitag Sabine: Lebensbilder der dtsh. Revolution 1848. C. H. Beck.
- 65 Wehlin H. G.: A. Hauser - Hanswirth: Die grossen Revolutionen im dtsh. Südwesten - Kohlhammer.
- 66 Hardtwig: Revolutionen in Deutschland und Europa. Sammlung Vandenhoeck.
- 67 Valentin Veit: Geschichte der dtsh. Revolutionen / Bd. I / 1848. Beltz - Quadriga.
- 68 Broghammer H.: Ärzte und Apotheker im Grossraum Worms -, ein Desperado und die Amazone. - Ergänzende Daten zur „48“ er Revolution. Monatspiegel, Worms 1998. Verlag Reinheimer.
- 69 Nicht im Text:  
Bahners P.; G. Roellecke: 1848 - Die Erfahrung der Freiheit / C. F. Müller, Heidelberg 1998
- \* R. C. Canevali 1989
- \* L. Mathy: aus dem Nachlaß von K. Mathy/Leipzig 1898, vor allem Mathy empfahl die „Wildheit“ der Mittel
- \* (GLA 17/Z 378)
- \* (GLA Karlsruhe (236/237-8535; 8559; 8567; 8568; 2764)
- \* GLA (313+4306)
- \* (Stadtarchiv Triberg 1 bis 846 - 1 bis 837 und 838 - 1 bis 846)
- 1 Mitteilung W. Müller, siehe Abb. 1./2.

Anschrift des Autors:  
Dr. Herbert Broghammer  
Schöfferstraße 29  
67547 Worms

# Mannheim und die technische Bildung

Bestrebungen, Ansätze und Entwicklungen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart

## 1. DIE ANFÄNGE DER TECHNISCHEN BILDUNG IM 18. UND 19. JAHRHUNDERT

Während bisher die schulgeschichtliche Forschung zur Stadt Mannheim vorzugsweise die allgemeinbildenden Institutionen neuzeitlicher Zuordnung und hiermit in Verbindung reformpädagogische Bestrebungen wie etwa diejenigen des Stadtschulrates Dr. Sickinger in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, existieren Forschungsansätze zum Bereich der technischen Bildung nur am Rande. Gerechtfertigt scheint dies gemessen am Stellenwert des Gegenstandes nicht.

Immerhin kristallisierten sich bereits im Barockzeitalter des 18. Jahrhunderts erste das Ingenieurwesen betreffende Gründungsaktivitäten heraus, die allgemein auf die früheste noch relativ lose Konstituierungsphase des Berufsstandes verweisen. Nächste Aktivitäten am Platz, die dann bereits in einer gewissen Breite am Gesamtspektrum der technischen Bildung teilhatten, folgten in badischer Zeit im Zuge der Industrialisierung während des fortgeschrittenen 19. Jahrhunderts.

Die Gründung der privaten Ingenieurschule Mannheim des Jahres 1898 stand schließlich auf der Ebene der höheren technischen Bildung für eine Zäsur, insofern ein Gründungsakt erstmals auf Dauer glückte und bedarfsgerecht bis zur Gegenwart Kontinuität besteht. Andererseits lassen sich die Anfänge des örtlichen

Schulwesens bis in das 17. Jahrhundert zurückverfolgen und vermitteln das Bild einer noch recht vormodernen mehr oder minder für die Masse der Bevölkerung „buchstabenlosen Zeit“.

Älteste schulische Bestrebungen reichten in der frühneuzeitlichen Stadtgründung Mannheim (1607) immerhin bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts zurück, nachdem die Zäsur des Dreißigjährigen Krieges überwunden war und Peuplierungsmaßnahmen in ersten Ansätzen griffen. Neben den elementarbildenden Konfessionsschulen (Reformierte, Protestanten, Katholiken, Wallonen) existierten ferner auch einige privatschulische Einrichtungen, dies „um der Mangelhaftigkeit des öffentlichen Schulwesens zu begegnen“.

Nennenswert scheint die 1664 eröffnete Einrichtung eines Bürgers mit Namen Zacharias Bin. Diese erste für Mannheim bekannte Privatschule nahm in der Folge eine durchaus gedeihliche Entwicklung, „trotzdem der französische Pfarrer Crespin dem Gründer derselben Hindernisse zu bereiten sucht, wogegen der Rat das Unternehmen erfolgreich begünstigte“.

Neben diesen Elementarschulen, deren Besuch nach den gängigen vier Jahren die Lese- und Schreibfähigkeit allerdings noch lange nicht garantierte, traten als Vorläufer der besonders im 18. Jahrhundert aufkeimenden Gymnasien sog. Lateinschulen (erstmalig 1664)

in Erscheinung. Ferner gründete 1765 die israelitische Gemeinde die sog. Claus-Schule, möglicherweise als Ausdruck erster judenemanzipatorischer Bestrebungen.

Wirtschaftlich wie kulturell gelangte Mannheim insbesondere während der Ära des Kurfürsten Carl Theodor zur Blüte, nachdem aus militärstrategischen Gründen eine Verlegung der Residenz vom Gebirgsrand (Heidelberg) auf das offene und gleichwohl durch Flußläufe und Windungen geschützte Feld zur Prävention der reformierten Herrschaft der katholischen Fraktion gegenüber ratsam schien.

Bis 1720 jedenfalls, als die Residenzverlegung in vorerst noch provisorische Unterkünfte vollzogen wurde, hatte das gleichwohl im 16. Jahrhundert mehrfach gebrandschatzte Mannheim, ursprünglich als Festungsanlage mit separierter Bürgerstadt angelegt, keine ausgesprochen zentrale Rolle im Konzept der Kurpfalz gespielt.

Das 1731 nach elfjähriger Bauzeit im Wett-eifer mit Versailles fertiggestellte Mannheimer Schloß in Verbindung mit der seinerzeit endgültig schachbrettartig-rechtwinklig akzentuierten Stadtanlage wurden demgegenüber zum Sinnbild einer absolutistischer Prachtentfaltung.

Unter der Regentschaft von Carl Theodor, der gleichermaßen großzügig die Kunst wie die Naturwissenschaft förderte, entstanden eine ganze Reihe teilweise sehr renommierter Akademiegründungen, die eindrucksvoll den hohen Stand des geistigen Lebens in der Stadt reflektierten. Folgende entstanden während jener Epoche:

école particulière d'Anatomie et de chirurgie pratique (1754)

Zeichnungsakademie (1757)

Akademie der Wissenschaften (1763)

Chirurgisches Kollegium (1765)

Naturalienkabinett (1775)

Kabinett für Naturlehre (1776)

Kabinett für Meteorologie/Gesellschaft für Witterungsbeobachtungen (1777)

Im Bereich der Zeichnungsakademie erfolgte über die klassische Kunstausbildung für Maler, Bildhauer, Kupferstecher, Medailleure und Stukkateure hinaus auch eine zeichnerische Unterweisung solcher Handwerker, die

ihre ästhetisch gelagerte Berufsbefähigung auf ein höheres Niveau zu bringen beabsichtigten.

Ebenso wie die Akademie der Wissenschaften, zu deren korrespondierenden Mitgliedern u. a. die bekannten Aufklärer Lessing und Voltaire und ebenfalls der Erfinder des Blitzableiters Jacob Hemmer gehörten, zählte auch die Zeichnungsakademie seinerzeit zur Kategorie der höheren Bildung.

## ERSTE INGENIEURSCHULEN

Die frühesten Anfänge des ausschließlich technischen Schulwesens setzten etwas eher an, insofern 1755, also zwei Jahre vor der Eröffnung der Zeichnungsakademie, auf Anregung des Generals Prinz Johann von Birkenfeld eine erste Mannheimer Ingenieurschule zur Schulung junger Offiziere entstand. Für den Unterricht, der vorrangig Inhalte wie Festungsbau und Artilleriewesen thematisierte, setzte die Verwaltung einen sog. Ingenieur-Leutnant mit Namen Welling ein.

Die Erfolge dieser ältesten in der Stadt registrierten Ingenieurschule müssen sich auf längere Sicht betrachtet wohl in Grenzen gehalten haben, da bereits sieben Jahre später der Obristleutnant Maximilian von Pfister einen nächsten Versuch zur Institutionalisierung einer Ingenieurschule unternahm. Hierdurch hoffte man den bis dahin obligatorischen Aufenthalt angehender Ingenieure in dem lothringischen Metz zu umgehen.

Diesem Begehren entsprach man binnen Jahresfrist. Persönlich übernahm v. Pfister die Leitung der Ingenieurschule, die, gemessen an Unterrichtsfächern wie Metallurgie, Festungsbau sowie Verteidigungs- und Belagerungstechnik, ganz nach französischem Vorbild der 1752 in Paris etablierten „école militaire“, rein militärische Befähigungen in der Qualifikation des Klientels verfolgte. Selbstredend arbeiteten die Kadetten in der Ausbildung Standardwerke wie Eulers „Artilleristische Wissenschaft“ oder Tiedkes „Unterricht für Feldingenieure“ gewissenhaft durch.

Später nach Abschluß der Konstituierungsphase wurde die Einrichtung in „Hauptschule für Genie und Artillerie“ umbenannt. Die Ausbildungsdauer umspannte zwei Jahre. Ferner richtete die Schulleitung Mannheimer Stütz-

punkte in Düsseldorf und Metz ein. Insgesamt existierte diese Einrichtung bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts und verwies somit auf eine gut drei Jahrzehnte währende Kontinuität, die unter Berücksichtigung der schwierigen Mannheimer Verhältnisse (Residenzverlegung) besonders bemerkenswert schien.

Ferner legte der „Ingenieur de Roi“ Antoine de Sevigny die Wurzeln zu einer weiteren Militärakademie in der Stadt. Zwar titulierte de Sevigny im Eröffnungsjahr 1769 seine Einrichtung „Akademie der schönen Künste und Wissenschaften“, de facto jedoch zielte das Unterrichtsangebot auf Mathematik, Algebra, zivile und militärische Architektur, Hydraulik und Artillerie.

Auch hier wies das Qualifikationsprofil in Richtung des Ingenieursoldaten – nicht die „schönen Künste“, sondern die „Kunst des Krieges“ markierte im Kern das Lehrangebot. Diese Einrichtung konnte sich allerdings nur auf kurze Dauer halten.

## DIE BADISCHE ZEIT

Schon die Verlegung der Residenz 1778 von Mannheim nach München löste einen spür-

baren Bedeutungsverlust der wissenschaftlichen und schulischen Bestrebungen aus, ehe 1803, in Konsequenz der sog. Mediatisierung, das Kurfürstentum völlig von der politischen Landkarte verschwand und der Ort im Zuge des napoleonischen Länderschachers als zweitrangiger Kreishauptort an Baden kam.

Das 19. Jahrhundert, das geistig und kulturell im Zeichen philanthropischer Bestrebungen, der Ideen Pestalozzis und des nationalen Einigungsgedankens stand, brachte eine Fülle bildungsbezogener Reformbestrebungen hervor. Im privaten Bereich trat das mittlerweile mündige Bürgertum im Sinne allgemein-geistiger Förderung mit der Schaffung von Lesegesellschaften und Lesekabinetten in die Entwicklung ein.

Die Gesellschaft „Casino“, aber auch der „Mannheimer Altertumsverein“ resultierten aus jenen Ansätzen. Im Sinne der Minderung der sozialen Kluft zugunsten von Unterschicht und Handwerk spalteten sich von den rein bildungsbürgerlichen Bestrebungen in aufklärerischer Weltsicht solche Aktivitäten ab, die zur Entstehung des „Gewerbe- und Industrievereins“ (1842), sowie von Handwerker- (1844) und Arbeiterbildungsvereinen (1862) hinführten.



Blick auf die Residenzstadt Mannheim in der Ära des Kurfürsten Carl Theodor. Darstellung um 1770

Foto: Reiß-Museum Mannheim

## REFORMEN

Diesen mehr oder minder auf Partikularinteressen beruhenden Bildungsbestrebungen standen im Bereich der öffentlichen Schulen solche Reformen gegenüber, die richtungswesend gerade in Mannheim neben der Hebung des Elementarschulwesens auch zu einer nachhaltigen Verbesserung des Gewerbeschulbetriebes führten.

Etappen der Elementarschulreform bildeten 1868 die erstmalige Einführung konfessionell gemischter Klassen, der eine Gesamtschuldauer von 8 Jahren anstelle der zuvor 6jährigen Praxis folgte. Die kompensationslose Aufhebung des Schulgeldes (1892) stand schließlich zu Beginn der Ära eines Oberbürgermeisters Dr. Otto Beck, der 1890 überhaupt als erstes hauptamtliches Stadtoberhaupt in Amt und Würden trat und mit Weitsicht den Ort in die Bahnen der Industrialisierung lenkte.

Schon 1895 richtete Mannheim speziell für Knaben einen Handfertigkeitsunterricht ein, der an 13 Werkstätten vorgenommen berufsvorbereitenden Zwecken diente: „Körperliche Kräftigung, Entwicklung von Hand und Auge (...) Freude und Interesse an der werktätigen Arbeit“ gaben im wesentlichen das Motiv dieser pädagogischen Sondermaßnahme ab.

Der Reformeifer mündete schließlich in das sog. Mannheimer Schulsystem, das nach dem Konzept des Stadtschulrates Dr. Sickinger den fließenden Übergang des Volksschülers zu einer weiterführenden Schule auf der Grundlage guter Begabung ermöglichte. Mit diesem in erster Linie den niedrigeren Einkommenschichten zugedachten Konzept erwarben sich seinerzeit die Mannheimer Pädagogen und Stadtoberen speziell in der pädagogischen Fachwelt hohes Ansehen.

Wie beim Volksschulwesen erreichte Mannheim auch bei der Ausgestaltung des Gewerbeschulwesens eine innerhalb Badens führende Position. Bereits 1888 nahm die Kommune als Träger der örtlichen Gewerbeschulen eine Trennung der Fachklassen je nach der beruflichen Zugehörigkeit vor.

Bei drei Stunden Wochenunterricht erstreckte sich der Gesamtschulbesuch über eine Dauer zwei Jahren. Nach 1895 entfiel ferner der umstrittene Sonntagsunterricht, so daß

künftig ausschließlich die „weit ersprießlicheren Vormittage“ zur Unterweisung dienten. Der industrielle Aufschwung in der Stadt zeigte eine unmittelbare Wechselwirkung zu der an den Gewerbeschulen vorhandenen Schülerzahl.

Auf die zunehmende schulische Raumnot reagierte die Kommune mit der kompletten und abschließenden Verlegung des Gewerbeschulunterrichtes nach einem neuerstellten mehrstöckigem Schulgebäude im Innenstadtquadrat N6, 4, das den veränderten Verhältnissen in jeder Richtung Rechnung trug.

Berücksichtigte man unter Einschluß der diversen am Ort existenten Gymnasien und Realschulen den allgemeinbildenden Ausbildungsgrad, so traf die Klassifizierung „Schulstadt“ für Mannheim sicherlich ohne jede Einschränkung zu.

Allein oberhalb der allgemeinbildenden Einrichtungen, auf der Ebene also, deren Institutionen das Land in der Trägerschaft zu unterhalten hatte, suchte man entsprechende Einrichtungen vergeblich – weder der traditionsreiche Handel noch die prosperierende Industrie hatten demnach die Gelegenheit, sich bei der Nachwuchsrekrutierung geeigneter Institute am Ort zu bedienen.

## FORDERUNGEN DER WIRTSCHAFT

Daß technische Bildung und Information eine der ganz wesentlichen Grundvoraussetzungen von Prosperität darstellte, hatten aber auch schon die Mannheimer Gewerbekreise in früherer Zeit erkannt. So zielten bereits in den Anfängen die Aktivitäten des Gewerbe- und Industrievereins auf die Herausgabe eines „Gewerbeblattes“, die Offerte von Fachvorträgen und den Aufbau einer Bibliothek.

Mehr noch richtete der Verein 1848 eine Petition an die beiden badischen Kammern, worin man im Sinne der Präsentation jüngster Technik für die Eröffnung einer Gewerbehalle warb. Zwar blieb die Bitte ungehört, unabhängig hiervon zog die Vereinigung jedoch zunehmend weitere Kreise. So hob der Zirkel von einhundert Personen zum Zeitpunkt der Reichsgründung auf vierhundert Vereinsmitglieder zu Beginn der 1890er Jahre an, hierunter rangierten bekannte Namen wie die der Fabrikanten Engelhorn, Lanz und Mohr.

Ein weiteres von übergeordneter Bedeutung getragenes Ziel verfolgte der Verein über den Versuch der örtlichen Anbindung einer technischen Fachschule – allein in der Vergabe von Stipendien nach auswärts, soweit die bisher gängige Praxis, schien den Anforderungen der neuen Zeit nicht mehr zu genügen.

Guido Pfeiffer, Vorsitzender des Gewerbe- und Industrievereins und in dieser Funktion ebenfalls Mitbegründer der „Paritätischen Centralanstalt für unentgeltlichen Arbeitsnachweis“ als Keimzelle der städtischen und nachfolgend staatlichen Arbeitsverwaltung, trat mit einer Petition „die Errichtung einer Baugewerkschule in Mannheim betr.“ vom 15. April 1896 vor das Badische Innenministerium.

In der Schrift wies Pfeiffer darauf hin, daß man in Mannheim Kenntnis von der Diskussion innerhalb der Kammern erhalten habe, wegen Überlastung der Karlsruher Baugewerkschule ggf. eine zweite Anstalt im Lande errichten zu wollen. Daraufhin beschloß der hiesige Gewerbe- und Industrieverein, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ohnehin habe man anlässlich der örtlichen Erweiterung der Gewerbeschule mehrfach über die Notwendigkeit einer technischen Fachschule gesprochen.

Die anschließende Diskussion habe gezeigt, daß der Kreis der an einer technischen Fachschule interessierten Gewerbetreibenden in jüngster Zeit beständig zugenommen habe. Man müsse beim technischen Fortschritt auf der Höhe der Zeit bleiben, und ebenso gelte dies für die nachwachsende Generation.

„Gerade für ein so rasch empor blühendes Gewerbewesen wie Mannheim, das nicht nur als Handelsstadt eine hervorragende Bedeutung hat, sondern sich auch in gewerblicher und industrieller Hinsicht immer mehr entwickelt, ist die Erstellung einer technischen Lehranstalt ein von dem ganzen Gewerbestand tiefempfundenen Bedürfnis“.

Hierbei gehe es um die Notwendigkeit einer Baugewerk- und Maschinenbauabteilung, da Stadt und Umland in beiden Sparten mächtig expandierten. Auch unter dem Standortaspekt sei Mannheim eine günstige Wahl, weil die Peripherielage der Stadt zu Hessen und Bayern durch ein künftiges Rekrutierungsgebiet, das bis nach Nordostbaden gehe, mehr als nur kompensiert werde.

Das Ministerium des Innern reichte die Petition zur Stellungnahme an den Gewerbeschulrat weiter. Hierauf kam mit einem Antwortschreiben vom 19. Juni 1896 folgende Einschätzung zustande: „Wir müssen im Hinblick auf die Entwicklung der gewerblichen und industriellen Thätigkeit in Mannheim anerkennen, daß in demselben die lokalen Vorbedingungen für eine technische Mittelschule durchaus vorhanden sind“.

Allerdings, so gab der Gewerbeschulrat weiter zu verstehen, ständen dem Projekt zumindest zur Zeit gewisse Budgetengpässe entgegen, und auch die Karlsruher Baugewerkschule verfüge derzeit noch über freie Kapazität. Auf der anderen Seite bestehe in Mannheim wiederum die Absicht, die Gewerbeschule „in der einen oder anderen Richtung im mäßigen Grenzen“ zu erweitern. Der Staat jedenfalls werde sich finanziell letztgenannter Entwicklung keineswegs versperren.

## ZUNEHMENDER PROTEST

Obwohl seit Juli 1897 die örtliche Gewerbeschule über einen vierten Jahreszug zur Weiterqualifizierung bereits praxiserfahrene Mechaniker verfügte und somit der Grundstein zu einer technischen Fachschule existierte, schien dies den Erwartungen der Wirtschaft auch nicht im Entferntesten mehr zu genügen.

Es folgte eine zweite Petition, die mit Datum vom 16. Juni 1898 an beiden Kammern im Lande ging – neben Oberbürgermeister Beck unterzeichneten die Vorstände der Handelskammer, des Gewerbe- und Industrievereins, des Allgemeinen Fabrikanten-Vereins und des Mannheimer Bezirksvereins Deutscher Ingenieure (VDI) das Gesuch.

Zum Ausgangspunkt der Schrift nahmen die Petenten die Tatsache, daß der Staatshaushalt 1898/99 eine bauliche Erweiterung der Karlsruher Baugewerkschule vorsah. Hiergegen formulierte man in der Petition mehrfach Einwände.

Die Anzahl aus Mannheim stammender Schüler der Baugewerkschule machte über all die Jahre nicht einmal die Hälfte der Karlsruher Vergleichszahl aus, was, so die Einschätzung, auf eine systematische Benachteiligung der Nachwuchsrekrutierung am Ort hinauslief. Auf

der anderen Seite befände sich nicht weniger als ein Drittel des industriellen Lebens im Lande nun einmal im Mannheimer Amtsbezirk, woraus sich eine entsprechende Bedarfslage am Arbeitsmarkt ergebe.

„Zum Schlusse sei es uns noch gestattet, an die zahlreichen staatlichen Behörden zu erinnern, welche im Verlauf der Zeit von Mannheim wegverlegt worden sind. Hier wäre jetzt einmal Gelegenheit gegeben, für die vielen Verluste einen Ersatz zu gewähren, wie er sich passender und zweckmäßiger für die Eigenart unserer Stadt kaum denken ließe“.

Während die erste in Richtung Mannheimer Baugewerkschule zielende Petition von seiten des Innenministeriums noch gänzlich unbeantwortet geblieben war, mußte die Folgeschrift schon angesichts der Bedeutung und Stellung der Petenten weiterreichende Reaktionen auslösen.

Neben dem Gewerbe- und Industrieverein, der 1898 bereits mehr als eintausend Mitglieder zählte und dem Schwerpunkt nach Handwerk und Mittelstand repräsentierte, zeigte über den Allgemeinen Fabrikantenverein des weiteren die Großindustrie Flagge. Der 1890 gegründete Fabrikantenverein zählte schon nach Jahres-

frist 107 eingeschriebene Mitglieder, und man galt als das maßgebliche Hauptvertretungsorgan der ansässigen Industrie.

Zu den Interessensvertretern von Handwerk, Mittelstand und Industrie gesellte sich in der Petition des weiteren der 1869 gegründete Mannheimer Bezirksverein Deutscher Ingenieure, der in der Region als maßgebliches Forum der technikrelevanten Diskussion galt. Hier berührten die Aktivitäten die gutachterliche Stellungnahme zur Mannheimer Wasserversorgung ebenso, wie der Diskurs Fragen der technischen Schulbildung ansprach.

Unter Einschluß der Handelskammer wie der Kommune trat mit der Petition von 1898 praktisch die Gesamtheit jener Mannheimer Präsentanten vor den Landtag, die am technischen Berufsnachwuchs ein berechtigtes Interesse zu artikulieren sich erlauben durften.

In Karlsruhe registrierten beide Kammern am 25. Juni 1898 offiziell den Eingang der Mannheimer Petition und verwiesen die Angelegenheit zur weiteren Beratung zunächst an die jeweilige Budgetkommission.

Hieran anschließend kam die Kommission der Zweiten Kammer zu der Einschätzung, daß über die Errichtung einer weiteren Baugewerk-



Mit der Anlage des Freihafens im Jahr 1840 begann der wirtschaftliche Aufstieg Mannheims zur Handelsmetropole, hier Flußszene um 1850

Foto: Reiß-Museum Mannheim

schule im Lande erst dann abschließend entschieden werden könne, wenn in Karlsruhe die Anzahl der Baugewerkschüler über der Höchstlastgrenze von 500 zu liegen komme.

Zudem schien aus der Sicht der Kommission die Mannheimer Situation nicht mehr ganz jenen noch vor kurzer Zeit brisanten Zündstoff zu enthalten. In einem Passus der Beratungsvorlage hieß es, „daß in der Gewerbeschule in Mannheim ein besonderer Kursus für die Ausbildung im Maschinenfache eingerichtet worden sei, daß also gerade in dem Zweig des Unterrichts, auf welchen die Petition von Mannheim besonders abhebt, Abhilfe schon getroffen worden sei“.

Bezüglich Mannheim wurde ferner in der Kommission bestätigt, daß zum 1. Oktober d. J. eine Mittelschule für Ausbildung von Maschineningenieuren, die bisher in Zweibrücken ihren Sitz hatte, den Sitz nach Mannheim verlegen werde“ – auch abseits der Metropole kündigte sich die Übersiedlung der privaten Ingenieurschule an.

Während der 24. Verhandlung der Ersten Badischen Kammer vom 14. Juli 1898 brachte Kommerzienrath Diffené, Petent für die Handelskammer und Mannheimer Abgesandter in diesem Forum, in der genannten Angelegenheit die folgende Anmerkung an:

Die Mannheimer Petition stütze sich auf den ungeahnten industriellen Aufschwung, den Mannheim genommen hat und der aller Voraussicht nach auch anhalten wird. In Mannheim werde zur Zeit vielfach über die Schwierigkeit geklagt, tüchtige technische Hilfskräfte zu gewinnen. Dieser mißliche Zustand sei auf den Mangel einer Baugewerkschule in Mannheim zurückzuführen.

Die Stadt habe es an dem Nöthigen nicht fehlen lassen, um dem Uebel zu steuern, und an der Gewerbeschule besondere Kurse eingerichtet. Doch verhalte sich der Vortheil dieser Kurse zu dem Nutzen einer Baugewerkschule, wie der Nutzen einer Elementarschule zu demjenigen einer Mittelschule.

Die Baugewerkschule in Karlsruhe könne für Mannheim nur wenig Bedeutung haben, da die Kosten des Unterhalts für die auswärtigen Schüler zu hoch seien. Die Gründung einer Baugewerkschule in Mannheim würde nicht nur der dortigen Industrie einen Dienst erwei-

sen, sondern auch der arbeitenden Klasse eine bessere Ausbildung und Anspruch auf höhere Bezahlung gewähren.

Noch unmißverständlicher äußerte sich der für Mannheim im Reichstag wie in der Zweiten Badischen Kammer engagierte Sozialdemokrat August Dreesbach: „Man solle nicht alles in Karlsruhe centralisieren, sondern decentralisieren. Mannheim, daß eine Hauptrolle im Steuerwesen bilde, habe Anspruch auf eine Berücksichtigung“.

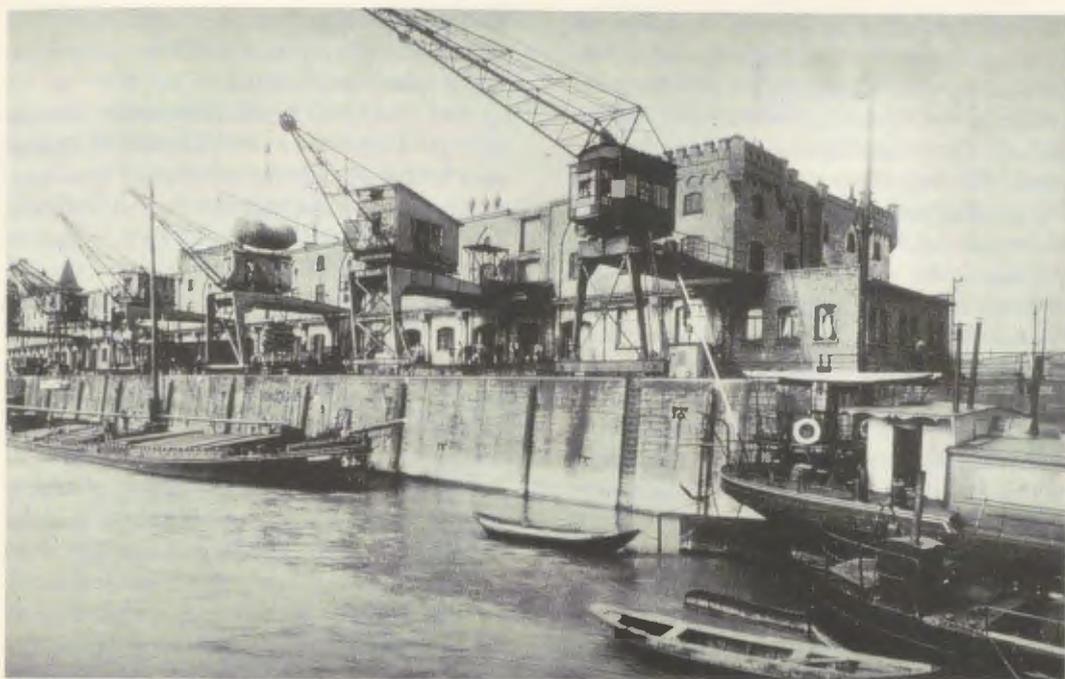
Die Petition von 1898 hatte nun dem Thema um eine in Mannheim anzusiedelnde technische Fachschule eine breite Öffentlichkeit verschafft, auch wenn der unmittelbare Erfolg noch ausgeblieben war. Mannheim aber gehörte ab sofort zur Tagesordnung, wenn in den Karlsruher Kammern die Sprache auf das Thema der technischen Fachschulen im Lande kam.

## 2. DIE ETABLIERUNG DER MODERNEN INGENIEURAUSBILDUNG 1898-1943

Als in Mannheim 1907 anlässlich des 300jährigen Stadtjubiläums eine mehrbändige Ortsgeschichte erschien, äußerte hierin der bekannte Reformpädagoge und Schulstadtrat Dr. Anton Sickinger zur Philosophie und zum Stand der kommunalen Schulpolitik folgende Einschätzung.

„Es ist eine bekannte Tatsache, daß insbesondere die Handels- und Industriestadt Mannheim kein Opfer scheut, um sich die zuverlässige Grundlage zu einer zukunftssichernden Weiterentwicklung ihres in mächtigem Wachstum begriffenen Gemeinwesens zu sichern: eine alle Klassen und Schichten der Bevölkerung durchdringende und belebende Bildung.“

Mannheim hatte den schulischen Gestaltungsrahmen seit den 1890er Jahren wohl intensiver ausgeschöpft als jede andere badische Gemeinde. Dies war sehr wesentlich ein Resultat der Wirtschaftsförderung unter Oberbürgermeister Dr. Otto Beck, der die Stadt mit großer Weitsicht auf den Weg zu der in Baden führenden Industriemetropole gebracht hatte. Daß hierbei die schulische Bildung einen „entscheidenden Beitrag“ leisten müsse, hatte er schon früh erklärt.



*Mannheimer Rheinkai mit schweren Dampfkranen zur Jahrhundertwende, als sich die Stadt in der Entwicklung zu einer Industriemetropole befand*

Foto: Stadtarchiv Mannheim

Diese Einschätzung berücksichtigte alle Kategorien von der Elementarschule bis zur Hochschule. So hatte der oben genannte Anton Sickinger die örtlichen Volksschulen mit Elementen der Eignungs- und Begabtenförderung reformiert, und somit die Grundlage eines in Fachkreisen vieldiskutierten „Mannheimer Schulsystems“ geschaffen.

An anderer Stelle erreichte der Reformgeist die Gymnasien und regelte – ebenfalls beispielgebend im Lande – den Zugang des weiblichen Geschlechts zu den höheren Bildungsanstalten. Und Kinder jüdischer Familien waren in Mannheim, der seit dem Barockzeitalter für ihre liberale Zuwanderungspolitik bekannten Stadt, in beinahe allen höheren Schulen überdurchschnittlich stark vertreten.

Im Bereich der technischen Bildung gab es bis zur Jahrhundertwende mit Ausnahme einer Baugewerkschule alle übrigen Einrichtungen, derer die Wirtschaft größerer Städte bedurfte. Das Angebot reichte von bereits nach Fachklassen organisierten Gewerbeschulen über eine Lehranstalt für Werkführer und Monteure bis

hin zu einer privat geführten und städtisch subventionierten Ingenieurschule.

Den Unzulänglichkeiten in der Ausbildung von Kaufleuten war die Gemeinde 1907 mit der Eröffnung der Städtischen Handelshochschule begegnet; auch hier hatten die Karlsruher Regierungsstellen, wie schon zuvor bei der am Ort petitionierten Baugewerkschule, eine jegliche Unterstützung bei der Einrichtung der Bildungsstätte vermissen lassen.

Dieser Gründungsgeist, der reformpädagogische Gestaltungswille und ein breiter parteiübergreifender Konsens, der diese Bestrebungen begleitet hatte, führten dazu, daß Mannheim noch zu Zeiten des Kaiserreiches im Ruf einer modernen und richtungsweisenden Schulstadt stand. 23 Schulneubauten hatte die Stadt zwischen 1890 und 1914 erhalten.

## GRÜNDUNG DER INGENIEURSCHULE

Die Tatsache, daß in Mannheim noch vor der Jahrhundertwende eine Ingenieurschule

ihren Betrieb eröffnen konnte, verdankte die Stadt nicht zuletzt dem Mißgeschick des Zweibrücker Gemeinderates, der die geforderte Aufstockung der Subvention an eine seit drei Jahren am Ort tätige Ingenieurschule verweigert hatte. Für den Privatschulunternehmer Dipl.-Ing. Paul Wittsack bedeutete dies eine herbe Enttäuschung, hatte er doch mit seinem Privatvermögen die gewiß sehr kapitalintensiven Anfänge des Ingenieurschul-Unternehmens vorfinanziert.

So kreuzten sich seine Abwanderungspläne mit dem Wunsch der aufstrebenden Industriemetropole Mannheim nach einem Ersatz für eine zuvor von der Landesregierung verweigte Baugewerkschule. Im März 1898 hatte Wittsack erste Kontakte zu Oberbürgermeister Dr. Beck geknüpft und für die Neueröffnung seiner Lehranstalt und für deren Subventionierung geworben. Eine späte Offerte des Zweibrücker Gemeinderats, im Bewußtsein des nun drohenden Verlustes doch noch den gewünschten Betrag bereitzustellen, verfehlte ihren Zweck.

Mannheims Bürgerausschuß wußte allerdings auch um die Existenz einer ganzen Reihe unseriöser Privatschulunternehmer, die mit fragwürdigen Methoden mitunter in Quartalsfrist das Klientel zu vermeintlichen Fachleuten qualifizierten. Da die zur Person des Schulunternehmers Wittsack und seiner Zweibrücker Lehranstalt eingeholten Auskünfte jedoch Seriosität versprachen, zogen selbst die skeptischsten Gemeinderatsmitglieder ihre Einwände zurück. Vertraglich garantierte die Gemeinde bis zur Bereitstellung kostenfreier Räume eine jährliche Mietsubvention von 5000 Reichsmark.

Gemessen an der Zahl der eingeschriebenen Studenten schien die Mannheimer Ingenieurschule bereits mit dem Eröffnungssemester günstige Perspektiven zu besitzen. Mit 121 Immatrikulationen erreichte die Privatanstalt im Vergleich zu den unmittelbar zurückliegenden Zweibrücker Verhältnissen schon jetzt eine doppelte Belegung.

Das fünfsemestrige Studium bereitete auf der Basis einer „fachwissenschaftlichen Ausbildung in den wichtigsten Zweigen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik“ auf „die moderne Fabrikpraxis“ vor. Der Unterricht, ganz in schulmäßiger Form, beruhte auf fachli-

chen Unterweisungen, zeichnerischen und praktischen Übungen im Labor sowie verschiedenen häuslichen Arbeiten.

Der Studiengang Maschinenbau berücksichtigte Gegenstände und Inhalte wie Dampfmaschinen, Kleinmotoren (Gas, Petroleum), Pumpen, Werkzeugmaschinen und Brückenbau. Das Fach Elektrotechnik ging besonders auf die industrielle Fertigung unter Verwendung von elektrischen Antrieben ein und thematisierte die Elektrifizierung größerer Anlagen wie Fabriken und Siedlungen. Die wöchentliche Gesamtunterrichtsdauer betrug in der Unterstufe 38 und nachfolgend in der Oberstufe 30 Stunden.

Das Mindesteintrittsalter lag bei 16 Jahren. Bezüglich der Eingangsqualifikation ging die Schulleitung von einer „guten allgemeinen Schulbildung“ und solcher Mathematikkenntnisse aus, die den sicheren Umgang mit Potenzen, Wurzeln sowie Gleichungen ersten Grades garantierten. Alles in allem lief die geforderte Vorbildung auf das jeweilige Niveau der einjährigen-Qualifikation hinaus. Die Semestergebühren betragen 125 Reichsmark.

Der Schulbetrieb überzeugte schon bald und so faßte der Gemeinderat den Entschluß, die Ingenieurschule in einem repräsentativen Gebäude an den Kapuzinerplanken im Quadrat N6, 4 1/2 unterzubringen. Hierdurch wurde im Oktober 1901 ein in der Hafengegend zwei Jahre zuvor bezogenes Provisorium abgelöst und durch eine in bester Innenstadtlage angesiedelte Bleibe ersetzt.

## DAS AUSBILDUNGSKONZEPT

Aus der Sicht des Jahres 1902 durfte man dem Schulpionier Wittsack bestätigen, daß der Standortwechsel nach Mannheim Früchte zu tragen begann. Auch den Vergleich mit der staatlichen Konkurrenz - hier ging der Blick vor allem zur Baugewerkschule in Karlsruhe - brauchte die ganz am Anfang noch mit Skepsis betrachtete Privatanstalt nicht mehr zu fürchten.

Dennoch bestand die Notwendigkeit, wegen der in dieser noch jungen Schulgattung begrenzten Unterrichtserfahrungen die Studienpläne in Abständen gründlich zu durchforsten. Die Ingenieurschulen waren im Schwer-

punkt während der Phase der Hochindustrialisierung in den 1890er Jahren entstanden und in der Einschätzung der Schulunternehmer und interessierten Kreise dauerten die Pionierjahre ja immer noch an.

Bei der Konzeption der Studienpläne standen die Studienfachkombination, die Prüfungsabfolge und natürlich die Wahl der einzelnen Unterrichtsthemen im Mittelpunkt. Mannheim hatte vor diesem Hintergrund bis 1908 insgesamt sechs verschiedene Statute herausgegeben.

Zwischen den Statuten der Anfangszeit und den Ausgaben nach der Übersiedlung in das neue Quartier 1901 lagen der Aufmachung nach praktisch Welten. Kurzinformationen auf einigen wenigen Seiten wurden nun von umfänglichen und reichlich illustrierten Schriftstücken abgelöst. Rein inhaltlich fiel auf, daß mit den Jahren einmal getroffene Regelungen immer länger und bald auf Dauer bestanden.

Mit dem Statut von 1904 übergab die Direktion ein Konzept, das sich als solide Grundlage der nachfolgenden fünfzehn Jahre erweisen sollte. Die Ausbildung des sechssemestrigen „Maschinenbau- und Elektroingenieurs“ – diese eher ungewöhnliche Variante hatte man Ende 1901 eingeführt – und diejenige des Technikers entfielen ersatzlos. Hierdurch kehrte man zu den gut überschaubaren Verhältnissen von 1899 mit den Ingenieurfächern Maschinenbau, Elektrotechnik und Hüttenkunde zurück.

Die Streichung beider Züge wurde mit mangelnder Nachfrage begründet. Während jedoch das „doppelte“ Ingenieurfach wegen inhaltlicher Überfrachtung und überlanger Studierendauer kaum überzeugte, mußte sich die Techniker Ausbildung seit jeher einer örtlichen Konkurrenz erwehren, da seit November 1898 gleichfalls eine „Vorbereitungsschule für Werkführer und Monteure“ als staatlich geförderte Gemeindeanstalt bestand.

Der Gründungsimpuls zu den Vorbildungsschulen für Werkführer und Monteure war einige Jahre zuvor aus den Reihen des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) gekommen, da sehr zum Leidwesen der Industrie sonstige Werkmeisterschulen junge Fachkräfte für wenigstens zwei Jahre der Werkbank entzogen. Das an den VDI-Richtlinien orientierte Statut der

Mannheimer Einrichtung berücksichtigte bei 44 Wochenstunden einen zwölfmonatigen Vollzeitunterricht, wobei man „aus der Praxis für die Praxis“ ausbildete.

Nach den VDI-Richtlinien wurden als Aufnahmekriterien ein Lebensalter von 20 Jahren, eine sechsjährige Berufspraxis und der Gewerbeschulabschluß gefordert. Mannheim setzte aus praktischen Gründen das Aufnahmealter bei 18 und die Praxis bei vier Jahren fest. Das jährliche Schulgeld lag bei 25 Mark. Landesweit schritt der Ort mit diesem Bildungsangebot wegweisend voran, Freiburg folgte.

Am Rande sei noch die ebenfalls von der Gemeinde 1903 gegründete Heizerschule erwähnt. Nach Konsultationen mit dem Gewerbeschulrat, dem Mannheimer Bezirksverein des VDI und der Badischen Gesellschaft zur Überwachung von Dampfkesseln legte auch in diesem Fall die Stadtverwaltung das an Mechaniker gerichtete vierwöchige Ausbildungskonzept fest. Die Vorbereitungsschule und die Heizerschule wurden unmittelbar nach der Jahrhundertwende von 15 beziehungsweise von vier Personen besucht.

Ende 1908, anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Anstalt, gab das Direktorium einen Bericht heraus, der die seitherige Entwicklung an der Ingenieurschule schilderte. In der Eingangspassage erwähnten die Verfasser die Hintergründe der Standortverlegung von Zweibrücken nach Mannheim und betonten die Vorzüge des neuen Schulgebäudes.

Gründe, den organisatorischen Aufbau der Ingenieurschule wesentlich umzustellen, hatte es weder in der Vergangenheit gegeben, noch bestand den Angaben zufolge in der aktuellen Situation Anlaß hierzu. So erwies sich etwa der Vorbereitungskurs als eine durchaus zweckmäßige Einrichtung, die überraschend günstige Ergebnisse hervorgebracht habe. Hierzu hieß es im Bericht:

„Eine beträchtliche Anzahl von Schülern, welche lediglich mit vorangegangener Volksschulbildung in den Vorbereitungskurs eingetreten sind, haben die Ingenieurschule mit guten, zum Teil vorzüglichen Resultaten absolviert und befinden sich heute in angesehenen Ingenieurstellungen der Praxis.“

Auch habe sich die Organisation der vier seit 1907 zuletzt um das Bauwesen erweiter-

ten Fachabteilungen bewährt. Bei der Ausbildungsqualität sei festzustellen, daß die Absolventen der Ingenieurschule fast jederzeit ohne Schwierigkeit Anstellungen bei angesehenen Industriebetrieben erhielten. Ferner bewährten sich diese Kräfte in der Praxis bestens, wodurch ihnen später beachtliche Fortschritte in ihrer Stellung und beim Gehalt gelangen.

Umgekehrt veranlaßte die Befähigung der Absolventen auch die Industrie zur Initiative: „Ebenso war seitens der Fabriken eine häufige Nachfrage nach Absolventen der Anstalt zu verzeichnen, so daß die Direktion vielfach Gelegenheit fand, ihre Absolventen sofort günstig zu plazieren.“

In dieser Zwischenbilanz überwogen deutlich die Erfolge. Zurückhaltung seitens der staatlichen Stellen glich man mit Eigeninitiative aus, wie der Hergang um das Baufach demonstrierte; hier hatten das badische Kultusministerium alle Mannheimer Anstrengungen zur Einrichtung einer baugewerklichen Abteilung blockiert und somit indirekt der Interessenlage der konkurrierenden Karlsruher Baugewerkschule entsprochen.

Vor diesem Hintergrund sahen sich schließlich die Ingenieurschule und die Stadtverwaltung im Alleingang zur Einrichtung des Bau-faches veranlaßt, obwohl hier auf der Ebene der Privatanstalt dem Absolventen der Zugang in den öffentlichen Dienst versperrt blieb, und viel entscheidender noch, die alleinverantwortlich-unternehmerische Architektentätigkeit paradoxerweise erst gar nicht zugestanden wurde.

Über die Weigerung des Staates, die jeweiligen Abschlüsse der Mannheimer Absolventen anzuerkennen, tröstete aber das sehr nachhaltige Interesse der Industrie an der Übernahme der Ingenieure hinweg. Auch finanziell schien die Anstalt jetzt konsolidiert.

Mehr im Stillen war Direktor Wittsack seiner alten Neigung zur Mathematik nachgegangen. Sein wissenschaftlicher Ehrgeiz hatte zur Naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Universität Heidelberg geführt, die ihn, den mittlerweile 46jährigen Schulunternehmer, 1908 mit einer Arbeit „Über das identische Verschwinden der Hauptgleichungen der Variation vielfacher Integrale“ zum Dr. rer. nat. promovierte.

## DER DURCHBRUCH

Den Durchbruch der Mannheimer Ingenieurschule zu einer der großen und leistungsstarken Privatanstalten in Deutschland wurde während der darauffolgenden Jahren erreicht. Zum Wintersemester 1907/08 hatte man erstmals mehr als 300 Studenten registriert, nachdem zuvor die Einschreibungszahlen zwischen 200 und 230 geschwankt hatten. Den absoluten Höchststand notierte man mit 356 Studenten 1913/14.

Auch die geographische Herkunft der Klientel vermittelte weiteren Aufschluß zum Stand und zum Ansehen einer privaten Ingenieurschule. Während hier nun anfangs deutsche Studenten das Geschehen fast vollkommen bestimmten, rückten nach 1904 Ausländer zusehends in den Vordergrund.

Im Inland verfestigten sich schon bald einige Schwerpunkte. Länderübergreifend trat besonders der Rhein-Neckar-Raum mit Mannheim als Haupteinzugsgebiet in Erscheinung. Auch war der starke Einfluß, den das Saargebiet und die Westpfalz anfangs wegen des „Zweibrücker-Vorspiels“ ausgeübt hatte, nie ganz verloren gegangen. Nordwärts reichte die Zugkraft bis in das industriell wegweisende Ruhrgebiet.

Bald zog der Bekanntheitsgrad der Mannheimer Ingenieurschule auch außerhalb der deutschen Reichsgrenzen seine Kreise. Der Anteil stieg hier von vier Prozent im Wintersemester 1903/04 innerhalb eines Jahres beinahe sprunghaft auf eine Quote von 15 und erreichte schließlich im Wintersemester 1907/08 den Wert von 36 Prozent. Dies entsprach zuletzt einer Zahl von 115 ausländischen Studenten. Bei 90 Studenten und mehr wurde anschließend bis 1914 der Anteil von 25 Prozent nicht mehr unterschritten.

Die ausländischen Studenten gehörten über den Gesamtzeitraum von 1898 bis 1914 betrachtet insgesamt 25 verschiedenen Nationalitäten an. Das Herkunftsspektrum setzte sich praktisch aus allen Teilen Europas zusammen und reichte darüber hinaus sogar in überseeische Bereiche.

Eindeutig dominierten unter den ausländischen Studenten die Angehörigen des russischen Zarenreiches. Statistisch betrachtet wies



*Mannheimer Ingenieurschule (vierstöckiges Gebäude) in der City unweit der Kapuziner-Planken. Aufnahme um 1935*

Foto: Fachhochschule Mannheim

bis 1914 ein jedes Semester im Mittelwert 37 russische Studenten auf. Ursachen für das hohe Aufkommen junger Russen in Mannheim gab es mehrere.

Zum einen registrierte man seit vielen Jahrzehnten Kontakte zwischen Baden und Rußland auf dynastisch-politischer, kultureller und teils auch privater Ebene. An der Universität Heidelberg beispielsweise bestand in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine zahlenmäßig sehr gewichtige „Russenkolonie“. Der stärkere Zuzug junger Russen nach Mannheim wurde zum einen also von diesen spezifischen Verhältnissen begünstigt.

Andererseits wurden Juden in Rußland zusehends bei der Hochschulzulassung diskriminiert, weshalb unter ihnen das Auslandsstudium entsprechend interessant wurde. Im Anschluß an die Revolution von 1905 spitzte sich diese Situation weiter zu. Politische Gegner des Zarisismus, die sich nach 1905 vermehrt sogenannten Demagogenverfolgungen ausgesetzt sahen,

wandten sich, sofern Studienabsichten vorlagen, ebenfalls an deutsche Hochschulen.

Gleichzeitig verfügten in Deutschland die Technischen Hochschulen bald nach der Jahrhundertwende aus Gründen ihrer Überlastung entsprechende Aufnahmebeschränkungen, wodurch die Aufnahmekapazität für Ausländer sank. Hierdurch wurden die Studentenströme teilweise zu den privaten Ingenieurschulen umgeleitet.

Im sächsischen Mittweida, an der ältesten in Deutschland 1867 gegründeten Privatanstalt, registrierte man vor diesem Hintergrund zeitweilig mehr als 400 Russen bei insgesamt 750 ausländischen Studenten und einer diesbezüglichen Quote von cirka 40 Prozent. Insbesondere nach der Revolution von 1905 trieb hier die Geheimbündelei reichlich Blüten, worauf der Staat mit Überwachung und in Einzelfällen sogar mit Ausweisung reagierte.

Die Mannheimer Russen dagegen übten sich schon eher in Zurückhaltung, obwohl auch

hier einzelne politische Zirkel bestanden; ein bestimmtes Kaffeehaus unweit des Marktplatzes diente der Kommunikation. Nachweislich stieß hier des öfteren ein gewisser Josip Broz, später „Tito“ genannt, hinzu. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollte jener Tito, der seinerzeit als Monteur bei dem Automobilproduzenten Benz & Cie. beschäftigt war, als Gründer des modernen Jugoslawien noch Geschichte machen.

Andere Nationen, wie Österreich/Ungarn, Schweiz, Spanien, Italien, Rumänien und Norwegen, folgten als Rekrutierungsgebiet der Mannheimer Studenten Rußland mit sehr großem Abstand. Dennoch verdienen auch diese Nationen mit durchschnittlich wenigstens einer Einschreibung pro Semester Aufmerksamkeit.

Aus der Warte der Ingenieurschule erfüllten die ausländischen Studenten eine doppelte Funktion, da sie einerseits den Bekanntheitsgrad auch grenzüberschreitend mehrten und der Institution zusätzlich einen gewichtigen Beitrag zur materiellen Sicherung leisteten. Bis 1914 zählte man statistisch im Durchschnitt jeweils 222 Studenten. Hierunter befanden sich immerhin 57 Ausländer, was einem jeden vierten Studienplatz entsprach.

Die Tatsache, daß demgegenüber die Zahl der deutschen Studenten nach 1908 nicht weiter stieg, hatte ebenfalls gute Gründe. Der enorme Bedarf der Industrie an Fachkräften, der im Zuge der Hochindustrialisierung stark zugenommen hatte, war mittlerweile gesättigt. In Mittweida ging beispielsweise die Zahl der Inlandsstudenten zwischen 1900 und 1910 sogar um 600 auf zuletzt noch 500 zurück.

## DIE ZÄSUR DES ERSTEN WELTKRIEGES

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges blickte das Gros der überregional orientierten Privatanstalten auf eine nun bald zwanzigjährige Tätigkeit in der Ingenieurausbildung zurück. Während dieser Zeit war es einer ganzen Reihe der Einrichtungen gelungen, sich als integraler Bestandteil der Technischen Bildung zu bewähren.

Insbesondere der „Verband Höherer Technischer Lehranstalten“, der 1913 immerhin etwa

jede zweite größere Einrichtung präsentierte und der auch Mannheim angehörte, hatte sich zwischenzeitlich als Schrittmacher der Ingenieurschulbewegung herausgebildet. Die Organisation verfolgte vorrangig das Ziel, durch Vereinheitlichung und Aktualisierung der Lehrpläne den Erwartungen zu genügen.

Obwohl die Leistungsfähigkeit der organisierten Privatanstalten für die Industrie außer Frage stand, teilten die Länderregierungen diese Einschätzung nicht geschlossen. Während sich Preußen und Sachsen einer gewissen Akzeptanz nicht mehr versperrten, stand auf der anderen Seite die bayerische Regierung in ihrer Skepsis derjenigen Badens um nichts nach.

Alle Erfolge der Privaten aber zählten kaum mehr, als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach; es begann eine ausgesprochen aufopferungsvolle Zeit. Sehr nachteilig wirkten sich die Einberufungen gerade älterer Studenten und zudem der Ausschluß jener Ausländer aus, die plötzlich als Angehörige feindlicher Mächte galten. Auch die Dozenten kamen in wachsender Zahl ihrer Militärpflicht nach.

Scharenweise brachen vor allem Russen ihr Studium ab, die kurz zuvor noch in Mannheim, Mittweida und auch in Konstanz sehr eindrucksvoll das Ausländerkontingent dominiert hatten. In Mittweida nahm man die jungen Russen sogar vorübergehend in Haft.

Bereits im Wintersemester 1914/15 sahen sich die Privatanstalten bei einem Rückgang ihrer Besucherzahlen bis maximal 80 Prozent in ihrer Existenz gefährdet. Zweifel an der Überlebensfähigkeit der Anstalten wurden laut. In der Mannheimer Ingenieurschule fand man bereits Ende Juli 1914 als Folge der Mobilisierung verödete Lehrsäle vor.

Die Schulleitung übernahm vorübergehend Stellvertreter Dr. Zeeh, der im November 1914 zusammen mit 126 Studenten den Lehrbetrieb reaktivierte. Der Rückgang der Einschreibungen hielt weiterhin an und erreichte im Winter 1915/16 mit 53 Studenten das absolute Tief. Im Durchschnitt aller Kriegsesemester verzeichnete man schließlich noch 80 Studenten. Hierdurch liefen an der Anstalt die Aufwendungen den Einnahmen förmlich davon.

Im Frühjahr 1918 ging der Erste Weltkrieg schließlich der Entscheidung entgegen. Im Mai 1918 richtete Dr. Wittsack nach der Rückkehr in

sein Amt eine Schrift an die Kommune, in der er die zu erwartende Weiterentwicklung der Ingenieurschule über das Kriegsende hinaus skizzierte. Mit Nachdruck wies er auf die Notwendigkeit hin, die Anstalt umgehend zu modernisieren.

Schulintern und aus eigener Kraft werde man allerdings ungeachtet der „500 und mehr“ nach Kriegsende vorhandener Studenten nicht in der Lage sein, die nötigen Modernisierungen im Laborbereich zu bewerkstelligen. Ohnehin sei der verstärkte studentische Andrang ein nur vorübergehendes Phänomen und zusätzliche Unwägbarkeiten verursache das kommende Wirtschaftsleben.

Mit den Außenbeziehungen der Ingenieurschule zur Industrie thematisierte Dr. Wittsack ein weiteres Problem, da die Kontakte zum technischen Vereinswesen nicht mehr existierten. Dies werfe die Anstalt, so schrieb er, beinahe auf den Stand der Anfangsjahre zurück. Mit der Anregung zur Gründung eines „Industriellen Beirates“ beendete Dr. Wittsack die richtungsweisende Schrift.

## DIE SCHWIERIGEN ZWANZIGER JAHRE

Schon bald nach Kriegsende hatten sich die Verhältnisse an der Ingenieurschule noch drastischer zugespitzt, als dies von Direktor Wittsack einige Monate zuvor prognostiziert worden war. Bereits 1919 war die Zahl der Studierenden auf den Rekordstand von über 500 angestiegen, was eine Überlastquote von circa 50 Prozent bedeutete. Bis zum Sommersemester 1920 erhöhte sich die Zahl der Anmeldungen auf 682.

Wegen des akuten Raummangels machte sich zusehends Unmut unter den Studenten breit.

Dieser mündete schließlich in eine Protestnote, die eine Abordnung im Juni 1920 dem badischen Kultusministerium übergab. Da die Stadt wegen Geldnot keine zusätzlichen Räume stellen könne, so der Inhalt, erhoffe man aus Karlsruhe schnellstmöglich Hilfe. Auch warben die studentischen Vertreter um staatliche Aufsicht beziehungsweise Übernahme der Anstalt durch den Staat.

Der Anstieg der Studentenzahlen hielt an, sie erreichten im Wintersemester 1921/22 mit

776 ihren Maximalwert, der alle Erwartungen weit übertraf und die Kapazitätsengpässe extrem zuspitzte. Erst 1924, nach dem Ausklingen der Inflation, flachte der Andrang langsam wieder ab.

Eine andere Hypothek lastete auf der Ingenieurschule noch gewichtiger, da sich 1921 ihr Gründer aus Enttäuschung über die seit Kriegsende passive Haltung der Stadtverwaltung dazu entschlossen hatte, die Schulleitung an den Dozenten Dipl.-Ing. Westphal abzugeben. Noch blieb Dr. Wittsack der Lehranstalt zumindest als Aufsichtsrat erhalten.

Nach diesem Direktionswechsel wurde die Ingenieurschule jedoch nur noch verwaltet und nicht mehr mit Elan und Zielstrebigkeit geführt. Selbst etliche Jahre später mangelte es immer noch an den Außenkontakten zur Industrie und den technischen Vereinen. Dies veranlaßte Dr. Wittsack nun ganz zum Austritt aus dem Privatschulunternehmen.

Mit diesem Einschnitt von 1923 verzichtete die Ingenieurschule zugleich auf die weitere Mitgliedschaft im Verband Höherer Technischer Lehranstalten. Der in den Folgejahren nun häufige Dozentenwechsel und die veralteten Laboratorien trugen zusätzlich zur Verschlechterung des innerschulischen Klimas bei. Überhaupt vermißte man den einst an der Anstalt mit großem Engagement nach allen Seiten geführten Dialog.

Die Hauptleidtragenden waren die Studenten. Mehrfache Beschwerden, die schließlich im Frühjahr 1927 eine Aufwartung des Kultusministeriums und eine Begehung durch die Stadtverwaltung nach sich zogen, blieben jedoch ohne irgendwelche Konsequenzen. Der Kontroverse folgte am Ende die Eskalation, die Studenten traten am 13. Mai 1927 für mehrere Wochen in den Streik. Die Dozenten bekundeten Solidarität.

Eine Vereinbarung zwischen dem Direktorium, den Dozenten und den Studenten vom 10. Juni 1927 beendete den ungewöhnlichen Vorlesungsboykott. Als Zugeständnis seitens des Direktoriums wurde ein „Senat“ eingerichtet, dem jeweils mit Einzelstimmrecht ausgestattet die beiden Direktoren, zwei Studenten des „Asta“ und sämtliche Dozenten angehörten. Dieses Forum besaß Entscheidungsgewalt „für alles, was mit der Schule zusammenhängt“.

Die Befugnisse gingen von der Lehrplangestaltung über die Festlegung der Prüfungsordnung bis hin zur Rekrutierung und Bezahlung der Dozenten. Somit tangierten die Mitbestimmungsrechte des Senats gerade jene Domäne, deren Ausgestaltung zuvor ausschließlich Sache des Direktoriums war. Ein Interessenkonflikt war also eine Frage der Zeit.

Kontroversen zwischen dem Direktorium und den Dozenten um die Ausschüttung des Betriebsüberschusses bestimmten zusehends die Senatsarbeit. Schließlich verschärften angedrohte Gehaltskürzungen und die Absicht einer Entlassung soweit das Klima, bis keine Verständigung mehr möglich schien. Das Mitbestimmungsmodell der Mannheimer Ingenieurschule war schließlich nach drei Jahren völlig gescheitert.

So stand die Ingenieurschule zu Anfang der dreißiger Jahre mit gerade noch 200 Studenten im Tiefpunkt ihrer bisherigen Entwicklung. Erst durch den altersbedingten Austritt beider Direktoren eröffnete sich die Chance zur Neuordnung. Da man jedoch vergeblich einen Käufer der Anstalt gesucht hatte, erklärten sich die Dozenten zur Übernahme ihrer Arbeitsstätte bereit und gründeten im April 1931 die „Rheinische Ingenieurschule Mannheim“. Die Stadtverwaltung garantierte die Aufrechterhaltung der Subvention.

Nachfolgend bis 1933 veranlaßte das neue Direktorium unter Dipl.-Ing. Mau die Modernisierung der Laboratorien und reaktivierte alte einst sehr nutzbringende Kontakte zur Industrie. Die Aufnahme zur sogenannten Reichsliste – jene Behörde war 1923 gemeinsam von der Reichsregierung und den Ländern eingerichtet worden und regelte in verbindlicher Weise den Zugang der Absolventen höherer technischer Lehranstalten in den öffentlichen Dienst – wurde 1932 gestellt. Dennoch sanken die Studentenzahlen weiter und im Frühjahr 1933 wurden gerade noch 149 Meldungen erfaßt.

## SCHULALLTAG IN DER NS-ZEIT

Mittlerweile hatten die Nationalsozialisten die Macht an sich gerissen. Widerstand von seiten der Rheinischen Ingenieurschule hatte es keinen gegeben. Anpassung und Unterordnung, aber auch offene Sympathiekundgebungen,

etwa durch Teile der Studentenschaft, bestimmten in diesen Tagen das Bild.

Die Gleichschaltung der Institution erfolgte nach dem gängigen Schema. Im Mittelpunkt stand die Ernennung eines Studierenden zum „Führer“ des örtlichen NS-Studentenbundes. Dieser Gruppierung oblag satzungsgemäß die politische Erziehung der Klientel. Zur ideologischen Speerspitze avancierten die Mannheimer Studenten aber nicht.

Vielmehr hofften die Studenten dieser Privatanstalt mit Semestergebühren von 200 Reichsmark in möglichst kürzester Zeit ihren Abschluß in Händen zu halten. So gesehen stießen Pläne des Reichserziehungsministeriums auf uneingeschränkte Befürwortung, die für den Gau Baden eine Neuordnung des Ingenieurschulbereichs vorsahen.

Demnach sollten künftig anstelle der einen Karlsruher nun mit Mannheim und Konstanz drei Staatsanstalten bestehen. Das Karlsruher Staatstechnikum beabsichtigte man auf das einst konstituierende Baufach zurückzuführen, während man von dort den Maschinenbau und die Elektrotechnik nach Mannheim zu holen beabsichtigte.

Die Rheinische Ingenieurschule mit Dozenten und Studenten wurde in diese Planungen völlig integriert, so daß feste Beschäftigungsverhältnisse und die Voraussetzungen zur Aufnahme der Studenten in den öffentlichen Dienst in Aussicht standen. Auch sollte ein Neubau ganz im Stil des „großzügigen nationalsozialistischen Gestaltungswillens“ in der Stadt entstehen.

Für die Dozenten, die nach ihrem „Arier-nachweis“ und dem „Treuegelöbnis“ alle im Amt verblieben waren, gaben diese Pläne dennoch keinen Anlaß zu einem gesteigerten politischen Engagement. Der Schulalltag änderte sich nach der Machtergreifung nur insoweit, als die Lehrinhalte rein technikbezogen ab 1936 stärker an den Fachkräftebedarf der kriegswichtigen Industrien des unmittelbaren Umfeldes herangeführt wurden.

Im Zuge der Neuordnung des badischen Ingenieurschulwesens – erst Ende 1938 waren die Vertragsverhandlungen zwischen der Kommune und dem Land zur Errichtung des Staatstechnikums zum Abschluß gekommen – hatte die Stadtverwaltung notgedrungen im Herbst

1939 die Trägerschaft der Lehranstalt übernommen, um auf Zuraten des Reichserziehungsministeriums der aus Kriegsgründen drohenden Schließung zuvorzukommen. Auf dieser Grundlage erfolgte Anfang 1940 die Aufnahme der jetzt „Städtischen Ingenieurschule Mannheim“ in die Reichsliste.

Zu Beginn des Jahres 1943 mußte die Ingenieurschule nach einer Weisung Berlins den mittlerweile ohnehin schon beträchtlich eingeschränkten Lehrbetrieb gemeinsam mit einer Reihe anderer Lehranstalten ganz einstellen. Im Herbst jenes Jahres schließlich wurde das Ingenieurschulgebäude während eines Bombenangriffs zerstört. Auch scheiterte das Projekt des „Mannheimer Staatstechnikums“, da man die bauliche Umsetzung kriegsbedingt hinausshob. Somit waren jene nationalsozialistischen Planungen nicht nur auf halbem Wege stehen geblieben, sondern nach 1945 gründete die Wiedereröffnung der Mannheimer Lehranstalt auf Ruinen.

### 3. VON DER STÄDTISCHEN INGENIEURSCHULE ZUR FACHHOCHSCHULE MANNHEIM 1947–1998

Die Kriegszerstörungen in Mannheim reichten weit über die Verluste anderer südwestdeutscher Städte wie Karlsruhe oder Stuttgart hinaus. In Erdlöchern, Kellern, Bunkern und Klassenzimmern nahm die Bevölkerung Quartier. Zu Überlebensübungen war der Alltag in jener chaotischen Phase des Übergangs gekommen.

Die Stadt gehörte seit September 1945 zum neuen Land Württemberg-Baden als Teil der amerikanischen Zone. Auf der Ebene der Politik setzte die Besatzungsmacht zunächst auf die „Entwicklung örtlicher Verantwortlichkeit“, wodurch am Ort bereits Ende März 1945 der Verwaltungsfachmann Josef Braun zum neuen Oberbürgermeister ernannt worden war. Schon bald suchte er die Zusammenarbeit mit unbelasteten Persönlichkeiten, die mit kommunalpolitischer Kompetenz ausgestattet sich beim Wiederaufbau engagierten.

Die Erneuerung des Bildungswesens betrieben die Amerikaner ebenfalls mit Priorität. Zunächst aber hatte man die Schließung sämt-

licher Bildungsstätten verfügt, der eine Schulbuchrevision und die Entnazifizierung der Pädagogen folgte. Als erste Einrichtungen öffneten dann die Volksschulen Ende 1945 wieder ihre Pforten. Im Frühjahr 1946 begann an den Hochschulen der Vorlesungsbetrieb, obwohl dort die Durchleuchtung des Personals nur bruchstückhaft gelang.

Die Vorbehalte der Amerikaner und die der übrigen Besatzungsmächte Ingenieurschulen gegenüber waren eher gering. Als „Stätten des sozialen Aufstiegs“ traf sie am wenigsten jene alliierte Kritik, die im deutschen Bildungswesen elitäre Züge und soziale Undurchlässigkeit ausmachte und gerade hier einen Zusammenhang zur Machtergreifung sah.

Somit hatten die nach der Machtergreifung erlassenen Reichslehrpläne zunächst auch über 1945 hinaus Bestand und wurden im Sinne der „re-education“ durch staatsbürgerkundliche Inhalte ergänzt. Prüfungsordnungen, Aufnahmemodalitäten und Praxisregelungen leitete man von den zuletzt im Oktober 1942 aktualisierten Reichsvorschriften ab.

Die Schulaufsicht lag nun wieder bei den Kultusministerien, alliierte Erziehungsoffiziere machten von ihren formalen Interventionsrechten nur wenig Gebrauch. Die Dozenten reihten sich indessen in die politischen Verfahren der Spruchkammern ein. Hierbei als „Mitläufer“ klassifizierte Personen schieden aus ihren Beschäftigungsverhältnissen aus.

Allerdings zögerte sich die Wiedereröffnung der Ingenieurschulen vereinzelt hinaus, da es verschiedentlich besondere Probleme zu überwinden galt. Das Karlsruher Staatstechnikum etwa, das 1944 geschlossen nach Konstanz evakuiert worden war, vermochte erst im Sommer 1946 den Vorlesungsbetrieb wieder aufzunehmen.

Noch später stieß die im französischen Sektor angesiedelte Furtwanger Uhrmacherschule hinzu, die dann aber gleich um die Fachausbildung zum Ingenieur ergänzt wurde. Das Konstanzer Technikum wiederum, geographisch abseits der Frontverläufe, hatte erst im April 1945 die Lehrtätigkeit eingestellt. Bereits zehn Monate später eröffnete nun diese Anstalt den Betrieb.

Im Vergleich hierzu fristete die Mannheimer Ingenieurschule, die es ja verwaltungstechnisch

immer noch gab, eine ausgesprochen bescheidene Existenz; ein komplett zerstörtes Schulgebäude und in alle Himmelsrichtungen verstreute Studenten und Dozenten stellten eine wahrlich schlichte Ausgangslage dar. Angesichts der Zerstörung der Stadt und der hieraus folgenden Lasten bedeutete die kommunale Trägerschaft eine weitere Hypothek.

## PROVISORISCHER WIEDERBEGINN

Vor diesem Hintergrund zeichneten sich in Mannheim beim „geistigen Wiederaufbau der Stadt“, so Oberbürgermeister Braun im November 1945 in der Presse, allergrößte Schwierigkeiten wegen der katastrophalen Schulraumnot ab. Erst ein Drittel der Volksschulen hielt Unterricht, und das Höhere Schulwesen lag noch gänzlich brach.

Dennoch wurden in der Öffentlichkeit vermehrt Stimmen laut, die auch und gerade eine Wiedereröffnung der Städtischen Ingenieurschule forderten. „Dieser Ruf dringt wie ein Wirbelsturm hinter die Schreibtische und Pulte der verantwortlichen Dienststellen unserer Stadt“, berichtete am 27. Juli 1946 der Mannheimer Morgen. Gleichlautende Wünsche äußerte die Industrie.

Mehrere hundert Anfragen insbesondere ehemaliger Kriegsteilnehmer aus allen Teilen des alten Reiches unterstrichen das große Interesse. Ungeduld las man aus den Schreiben der jungen Leute heraus, denen der Krieg viele Jahre ihrer Jugend geraubt hatte. Wenige Tage später stimmte der Stadtrat im Grundsatz der Wiedereröffnung der Ingenieurschule zu.

Von seiten des Landes lag offiziell seit Februar 1947 die Zustimmung zur Wiedereröff-



*Dozenten der Mannheimer Ingenieurschule 1952 aufgenommen. Stehend achter von links Prof. Dr. Ludwig Ratzel (späterer Oberbürgermeister der Stadt Mannheim), sowie die Professoren Walter Krause (Innenminister Baden-Württembergs 1966–1969, stehend zweiter von rechts) und Oskar Meixner (Rektor selbiger Einrichtung von 1955 bis 1985, stehend ganz rechts).*

Foto: Fachhochschule Mannheim

nung der weiterhin staatlich anerkannten Ingenieurschule vor. Als „Städtische Ingenieurschule – Höhere Technische Lehranstalt“ eröffnete die Einrichtung am 27. Mai 1947 den Vorlesungsbetrieb. Zum Direktor wurde der bereits 62jährige Industriepädagoge Schilling benannt.

Als Unterkunft diente den 254 Studenten des ersten Nachkriegssemesters das Gebäude der im Stadtteil Lindenhof gelegenen Diesterwegschule. Raumnot und der Mangel an für einen Laborbetrieb nötigen Gerätschaften ließen vorerst nur theoretischen Unterricht zu – außer Tischen, Stühlen und Papiertafeln gab es praktisch nichts.

Das Land Württemberg-Baden, das sich an den Unterhaltskosten der Anstalt beteiligte, übernahm die Aufsicht und übermittelte nach dem Muster der Reichsliste die Lehrpläne. Auch die Industrie versicherte ihre Unterstützung, und so machte sich trotz dieser Improvisation bald eine gewisse Aufbruchsstimmung unter den Dozenten und Studenten breit.

Prof. Dr. Ludwig Ratzel, späterer Mannheimer Oberbürgermeister, aber auch Dozent der ersten Stunde und anschließend ab 1952 für die Dauer von drei Jahren Direktor der Ingenieurschule, schreibt hierzu in seiner Biographie:

„Es hat Vorlesungen gegeben, bei denen wir mit dem Regenschirm an der Tafel standen, wo wir über Planken gehen mußten, weil das Wasser sich ansammelte, aber es war trotzdem eine Freude zu unterrichten, denn die Studenten, mit denen wir es zu tun hatten, waren zu einem sehr großen Teil Kriegsteilnehmer, die aus der Gefangenschaft zurückgekommen waren, die schon ein, zwei oder drei Semester Vorlesungen gehört hatten und nun ihre Berufsausbildung weiterführen wollten.“

Das Interesse an einem Studienplatz war enorm, so daß etwa im zweiten Nachkriegssemester nur jeder sechste Bewerber das Ausleseverfahren überstand. Im Bewußtsein, gerade in jener Zeit über ein großes Privileg zu verfügen, ging der Blick der Studenten ausnahmslos nach vorn. Die studentische Selbsthilfe gewann schnell an Umfang. Ein Spendenappell samt Bitte um Patenschaften erreichte die Industrie; Referate für Soziales, Beschaffung, Presse, Kultur und Sport entstanden. Als Kontaktdozent für das Sozialreferat engagierte sich der Sozialdemokrat Walter Krause, der nachfolgend in

den sechziger Jahren als Innenminister der Regierung Filbinger angehörte.

Ein beträchtlicher Ausbau der Räumlichkeiten auf zuletzt 14 Lehrsäle und sechs Laboratorien bestimmte das nachfolgende Jahrfünft. In der Einschätzung von Prof. Meixner, der zur Mitte der fünfziger Jahre zum Direktor der Anstalt aufrückte, hatte es bundesweit keine andere Ingenieurschule gegeben, die einen ähnlich harten und entbehrungsreichen Wiederaufbau bewerkstelligen mußte.

1952 mit dem Direktionswechsel zu Dr. Ratzel wurden neue Akzente beim weiteren Ausbau der Ingenieurschule gesetzt. Mit ihm als einem um dreißig Jahre jüngeren Nachfolger vollzog sich jetzt auch an der Spitze der Einrichtung ein Generationswechsel. Trotz der kurzen Amtsdauer von nur drei Jahren gab es unter seinem Direktorat einige durchaus richtungweisende Entscheidungen.

Hierzu zählten vor allem Planungen zur Übersiedlung der Anstalt auf das Areal der Schillerschule unweit des Neckarauer Überganges und die Erweiterung des Fachangebotes um die Verfahrenstechnik. Gründe zur Einführung dieses nach dem Maschinenbau und der Elektrotechnik dritten Faches gab es mehrere: Nachwuchsmangel beim Ingenieurberuf, starke Prosperität der Chemie und Verbrauchsgüterindustrie und der Anstieg der Ingenieurarbeit in der Produktion.

In dieser Phase des Aufschwungs erreichte die Ingenieurschule am 7. November 1952 die Nachricht vom Tode ihres Gründers Dr. Paul Wittsack. Er war bis zuletzt der Einrichtung eng verbunden geblieben. Sein größter Wunsch, der nach der städtischen Trägerschaft, wurde ihm noch zu Lebzeiten erfüllt. Die jüngsten Entwicklungen mochten ihm zudem die Zuversicht gegeben haben, daß er ein bleibendes Erbe hinterlassen würde.

## ALLMÄHLICHE KONSOLIDIERUNG

1955 wurde das Direktorat an Prof. Meixner übergeben, nachdem sein Vorgänger den Entschluß gefaßt hatte, als sozialdemokratischer Abgeordneter in den Bundestag nachzurücken. Zwei Jahre später, nach zehnjähriger provisorischer Unterbringung, bezog die Ingenieurschule ihr neues Domizil. Ein Drittel der Sanie-

rungskosten hatte das Land übernommen. Alles in allem war die Reputation früherer Tage wieder hergestellt, was sich in der Tatsache, daß mittlerweile nur noch jeder zehnte Bewerber einen Studienplatz bekam, sehr deutlich abbildete.

Anschließend bei der Einführung der Verfahrenstechnik - die Vorlesungen begannen 1959 und die Laborhalle wurde 1961 übergeben - hatte Mannheim bundesweit eine Pionierrolle übernommen, da man mit diesem Fachgebiet speziell für Ingenieurschulen Neuland erschloß. Bis 1965 praktizierten im Bund acht Ingenieurschulen diese richtungsweisende Disziplin.

Unter Berücksichtigung der schwierigen Ausgangslage nach 1947 - praktisch handelte es sich auf allen Ebenen um einen Neuanfang - hatte der rasche Aufschwung der Mannheimer Ingenieurschule bis zu den frühen sechziger Jahren die Erwartungen übertroffen. Vor allem die Verfahrenstechnik und die Laboratorien fanden Beachtung.

Gleichzeitig verkörperte die Ingenieurschule eine „Stätte des sozialen Aufstieges“, wie die Vielfalt der Zugangswege belegte; allein jeder sechste Student griff auf Vorsemester zurück. Hier konservierte man eine wichtige für die Region eigentlich seit der Gründung vorhandene Sekundärfunktion. Auch dem Ruf einer „Schmiede Mannheimer Bürgermeister“ wurde man weiterhin gerecht.

Die Einschreibeziffern folgten allerdings nur zögerlich dieser Aufwärtsentwicklung, so daß Mannheim hier im Vergleich mit den übrigen Ingenieurschulen des Landes deutlich ins Hintertreffen geriet. Die Ursache bestand in der begrenzten Aufnahmekapazität, die unverändert die Zurückweisung vieler Studienplatzbewerber nach sich zog. Hier kamen in der Gestalt von Raumnot und Aufnahmesperren die eigentlichen Defizite der Anstalt zum Vorschein.

Andere Probleme konfrontierten dagegen alle Ingenieurschulen. So sahen sich die Ingenieurschulen zu Beginn der fünfziger Jahre in einer zwiespältigen Situation, da ersten Ansätzen einer Vereinheitlichung eine unbefriedigende Position in der Bildungshierarchie gegenüberstand. Die 1949 gegründete „Kultusminister-Konferenz“ diskutierte zwar Perspektiven des Kapazitätsausbaus und der Vereinheitli-

chung, Fragen zur Hierarchie und zum Status der Lehranstalten interessierten demgegenüber nur am Rande.

Man setzte dem 1953 die Gründung des „Arbeitskreises der Direktoren an deutschen Ingenieurschulen e. V.“ (AKD) entgegen. Der AKD definierte Ingenieurschulen gemeinsam mit dem VDI - und dies im Gegensatz zu den Vertretungen der Technischen Hochschulen und Universitäten - als eigenständige Anstalten, die nicht zwingend auf Grundberufen aufbauten und über Praktika eigene Wege gingen.

Eine andere Herausforderung bereitete Mitte der fünfziger Jahre ein erheblicher Ingenieurmangel, der durch die demographischen Spätfolgen des Zweiten Weltkrieges und den sehr nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung zustande gekommen war. Die Bildungspolitik wurde dieser Herausforderung mit der Verdoppelung der Ausbildungskapazität im Ingenieurbereich zwischen 1953 und 1967 gerecht, wobei Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen besondere Akzente setzten.

Der Mannheimer Ingenieurschule brachten die sechziger Jahre als Hauptereignis die Verstaatlichung, da die Kommune in der Zwischenzeit sehr deutlich die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit verspürte und nur das Land den weiteren Herausforderungen gewachsen war. Durch die 1962 geänderte Trägerschaft wurde die Anstalt nun ein fester Bestandteil der landesweiten Bemühungen beim Ausbau des Ingenieurschulwesens, dessen Kapazität zwischen 1960 und 1970 den Vorgaben nach um 120 Prozent erweitert werden sollte.

## DER WEG ZUR FACHHOCHSCHULE

Am Ende der Dekade hatte Mannheim vom Ausbauprogramm des Landes über die Erweiterung der Studienfachangebotes um die Chemische Technik, Elektrische Energietechnik, Nachrichtentechnik und Informatik profitiert. Auch zur Modernisierung und für die Ersteinrichtung von Laboratorien wurden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Gebäudeerweiterung lahmte jedoch unverändert den landesweiten Fortschritten hinterher.

Nach Planvorgaben von 1966 beziehungsweise 1970 beabsichtigte das Land die Errichtung zuerst zweier und dann nachfolgend die zwei weiterer zehnstöckiger Hochhäuser, deren Kapazität auf 1200 respektive 1800 Studienplätze ausgelegt worden war. Aber nur ein Hochhaus mit - an den Zielsetzungen gemessen - schlichten 900 Studienplätzen wurde schließlich 1976 realisiert.

Im Bereich der Ingenieurschulreform war man bundesweit auf halbem Wege stehen geblieben, da 1964 die Graduierung des Berufsstandes zwar Schutz vor Titelmißbrauch gebracht hatte, gleichzeitig jedoch der in der Bildungshierarchie weiter unverändert vage Status der Ingenieurschulen immer noch bestand.

Zudem mußten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft Grundsätze des beruflichen Niederlassungsrechtes spätestens bis 1969 geregelt werden, sollte der Berufsstand vor Schaden bewahrt werden. Weder die Kultusminister-Konferenz noch irgendwelche Brüsseler Stellen entwickelten hier Aktivitäten, so daß im Zuge der 68er Bewegung die Ingenieurschulstudenten bundesweit in einen Ausstand traten.

In dieser Situation - aber insgesamt betrachtet wohl mehr aus grundsätzlichen Erwägungen heraus - verabschiedeten die Ministerpräsidenten im Oktober 1968 eine Entschließung, die zur Plattform nachfolgender Fachhochschulgesetze wurde. Hierin definierte man die neuen Einrichtungen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die über Selbstverwaltungskompetenzen und Rektoratsverfassung verfügten. Als Aufnahmekriterium ersetzte die 12jährige Fachhochschulreife den bis dahin obligatorischen Realschulabschluß.

Erheblicher Einfluß war vom AKD und der 1961 gegründeten „Deutschen Kommission für Ingenieurbildung“ (DKI) ausgegangen; in beiden Gremien hatte Prof. Meixner entscheidend mitgewirkt. Historisch betrachtet schloß sich der Bogen, der mit dem Aufstieg der Polytechniken zu Technischen Hochschulen begonnen hatte und der sich hundert Jahre später die Ingenieurschulen mit ihrer Akademisierung in vergleichbarer Weise anschlossen.

Nachfolgend gelang den Fachhochschulen über die beiden Hochschulrahmengesetze von

1976 und 1985 eine Festigung ihrer Position. Zunächst gegenüber Technischen Hochschulen und Universitäten als „gleichwertig“ definiert, erhielten sie danach in der Mitte der achtziger Jahre Eigenständigkeit sowohl im Bereich von Forschung und Entwicklung wie auf der Ebene der Auslandbeziehungen. Curriculare Besonderheiten verschiedener Bundesländer wurden weiter abgebaut, so daß in der Gegenwart fast überall das achtsemestrige Studium gilt.

1971, direkt nach der Verabschiedung des Fachhochschulgesetzes, galt in Mannheim das Hauptinteresse zunächst dem Umbau der inneren Organisationsstruktur. Die Veränderungen betrafen sowohl die Selbstverwaltungsgremien und Fachbereiche als auch die Lehrpläne und Prüfungsordnungen.

Weitere ebenfalls gewichtige Aufgaben brachte die Einrichtung der Praktikantenämter mit sich. Die Wiedereinführung der zuletzt im Jahr 1961 angebotenen Vorbereitungskurse verfolgte wiederum den Zweck, den Zugang über den berufsbezogenen Bildungsweg unverändert offenzuhalten.

Als die Fachhochschule 1973 ihr 75jähriges Jubiläum mit einer schlichten Feierstunde beging, hatte man das nötige Maß an Routine im Umgang mit den neuen Gremien erreicht. Allerdings brachten nun Haushaltsengpässe neue Schwierigkeiten, da das Ministerium die notwendigen weiteren Schritte beim Umbau der neuen Bildungsstätten hinausschob.

Überhaupt vermißte man in dieser Übergangsphase eine Zunahme der institutionellen Attraktivität. So stieg nach einem anfänglichen Rückgang der Studentenzahlen das Interesse erst ab 1975 etwas deutlicher an. Auch wechselte jeder zweite Absolvent direkt nach dem Abschluß zur Universität, weshalb vereinzelt sogar Zweifel an der Erfüllung des neuen Bildungsauftrages entstanden. Noch fehlte es der jungen Fachhochschule an Kontur.

Allein beim Ausbau des Studienfachangebotes blieb die Dynamik der früheren Jahre erhalten. So konnten nachfolgend die Fächer Chemie, der Modellstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen und der Apparatebau eingerichtet werden.

Am Übergang zu den achtziger Jahren beobachtete man bei den Ingenieurwissenschaften an einigen Fachhochschulen eine besondere

Strategie. Maßgebend war hier ein zweigleisiger Ansatz, der einerseits auf eine umsichtige innovationsgeleitete Spezialisierung der Fachgebiete zielte, und andererseits eine Verbindung zu benachbarten Fachrichtungen suchte.

Mannheim gehörte zu diesen Einrichtungen, wie der Ausbau des Studienschwerpunktes Maschinenbau über die Verfahrenstechnik zur Chemischen Technik und zuletzt zur Chemie beziehungsweise die Verbindung zur Wirtschaftswissenschaft unter Beweis gestellt hatte.

## IM ZEICHEN DER ÜBERLAST

Als Prof. Meixner 1985 in den Ruhestand überwechselte, blickte er auf eine Amtsperiode von 30 Jahren als Direktor respektive Rektor zurück. Als Dreiunddreißigjähriger einst zum jüngsten Direktor einer Ingenieurschule berufen, übergab der mittlerweile nun dienstälteste Rektor einer bundesdeutschen Hochschule mit der Mannheimer Ausbildungsstätte eine Institution an Amtsnachfolger Prof. Dr. von Hoyningen-Huene, die trotz schwieriger Aufbaujahre ihren alten Stellenwert wiedererlangt hatte.

An den Studentenzahlen gemessen, lag Mannheim seit Anfang der achtziger Jahre nicht nur voll im landesweiten Aufwärtstrend, sondern wurde mehr noch mit einem überdurchschnittlichen Bewerberansturm konfrontiert. Der Attraktivität der Institution standen allerdings eine seit 1977 unveränderte Hauptnutzfläche und eine Unterversorgung mit Lehrpersonal gegenüber.

Obwohl die Einschreibungszahl in der Dekade bis 1985 von 891 auf 2070 angestiegen war, vermißte man die Ergänzung der Professorenschaft. Die Bildungspolitik umschrieb diesen keineswegs nur auf Mannheim beschränkten Zustand bekanntlich mit „temporärer Überlast“. Nur durch die erzielten Synergieeffekte in der Lehre hielt man diesen Herausforderungen stand.

Im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren verfügte die Fachhochschule nun über ein in Teilen deutlich verändertes studentisches Profil. Während das Muster der geographischen Herkunft mit Mannheim und der Region als Schwerpunkt Stabilität aufwies, erreichte der Frauenanteil mit zuletzt einem Zehntel



*Campus der Fachhochschule Mannheim, aufgenommen 1998 zum Zeitpunkt ihres 100jährigen Jubiläums*

Foto: Fachhochschule Mannheim

aller Einschreibungen eine beachtliche Steigerung. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich hier die Informatik und der Chemische Zweig mit Anteilen von 20 und 30 Prozent.

Gleichzeitig wurde der berufsbezogene Zugang gesichert, wobei insgesamt die Eingangsqualifikation im Sinne einer umfassenden Vorbildung sehr nachhaltig gesteigert werden konnte. Nur der Ausländeranteil bewegte sich seit Jahren bei etwas oberhalb von drei Prozent, worin die noch fehlende Internationalität der Bildungsstätte zum Ausdruck kam.

Auch die Praxissemester hatten sich bewährt, wofür ein 1982 eingesetztes Kuratorium, das aus Vertretern der Wirtschaft, der Universität, Kommune, IHK und Politik bestand, verantwortlich zeichnete. Darüberhinaus unterstützte dieser Sachverständigenbeirat, zu dessen Vorsitzenden mit Prof. Dr. Schoch der Vorstand des Großkraftwerkes Mannheim gewählt wurde, die Fachhochschule in Fragen ihres künftigen Ausbaus.

Anlässlich der offiziellen Rektoratsübergabe vom 3. Mai 1985 würdigte Wissenschaftsminister Prof. Dr. Engler in seiner Laudatio das Lebenswerk Prof. Meixners. Er schloß mit den Worten:

„Sie, lieber Herr Meixner, können mit Genugtuung festhalten, daß sie einen wohlbestellten Acker Ihrem Nachfolger übergeben. Ihre Leistungen und Verdienste um Ihre Fachhochschule sind ebenso beispielhaft wie Ihre Verdienste um das deutsche Hochschulwesen; sie dürften wohl kaum einen Vergleich finden.“ Man könne zu Recht von einer „Ära Meixner“ sprechen, die der Anstalt ihren gegenwärtigen Ruf verdankt. Prof. Meixner erwiderte: „Die Ehrung gilt der Institution.“

In Würdigung seiner Verdienste überreichte Minister Engler stellvertretend für den Bundespräsidenten das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bereits 1980 war er mit dem Verdienstkreuz am Bande geehrt worden. Die Universität Mannheim hatte Prof. Meixner für sein besonderes Engagement um die Verselbständigung der Hochschulregion Mannheim 1984 mit dem Titel des Ehrensensors ausgezeichnet.

Amtnachfolger Prof. Dr. von Hoyningen-Huene wurde auf Vorschlag seines Vorgängers geschlossen vom Senat an die Spitze der Hoch-

schule berufen. Geboren 1943 in Litzmannstadt/Lodz, hatte er Kindheit und Jugend in Karlsruhe verbracht und auch an der dortigen Universität das Studium zum Diplom-Ingenieur der Verfahrenstechnik absolviert. Tätigkeiten bei der BASF und einem nordamerikanischen Ingenieurunternehmen folgten. Seit 1972 an der Fachhochschule für die Themen Strömungslehre und Datentechnik zuständig, wurde er 1981 in die Funktion des Prorektors gewählt.

Der neue Rektor hob in seiner Ansprache hervor, es sei eine Pflicht, das Werk Prof. Meixners fortzuführen und mit Optimismus die kommenden Herausforderungen anzunehmen. Hierbei finde man in der bundesdeutschen Hochschullandschaft an vielen Stellen „indische Verhältnisse“ mit zahlreichen Heiligen Kühen und einem Kastenwesen. Trotz der formalen Integration der alten Ingenieurschulen in den Hochschulbereich stehe einer ausgewogeneren Regelung eine spezifisch deutsche Bildungstradition entgegen, die eine wissenschaftlich-theoretische Qualifikation höher einschätze als an beruflicher Praxis orientierte Fähigkeiten. Hieran, aber auch an dem vorrangigen Ziel, eine qualitativ hochwertige Ausbildung berufsfähiger Ingenieure zu gewährleisten, gelte es weiterzuarbeiten.

## EIGENES PROFIL

Obwohl Ländergesetze und die Rahmenrichtlinien des Bundes die Ausformung der Fachhochschulen vorzeichneten, verfügten zur Mitte der neunziger Jahre die Einrichtungen auch über eigene, quasi unverwechselbare Züge. Gestaltungsspielraum hatte es vor allem im Bereich des Fächerspektrums, bei Forschung und Transfer und zuletzt auch auf der Ebene der Auslandsbeziehungen gegeben.

Die Mannheimer Fachhochschule gehörte zu den Bildungsstätten, die Gesetze, Verordnungen und Programme als Chance begriffen. Allein durch die Ausgestaltung des Studienfachangebotes, das vor dem Hintergrund der Neuen Technologien beispielsweise über die Biotechnologie und Automatisierungstechnik zusätzliches Profil erhielt, hatten sich geradezu beispielgebende Verhältnisse herausgebildet.

Ähnlich lagen die Verhältnisse im Forschungsbereich und bei den Auslandsbeziehungen.

gen. Sowohl die Ausrichtung der Forschungsprojekte, verwiesen sei hier beispielsweise auf die Bio-Verfahrenstechnik und Medizintechnik, als auch die Form der Auslandsbeziehungen, als Stichwort mögen die binationalen Studiengänge in Verbindung mit französischen Partnerhochschulen genügen, verweisen ebenfalls auf nennenswerte Aktivitäten.

Die Studentenzahlen, die, wie schon erwähnt, wegen der 1971 angehobenen Eingangsqualifikation anfangs rückläufig waren, erreichten ab der Mitte der siebziger Jahre im Zuge der institutionellen Konsolidierung erstmals Zuwächse. In den achtziger Jahren entlud sich die Studienplatznachfrage, wobei sich der hohe demographische Druck mit der weiter gewachsenen Attraktivität der Anstalt vermischte.

Die Jahre 1981/83 kennzeichnete ein Extrem, da in der Kürze dieser Zeit die Studentenschaft um 50 Prozent auf über 2000 hochschnellte. Anschließend befand man sich wieder im Bereich der landesweiten Zuwächse. Im Wintersemester 1993/94 wurde die Schwelle von 3000 Einschreibungen überschritten; hiermit war Mannheim die viertgrößte Fachhochschule Baden-Württembergs.

## BELIEBTER STUDIENPLATZ

Die geographische Herkunft der Studierenden bestätigte erneut die Region mit Mannheim im Schwerpunkt als Hauptrekrutierungsgebiet. Somit verfügt die Einrichtung seit ihrem Bestehen über eine vor allem regionale Bildungsfunktion. Ferner erfaßte die Herkunft ganz Baden-Württemberg und berührte nordwärts über Südhessen und Rheinland-Pfalz selbst einzelne nordrhein-westfälische Bezirke.

Mit 343 ausländischen Studenten für 1995 verfügt die Fachhochschule über ein weiteres Spezifikum. War hier der Anteil bis 1971 noch erheblich unterrepräsentiert, so hatten sich danach die Verhältnisse beträchtlich verschoben; besondere Steigerungen bestimmten im Spiegel der verbreiterten Auslandsbeziehungen das letzte Jahrzehnt.

Unter den Fachbereichen beanspruchen die Chemische Technik, die Nachrichtentechnik und insbesondere das Wirtschaftsingenieurwesen gemeinsam mit der Informatik überdurch-

schnittlich starke Zuwächse. Selbst in den neunziger Jahren, als fast allerorten in Baden-Württemberg wie im Bund die Einschreibungen zurückgingen, verfestigte sich dieser Trend.

In den mehr klassischen Bereichen von Maschinenbau und Elektrischer Energietechnik ließ das Interesse dagegen nach; die aktuellen Berufsperspektiven spiegeln sich hierin wider. Studierende der Ingenieurwissenschaften stehen im Ruf, bei ihrer Fachwahl in besonderer Weise auf Konjunktorentwicklungen zu achten.

Weit oberhalb der Zulassungen bewegten sich die Bewerbungen, die in den achtziger Jahren fast schon exponentielle Zuwächse hervorgebracht hatten. Zeitweilig, insbesondere an der Schwelle zu den neunziger Jahren, standen hinter jeder Erstimmatrikulation acht bis neun erfolglose Aufnahmesuche. Obwohl im Anschluß die Studienplatznachfrage aus demographischen wie konjunkturellen Gründen wieder abflachte, blieb das überdurchschnittlich hohe Interesse an einem Studienplatz in Mannheim bestehen.

Trotz des Numerus Clausus, der 1982 im Ortsverteilungsverfahren eingeführt worden war und die Neuaufnahmen kommender Jahre drosselte, arbeitete die Fachhochschule ständig unter Höchstlastbedingungen. Der Ausbau der Studienplatzkapazität aber, der schon in den siebziger Jahren aus Haushaltsgründen weitgehend ausgesetzt worden war, entfiel ebenso in den achtziger Jahren, nun unter Hinweis auf die „temporäre Überlast“.

Bereits nach der Übergabe des Hochhauses 1976 genügte das auf 950 ergänzte Studienplatzangebot schon nicht mehr dem aktuellen Bedarf von 1200 Einheiten. Auch einige nachfolgende Baumaßnahmen änderten nichts an der völlig unzureichenden Situation.

Im Rechenschaftsbericht des Rektors von 1988 hieß es hierzu: „Das für Mannheim schwierigste Problem ist die räumliche Enge.“ Tatsächlich hatte die Gebäudesituation während der gesamten Nachkriegszeit in wechselnder Gestalt nur Provisorien hervorgebracht. Die Hoffnung, der Staat werde die zu Anfang der siebziger Jahre skizzierten Pläne verwirklichen können, blieb selbst noch in den späten achtziger Jahren unerfüllt.

Angesichts der Tatsache, daß maßgebliche Gremien nun doch den Ausbau der Fachhoch-

schulen vorschlugen, legte Prof. von Hoyningen-Huene mit dem „Positionspapier 1988“ eine Schrift vor, die von der Kommission FH 2000 zur Grundlage nachfolgender Regionalgespräche erklärt wurde. Hauptthemen der Verhandlungen waren die Aktualisierung des Lehrangebotes, die Ergänzung der Fachrichtungen und vor allem Baumaßnahmen.

Das Positionspapier wurde von der Kommission gebilligt und in den Beschluß des Ministerrats vom 9. Juli 1990 aufgenommen. Auf dieser Grundlage beabsichtigte man den Fachhochschulausbau mit insgesamt 322 Millionen Mark voranzutreiben. Für Mannheim berücksichtigten die Planungen einschließlich eines späteren Nachtrages 130 Millionen Mark.

Die Modernisierung der Mannheimer Fachhochschule hoffte man zügig voranzubringen. So sollten die Bereiche Wirtschaftsingenieurwesen, Biotechnologie und Fertigungstechnik einen grundständigen Charakter erhalten. Ferner erweiterte man die Informatik um den neuen Studienschwerpunkt „Künstliche Intelligenz“.

Mehr an Forschung und Transfer orientierte sich die Einrichtung eines „Zentrums für Tribologie und Schmieringstechnik“.

Besondere Aufmerksamkeit kam der Aufnahme der „Städtischen Fachhochschule für Gestaltung“ zuteil, wodurch man an Fachrichtungen nun die Säulen Technik, Wirtschaft und Gestaltung bereithielt; langfristig durfte man also weitere Synergieeffekte erwarten. Auch flankierten die nötigen Personalaufstockungen das Konzept.

Bei der Gebäudeerweiterung wurden bereits 1991 erste Zeichen gesetzt; die Grundsteinlegung zweier Ergänzungsbauten erfolgte. Zugleich wurde bundesweit die Ausschreibung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs unter Berücksichtigung der Zentrallage des Projektes im Rückraum des Euro-City-Centers veranlaßt.

Die bauliche Erweiterung der Fachhochschule, die von der Grundsteinlegung bis zur abschließenden Bauübergabe schließlich fünf Jahre in Anspruch nahm, brachte die Verdoppelung der Hauptnutzfläche auf annähernd 33 000 Quadratmeter. Hierdurch schuf man die Anlage einer Campus-Hochschule mit einer Kapazität von 3800 Studienplätzen an städtebaulich attraktiver Stelle.

Die Fachhochschule hatte unter Berücksichtigung jener baulichen und fachlichen Maßnahmen ihren Stellenwert als Element der regionalen Strukturverbesserung gesichert; die Fusion mit der städtischen Einrichtung wurde 1995 durchgeführt und die Gebäudefrage abschließend 1996 geregelt. Dieser Einschnitt, der auch in Gestalt der Namensergänzung der Fachhochschule zum Ausdruck kam, hatte aus institutionsgeschichtlicher Warte historische Qualität.

Unter Einschluß der Forschungsaktivitäten, der Auslandsbeziehungen und des Fachangebotes gehört die Fachhochschule Mannheim gegenwärtig und bundesweit betrachtet mit zu den führenden Einrichtungen ihrer Art. Die Umstände und Hintergründe, die zu dieser Ausnahmestellung führten, reichen indessen bis zu den Aktivitäten der fünfziger Jahre beziehungsweise bis zu den Weichenstellungen durch die Rektoren Prof. Dr. Ratzel und Prof. Meixner zurück.

Die Wurzeln der Institution allerdings verweisen dagegen auf die Aktivitäten des Privat-schulunternehmers Dr. Paul Wittsack, der hundert Jahre zuvor, am 19. Oktober 1898, die „Ingenieurschule zu Mannheim“ im Hafenviertel in den Räumen einer ehemaligen Tabakmanufaktur noch recht provisorisch eröffnet hatte.

*In Verbindung mit ihrem 100jährigen Jubiläum hat die Fachhochschule Mannheim eine zweibändige Chronik erstellt, die zum Preis von 98,00 DM in einem Schuber gefaßt als repräsentative Verlagsausgabe über die Einrichtung selbst oder den Buchhandel (unter ISBN 3-9803632-2-8 für das Gesamtwerk im Pylon-Verlag Mannheim) bezogen werden kann und in der Schriftenreihe des Landesmuseums für Technik und Arbeit als Band Nr. 8 und Nr. 9 erschienen ist.*

*Hundert Jahre Fachhochschule Mannheim 1898–1998. Teil I: Die geschichtliche Entwicklung. Text Wolfram Förster. Hrsg. von der Fachhochschule Mannheim, dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim und dem Stadtarchiv Mannheim. Mannheim 1998. 336 S., 208 Fotos (Duplex), zahlr. Abb. und Tab. (ISBN 3-9803632-3-6).*

*Hundert Jahre Fachhochschule Mannheim 1898–1998. Teil II. Die Gegenwart. Hrsg. von*

der Fachhochschule Mannheim, dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim und dem Stadtarchiv Mannheim. Mannheim 1998, 332 S., 94 Fotos (Duplex), zahlr. Abb. und Tab. (ISBN 3-9803632-4-4).

Anschrift des Autors:  
Wolfram Förster  
Spessartstr. 32  
68259 Mannheim

# Die Überschwemmung des Wetterbaches im August 1837

Eine unheimliche Geschichte, erzählt von Jeremias Gotthelf

Das Dorf Wolfartsweier, zwischen Durlach und Ettlingen an einer alten Römerstraße gelegen, heute ein Stadtteil von Karlsruhe, besitzt einen rührigen Geschichtsverein, und dieser erforscht und beschreibt die Ortsgeschichte, wie dies auch anderswo der Fall ist, wo die Identität eines alten Dorfes in der Anonymität einer Großstadt verlorenzugehen droht.<sup>1</sup> Dabei ist das Dorf, gemessen an seiner Erstnennung, ein halbes Jahrtausend älter als die Stadt und besitzt seine eigene Geschichte, auch wenn diese mehr vom Fleiß der kleinen Leute, einer rein bäuerlichen Bevölkerung erzählt als von Markgraf und Großherzog, Schloß, Hof und Regierung. Das Leben der im 19. Jahrhundert etwas mehr als 300 Einwohner zählenden Gemeinde war bestimmt vom harten Kampf um das tägliche Brot, und zu den herausragenden Ereignissen der Dorfgeschichte zählen die Naturkatastrophen und Mißernten, zählen Seuchen und Hungersnöte, die im Gedächtnis der Menschen geblieben sind. Um ein solches Ereignis geht es im folgenden. Der Erzähler jedoch ist ein Pfarrer aus dem Bernerland. Sein Dorf Lützelflüh an der Emme bei Burgdorf kennen alle jene, die seine Romane gelesen haben. Lützelflüh und Wolfartsweier haben wenig gemeinsam, und es soll auch nicht versucht werden, sie in Beziehung zueinander zu setzen. Nur ein Tag – vor 160 Jahren – verbindet sie, an dem sie das gleiche Schicksal erdulden mußten, und es war ein Zufall, dies bemerkt zu haben. Was diese kurzzeitige Gemeinsamkeit für die Geschichte der beiden Orte besagt, darüber läßt sich diskutieren. Aber man stößt dabei auf ein wenig beachtetes Phänomen, dem man nachgehen sollte. Naturkatastrophen, denen der Mensch noch heute hilflos ausgesetzt ist, besaßen in der Ver-

gangenheit einen ungeheuren Stellenwert im Ablauf gerade des bäuerlichen Lebens, wo ein einziges Unwetter die Arbeit vieler Jahre vernichten konnte. In der Geschichte eines Dorfes haben sie Epochencharakter. So viel der Vorrede: alles andere wird uns der Erzähler selbst vor Augen führen, und wir werden hören, welche Folgerungen er daraus zieht.

Etwas oberhalb von Wolfartsweier, direkt neben der Straße nach Grünwettersbach, zwischen dieser und dem Wetterbach, steht ein eher unscheinbares Denkmal, eine von zwei kleineren Steinen flankierte Pyramide mit der Inschrift:

*DAS HOCHGEWITTER VOM 11. AUGUST 1837 SCHLUG HARTE WUNDEN, ABER SIE LINDERTE DIE FÜRSTLICHE MILDE S. K. HOHEIT GROSSHERZOG LEOPOLDS UND DER MARKGRAFEN WILHELM UND MAXIMILIAN WIE DIE NÄCHSTENLIEBE VIELER EDLEN IN DER RESIDENZSTADT CARLSRUHE UND IM GANZEN VATERLANDE.*

*Und darunter: AUS DANKBARKEIT.*

Die Gemeinden Wolfartsweier und Grünwettersbach hatten das Denkmal als Dank an den badischen Großherzog Leopold und seine beiden Brüder und weitere Spender setzen lassen. Leopold war im Anschluß an die Hochwasserkatastrophe vom 11. zum 12. August sogleich von Baden-Baden an die Unglücksstelle geeilt und hatte den Geschädigten einen Betrag von 1000 Gulden aus privaten Mitteln zur Verfügung gestellt, der den Auftakt zu weiteren Spendenaktionen gab. Das Ereignis selbst findet sich in allen Zeitungen kommentiert, so in



Pyramide oberhalb von Wolfartsweier

Foto: Hansmartin Schwarzmaier

der in Stuttgart erscheinenden „Schwäbischen Chronik“ vom 19. August, wo man unter der Überschrift *Baden. Wolfartsweier und Grünwettersbach den 14. August* lesen konnte: *Am 11. des Monats, Abends, zog ein Hochgewitter über die Berge hin und schüttete zuerst in Grünwettersbach eine Masse von Hagel und Fluthen auf die Felder und Obstbäume. Der sonst unbedeutende Bach wuchs, durch die von den Bergen niederstürzenden Gewässer, zum reißenden Strome, entwurzelte die entgegengestrebenden Bäume, riß Felsenblöcke und Steinmassen mit sich fort, trug aus den Höfen die Wägen, aus den Wohnungen, wo er einbrach, Geräthschaften, und füllte sein Bett mit Schutt. An der zweiten Brücke in Wolfartsweier sperrte ihm sein eigener Raub den Durchgang. Da erhob er sich in furchtbarer Masse, hob die Brücken ab, stürzte Mauern um, füllte die Keller, untergrub die Fundamente und durchwühlte einige Häuser. Es war Nacht, nur von dem Blitze augenblicklich erleuchtet, um*

*finsterer wieder zusammenzufallen. Das Geroll des Donners, das Brausen des Wassers, der Hülfesruf der Bedrängten und das Sturmgeläute vereinigten sich auf dem Grausen erregenden Schauplatz. In der Kirche harreten Mütter mit ihren Kindern der Stunde des Schweigens der tobenden Elemente, da fuhr um Mitternacht ein Blitzstrahl in den Thurm, jedoch löschte der herabstürzende Regen das entstandene Feuer, aber Todesangst trieb die Verzweifelnden wieder hinaus in das Wasser. Die der Gefahr weniger preisgegebenen, höher wohnenden Familien eilten den Unglücklichen zum Beistande herbei, schlugen Riegelwände durch, retteten auf angestellten Leitern, trugen die Schwachen und die Kinder in Sicherheit, öffneten ihre Häuser und ihre Scheunen und erwärmten die Erstarreten. S. K. H. der Großherzog eilte aus Baden auf die erste Nachricht hieher und widmete den heutigen Morgen dem Besichtigen der Verheerung, welche der Strom und der*

*Hagel zurückgelassen hatte.* Soweit das Zitat, dem wir später noch einmal, in etwas erweiterter Form, begegnen werden. Die Zeitung berichtet weiter von der großen Spende durch das Großherzogspaar, und gleich danach unter neuer Überschrift von weiteren schweren Wolkenbrüchen, die unter anderem am 14. August in Baden-Baden die Oos über die Ufer treten ließen und auch dort schwere Schäden verursachten.

Hier wurde mit Absicht dieser aus größerer Distanz überlieferte Zeitungsbericht ausgewählt, weil er aus der Fülle der Katastrophenmeldungen dieser Tage – schwere Gewitter mit Wasser- und Hagelschäden im gesamten badischen und württembergischen Raum – gerade das hiesige Beispiel mit besonderem Nachdruck hervorhebt, weil es offenbar dramatischer verlief als anderswo. Das Durlacher Wochenblatt vom 17. August hingegen gibt zunächst nur einen relativ kurzen Bericht, der mehr den Ernteschäden als den Schicksalen der Wolfartsweierer gilt. Dort heißt es unter der Überschrift „Grünwettersbach und Wohlfartsweier Oberamt Durlach“: *In der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. erlitten beide Gemeinden großes Unglück; ein über 5 Stunden andauerndes Gewitter mit Wolkenbruch verheerte Brücken und Wege, füllte und beschädigte viele Häuser, riß einige derselben in Wohlfartsweier gänzlich nieder, und zerstörte durch die außerordentliche Menge großen Hagels die Felder. Die Gemeinde Wohlfartsweier war zum Glück eben mit der Einsammlung der Winterfrüchte fertig geworden, während dies in dem höher gelegenen Bergorte Grünwettersbach die noch nicht erfolgte völlige Reife der Früchte nicht möglich machte; bei weitem der größte Theil der Bürger Grünwettersbachs hat daher seine ganze Ernte eingebüßt; selbst die Kartoffeläcker sind zerstört. Obgleich die Kommunikation mehrere Stunden wegen der zu großen Wassermassen gehindert war, so ist doch niemand um das Leben gekommen, und auch der Verlust an Vieh ist unbedeutend, aber vier arme Hausbesitzer in Wohlfartsweier beklagen die Zerstörung ihrer Herbergen und mehr als ein Viertel der zahlreichen Gemeinde Grünwettersbach jene ihrer Nahrungsmittel.* Aus Ettlingen und Durlach, Langensteinbach, Grötzingen und Berghausen und anderen

Orten, so heißt es dann, seien die Bürger spontan zu Hilfe geeilt, um die Landstraße freizumachen und das Bachbett zu säubern, so das Durlacher Wochenblatt. Im Ganzen bestimmt jedoch der Spendenaufruf den Wortlaut. In Grünwettersbach überwog ja der Flurschaden durch den Hagelschlag, während in Wolfartsweier die Wassermassen des zum reißenden Strom angeschwollenen Wetterbaches mit dem mitgeführten Geröll, mit Baumstämmen und Gerätschaften aller Art zum Wasserstau an den beiden Brücken im Dorf führten und dadurch eine Überschwemmung verursachten, wie wir dies vor 23 Jahren, im Jahr 1975, nochmals hier erlebt haben, wenn auch nicht in dem verheerenden Ausmaß wie 1837<sup>2</sup>.

Man sieht, für einen Vortrag aus der Arbeit des Wolfartsweierer Geschichtsvereins über ein markantes Ereignis der Ortsgeschichte wäre genügend Stoff vorhanden, allein schon aus den Zeitungen, auch wenn diese noch nicht so geschwätzig sind wie heute. Auch fehlten damals die Sensationsreporter aus aller Welt, die heutzutage wie die Heuschrecken über ein derart geplagtes Dorf herfallen, um dem lüsternten Leser rührende und schreckliche Geschichten vor Augen zu führen. Doch zur Zeitung kommen weitere Quellen, insbesondere die Akten im Gemeindegarchiv und jene des Oberamts Durlach und der badischen Regierung im Generallandesarchiv Karlsruhe. Sie betreffen vor allem die Schadenserhebung, also die Meldungen der Betroffenen über die ihnen erwachsenen Schäden, die Kontrolle dieser Berichte durch die Behörden, die gerechte Verteilung der Spendengelder und der Hilfsgüter, damals wie heute eine schwierige Sache. Wir erfahren auf diese Weise viel über das Dorf und seine Bewohner, Einzelheiten, die weit über die statistischen Daten hinausgehen.

Die Chronik von Wolfartsweier wird dies alles nachweisen und wird uns das Dorf in seiner damaligen Gestalt vor Augen führen. 1837 hatte es insgesamt 350 Einwohner, davon zwei katholisch, 75 Familien, 43 Wohn- und 75 Nebengebäude, ca. 140 Kinder unter 14 Jahren bei nach wie vor hoher Kindersterblichkeit; bei durchschnittlich 6 Kindern pro Familie erreichten nur 2 das Erwachsenenalter. Der größte Teil der Dorfbewohner lebte von der Landwirtschaft, und dies bedeutet zugleich,

daß sich jede Naturkatastrophe, daß sich Mißernten zu Hungerjahren auswuchsen. Dorfgeschichte, um dies noch einmal zu wiederholen, besteht nicht aus fürstlichen Kabinettsbeschlüssen, aus Kriegen und Feldzügen, bei denen die Bauern allenfalls die leidenden Partner sind, sondern aus dem täglichen Kampf um die Ernte im Ablauf des Jahres. Der Blick des Bauern in die Zeitung galt nicht den Ereignissen in Paris im Jahr 1830 und auch nicht den vor dem Hambacher Schloß gehaltenen Reden um die Freiheitsrechte der Bürger und gewiß nicht dem Geschehen am Karlsruher Hof Großherzog Leopolds. Ihm hat man ein bewegendes Dankgedicht zum Geburtstag am 28. August 1837 gewidmet (es ist mit dem Namen Klenert unterzeichnet und im Durlacher Wochenblatt abgedruckt), aber es bezieht sich natürlich, wie das später gesetzte Denkmal, auf die Hilfs- und Spendenfreudigkeit des Regenten. Die revolutionären Ereignisse von 1848/49 haben in Wolfartsweier nur geringen Niederschlag gefunden, wenn man der jüngst veröffentlichten Prosopographie, den kompletten Namenslisten der ca. 40 000 badischen Revolutionsteilnehmer Glauben schenken darf<sup>3</sup>. Aber was heißt das schon. Bäuerliches Leben ist nicht unpolitisch, aber Politik hat hier andere Inhalte. Der Blick in die Zeitung galt den Fruchtpreisen, dem Viehmarkt, galt den meteorologischen Daten, und diese waren 1837 dramatisch genug.

Nach einer ganzen Serie schlechter Erntejahre hatte es einen langen und schneereichen Winter gegeben, dem große Hitze folgte. Die hohe Luftfeuchtigkeit schlug sich in zahlreichen heftigen Gewittern nieder, die den ganzen August andauerten. Dort, wo sie keinen Schaden anrichteten, war die Ernte gut, doch die Zeitungen melden verheerende Unwetter, so aus dem Kaiserstuhl, aus Ulm und von der Uracher und Münsinger Alb, aus Sulz am Neckar, aus Bruchsal und Jöhlingen, am 12. August aus Enzweihingen bei Vaihingen/Enz. Übrigens, systematische Wetterbeobachtungen sind uns aus diesen Jahren nicht überliefert; die meteorologischen Daten mußten eben zusammengesucht werden, so gut es ging. Sie bestätigen das Bild eines Katastrophensommers in ganz Mitteleuropa; darauf ist zurückzukommen. Dies jedenfalls sind die Themen einer

Ortsgeschichte, und sie werden für das 19. Jahrhundert in Wolfartsweier aufzuarbeiten sein; andere schließen sich an wie die Auswanderung nach Amerika als Folge der Hungerjahre; auch aus unserem Dorf kennen wir die Auswanderer dieser Jahre mit Namen.

Im Rahmen einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von Wolfartsweier könnte man hier abbrechen und müßte den Stoff nur noch ausfüllen und verbreitern. Doch es geht ja, so sagt es der Titel, um Jeremias Gotthelf, und so muß dieser Rösselsprung, der aus Wolfartsweier in Gotthelfs Pfarrgemeinde Lützelflüh im schweizerischen Emmental führt, näher begründet werden. Was zu sagen ist, hängt, zunächst ganz vordergründig, mit dem 12./13. August 1837 zusammen, dem Tag nach der Wolfartsweierer Wasserkatastrophe, als auch die Emme nach einem schweren Gewitter über ihre Ufer trat und, genau wie hier, alles niederriß, was ihr im Wege stand. Schon ein Jahr später veröffentlichte Gotthelf seine Erzählung „Die Wassernot im Emmental am 13. August 1837“, und über sie ist im folgenden zu handeln. Man fragt sich natürlich, ob zwei gleichartige Ereignisse, die sich zur gleichen Zeit an zwei verschiedenen Orten abgespielt haben, die mehr als 300 Kilometer voneinander liegen, zueinander passen und in welcher Weise. Doch der erste Teil von Gotthelfs Erzählung, so meint man bei unbefangener Lektüre, betrifft eigentlich die europäische Großwetterlage, die mit minutiöser Genauigkeit registriert wird. Wir werden gleich sehen, weshalb der Dichter dies tut. Begeben wir uns also in seine Obhut, wenn es gilt, uns dem Thema anzunähern, eben jenem Sonntag im August 1837, dem 13. des Monats.

Hierzu müssen wir zunächst einen Orts- und Milieuwechsel vornehmen. Der Erzähler, der sich selbst in seinem ersten Roman, dem 1837 erschienenen „Bauernspiegel“, Jeremias Gotthelf nannte und dieses Pseudonym beibehielt, heißt mit bürgerlichem Namen Albert Bitzium, 1797 in Murten als Sohn eines Pfarrers geboren, selbst Theologe – 1821 hat er sich für zwei Semester in Göttingen einschreiben lassen und ist wenigstens kurzfristig in Deutschland gereist, sogar bis Hamburg gelangt, doch dies blieb die einzige Berührung mit der großen Welt, während er sonst seine Heimat im Bernerland nicht verlassen hat: Nach verschiede-

nen Stellen als Vikar und Pfarrer, unter anderem in Bern, wird er 1832 zum Pfarrer in Lützelflüh im bernischen Emmental gewählt, wo er bis zu seinem Tode 1854 bleibt, ein wie es scheint beschauliches, biedermeierliches Leben. Zur Schriftstellerei kommt er spät. Als der Bauernspiegel erscheint, ist er 40 Jahre alt, wie Conrad Ferdinand Meyer, sein berühmter Landsmann, ein „Spätentwickler“. Ob man ihn mit dem Verfasser des Jürg Jenatsch in einem Atemzug nennen darf, darüber streiten sich die Germanisten, und auch Gottfried Keller, wie C. F. Meyer ein Vierteljahrhundert jünger als Gotthelf, ist sich unschlüssig, ob man diesen als Dichter, ob als Politiker und Moralisten oder einfach als Pfarrer und Prediger einschätzen sollte. In der „Wassernot“ macht es Gotthelf dem Leser besonders schwer, den Verfasser zu etikettieren. Die meisten kennen hierzulande seine Uli-Romane, Uli der Knecht aus dem Jahr 1840, oder etwas später, 1847, Uli der Pächter, durch die Verfilmung von 1954/55 auch in Deutschland populär geworden. Der deutsche Leser hat freilich seine Probleme damit: Uli der Knecht ist auf bernerdeutsch geschrieben, erst 1846 ins Hochdeutsche übersetzt, was für die späteren Werke von vornherein gilt, freilich im Idiom der Bernerlandes, sodaß auch bei diesen ein Glossar unentbehrlich ist. Kein Wunder, daß man Gotthelf als Mundartdichter in die Kategorie „Volksschriftsteller“, „Heimatdichter“ eingereiht hat, je nachdem, wie man ihn verstand oder mißverstand. Nur ein Werk, die Novelle „Die schwarze Spinne“ von 1841, hat den Weg in die Weltliteratur und in die Schulbücher geschafft, andere wie der Roman „Geld und Geist“ von 1843 oder „Anne Bäbi Jowäger“ gehören in die gleiche Zeit und haben Gotthelfs Ruf als eines der großen Romanschriftsteller des 19. Jahrhunderts befördert.

Worum ging es ihm? In den bewegten Jahren, in denen die Schweiz ihre bundesstaatlich-demokratische Grundlegung erfuhr, empfindet sich der Student und Vikar Bitzius als Liberaler und begrüßt den freiheitlichen Geist republikanischen Verfassungslebens und die Abkehr von allen feudalistisch-aristokratischen Tendenzen. Der damit verbundene Geist der Aufklärung freilich schließt, so empfindet er es, die Gefahr völliger Verweltlichung ein, und dem Theologen wird der „Zeitgeist“ mehr und mehr zum

Problem. In seiner bäuerlichen Berner Heimat stehen ihm die traditionellen Ordnungen im Widerspruch zur städtischen Welt, in der Juristen und Advokaten im sich entwickelnden Unternehmertum eine Industrialisierung und zugleich Bürokratisierung großen Ausmaßes einleiten, deren neue Ordnungsprinzipien er nicht erkennt, die ihm jedoch der natürlichen, von Gott geschaffenen Welt zuwiderzulaufen scheinen. Im Widerstreit von liberalem Gedankengut und einer wie er meint in Gott ruhenden Lebensordnung reagiert er mit Heftigkeit nach beiden Seiten. Armut und Elend, dumpfes Ertragen sozialer Ungerechtigkeit, die krassen Mißstände im bäuerlichen Leben empfindet er nicht als unvermeidbares Schicksal, sondern als Folge von Unbildung und Korruption, und so ist der „Bauernspiegel“ ein sozialkritisches Werk von unerhörter Schärfe. Doch Gotthelf ist kein Umstürzler, kein Revolutionär, und er mißtraut den „modernen“ Tendenzen zu sehr, als daß er mit ihrer Hilfe uralte, wie er meint organisch gewachsene und deshalb gottgewollte Lebensformen beseitigen möchte. Er bewegt sich in der geistigen Welt seines älteren Landsmannes Pestalozzi, wenn er dem Lehrer – und natürlich auch dem Pfarrer – die Aufgabe zumutet, die Menschen in ihrem Bildungsstand zu heben, die Erwachsenen und die Kinder gleichermaßen. In seinem nächsten Roman, den „Leiden und Freuden eines Schulmeisters“ zeichnet er freilich den bei jedermann verachteten, armseligen und schlecht ausgebildeten Lehrer seiner Zeit, der den bildungsunwilligen und in dumpfem Aberglauben verharrenden Bauern nichts beizubringen vermag – Anne Bäbi Jowäger ist die Protagonistin dieser unwissenden bäuerlichen Gesellschaft, in der die gerissenen Händler, die Ratsherrn und Advokaten leichtes Spiel haben mit ihren neuen Ordnungen.

Hinter dem allem jedoch steht eine andere, göttliche Ordnung, und Gotthelf bemüht sich, sie zu erkennen und zu erfassen. Sie besteht aus durchaus traditionellen Werten, die man am ehesten in der alten benediktinischen Grundregel des „bete und arbeite“ zusammenfassen möchte. Gottvertrauen besteht in der Gewißheit eines göttlichen Waltens, das sich – nach reformierter Lehre – erkennen läßt im menschlichen Handeln. Die Arbeitswelt, der

Fleiß der Bauern, ist demnach ein Teil seiner Frömmigkeit, die von Gott belohnt wird mit den Gaben der Natur, mit Sonnenschein, Regen und Ernte. Dies entspricht, trotz Aufklärung und Rationalismus, mittelalterlichem Denken, das Gottes Handeln allenthalben zu erkennen vermag, besonders aber in der Geschichte. Und so begegnen wir Gotthelf auch als Historiker, besser gesagt als Chronisten geschichtlicher Bezüge, die für ihn nichts anderes sind als Manifestationen göttlichen Waltens.

Wir sagten, Gotthelf sei spät zum Dichter geworden, doch zuvor, also vor seinen Romanen, verfaßte er eine Chronik seines Pfarrdorfes Lützelflüh zum Jahr 1834, die er mit einer allgemeinen Beschreibung seines Dorfes einleitete – eine im übrigen kaum beachtete Fröhschrift. Er beendet seine Schilderung mit der Bemerkung: *Dies ist in allgemeinen Zügen dargestellt der Zustand, in welchem das Jahr 1834 Europa, die Schweiz, den Kanton Bern, das Emmental, die Gemeinde Lützelflüh fand; die kleine und die große Welt, jene Europas wie jene seines Dorfes, sind von den gleichen Gesetzen bestimmt. Und dann: Gott ist der Lenker aller Dinge, er hält den Faden, an den die Geschichte sich reiht; was in der Natur geschieht durch die Kräfte derselben, das gebietet und lenkt er; was unter den Menschen durch Menschen geschieht, steht unter seiner Aufsicht, seiner Hand. . . .* Und danach: *Je deutlicher der Mensch Gott erkennt, sein Walten deutet, desto schneller schreitet er dem Ziele zu, desto richtiger benutzt er das Walten Gottes, desto weniger irrt er auf den krummen, zirkelförmigen Wegen, die von allen Seiten ausgehen, vom Ziel abführen, die nicht vom Lichte Gottes beleuchtet sind.* Drei Jahre später, in der „Wassernot im Emmental“, führt er diesen Gedanken fort, und damit sind wir wieder bei unserem Thema im engeren Sinne angelangt.

Denn wir wollten ja über die Ereignisse des Jahres 1837 berichten, und die lange Einleitung sollte zu der Frage führen, was den Pfarrer, den Schriftsteller, den Volkserzähler, den angehenden Dichter dazu bewog, sich diesem Thema zu widmen. Geht es auch hier nur um eine Dorfchronik aus dem Jahr der Wasserkatastrophe? Doch vielleicht wurde jetzt auch begreiflich, weshalb Gotthelf zu so vielerlei Deutungen Anlaß gab. Sahen die einen in ihm den beißen-

den Sozialkritiker seiner frühen Werke, so die anderen den Konservativen seiner späten Jahre, der die Weltordnung mit einem behäbigen und reichen Bauernhof gleichsetzte, in dem der Bauer, der Meister, als Stellvertreter Gottes auf Erden regierte. Und wiesen die einen auf die grandiose Sprache des Dichters, so nahmen ihm die anderen seinen Predigtton übel, der viele seiner Texte durchzieht – auch unsere „Wassernot“ endet als Predigt. Und schließlich darf man den Erzähler historischer Stoffe nicht vergessen – etwa den historischen Roman „Kurt von Koppigen“ –, den Ortshistoriker, den Lehrer, der in Burgdorf Vorlesungen zur Schweizergeschichte hielt, und den Chronisten, der zunächst einmal präzise zu berichten weiß, der Fakten wiedergibt, obwohl wir gleich zu spüren bekommen, daß es nicht beim Faktenmaterial bleiben wird.

Die Wassernot im Emmental am 13. August 1837 – wenn man so will eine Kalendergeschichte, von einem Beteiligten unmittelbar nach dem Ereignis niedergeschrieben und publiziert: Das Werk ist an ein konkretes Datum gebunden und bleibt konkret von Anfang bis zum Schluß. Die Landschaft, in die er uns führt, das Tal der Emme von ihrem Ursprung beim Briener Rothorn bis nach Burgdorf – der weitere Verlauf bis zu ihrer Einmündung in die Aare scheint nicht dazuzugehören –, charakterisiert er selbst und ich zitiere ihn: *Dieses Tal, durch welches die Emme fließt, bis sie in die Aare sich mündet, als das eigentliche Emmental, ist eines der schönsten und lieblichsten im Schoße der Schweiz, und gar manches Kleinod des Landes erhebt sich auf den mäßigen Emmenhügeln und luegt freundlich übers Land oder steht keck auf der Emme abgewonnenen Schachen oder Moosgrunde und erntet in reicher Fülle da, wo ehemals die Emme Steine gesät und Steine gewässert.* Und etwas weiter: *Während in einem schönen, zierlich ausgerundeten Emmenbecken mild und freundlich Oberburg und Hasle liegen, Oberburg mit seiner alttümlichen Kirche auf Felsengrund, Hasle mit seiner leicht gebauten auf nicht viel ertragendem Moosboden, strecken Heimiswyl und Rüegsau aus tiefen Gräben hervor, Heimiswyl seinen Turm, Rüegsau sein Türmchen, schicken ihre Bäche der Emme zu und bewa-*

*chen auf hohen Bergen von mächtigen Höfen weg aus den hier beginnenden glitzernden Emmentaler Häusern, den appetitlichsten Bauernhäusern der Schweiz, vielleicht der ganzen Welt, der Emme Grillen. Mit sonnigen Augen, den Fuß spülend in der Emme Wellen, sieht Lützelflüh hinauf an die mächtigen Berge, woher die Emme kömmt, sieht nieder an den blauen Berg, wohin sie fließt, sieht frei und froh über gesegnetes Land weg hinüber nach dem schwesterlichen Ruederswyl, wo ein dunkler Berg frühe Schatten wirft. Schließlich, wie eine Art Zusammenfassung, folgendes Zitat: Dieses schöne Tal, das zu unterst in ein Becken sich mündet, worin vor grauen Jahren die Aare und die Emme ihre Gewässer, nach raschem Lauf vom Gebirge her, an der Sonne rasten ließen, das nach oben immer enger wird, in ungezählte Seitentäler hineinsieht und in Klüften und Felsenspalten hoch an den Bergen ausläuft, wars, welches so traurigen Anblick darbot (gemeint ist: nach dem Gewitter).*

Die Beschreibung der einzelnen Dörfer – hier wurden nur wenige Passagen ausgewählt – ist geographisch genau, aber sie wertet zugleich. Gotthelf schildert ein Paradies, eine idyllische Landschaft, doch gerade über dieses Idyll wird das Inferno hereinbrechen, denn das Paradies ist von Menschen bewohnt, die dieser Prüfung unterworfen werden, Gotthelf glaubt zu wissen weshalb, und wir werden es noch hören. Dann erfahren wir etwas über das Wetter. Dieses ist, ich sagte es schon, Thema eins bei den Bauern. Alles hängt von ihm ab, Ertrag, Ernte, Einkommen, letztlich eine Frage von Leben und Tod. Gotthelf führt Buch wie ein Statistiker, der er ja auch wirklich ist. Vielleicht hatte er sich schon Notizen gemacht, ehe er um die bevorstehende Katastrophe wußte. Jedenfalls erzählt er von dem strengen Winter 1836/37, wie er es zuvor in seiner Dorfchronik für das Jahr 1833/34 getan hatte. Diesmal dauerte der Winter bis zum Mai an. Noch am 19. Mai habe es Neuschnee gegeben, und an Ostern seien die Städter Schlitten gefahren. Dann kommt er auf die Folgen: Den armen Leuten fehlte im Frühjahr das Brennholz, da die Vorräte ausgegangen waren. Vor allem aber fehlte das Heu für das Vieh, das nicht auf die Weide getrieben werden konnte. Die Bauern

müssen zu Wucherpreisen Heu zukaufen, angesichts der schlechten Vorjahrsernte eine kaum zu verkraftende finanzielle Einbuße. Einzelgeschicksale verdeutlichen dies auf anrührende Weise: die arme Frau, die ihr Häuschen nicht mehr wärmen kann und die Bauern, die ihre unterernährten Kühe schlachten müssen, zeigen die Not und das Elend. Dann folgt endlich die Schneeschmelze in einem sehr heißen Frühsommer. Sie bringt viel Wasser aus den Bergen. Hitze und hohe Feuchtigkeit erzeugen starke Gewitter, so am 20. Juli bei Burgdorf, am 4. August in Bern. Gotthelf schreibt: *Es blieb heiß, und den 4. August war ein stark Gewitter. Da schien auf einmal der Sommer zu schwinden, der Herbst einzukehren, und auf wunderbare Weise teilten sie den Tag unter sich. Der Morgen war herbstlich, ... dann ward der Abend wieder sömmerlich, und von des Donners Stimme hallten alle Berge wider. Ganze Nebelheere hatten der Schweiz sich zugezogen, waren über die Berge gestiegen, hatten in die Täler sich gestürzt und lagerten sich grau und wüst über den Talgründen und an den Talwänden. ... Diese Massen waren nicht arglose Wölkchen, die auf sanfter Winde leichten Fittigen reisen von Land zu Land und rosenrot in der Abendröte Schein lächeln übers Land herein; diese Massen bargen Verderben in ihrem Schoße und entluden sich unter Blitz und Donner gewaltig und zerstörend. ... Bäume brachen, Häuser krachten, Türme wankten; bleich verstummte das Menschenkind und barg seinen Schrecken in des Hauses sichersten Winkel. Und als die zornigen Wolken ... gezeigt hatten, wer Meister sei im Lande, wälzten sie sich, jeden Tag von neuen Dünsten schwerer, durch neue Nebelmassen gewaltiger, noch weiter das Land hinauf. Aber zu reich gesättigt, vermochten sie sich nicht zu schwingen über der hohen Berge hohe Firnen, dem trocknen Italien und dem weiten Meere zu. Schon an den Voralpen blieben sie hängen, tobend und wild, und sprühten mit gewaltigen Wassergüssen um sich.* In diesem Abschnitt, aus dem wieder vieles weggekürzt wurde, benutzt Gotthelf merkwürdige Assoziationen. Er beobachtet das Unwetter schon im Herannahen, ehe es die Schweiz betritt, bei den Deutschen, oder, wie Gotthelf schreibt, bei den Mächten der Heiligen Allianz,

von denen die Schweiz umgeben ist, so wie die Gewitterfronten von allen Seiten auf sie eindringen. Meteorologie und politische Wetterlage greifen ineinander, und die von schwarzen Wolken geschwängerte Luft, die über den Tälern des Berner Landes hängt, beschreibt zugleich die politische Atmosphäre bei den Eidgenossen. Im Norden, so meint Gotthelf, sei die Luft wieder klarer geworden, die Atmosphäre sei dort *nie so lauter und durchsichtig gewesen als in jenen Tagen des August, wo am Morgen Nebelmassen, am Abend Wolkenmassen schwarz und schwer den Schweizern über den Köpfen hingen, den Gesichtskreis trübend, das Atmen erschwerend.* Dies ist, wie gesagt, die Großwetterlage, die Gotthelf zwar aus der Zeitungslektüre kennt und registriert, die er jedoch ins Politische umdeutet. *Das Land im Norden, wo die pfliffigen Preußen wohnen, die witzigen Berliner, die unsern Herrgott morgens und abends mitleidig bedauern, weil er nicht Witze zu machen verstehe wie sie,* profitiert von dieser Aufklärung der Luft. Aber auch dort ist die atmosphärische Reinheit nur scheinbar, denn die Mächte der Heiligen Allianz, die Gotthelf zitiert, also des politischen Bündnisses der europäischen Fürsten in der Metternich-Ära nach dem Wiener Kongress, verkörpern in Wirklichkeit die Restauration, die Gotthelf, der liberale Konservative, ebenso verachtet, wie er das revolutionäre Element für die Schweiz fürchtet.

Nun hat sich das Vorspiel der allgemeinen Wetterlage vor politischem Hintergrund erschöpft, und was nun folgt, wird ganz konkret und spielt sich so ab, wie es der Dichter erlebt hat. Sein Bericht beginnt im Idyll eines Sonntagmorgens: *Am Morgen des 13. August erhob sich die Sonne bleich über ihrem lieben Ländchen. . . . Es war der Tag des Herrn, und von Tal zu Tal klangen feierlich die Glocken.* Doch das Sonntagsidyll wird von den Wolkenheeren gestört, die in das Emmental eindringen. *Schar um Schar, Heer um Heer wälzte dem Sammelplatz sich zu. Von Minute zu Minute wurde dichter und grauenvoller der ungeheure dunkle Wolkenknäuel, der an die Wände der Honegg sich legte und deren Gipfel zu beugen suchte zu leichterem Durchgang für die schwerbeladene Wolkenmasse. . . . Als die Wolkenheere, in tausend Stimmen heulend, tau-*

*sendmal fürchterlicher als tausend Hunnenheere, heranstürmten, lag schweigend der Berg da in trotziger Majestät und sperrte kühn den Weg. . . . Da hob höher und höher der Knäuel sich, aber durch die eigene Schwere immer wieder niedergedrückt, ergrimmte er mit fürchterlicher Wut und schleuderte aus seinem feurigen Schoße zwanzig züngelnde Blitzesstrahlen auf des Berges Gipfes nieder und mit des gewaltigsten Donners Getöse versuchte er zu erschüttern des Berges Grund und Seiten. . . .*

*Unten im Tale stund lautlos die bleiche Menge rings um die Häuser, im Hause hatte niemand Ruhe mehr; vor dem Hause stund neben dem blassen Manne das bebende Weib, und schauten hinauf in den gräßlichen Wolkenkampf an des Berges Firne. Schwarz und immer schwärzer wie ein ungeheures Leichentuch, mit feurigen Blitzen durchwirkt, senkte sich das Wolkenheer über die dunkel werdende Erde, und auch durch das Tal hinab fing es an zu blitzen und zu donnern. Ein langer Wolkenschweif, die Nachhut des großen Heeres, dehnte sich das lange Tal hinab, und am trotzigem Berge zurückgeprallte Wassermassen eilten blitzend und donnernd, geschlagenen Heeressäulen gleich, über die Häupter der Zitternden. . . . Da zerriß im wütenden Kampfe der ungeheure Wolkenschoß, losgelassen wurden die Wassermassen in ihren luftigen Kammern, Wassermeere stürzten über die trotzigem Berge her; was dem Feuer nicht gelang, sollte nun im grimmen Verein mit dem Wasser versucht werden. Es brüllte in hundertfachem Widerhall der Donner, tausend Lawinen donnerten aus den zerrissenen Seiten der Berge nieder ins Tal. Ohne die Stilform zu unterbrechen, mit dem Gotthelf diesen Krieg der Elemente darstellt, greift er an dieser Stelle ein altes Sagenmotiv auf, jenes von der Emmenschlange, die seit 1764 im Berg eingeschlossen ist, *von Gott gefangen gehalten in mächtiger Berge tiefem Bauche, bis in ungeheuren Ungewittern gespaltene Bergwände ihren Kerker öffnen. Dann bricht sie los, jauchzend wie eine ganze Hölle, und bahnt den Wassern den Weg durch die Täler nieder.* Und er fährt fort: *Es war die Emmenschlange, deren Stimme den Donner überwand und der Lawinen Tosen. Grau und grausig aufgeschwollen**

*durch hundert abgeleckte Bergwände, stürzte sie aus den Bergesklüften unter dem schwarzen Leichentuche hervor, und in grimmem Spiele tanzten auf ihrer Stirne hundertjährige Tannenbäume und hundertzentnerige Felsenstücke, moosicht und ergraut. In den freundlichen Boden, wo die Oberei liegt, stürzte sie sich grausenvoll, Wälder mit sich tragend, Matten verschlingend, und suchte sich da ihre ersten Opfer.*

So weit die Sprache der Natur, wie sie der Dichter nachahmte. Erst jetzt führt er die Menschen in das Geschehen hinein, dem sie hilflos ausgeliefert sind. Wiederum schreibt Gotthelf als Chronist und als Erzähler zugleich, er erzählt Einzelschicksale, die sich in das furchtbare Geschehen einpassen und die sich so, ohne dichterische Phantasie zu Hilfe nehmen zu müssen, ereignet haben. Er berichtet von der Sägemühle, in der ein kleines Mädchen von den Wassermassen verschlungen wird, von einem Köhler, dem der Bach die Hütte wegriß, den Kühen, die auf der Weide verloren gingen, einer Magd und einem Jungen, die an einen Brückenstock geklammert die Flutnacht überlebten, einer Kindbetterin, die mitsamt dem Neugeborenen von einem Mann gerettet wurde. Von zwei nebeneinanderstehenden Häusern zwischen Röthenbach und Eggiwyl wurde das eine, das Schulhaus, von den Wassern weggetragen, während die Bewohner des anderen vom Obergeschoß aus zusahen, aber erleben konnten, daß ihr Häuschen den Stößen der Flut standhielt. Ein altes Ehepaar suchte sich gegenseitig zu helfen, und der Alte, gegen einen Baumstamm geschwemmt, muß zusehen, wie seine Frau weggespült wird; warum, fragt Gotthelf, hat Gott diese alten Leute getrennt, die doch im Tode gerne zusammenbleiben wollten? Und schließlich die rührende Geschichte von einem Kind, das in seinem überfluteten Haus im Bett festgeklemmt lag, von einem tüchtigen Mann, der sich durch die Fluten quälte, gefunden und in Sicherheit gebracht wurde. *Ich aber, schreibt Gotthelf, bin nicht gegangen von Häuschen zu Häuschen, sondern nur der Emme nach, sah, wie furchtbar sie wider Schüpbach anrannte und wieder in der dortigen Beugung die Säge teilweise zerstörte, die Brücke zerriß, in immer wütendem Lauf den Emmenmattschachen überschwemmte, die*

*dortige Straße durchbrach und, die heute mattere schwesterliche Ilfis verächtlich beiseite schiebend, der Zollbrücke zustürzte, um dort das gestern angefangene Werk zu vollenden. Überhaupt sind es die Brücken, die im Katastrophenbild einen besonders markanten Punkt bildeten. Auf der Brücke zu Lützelflüh stund eine bange Menge. . . Auf einmal erscholl der Emme Gebrüll in dem friedlichen, sonntäglichen Gelände. Da kam sie, aber man sah sie nicht, sah anfangs kein Wasser, sah nur Holz, das sie vor sich her zu schieben schien, mit dem sie ihre freche Stirn gewappnet hatte zu desto wilderem Anlauf. Mit Entsetzen sah man sie wiederkommen, so schwarz und hölzern und brüllend, und immer höher stieg das Entsetzen, als man Hausgeräte aller Art daherjagen sah: Bütten, Spinnräder, Tische, Züber, Stücke von Häusern, und diese Trümmer kein Ende nahmen und der Strom immer wilder und wilder brauste, immer höher und höher schwoll. Fast wie ein Schlachtenbericht liest sich die anschließende Passage über das Bersten der Brücke und der nächsten weiter unten. In Aarau, so schließt er, sei ein Brett der Schüpbachbrücke mit der Bauinschrift von 1652 angeschwemmt worden.*

Wir gehen an dieser Stelle noch einmal hinüber nach Wolfartsweier. Dort fand sich ein Bericht, der zum Vergleich herausfordert. Ein Teil davon ist identisch mit dem anfangs verlesenen aus der Schwäbischen Chronik, ist jedoch ausführlicher. Er stammt aus der Karlsruher Zeitung und ist zum 14. August datiert; offensichtlich hat die Schwäbische Chronik diesen Text in gekürzter und leicht veränderter Form benutzt: *Wer schon die freundlichen Fluren von Wohlfartsweier, durch das romantische Thal nach Grünwettersbach gewandelt ist – und wie viele sind derer, – dessen Auge sieht gegenwärtig nur Trümmer und tiefe Spuren einer gewaltig vorübergegangenen Zerstörung. Es war am 11. des Monats, die Kindlein lagen schon im süßen Schläfe und die Erwachsenen, müde von des schwülen Tages Last und Hitze, bereiteten sich durch den Abendsegen zur ersehnten Ruhe, da zog ein Hochgewitter über die Berge hin, schüttete zuerst in Grünwettersbach eine Masse von Hagel und Fluthen auf die Felder und Obstbäume, und was sorgsame Hände Monate lang*

*gepflegt und gebaut hatten, das vernichtete eine einzige schwere Stunde!* Auch hier beginnt der Bericht, der auf die Ereignisse hin­führt, mit einem darstellerischen Element, einem Blick auf die Landschaft und ihre nichtsahnenden Bewohner. Erst jetzt beginnt die Reportage, die dann auch wörtlich in die Schwäbische Chronik übernommen wurde, weist jedoch immer wieder dichterische Formulierungen auf, die den Versuch einer sprachlichen Überhöhung machen: *Der sonst unbedeutende Bach, der sich von Grünwettersbach durch Wohlfartsweier über Felsen in kleinen Wasserfällen herabspielt, wuchs, großgesäugt durch die von den Bergen niederstürzenden Gewässer, zum reissenden Strome, entwurzelte die entgegenstrebenden Bäume, riß Felsenblöcke und Steinmassen mit sich fort, trug aus den Höfen die Wägen, aus den Wohnungen, wo er einbrach, Geräthschaften, und füllte sein Bett mit Schutt.* Dann freilich gehen die Texte der beiden Fassungen wörtlich ineinander: Die Dramatik sucht nach einem adäquaten sprachlichen Ausdruck: *An der zweiten Brücke in Wohlfartsweier sperrte ihm sein eigener Raub den Durchgang. Da erhob er sich in furchtbarer Masse, hob die Brücken ab, stürzte Mauern um, füllte die Keller, untergrub die Fundamente und durchwühlte einige Häuser. Und es war Nacht* (hier eine Anleihe an den Schöpfungsbericht: Und es war Licht!), *nur vom Blitze augenblicklich erleuchtet, um finsterner wieder zusammenzufallen. Das Geroll des Donners, das Brausen des Wassers, der Hülferruf der Bedrängten und das Sturmgeläute vereinigten sich auf dem Grausen erregenden Schausplatz.* Wir haben diesen anfangs zitierten Text noch einmal wiederholt, denn er führt in die Nähe der Gotthelfschen Erzählweise. Es geht darum, das Bild der entfesselten Elemente sprachlich zu fassen, ihm gleichsam auch optische und akustische Dimensionen zu geben. Gotthelf erreichte dies, dichter und wortgewaltiger als der Karlsruher Reporter, in gewaltigen Bildern, die aus genauester Naturbeobachtung heraus das Geschehen zu einem Kampf der Elemente werden ließen. In Wolfartsweier folgt ein Stück Reportage, jene vom Geschehen in der Kirche: *In der Kirche harrten Mütter mit ihren Kindern der Stunde des Schweigens der tobenden Elemente, da fuhr um Mitternacht*

*ein Blitzstrahl in den Thurm, jedoch löschte der herabstürzende Regen das entstandene Feuer, aber Todesangst trieb die Verzweifelnden wieder hinaus in das Wasser.* Wie gerne würde der Pfarrer von Lützelflüh gerade dieses Erzählelement in seinen Bericht eingebaute haben, wenn sich Ähnliches in seiner Kirche abgespielt hätte. Aber er erfindet nichts hinzu. Wie ähnlich die Berichte sind, zeigt jedoch der folgende Absatz aus Wolfartsweier, wo auf die Hilfsbereitschaft der Männer eingegangen wird. Sie erinnern an Gotthelfs Passagen von den „tüchtigen Männern“, die in zwei Fällen Kinder vom Tode erretteten. Die Hilfsbereitschaft in der Not, die Solidarität der Dorfbewohner ist ein wesentliches Erzählmoment hier wie dort. Karlsruhe: *Die der Gefahr weniger preisgegebenen, höher wohnenden Familien eilten den Unglücklichen zum Beistande herbei, schlugen Riegelwände durch, retteten auf angestellten Leitern, trugen die Schwachen und Kinder auf den Armen, öffneten ihre Häuser und ihre Scheunen und erwärmten die Erstarreten. Während die Natur im Aufruhr war, feierte die christliche Nächstenliebe ein heiliges Fest der Barmherzigkeit.* Und nun eine Passage, die wieder von Gotthelf sein könnte: *Einen 17jährigen Jüngling trieb der Schrecken in ein entlegenes, gesichertes Haus. Hier fiel ihm erst ein, daß er seine Eltern in der Not verlassen habe; keine Bitten vermochten ihn mehr zu halten. Er riß sich los, kehrte noch einmal durch die tobende Fluth und sagte zum Abschiede: „Ich muß mit meinen Eltern in einem Hause sterben.“ Fast wäre es wahr geworden, und sein Erwachen aus langer Ohnmacht brachte die erste Freude in die kummererfüllten Herzen der Eltern zurück.* Ganz anders ist dann freilich das Ende, man möchte fast sagen typisch für ein Regierungsblatt in der badischen Monarchie des 19. Jahrhunderts: *Mit dem frühen Morgen kehrte auf das Angesicht der Bewohner, denen die Trauerszene der Nacht die Züge des Alters eingedrückt hatte, durch die Ankunft des Regierungsbeamten der erste Strahl der Hoffnung wieder; schleunige Hülfe aus der Nachbarschaft wurde aufgeboten, und mit großem Eifer von nah und fern geleistet.* Und es folgt der Bericht vom Besuch des Großherzogs und seiner Spendentätigkeit, *ein tröstender Engel für die Leidenden, von den Bewoh-*

nern mit gefalteten Händen und Tränen der Rührung empfangen, das hätte der eidgenössische Republikaner nicht geschrieben. Doch in Wolfartsweier versuchte man zu zeigen, wie schnelle Hilfe von oben kam, und damit war keine höhere Macht gemeint wie in Gotthelfs theozentrischer Auslegung, sondern die Regierung, die – nach wirkungsvoller Nachbarschaftshilfe – rasch eingriff und behördlicherseits regelte, was zu regeln war. Das Dankgedicht Klenerts an den Großherzog wurde schon erwähnt, und erwähnen sollte man auch, daß der Großherzog bereits am 21. August 1837 dem Bürgermeister Heinrich Dietz von Wolfartsweier die silberne Civilverdienstmedaille mit einem Handschreiben zukommen ließ, in dem er auf seine vielfachen Verdienste während 18jähriger Dienstzeit hinwies, vor allem aber wegen des Eifers, mit dem er „in der am 11. d. M. in seiner Gemeindegemarkung eingefallenen Wassernot“ den Bedrängten Hilfe geleistet habe. Das Durlacher Wochenblatt, das auch darüber berichtet, weiß zu sagen, in 18 Jahren habe man in Wolfartsweier keine Steuermahnung vornehmen müssen und faßt die dortige Regierungstreue in den Sätzen zusammen: *Dem unvermuthet überraschten Bürgermeister flossen Thränen des Dankes, die Bürger der Gemeinde alle waren sichtbar gerührt, und alle stimmten bieder und treu <in den Ruf ein>: Gott schütze und erhalte lange unseren Großherzog!* 11 Jahre vor der Revolution von 1848 liest sich dieser monarchische Biedersinn, in dem die Katastrophe von Wolfartsweier ausklingt, rührend und auch ein wenig fragwürdig. Die Wirklichkeit, wir habe es angedeutet, ohne es ausführen zu wollen, begann erst im Spätjahr 1837, als man die Schadensmeldungen in die Behörden einbrachte und versuchen mußte, gerechten Ausgleich zu schaffen. Wie gut die großherzogliche Bürokratie diese Dinge gelöst hat, dies mag in den Akten nachgelesen werden.

Die beiden Berichte aus Wolfartsweier und aus dem Emmental haben vieles gemeinsam, so wie ja auch die Ursache, der Verlauf und der Zeitpunkt der Wasserkatastrophe viele Gemeinsamkeiten aufweisen. So weit mag man den Chronisten Gotthelf auch als Zeitzeugen für die Ereignisse im badischen und schwäbischen Land zitieren. Die meteorologischen Gegeben-

heiten decken sich, und da er ein minutiöser Beobachter ist, der die kleine Welt ebenso zu studieren wußte wie die große, darf man ihm ein hohes Maß an Authentizität zugestehen. Die Wetterlage, wir haben bereits darauf hingewiesen, bezog sich zugleich auf die große Politik. Bis nach Ungarn, nach Siebenbürgen, wo die Donau furchtbare Überschwemmungen verursachte, greift Gotthelf, der auch dies den Zeitungen entnommen hatte. Es zu deuten freilich vermag er nicht. Auch wenn er nicht daran zweifelt, daß das Unwetter auch dort sinnbezogen war, überläßt er es doch anderen, Schlüsse daraus zu ziehen. Er registriert die Lage im Bernerland, und er ist sich sicher, daß dort die Dinge auf dem falschen Weg waren, daß sie der Verbesserung bedurften. Dies ist der erste Schritt. Der zweite bezieht sich auf den Verlauf der Ereignisse am 11. bzw. 12. August 1837. Auch hier spielt sich vieles in ähnlicher Weise ab: Das Gewitter, der Hagelschlag, das Anschwellen des Flusses, die von ihm mitgerissenen Häuser mitsamt ihrem Inventar, der Aufstau der Wasser an den Brücken, die schließlich niedergerissen werden, die Todesgefahr der Menschen in ihren überschwemmten Häusern, wobei es in Wolfartsweier offenbar keine Toten gegeben hat, wohl aber im Emmental. Die Bergflüsse, die Emme und die mit ihr zusammenfließende Ilfis, kamen aus dem Hochgebirge und ihre vernichtende Kraft war, wenn der Vergleich nicht trügt, noch gewaltiger als jene des Wetterbaches. Auch die unmittelbaren Folgen, die Gotthelf zu beobachten weiß, entsprechen einander: Die Hilfsbereitschaft der Menschen, aber auch der Eigennutzer, die nur daran dachten, sich an den vom Wasser herangeschwemmten Holzmassen zu bereichern und jener, die – natürlich aus der Stadt – herangeeilt kamen, um die Not der Betroffenen zu bestaunen, der Gaffer und Schlachtenbummler. Gotthelf weiß auch, wie bald die Erzählungen ihren Wahrheitscharakter verloren, zu den entsetzlichsten Schauergeschichten ausgeschmückt und durch Erfindungen verfälscht wurden. Dies widerspricht seinem Wahrheitssinn, auch wenn er genügend Erfahrung besitzt, um zu wissen, wie schnell Fiktionen zur Wahrheit werden, wenn sie nur überzeugend dargebracht sind. Der Chronist und Historiker Gotthelf, dies darf man ihm

abnehmen, hat versucht, sich auf das zu beschränken, was er gesehen, was ihm wahrheitsgetreu berichtet wurde. Es war ja entsetzlich genug.

Der Dichter freilich vermag dem Geschehen Farbe zu verleihen. Wie der Maler einer Gewitterstimmung drastischen Ausdruck verleihen kann, der Musiker sie in Töne faßt, so stehen dem Dichter Gestaltungsmöglichkeiten zu Gebote, die das Geschehen überhöhen. Wie in einer Schlachtszene (Altdorfers Alexander-schlacht) brechen die schwarzen Wolkenmassen aufeinander und entladen sich unter Blitz und Donner, und die Emme wird zu einem mythischen Ungetüm, zu einem urzeitlichen Drachen, dem die Fesseln gelöst werden, so wie die schwarze Spinne nach jahrhundertelanger Gefangenschaft frei wird und ihr Vernichtungswerk tun kann. Und wie in der schwarzen Spinne wird eine alte Geschichte eingestreut, jene vom Ritter von Brandis, der seine Bauern bedrückte und der nun als ein böser Geist der Natur seine Untaten büßt. Geschichte und Gegenwart sind von den gleichen Gesetzen bestimmt, dem Widerstreit von gut und böse.

Ist dies nicht in aller dichterischen Freiheit zugleich eine Übersteigerung, mit der das tatsächliche Geschehen verfälscht wird, so mag man fragen? Der Wolfartsweierer Chronist bedient sich ja des gleichen Stilmittels, wenn auch mit unzulänglicheren Mitteln, mit geringerer sprachlicher Kraft. Gotthelf antwortet auf diesen Vorwurf, der ihn nicht betrifft, nicht als Dichter, der er letztlich gar nicht sein will. Daß ihm eine reiche Sprache zu Gebote steht, dies verdankt er seiner philosophischen und theologischen Belesenheit, seiner rhetorischen Schulung, und nicht zuletzt seiner immensen Beobachtungsgabe. Doch seine Naturbilder haben einen bestimmten Bezugspunkt, der zugleich seinem gesamten Denken zugrundeliegt. Die Natur – um es zu wiederholen – ist nichts anderes als das Antlitz Gottes, der in ihr zu jedem spricht, der dies zu verstehen vermag. Sie vermag das auszudrücken, was der Mensch für sich, aber auch in Staat und Gesellschaft darstellt: Die Atmosphäre in der Natur entspricht Stimmungen in seiner seelischen wie in seiner politischen Welt. Sturm, Hagel, Blitz und Donner drücken dies aus, sie sind Stimmen Gottes, mit denen er warnt, mahnt, zuletzt auch straft.

Diese Stimme zu hören, ist eine, sie zu deuten eine andere Sache, und Gotthelf gehört zu jenen, die sie, wenn auch nur in seiner kleinen Welt, zu deuten vermögen. Dazu bedarf es nicht nur des theologischen Denkens des Pfarrers, sondern zugleich der Sensibilität des Dichters, der dies auszudrücken vermag. Natürlich begegnet man dabei dem politischen Denker und Volkserzieher, der den Zeitgeist kritisiert, wo er ihn am Werke sieht. Er stört die gute Ordnung der Welt, die Gott ihr in der Natur gegeben hat, in deren Ablauf der Mensch nicht eingreifen sollte. Das Idyll einer bäuerlichen Landschaft mit seinen Höfen und Dörfern, um die Kirche gruppiert, mit dem er viele seiner Geschichten und so auch diese einleitet, schließt freilich das Böse ein, die Unwissenheit der Bauern, Besitzstreben und Geldgier. Dem begegnet Gott durch seine Zeichen, also auch in den Katastrophen von Hagel und Überschwemmung. Man muß sie nicht gleich als Strafe verstehen, sondern als Mahnung, vielleicht sogar als Zeichen der Liebe. Im Uli-Roman gewinnt der Pächter Uli einen Prozeß, in dem er Unrecht hat und wissentlich die Unwahrheit sagt. Die Antwort ist ein furchtbarer Hagel-schlag, der die ganze Ernte und damit die Existenz Ulis vernichtet, und auch hier wird das Unwetter in allen drastischen Farben geschildert, die Gotthelf zu Gebote stehen. Als Uli dieses Zeichen zu verstehen vermag, ist dies der Anstoß für eine Wende, die sogar zu einem guten Ende führt und ihn zum reichen Bauern, sprich in die Gnade Gottes gelangen läßt. Die Katastrophe im Emmental ist in diesem Sinne wiederum keine Strafe, sondern eine Mahnung an die dortigen Bewohner, den Zeitgeist zu erkennen. In Geld und Geist, Gotthelfs bedeutendstem Roman, kommt dieser Dualismus zum Ausdruck.

Angesichts dieser Situation ist es schwer, den Historiker und Chronisten, den Romanschriftsteller und Dichter vom Politiker, Theologen und Pfarrer zu trennen, und es ist auch nicht einfach, eine Erzählung wie die Unsrige als Chronik, als Dichtung oder einfach als Predigt zu verstehen. Denn als Predigt endet sie, anders als in Wolfartsweier, statt einer Huldigung an den Großherzog, mit einem Gottesdienst. *Nun gilt aber des Herrn Predigt nicht den Talbewohnern allein, sein Wehen säuselt*

*um alle versandeten, verschlammten Herzen. Wie der Donner seiner Stimme in den Tagen des Augusts Tausende aufrief und Tausende versammelte im unglücklichen Tale, über sie ergoß das Gefühl ihrer Ohnmacht und seiner Allmacht, daß sie ihre Herzen beugten in unaussprechlicher Ehrfurcht und zitternd baten, daß er sie nicht zertreten möchte, so ladet er nun wieder jeden ein mit lauen Lüften, warmen Sonnenstrahlen, zu kommen und zu schauen, wie lebengebend er sei, wie er aus dem Graus der Verwüstung hervorrufe neues Grün, neue Blumen, Früchte verheißend, und immer neuere und schönere, je weniger der Mensch Mut und Vertrauen verloren. Und er endet: Nun lasset die Predigt des Herrn euch zu Herzen gehen! Ich habe sie zu deuten versucht auf meine Weise, in der Liebe und ohne Furcht; ich wollte zeigen, wie des Herrn Tun zu verstehen sei dem verständigen Gemüt.*

Wir sind abgekommen von der Dorfgeschichte im Emmental wie von derjenigen in Wolfartsweier, und es sollte jedem Einzelnen überlassen bleiben, darüber nachzudenken, was die eine mit der anderen Geschichte zu tun habe und ob uns Jeremias Gotthelf zu einem besseren Verständnis der Ereignisse in unserem Dorf zu verhelfen vermag. Doch wir sollten uns von der Sprache gefangen nehmen lassen, die uns Vorgänge, reale und seelische, vor Augen führt, für die er die Worte gefunden hat. Nicht jedem wird diese Sprache zusagen. Manchem erscheint sie antiquiert und in ihrem Predigtton, ihrer belehrenden Zudringlichkeit einer verlorenen Zeit zugehörig. Doch die gewaltigen Szenen von einer entfesselten Natur erleben wir auch heute, und der Historiker bedarf ungewöhnlicher sprachlicher Mittel, wenn er sie festhalten will. Gotthelf ist Historiker und Dichter zugleich, und seine Sprache vermag die Vorgänge, die er uns erzählt, zu Bildern zu verdichten, denen man sich schwerlich entziehen kann. Erst die Gestaltung macht die Fakten, den Erzählstoff, zum Erlebnis für den nachvollziehenden Leser. Wer Schillers Geschichte vom Abfall der Niederlande, Mommsens Römische Geschichte – für die er den Nobelpreis für Literatur erhielt – oder, um ein modernes Beispiel zu nennen, Golo Manns Wallenstein-Biographie

liest, wird die dichterische Gestaltungskraft des Historikers als Erzähler zu würdigen wissen.

Um aber noch einmal zu unserem Wolfartsweierer Geschichtsverein zu führen, dem dieser Text zugedacht war, ist zu schließen mit einem Satz aus Gotthelfs Dorfchronik: *Was in jeder Gemeinde geschehen sollte, das zu tun wurde auch in der Gemeinde Lützelflüh beschlossen, daß nämlich ein Jahrbuch geführt werde über alles, was die Gemeinde Merkwürdiges beschlägt oder in derselben vorgeht, in wahren Treuen und ohne Menschenfurcht. Die Wahrheit wird wohl manchmal übelgehen bei den Gegenwärtigen, bei den Nachkommen aber wird es ein Ruhm sein, daß man sie ertragen und den Mund ihr nicht verstopft. . . . Den Auftrag erhielt der damalige Pfarrer zu Lützelflüh, Albert Bitzius, im Jahr 1834.*

---

#### Anmerkungen

- 1 Leicht veränderte Fassung eines Vortrags vor dem Verein für die Geschichte von Wolfartsweier e. V. am 21. 7. 1998. Die Ortsgeschichte erscheint in einzelnen Heften; vgl. Heft 2: Elga Roellecke, Wasser und Straßen. Der Wetterbach, das Brunnenwesen und die Wasserversorgung (Karlsruhe 1996) S. 20–36 mit Belegen. Im folgenden wird auf Einzelnachweise verzichtet. Die meteorologischen Berichte sowie die Überschwemmungsberichte entstammen dem Durlacher Wochenblatt, der Schwäbischen Chronik und dem Schwäbischen Merkur zum Jahr 1837. Die Zitate Gotthelfs entstammen Band 15: „Unheimliche Geschichten“ der Gesamtausgabe im Verlag Birkhäuser (Basel 1951), hrsg. von Walter Muschg, S. 3–87. Die Chronik von Lützelflüh findet sich in der Gotthelf-Gesamtausgabe, hrsg. von R. Hunziker, H. Bloesch, K. Guggisberg und W. Junker, 12. Ergänzungsband: Frühschriften (Erlenbach-Zürich 1954) S. 229–322.
- 2 Zum Hochwasser vom 11. 7. 1975 vgl. E. Roellecke, Wasser und Straßen, S. 36 ff., mit Bildern.
- 3 H. Raab, Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, bearb. von A. Mohr (Stuttgart 1998), Nachweise in der angefügten CD-Rom.

Anschrift des Autors:  
 Prof. Dr. Hansmartin Schwarzmaier  
 Katzenbergstraße 4a  
 76228 Karlsruhe

## „Der flotteste Pfarrherr“

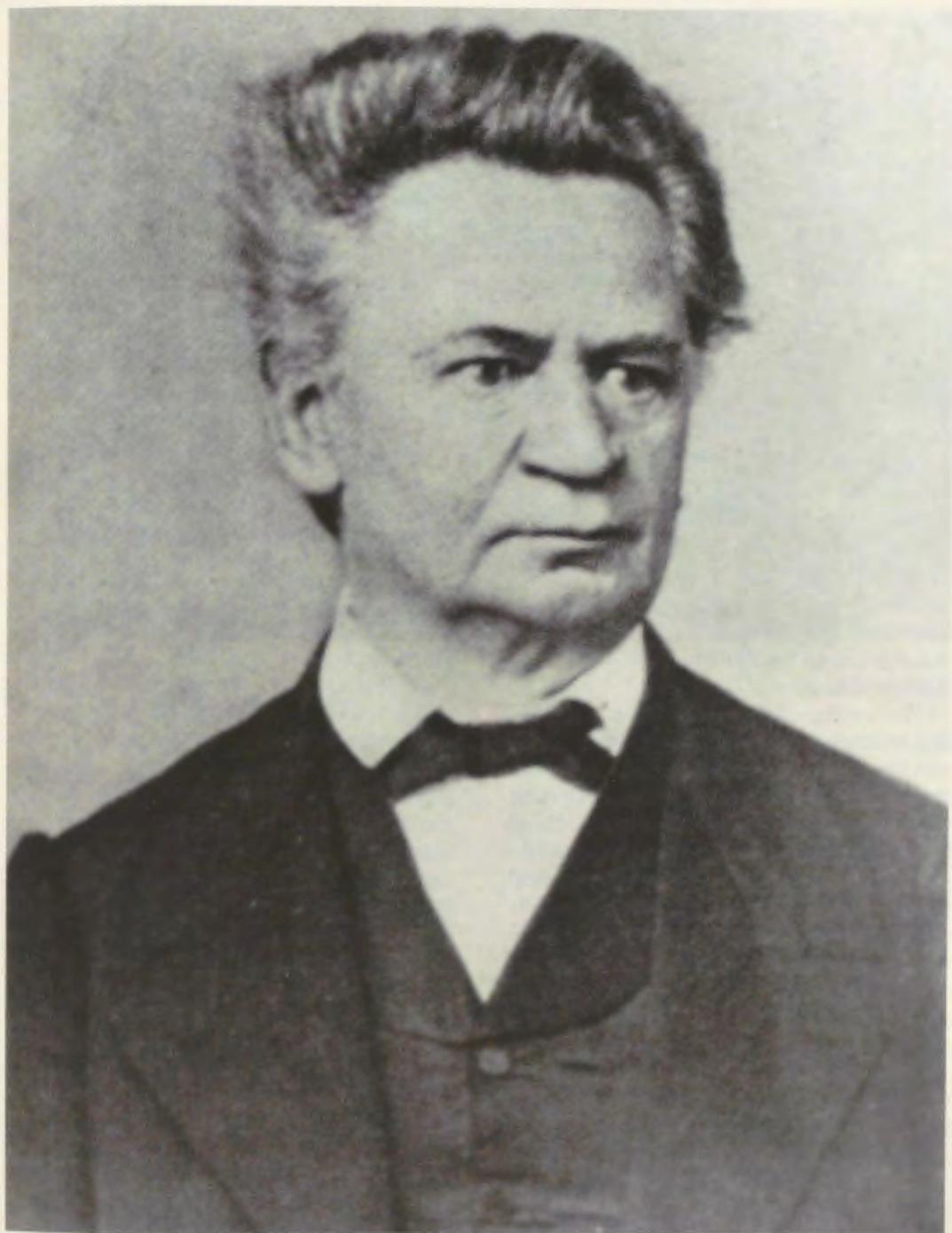
Christoph Schmezer vor zweihundert Jahren geboren

In Scheffels einst so verbreitetem Versepos trabt der Säckinger Trompeter wohlgemut durch die verschneite Bergwelt des südlichen Schwarzwalds. Auf einmal endet das Tannendickicht, vor dem Reiter öffnet sich ein weites Tal, in der Ferne glänzt der Hochrhein, davor Bauernhäuser und die Dorfkirche. Gastlich bietet der Pfarrherr dem Reisenden ein Quartier für die Nacht an, in angeregtem Gespräch nehmen die beiden im Pfarrhaus das Abendessen ein. Scheffel hat den Landpfarrer näher beschrieben: In theologischer Dogmatik ist der bejahrte Mann nicht sonderlich bewandert, statt dessen ein tatkräftiger, lebensüchtiger Helfer seiner Gemeinde.<sup>1</sup> Man kann davon ausgehen, daß dem Dichter hier das Bild eines Freundes vor Augen stand, nämlich des Pfar-

ers Christoph Schmezer. Dem war er begegnet im Engeren, einem Kreis aufgeschlossener Männer, der allwöchentlich im Heidelberger Gasthof Waldhorn ob der Bruck in der Ziegelhauser Landstraße, winters im Holländer Hof, zu tagen pflegte. Um den Gründer, den Geschichtspräsidenten Ludwig Häusser, hatten sich Universitätslehrer, Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute und Beamte geschart, darunter Pfarrer Schmezer aus dem nahen Ziegelhausen. Der belebte die Zusammenkünfte durch sein schauspielerisches Talent und durch seine mit kräftiger Singstimme vorgetragenen humoristischen Lieder, zudem bereicherte er die Runde durch naturgeschichtliche Vorträge.<sup>2</sup> So wurde Schmezer bald feierlich zum Sänger des Engeren, Scheffel aber zum Reimeschmied ernannt. Zwischen



„Säckinger Trompeter“



*Pfarrer Christoph Schmezer*

diesen beiden erwuchs eine enge Freundschaft, die sich auch außerhalb der häufigen Heidelberger Treffen in Briefwechsel und Begegnun-

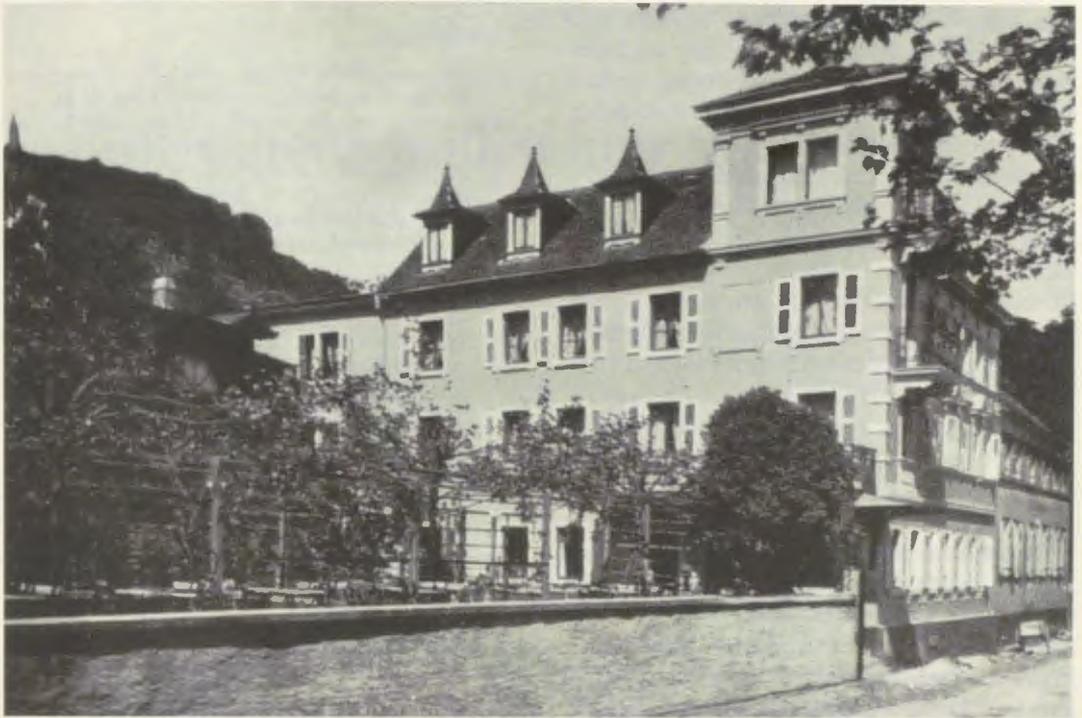
gen fortsetzte. Schmezers Einfluß auf den jüngeren Dichterfreund läßt sich an Hand von zahlreichen naturwissenschaftlichen Meta-

phern in dessen Liedersammlung „Gaudeamus“ ablesen. Wiederholt tritt Schmezer in Scheffelschen Versen auf, wie etwa in dem Gedicht von der Heimkehr<sup>3</sup>: „Der Pfarrer von Aßmannshausen sprach: Die Welt steckt tief in Sünden...“ Mit dem lokalen Bezug wird angespielt auf den Herkunftsort von Schmezers Lieblingswein. An anderer Stelle wird Schmezer „Augur von Tegulinum“ (Ziegelhausen) betitelt. Als Vormärz und Revolutionsjahre heraufzogen, brachen im Engeren politische Diskussionen aus. Bei aller Meinungsverschiedenheit herrschte jedoch ein freiheitlicher Geist, die ersehnte deutsche Einigung einschließend. Gewaltanwendung lehnte man einhellig ab und als im Mai 1849 in Baden kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Bundestruppen und Revolutionsheer drohten, da suchten mehrere Angehörige des Engeren, namentlich Professor Häusser, Rechtspraktikant Scheffel und Pfarrer Schmezer, Zuflucht in Auerbach an der Bergstraße. Sie beabsichtigten, an dem zurückgezogenen Ort gemeinsam mit gemäßigten Gesinnungsgenossen aus Karlsruhe den Ausgang der Kämpfe abzuwarten.<sup>4</sup>

Vor zweihundert Jahren, am 29. April 1800, ist Christoph Schmezer in Wertheim als zweites von sechs Kindern geboren worden. Seine Eltern waren der Knopfmacher und Gemeinderat Peter Schmezer und dessen Ehefrau Margarete geb. Frischmut. Nach Beendigung der Gymnasialzeit studierte Christoph Theologie an den Universitäten von Heidelberg und Halle. Lebhaften Anteil nahm er am studentischen Treiben in der Burschenschaft. Im Jahre 1823 legte er das Staatsexamen ab, den Prüfungsvorsitz führte der Prälat Johann Peter Hebel. Nach Verwendung in Schopfheim und Nonnenweier wurde Schmezer im Juni 1832 die Stelle eines Pfarrverwesers in Baden-Baden übertragen. Sein Dienstantritt bedeutete zugleich die Neugründung einer evangelischen Kirchengemeinde in der Bäderstadt. Der Gottesdienst mußte einstweilen provisorisch in der katholischen Spitalkirche gehalten werden, mit dem Bau einer eigenen Kirche konnte erst zwei Jahrzehnte später begonnen werden.<sup>5</sup> Schmezer erwies sich als befähigter Redner, seine Predigten fanden viel Zulauf. Eine Sammlung von Predigttexten hat er um 1836/37 im Verlag der Marxschen Buchhandlung zu Baden-Baden

herausgegeben: „Die Weihstunden oder tägliche Erhebungen des Gemüthes zu Gott.“ Schon kurz nach der Ankunft in Baden-Baden hatte der Pfarrer Mathilde Siefert geheiratet. Sie gebar zwei Söhne und eine Tochter. Wenige Wochen nach Geburt des letzten Kindes verstarb sie im Jahre 1836. Ende 1838 verehelichte sich Schmezer mit der verwitweten Charlotte Luplan geb. Thonn. Diese zweite Ehe verlief von Anbeginn unglücklich. Lautstarker Streitscholl zuweilen aus der pfarrherrlichen Wohnung und niemanden wunderte es, daß bereits im Jahre 1840 die Scheidung ausgesprochen wurde. Da die Vorgänge öffentliches Aufsehen erregt hatten, hielt es Schmezer für geraten, die Kurstadt zu verlassen. Auf seinen Antrag hin wurde er im Jahre 1840 auf die Pfarrei Ziegelhausen bei Heidelberg versetzt.<sup>6</sup>

Am neuen Dienstorte konnte Schmezer ein geräumiges, idyllisch über dem Neckarufer gelegenes Pfarrhaus beziehen. Das Wirken in der ländlichen Gemeinde beließ ihm ausreichend Muße für seine wissenschaftlichen Arbeiten. Seit der Studienzeit hatte Schmezer reges Interesse für naturwissenschaftliche Fragen gezeigt, namentlich für die Astronomie. In Heidelberg hielt er eine Reihe von Referaten aus diesem Themenbereich. Deren Inhalt faßte er bald zusammen zu einer 1853 veröffentlichten Schrift über populäre Himmelskunde mit dem Titel „Die Himmelsräume und ihre Welten“. Im Jahre 1869 folgte ein Lesebuch zum Selbstunterricht in der Geologie „Die Vergangenheit und Gegenwart des Erdballs und seiner organischen Lebensformen.“ Die Werke trugen dem Verfasser in Fachkreisen verdiente Anerkennung ein.<sup>7</sup> Im Jahre 1845 heiratete Schmezer „mit dienstpolizeilicher Erlaubniß“ die Pfarrerstochter Henriette Stephani, zwei Mädchen gingen aus der Ehe hervor. Während der Ziegelhauser Zeit nahm der lebenslustige Mann ausgiebig und regelmäßig an den feuchtfröhlichen Honoratiorenrunden des Engeren teil. Daneben unterhielt er zahlreiche Kontakte zu einem weiten Bekanntenkreis in Heidelberg und Mannheim. So kam es, daß Christoph Schmezer in seiner Umgebung mit dem Übernamen „flottester Pfarrer des Jahrhunderts“ belegt worden ist. Säuerlich vermerkt dagegen ein Visitationsbericht des Oberkirchenrats vom März 1853:<sup>8</sup> „Er ist zwar ein im Vortrag begab-



*Gasthaus Waldhorn ob der Bruck in Heidelberg*

ter Kanzelredner, weiß aber im geselligen Leben diejenige Würde nicht zu behaupten, welche in der Haltung eines Geistlichen hierbei nicht fehlen darf, soll dieses anders nicht seiner Wirksamkeit als Seelsorger Eintrag tun...“ Den Geistlichen focht derlei nicht an. Er hielt es weiterhin mit dem Festlied, das ihm der Dichterkreis Scheffel zum 50. Dienstjubiläum gewidmet hatte:<sup>9</sup>

Begann des langen Winters Macht  
 durchs Neckartal zu dunkeln,  
 sah oft der Schiffer in der Nacht  
 des Pfarrhofs Lämplein funkeln:  
 Er war's, der einsam übersaß,  
 den Kosmos zu erlernen,  
 und was er nicht in Büchern las,  
 das las er in den Sternen!  
 Doch Frühlings, wenn das Maikraut blüht,  
 da ging er zu den Sängern  
 und sang manch lustig pfälzisch Lied  
 zu Heidelberg im Engern...

Im Jahre 1871 mußte Schmezer seine dritte Frau zu Grabe tragen. Ein paar Jahre danach,

im Juni 1874, wurde der Seelsorger in den Ruhestand versetzt. Seinen Lebensabend verbrachte er bei seinem ältesten Sohne Karl<sup>10</sup> in Ladenburg. Dort ist er am 21. November 1882 verstorben und auf dem städtischen Friedhof beigesetzt worden.

Aus Schmezers Lebzeiten ist eine treffliche Anekdote überliefert, die so recht seine impulsive Wesensart beleuchtet. Um die Jahrhundertmitte hatte der Pfarrer bei einem seiner Besuche in Heidelberg eine Schußwaffe erstanden, vorgeblich eine Kinderpistole. Da die Zeitungen gerade von einem entwichenen Sträfling berichteten, wollte er sich wohl auf dem nächtlichen Nachhausewege schützen. Vergessen steckte die geladene Waffe noch in der Rocktasche, als er am nächsten Morgen in der Ziegelhauser Kirche seine Predigt begann. Aus dem 6. Kapitel des Buches Jesaja zitierte er wortgewaltig, wie die Engel ihr „Heilig“ riefen, so daß alle erbeben und das Haus voll Rauches ward. Mitgerissen vom anschließenden Schlußchoral soll nun der Prediger die Hand aus der Tasche genommen und nach oben gereckt haben, versehentlich die Pistole mit hochreißend. In eben die-

sem Augenblick kam er an den Abzugshahn – ein explosionsartiger Knall schreckte die Gläubigen hoch, schwärzlicher Pulverdampf verdunkelte das Kirchenschiff. Der Obrigkeit ist dieser peinliche Zwischenfall vermutlich nicht zu Ohren gekommen, hingegen muß die Kunde zu dem berühmten Schweizer Schriftsteller Conrad Ferdinand Meyer gedrunen sein. Phantasievoll schmückte er die Episode aus zu der Novelle „Der Schuß von der Kanzel“, verpflanzte dabei den Hergang auf einen ganz anderen Schauplatz. Erzählt wird von einem Schweizer Vikar, der ein Auge auf die anmutige, ihm zugetane Tochter eines widerstrebenden Amtsbruders namens Wertmüller geworfen hatte. Der war ein Waffennarr. Während der Sonntagspredigt zog Wertmüller auf der Kanzel ein soeben erhaltenes Terzerol bewundernd aus der Rocktasche – und schon knallte ein lauter Schuß. „Entsetzen, Schreck, Erstaunen, Ärger, Zorn, ersticktes Gelächter, diese ganze Tonleiter von Gefühlen fand ihren Ausdruck auf den Gesichtern der versammelten Zuhörer. Die Kirchenältesten im Chor aber zeigten entrüstete und strafende Mienen.“ Dank einer geschickt eingefädeltten Absprache konnten nun die Gemeindeglieder zum Schweigen vergattert, die Tochter des Kanzelschützen dem verliebten Vikar zur Braut gegeben werden.<sup>11</sup> Auslöser dieser erfundenen Kurzgeschichte bleibt jedoch allemal das wahrhaftige Malheur unseres Zielghäuser Pfarrherrn, unerkant und unter fremdem Namen ist seine Gestalt in die große Literaturgeschichte geraten.

#### Anmerkungen

- 1 Johannes Franke (Hrsg.), Joseph Victor von Scheffels sämtliche Werke, o. J. (1917), 1. Bd., S. 14.
- 2 Johannes Proelß, Scheffel's Leben und Dichten, 1887, S. 126; Richard Benz, Heidelberg. Schicksal und Geist, 1961, S. 440; Reiner Haehling von Lanzenauer, Dichterjurist Scheffel, Karlsruhe 1988, S. 21; Dietrich Bahls, Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, 3. Jg., 1998, S. 300.
- 3 Werke (Anm. 1), 4. Bd., S. 75; weitere Beispiele bei Fritz Pfeil, Aufbruch 1976, 12. Jg., Nr. 37, S. 8.
- 4 Karl Siegen/Max Mendheim, J. V. Scheffels Werke, 1918, Lebensbild in Teil 1, S. XL.
- 5 Adolf M. Hansen, Geschichte der neuerstandenen evangelischen Gemeinde in der Stadt Baden, 1875, S. 4; Bad. Biographien, Teil 4, 1891, S. 404; Johann Loeser, Geschichte der Stadt Baden, 1891, S. 490; Hans Martin Siehl, AQUAE, hrsg. v. Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden, 1992, S. 18.
- 6 GLA 76/6870, AS 14.
- 7 Proelß (Anm.2), S. 211; Wilhelm Blos, Jahrbuch des Historischen Vereins Alt-Wertheim 1915, S. 39; Reinhard Hoppe, 750 Jahre Ziegelhausen, 1970, S. 60.
- 8 GLA 76/6870, AS 15.
- 9 Werke (Anm. 1), 9. Bd., S. 183.
- 10 Geb. 1833 in Baden-Baden, gest. 1895 in Karlsruhe, Leiter der Höheren Bürgerschule in Ladenburg, sodann Direktor des Realgymnasiums Mannheim, Mitglied der II. Kammer, vgl. GLA 76/6871 und 76/6872; Bad. Biographien, V. Teil, 1906, S. 702; Hansjörg Probst (Hrsg.), Ladenburg. Aus 1900 Jahren Stadtgeschichte, 1998, S. 528.
- 11 Conrad Ferdinand Meyer, Historisch-kritische Ausgabe, besorgt v. Hans Zeller und Alfred Zäch, Bd. 11, 1959, S. 117, 249, 255.

Anschrift des Autors:

Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer

Hirschstraße 3

76530 Baden-Baden

# „In einem badischen Städtchen“

## Die Großmutter des Dichters Bertolt Brecht

*In den Kinderhimmel der Jugendzeit  
gehört unbedingt eine Großmutter.*

*Heinrich Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit*

„Vom armen B.B.“ heißt ein Gedicht, das 1922 geschrieben und 1927 in 'Bertolt Brechts Hauspostille' erstmals veröffentlicht wurde, und das so beginnt:

Ich, Bertolt Brecht, bin aus den schwarzen  
Wäldern.

Meine Mutter trug mich in die Städte hinein  
Als ich in ihrem Leibe lag. Und die Kälte der  
Wälder

Wird in mir bis zu meinem Absterben sein.<sup>1</sup>

Darin steckt noch ein Stück vom Dichter, wie er sich selber und wie die Zeit ihn gerne sah - als einen, der eigentlich nicht dazugehört und nicht dazu paßt. (1927 erschien auch 'Der Steppenwolf' von Hermann Hesse.) Und ganz in diesem Sinne stellte er sich am Schluß des Gedichts noch einmal dar:

Ich, Bertolt Brecht, in die Asphaltstädte ver-  
schlagen

Aus den schwarzen Wäldern in meiner Mut-  
ter in früher Zeit.<sup>2</sup>

Aber steckt darin auch der Dichter, wie er wirklich war? Wohl kaum. Denn Bertolt Brecht wurde am 10. Februar 1898 in Augsburg geboren. Dort hatten seine Eltern im Vorjahr, im Mai, auch geheiratet. Die Mutter Wilhelmine Friederike Sofie geb. Brezing stammte aus Roßberg bei Bad Waldsee, der Vater Berthold Friedrich allerdings aus Achern, wo er am 6. November 1869 geboren worden war. Da lagen dann die schwarzen Wälder, lag der Schwarzwald schon näher. „Meine Eltern sind Schwarz-

wälder“<sup>3</sup>, schrieb (wiederum 1922) der Dichter mit gewissem Stolz, aber nicht ganz zu Recht.

## DIE GROSSMUTTER AN IHREM ACHTZIGSTEN GEBURTSTAG ...

Die Eltern des Vaters waren Stephan Berthold Brecht (1839-1910), der in Achern in der Hauptstraße eine Steindruckerei betrieb, und dessen Ehefrau Karoline geb. Wurzler (1839-1919); sie hat im Werk ihres Enkels, des Dichters, ihre Spuren hinterlassen. Zu ihrem 80. Geburtstag, am 17. September 1919, schrieb er, „Eugen Bert Brecht“, ein Gedicht, das seinem Vater so gut gefallen haben muß, daß er es eigenhändig abschrieb, vielleicht um es der Jubilarin zuzusenden (die dann am 19. Dezember schon starb). Nur in dieser Abschrift, die erst vor ein paar Jahren aufgefunden wurde, blieb das Gedicht erhalten.

Aufgewachsen in dem zitronenfarbenen  
Lichte der Frühe  
unter dem breiten Dach des Hauses am  
Markte

Kind mit anderen Kindern, sah sie die Jahre  
ohne Sternenflug oder die schrecklichen  
Schatten

ehernen Schicksals. Aber der Mittag war  
heiß und mühevoll. Wenn ihre Kinder  
tief im Schatten des breiten Daches des  
Hauses am Markte

schliefen -  
hatte sie voller Arbeit die Hände, denen das  
Brot und den Trunk  
die Kinder entrissen. Später, am Nachmit-  
tag,

wölbte der Baum ihres Schicksals höher  
den Gipfel  
aber der Wind blieb stark, daß das Stehen  
oft schwer war.



*Die Großmutter Karoline Brecht geb. Wurzler*

Dann, als die Kinder, aufgewachsen und schon gehärtet

von ihr gingen, wie Vögel in alle Himmel über das Land und die Länder und über das Meer

lernte die Greisin weiter zu schauen: über das Land und die Länder und über das Meer.

Jahre gingen, schon wuchsen die Enkel auf, fern ein Geschlecht über Ländern und Meeren

das in den Knochen ihr Mark, in den Adern ihr Blut trug

und in den Stürmen des Lebens, immer neu durchgekämpft

sie aus der Ferne verehrte, die Mutter der Mütter.

Endlich am Abend ging sie, die alle geboren allein durch das Haus am Marktplatz, aufrecht und ungebeugt

während in dunkler gewordenen Ländern Kanzelwort und Trompetenruf

die Enkel entzweite. Sie aber betete über dem Streit für die Enkel diesseits und jenseits.

Jene aber, im Kampfe, dachten wohl immer Ihrer in zweierlei Lagern und daß in dem Hause am Marktplatz

Kammern für sie bereit und der Tisch schon gedeckt war.<sup>4</sup>

Werkstatt sauberhalten, das war kein leichtes Leben.“<sup>5</sup>

Walter Brecht, der Bruder des Dichters, zeichnete ein ganz ähnliches Bild: „Großmutter war nie groß gewesen, doch die viele schwere Arbeit und das Alter hatten sie kleiner werden lassen. Sie war stämmig, hatte einen etwas vorstehenden Bauch, über dem sie, im Schaukelstuhl sitzend, gerne die Hände gefaltet hielt. Im Haus trug sie immer eine Schürze über den langen, bis zu den Füßen reichenden Rücken. Ihre einfache Kleidung verhüllte faltenlos die flach gewordene Brust; neun Kinder hatte sie zur Welt gebracht; vier Kinder waren entweder tot auf die Welt gekommen oder bald gestorben; so blieben drei Söhne und zwei Töchter. Von ihr selbst hat man nie gehört, daß sie je krank gewesen wäre, sie hatte wohl keine Zeit dazu. Noch im Alter zeigte ihr rundes, gutes, meist lächelndes Gesicht mit dem breiten, schmallippigen Mund rote Bäckchen. Ihr dünn gewordenes Haar war von dunkler Farbe, in der Mitte gescheitelt und auf dem Kopf zu einem Knoten gebunden. Sie hatte die Angewohnheit, laut, oft seufzend, zu atmen, was aber nichts Bedrohliches besaß, nur einfach ein kleiner, von ihr selbst kaum wahrgenommener Luxus war, den sie sich als Erleichterung und Befreiung vom Alltag leistete. Ihre Hände zeugten von lebenslanger Arbeit.“<sup>6</sup>

Es ist ein feierliches, festliches Gedicht, gebildet aus Langzeilen im Stile Hölderlins; ein Lobpreis auf eine Großmutter, deren langes Leben aus Arbeit, Mühe und Sorge bestand. Dies hat auch ihr Sohn Karl Brecht (1874-1965) bestätigt, also ein Onkel des Dichters, der selber wieder im elterlichen Haus in Achern wohnte: „Mein Vater war Lithograph und betrieb hier im Haus eine Steindruckerei. Meine Mutter arbeitete täglich mit in der Werkstatt, die lange im ersten Stock untergebracht war. So schnitt sie die Weinetiketten, die mein Vater druckte, mit einer gewöhnlichen Schere zu. Als man bei einem Kollegen eine Schneidemaschine billig hätte kaufen können, lehnte sie es ab, man sparte das Geld, und die Mutter schnitt die Etiketten weiterhin brav mit der Schere. Überdies mußte sie für die Familie - wir waren fünf Geschwister - und noch für die Gesellen kochen und dazu das Haus mit der

### ... UND IM KREISE DER FAMILIE

Walter und Bertolt Brecht, die ungleichen Brüder, kamen als Kinder oft nach Achern, das ihnen zu einer „zweiten Heimat“<sup>7</sup> wurde. Auch die anderen Verwandten kamen da zusammen, und Walter porträtierte sie mit sicherem Strich. Da gab es die Brüder des Vaters: den schon erwähnten Karl, der Buchdrucker wurde und sich ebenfalls in Augsburg niederließ, und Gustl, den jüngsten, der als Vertreter einer Weinfirma tätig war. Außerdem gab es da noch seine Schwestern Marie und Fanny, die 1892 in die USA ausgewandert waren. Sie alle kamen nach Achern, und zwar, da sie alle verheiratet waren, meist mit der ganzen Familie, zumindest mit den Kindern. (Von dieser überseeischen Verwandtschaft spricht ja auch das Geburtstagsgedicht an mehreren Stellen.) Und es gab noch zwei Geschwister der Großmutter: Fanny,



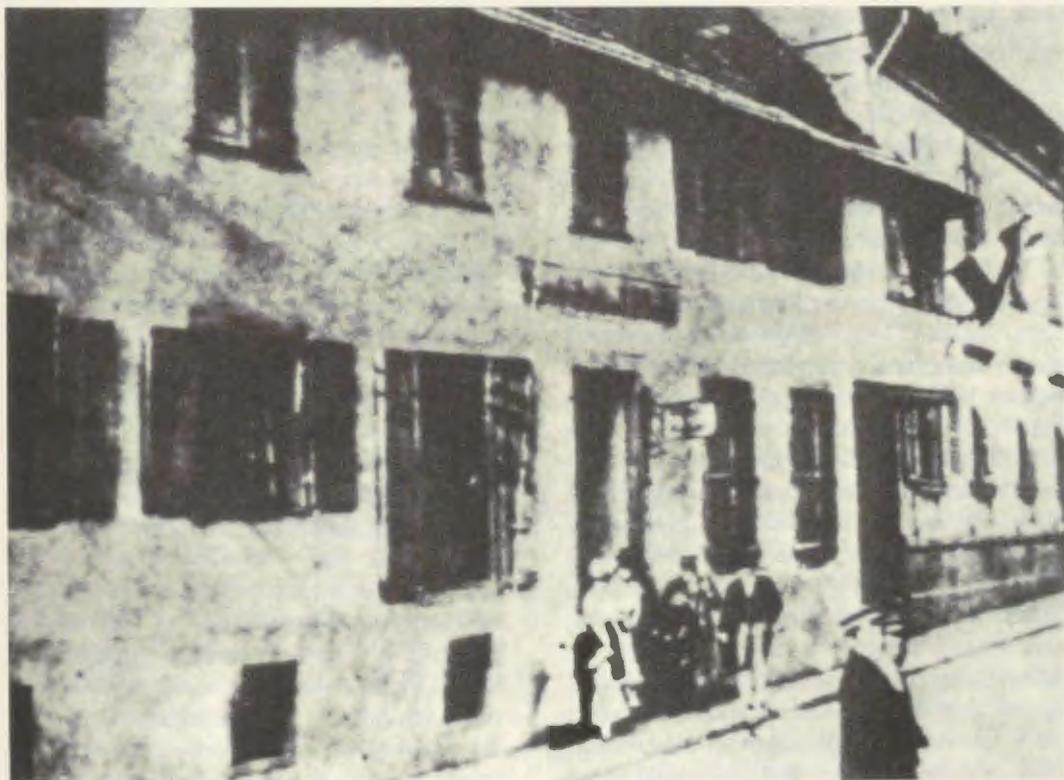
*Die Großeltern Stephan Berthold Brecht und Karoline geb. Wurzler*

die als pensionierte Hauptlehrerin in Freiburg lebte, und Josef, der ebenfalls in die USA ausgewandert und dort, in Brooklyn, als Immobilienhändler ungeheuer reich geworden war. „Zu einer Zeit, als es noch wenig Automobile gab, kam er mit einem großen Cadillac, der von einem Neger in Livree gesteuert und am vornehmen Hotel 'Post', zwei Häuser weg von unserem Haus, abgestellt wurde.“<sup>8</sup> Dem Krankenhaus der Stadt Achern stiftete er ein buntes Fenster und wohl auch sonst noch manches, so daß man der Straße, die zu diesem Krankenhaus führte, seinen Namen gab und ihn selber, so oft er kam, am Ortseingang mit Blasmusik empfing.

Auch den Großvater gab es noch.<sup>9</sup> „Was er hervorbrachte, waren mit äußerster Akribie gezeichnete Stammbäume, auch Wappen, die dann Wein- und Bierkrüge zierten, vor allem Etiketten für die Flaschen von Weinen verschiedenster Provenienz. Seinem Schaffen fehlte alles Grobe, er war ein feinsinniger Litho-

graph mit Fähigkeiten, die über das Kunstgewerbliche hinausgingen.“<sup>10</sup> Er gehörte zu den Honoratioren des Städtchens, mit denen er allabendlich im „Adler“ zusammensaß, trank und lautstark stritt. An Sonntagen mietete er manchmal eine Kutsche und fuhr mit der Familie nach Sasbachwalden oder Kappelrodeck, wo man zum Vesper einkehrte. (Mit den Kindern des Nachbarn, des Uhrmachers Anton Heß, wanderten die Brüder Brecht auch auf die Hornisgrinde und zum Mummelsee; wenn sie auf dem Hinweg die Illenau passierten und das verworrene Geschrei der Irren hörten, fürchteten sie sich ein bißchen.)

Und inmitten dieser vielköpfigen, vielfarbigten Familie thronte, in ihrem geliebten Schaukelstuhl, die Großmutter. „Sie war eine alte Frau, die ein Leben durchgemessen hatte mit nie abbrechender Arbeit, mit Entbehrungen, Kümernissen und mit Demütigungen, die aber auch geliebt worden war und geliebt wurde. Es ging ihr jetzt gut, sie fühlte sich zufrieden und



*Steindruckerei von Stephan Berthold Brecht vor dem (1930 erfolgten) Umbau*

in der Zuneigung ihrer Kinder und Kindeskin- der wohl aufgehoben. Was sie noch zu leben hatte, wollte sie in Frieden verleben, dankbar für die ihr beschiedene Gesundheit, und nur dem einzigen Luxus frönend, auf den sie nicht verzichten konnte: dem von wohlthuenden Seuf- zern begleiteten, tief Luft holenden, lauten Atmen. Ihre Schlichtheit, das Ansehen ihrer Söhne und Töchter und der ihr von allen Seiten gezollte, verehrende Respekt waren die Ernte, die am Ende zu bergen, ihr ein freundliches Schicksal erlaubte.<sup>11</sup> So noch einmal der Enkel Walter Brecht.

## „DIE UNWÜRDIGE GREISIN“

Um so größer war die „Betroffenheit“<sup>12</sup>, ja „Verständnislosigkeit“<sup>13</sup> der ganzen Verwand- schaft, als der andere Enkel, der Dichter, die Großmutter zum Gegenstand einer 1939 geschriebenen, 1949 gedruckten Geschichte machte – „und wo er Dinge erzählt, die von Anfang bis Ende erfunden sind“<sup>14</sup>; wie er dazu kam, war dem alten Onkel Karl ganz „unerklär- lich“<sup>15</sup>.

Meine Großmutter“, so schrieb der Enkel, „war zweiundsiebzig Jahre alt, als mein Großva- ter starb. Er hatte eine kleine Lithographen- anstalt in einem badischen Städtchen und arbei- tete darin mit zwei, drei Gehilfen bis zu seinem Tod. Meine Großmutter besorgte ohne Magd den Haushalt, betreute das alte, wacklige Haus und kochte für die Mannsleute und Kinder.“<sup>16</sup> So weit, so wahr; oder nur fast. Denn in guten Zeiten arbeiteten in der Steindruckerei „bis zu acht Gesellen“<sup>17</sup>, und das Haus an der Haupt- straße war zwar alt, „eines der ältesten Häuser Acherns“<sup>18</sup>, seit mehr als einem Jahrhundert im Familienbesitz, aber noch gut in Schuß. Das Anstößige kommt allerdings erst noch.

Als der Großvater des Erzählers stirbt, bleibt die Großmutter allein zurück, und die längst erwachsenen Kinder wechseln Briefe „über das Problem, was mit ihr zu geschehen hätte“<sup>19</sup>. Aber die alte Frau tut keineswegs, was sie soll, sondern was sie will, und fängt ein neues Leben an. Mit den Mitgliedern der Fami- lie und den Mitbürgern im Städtchen verkehrt sie kaum noch; sie besucht viel lieber einen Flickschuster in seiner Werkstatt, geht regel- mäßig ins Kino und jeden zweiten Tag zum

Essen in den Gasthof. Mit einer gemieteten Kutsche fährt sie in einen Ausflugsort, und sie fährt nach K. („einer größeren Stadt, etwa zwei Eisenbahnstunden entfernt“<sup>20</sup>) zum Pfer- derennen. Sie wohnt allein im großen Haus, zieht ein geistesschwaches Mädchen an sich und nimmt sich seiner an. Frühmorgens geht sie in den leeren Straßen des Städtchens spa- zieren. Kurzum: sie tut in fast allem das Gegen- teil von dem, was man von ihr erwartet hätte. Von der „unwürdigen Aufführung unserer lie- ben Mutter“<sup>21</sup> handeln denn auch die Briefe eines ihrer Söhne, aber der Enkel, der Erzähler, sieht es anders: „Genau betrachtet lebte sie hin- tereinander zwei Leben. Das eine, erste, als Tochter, als Frau und als Mutter, und das zwei- te einfach als Frau B., eine alleinstehende Per- son ohne Verpflichtungen und mit bescheide- nen, aber ausreichenden Mitteln. Das erste Leben dauerte etwa sechs Jahrzehnte, das zwei- te nicht mehr als zwei Jahre.“<sup>22</sup>

Was schon einmal nicht stimmt.<sup>23</sup> Die Großmutter hat, wie bekannt, den Großvater um neun Jahre überlebt, und die beschriebenen Frei- heiten hat sie sich nicht herausgenommen. Sie war keineswegs 'Die unwürdige Greisin', als wel- che sie schon im Titel dieser 'Kalendergeschich- te' erscheint. Daß sie, die Geschichte, „mit der Wahrheit nichts zu tun“<sup>24</sup> hat, wußte auch Wal- ter Brecht, aber er nahm es leicht; ja er fand sogar, daß von Verleumdung nicht gesprochen werden könne, im Gegenteil: „Denn einer Frau, die Tausende von Schwestern gleichen Schick- sals besaß, wurde ein Denkmal gesetzt, das sie aus der Anonymität dieser Unzähligen heraus- hob und sie, als einzige, auf eine dichterische Höhe sondergleichen stellte.“<sup>25</sup>

Auch Robert Minder, der berühmte Litera- turhistoriker, der diese Geschichte in den Mit- telpunkt (oder auch an den Anfang) einer eige- nen, weit ausschweifenden Studie stellte, wobei er das, was Bertolt Brecht erzählte, für bare Münze nahm – auch Minder meinte schließlich, daß „Brecht sich in die Großmut- ter hinein projiziert“<sup>26</sup>, daß er sie als seine Vorläuferin entdeckt „oder annektiert“<sup>27</sup> habe. Der Eigensinn, den er an ihr so bewun- dernd hervorhob, war sein eigener. Und auch er hatte sich inzwischen vom Bürgertum abge- kehrt und denen zugewandt, die im Dunkeln sind.



Aktie aus dem Jahre 1873; Lithographie, gezeichnet und gedruckt von Stephan Berthold Brecht

(Stadtarchiv Achern A1/361)

## WARUM GERADE EIN SCHUSTER?

In dem Licht, das Brecht in die unbürgerliche, unterbürgerliche Schicht des badischen Städtchens fallen läßt, leuchtet eine Gestalt besonders hell auf: der Flickschuster. Bei ihm kehrt die Großmutter regelmäßig ein, obwohl seine Werkstatt „in einem armen und sogar etwas verrufenen Gäßchen“<sup>28</sup> liegt, und obwohl in ihr „allerlei nicht besonders respektable Existenzen“<sup>29</sup> herumsitzen, „lauter lustige Leute“<sup>30</sup>, und über die Honoratioren herziehen. (Obwohl, oder weil?) Dort steht auch immer ihr Rotwein bereit, und der Gesellschaft bringt sie mitunter stärkere Getränke mit. Der Flickschuster trinkt sowieso, ist Sozialdemokrat und angeblich „in der ganzen Welt herumgekommen“<sup>31</sup>. Wenn man die Großmutter auf ihn anspricht, sagt sie: „Er hat etwas gesehen“<sup>32</sup>. (Später stellt sich heraus, daß die Großmutter eine Hypothek auf das Haus

genommen hat, die offenbar ihm zugute kommt; denn nach ihrem Tod zieht er in eine andere Stadt und macht dort ein größeres Geschäft für Maßschuhe auf.) „Er war jedenfalls kein Verkehr für meine Großmutter.“<sup>33</sup>

Schon allein, weil er ein Flickschuster war. In einer Zeit, in der ein Beruf dem, der ihn ausübte, ein jeweils besonderes, bestimmtes, allgemein bekanntes Gepräge gab, galt der Schuster – wie übrigens auch der Weber – als Sinnierer und Spintisierer, als nachdenklicher Mensch; und zu Recht, denn bei seiner Arbeit mußte er es werden. Wenn nur die Hände beschäftigt sind, dann bleibt der Kopf frei; dann können die Gedanken ihre eigenen Wege gehen, oft auch auf Abwege geraten. Wobei dann diese Nachdenklichkeit entweder in die Politik oder in die Mystik mündete; es gab Schuster, die frech waren und nicht fromm, die sich erhoben und nicht sich ergaben, die rebellierten und nicht resignierten. Es ist offensicht-

lich, zu welcher Sorte der Mann in Achern gehört. Er ist (wie ein Zunftgenosse, der in einer Geschichte von Alfred Polgar vorkommt) „Flickschuster von Beruf und Protestler gegen die Weltordnung aus innerstem Bedürfnis“<sup>34</sup>. Aus gutem Grund gibt es in der Literatur, und nicht nur in der deutschen, eine Vielzahl von politischen, kommunistischen, atheistischen Schustern<sup>35</sup> – weil es sie in Wirklichkeit gab. Der bekannte Joseph Belli von der „roten Feldpost“ stammte sogar aus Rammersweier bei Offenburg.<sup>36</sup>

## DER URGROSSVATER: AUCH SO EINER

So ein Schuster, wie Brecht ihn hier erfand oder der Wirklichkeit nachempfand, war sogar in der Familie vorgekommen. Bernhard Wurzler, der Vater der Großmutter, war einst aus Sasbachwalden zugezogen und, wie schon seine Vorfahren, Schuhmacher gewesen; in Achern machte er einen Lederhandel auf. Er wird wohl dem Bild entsprochen haben, das Lotte Paepcke aus Freiburg von ihrem Vater überlieferte. „Er stand in seiner gelben Lederhändlerschürze hinter der alten braunen, zerschnittenen Theke und bediente die Schuhmacher mit Nägeln aller Sorten und sonstigen harten, praktischen Gegenständen zum Reparieren von Schuhen. Er schnitt Sohlen mit dem geschweiften Messer, während die Schuhmacher mißtrauisch, mit schiefgehaltenem Kopf, von oben herunter den Lauf des Messers verfolgten.“<sup>37</sup> Nebenher betrieb Wurzler noch eine kleine Landwirtschaft. In Achern gehörte er dem Volksverein<sup>38</sup> und sogar dem Bürgerausschuß<sup>39</sup> an, wurde aber 1849 als dessen Mitglied suspendiert; ebenso der Sattlermeister Volz. („Wegen ihres politischen Verhaltens“<sup>40</sup>, sagen die Akten.) Auch soll er im Gefängnis gesessen haben. Der Urgroßvater war genau die Gestalt, zu der Brecht die Großmutter stilisierte, und die er selber sein oder werden wollte. Vielleicht wußte Brecht gar nichts von dem alten Revolutionär; aber vielleicht erbte er etwas von ihm.<sup>41</sup>

### Anmerkungen

1 Bertolt Brecht, Vom armen B. B. In: B. B., Gesammelte Werke Bd. 8 (=Gedichte Bd. 1). Frankfurt a. M. 1967, S. 261-263; hier S. 261.

2 Ebd. S. 263.  
 3 Bertolt Brecht, Briefe 1913-1956. Bd. 1. Hrsg. von Günter Glaeser. Frankfurt a. M. 1981, S. 84 (an Herbert Jhering).  
 4 Werner Hecht (Hrsg.), Brecht. Sein Leben in Bildern und Texten. Frankfurt a. M. 1978, S.36; der Text folgt dem Faksimile der Handschrift und nicht der beigegeführten Transkription, die in manchem von ihm abweicht. – Ganz ähnlich beginnt ein Gedicht, das Brecht dem Vater zu dessen 50. Geburtstag, im selben Jahr 1919, schrieb: „Unter dem breiten Dach des Hauses am Marktplatz/Aufgewachsen im zitronenfarbenen Lichte der Frühe“ (zit.n.: Walter Brecht, Unser Leben in Augsburg, damals. Frankfurt a. M. 1984, S.265).  
 5 Zit. n.: Werner Frisch/K.W. Obermeier, Brecht in Augsburg. Erinnerungen, Dokumente, Fotos. Berlin 1997, S.33.  
 6 Walter Brecht, a.a.O. S. 170f.  
 7 Ebd. S. 162.  
 8 Ebd. S. 177.  
 9 Am 21. Juli 1865 bat Stephan Brecht, Lithograph, den Gemeinderat der Stadt Achern um bürgerliche Aufnahme, da er die Karoline Wurzler, Tochter des Schusters B. Wurzler in Achern, heiraten wolle; er selber sei am 16. Dezember 1839 in Sasbachwalden, wo sein Vater als Lehrer wirkte, geboren worden und habe in Achern die Meier'sche Lithographie gekauft, welche er „seit 3/4 Jahren gut betreibt“ (Gemeinderatsprotokolle 1859-1871, S. 324). Am 6. März 1885 wurde im Gemeinderat sein Gesuch um teilweise Befreiung vom Schulgeld beraten (Gemeinderatsprotokolle 1871-1885, S.1222). Sein Geschäft befand sich in der Hauptstraße 214 (Einwohnerverzeichnis von 1896), die der heutigen Hauptstraße 66 entspricht; an diesem Haus wurde 1973, zum 75. Geburtstag des Dichters, eine Gedenktafel angebracht. Freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Achern (Frau Rumpf) vom 08. 03. 1999. – Der Vater des Großvaters, Johann Michael Brecht, stammte aus Rheinsheim bei Bruchsal, war, wie erwähnt, Lehrer in Sasbachwalden und verheiratet mit Franziska Mees, der Tochter von Anton Mees, Medizinalrat und Physikus in Achern; vgl. Eugen Beck, Zum 75. Geburtstag von Bert Brecht. Seine Abstammung väterlicherseits. In: Der Sasbacher 1973, S. 134-137.  
 10 Ebd. S. 167.  
 11 Ebd. S. 187.  
 12 Ebd. S. 190.  
 13 Ebd.  
 14 Karl Brecht, zit.n.: Frisch/Obermeier, S. 34.  
 15 Zit. n.: ebd.  
 16 Bertolt Brecht, Die unwürdige Greisin. In: B. B., Gesammelte Werke Bd.11 (=Prosa Bd.1). Frankfurt a. M. 1967, S. 315-320; hier S. 315.  
 17 Walter Brecht, a.a.O. S.168.  
 18 Ebd. S. 163; vgl. auch Frisch/Obermeier, a.a.O. S. 32f.  
 19 Bertolt Brecht, Die unwürdige Greisin S. 315.  
 20 Ebd. S. 318. – Klaus Völker (Bertolt Brecht. Eine Biographie. München/Wien 1976, S. 10) liest K. als Kehl; aber eher wird Karlsruhe gemeint gewesen sein, wo es, im Stadtteil Knielingen, auch eine Pferderennbahn gab und noch gibt.  
 21 Ebd. S. 319.

- 22 Ebd. S. 320.
- 23 Auch andere Details treffen nicht zu. So hat Karoline Wurzler nicht sieben, sondern neun Kinder geboren; daß die beiden Töchter nach Amerika gingen und ein Sohn Buchdrucker wurde, stimmt freilich wieder; aber es war nicht der jüngste, und er blieb auch nicht in Achern, hatte auch keine Tochter namens Anna, usw. – „Gerade weil Brecht viele authentische Details verwandte, um die Greisin zu schildern, befremdete und empörte das Gesamtbild um so mehr. Denn nach dem Tode ihres Mannes hatte sich ihr Leben nicht wesentlich geändert“ (Werner Mittenzwei, *Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln*. Bd. 1. Frankfurt a.M. 1987, S. 23).
- 24 Walter Brecht, a.a.O. S. 190.
- 25 Ebd.
- 26 Robert Minder, Brecht und die wiedergefundene Großmutter. In: R. M., *Dichter in der Gesellschaft. Erfahrungen mit deutscher und französischer Literatur*. Frankfurt a. M. 1966, S. 191-209; hier S. 195.
- 27 Ebd. S. 194.
- 28 Bertolt Brecht, *Die unwürdige Greisin* S. 317.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd. S. 320.
- 31 Ebd. S. 317.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Alfred Polgar, *Der Mantel*. In: A. P., *Im Lauf der Zeit*. 2. Aufl. Hamburg 1956, S. 72-85; hier S. 77.
- 35 Vgl. Johannes Werner, „Du Müller, du Mahler, du Mörder, du Dieb!“ *Berufsbilder in der deutschen Literatur*. München 1990, bes. S. 31-36. – Die in diesem Buch gegebenen Beispiele wären, auch aus dem badischen Bereich, noch vielfach zu ergänzen; so kommt der „politische Schuster“ auch bei Lucian Reich vor (Novellen und Skizzen. Karlsruhe 1897, S. 278; vgl. insges. S. 245-289).
- 36 Sein Lehrmeister hatte auch von der Welt „ein Stück gesehen“ und erzählte oft davon, und unter den Lehrgesellen waren „vielergeiste und intelligente Leute“ (J. Belli, *Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz*. Mit einer Einleitung: *Erinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- u. Wanderjahren*. 8. Aufl. Berlin 1926, S. 31).
- 37 Lotte Paepcke, *Ein kleiner Händler, der mein Vater war*. Moos/Baden-Baden 1989, S. 16.
- 38 GLA Karlsruhe 236/8509: 12.
- 39 GLA Karlsruhe 236/3108: 59.
- 40 Ebd. – Vgl. auch Hans-Martin Pillin, *Die Stadt Achern in den Revolutionsjahren 1848/49*. In: *Die Ortenau* 78 (1998), S. 173-186; bes. S. 183.
- 41 Zum letzten Mal soll Bertolt Brecht 1927 in Achern gewesen sein, als in Baden-Baden sein Stück 'Das kleine Mahagonny' zur Uraufführung kam; und zwar, wie er angeblich sagte, „um nachzuschauen, ob der alte Birnbaum im Hof des Hauses noch steht“ (*Acher- und Rench-Zeitung*, 10. 02. 98).

Anschrift des Autors:  
 Dr. Johannes Werner  
 Steinstraße 21  
 76477 Elchesheim

# Grenzfluß und Brückenbau – Der Rhein

„Landeskundetag“ in Freiburg 1999

Der „Verein zur Förderung der Landeskunde in den Schulen“ wurde 1985 in der Aula des Schulzentrums in Kirchzarten gegründet, aus einer eindeutigen Notwendigkeit heraus: „Voraussetzung der Kultur einer Region ist, daß man sie kennt, möglichst von Kindheit an, und diese Kenntnis aktiv in seiner Lebensführung umsetzen kann“. Es hat sich inzwischen ein ganzes Netzwerk zur Förderung der Landeskunde und regionaler Kultur in den Schulen „und drum herum“ gebildet; ausgezeichnet! Für den „Landeskundetag 1999“ in Freiburg war das Thema sehr gut gewählt, ein Dauerthema und immer aktuell: „Der Rhein – Grenze oder Übergang?“ – Es wurde dabei eine Vielfalt der Unterrichtsergebnisse zu diesem Komplex dokumentiert – recht unterschiedlich, immer treffend, anspruchsvoll, überwiegend optimistisch. „Worum trennt uns der Rhy? – Ass mir zeige chenne, wie mer Brücke baut. Lina Ritter. Geschrieben am Stauwehr in Märkt auf der badischen Uferseite“ – ein handgeschriebenes Bekenntnis, wie Kinder heute Probleme lösen möchten.

## DAS INTEGRIERTE RHEINSCHUTZPROGRAMM

– Zwei Problembereiche wurden in Freiburg in Vorträgen vertieft. Herbert-Michael Staber, stellvertretender Leiter der Abteilung Ökologie und Bodenschutz bei der Gewässerdirektion südlicher Oberrhein/Hochrhein, skizzierte sehr anschaulich aus seiner Sicht zwei Jahrhunderte Rhein-Geschichte:

– Da war zunächst das Projekt Tulla mit der Oberrheinkorrektur zwischen Basel und

Mannheim, der die Flußstrecke um fast 100 km verkürzte, dem Rhein den Charakter eines „Wildstromes“ nahm und den Bereich der Auen deutlich beschnitt. Daß ständig wiederkehrende Hochwasser mit regelmäßigen Katastrophen für die Anwohner die Ausbaumaßnahmen notwendig machten, war unbestritten. Der Ingenieur und Oberstleutnant im damaligen Großherzogtum, Johann Gottfried Tulla (1770–1828), sorgte mit seinen Maßnahmen, die erst 1880 abgeschlossen wurden, für eine Breite von 200 bis 240 Meter, Hochwasser konnte sich nur noch in einem Bereich von höchstens 2 km ausdehnen. So wurde Siedlungsraum geschaffen, Landschaft ökonomisch nutzbar gemacht, und die Anwohner waren geschützt vor Hochwasser.

– Max Honsel war ab 1906 Chef der Karlsruher Baudirektion, er wollte Tullas Werk noch perfektionieren, schüttete „Buhnen“ auf, Steinmauern, die den Fluß weiter einschnürten, das Wasser auf einen engen Lauf konzentrierten. Die Schifffahrtsrinne war nun durchgängig 2 m tief, 75 bis 100 m breit, die ganzjährige Schifffahrt bis Basel war gesichert. Freilich gingen durch diesen Dammbau wichtige Überflutungsflächen verloren, allein zwischen Märkt/Basel bis Karlsruhe 660 km<sup>2</sup> Überschwemmungsgebiet; die Erosion des Rheins brachte erstaunliche Folgen, aber noch immer war die Auelandschaft am Oberrhein in relativ naturnahem Zustand.

– Starke Konsequenzen hatten die Folgen des Versailler Vertrags, der in seinem Artikel 358 Frankreich das Recht gab, Wasser aus dem Flußbett abzuleiten und den Rhein zur Energiegewinnung zu nutzen. In den Jahren 1928

bis 1977 entstanden so insgesamt 10 Stau-  
stufen: Der Grand Canal d'Alsace mit den Stau-  
stufen Kembs, Ottmarsheim, Fessenheim und  
Vogelgrün, dann (1959 bis 1970) zwischen  
Breisach und Straßburg Marckolsheim, Rhinau,  
Gerstheim und Straßburg, und schließlich die  
Staufstufen von Gamsheim und Iffezheim. Von  
1000 km<sup>2</sup> Überflutungsfläche am Oberrhein  
blieben 130 km<sup>2</sup> übrig – mit dramatischen öko-  
logischen Auswirkungen und immer mehr vom  
Menschen genutzten Flächen.

Vor allem aber verschärfte sich als direkte  
Folge des Staufstufenbaus die Hochwassergefahr ab  
Iffezheim rheinabwärts. Die schlimmen Erfahrun-  
gen führten zu Einsicht und zu Maßnahmen, zu  
einem integrierten Rheinprogramm zum Schutz  
vor Hochwasser und zum Erhalt und zur mög-  
lichen Renaturierung der Oberrheinauen: „Nach  
dem Vorbild der Natur ist Auenschutz der Hoch-  
wasserschutz von morgen“. An 13 Standorten  
auf der badischen Rheinseite werden Hochwas-  
serrückhalteflächen auf ehemaligen Auflächen  
geschaffen. Schon 1968 hatte eine „Internatio-  
nale Hochwasserstudienkommission“ die „Wie-  
derherstellung der Hochwassersicherheit“, wie sie  
„früher“ gegeben war, als notwendig erachtet.  
1982 führte dies zu einer deutsch-französi-  
schen Vereinbarung, 1996 zu einem Rahmenkonzept  
für die gesamte Umsetzung mit dem Bau von Pol-  
dern, Dammrückverlegungen und dem Einsatz  
alter Räume und Wehren. Dieses IRP (Integrier-  
tes Rheinprogramm) will auch viele „grüne Ziele“  
erreichen, natürlich eine möglichst schonende  
Anpassung an Überflutungen sichern, aber auch  
neue Lebensgrundlagen für eine Vielfalt von  
Flora und Fauna garantieren. Die verantwortliche  
Verwaltung ist sich sicher: „Das IRP ist Voraus-  
setzung für die Reduzierung von Schäden durch  
Jahrhundertfluten am Oberrhein“.

## BETRACHTUNGEN DES HISTORIKERS

Wolfgang Hug, der ausgewiesene Fach-  
mann für badische Geschichte, führte als Histo-  
riker durch zwei Jahrhunderte am Oberrhein.

Er überzeugte mit sehr viel Nähe in der  
Betrachtung und sachlicher Distanz – und dem  
Bekenntnis, daß die tragfähige Formel zur  
abschließenden Bilanzierung des Geschehens  
rechts und links des Flusses noch nicht gefun-

den sei. René Schickele biete immerhin persön-  
lich und in seinem Werk ein gutes Bild.

In zehn Etappen bzw. Fragestellungen  
meisterte Prof. Hug sein schwieriges Thema:

– Kann man den (Ober-)rhein als Zivilisati-  
onsgrenze ansehen?

– Kann man von einer Einheit des „Ale-  
mannenlandes am Oberrhein sprechen“ (Hug  
betonte sehr stark das Phänomen der „Verfran-  
kung“, vor allem der Kirche).

– Viele Belege brachte der Referent zur  
Vorstellung des Oberrheins als „Pfaffengasse“:  
Christianisierung rechts des Rheins vom Elsaß  
her, die vielen linksrheinischen Bischofsstädte,  
die Ausstrahlung von Burgund (Cluny, Clair-  
vaux), die Reformkonzilien in Basel und Kon-  
stanz, die das Oberrheingebiet zum „Nabel der  
Weltkirche“ machten.

– Der Oberrhein als „Straße der Städte“:  
Hier entwickelte sich fast die Hälfte der Reichs-  
städte des Mittelalters, als Zentren des „Fort-  
schritts“, der Kommunikation, der Autonomie,  
der „humanen Gesellschaft“, der Kunst und der  
Dichtung, auch der sozialen Konflikte.

– Die „Achsenzeit am Oberrhein“ um 1500  
sieht Wolfgang Hug ganz zentral: Humanismus  
und Reformation, Spätgotik, Grünewald, Hol-  
bein d. j., Schongauer, Hans Baldung u. a., Lite-  
ratur in großer Vielfalt.

– Bis der Rhein zur „Staatengrenze“ wird  
mit dem 30jährigen Krieg und der territorialen  
Abgrenzung bzw. dem Gegensatz zwischen der  
Krone Frankreichs und Habsburg.

– Am Oberrhein wurde „der Freiheit eine  
Brücke“ gebaut: Hug sieht viel Positives in der  
Entwicklung auf 1789 hin und in dessen Fol-  
gen, aber er bewertet auch sehr kritisch, was  
sich – über die Schaffung des badischen  
Großherzogtums weg – bis 1848 ergeben hat.

– „Wem gehört die Wacht am Rhein?“ –  
Hug verwies auf die „Industrieachse“, den  
Eisenbahnbau am Oberrhein, die dramatische  
Zuspitzung 1870/71, die „Besatzungsherr-  
schaft“, die „Lösung“ von 1918.

– Weiter dann der Oberrhein in der NS-Ideo-  
logie, das Elsaß als „Herzland und Schildwache  
des Reiches“, wieder die militärische „Lösung“.  
Ganz ausführlich und engagiert dann der  
Schlußpunkt in dieser historischen Betrach-  
tung: „Wächst Europas Einheit hier am (Ober-  
rhein?“

- Es war nicht die pure Euphorie, die hier verbreitet wurde. „Ich bin maßlos enttäuscht über die Defizite“, betonte der Referent, aber es gebe auch viele individuell geglückte Kontakte, auch viel Interesse an ökonomischer Effizienz, vor allem aber: die Basis für ein „kulturelles Kernland eines wachsenden Europas“ sei nach wie vor sicher gegeben.

In einer badischen Persönlichkeit sah Wolfgang Hug den Geist der Verständigung und Aussöhnung besonders verkörpert: Im Schriftsteller und Diplomaten Wilhelm Hausenstein, geboren 1882 in Hornberg im Schwarzwald, ein echter Europäer, aber der badischen Heimat zeitlebens verbunden, mit der selbstverständlichen Verpflichtung zur Verbindung, zur Vermittlung und zum Ausgleich. Ihm wurde von Adenauer die Aufgabe übertragen, den Versuch neuer partnerschaftlicher Nachbarschaft zu machen, wieder eine Brücke zu schlagen. - Daß derzeit eher nationalistische Interessen das gemeinsam Verbindende übertönen, wurde in

der Diskussion bedauert. Daß für Verständigung und Kooperation und Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland und speziell am Oberrhein zwischen dem Elsaß, Baden und der Schweiz keine Alternativen mehr vorstellbar sind, dagegen gab es keinen Widerspruch.

Hoffen wir, daß nach so vielen ungunstigen und für alle meist unheilvollen Etappen, über die auch künftig junge Menschen klare Informationen brauchen, das europäische Zusammenwachsen gerade auch der Menschen am Oberrhein jetzt und in Zukunft leichter wird. Jede Generation wird hier neue Notwendigkeiten und auch neue Chancen sehen.

Anschrift des Autors:  
Adolf Schmid  
Steinhalde 74  
79117 Freiburg

# Vor 100 Jahren: Das Trachtenfest in Haslach im Juni 1899

Haslach im Kinzigtal feiert ein Jubiläum

Vor einhundert Jahren war es, am 4. Juni 1899, als der Geburtsort Heinrich Hansjakobs, das Städtchen Haslach im Kinzigtal sich von seiner festlichsten Seite zeigte, waren doch die Häuser und Straßen festlich beflaggt und mit Birken und Tannengrün ausgeschmückt, denn es wurde hoher Besuch erwartet. Angekündigt hatten sich Großherzog Friedrich von Baden und dessen Gemahlin, Großherzogin Luise und in ihrer Begleitung sollten sich Erbgroßherzog Friedrich und dessen Gemahlin Hilda befinden. Der Anlaß für ihr Kommen war ein ganz besonderer, Haslach feierte auf die Initiative von Dr. Heinrich Hansjakob (1837-1916), damals Stadtpfarrer von St. Martin in Freiburg und längst vielgelesener Schwarzwälder Volksschriftsteller, ein großes Trachtenfest, zu welchem sich Trachtenvereine aus dem ganzen mittleren Schwarzwald angekündigt hatten und zum großen Trachtenfest auch erschienen waren.

Hansjakob selbst war es, der auch einige Besonderheiten in das Festprogramm einfließen ließ, so die Aufführung eines Schwarzwälder Hammeltanzes.

Warum gerade Heinrich Hansjakob an diesem Trachtenfest in seiner Vaterstadt Haslach so viel gelegen war, das ist ja schon allein in seinem Engagement um den Erhalt der Volkstrachten zu suchen und in der von I. Staatsanwalt Karl Gageur, damals auch Vorstandsmitglied des Volkstrachtenvereins Freiburg i. Brg., verfaßten Schrift über das Trachtenfest in Haslach lesen wir folgende Einleitung dazu:

„Das Bestreben, in die Zustände aller Teile unseres Volkes näheren Einblick zu gewinnen,

hat sich in neuerer Zeit immer lebhafter geltend gemacht. Für den Bauernstand, von dem hier allein die Rede sein soll, wird solches gefördert einerseits durch die Germanisten, d. i. die Erforscher deutscher Sprache, deutschen Schrift- und Volkstums, die wie E. H. Meyer im Vorwort seiner „Deutschen Volkskunde“ (Straßburg 1898) sagt, fühlen, daß dieser Zweig ihrer Wissenschaft zu seinem Gedeihen noch weiterer besonnener Pflege und Leitung bedarf, andererseits durch die Reihe trefflicher Volksschriftsteller, die in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Gegenden Deutschlands aufgetreten sind und im Gewande lebendiger, packender Schilderung und Erzählung uns mit den Sitten und Gebräuchen, mit dem Sinnen und Trachten, mit dem Ringen und Kämpfen, mit den Vorzügen und den Schwächen der bauerlichen oder kleinbürgerlichen Welt ihrer Heimat bekannt gemacht haben.

Für den badischen Schwarzwald, speziell das Gebiet des Kinzigtales, hat Dr. Heinrich Hansjakob, der Pfarrherr zu St. Martin in Freiburg i. Brg., diese Aufgabe übernommen. Wenn wir nicht sagen, er habe sie glanzvoll gelöst, so geschieht dies nur, weil seine Freunde sich darüber freuen dürfen, daß er noch mitten in der Arbeit steht, und daß noch mancher Stoff seiner Feder harret. Er war es auch, der in einer volkstümlichen Schrift („Unsere Volkstrachten“ Freiburg i. Brg. bei Herder, 4. Aufl. 1896) auf die hohe Bedeutung der Volkstracht und auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, deren allmähligem Rückgang nicht länger untätig zuzusehen. Diese Anregung wurde tatkräftig aufge-



*Mädchen aus Mühlenbach*

nommen durch den Gr. Landeskommissär für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg, Ministerialrat Siegel. Unter seiner Leitung entstand, nachdem zuerst ein Kinzigthalverein gegründet worden war, der Volkstrachtenverein Freiburg für das gesamte obenbezeichnete Gebiet, und neben ihm weitere selbständige Abzweigungen in Waldkirch, Offenburg und Oberkirch. Vereinszweck war nach den Satzungen: für Erhaltung der Volkstrachten, sowie der bewährten heimischen Gebräuche und Sitten zu wirken und damit der Liebe zur Religion, zur Heimat, zum Vaterlande und zum angestammten Fürstenhause zu beleben“. Soweit die Einführung in der Schrift, welche zum Fest, allerdings erst nach diesem gedruckt und veröffentlicht worden war. Haslach erlebte also ein großes Fest und nicht weniger als 25 000 Besucher waren aus allen Teilen des mittleren Schwarzwaldes ins festlich geschmückte Städtchen geströmt und das Wetter hatte sich ganz auf das Fest eingestellt, sodaß Karl Gageur wie folgt Bilanz ziehen konnte: „Wolkenlos strahlte vom blauen Himmel von früh ab die Sonne hernieder auf

die festlich geschmückte Stadt, auf ihre Auen, ihre Berge und Wälder. Schon früh mischte sich unter die regsamen Städter mancher Trachtenträger, und unter dem Torbogen des altehrwürdigen Kirchturmes hatte sich nach und nach eine Schar von Thalbewohnerinnen gesammelt, die dem Gottesdienste in dem überfüllten Hause nur von außen anwohnen konnten“.

Zum Höhepunkt war dann der große Trachtenfestzug geworden, der neben einer Sandhaas-Sonderausstellung und einem aufgeführten Hammeltanz das besondere Interesse der vielen Besucher gefunden hatte. Rund 1800 Trachtenträger und Trachtenträgerinnen, hauptsächlich aus dem Kinzig- und Wolftal, aus dem Harmersbach- Gutach- und Elztal, waren an den tausenden von Besuchern vorbeigezogen und Karl Gageur sah dies u. a. wie folgt: „Nachdem die Großherzoglichen Herrschaften sich auf der Tribühne aufgestellt hatten, rückte unter fröhlicher Marschweise der Festzug an, der zuvor schon einige Straßen der Stadt durchzogen hatte. Hatte er dort in raschem Vorbeimarsch ein in seiner Farbenpracht und Man-



*Trachtenfest 1899 in Haslach*

nigfaltigkeit fast sinnverwirrendes Gesamtbild geboten, so war jetzt, da jede Gruppe dem Landesherrn und seiner hohen Gemahlin ihre Huldigung darbrachte, Gelegenheit gegeben, die einzelnen Trachten und ihre Träger näher zu besichtigen und sich die charakteristischen Gestalten genauer einzuprägen, vom muntern Knaben und dem zarten Mädchen an durch die Maienzeit und den Hochsommer des Lebens bis zum wetterfesten Greisen und der arbeitgebeugten Matrone. Anschaulich schreibt der Berichterstatter der „Konstanzer Zeitung“: „Hei, wie das glitzerte und gleißte von Schappeln und Hauben, von Halstüchern und Schürzen. Und wie kerngesund, wie wettergebräunt und vollwangig all diese Bursche und Mädchen einherschritten! Ein lachender Volksfrühling in Reih und Glied!“

Inzwischen sind einhundert Jahre vergangen seit jenem großen Ereignis im Kinzigtal und wieder wird Haslach zu einem Trachtenfest laden, zu einem Badischen Trachtenfest in Verbindung mit dem Ortenauer Kreistrachtenfest 1999. Mit diesem Fest wollen die Haslacher an

jenes Ereignis vor einhundert Jahren erinnern und dies mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, deren Höhepunkt schließlich das Festwochenende vom 24.-26. Juli 1999 bilden wird. Auch diesmal wird wieder hoher Besuch erwartet, denn Seine Königliche Hoheit Max Markgraf von Baden hat die Schirmherrschaft für dieses Badische Trachtenfest übernommen. Auch diesmal werden Trachtenträger wie Besucher durch „Ehrenpforten“ Einlaß in die Stadt finden, in welcher für drei Tage ein Altstadtfest gefeiert wird und auch ein Hammeltanz wird diesmal wie schon 1899 zum Festprogramm gehören. Die Geburtsstadt Heinrich Hansjaks feiert also ein großes Fest und erwartet viele Besucher, solche in Tracht und Uniform, als auch solche, die die Schönheit und Vielfalt unserer Volkstrachten sehen wollen.

Anschrift des Autors:  
Alois Krafczyk  
Hofstetterstraße 8a  
77716 Haslach

# Taschenuhren aus dem Schwarzwald

Erinnerung an die Gründung der Großherzoglich Badischen Uhrmacherschule 1850

## EINE AUSBILDUNGSSTÄTTE ENTSTEHT

Es war kurz vor der neuen Ernte im Notjahr 1847, als der Ein-Kreuzer-Wecken nur noch 2½ Loth wog statt der gewohnten 5–6, da gründeten Schwarzwälder Uhrmacher zur Wahrung ihrer Interessen im „Löwen“ in Schönenbach bei Furtwangen den „Gewerbsverein für den uhrenmachenden Schwarzwald“, der bald über 700 Mitglieder aus 34 Gemeinden umfassen sollte.<sup>1</sup> Manche Probleme wurden von den Beteiligten kontrovers eingeschätzt und diskutiert, und auch der Konflikt zwischen Uhrmachern und den in der Regel wirtschaftlich stärkeren Speditoren („Packern“) schwelte weiter, doch einig waren sich alle bei der Forderung nach einer Uhrmacherschule.

Die Mitglieder erwarteten davon Anregungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, die lange Jahrzehnte hindurch sich kaum verändert hatte, aber auch Unterstützung bei Entwurf und Fertigung modernerer Uhrenformen, denn an den überkommenen Holz-Lackschildern hatten sich besonders städtische Käufer sattgesehen, sie wurden als „altmodisch“ und „bäurisch“ eingeschätzt. Gefördert werden sollte auch der Bau federgetriebener Tischuhren („Stutzuhren“), den bisher nur einige Meister gepflegt haben. Doch besonders hohe Erwartungen knüpfte man an die Einführung der Taschenuhrproduktion auf dem Schwarzwald.<sup>2</sup>

Diese Forderungen der Uhrmacher haben alle politischen Kräfte des Großherzogtums unterstützt. Eine Regierungsvorlage wurde im

Januar 1848 eingebracht, im Herbst sprach sich die gewählte Volksvertretung einstimmig für die Finanzierung aus. Am 5. Februar 1849 wurde das Standortproblem durch eine rational geprägte Entscheidung zugunsten von Furtwangen gelöst. Der Großherzog erteilte am 26. Februar sein Placet. Im März 1849 bereisten drei Fachleute Frankreich und die Schweiz, um modernes Gerät für die Werkstätten einzuzukaufen und einen Hauptlehrer für die Taschenuhrmacherei zu verpflichten. Als Gründungsdatum der Uhrmacherschule gilt der 5. März 1850, an dem Regierungsvertreter und Uhrenexperten zu einer Arbeitstagung in Furtwangen zusammengekommen waren.<sup>3</sup> Eine größere Festversammlung unterblieb, denn dafür hätte man die Genehmigung des preußischen Generalkommandos einholen müssen. Baden stand noch unter Militärrecht, die Revolutionäre der Festung Rastatt hatten erst knapp acht Monate vorher kapituliert.

Nach den Revolutionsjahren bemühte sich die badische Regierung zwar weiterhin um die Mitarbeit der Betroffenen, doch eigene Vorstellungen wurden jetzt entschiedener als vorher vertreten und durchgesetzt. Das zeigte sich deutlich bei der Besetzung der Schulleiterstelle durch Robert Gerwig (1820–1885), einem damals knapp 30 Jahre alten Ingenieur der Großherzoglichen Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, der sich nicht auf die Stelle beworben hatte und der als Bauingenieur mit seinem neuen Amt keineswegs glücklich war.

Aus politischer Sicht legte die Verwaltung jedoch entschieden Wert darauf, eine Schule,

deren Einfluß im Südschwarzwald erkennbar werden sollte, an der Spitze mit einem loyalen Beamten besetzt zu wissen. Nach der niedergeschlagenen Revolution hatten sich auch die Einstellungsbedingungen für Lehrer geändert, höchste Fachqualifikation konnte politische Bedenken nicht aufwiegen. Deshalb schied der Reutlinger Uhrmacher Matthäus Hipp als Anwärter für die Stockuhrmacherei aus, denn er neigte zu „demokratischen Grundsätzen“ und hatte sich an seinem Heimatort politisch engagiert.<sup>4</sup>

Die Leitung der Werkstätte für Stockuhren und zugleich die Funktion als Fachberater Schwarzwälder Uhrmacher hat schließlich Lorenz Bob (1805–1878) aus Furtwangen übernommen, der für Gewichts- wie für Federzuguhren gleichermaßen qualifiziert war, der aber auch Kirchturmuhren und Telegraphengeräte bauen konnte. Die jeweiligen Hauptlehrer für Taschenuhrmacherei wurden aus La Chaux de Fonds berufen, erst, nach einer Absage, im Jahre 1850 der Sachse Carl Flammger, im Amt bis 1856, danach der aus Schleswig stammende Jess Hans Martens (1826–1892) von 1858 bis 1863/64.

Die Großherzoglich Badische Uhrenmacherschule zu Furtwangen<sup>5</sup> wurde freiwillig und ganztätig von Schülern über 14 Jahren aus Baden mit abgeschlossener Volksschulbildung besucht. Schulgeld war nicht vorgesehen. 1200 fl (Gulden) standen pro Jahr zur Unterstützung bedürftiger „Zöglinge“ bereit. Praxis in den „Musterwerkstätten“ und Theorie in der „Gewerbeschule“ waren aufeinander bezogen, von den etwa 62 Wochenstunden entfielen gut 75% auf den Werkstattunterricht, knapp 25% auf die Unterweisung in der Gewerbeschule, deren Unterricht tagsüber erteilt wurde und nicht, wie andernorts üblich, in den Abendstunden oder am Sonntag. Für die Lehrlinge bestand Besuchspflicht, es wurden aber auch Externe aufgenommen. Daneben gab es Kurse im Zeichnen, getrennt für Knaben und Mädchen im Alter bis 14 Jahren, die großes Interesse fanden.

Die Taschenuhrmacher-Werkstatt war 1851/52 mit 18 Besuchern voll ausgelastet, die Stockuhrmacher-Werkstatt mit 17 nahezu. „In diesen Werkstätten können vorerst keine abgeschlossenen Jahreskurse gebildet werden. Der Eintritt ist jederzeit, wenn ein Platz frei ist,

gestattet. . . Jeder Zögling macht deshalb seinen eigenen Lehrgang durch. . . Die Zöglinge sollen so lange in der Schule bleiben, bis sie hinreichend ausgebildet sind, um selbständig oder als Gehilfen ihren Broterwerb durch das erlernte Fach finden zu können.“ Geplant waren drei Jahre Ausbildungszeit, de facto haben jedoch zwischen 1850 und 1856 über die Hälfte der 40 Taschenuhrmacher und knapp die Hälfte der 37 Stockuhrmacher die Schule vor Beendigung des zweiten Ausbildungsjahres verlassen.

Bei vollem Ausbau im Schuljahr 1851/52 umfaßte das Personal der Schule insgesamt 12 Personen: den Schulleiter und die drei Lehrer der Gewerbeschule für Technik, Design und Sprachen/Wirtschaft. Je zwei Lehrer waren für die beiden Werkstätten vorgesehen, hinzu kamen drei „Arbeiter“, ein Uhrmacher, ein Mechaniker und ein Schreiner, zudem ein Hausmeister („Diener“). Im ersten Stadium ihrer Entwicklung bis 1856 war diese personell und finanziell großzügig ausgestattete Bildungsstätte durchaus mit einer modernen Berufsfachschule zu vergleichen und damals vielleicht einmalig in deutschen Landen. Im Jahre 1857 wurde Robert Gerwig auf sein wiederholtes Drängen hin mit „vollkommener Anerkennung“ von seinen Aufgaben als Schulleiter entbunden. Er hatte sich schon seit einiger Zeit mit ersten Überlegungen zur Schwarzwald-Eisenbahn beschäftigt, deren innovative Planung ihn später berühmt machen sollte. Sein Nachfolger brachte zwar Lehrerfahrungen ein, aber keine Führungsqualitäten. Die Schule wurde jetzt räumlich und organisatorisch neu gegliedert.<sup>6</sup> Um Platz für die erweiterte Taschenuhrmacherei im Schulgebäude zu bekommen, verlagerte man die Ausbildung der Stockuhrmacher in die Privatwerkstatt von Lorenz Bob. Die Zahl der Ausbildungsplätze von ursprünglich 36 verringerte sich auf 20, also 10 je Sparte.

Privatwirtschaftliche Aspekte treten stärker hervor, die Werkstattleiter sind jetzt staatlich besoldete Lehrer und freie Unternehmer in Personalunion. Die „Ausbildungsstunden“ nehmen zu, sie steigen von 63 pro Woche (1851) auf 66 bei Taschenuhrmachern (1859) und auf 72 bei Stockuhrmachern. Die Schule könnte jetzt den Vorwürfen begegnen, ihre Zöglinge würden „verzärtelt“ und nicht für „anhaltendes Arbei-

ten“ ausgebildet. Zwischen 1857 und 1863 entsprach die Uhrmacherschule nur noch eingeschränkt den berufspädagogischen Intentionen der Anfangsjahre.

## TASCHENUHREN – DIE ERWÜNSCHTE INNOVATION

Ein Analogieschluß lag damals nahe. Im Schweizer Jura, einer rauen und zudem noch wasserarmen Gebirgsregion, hatte sich die Taschenuhrmacherei so gut entwickelt, daß sie vom Neuenburgischen aus in benachbarte Kantone übergreifen konnte. Auch die Schwarzwälder waren seit langen Jahrzehnten mit gewerblicher Arbeit vertraut. Transportkosten für Materialien fielen bei Taschenuhren nicht entscheidend ins Gewicht. Zudem lagen die Löhne hier beträchtlich niedriger als im Schweizer Jura. Es gab seit 1850 die Uhrmacherschule mit modern eingerichteten Werkstätten und qualifizierten Lehrern, da durfte man sich doch Chancen ausrechnen. Auch in anderen deutschen Gebirgsregionen wurden damals ähnliche Erwägungen angestellt. Eduard Eppner begann 1852 im schlesischen Riesengebirge, erst in Lähn und später in Silberberg, eine Taschenuhrproduktion aufzubauen, seit 1844 hat Adolf Lange in Glashütte im sächsischen Erzgebirge Uhrmacherlehrlinge ausgebildet.

Beide Unternehmer erhielten anfangs staatliche Unterstützung. Eppner ist es gelungen, im ausgehenden 19. Jahrhundert besonders in Norddeutschland als Uhrenproduzent bekannt zu werden, Lange beeinflusste entscheidend die Entwicklung von Glashütte zum deutschen Zentrum für Qualitätshrenbau.

Hauptlehrer Flammger und sein zweiter Lehrer Spiegelhalder legten im Herbst 1850 eine Modellrechnung vor, wonach im Schwarzwald eine vergleichbare Uhr etwa ein Drittel billiger als in der Schweiz produziert werden konnte.<sup>7</sup> Das stellte sich allerdings bald als allzu optimistische Aussage heraus. Offenbar hat die im Vergleich zur Schweiz geringere Arbeitsproduktivität des Schwarzwaldes die Vorteile der niedrigeren Löhne samt der indirekten Subvention durch die Uhrmacherschule mehr als aufgezehrt.

Es war das Ziel von Verwaltung und Landtag schon vor der Schulgründung, den

Taschenuhrbau so rasch wie möglich in private Trägerschaft überzuleiten. Wenn also die Schule anfangs selbst produziert hat und eigene Absolventen gegen Bezahlung beschäftigte, dann nur mit der Absicht, daß der ersehnte Privatunternehmer sogleich auf einen geeigneten Mitarbeiterstamm zurückgreifen konnte. Im Jahre 1853 war es dann soweit. Der Furtwanger Arzt und Gewerbepolitiker Dr. Joseph Duffner hat die Initiative ergriffen und zur Gründung einer Aktiengesellschaft für Taschenuhrproduktion aufgerufen.<sup>8</sup> Als Gesellschaftskapital waren 15 000 fl vorgesehen, spontan gezeichnet wurden 10 000 fl.

Freude, Erleichterung und viel Optimismus sprechen aus dem Schulbericht von 1853/54: „Bereits liegt eine hübsche Reihe von Arbeiten der Aktiengesellschaft vor, und die Taschenuhrproduktion ist nun dem Schwarzwald gesichert, sie wird nicht mehr untergehen, sondern wir sind es überzeugt, sich fort und fort rascher entwickeln und zu einem mächtigen Industriezweig werden . . .“ Mit der technischen Leitung wurde Felix Höfler beauftragt, ein anerkannter Fachmann. Gefertigt hat die Aktiengesellschaft in den Räumen der Schule, es gab aber auch ein Dutzend zuliefernde Heimarbeiter.

Doch die Realität wich offenbar von den offiziellen Schulberichten ab. Im Februar 1855 beklagte sich der Vorstand der Aktiengesellschaft, daß die in ganz Deutschland verschickten Musteruhren zwar hinsichtlich der Werke den Anforderungen entsprochen hätten, doch die Preise lägen zu hoch. Auch der Versuch, über Schwarzwälder Uhrenhändler auf dem britischen Markt Fuß zu fassen, blieb erfolglos. Es dauerte nur bis zum Frühjahr 1857, da mußte die Gesellschaft ihren Betrieb einstellen, vorausgegangen war ein Zerwürfnis zwischen Vorstand und technischem Leiter. Auch die Rückzahlung eines Staatszuschusses von 1855 über 1000 fl mußte auf dem Gnadenweg erlassen werden.

Doch bereits im gleichen Jahr 1857 wurde ein zweiter Versuch eingeleitet, den Taschenuhrbau doch noch im Schwarzwald zu etablieren. Entscheidende Mitwirkung erhoffte man sich von Jess Hans Martens, damals einer der wenigen Deutschen, die mit der „höheren Uhrmacherkunst“ in Theorie und Praxis vertraut waren.<sup>9</sup> Martens hat versucht, eine Produktion rasch wieder in Gang zu bringen, vorüber-

gehend auch mit Hilfe „routinierter Schweizer Arbeiter“. Bereits 1860 begann er jedoch zu resignieren und bat um Entlassung aus dem 1857 geschlossenen Sechsjahresvertrag, was allerdings von der Verwaltung verweigert wurde. Doch die Firma Martens & Cie mit einem Steuerkapital von 6500 fl konnte nicht reussieren. Einen deutlichen Hinweis liefert die Tatsache, daß große Posten Taschenuhren als Gewinne bei Lotterien ausgelobt werden mußten, so nachweisbar 1861 und 1865, vielleicht aber auch noch 1866.<sup>10</sup>

Geplant hatte die Uhrmacherschule 1850 den Einstieg in den Markt mit einer silbernen Zylinderuhr, die im damaligen Spektrum der Preise im mittleren Bereich lag, oberhalb der immer noch in großen Stückzahlen besonders für die bäuerliche Bevölkerung gefertigten Spindel-Taschenuhren. Doch bereits 1853 kam ein Ankerwerk hinzu und damit - unter den damaligen Verhältnissen - der Übergang in die gehobene Preisklasse. Das Programm der Firma Martens & Cie stellt der Jahresbericht der Schule von 1861/62 vor: Solide Ankeruhren mit 17-24 Linien Größe (38-54 mm Werksdurchmesser), außerdem noch Taschenchronometer, also hochpräzise und teure Zeitmesser.

Jetzt konkurrierte Martens zumindest teilweise mit der Elite europäischer Uhrmacher, denn die Fähigkeit, Taschenchronometer zu bauen, wurden allenthalben als Beweis besonderen Könnens gewürdigt. Martens hatte dafür die persönliche Qualifikation, aber wie verhielten sich die Käufer, wenn ein bisher unbekannter Hersteller teure Uhren angeboten hat, die zudem noch aus einer Gegend stammten, deren Ruf bisher geprägt war von billigen hölzernen Wanduhren?

## SCHLISSUNG UND NEUBEGINN

Zum Jahresende 1863 wurde die Uhrmacherschule Furtwangen geschlossen,<sup>11</sup> die Abwicklung erfolgte 1864. Nach Meinung des zuständigen Handelsministeriums hatte sie inzwischen genügend Schüler ausgebildet, um die Eigenkräfte des Schwarzwälder Uhrengewerbes anzuregen. Schon vor der Schulgründung war von kräftiger, aber zeitlich begrenzter Hilfe die Rede. Auch Robert Gerwig nimmt dazu im Jahresbericht 1852/53 Stellung: Er nennt die Uhrma-

cherschule ein „vorübergehendes Mittel der Regierung“ und fährt fort: „Sobald die Schule eine Aufgabe gelöst, eine neue Tätigkeit, eine verbesserte Fabrikation durch Private hervorgerufen hat, so hat sie sich für diese Aufgabe selbst entbehrlich gemacht...“

Martens wurde das Angebot unterbreitet, Ausbildung und Produktion unabhängig von der Schule fortzuführen, doch er lehnte ab. Es folgten für ihn wirtschaftlich schwierige Jahre, ehe die vielen angefangenen Uhren verkaufsfertig waren. Im Jahre 1867 verlegte er seinen Wohnsitz nach Freiburg. Dort baute er weiterhin auf Bestellung hochwertige Taschenuhren, bildete Lehrlinge aus und widmete sich seiner Lebensaufgabe, komplizierte Hemmungen von Taschenuhren zu optimieren. Noch 1875 erlangte er auf diesem Gebiet ein badisches Patent.<sup>12</sup>

Lorenz Bob führte seinen Betrieb weiter und behielt den Ruf, „tüchtigster Uhrmacher des Schwarzwaldes“ zu sein.<sup>13</sup> Sein Fertigungsprogramm verlagerte sich immer stärker hin zum Regulator, also zur langkastenförmigen Wanduhr mit Gewichts- oder Federantrieb, die damals begonnen hat, zum Favoriten bürgerlicher Wohnzimmer zu werden. Nach eigenen Angaben beschäftigte die Firma Bob & Eschle im Jahre 1871 im Haus 22 Arbeitskräfte und 12 außerhalb. Die Uhrenfabrik Lenzkirch hatte sich zur harten Konkurrenz entwickelt, und Lorenz Bob dürfte bisweilen darüber sinniert haben, daß viele von ihm ausgebildete Uhrmacher jetzt dort arbeiteten und ihn dadurch wirtschaftlich in Bedrängnis brachten.

Zeitgenossen vertraten die Meinung, daß die Uhrmacherschule 1863 eine Reihe ihrer Aufgaben hatte erfüllen können, doch bei der Taschenuhrmacherei sei die Schließung zu früh erfolgt. Im Rückblick drängt sich jedoch die Vermutung auf, daß unter den damaligen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen eine Fortführung wenig gebracht hätte. Die Ursachen für das Scheitern lagen tiefer, ein Vergleich mit Adolf Lange in Glashütte oder auch mit Eduard Eppner in Silberberg mag manches erklären.

Im Schwarzwald fehlten Persönlichkeiten, die sich für die Taschenuhr, für deren Produktion und Absatz, ohne Einschränkung engagiert haben. Auch Adolf Kistner, kommt zu dem Schluß: „Vor allem mangelte es an wagemutigen

Geschäftsleuten.“ Ein Beamter der Gewerbeverwaltung sprach 1865 von unzureichender Finanzierung und „mangelnder merkantiler Kraft“.<sup>14</sup> Hinzu kam, daß sowohl Lange wie Eppner ihre Betriebe in Gegenden eingerichtet hatten, deren Bewohner keine Chance mehr sahen, frühere Gewerbe erneut aufleben zu lassen. Anders war die Situation im Schwarzwald. Hier ließen einige erträgliche Jahre im traditionellen Großuhrenbau wieder Hoffnung aufkommen. Jetzt erzwang keine Not mehr Innovationen.

Während die Uhrmachergesellen von Glashütte oder Silberberg vorwiegend am Ort bleiben, standen den jungen Schwarzwäldern mehrere Optionen offen. Robert Gerwig hat beim Ausscheiden aus dem Amt 1857 eine Übersicht hinterlassen, aus der hervorgeht, wohin sich die Taschenuhrmacher nach der Lehrzeit gewandt haben.<sup>15</sup> Das angestrebte Ziel, Verbleib im Land und Arbeit in progressiven Werkstätten, konnte bei knapp der Hälfte erreicht werden. Von insgesamt 40 Absolventen wechselten 8 zurück ins Hausgewerbe, 11 gingen zur „Weiterbildung“ (von Gerwig in Anführungszeichen gesetzt. Der Verf.) nach England, somit blieben 21 übrig, von denen aber wiederum 4 im Feinuhrenbau der Lenzkircher Großuhrenfabrik tätig waren. Erst Martens ist es um 1860 gelungen, gute Absolventen an seine Firma zu binden, wobei auffällt, daß viele von ihnen nicht aus der Schwarzwälder Uhrenregion stammten.

Erst allmählich wurde im Schwarzwald erkannt, daß die Taschenuhr nicht in die überkommene Wirtschaftsstruktur integriert werden konnte. Die Miniaturisierung erforderte spezifische Fachkenntnisse, stellte weitaus höhere Anforderungen an die Exaktheit der Arbeit, zwang zur Arbeitsteilung und erhöhte dadurch den Aufwand für Planung und Koordination. Auch die Auseinandersetzung zwischen Progressiven und Traditionalisten spielte herein. Die Behördenvertreter und die Lehrer der Schule haben sich eindeutig an der arbeitsteiligen Organisation des Schweizer Uhrenbaus orientiert, Uhrmacher, Bürgermeister und auch viele Eltern vertraten jedoch die Ansicht, Taschenuhrwerke könnten, vergleichbar einer Schwarzwalduhr, nahezu komplett in kleinen Werkstätten produziert werden. Die Uhrmacherschule solle keine Spezialisten („Teilarbeiter“) ausbilden, sondern gefordert wurde eine

gehörige Unterweisung „in allen Teilen (der Uhr)...“

Doch entscheidend blieb das Absatzproblem. Fast nichts ist darüber bekannt, wie die Schwarzwälder Taschenuhren den Weg zu den Kunden fanden. Zeitmesser dieser Art wurden damals vorwiegend zu zünftigen Handwerkern in Reparaturwerkstätten und Ladengeschäften verkauft, oft auf Bestellung, und eher selten von ambulanten Händlern von Haustür zu Haustür. Auf dem besonders lukrativen Markt in Großbritannien gab es damals harte Auseinandersetzungen zwischen den sich konservativ-defensiv verhaltenden heimischen Uhrmachern und den mit neuer Technologie und neuem Design hereindrängenden Schweizern.

Die von der Schließung der Uhrmacherschule betroffenen Schüler konnten, vom Staat unterstützt, ihre Ausbildung abschließen, teils in Furtwangen, aber auch in anderen Orten. Furtwangen behielt seine Gewerbeschule, und bekam zusätzlich als neues Instrument der Wirtschaftsförderung eine „Einmannbehörde“, die Filiale der Karlsruher Gewerbehalle. Deren Leiter, Karl Schott, hat sich am Ort und in der Region stark engagiert. Ihm gelang es, örtliche Gewerbevereine zur Teilnahme an der Wiener Weltausstellung 1873 zu motivieren. Ein eigenes Schwarzwaldhäusle war dort für die Ausstellung errichtet worden, doch die gleichfalls präsentierten historischen Uhren<sup>16</sup> fanden beim Publikum mehr Interesse als die Produkte der laufenden Fertigung. Als sich auch der damals wohl bekannteste deutsche Ingenieur, Franz Reuleaux, in einem Gutachten 1875 für Fachschulen ausgesprochen hatte, revidierte die Verwaltung ihre Entscheidung von 1863, zumal auf der Weltausstellung 1876 in Philadelphia die Schwarzwälder Uhren gleichfalls wenig Anklang fanden.

Furtwangen erhielt 1877 abermals eine Uhrmacherschule und zugleich noch eine Schnitzerschule. An die Förderung des Taschenuhrbaus als Produktionsgewerbe dachte allerdings jetzt in Baden niemand mehr. Im Jahre 1891 bezog die Uhrmacherschule ein großzügiges neues Gebäude, im Jahre 1910 galt sie als überregional bedeutsame Fachschule für Uhrmacherei und Feinmechanik, die neben Lehrlingen auch Werkmeister und Konstrukteure ausgebildet hat. Da war es dann nicht mehr allzu weit

zum nächsten entscheidenden Schritt von 1947, zur Ausbildung von Ingenieuren der Feinwerktechnik.

Gegenwärtig gibt es am Ort ein reich gegliedertes berufliches Schulsystem, das den Namen Robert-Gerwig-Schule führt, und eine Fachhochschule für Technik, Informatik und Wirtschaft. Beide Institutionen können sich auf die Großherzoglich Badische Uhrmacherschule zu Furtwangen berufen, die an einem unwirtschaftlichen Tag im März 1850 ihre Pforten geöffnet hat.

#### Anmerkungen

- 1 Grundgesetz des Uhren-Gewerb-Vereins auf dem Schwarzwald, Villingen 1847 mit Mitgliederverzeichnis. Vereinsorgan: Uhrengewerbsblatt für den Schwarzwald, Villingen 1 (1847) - 3 (1849).
- 2 Zur Taschenuhrfertigung der Uhrmacherschule: Kistner, Adolf, Die Frühgeschichte der Schwarzwälder Taschenuhrmacherei in: Die Uhrmacher-Woche 34 (1927) S. 183 f.; S. 201 f.; Lehmann, Julius, Über die Schwarzwälder Taschenuhrmacherei im 19. Jahrhundert in: Schriften der Freunde Alter Uhren, Heft XII (Ulm 1972/73) S. 73-78; Bender, Gerd - Die Uhrmacher des Hohen Schwarzwaldes und ihre Werke, Band 2, Villingen 1978, S. 81-96.
- 3 Bericht Ministerialrat Dietz vom März 1850. Generalandesarchiv Karlsruhe (künftig GLA) 235/38943. Zu Entwicklung und Geschichte der Uhrmacherschule: Haverkamp, Frank - Staatliche Gewerbeförderung im Großherzogtum Baden, Freiburg/München 1979. S. 188-247; Bender Uhrmacher (wie Anm. 2) S. 23-80 mit Abbildungen; Kahlert, Helmut - Bibliographie zur Schwarzwälduhr Band 1, Furtwangen 1984 und Band 2, Furtwangen 1996.
- 4 Hipp wurde 1852 Leiter des Schweizer Telegraphenbüros in Bern und übernahm danach als Direktor in Neuchâtal eine neu gegründete Telegraphenfabrik, die bald europaweiten Ruf gewinnen konnte. In der Geschichte der elektrischen Zeitmessung und des Telegraphenwesens ist Hipps Rang als Erfinder und Pionierunternehmer unbestritten. Vgl. Kahlert, Helmut - Matthäus Hipp in Reutlingen in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 48 (1989) S. 291-303.
- 5 Vgl. Jahresberichte der Uhrmacherschule zu Furtwangen für das Schuljahr 1850/51, Karlsruhe o. J. (1851) in Fortsetzungen bis 1863; Gewerbeblatt für den Schwarzwald, redigiert von Robert Gerwig, Furtwangen 1 (1852) bis 5 (1856).
- 6 Die bisher direkt dem Innenministerium unterstellte Schule wurde 1857 der Mittelbehörde (Gewerbeschulrat) zugeordnet und 1863 unmittelbar dem Handelsministerium. Regierungsbblatt (1857) Nr. 22 und (1863) Nr. 27. Vgl. auch Organisation der Uhrmacherschule in Furtwangen, Karlsruhe 1858.
- 7 Bericht Ministerialrat Dietz vom August 1850. GLA 235/38943; Zusammenstellung, welche Kosten der Aktiengesellschaft bei Lieferung berechnet werden müssen (1853) GLA 236/5902.
- 8 Vertrag für die Actien-Gesellschaft in Furtwangen zur Einführung der Taschenuhrenfabrikation auf dem Großh. Bad. Schwarzwalde (Villingen o. J.), vorhanden GLA 229/30466; vgl. auch Notarieller Vertrag vom 22. November 1853; GLA 229/30466. Bereits vor der amtlichen Genehmigung der Aktiengesellschaft am 31. Dezember 1853 hatten 42 Personen aus Furtwangen und näherer Umgebung gezeichnet.
- 9 Martens J(ess) H(ans) - Beschreibung der Hemmungen der höheren Uhrmacherkunst, Furtwangen/Leipzig 1858, der Atlas dazu („Zeichnungsband“) erschien in La Chaux de Fonds 1857. Vgl. auch die Korrespondenz von Martens mit den Behörden 1864/65. GLA 236/9551.
- 10 Dietz, Rudolf - Die Gewerbe im Großherzogtum Baden, Karlsruhe 1863, S. 447; Anzeige im Main- und Tauberboten Nr. 129 vom 2. November 1865; Verlosung von 1865 als Hilfsmaßnahme für Martens. Handelsministerium vom 15. 2. 1865. GLA 236/9551; Landesgewerbefalle Karlsruhe. Ausstellungskatalog III, ausgegeben 1. 6. 1866, S. 46 Nr. 242.
- 11 Handelsministerium an Staatsministerium. 31. 10. 1863. GLA 233/91097; Stadtarchiv Furtwangen 1 Nr. 1532.
- 12 Martens, J. H. - Beschreibung einer neuen freien Chronometer-Hemmung mit Ruhecylinder und Schutz gegen unzeitgemäße Auslösung, Freiburg 1875; Ders. - Nachtrag zur Beschreibung der neuen freien Chronometer-Hemmung . . . , Freiburg 1876.
- 13 Bender, Gerd - Lorenz Bob 1805-1878. Uhrmacher zu Furtwangen. Geschichts- und Heimatverein. Furtwangen 1985.
- 14 Kistner, Adolf - Die Schwarzwälder Uhr, Karlsruhe 1927, S. 124; Schreiben Handelsministerium vom 15. 2. 1865. GLA 236/9551.
- 15 Zusammenstellung von Gerwig 1857. GLA 235/38944.
- 16 Robert Gerwig hatte 1852 im Gewerbeblatt für den Schwarzwald dazu aufgerufen, alte Schwarzwälder Uhren der Uhrmacherschule zu treuen Händen zu übergeben. Eine Ausstellung erfolgte bereits 1858 in Villingen, der erste internationale Auftritt 1873. Daraus entwickelte sich das Deutsche Uhrenmuseum Furtwangen mit jährlich über 100 000 Besuchern.

Anschrift des Autors:  
Prof. Helmut Kahlert  
Am Bodenwald 4  
78120 Furtwangen

# Der Tag des offenen Denkmals in Mannheim

Eine Rückschau auf das Jahr 1998

Die Stadt Mannheim gehört als Teilnehmerin an der europaweit durchgeführten Veranstaltung mittlerweile zur „alten Häsin“. Die Anzahl der geöffneten Kulturdenkmäler und erfreulicherweise auch die Zahl der interessierten Besucher stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an. Diese positive Bilanz ist auch durch die Aktion im Jahre 1998 wieder bestätigt worden. Insgesamt gab es zehn attraktive Programmpunkte mit kostenlosen Führungen unter fachkundiger Leitung. Die meisten der geöffneten Objekte sind sonst nicht oder

nur teilweise zugänglich, so daß diesmal allein in Mannheim über 2000 Bürger und Bürgerinnen die oftmals einmalige Gelegenheit zur Besichtigung historischer Gebäude der Stadt nutzten.

Absoluter Renner war das 1903 vom städtischen Hochbauamt unter Federführung des Stadtbaudirektors Richard Perrey errichtete Abwasserpumpwerk in Neckarau. Dieses in Formen der norddeutschen Backsteingotik realisierte technische Bauwerk steht samt seiner Innenausstattung mit Pumpen, Motoren, Heiz-



Viktoriastraße 33 in Mannheim-Oststadt (Villa Otto Clemm), Straßenseite, Aufnahme 1998



*Abwasserpumpwerk Mannheim-Neckarau, Aufeldstraße 19, Rückseite, Aufnahme 1987*

quellen, gemauerten Kanälen und Pumpensümpfen als Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung unter Schutz und kommt damit dem Mannheimer Wahrzeichen, dem Wasserturm auf dem Friedrichsplatz in seinem technikkunstgeschichtlichen Rang sehr nahe.

Die Aktion vor Ort begleiteten die beiden wohl profiliertesten Kenner der Abwassertechnik in Mannheim, Albert Gieseler vom Landesmuseum für Technik und Arbeit sowie Artur Hussal von der Stadtentwässerung. Der neue Eigentümer nahm die Aktion wiederum zum Anlaß, mit den Anwohnern des Abwasserpumpwerks in einen Dialog zu treten und stellte sein Umnutzungskonzept der Öffentlichkeit vor.

Die Alte Feuerwache, 1911 am Neckar vom städtischen Hochbauamt unter Leitung Richard Perreys geplant und ausgeführt, weist eine sehr bewegte Geschichte um seine Erhaltung auf. Dem Abrißbegehren nur kurz entronnen, konnte durch das engagierte Eintreten der „Bürgerinitiative Feuerwache“ im Jahre 1979 mit den Umbaumaßnahmen für ein Kulturzentrum begonnen werden. Der Architekt Andreas Plattner erläuterte in seinen Führungen den von ihm vor zwanzig Jahren architektonisch begleiteten Umbau des auch städtebaulich ansprechenden Gebäudes. Festlich umrahmt wurde die Veranstaltung mit der diesjährigen Saisonöffnung des Kulturzentrums Alte Feuerwache.

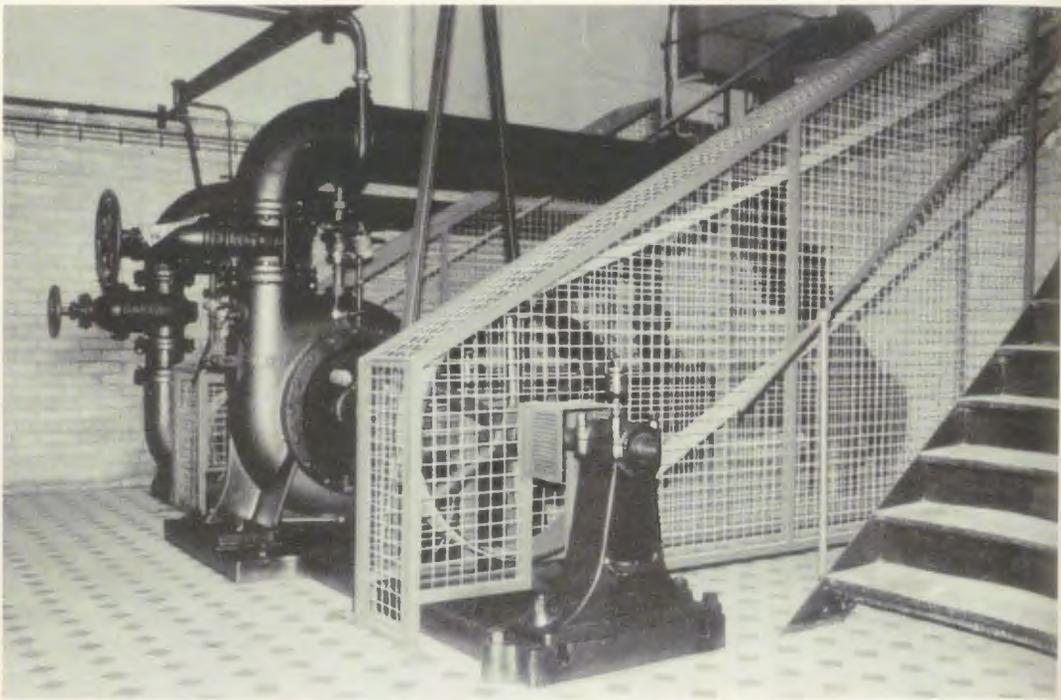
Ein frühes Umnutzungsbeispiel stellt die im Denkmalbuch als Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung eingetragene barocke Sternwarte westlich der Jesuitenkirche dar. Das auf Anregung des Jesuitenpaters Christian Mayer in den Jahren 1772 bis 1774 für den Kurfürsten Carl Theodor ausgeführte Observatorium verwaiste infolge der Verlegung der Sternwarte nach Karlsruhe im Jahre 1880. Das Gebäude ging danach in den Besitz der Stadt über. 1958 erfolgte mit der Generalinstandsetzung der Einbau von fünf Künstlerateliers in den fünf Etagen. Das astronomische Instrumentarium wird heute im Landesmuseum für Technik und Arbeit verwahrt. Der hierfür zuständige Konservator am Museum, Dr. Kai Budde, konnte als kompetenter Fachmann für die Mitwirkung am Tag des offenen Denkmals gewonnen werden. Der Ansturm der Besucher, die den Blick von der Aussichtsplattform über das Schloß zum

Rhein genossen, belegt das vielfältige Interesse an dieser einzigartigen baulichen Hinterlassenschaft aus der ersten Blütezeit Mannheims.

Das namhafte Architekturbüro Billing & Stober, das im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Mannheim bedeutende Jugendstilbauten schuf, darunter die hiesige Kunsthalle, zeichnete verantwortlich für den Ausführungsentwurf der Villa Otto Clemm, Sohn des BASF-Mitbegründers Carl Friedrich Clemm. Das in der Oststadt gelegene Wohnhaus aus dem Jahre 1907 zeigt allerdings auch eine unverkennbare Beeinflussung durch den sogenannten Karlsruher Weinbrenner-Stil und gilt heute als kleines, wiederentdecktes Juwel der großbürgerlichen Villenarchitektur. Die Erläuterungen am Tag des offenen Denkmals durch den mittlerweile leider viel zu früh verstorbenen Architekten Johannes Böhm (aus der ehemaligen Mannheimer Sozietät Lange, Mitzlaff, Böhm) waren geprägt von persönlichen und emotionalen Bindungen zum Wohnhaus. Hier hatte seine Mutter, eine Tochter des Otto Clemm, ihre Kindheit und Jugend verbracht und auch über den Großvater konnte noch einiges in Erfahrung gebracht werden. Die repräsentative ortsfeste Innenausstattung ist von dem jetzigen Eigentümer, einem Versicherungsunternehmen, originalgetreu restauriert und für die neue Büronutzung farblich einheitlich weiß gefaßt worden.

Auch drei stadt- und architekturgeschichtlich bedeutende Gotteshäuser der Innenstadt hatten ihre Pforten außerhalb des Gottesdienstes geöffnet. Wieder mit dabei war die evangelische Christuskirche, die als Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung von neuem zahlreiche Mannheimer und Nicht-Mannheimer anzog. Pfarrer Dr. Matthias Meyer nutzte die Gelegenheit, das bislang hinter verschlossenen Türen verwahrte Originalmodell des Architekten Christian Schrader und die dreizehn Wettbewerbsbeiträge aus dem Jahre 1904 erstmals der Öffentlichkeit vorzustellen. Und wer genügend Kondition besaß, der wurde in luftiger Höhe mit einem herrlichen Blick vom Kirchturm auf die nähere Umgebung belohnt.

Ebenfalls zur Turmbesteigung hatte die Gemeinde der protestantischen Konkordienkirche eingeladen. Der 1706 grundsteingelegte Sakralbau erhielt erst 1893 seinen 81 m hohen



*Abwasserpumpwerk Mannheim-Neckarau, Aufeldstraße 19, Innenraum mit Blick auf die historische Kreiselpumpe der Gebrüder Sulzer, Ludwigshafen/Rhein, Aufnahme 1987*

Turm und war damit seinerzeit das höchste Bauwerk in den Quadraten. Turm und Außenmauern der Kirche gehören zu den wenigen im Denkmaltbuch eingetragenen Mannheimer Kulturdenkmälern.

Auch die altkatholische Gemeinde stellte aus Anlaß des Tages ein eigenes Programm zusammen. Sie zeigte in mehreren gut besuchten Führungen die ihr 1873 übereignete Kapelle des unter Kurfürst Carl Philipp begonnenen Schlosses sowie die landesherrliche Gruft unter dem östlichen Teil der Kirche. Hier haben Kurfürst Carl Philipp (gest. 1742) und seine dritte Gemahlin Violanta Theresia Gräfin von Thurn und Taxis (gest. 1734) ihre letzte Ruhestätte gefunden. Mit einer Orgelmatinee nach dem Gottesdienst erhielt die Veranstaltung einen festlichen Auftakt zur Besichtigung dieses barocken Kleinods.

Zu den ältesten baulichen Hinterlassenschaften der Innenstadt gehören die Festungsreste in L 5,1. Der Verein Pro Denkmal hat in den letzten Jahren in mühevoller Kleinarbeit die von Vereinsmitgliedern entdeckte Schieß-

kammer und Pulverkammer der Festung, die nach den Zerstörungen des Pfälzischen Erbfolgekrieges Ende des 17. Jahrhunderts systematisch wiederaufgebaut wurde, freigelegt. Die ganztägig geöffneten Festungsgewölbe zogen ein breites geschichtsinteressiertes Publikum an.

In einem weiteren Programmpunkt lud der Verein Pro Denkmal zu einem Rundgang durch die westliche Oberstadt ein. Ca. 50 Gebäude stehen hier unter Denkmalschutz; zu den bekanntesten und sehenswertesten zählen sicherlich das Rathaus in E 5, das Zeughaus in C 5, die Bürgerhospitalkirche in E 6, das Bumiller-Haus in D 7, die Börse in E 4 oder das ehemalige Bankgebäude in D 4. Der Spaziergang bot aber auch die seltene Möglichkeit, in das eine oder andere Wohnhaus oder Verwaltungsgebäude zu schauen, das nicht auf Anhieb als Kulturdenkmal augenfällig wird. Der Verein nutzte die Veranstaltung natürlich auch zur Sponsoren- und Mitgliederwerbung.

Als eines der jüngsten Kulturdenkmäler Deutschlands sollte ursprünglich auch die 1975

fertiggestellte Multihalle im Herzogenriedpark vorgestellt werden. Die Führung durch den Architekten Joachim Langner, der zusammen mit dem Mannheimer Carlfried Mutschler die Ausstellungshalle entworfen hatte, wurde aus terminlichen Gründen zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Die Multihalle zählt heute zwar schon zu den Meisterwerken der Ingenieurbaukunst, sie ist allerdings als schützenswertes Objekt wegen ihres relativ jungen Alters vielfach noch nicht im Bewußtsein des öffentlichen Interesses verankert. Aber dieses Schicksal teilt sie vermutlich auch mit anderen modernen Kulturdenkmälern.

Insgesamt muß der diesjährige Tag des offenen Denkmals mit seinem bunten Programm wieder als kulturelles Highlight und sehenswerte Attraktion im Mannheimer Veranstaltungskalender gewertet werden. Er bot die Reise in eine erlebnis- und entdeckungsreiche Welt der Vergangenheit, die das unverwechselbare kulturelle Erbe der Stadt bezeugt. „Tradition ist die Weitergabe von Dingen, die wir nicht geschaffen haben an Menschen, die wir nicht

kennen“. Der Tag der offenen Denkmals soll natürlich auch für die Belange der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes werben und auf Probleme und Erfolge bei der praktischen Arbeit hinweisen. Die Aktion wäre allerdings behördlicherseits nicht zu leisten ohne die vielfältige ehrenamtliche, engagierte Mithilfe hiesiger Heimatvereine, Museen, Institutionen, Pfarrämter und privater Denkmaleigentümer. Zuspruch und Resonanz zeigen, daß die Stadt Mannheim als Untere Denkmalschutzbehörde den Tag des offenen Denkmals auch für das Jahr 1999 wieder fest einplanen wird.

Anschrift der Autorin:

Dr. Monika Ryll

Amt für Baurecht und Umweltschutz

Mannheim

Untere Denkmalschutzbehörde

Postfach 100035

68133 Mannheim

# Die (Gemeinde-)Archive

## Das Gedächtnis der Gesellschaft

### I.

... „ALS WESENTLICHE  
AUFGABE, DIE BRIEFF UND  
SCHRIFTEN IN EINEM  
BLEIBLICHEN UNZERÜTTEN  
WESEN UND STAND LANGE ZEIT  
ZU CONSERVIEREN“ ...

Schriftgut ist seit vielen Jahrhunderten in großer Zahl in Archiven, Bibliotheken, Museen und Sammlungen erhalten geblieben. Diese Aufzeichnungen sind das Gedächtnis unserer Kultur und dienen seit Generationen der Erforschung unserer Geschichte. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die Archive zunehmend die große Beachtung erfahren, die ihnen als „Gedächtnis“ der Gesellschaft zukommt. Außerdem brachte ein neuerwachtes Interesse an (Regional-)Geschichte<sup>1</sup> ein starkes Anwachsen der Nutzerzahlen in den Archiven mit sich.

Dieser Aufsatz will vor allem auf die wichtige Arbeit der kommunalen Archive und auf die Badische Gemeinderegistraturordnung von 1906 aufmerksam machen.

Gleichzeitig beinhaltet dieser Aufsatz ein Dankeschön an alle Archivare für die bisherige Arbeit. Ein besonderer Gruß geht hierbei an Herrn Eduard Aucktor aus Hausen im Wiesental.

Herr Aucktor war von 1957 bis 1989 Hauptamtsleiter und Ratschreiber der Gemeinde Hausen im Wiesental und somit auch für das Gemeindearchiv zuständig, das er in vorbildlicher Weise mit aufgebaut hat.

### WAS IST EIN ARCHIV?

Keine Frage beantwortet der Archivar so oft wie diejenige, was ein Archiv eigentlich sei, also die nach Art und Gegenstand seiner Arbeit:

Archive haben die Aufgabe, wertvolles Schriftgut, Bilder und Tondokumente, systematisch zu erfassen, zu ordnen und dauerhaft aufzubewahren.

Häufig ist das Archiv mit einer Bibliothek verbunden, weil nur beide – Archiv und Bibliothek – zusammen einen wirklichen Einblick in die Vergangenheit gestatten.

Von der Registratur, um noch einen anderen Begriff, der in diesem Zusammenhang auch immer wieder auftaucht, zu erläutern, unterscheidet sich das Archiv im wesentlichen dadurch, daß in der Registratur das für den laufenden Gebrauch benötigte Schriftgut geordnet wird, während das Archiv vorwiegend solche Unterlagen enthält, die nicht unmittelbar der praktischen Geschäftserledigung dienen<sup>2</sup>. Gegenstand archivischer Verwahrung und Betreuung ist heute das gesamte Schrift-, Bild- und Tongut, das als dokumentarischer Niederschlag der Tätigkeit staatlicher und nichtstaatlicher Dienststellen, aber auch sonstiger Einrichtungen, Verbände, Betriebe oder Einzelpersonen erwächst, soweit es wegen seines rechtlich-verwaltungsmäßigen, seines historischen, aber auch seines wissenschaftlichen oder künstlerischen Quellenwertes als „archivwürdig“ zu dauernder Aufbewahrung bestimmt wird. Bis in das 15. Jahrhundert umfaßten in der Regel die Archive nur eine sehr spezielle Auswahl des insgesamt produzierten Dokumenten-

# Das Archivwesen nach Rechtsgebieten

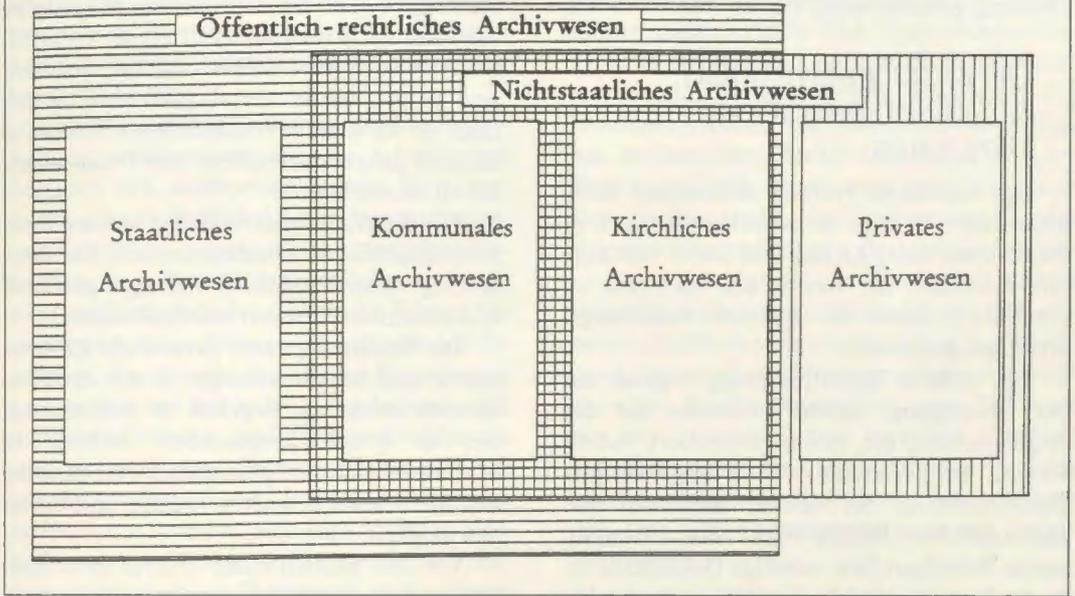


Schaubild über die Einteilung des Archivwesens nach Rechtsgebieten

Grafik: Hanns Peter Neuheuser

tationsgutes. Sie waren meistens räumlich von der Verwaltung getrennt und bei Territorialherren oftmals sogar auf mehrere Orte aufgeteilt.

Die in den Archiven niedergelegten Dokumente sicher zu verwahren und zu erhalten, gehörte schon immer zu den Fachaufgaben der Archivare.

Jacob von Rammingen, der Sohn des herzoglich württembergischen Archivars, nannte in seiner 1571 gedruckten Schrift „Von der Registratur und ihren Gebäuden und Regimenten . . .“ als wesentliche Aufgabe, die briefe und schriften in einem bleiblichen unzerüttten wesen und stand lange zeit zu conservieren / zu behalten und zu verwaren / (behalten vorm verlieren / verwaren vor schaden)<sup>3</sup>.

## DIE KOMMUNALEN ARCHIVE

Die wichtigste Gruppe unter den nichtstaatlichen Archiven bildeten von jeher die Stadt- und Gemeindearchive. Standen zunächst, vor allem für die ehemaligen Reichsstädte, die oft tief in das Mittelalter zurückliegenden historischen Altbestände im Vordergrund des Interesses,

so haben inzwischen die mengenmäßig rasch angewachsenen Abteilungen der modernen Gemeinde- und Stadtverwaltungen an Gewicht gewonnen. Auch die Archive von erst in jüngerer Zeit durch Industrialisierung und Gebietsreform zu größerer Bedeutung gelangten Städte werden daher in der Bundesrepublik zunehmend von Facharchivaren betreut.

Abgesehen von den oft weitgespannten wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen liegt die Bedeutung der Stadt- und Gemeindearchive bei der in staatlichen Archivbeständen nur selten erreichten Dichte der Überlieferung, vor allem für wirtschafts- und sozialgeschichtliche Fragestellungen. Mit der zunehmenden Delegation staatlicher Verwaltungsaufgaben an die kommunale Selbstverwaltung, insbesondere im sozialen Bereich, geht zugleich auch die archivische Verantwortung für diese Sparten auf die Städte und Gemeinden über. Problematisch ist zum Teil die Sicherung und Erschließung des nicht fachlich betreuten Archivguts kleinerer Städte und Gemeinden, wenngleich es auch dort in großer Zahl durchaus wohlgeordnete und sorgfältig

verwahrte Archive gibt, die von ehren- oder nebenberuflichen Archivaren betreut und in Ordnung gehalten werden.

## ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, AUSKUNFTSDIENST UND BENUTZUNG

Das eigentliche Problem archivischer Nachforschungen liegt in der Schwierigkeit, sich in die Struktur eines Archivs und seiner Bestände hineinzufinden um von da aus die Stelle zu ermitteln, an denen die eigentliche Forschungsarbeit ansetzen kann.

Der übliche Ermittlungsweg beginnt mit der Überlegung, welche Behörden mit der Angelegenheit, die einem interessiert, befaßt waren, in welchem verwaltungsmäßigen Zusammenhang, bei welchen amtlichen und nichtamtlichen Stellen oder auch Privatpersonen Schriftgut bzw. sonstige Dokumente zu dieser Frage liegen könnten. Neben die direkte Benutzung, die Vorlage von Archivalien an Besucher, die im Archiv selbst forschen, ist in zunehmendem Maße der schriftliche Auskunftsdienst in den Archiven getreten, die Beantwortung von Anfragen. Solche Anfragen oder Recherchen kommen aus der Verwaltung, von wissenschaftlichen Instituten, Einzelforschern und sonstigen Privatpersonen. Der Kreis der gestellten Fragen umfaßt die ganze Breite der archivischen Dokumentation, von den Ersterwähnungen bestimmter Orte in frühmittelalterlichen Urkunden bis zu Personalfragen oder Grundstücksangelegenheiten der jüngsten Vergangenheit, von rechts- und wirtschaftsgeschichtlichen, kirchen- und kunsthistorischen Problemen bis hin zur Ermittlung des Geburts- und Trauungsorts für Groß- und Urgroßvater.

Die Bearbeitung von Anfragen aus der Verwaltung, die das jeweilige Archiv trägt, aus staatlichen, kommunalen oder auch kirchlichen Dienststellen gehört selbstverständlich zu den vorrangigen dienstlichen Obliegenheiten des Archivars. Auf behördliche oder gerichtliche Anforderung erstellt er im Bedarfsfalle aber auch ausführliche Gutachten über Besitzverhältnisse oder Wasserrechte, verwaltungs- oder personalrechtliche Probleme, Namens- und Wappenfragen.

Konkrete Einzelfragen nach bestimmten Dokumenten, Ereignissen oder Daten werden die Archive auch für den privaten Fragesteller beantworten, soweit dies mit einem vertretbaren Arbeitsaufwand möglich ist. Die Archivare sind jedoch weder verpflichtet noch in der Lage, im Rahmen ihrer dienstlichen Auskunftstätigkeit ganze Stammtafeln oder Ortsgeschichten zu erarbeiten<sup>4</sup>.

Für die Auskunftsermittlung können Bearbeitungsgebühren erhoben werden. Die Bearbeitung wissenschaftlicher Anfragen geschieht in den meisten Archiven jedoch kostenfrei.

Die Benutzung durch persönliche Einsichtnahme und Nachforschungen in den Archivbeständen erfolgt im Regelfall im Benutzersaal des in Frage kommenden Archivs. In beschränktem Umfang ist jedoch eine Ausleihe von Archivalien in andere Archive und Behörden möglich.

Vor dem Besuch eines Archivs ist es empfehlenswert, sein Kommen rechtzeitig anzumelden. Benutzung, aber auch Anfragenbeantwortung werden durch eine möglichst gründliche Vorbereitung erleichtert.

Allgemeine Nachschlagewerke und Veröffentlichungen der einzelnen Archive, Beständeübersichten, Inventare und Findbücher ermöglichen eine erste Orientierung über die Zuständigkeit und über die in einem Archiv zu erwartenden Bestände. Auch die Durcharbeitung der bereits gedruckt vorliegenden Abhandlungen und Quellenpublikationen zum jeweiligen Thema gibt neben der allgemeinen Informationsgrundlage oft bereits konkrete Hinweise auf archivalische Quellen, wobei für derartige Hinweise aus der Sekundärliteratur nach Möglichkeit der Fundort notiert werden sollte. Eine erste Unterrichtung über Umfang und Aussagemöglichkeiten der verfügbaren archivischen Quellen sollte allerdings schon bei der Festlegung und Abgrenzung des Themas einer beginnenden (Forschungs-)Arbeit erfolgen.

Die Archive können zudem oft auch da, wo periodische Publikationen über die im Gang befindlichen Arbeiten fehlen, Auskunft über bereits vorhandene oder noch laufende Untersuchungen zu bestimmten Themen erteilen. Zur notwendigen Vorbereitung gehört weiter - zumindest für älteres Archivgut - die Einarbeitung in Sprache, Schrift, Datierung und sonsti-

ge Beschaffenheit der zu bearbeitenden Dokumente. Dies geschieht entweder in den an vielen Hochschulen angebotenen archivkundlichen und hilfswissenschaftlichen Übungen oder durch selbständiges Üben mit den verfügbaren Hilfsmitteln<sup>5</sup>.

Themen und Fragen der persönlichen Archivbenutzer entstammen wie die schriftlichen Anfragen den unterschiedlichsten Bereichen. Neben wissenschaftlichen Forschungsanliegen, wobei zu den im engeren Sinne historischen Disziplinen auch literarisch-sprachliche, soziologische, medizinische oder technische Fragen treten können, stehen landes- und heimatkundliche Arbeiten, Familienforschung und Einzelfragen nach bestimmten Gebäuden, Grundstücken und Rechtsverhältnissen, historischen Ereignissen oder Personaldaten. Je nach Themenstellung und Materiallage kann die Arbeit in einem Archiv einige Stunden oder Tage, sie kann aber auch mehrere Monate und sogar Jahre erfordern, wobei zu vielen Themen oft auch mehrere Archive an verschiedenen Orten konsultiert werden müssen. Eine statistische Gruppierung von Auskünften und Benutzungen nach Themen und Art der Fragestellung ergibt für die einzelnen Archive und Archivsparten unter Umständen sehr stark divergierende Ergebnisse.

In der Jahresstatistik 1986 der staatlichen Archive Bayerns entfielen bei der Aufschlüsselung der insgesamt 1606 Benutzerbescheide nach Forschungszwecken

- 28% auf rechtlich-amtliche
- 27% auf wissenschaftliche
- 22% auf Heimatgeschichte
- 15% auf Familiengeschichte
- 8% auf wirtschaftlich-technische Zwecke.

## ORIENTIERUNGSHILFEN UND FINDMITTEL

Für die vorbereitende Orientierung stehen verschiedene Hilfsmittel zur Verfügung.

Über die in Frage kommenden Archive geben Nachschlagewerke, Adreßbücher und CD-ROM erste Auskünfte. Einen Einblick in den Aufbau der interessierenden Archive und ihrer Bestände vermitteln die Beständeübersichten, die heute in mehr oder weniger ausführlicher Form für einen großen Teil der staatlichen Archive im Druck vorliegen.

Inventare für Kommunal- und Adelsarchive werden zum Teil einzeln, zum Teil in den Veröffentlichungsreihen der nichtstaatlichen Archivpflege publiziert. In den Dienstbüchereien größerer Archive sind meist auch die Übersichten für die übrigen Archive, zumindest des jeweiligen Landes, zur Einsichtnahme verfügbar. Im besuchten Archiv selbst wird es unter Umständen auch da, wo eine gedruckte Übersicht noch aussteht, ein Einführungsheft oder eine maschinenschriftliche Bestandsliste geben.

Zur Erleichterung der Sucharbeit stehen vielerorts neben den Repertorien zu den einzelnen Beständen Zusatzfindmittel zur Verfügung, die zum Teil als Nebenprodukte der archivvarischen Erschließungsarbeit, zum Teil auch aus der privaten Arbeit einzelner Forscher erwachsen sind. Zu diesen Arbeiten gehören unter anderem auch Kirchenbuchverkartungen, Orts- und Flurnamenkarteien und Siegelnachweise<sup>6</sup>.

## SCHUTZ- UND SPERRFRISTEN<sup>7</sup>

### (1) Die allgemeine Sperrfrist

Die Archivgesetze des Bundes und der Länder legen fast durchweg eine allgemeine Sperrfrist von 30 Jahren zugrunde. Nur Schleswig-Holstein hat in seinem im Jahre 1992 in Kraft getretenen Archivgesetz eine allgemeine Sperrfrist von zehn Jahren festgesetzt.

### (2) Sperrfrist für Archivgut, das sich „nach seiner Zweckbestimmung auf eine natürliche Person“ bezieht<sup>8</sup>

Das Landesarchivgesetz definiert eine Sperrfrist von zehn Jahren nach Tod eines Betroffenen bzw. von 90 Jahren nach der Geburt, wenn das Todesdatum nicht mit angemessenem Aufwand ermittelt werden kann. Der Bund – und ihm folgend Rheinland-Pfalz – hat Fristen von 30 bzw. 110 Jahren festgelegt.

Die persönliche Sperrfrist gilt subsidiär. Das heißt, daß beispielsweise eine im Jahr 1981 geschlossene Personalakte einer im Jahr 1900 geborenen und im Jahr 1980 verstorbenen Person nicht 1991, sondern erst im Jahr 2011 vorgelegt werden kann. Dies ist zwingend, da *sonst* das besondere sensible Schriftgut, das sich auf natürliche Personen bezieht, weniger geschützt wäre als die übrigen Archivalien.

## II.

### DIE ARCHIVPFLEGE IN SÜDBADEN<sup>9</sup>

Die staatlich organisierte Pflege kommunaler, kirchlicher und privater Archive in Baden begann im Jahre 1883, im Jahr der Gründung der Badischen Historischen Kommission (BHK). Am 3. September 1945 legte der Archivpfleger für den I. Pflegebezirk (Konstanz), der damalige Fürstlich Fürstenbergische Oberarchivar Professor Dr. Karl Siegfried Bader ein 13 Schreibmaschinenseiten umfassendes Gutachten über die Neugestaltung des Archivschutzes in Baden vor. In einem Schreiben vom 10. Dezember 1945 nahm der Konstanzer Stadtarchivar Dr. Otto Feger zum Gutachten Professor Baders Stellung. Er stimmte Baders Anregungen im wesentlichen zu und schlug vor, die Archivpflege den Gemeindebeamten, Grundbuchbeamten oder Ratschreibern zu überantworten: sie sollten unter Aufsicht der Notare für die Erhaltung der Gemeindearchivalien sorgen. Als wichtig betrachtete Feger zudem die Ausbildung der Gemeindebediensteten in der Archivpflege durch Bezirks- und Oberpfleger. Den Notaren wurde mit dem Badischen Denkmalschutzgesetz vom 12. Juli 1949 (§ 47, Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1949, Seite 303) nebenamtlich die Beaufsichtigung der Gemeindearchive, soweit sie nicht unter der Leitung eines fachlich ausgebildeten Archivars standen, anvertraut.

Mit einer Umfrageaktion wurde versucht, festzustellen, welche Archivalien in den Rathäusern (noch) vorhanden sind und wie es mit deren Beschaffenheit und Unterbringung bestellt sei. Aufgrund des Ergebnisses dieser Umfrageaktion machte sich der frühere Leiter des (süd-)badischen Landesarchivamtes (heute Staatsarchiv Freiburg im Breisgau), Dr. Martin Wellmer Gedanken über eine neue Archivordnung (Aktenplan).

Über seine Absichten und Pläne verständigte er sich immer wieder mit dem Müllheimer Stadtamtmannt Paul Theurer, der an der Herausgabe eines neuen Aktenplanes für die Gemeinden in Südbaden arbeitete, der im Jahre 1950 erschien.

Nach den Plänen von Martin Wellmer sollte die jeweilige bestehende Registratur aufgelöst werden und in das Archiv übernommen werden.

Im April 1949 legte Martin Wellmer ein „Inventar Badischer Gemeindearchive“ vor und ließ dieses Papier mit seinen Vorstellungen bei den Gemeinden aller südbadischen Kreise zirkulieren, damit sich diese ein Bild machen konnten, wie die Gemeindearchive zukünftig geordnet werden sollen.

Gemäß dem Grundsatz, die Akten nach demselben Ordnungsschema ins Archiv zu übernehmen, nach welchem sie in der Registratur gegliedert waren, wurde der Külby-Plan (Badische Gemeinderegistraturordnung) von 1905 zum Ordnungsprinzip für die kommunalen Archive und gleichzeitig zum Inhaltsverzeichnis für alle Aktenbetreffe in den südbadischen Gemeinde-Archiv-Inventaren. In die nach dem Dezimal-System des Theurer-Aktenplanes von 1950<sup>10</sup> geordneten Registraturen, deren Neueinrichtung die Archivpfleger in der Regel ebenfalls besorgten, wurden nur die für die Verwaltung „aktuellen Schriftstücke“ aufgenommen.

### DIE GEMEINDE- REGISTRATURORDNUNG VON 1906<sup>11</sup>

„Die Führung der Registratur gehört zur Obliegenheit des Ratschreibers (§ 57 der Gemeindeordnung) und umfaßt die Geschäfte der Anlage, Fortführung, Aufbewahrung, Wiedervorlage und Ausscheidung der Gemeindeakten < . >“, so bestimmte es § 1 der Gemeinde-registraturordnung von 1906.

### DIE RUBRIKENORDNUNG DER GEMEINDE-REGISTRATUR- ORDNUNG VON 1906<sup>12</sup>

#### A. Verwaltungssachen

- I. Armenwesen
- II. Bau- und Feuerpolizei
- III. Fischerei, Jagd, Forst- und Bergwesen
- IV. Gemeindeverwaltung
- V. Handel, Gewerbe und Kunst
- VI. Kirche, Unterricht und Erziehung
- VII. Landwirtschaft, Tierzucht und Veterinärwesen

- VIII. Medizinalwesen
- IX. Militär- und Kriegssachen
- X. Naturereignisse und Unglücksfälle
- XI. Polizei
- XII. Post- und Telegraphenwesen
- XIII. Staats-, Kreis- und Bezirksverwaltung
- XIV. Staatsangehörigkeit und Auswanderung
- XV. Statistik
- XVI. Stiftungen
- XVII. Straßen, Wege und Eisenbahnen
- XVIII. Versicherungswesen
- XIX. Wasserwesen und Schifffahrt
- XX. Wohlfahrtseinrichtungen

#### B. Bürgerliche Rechtspflege und Strafrechtspflege

- 1. Bürgerliche Rechtspflege und Rechtspolizei
- 2. Strafrechtspflege

In der Rubrik VIII. Medizinalwesen wurden Unterlagen zu folgenden Vorgängen abgelegt:

- 1. Gesundheitspflege
- 2. Ärzte, Apotheken und Hebammen
- 3. Nahrungsmittel
- 4. Krankheiten und Krankenhäuser
- 5. Irrenfürsorge
- 6. Leichen- und Begräbniswesen

### DER AKTENPLAN BADEN-WÜRTTEMBERG VON 1981 IM VERGLEICH<sup>13</sup>

Der Vergleich der Gemeinde-Registrierungsordnung von 1906 mit

dem Aktenplan Baden-Württemberg von 1981 zeigt auf, wie sich die Aufgaben der Gemeinden gewandelt haben bzw. welche Aufgabenfelder hinzukamen. Interessant erscheint auch die Gewichtung der einzelnen Sachgruppen (numerische Folge der jeweiligen Hauptgruppen). Aus Platzgründen kann aber auch hier nur ein grober Ausschnitt exemplarisch für das ganze Werk gezeigt werden.

Der heute gültige Aktenplan für die Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg besteht aus zehn Hauptgruppen (0 bis 9), die – von einigen unbedeutenden Bezeichnungsänderungen abgesehen – den Einzelplänen der Haushaltsgliederung entsprechen.

### DIE AKTENHAUPTGRUPPEN

- 0 Allgemeine Verwaltung
- 1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- 2 Schulen
- 3 Wissenschaft und Kultur
- 4 Soziale Sicherung
- 5 Gesundheit, Sport, Erholung
- 6 Bau- und Wohnungswesen, Straßen, Gewässer
- 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung
- 8 Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen
- 9 Finanzen und Steuern

Die Hauptgruppe 0 (Allgemeine Verwaltung) wird weiter wie folgt unterteilt:

- 00 Staat und Staatsbürger; Übernationale Beziehungen
- 01 Landkreis
- 02 Gemeinde
- 03 Kommunale Zusammenarbeit
- 04 Innere Organisation, Zentrale Angelegenheiten
- 05 Personalangelegenheiten
- 06 Wahlen und Statistik
- 07 Personenstandswesen
- 08 Zivil- und Strafrecht, allgemeines Verwaltungsrecht, Rechtspflege
- 09 Staatsaufsicht, Rechnungsprüfung

#### Anmerkungen und Quellenhinweise

- 1 Siehe auch: Karl-Heinz Debacher, Regionales Geschichtsbewußtsein, Diss., Offenburg 1996, S. 19 bis 84.
- 2 Das systematische Bemühen um das Archivgut der gewerblichen Wirtschaft begann fast schlagartig im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. In den Jahren 1905/07 wurden mit den Archiven der Firmen Krupp und Siemens die ersten modernen Betriebs- und Konzernarchive begründet. Schriftgut zur Wirtschaftsentwicklung enthalten auch die zum Teil weit zurückreichenden Bankarchive. Seit wenigen Jahren besteht in Baden-Württemberg ein Wirtschaftsarchiv. Die Anschrift lautet: Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Schloß Hohenheim, Osthof-West I (Gebäude 04/31), 70593 Stuttgart.
- 3 Jacob von Rammingen, Von der Registratur und iren Gebäwen und Regimenten... (Heidelberg 1571), Abschnitt „Warmit und durch wen die Registratur angericht / gehalten und erhalten werden sol und muß“.
- 4 Traditionelles Instrument für die Pflege und Verbreitung geschichtlicher Kenntnisse und Interessen

sind die seit Beginn des 19. Jahrhunderts gegründeten Historischen Vereine oder Geschichts- und Altertumsvereine, die neben der Herausgabe von geschichtlich-landeskundlichen Zeitschriften zumeist regelmäßig Vortragsabende und Besichtigungsfahrten durchführen.

- 5 Siehe auch: Leo Santifaller, *Urkundenforschung*, Wien 1986, und Friedrich Beck und Eckart Henning (Herausgeber), *Die Archivalischen Quellen – Eine Einführung in ihre Benutzung*, Weimar 1994.
- 6 Auch für das Markgräflerland ist die Herausgabe eines Familiennamenbuches in Bearbeitung. Dem Benutzer soll ein Überblick über alle in den Kirchenbüchern (und einigen anderen Quellen) erfaßten Familien und Personen in der oberen Markgrafschaft geboten werden. Die Redaktion des Markgräfler Familiennamenbuches (MFNB) liegt bei Martin Keller, Dornhäglweg 18, CH 4144 Arlesheim. Zum Stand der Arbeiten siehe: *Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur*, Hefte 1/1992 (S. 183), Heft 1/1995 (S. 179) und Heft 1/1996 (S. 179). Siehe auch: Erhard Richter, *Die Flurnamen von Grenzach-Wyhlen als Hilfsmittel für andere Wissenschaftszweige*, in: *Jahresheft 1992/1993 des Vereins für Heimatgeschichte Grenzach-Wyhlen*, 10./11. Jahrgang, S. 5 bis 24.
- 7 Aus Platzgründen kann auch hier nicht auf spezielle Ausnahmeregelungen eingegangen werden. Soweit nicht anders angegeben, handelt es sich um das baden-württembergische Landesarchivgesetz.
- 8 Wie Anmerkung Nr. 7 und Archivgesetzgebung in Deutschland, Beiträge eines Symposions, herausgegeben von Rainer Polley, Marburg 1991, Schriftenreihe der Archivschule Marburg Nr. 18.
- 9 Siehe auch: Franz Götz, *Die Archivpflege in Südbaden von 1945 bis 1971*, in: *Schau-ins-Land*, Nr. 90, Jahrgang 1972, herausgegeben vom Breisgau-Geschichtsverein, Freiburg im Breisgau.
- 10 Aktenplan für die Gemeindeverwaltungen in Baden, Im Auftrag des Badischen Ministerium des Innern in Freiburg im Breisgau, bearbeitet und herausgegeben von Paul Theurer, Städtischer Verwaltungsoberinspektor, Müllheim (Baden), Müllheim 1950.
- 11 Der Entwurf zum Beschluß über die neue Gemeinde-Registrierungsordnung wurde dem Parlament noch im Jahre 1905 vorgelegt, in gedruckter Form erschien das Werk ein Jahr später, deshalb sind zwei Datumsangaben gebräuchlich.
- 12 Es kam auch vor, daß Unterlagen zu einem Vorgang in zwei Rubriken der Gemeindegliederungsordnung abgelegt wurden. Beispiel: Verschiedene Jahrgänge über die Hebelsteine in Hausen im Wiesental (jährlich am 10. Mai) wurden unter XI. (Polizei)/3. (Vereine und Versammlungen) abgelegt. Da aber das „Hebelmähli“ auf einer Stiftung beruht, sind auch Unterlagen in der Rubrik unter XVI. (Stiftungen) zu finden. Näheres hierzu: Johann Peter Hebel – Stationen seines Lebens und die zu seinen Ehren gestifteten Auszeichnungen, in: *Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur*, Heft 2/1993, S. 29 bis 43.
- 13 Aktenplan für Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg, herausgegeben vom Gemein-

detag Baden-Württemberg und vom Landkreistag Baden-Württemberg, 2. Auflage, Stuttgart 1981.

#### *Verwendete Literatur*

- Bannasch, Hermann, Maisch Andreas und Richter, Gregor, *Archivrecht in Baden-Württemberg, Texte-Materialien-Erläuterungen, Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A, Landesarchivdirektion, Heft 1*, Stuttgart 1990.
- Debacher, Karl-Heinz, *Regionales Geschichtsbewußtsein*, Diss., Offenburg 1996.
- Franz, Eckhart, G., *Einführung in die Archivkunde*, 4. Auflage, Darmstadt 1993.
- Gemeinde- und Landkreistag Baden-Württemberg, *Aktenplan für Gemeinde, Städte und Landkreise*, 2. Auflage, Stuttgart 1981.
- Götz, Franz, *Die Archivpflege in Südbaden von 1945 bis 1971*, S. 9 bis 22, in: *Schau-ins-Land*, Nr. 90, Jahrgang 1972, herausgegeben vom Breisgau-Geschichtsverein, Freiburg im Breisgau.
- Külby, J., *Die Badische Gemeinde-Registrierungsordnung für die nicht unter die Städteordnung fallenden Gemeinden mit Erläuterungen, Aktenausscheidungsplan und Wörterbuch zur Rubrikenordnung*, Heidelberg 1906.
- Müller, Roland, *Fluch oder Segen?*, *Das Landesarchivgesetz und die Benutzung der Staatsarchive in Baden-Württemberg*, in: *Museumsblatt Baden-Württemberg*, Heft Nr. 11, S. 36 bis 41, Stuttgart 1993, herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Museumsverband Baden-Württemberg e. V.
- Polley, Rainer, *Archivgesetzgebung in Deutschland, Beiträge eines Symposions, Veröffentlichung der Archivschule Marburg, Schriftenreihe Band 18*, Marburg 1991.
- Richter, Erhard, *Die Flurnamen von Grenzach-Wyhlen als Hilfsmittel für andere Wissenschaftszweige*, in: *Jahresheft des Vereins für Heimatgeschichte Grenzach-Wyhlen*, Jahrgang 1992/1993, 10./11. Jahrgang, S. 5 bis 24.
- Richter, Gregor, (Herausgeber), *Aus der Arbeit des Archivars, Festschrift für Eberhard Gönner*, Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Band 44, Stuttgart 1986.
- Santifaller, Leo, *Urkundenforschung, Methoden-Ziele-Ergebnisse*, 4. Auflage, Köln/Wien 1986.
- Theurer, Paul, *Aktenplan für die Gemeindeverwaltungen in Baden, Müllheim (Baden) 1950*.
- Vogt, Elmar, *Johann Peter Hebel – Stationen seines Lebens und die zu seinen Ehren gestifteten Auszeichnungen*. In: *Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur*, Band 2/1993, Seite 29 bis 43.

Anschrift des Autors:  
Elmar Vogt  
Riedackerweg 7  
79688 Hausen im Wiesental

# Das Wasserhaus zu Niederweier

Ein wiederentdeckter Adelssitz des späten Mittelalters

Im Zuge der Arbeit an amtlichen Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg gelangen immer wieder mehr oder minder aufsehenerregende Entdeckungen, die unsere Kenntnis sowohl der Landes- wie der allgemeinen Geschichte zu bereichern vermögen<sup>1</sup>; mitunter handelt es sich dabei um ganz neue, ja sogar spektakuläre Erkenntnisse, mitunter aber auch nur um Dinge, die dem Wissen im Laufe von Generationen verlorengegangen sind<sup>2</sup>. So konnte die derzeit im Entstehen begriffene Beschreibung des Landkreises Rastatt – um nur ein paar Beispiele herauszugreifen – einen bis dato nicht bekannten, für die Siedlungsentwicklung prägenden Gutshof der Zisterzienser von Herrenalb in Bietigheim feststellen, die Ersterwähnung des Gaggenauer Stadtteils Hörden korrigieren<sup>3</sup> und die in ihrer Echtheit schon seit langem beargwöhnte Gründungsurkunde des Klosters Herrenalb von angeblich 1149 definitiv als Fälschung des späten 13. Jahrhunderts entlarven.

In Niederweier, einem Ortsteil von Oberweier am Eichelberg respektive Stadtteil von Gaggenau, wurde bei gleicher Gelegenheit eine gänzlich in Vergessenheit geratene Burg wiederentdeckt. Daß es südlich von Oberweier, im Gewann Hasensprung, einen römischen Gutshof (*villa rustica*) gegeben hat, ist seit mehr als zwanzig Jahren durch Grabungen des Landesdenkmalamtes erwiesen<sup>4</sup>. Daß die Archäologen aber auch am anderen Ende der Gemarkung fündig werden und die Grundmauern einer mittelalterlichen Burg freilegen könnten, ist sogar den gewissenhaften Bearbeitern des badischen Kunstdenkmälerinventars entgangen, die ansonsten in ihrem Werk selbst untergegangene Objekte berücksichtigt haben<sup>5</sup>.

Oberweier, mit dem das kleinere Niederweier von alters her durch eine gemeinsame Gemarkung aufs engste verbunden ist, ist eine Ausbausiedlung des hohen Mittelalters. Ob es freilich, wie man gemeinhin annimmt, mit dem in einer Urkunde Kaiser Heinrichs IV. aus dem Jahre 1102 genannten *Oberinwilri*<sup>6</sup> identifiziert werden darf, muß dahingestellt bleiben, könnte damit doch ebensowohl der gleichnamige Ort bei Ettlingen gemeint sein. Zweifelsfrei ist jedoch der Bezug im Falle der nächsten Erwähnung von 1264 (*Obernwilre*)<sup>7</sup>, zumal etwa zur gleichen Zeit auch Niederweier (*1256 in districtu Niderenwilre*)<sup>8</sup> in der Überlieferung auftaucht. Aus der engen Zusammengehörigkeit beider Orte erklärt sich die unmittelbar aufeinander bezogene Bildung ihrer Namen; das Grundwort (lat. *villa*, ahd. *wilari*) bezeichnet wie im Fall der benachbarten Dörfer Bischweier und Waldprechtsweier ein Gehöft oder eine Ansammlung von Höfen, die Bestimmungswörter Ober- und Nieder- beschreiben deren Lage zueinander.

Unabhängig von der Frage der urkundlichen Ersterwähnung ist anzunehmen, daß Oberweier (mit Niederweier) 1041/46 respektive 1102 im Verband des *predium* Rotenfels aus königlichem Besitz an die Domkirche von Speyer gelangt ist<sup>9</sup>. Im Laufe des 12. Jahrhunderts folgten dann – vielleicht aufgrund von Vogteirechten über das Speyrer Kirchengut – die Grafen von Eberstein<sup>10</sup>, die sich allerdings erst 1264 und 1277 als Inhaber hiesiger Herrschaftsrechte nachweisen lassen<sup>11</sup>, und zusammen mit Burg Alt-Eberstein kamen schließlich 1283 beide Ortsteile an die Markgrafen von Baden, in deren Händen sie 1288 erstmals ausdrücklich bezeugt<sup>12</sup> und hernach jahrhundert-

lang geblieben sind. Über die obrigkeitlichen Rechte hinaus konnten die Markgrafen bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts noch beinahe alle grundherrlichen Gerechtsame in Ober- und schließlich auch in Niederweier an sich bringen, so daß sie am Ende tatsächlich die alleinigen Herren des Ortes waren.

Im späten Mittelalter begegnen als Grundbesitzer und Rentenbezieher sowohl in Oberwie in Niederweier einzelne Ritteradlige, die vermutlich als Ministerialen der Grafen von Eberstein hierher geraten sind und dann den Markgrafen von Baden gedient haben<sup>13</sup>. Im 13. Jahrhundert waren dies der Gernsbacher Vogt Siegfried gen. Scheuerbrand (1256)<sup>14</sup> und Otto von (Nieder-)Bühl (1264)<sup>15</sup>, im 14. Jahrhundert Berthold von Öwisheim und Albrecht Kese (von Rotenfels; 1337/41)<sup>16</sup>, Heinrich von Bosenstein (von Einsiedel; 1366)<sup>17</sup> sowie die Brüder Hans und Ottmann von Selbach (1387/93)<sup>18</sup>, im 15. Jahrhundert schließlich zwei Dietriche von Gemmingen (1405/44)<sup>19</sup>, Hans von Selbachs Schwiegersohn und Enkel. Zumindest für einige dieser Adligen ist anzunehmen, daß sie ihren Sitz auf der Burg zu Niederweier hatten.

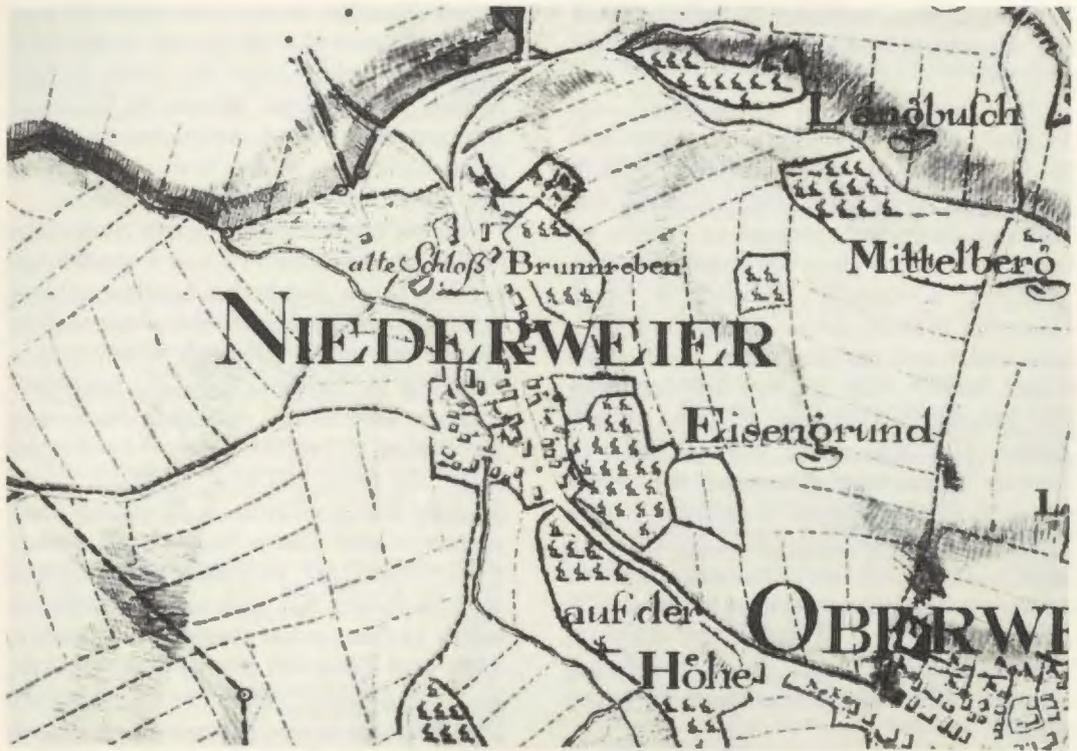
In der urkundlichen Überlieferung findet diese Niederweierer Burg nur sehr selten Erwähnung, und dabei wird sie stets als Wasserhaus bezeichnet. Das erste Mal erscheint sie, als 1387 die Brüder von Selbach ihr *wasserhuse und dorffe zů Niederwilr, daz under dem Eichelberge herabe gelegen ist*, dem Markgrafen Rudolf von Baden zu Lehen auftrugen<sup>20</sup>; darüber hinaus wird sie nur noch viermal genannt: 1393, 1405, 1436 und 1444<sup>21</sup>. Danach schweigen die Schriftquellen von der Burg, und auch an ihrem einstigen Standort ist heute im Gelände, einer großen, mit Obstbäumen bestandenen Wiese, nichts mehr zu erkennen.

Allerdings findet man auf einem alten Gemarkungsplan im Nordwesten von Niederweier den Flurnamen *Alte Schloß* eingetragen, und daneben ist ein *Bering* - die ehemalige Burg - zu erkennen, nicht weit davon auch ein paar Häuser, die wahrscheinlich den zugehörigen Gutshof darstellen<sup>22</sup>. Aber nicht genug damit: In seinem Buch „Baden und der untere Schwarzwald“ gibt Karl Friedrich Viktor Jägerschmid eine recht eingehende Beschreibung dessen, was er noch um 1810 an gleicher Stelle

gesehen hat<sup>23</sup>: *Hier [in Niederweier] sah ich noch vor 36 Jahren die wohlhaltenen Mauern eines römischen Kastells, welches auf einer Wiese gestanden und von dem Eigenthümer bis auf den Grund abgebrochen und die Stelle eingeebnet wurde. Das ganze Bauwesen bildete ein von Gräben umgebenes Viereck, etwa siebenzig Fuß ins Gevierte, mit einem einzigen Thore, dessen Bogen noch vorhanden war, und zwei Thürmen, deren Fundamente den Beweis ihrer Existenz beurkundeten, und die Mauern hatten damals noch eine Höhe von 18 Fuß. Gegenwärtig [1846] noch erkennt man die Stelle, wo das Kastell gestanden. Beim Abbruch fand man viele Pfeile, Spieße, Schwerter, mehrere mit aufgewölbten Köpfen versehene Niednägel, wahrscheinlich vom Thorbeschläge, einen Thorhandgriff, sodann verschiedene Münzen von Kupfer.*

Kein Zweifel: Bei den von Jägerschmid so anschaulich beschriebenen Resten eines vermeintlichen römischen Kastells handelt es sich um die erst zwischen 1810 und 1846 beseitigten Ruinen der Niederweierer Wasserburg. Diese hat man sich demnach vorzustellen als eine inmitten eines Wiesengeländes stehende, von einem nassen Graben umschlossene quadratische Anlage mit einer Kantenlänge von etwa 20 m, einem Tor, vor dem es ganz zweifellos eine feste oder bewegliche Brücke gegeben hat, sowie zwei Türmen, die vermutlich rund und an gegenüberliegenden Ecken in die Mauer einbezogen waren. Obwohl die Burg schon mehrere Jahrhunderte davor aufgegeben worden war, ragte ihr Mauerwerk noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts stattliche 6 Meter in die Höhe. Um einen konkreten Eindruck von heute noch bestehenden Schloßchen dieser Art zu gewinnen, sei auf die Wasserschlösser in Kürnbach<sup>24</sup> im Kraichgau oder in Waldsteg<sup>25</sup> (Bühl-Neusatz) verwiesen, die ganz ähnliche Dimensionen aufweisen wie die untergegangene Anlage in Niederweier. In typologischer Hinsicht wäre darüber hinaus die Tiefburg in Handschuhsheim (Heidelberg) vergleichbar, wiewohl diese etwas größer dimensioniert und infolge ihrer längeren Nutzung durch ein bedeutendes Adelsgeschlecht auch architektonisch sehr viel aufwendiger gestaltet ist<sup>26</sup>.

Gezündet wurde die Niederweierer Burg vermutlich um die Wende vom 12. zum 13. Jahr-



GLA Karlsruhe H/Bischweier 1 – Gemarkungsplan von 1785 (Ausschnitt)

hundert als Domizil ebersteinischer Ministerialen, denen auf hiesiger Gemarkung ihr Dienstgut zugewiesen war und die sich mit diesem Bau einen standesgemäßen Sitz schufen. Möglicherweise ist erst im Zusammenhang damit aus dem zugehörigen grundherrlichen Wirtschaftshof respektive durch Ansiedlung bäuerlicher Hintersassen der kleine Ort Niederweier entstanden, der 1278 als *villa*<sup>27</sup>, 1387 als *dorff* bezeichnet wird<sup>28</sup>, und in dem die Burgherren bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts zugleich Ortsherren waren.

Infolge der allmählichen Emanzipation der Ministerialen aus ihren ursprünglichen herrschaftlichen Bindungen konnte der ganze Komplex – das Wasserhaus samt Dorf und Grundherrschaft –, bei dem es sich zunächst um ein ministeriales Dienstlehen gehandelt haben dürfte, im späten Mittelalter als Allod (Eigentum) seiner niederadligen Inhaber gelten; schließlich ist er 1387 im Tausch gegen diverse Güter in Baden(-Baden) den Markgrafen zu Lehen nach Vasallenrecht aufgetragen worden.

Als tatsächliche Besitzer der Burg lassen sich allein die Brüder Hans und Ottmann von Selbach namhaft machen (1387/93), sowie des ersteren Schwiegersohn und Enkel Dietrich d. Ä. (1405, 1414†)<sup>29</sup> und Dietrich d. J. von Gemmingen (1436)<sup>30</sup>; bewohnt wurde sie aber vermutlich nur von den beiden ersteren und ihren Vorfahren. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts muß Dietrich von Gemmingen sich von seinem ganzen hiesigen Besitz getrennt und ihn kauf- oder tauschweise den Markgrafen überlassen haben, so daß seit der Mitte des 15. Jahrhunderts Ober- und Niederweier auch herrschaftlich wieder zusammengehörten<sup>31</sup>. Da aber markgräflicherseits das bescheidene Gemäuer kaum von Interesse gewesen sein kann, wird wohl schon um jene Zeit der Verfall des Wasserschlosses seinen Anfang genommen haben. Der zugehörige Gutshof wurde selbstverständlich unter den Markgrafen weitergeführt, und anhand dieses Gutshofes gelingt es auch, die Geschichte des einstigen Adelssitzes bis in jene Zeit zu verfolgen, in der der bereits erwähnte

Gemarkungsplan entstanden ist und Karl Friedrich Jägerschmid seine Beobachtungen angestellt hat.

Die markgräflichen Amtsurbare des 16. Jahrhunderts verzeichnen für Ober- und Niederweier neben den gewöhnlichen Herrschaftsrechten und Einkünften regelmäßig drei Hofgüter, die erbbestandsweise an Bauern verliehen waren: Zum einen das sogenannte Beurer Höflein in Oberweier, das später als Bauerheinzehof firmiert, gehörte einst dem Kloster Lichtenthal und umfaßte neben der Hofreite 9 Joch Äcker<sup>32</sup>; zum anderen den Lappinger Hof, ebenfalls in Oberweier, mit rund 40 Joch Äckern,  $4\frac{1}{4}$  Mannsmahd Wiesen und einer Hofreite<sup>33</sup>; sowie zum dritten den Gemminger Hof in Niederweier, dessen in mehreren großen Stücken zusammenhängende Liegenschaften 1510<sup>34</sup> und 1535<sup>35</sup> auf 256 Joch Äcker und 16 Mannsmahd Wiesen beziffert werden (1579: 282 Joch Äcker und 16 Mannsmahd Wiesen<sup>36</sup>; 1790: 242 Morgen Äcker, davon 116 Morgen zehntfrei, 16 Morgen Wiesen und 40 Morgen Wald<sup>37</sup>).

Schon seine ungewöhnliche Größe und Geschlossenheit gibt den Gemminger Hof als adliges Gut zu erkennen; sein Name bestätigt diesen Eindruck und stellt überdies die Verbindung zu der ehemals in gemmingschem Besitz befindlichen Burg her. Im Unterschied zu den beiden anderen Gütern gehörte zu diesem Gut keine besondere Hofreite, was sich wohl daher erklärt, daß die Funktion der Hofreite in diesem Fall dem Schloß selbst mit seinem Wirtschaftshof zugekommen ist. Freilich wurde das Gemminger Hofgut mit seinen umfangreichen Ländereien schon im 15. und 16. Jahrhundert nicht mehr einheitlich und von der Herrschaft selbst bewirtschaftet, vielmehr war es gegen einen jährlichen Zins von 60 Maltern Korn und 40 Maltern Hafer erblehnsweise an Bauern verliehen<sup>38</sup>, deren Zahl im Laufe von Generationen infolge wiederholter Erbteilungen immer mehr zunahm. So verteilten sich die entsprechenden Hofgüter bereits 1710 auf rund 30 einzelne Bestände<sup>39</sup>, und als 1773 der bäuerliche Grundbesitz in Ober- und Niederweier statistisch erfaßt wurde, hat man den Gemminger Hof, obwohl noch immer unter diesem Namen verliehen, im Dorf und seiner Feldflur gar nicht mehr als Einheit wahrgenommen und in der

Rubrik „Hofgüter“ Fehlanzeige erstattet<sup>40</sup>. Dennoch war dieser Hof ebenso wie die nach Auflösung des Lehnbandes im frühen 19. Jahrhundert abgetragenen Ruinen ein Relikt der einstigen Burg, deren Abbruchmaterial man gewiß noch heute in dem einen oder anderen Oberweierer Anwesen wiederfinden könnte.

Kleine Adelsitze wie den in Niederweier muß es ehemals vielerorts und in großer Zahl gegeben haben. Neben den bereits erwähnten Schlössern in Kürnbach und Handschuhshaus sei hier nur an die gleichfalls verschwundene Rohrburg im Tiefgestade bei Durmersheim<sup>41</sup> erinnert oder an die spärlichen Reste einer Wasserburg in Großfischlingen<sup>42</sup> bei Edenkoben in der Pfalz, und hinsichtlich der Typologie hätte man wohl auch an die vielen kleinen Ansitze in den Tälern Südtirols zu denken. Hierzulande sind derartige Kleinadelsitze selbst in Ruinen nur ganz selten erhalten; bisweilen ist ihre einstige Existenz wenigstens in Akten und Urkunden bezeugt, oft jedoch ist, wie in Niederweier, mit den letzten steinernen Überresten auch jede Erinnerung an sie erloschen. Eingehender erforscht ist dieser Burgentyp<sup>34</sup> für Südwestdeutschland bislang nur anhand von Hummertsried<sup>44</sup> in Oberschwaben und Eschelbronn<sup>45</sup> im Kraichgau. Für die Landesgeschichte und nicht weniger für die allgemeine Geschichte darf seine Entstehung, Verbreitung und Beschaffenheit aber deshalb ein besonderes Interesse beanspruchen, weil man sich vermutlich nach dieser Art die festen Häuser des im späten Mittelalter so zahlreich bezeugten „Ortsadels“ vorzustellen hat, die „Stammsitze“ der schier zahllosen Ritter und Ministerialen, von denen wir aus den Urkunden oft nicht mehr erfahren als ihre Namen, geschweige daß wir über ihre Lebensverhältnisse hinreichend Bescheid wüßten. Insofern trägt die Kenntnis solcher kleiner Schlösser und ihrer Verbreitung zur Sozial- und Alltagsgeschichte des spätmittelalterlichen Niederadels vielleicht mehr bei als jene der allseits bekannten und romantisch verklärten Burgen und Bergschlösser.

*Für freundliche Hinweise danke ich Frau Karin Hegen-Wagle, Gaggenau, sowie den Herren Dr. Dietrich Lutz (†) und Dr. Wolfgang Seidenspinner, Karlsruhe. – Es gelten folgende Siglen: GLA = Generallandesarchiv Karlsruhe; RMB = Regesten der Markgrafen*

von Baden und Hachberg 1050–1515, bearb. von Richard Fester, Heinrich Witte und Albert Krieger, 4 Bde., Innsbruck 1892–1915; WUB = Württembergisches Urkundenbuch, hg. von dem Königlichen Staatsarchiv in Stuttgart, 11 Bde., Stuttgart 1849–1913; ZGO = Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins.

#### Anmerkungen

- 1 Eugen Reinhard (Hg.), Regionalforschung in der Landesverwaltung. Die Landesbeschreibung in Baden-Württemberg. Ansatz, Leistung und Perspektiven (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 6), Stuttgart 1995.
- 2 Für Baden sind bislang folgende Kreisbeschreibungen erschienen (alle herausgegeben von der Staatlichen Archivverwaltung in Verbindung mit der jeweiligen Landkreis- oder Stadtverwaltung): Freiburg im Breisgau. Stadtkreis und Landkreis (Stuttgart 1965–1974, 2 Bde. in 4, zus. 2452 S.); Die Stadt- und Landkreise Heidelberg und Mannheim (Karlsruhe 1966–1970, 3 Bde., zus. 2954 S.); Der Landkreis Konstanz (Konstanz und Sigmaringen 1968–1984, 4 Bde., zus. 2533 S.); Der Neckar-Odenwald-Kreis (Sigmaringen 1992, 2 Bde., zus. 1788 S.); Der Landkreis Lörrach (Sigmaringen 1993–1994, 2 Bde., zus. 2040 S.); Der Stadtkreis Baden-Baden (Sigmaringen 1995, 580 S.). – In Vorbereitung sind die Beschreibungen der Landkreise Emmendingen (erscheint voraussichtlich 2000) und Rastatt (voraussichtlich 2002).
- 3 Bernd Kamleitner, Wird Hördens 750-Jahr-Feier auf das Jahr 2158 verschoben?, in: Badische Neueste Nachrichten, Ausgabe Rastatt-Murgthal, vom 8. September 1998, S. 17.
- 4 Gerhard Hoffmann, Funde und Fundstätten der Vor- und Frühgeschichte im Landkreis Rastatt (Folge 5), in: Heimatbuch Landkreis Rastatt 1990, S. 123–134, hier S. 126–132.
- 5 Die Kunstdenkmäler Badens 12: Die Kunstdenkmäler des Landkreises Rastatt, bearb. von Peter Hirschfeld u. a., Karlsruhe 1963, S. 296–301. – Engelhard Spitz, Heimatkunde vom Amtsbezirk Rastatt, Bühl 1926, S. 180, erwähnt das „Wasserhaus“ beiläufig, geht jedoch nicht näher darauf ein.
- 6 MGH DD H IV Nr. 474.
- 7 ZGO 1 (1850) S. 256.
- 8 ZGO 1 (1850) S. 235.
- 9 Alfons Schäfer, Staufische Reichslandpolitik und hochadlige Herrschaftsbildung im Uf- und Pfinggau und im Nordwestschwarzwald vom 11.–13. Jahrhundert, in: ZGO 117 (1969) S. 179–244, hier S. 232–234.
- 10 Rainer Hennl, Die Herren bzw. Grafen von Eberstein. Aufstieg eines Adelsgeschlechts aus der Ortenau zwischen 1085 und 1278/79, in: Die Ortenau 77 (1997) S. 153–172.
- 11 WUB 6, S. 155 f. (1264), und 8, S. 78 (1277).
- 12 RMB 1, Nr. 576.
- 13 Werner Rösener, Ministerialität, Vasallität und niederadlige Ritterschaft im Herrschaftsbereich der Markgrafen von Baden vom 11. bis zum 14. Jahrhundert, in: Josef Fleckenstein (Hg.), Herrschaft und Stand. Untersuchungen zur Sozialgeschichte im 13. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Max Planck-Instituts für Geschichte 51), Göttingen 1977, S. 40–91.
- 14 WUB 5, S. 157.
- 15 WUB 6, S. 155 f.
- 16 GLA 37/3124 und 3125.
- 17 ZGO 25 (1873) S. 327 f., dort irrtümlich Rosenstein; vgl. Julius Kindler von Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch, 3 Bde., Heidelberg 1898–1914, hier Bd. 1, S. 291.
- 18 RMB 1, Nr. 1415 und 1608.
- 19 RMB 3, Nr. 6296; GLA 44/2750 und 2762; 67/58a fol. 284–286.
- 20 RMB 1, Nr. 1415; GLA 37/403.
- 21 RMB 1, Nr. 1608; GLA 44/2750, 2762 und 2763.
- 22 GLA H/Bischweier 1 (*Topographischer Plan über die in dem Oberamt Rastatt liegende Baenne Bischweier, Ober- und Niederweier, aufgenommen von Nageldinger, zeichnet von Lembke, 1785*).
- 23 Karlsruhe 1846, S. 184. In Jägerschmids Buch „Das Murgthal, besonders in Hinsicht auf Naturgeschichte und Statistik“, Nürnberg 1800, fehlt ein entsprechender Hinweis. Fast wörtlich wurde Jägerschmids Beschreibung übernommen von Eugen Huhn, Baden-Baden, das Murgthal, Renchthal, Wildbad und Umgebungen, Lahr 1868, S. 116.
- 24 Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden 9,1: Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Bretten (Kreis Karlsruhe), bearb. von Hans Rott, Tübingen 1913, S. 97–100.
- 25 Hugo Schneider (Hg.), Burgen und Schlösser in Mittelbaden (Die Ortenau 64), Offenburg 1984, S. 161–164.
- 26 Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden 8,2: Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg (Kreis Heidelberg), bearb. von Adolf von Oechelhaeuser, Tübingen 1913, S. 53–59.
- 27 ZGO 2 (1851) S. 110.
- 28 GLA 37/403.
- 29 GLA 44/2750 und 9388.
- 30 RMB 3, Nr. 6296; GLA 44/2762; 67/58a fol. 284–286.
- 31 Der letzte Nachweis für gemingischen Besitz in Niederweier datiert von 1444: RMB 3, Nr. 6296; GLA 44/2763.
- 32 GLA 66/4878-4880.
- 33 GLA 66/4878-4880 und 6670; 229/78733, 78734 und 78761.
- 34 GLA 66/4878.
- 35 GLA 66/4879.
- 36 GLA 66/4880.
- 37 GLA 66/6670 fol. 460.
- 38 GLA 37/3126 und 3127; 67/58a fol. 284–286.
- 39 GLA 229/78729-78732, 78745, 78767 und 78771.
- 40 GLA 74/7252.
- 41 Franz Neumaier, Der Marktflecken Durmersheim in Vergangenheit und Gegenwart, Karlsruhe 1938, S. 53–56.
- 42 Die Kunstdenkmäler von Bayern, Regierungsbezirk Pfalz 2: Stadt- und Bezirksamt Landau, bearb. von Anton Eckardt, München 1928, S. 185.
- 43 Dietrich Lutz, Turmburgen in Südwestdeutschland, in: La Maison forte au Moyen Âge, Paris 1986, S. 137–152; Alois Schneider, Burgen und Befesti-

- gungsanlagen des Mittelalters im Bodenseekreis, in: Fundberichte aus Baden-Württemberg 14 (1989) S. 515-667; ders., Die Burgen im Kreis Schwäbisch Hall (Forschungen und Berichte der Archäologie des Mittelalters in Baden Württemberg 18), Stuttgart 1995; Bernhard Metz, Die Burgen im Elsaß nach Schriftquellen, Baubefunden und Grabungen, in: Hermann Ehmer (Hg.), Burgen im Spiegel der historischen Überlieferung (Oberrheinische Studien 14), Sigmaringen 1998, S. 37-39.
- 44 Antonin Hejna, Das „Schlößle“ zu Hummertsried. Ein Burgstall des 13. bis 17. Jahrhunderts (Forschungen und Berichte der Archäologie des Mittelalters in Baden Württemberg 2), Stuttgart 1974.
- 45 Tilman Mittelstrass, Eschelbronn. Entstehung, Entwicklung und Ende eines Niederadelssitzes im Kraichgau (12.-18. Jahrhundert) (Forschungen und Berichte der Archäologie des Mittelalters in Baden Württemberg 17), Stuttgart 1996.

Anschrift des Autors:  
Dr. Kurt Andermann  
Nibelungenring 79  
76297 Stutensee

# Carolus Vocke

## Künstler und Mensch

Carolus Vocke wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Geboren am 23. Juni 1899 in Heilbronn, starb er wenige Monate vor seinem 80. Geburtstag am 6. Januar 1979 in Mannheim-Feudenheim.

Ein Grabdenkmal, das von dem Künstlerfreund und Bildhauer Hans-Volker Dursy geschaffen und gestiftet wurde, bewahrt auf dem Friedhof in Mannheim-Feudenheim sein Andenken.

Die Stadt Mannheim ehrte den Künstler mit Urkunde vom 29. Mai 1961 durch die Verleihung der Schillerplakette der Stadt Mannheim. Im Jahre 1982 erfolgte die Ehrung durch die Benennung eines Straßenringes in Mannheim-Feudenheim, den Carolus-Vocke-Ring.

Der Bundespräsident verlieh ihm im Jahre 1964 im Hinblick auf seine kulturellen Leistungen das Bundesverdienstkreuz.

Mit Urkunde vom 2. Juni 1976 verlieh ihm die Universität Mannheim durch den Rektor Prof. Dr. Dres. h. c. Eduard Gaugler die Ehrenmedaille. Die Universität ehrte damit eine Künstlerpersönlichkeit, die sich um die Universität in hervorragender Weise verdient gemacht hat. Carolus Vocke ist danach nicht nur durch die Neuschöpfung der einstigen Deckengemälde von Cosmas Damian Asam in den historischen Räumen des Schlosses der Universität dauernd verbunden, vielmehr hat er auch in anderer Weise zur künstlerischen Ausgestaltung der Universität beigetragen. Stets hat er sich aufgeschlossen gezeigt, wenn es galt, Institutionen und Persönlichkeiten durch ein besonderes künstlerisches Werk auszuzeichnen, nicht zuletzt war die Universität durch die Großzügigkeit des Künstlers mit einem künst-

lerischen Werk in der Universität Sarajevo, mit der die Universität Mannheim seit Anfang der 70er Jahre partnerschaftlichen verbunden ist.

Viele Menschen, die sich an die unmittelbare Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern, werden das trostlose Bild der rauchgeschwärzten Außenmauern des Mannheimer Schlosses vor ihrem geistigen Auge sehen, hinter welchem sich Schutt und verkohlte Balken sowie dürftige Reste von Stukkaturen befanden. Der Autor dieser Zeilen, den diese Ruinen magisch anzogen, kletterte als Student auf den verkohlten Balken in den Ruinen des Rittersaales umher, über den der Mannheimer Himmel hereinleuchtete. Keiner konnte sich vorstellen, daß jemals dieses Bauwerk wieder zum Leben kommen würde, geschweige denn, daß wenigstens ein Bruchteil der ehemals historischen Räumlichkeiten wieder erstehen könnte.

Mit Künstlerpersönlichkeiten, die sich mit Hingabe und Geduld erfolgreich um eine Wiederherstellung dieser Räume bemüht haben, konnte das Ziel erreicht werden. Eine der herausragenden Künstlerpersönlichkeiten war Carolus Vocke. Er hat erfolgreich um ein Wiedererstehen der verlorengegangenen Schöpfungen der Deckenbilder im Mannheimer Schloß, einstmals geschaffen vom kurbayerischen Hofmaler Cosmas Damian Asam, gerungen. Den Mannheimern hat Carolus Vocke somit die Deckenbilder in der Schloßkirche, dem Treppenhaus und im Rittersaal des Mannheimer Schlosses thematisch wieder geschenkt. Weitere Deckenbilder aus der Hand von Carolus Vocke sind das einst von Ph. H. Brinckmann in der Bibliothek der Kurfürstin gemalte und zerstörte Deckenbild sowie das einst von Antonio



Carsten Vöcker  
12-1986

Pellegrini geschaffene und gleichfalls zerstörte auf Leinwand gemalte Deckenbild im „Roten Saal“ des Mannheimer Schlosses.

Damit war auch der erste Versuch der Staatlichen Hochbauverwaltung, mit dem Wiederaufbau der Mannheimer Schloßkirche einen barocken Raum in seiner Gesamtwirkung wieder herzustellen einschließlich des Deckengemäldes als seinen Abschluß und seine Steigerung, gelungen.

Die bange Frage damals lautete, ob es gegenwärtig noch einen Künstler gebe, der neben hoher künstlerischer Qualifikation die Gabe des Nachempfindens barocken Denkens und Fühlens besitze.

In der Person Carolus Vockes gab es ihn. Erfahren durch Schöpfung großer Wand- und Deckengemälde (z. B. das Deckengemälde im Rokokothater des Schlosses in Schwetzingen und Kirchen in Ravensburg, Bruchsal, Lippertsreute am Bodensee u. v. a.) und Bildhauerarbeiten brachte er die erforderlichen Voraussetzungen mit.

Diese Voraussetzungen basieren auf einer gründlichen Ausbildung an der Karlsruher Kunstakademie. 1915 trat er in die Zeichenklasse von Walter Georgi ein. Sein Studium wurde unterbrochen durch die Teilnahme als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg zwischen 1916 und 1918. Ab 1919 setzte er seine Studien fort bei den Professoren Kornhaas und Schreyögg. 1923 wurde er Meisterschüler bei Professor Hans Adolf Bühler. Dieser war Meisterschüler von Hans Thoma gewesen. Bühler zieht seinen Meisterschüler in den Jahren 1925/26 bereits zu der malerischen Ausgestaltung des Karlsruher Rathaussaales neben anderen heran. Hier schon sammelt Carolus Vocke wichtige Erfahrungen in der Monumentalmalerei.

Es ist begreiflich, daß angesichts dieser Monumentalarbeiten, nicht nur die Person des Künstlers allein, sondern auch sein übriges künstlerisches Werk fast völlig in den Hintergrund getreten ist. Carolus Vocke war eine in sich ruhende Persönlichkeit, die aus dem Humanismus goethischer Prägung schöpfte und ihre philosophische Haltung daraus bezog. Diese Haltung versetzte ihn in die Lage, eine von Humor geprägte Gelassenheit an den Tag zu legen und auf die Rolle eines Trendmachers in einem geschäftigen Kunstbetrieb zu verzichten.

Zeugnisse dieser Haltung geben auch seine Äußerungen in Briefen, die einige seiner Gedanken zum Ausdruck bringen. Diese Gedanken sind grundsätzlicher Art, erschließen sich aber auch bei Betrachtungen über bestimmte Gegenstände oder anlässlich bestimmter Ereignisse.

So schreibt er im Jahre 1970: „Vor mir liegt eine Osterkarte mit dem Bild des Hasen von Albrecht Dürer.

Unverändert – seit tausenden von Jahren sitzt er auch heute noch – voll Furcht – in der Furche eines Ackers, läßt sich von der Sonne bescheinen und hofft, zu überleben!

Die Menschen haben Gewehr und Zielfernrohr erfunden und stellen ihm, dem Hasen nach. Er, der Hase hat wie eh und jeh nur seine großen Ohren, schnellen Beine und wachsames Auge! Die Überlebenschancen werden immer geringer! Der Mensch erfindet gegen sich selbst Waffen, die seine Überlebenschancen, im Falle eines Falles, wie die des Hasen soweit herabgemindert haben, daß er, der Mensch im Falle eines Falles kaum überleben kann!

Lohnt sich dieses ‚Überleben‘ im Falle eines Falles?!?

So sind wir alle, Mensch und Tier, trotz größeren Verstandes ‚in einem Boot‘, ohne es zu wissen.

Gibt uns der Hase von Albrecht Dürer nicht zu denken, wenigstens zu überlegen, ob diese Ruhe, die das Bild ausstrahlt, dieses ‚in sich ruhen‘ nicht einen tieferen Sinn hat, den wir im Sog des rasanten Fortschritts auf allen Sektoren menschlichen Forschens vergessen haben, um so notwendiger aber suchen sollten?!

Die sichtbare und die unsichtbare Wirklichkeit, Karfreitag – Ostersonntag, sind das ‚Stirb und Werde‘, sind Leid und Hoffnung der Menschheit bei ihrer Eskalation, deren Ende niemand bestimmen und absehen kann! Gott, der im Geist und in der Wahrheit gefunden werden möchte, trägt keine menschlichen (von Menschen geschaffene, Anm. d. Verf.) Züge, obwohl ‚Er‘ Leitbild sein will für die Menschheit.

Ostern ist die Freude, die erkämpft werden muß über den Karfreitag, ein immer strebendes Bemühen! Wer könnte von sich sagen, daß er sich genügend bemüht hat?!

So gesehen ist Ostern, eine stete Hoffnung im Leben „außerhalb – innerhalb des eigenen



*Carolus Vocke*

Ichs.“ Im gleichen Brief nimmt Carolus Vocke Bezug auf eine Karikatur eines alten Jägers im Walde, der eingeschlafen ist und den die Tiere im Walde spöttische umgeben. Er schreibt: „Um nun wieder zurückzufinden in die Realität der Gegenwart, dieses oft gezeichnete Bild ‚Der alte Jäger im Wald‘ zeigt uns wie es sein könnte, wenn Eitelkeit, Selbstsucht etc. überwunden werden könnten: ‚Trotz erlittener Unbill empfangen die Tiere des Waldes den alten Jäger und entwaffnen ihn sachter mit Humor und Güte und stellen so paradiesische Zustände wieder her!“

Allerdings: ‚Die Schwäche des alten Jägers ließ keinen Widerstand mehr zu!‘

Wäre es wohl möglich, aus der Stärke heraus – sich entwaffnen zu lassen, in Überwindung der Eitelkeit, der Selbstsucht??!

Hoffen wir mit der Vernunft, bevor es zu spät ist.

So gesehen könnte Ostern eine Hoffnung sein für die Menschheit. Möge es nicht dazu kommen, daß das ‚Stirb‘ Ende ist der Menschheit, ohne das ‚Werde‘, das alleine Sinn und Inhalt hat.“

In Zusammenhang mit dem Sinn von Karikaturen schreibt er im Jahre 1966 auch über den Sinn von der Kunst: „Es ist nun nötig, daß man frühzeitig lernt, sich nicht zu ernst zu nehmen, lernt, über sich selbst lachen zu können und somit die Bescheidenheit, Güte und Nachsicht dem Mitmenschen gegenüber übt, die Grundlage des Christentums sind! Eigentlich sind meine ‚Karikaturen‘ oder ‚Karikaturen‘ genannt, ein Versuch obiges zu bestätigen und somit mitzuhelfen, daß der ‚Tierische Ernst‘ überwunden wird!

Allerdings weiß ich, daß an einem Kunstwerk ‚der gute Wille‘ nicht entscheidend ist, sondern der zwingende Ausdruck, dem ein Erlebnis vorangegangen ist und ein Glücksfall die Wirkung erzielt, die Kriterium eines Kunstwerkes ist!

Diese Gnade ist das Zusammenklingen verschiedener, nicht berechenbarer Elemente und entsteht ohne Absicht! Zu spüren ist das als Glücksgefühl, wie es ein Bergsteiger hat, ein Mathematiker, der eine schwere Gleichung löste usw., kurz gesagt, wenn es gelingt, Harmonie zu schaffen zwischen sich widerstrebenden Kräften. ...ich muß immer an frühere

Zeiten denken, wenn ich draußen saß und malte! Wenn ich mich so richtig in ein Motiv eingesehen, eingelebt hatte, wenn man selbst ein Stück dieses ‚Motives‘ geworden war, stieg oft ein Wort auf, das ein Tröstendes in sich birgt: ‚Der Friede Gottes ist höher als alle Vernunft!‘“

Im Jahre 1971 faßt er sein Leben wie folgt zusammen: Wenn man so am Ende eines Lebens steht, wie ich, ist man vorsichtiger geworden in der Beurteilung des eigenen „Erfolges“ und weiß, daß alles „Stückwerk“ ist, nicht ohne zu hoffen, daß es „Gelegenheiten“ gibt, auf dem Geleisteten aufzubauen, auch nach dieser gegenwärtigen Erscheinungsform, (wobei ich weiß, daß nur Dinge, die aus voller Freiheit getan werden, Bestand und Dauer haben können). Die größte Freiheit läßt sich nur erringen durch erhöhtes Verantwortungsgefühl, Willkür ist das Gegenteil von Freiheit!

Diese Persönlichkeit ist herangereift auf einer langen Wanderung durch eines der brutalsten Jahrhunderte, das die Geschichte zu verzeichnen hat und das mit unvorstellbaren Einbrüchen verbunden war, dessen wir uns jetzt an seinem Ende besinnen müssen und sollen.

Vielleicht war es der Kokon der Kunst, der den Künstler vor dem Zerschneiden in seinem Inneren bewahrt hat.

Der Künstler war vielen Angriffen ausgesetzt, sei es in Ausstellungskatalogen, sei es in unzulässigen Verknüpfungen von Ereignissen jenseits ihrer Zusammenhänge. Es wurde versucht, seine große künstlerische Leistung im Mannheimer Schloß auf das Niveau von simplen Restaurierungsarbeiten zu reduzieren. Nur eine Persönlichkeit von tiefer innerer Spannweite konnte Gegenwart und Vergangenheit miteinander verknüpfen. Es bedurfte schon der Kräfte der Karyatiden, diesen Bogen zu tragen. Carolus Vocke waren sie zuteil. Aber die Fähigkeit zu monumentalem Schaffen setzt jene Sensibilität voraus, wie sie in seinen Bildern zum Ausdruck kommt. Der Betrachter dieser Bilder wird besonders bei seinen Blumenstillleben und Landschaften jene Zartheit, ja Zärtlichkeit spüren, wie sie nur künstlerischen und zuweilen scheuen Seelen zueigen ist, die in der Lage sind, die Dinge von ihrem Wesen her zu erfassen und zu vermitteln. Das bedeutet mit den bereits zitierten Worten des Künstlers „Harmonie zu schaffen, zwischen sich widerstrebenden Kräf-

ten“. Es ist daher nur natürlich, daß sich Carolus Vocke auch der Gegenwart verpflichtet wußte und sich künstlerisch ihren Anforderungen stellte. Dabei kam auch die bereits angesprochene heitere Note nicht zu kurz. Wer seine Karikaturen betrachtet, wird sehr oft den Schalk dahinter aufblitzen sehen. Gerade mit seinen Karikaturen hat Carolus Vocke das Gegengewicht geschaffen zum notwendigen Pathos der Malerei des Barocks. Zahlreiche Blätter, auf welchen schrullige Vereinsbrüder, verschmitzte Weinzähne, kurios zackige Offiziere, aber auch der pffiffige und brave Soldat Schwejk mit souveränen Strichen ins Leben gerufen sind, zeugen davon. Oft sind sie mit treffenden Versen versehen. Wer Carolus Vocke kannte, weiß von seiner großen Verehrung für Wilhelm Busch, seinem großen Vorbild.

Er war ein Meister des Portraits, wie der bereits angesprochenen Landschaften und des Stillebens. Wie auch schon viele andere Ausstellungen zeigen seine Bilder eine Freude am Nuancenreichtum der Farbe, deren Abstufungen und Schattierungen, Betonungen und Zusammenklang er meisterhaft beherrscht hat. Seine Bilder sind von Feinheiten, von Genauigkeit und Harmonie gekennzeichnet. Ob Vase, ob Blume oder Hintergrund, sie gestalten sich zu einer farblichen Einheit, keine Dissonanz, selbst im geringsten Detail, stört diese Einheitlichkeit. Ob Aquarelle oder Ölbilder, sie lassen uns tief in die Seele des Künstlers blicken.

Für eine wissenschaftliche und verlegerische Erschließung von Werk und Persönlichkeit dieses Künstlers ist noch das Material reichlich vorhanden.

Es überrascht, daß über zwanzig Jahre nach seinem Tode noch keine Magisterarbeit oder Dissertation das Werk dieses Künstlers zum Gegenstand hatte. Auch die Erwartung eines „Carolus Vocke-Arbeitskreises“ hat sich bisher nicht erfüllt.

---

#### *Literatur zur Person und Werk von Carolus Vocke*

Michael Brinkmann, Carolus Vocke zum 65. Geburtstag, Dem Neugestalter zerstörter Deckengemälde, in „Ruperto-Carola“, Band 36, Heidelberg Dezember 1964, Seite 133 ff.

Thomas Butz, *Coincidentia oppositorum*, Zum Werk des Mannheimer Malers Carolus Vocke, in: „Badische Heimat“ Ekkart, 1979, Seite 139 ff.

Thomas Butz, Carolus Vocke †, in „Mannheimer Hefte“, Mannheim 1979, Heft 1, Seite 30 ff.

Hans Huth (bearbeitet v.), Die Kunstdenkmäler des Stadtkreises Mannheim, in der Reihe „Die Kunstdenkmäler in Baden-Württemberg, herausgegeben vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg“, Band I, München 1982, Seite 157 ff.

Karl J. Svoboda, Eine meisterliche Nachschöpfung, Cosmas Damian Asams Deckengemälde im Mannheimer Schloß wiedererstand, in „Der Kunsthandel“, Zeitschrift für Bild und Rahmen, vom 6. 6. 1961, Heidelberg, 53. Jahrgang, Seite 20–21.

Karl J. Svoboda, Ein Künstler wird vorgestellt, Mannheim 1962.

Karl J. Svoboda, Residenz aus Trotz und Trotzdem, Das Mannheimer Schloß, Mannheim 1977, Seite 98 ff.

Karl J. Svoboda, Galerien und Gala am kurpfälzischen Hof zu Mannheim, Kunstsammlungen, Oper und Konzert, Heidelberg 1979, Seite 14 ff., 138, 139.

Karl J. Svoboda, Carolus Vocke und sein Werk, in „Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim e. V.“, Mannheim, Oktober 1989, Jahrgang 38, Seite 32–36.

Karl J. Svoboda, Das Mannheimer Schloß, Geschichte des Wiederaufbaus, erschienen in der Reihe „BAVARIA“ der Bayerischen Vereinsbank, München 1990, Seite 43–50.

Karl J. Svoboda, Das Mannheimer Schloß, Manifestation der Kurpfalz, in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft, Köln 1993, Seite 5–20.

Günther Röhrdanz, Der Übergang am Rhein im künstlerischen Erlebnis, in: „Ekkart, Jahrbuch für den Oberrhein“, Karlsruhe 1943, Seite 14 ff. und Abbildung Seite 18.

Erich Werres, Wiedergeburt einer Mannheimer Kostbarkeit, in: „Der Mitarbeiter“, herausgegeben von der Wasag-Chemie AG, Essen, Nr. 48 vom Oktober 1963, Seite 10 ff.

Fritz Wilkendorf, Der Maler Carl Vocke, in: „Das Bild“, 1939/40, Seite 113.

Fritz Wilkendorf, Leben und Werk von Hans Adolf Bühler, zum zehnjährigen Gedenktage, Ansprache bei seiner Grablegung, Burg Sponeck, am 21. Oktober 1951, in: „Badische Heimat“, Ekkart, Jahrbuch für das Badener Land, 1961, Seite 91, hier Seite 95.

---

#### *Nachschlagewerke*

Allgemeines Lexikon der Bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart begründet von Heinrich Thieme und Felix Becker, Herausgeber Hans Vollmer, Leipzig, Band 34, Seite 466.

Allgemeines Lexikon der Bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts, Herausgeber Hans Vollmer, Leipzig, 1961, Band 5, Seite 45.

Aus dem Ausstellungskatalog „Kunst in Karlsruhe, 1900–1950“ vom 24. 5. bis 19. 7. 1981 im Badischen Kunstverein, Karlsruhe, von Silvia Neysters und Wilfried Rössling; vom letzten Autor wegen des Anmerkungsmaterials, der mit kritischer Distanz zu lesende Beitrag „Kunst in Karlsruhe 1933–1945“.

*Gedächtnisausstellungen haben stattgefunden*

Von Mitte Juni bis 2. September 1979 im Reiß-Museum der Stadt Mannheim als Sonderschau unter dem Titel „In Memoriam Carolus Vocke“.

Vom 26. September bis 1. Oktober 1984 in Mannheim-Feudenheim, Gemäldeausstellung mit Werken von Carolus Vocke, veranstaltet durch die Mannheimer Liste e. V., Freie Wählervereinigung Mannheim.

Vom 12. Juli bis 10. September 1989 im Reiß-Museum der Stadt Mannheim mit Unterstützung der Mannheimer Liste e. V., Freie Wählervereinigung Mannheim.

Aufschluß über das Weltbild von Carolus Vocke gibt ein Brief, den er an den Herausgeber der Rhein-Neckar-Zeitung, Dr. Knorr geschrieben hat, der unter dem Titel „Licht und Schatten der Gegenwart“ in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 19. Februar 1970 erschienen ist.

Zu einer Feierstunde anlässlich der Widmung neuer Straßen, nämlich des Carolus-Vocke-Rings und der Ernst-Throm-Straße im Neubaugebiet Mannheim-Feudenheim Süd-Ost im Dietrich-Bonhoeffer-Saal ist am 13. Juni 1982 eine Denkschrift erschienen, die von Kurt Throm erstellt und herausgegeben wurde.

Anschrift des Autors:  
Prof. Dr. Karl Svoboda  
Mönchwörthstraße 27  
68199 Mannheim

# Marina Zwetajewa und der Schwarzwald

Eine ganz besondere „Heimatstube“ in Horben



*Bertold Hagenmaier vor der Zwetajewa-Vitrine*

Für die „Badische Heimat“ war es – besonders deutlich in der Arbeit von Emil Baader – ein Anliegen, das Leben und das Wirken großer Persönlichkeiten in der heimatlichen Region zu würdigen durch Denkmäler, Hausinschriften und Heimatstuben. Wir möchten gerne diese alte, selbst auferlegte Verpflichtung wieder beleben und so auch vielen verdienstvollen Menschen unserer Region das Gedenken sichern. Es sind keineswegs immer geborene Badener, an die wir erinnern – einfach Menschen, die wichtige Spuren hier hinterlassen haben, die hier besonders geprägt wurden.

Eine Erinnerungsstätte ganz besonderer Art gibt es in Horben bei Freiburg, im Gasthof „Engel“, die der „Engel-Wirt“ Bertold Hagenmeier zusammen mit seiner Frau Mechtild, beides treue Mitglieder der „Badischen Heimat“, eingerichtet haben. „Wie habe ich mit Sehnsucht! bis zum Wahnsinn! den Schwarzwald geliebt. Die goldfarbenen Täler, die wiederholenden, bedrohlich-behaglichen Wälder...“. Diese schwärmerischen Worte stammen von der russischen Dichterin Marina Zwetajewa, 1919 geschrieben in Moskau – in Erinnerung an die Sommerferien von 1904 im Schwarzwald, im Gasthaus „Engel“ in Horben. Ein ganzes (Schul-)Jahr hat Marina mit ihrer Schwester damals anschließend in Freiburg verbracht

(dort wird eine Straße im neuen Stadtviertel demnächst ihren Namen tragen), aber besonders liebevoll ist das Gedenken, wie es im „Engel“ inzwischen schon viele Besucher erleben konnten: Die Hagenmeiers haben in der guten Gaststube eine Zwetajewa-Vitrine eingerichtet – mit vielen Photos, Büchern, persönlichen Utensilien, die alle erinnern an jene glückliche Zeit, die die junge Russin zusammen mit den Kindern des früheren „Engel-Wirts“ Karl Mayer im Schwarzwaldsommer erlebte. Es ist die persönliche Auseinandersetzung mit dem Schicksal einer Dichterin, die geprägt war von einer tiefen Beziehung und Liebe zur deutschen Kultur und Sprache, die – 1941, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion – nur noch die Lösung des Selbstmords sah. Diese ungewöhnliche Form einer „Heimatstube“ lohnt einen Besuch. Die „Badische Heimat“ gratuliert Bertold Hagenmeier zu diesem glücklichen Unternehmen und übermittelt zum 85. Geburtstag am 17. Juli herzliche Glückwünsche.

Anschrift des Autors:  
Adolf Schmid  
Steinhalde 74  
79117 Freiburg

# Tu, Felix Sickingen, nube . . .

Sickingen – ein Hort vorderösterreichischer Politik in Ebnet  
(1568–1809)

Franz von Sickingen (1481–1523) ist sicher der berühmteste Sproß der Familie mit den fünf silbernen Kugeln, den „Schneebällen“ im Schild – in der Geschichte, in einer Zeit größter Umwälzung, genügend bekannt durch seine Fehden und seinen ungestümen militärischen Einsatz für seine politischen und humanitären Ideen. Den größten Erfolg hatten freilich seine Nachfahren – weit weg vom Kraichgau und der Pfalz –, als sie sich an ein ganz anderes Erfolgsrezept hielten, im Breisgau, wo sich eine ungewöhnlich gute Partie bot.

Es kann nicht nur von den Habsburgern gesagt werden, sie hätten Politik gemacht nach dieser erfreulich angenehmen Richtschnur: „Bella gerant alii; tu, felix Austria, nube“ (Kriege sollen die anderen führen; du, glückliches Österreich, heirate!). Dieser Hexameter zur Charakterisierung der Heiratspolitik der Habsburger, die ja auch Maximilian (1459–1519) vor allem als Mitgiftjäger definiert, soll von Matthias Corvinus, dem König von Ungarn, stammen, der wohl auch fleißig Ovid gelesen hat („Heroiden“ 13, 84) und der nach den eigenen Lebenserfahrungen ergänzte: „Nam quae Mars alii, dat tibi regna Venus“ (Den andern verhilft der Kriegsgott zur Herrschaft, dir schenkt sie die Göttin der Liebe). Bei Sickingen spielte sich diese Geschichte in etwas bescheidenerer Dimension ab, dafür war sie auch passender, ganz verheißungsvoll.

Franz von Sickingen hätte am Nachwuchs seines dritten Sohnes Franz Conrad (1511–1574) wohl seine größte Freude gehabt, aber er lernte seine fünf Enkel nicht mehr kennen. Franz Conrad sorgte für ihre gute Erziehung, vermittelte Kontakte, folgte vor allem als treuer und hoch geschätzter Vasall gerne mit

ihnen zusammen den Spuren des Kaisers. So war er mit seinen Söhnen auch dabei, als Kaiser Ferdinand über den Jahreswechsel 1562/63 Freiburg besuchte – im Anschluß an die Wahl



und die Krönung seines Sohnes Maximilian zum römischen König. Von Frankfurt aus war die Reisegesellschaft über Speyer und die Pfalz, über Hagenau und Straßburg in den Breisgau gekommen, Sickingen war im prominenten

Gefolge. Am 23. Dezember kam die noble Gesellschaft in Freiburg an: „Die Clerisei sambt der Burgerschaft ist Irer Mjt. mit der Procession entgegen gangen und haben Ir. Mjt. unter dem Himmel zu der Kirchen, weliche gewaltig und gar schön gepaut ist, geblaitet (begleitet?). Aldo ist Ir. Mjt. abgessen und hineingegangen. Da ist das Tedeum laudamus gesungen und stattlich aus einer Pasteien, auch von dem Schloß, so auf ainem Berg gegen der Stadt ligt, geschossen (worden) . . . Die Stadt ist zimblich groß, aber wegen der Stallung gar eng, dermassen, das das Hofgesind mueß mit schlechtem für guet nemben“ (Benz, 113).

## DIE HOCHZEIT: 1568

Es darf unterstellt werden, daß für Franz Conrad von Sickingen keine Nachricht so bedeutend war wie die vom Tod des Hans Jakob Snewlin von Landeck. Snewlin war 1561 gestorben, das Erbe galt als respektabel: Besitz in und um Freiburg, dazu im ganzen Breisgau, vor allem im Dreisamtal, Höllental, bis zum Titisee, bis zum Feldberg. Snewlin-Landeck war eindeutig der reichste Grundherr gewesen – und zwei Töchter sollten sich das Erbe teilen, Anna und Helena. Anna war 18 Jahre alt, gerade so alt wie Friedrich, der vierte der Sickingen-Sprößlinge, am 24. September 1544 in Heidelberg geboren. Die „Dinge“ reiften rasch – ganz nach einer fast märchenhaften Planung. Am 20. Oktober 1567 kam es in Colmar diplomatisch zu einer „Eheberedung“ mit prominenten Teilnehmern und einer Heiratsallianz mit klarem Ergebnis: Friedrich von Sickingen sollte Anna von Snewlin-Landeck ehelichen. Und am 16. Mai 1568 wurde diese Ehe geschlossen; daß Sickingen eigentlich für eine lutherische Glaubenstradition garantierte, störte nicht, war sekundär – die gemeinsamen Untertanen sollten „einfach“ weiterhin katholisch bleiben, treu katholisch wie Anna selbst es war und wie es für die habsburgerische Herrschaft selbstverständlich sein mußte. Noch war nicht ausgemacht, ob das Erbe mit der Schwester geteilt werden mußte; Helena blieb unverheiratet und kinderlos – Sickingen erneut im Glück, die Partie ging zu 100 Prozent an Sickingen. „Niemals sonst erzielten die Sickingen in ihrer Geschichte durch überlegene Heiratspolitik einen ver-

gleichbaren Zuwachs an Reichtum und Ansehen“ (Benz, 113).

Es ist als sicher anzunehmen, daß für die Jungvermählten in Ebnet, wo die Snewlins seit dem 14. Jahrhundert Grundbesitz hatten und wo seit der Zerstörung der Wiesneck im Bauernkrieg sich das Zentrum der Herrschaft Snewlin-Landeck entwickelte, eine durchaus angemessene Unterkunft bestand. Man vermutet wohl zu Recht eine Wasserburg, ein „Weiherschloß“ im Bereich des Zuflusses des Eschbachs in die Dreisam – vielleicht so wie es auf dem Ölbild von Nikolaus Treu aus dem Jahr 1735 dargestellt ist (Paul René Zander, 6).

1581 starb der erste Sickingen im Breisgau; die Witwe Anna zeigte, daß sie selbst auch politikfähig war, bereitete vor allem den Sohn Hans Jakob auf das große und verantwortungsvolle Erbe vor. Insbesondere war es ihr Anliegen, die Seelsorge im Dreisamtal zu verbessern – zu Gunsten Ebnet. Nach wie vor stellte Kirchzarten für das ganze weitläufige Tal die Mutterkirche und war – aus wirtschaftlichen Gründen – ganz und gar nicht willig, Rechte abzugeben. Aber 1592 kam es doch zu einem Kompromiß: In Ebnet sollte der Kirchzartener Kaplan wenigstens alle zwei-drei Wochen eine Messe feiern. Anna von Sickingen Snewlin-Landeck ließ auch eine Kapelle erbauen, zu Ehren ihrer Namenspatronin Anna, aber wohl auch zur „Sühne“ in Erinnerung an die Ermordung des Abtes von St. Märgen, dort an der Straßenabzweigung nach Stegen / St. Peter, wo 1356 einer ihrer Snewlin-Vorfahren die ungeheuerliche Tat begangen haben soll (Durch „Kriegseinflüsse“ wurde diese St. Anna-Kapelle im Verlaufe von zwei Jahrhunderten sehr marode, 1811 wurde sie abgerissen; am alten Platz steht seit 1825 ein eindrucksvolles „Sühnekreuz“).

## 1631: GRÜNDUNG DER PFARREI EBNET

1598 zog sich Anna von der Politik und allen Geschäften zurück, lebte auf ihrem Witwensitz in Ebnet bzw. in ihrer Freiburger Stadtwohnung „Marienthau“ (später: Salzstraße, wo das Sickingen-Palais erbaut wurde); dort starb 1604 die Frau, die durch ihre Heirat mit Friedrich von Sickingen das politische Schicksal

einer weiten Region für zweieinhalb Jahrhunderte bestimmt hatte. Und 1611 starb auch schon ihr Sohn und Erbe Hans Jacob, gerade 40 Jahre alt. Aber die Nachfolge der Sickingen-Dynastie war gesichert. Auch in diesem Fall zeigte die Witwe, Susanne geb. von Reischach, ganze Verantwortung in der Tradition ihrer Schwiegermutter Anna; sie wollte nun die volle Selbständigkeit einer Pfarrei in Ebnet durchsetzen. Dieser Wille entsprach sicher dem inzwischen weitergewachsenen politischen Gewicht des Sickingen-Zentrums in Ebnet. Die Familie Sickingen beanspruchte die wissenschaftlich-theologische Hilfe des Freiburger Universitätsprofessors Dr. Casper Rudharth, der alle Dokumente zur bisherigen Geschichte der Pastoralisation im Dreisamtal sammelte und zu Argumenten für eine selbständige Pfarrei Ebnet umfunktionierte (vgl. Trenkle). Das umfangreiche, gelehrte Opus wurde der Konstanzer Kurie vorgelegt. Das Datum 17. Dezember 1631 kennzeichnet die Gründung der neuen Pfarrei mit dem Patrozinium des Hilarius und des Remigius. Susanne von Sickingen, geb. Reischach, darf als eigentliche Stifterin der Ebnet-Pfarrei gelten.

Nach zwei Generationen mußten die Zeitgenossen wohl den Eindruck gewinnen, daß sich hier bereits eine Sickingen-Tradition herausgebildet hatte.

Der Reichtum und das Ansehen und der politische Einfluß wuchsen – und damit auch der Ruhm der Ahnen und die Erwartungen an die künftigen Generationen. Wir wissen zu wenig über den Landsitz in Ebnet, der nun repräsentativ der wachsenden Bedeutung der Sickingen entsprochen haben muß. Wir kennen die Pläne, wie der große Park im Stil der Zeit und in Anlehnung an verführerische Vorbilder zu Beginn des 18. Jahrhunderts gestaltet wurde. Die Sickingen waren nun – und sie nannten sich auch so ganz praktisch und anschaulich – die „Herren an und auf dem Schwarzwald“. In sieben Generationen wurden sie zum bedeutendsten und einflußreichsten Breisgauer Adelsgeschlecht und betrieben eine Politik in selbstverständlicher vorderösterreichisch-habsburgischer Loyalität. Sie verbanden ihr Glück und ihr politisches Schicksal ganz mit der Geschichte des Habsburgerreiches; das Ende Vorderösterreichs bedeutete als Konsequenz

später auch das Ende der Sickingen-Herrschaft im Breisgau.

## DIE SICKINGEN-HERRSCHAFT IN EBNET

Sicher sind die Erinnerungen an die Herrschaft der Sickingen mit den fünf Silberkugeln nirgends so zahlreich und nach wie vor so beeindruckend wie in Ebnet. Daß 1631 der Konstanzer Bischof hier eine selbständige Pfarrei bestätigt hat, also die Trennung von der Kirchzartener Mutterkirche gut hieß, war nur dem energischen Betreiben der Sickingen-Familie zu danken. 1699 stifteten die Ortsherren auch die drei Glocken, deren Geläute noch heute zu hören ist. Es war ein Auftakt, der entscheidende Schritt sollte bald folgen.

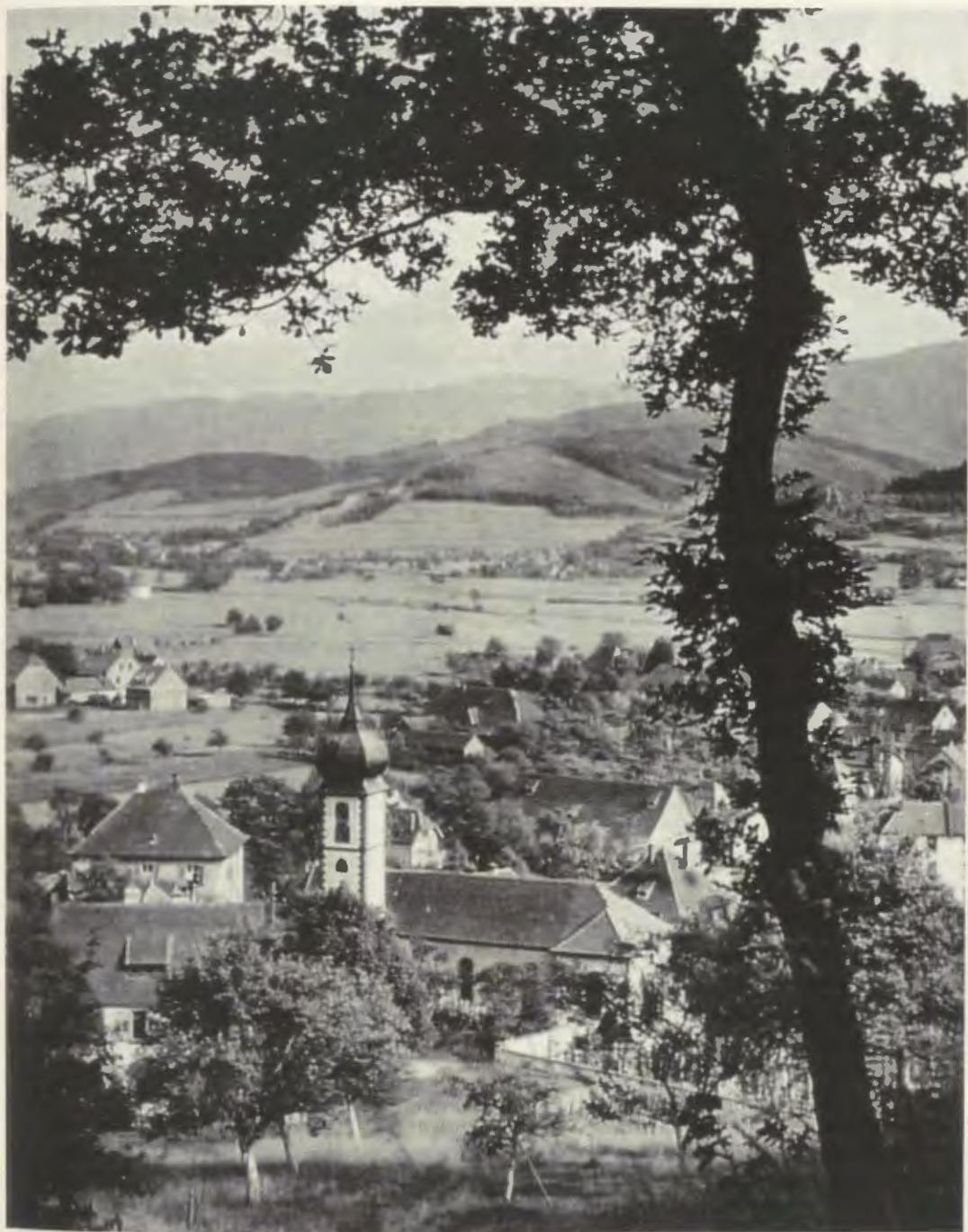
1687 war Franz Ferdinand von Sickingen verstorben. Er war verheiratet gewesen mit Maria Franziska von Dalberg, Tochter des Wolf Hartmann und der Maria Echter von Mespelbrunn. Für die Lösung der „Stammherrnfrage“ hatte die Mutter – bei fünf Söhnen – klare Vorstellungen: „Solte sich aber Einer von denen... (Söhnen) wider Verhoffen und – darvor Gott sein solle – ohngebührlich verhalten undt der familien Einen schand fleckhen ansetzen oder Auch sich ohne vorwissen Undt Einrathen der freundschaft... verheyratheren, derselbe als dan solle daß geringste gevolget werden, sondern sowohl des Vätter – als Mütterlichen gänzlichen verlustiget sein“ (Benz, 115). – 1691 war alles entschieden. Die drei ältesten Söhne wurden Geistliche, durften in der Kirchenhierarchie große Karrieren erwarten:

– Franz Peter (1669–1736) wurde tatsächlich, Domherr in Würzburg und Bamberg und „Obereinnahmepäsident“ in Bamberg;

– Friedrich Johann Georg (1668–1719) wurde ebenfalls Domherr in Bamberg und Würzburg, Universitätsrektor in Würzburg, Statthalter in Bamberg;

– Karl Edmund wurde angesehenes Mitglied des Jesuitenordens.

Auch für den inzwischen 7jährigen Casimir Anton würde sich wohl noch eine Pfründe bieten; und er wurde tatsächlich Fürstbischof von Konstanz – „eine mit Lust und Stolz in reichstädtischen Sphären sich wiederfindende Persönlichkeit“ (Benz, 124.) – Seiner Heimatge-



*St. Hilarius – Barockdorfkirche in Ebnet*

meinde Ebnet hat Casimir ein schönes Denkmal hinterlassen: die Nepomuk-Statue an der Dreisambrücke mit dem Chronogramm MDCCXVIII ( = 1725).

a) Ferdinand Hartmann: 1673–1743

So stand für die Sickingen-Familie fest: Ferdinand Hartmann, 1673 geboren, hatte für Tradition und Zukunft zu garantieren. Der

Familiendisziplin fühlten sich alle verpflichtet, auch z. B. Onkel Friedrich Edmund von Sickingen, der testamentarisch verfügte: „Die weilen zum letzten institutio haeredis allen Testamenten fundament und hauptstück, so ernenne ich zu meinem wahren und ungezweifelten Erben aller meiner Verlassenschaft... meinen lieben Vettern Ferdinand v. Sickingen“. Der gute Onkel machte nur eine Bedingung: daß Ferdinand „zur fortpflanzung der Ebnetischen linien von Sickingen sich nach seines Standts gebühr“ verheirate. Maria Elisabeth Sidona von Pappenheim entsprach den Erwartungen.

Ferdinand Hartmann hatte also Grund, sich über sein ungeteiltes Erbe in Ebnet zu freuen – und Glocken zu stiften. Er war für seine Lebensaufgabe gerüstet, wie er es selbst in seinem Tagebuch berichtet (Benz, 117). Aufschlußreicher kann eine Selbstdarstellung kaum sein als dieser Bericht über Geburt, Kindheit, Schule, Studium, Reisen quer durch Europa. Vor allem was den Bildungswert einer Kavalleristour ausmachte, welche Einsichten vermittelt, Verbindungen geknüpft, Kenntnisse erworben wurden, kann man kaum an einem eindrucksvolleren Text studieren als am Tagebuch des künftigen Ebnet Grundherren.

1720 bis 1725 ließ Ferdinand die alte Ebnet Kirche umbauen, besser: neu bauen in barockem Stil (Brommer); in Ebnet schaffte die neue Architektur ihren Durchbruch. Mit der Konsekration wurde 1725 auch gleichzeitig die neue Familiengruft der Sickingen unter dem Chor eingeweiht.

Einen Auftrag ganz besonderer Art gab Ferdinand Hartmann einem Künstler: Franz Bernhard Altenburger, einem Maler aus Tirol, der seit 1728 in der Freiburger Region tätig war (Brommer, 11). Altenburger malte ein Altarbild mit Ebnet in der Vogelschau – Engel machen den Blick frei auf das Dorf mit Kirche, Anna-Kapelle, Schloß. Es ist eine ganz seltene Beispiel gelungener Landschaftsmalerei, gar nicht romantisiert, topographisch korrekt, eine male- rische Umsetzung schöner Wirklichkeit. Natürlich sind wesentliche Punkte akzentuiert bzw. ausbalanciert: Kirche und Residenz des Territorialherren im Gleichgewicht, ein Bild der Harmonie und des „Gottengnadentums“. Die ganze Szene wird wohlthätig und götig überstrahlt von

Ebnets Patronen Hilarius und Remigius, deren Blicke nach oben gerichtet sind, zu Maria. Ein Gemälde voll unaufdringlicher Intimität und Fürsorglichkeit.

Nimmt man noch hinzu das Bild Ferdinands mit seiner Familie (Benz, 122/123), so rundet sich unser Verständnis des Kunst- und Lebensgefühls einer barocken Welt, in sicherer Balance zwischen Repräsentation und Privatleben.

#### b) Ferdinand Sebastian: 1715–1772

Ferdinand Hartmann starb 1743. Das Gegenstück zur barocken Kirche, das Sickingen-Schloß, ließ sein Sohn und Nachfolger Johann Ferdinand Sickingen (1715–1772) bauen. Auch er wurde optimal auf sein Amt, seinen Rang, seine Aufgaben vorbereitet, in der Weltläufigkeit trainiert. Schon 1738 bekam er die Leitung der Familiengüter übertragen, 1739 wurde er von Karl VI. in Wien als künftiger Breisgauer Ritterpräsident bestätigt; er setzte sich mit 49 Stimmen gegen Konrad Friedrich Freiherr von Baden (24 Stimmen) und Joseph Anton Freiherr von Kageneck (17 Stimmen) durch (Benz, 128). Als der Vater am 29. August 1743 starb, betrug der „Familienschatz“ 51 000 fl und Jahreseinnahmen von 30 000 fl waren gesichert. Wirklich optimale Herrschaftsbedingungen! Aber noch fehlte den Sickingen die standesgemäße Behausung. Der alte Festungsbau der Snewlinschen Zeit mußte abgetragen werden, neu entstand der steinerne Luxus eines zweigeschossigen Barockschlosses, bestückt mit vielen Zutaten des Rokoko, gestaltet als ein Hort der Künste.

Als Schloßerbauer hat sich Ferdinand Sebastian ein einmaliges Denkmal gesetzt. Er war Schloßherr mit Vorlieben für Ästhetik und Geselligkeit, herrschaftlicher und phantasievoller Gastgeber, tatsächlich auch Ritterpräsident. Aber durch politisches Talent scheint er nicht aufgefallen zu sein. Er bekam zwar noch etliche Ehrentitel, vielfach aber mit dem Hinweis auf die Verdienste des Vaters, so z. B. als er kaiserlicher Geheimrat wurde in Erinnerung an 1744 – „als während dießer Zeit die Stadt Freyburg belageret war, derselbe dieße Belagerung in unermüdeter Sorgfalt ausgestanden“. Man hat aber „zugleich in mildeste Erwägung gezogen, daß des Freyherrn seeliger Vater insbesondere 25 Jahre lang die Statthalterschaft mit allge-

meinem Beyfalle und Vielem Ruhm begleitet“ (Benz, 134).

Der Schloßerbauer lebt weiter in einem Baudenkmal der ganz besonderen Art – zusammen mit seiner Frau Maria Anna Sophia, geb. Reichsfreifrau von Greiffenclau zu Vollrads, Schwester des Fürstbischofs von Würzburg – und von Benedict Gambs im Deckengemälde des Gartensaals im Ebneten Schloß verewigt.

In standesbewußtem Mäzenatentum hat Ferdinand Sebastian auch bedeutende Künstler beschäftigt: Die Baupläne stammen von Johann Fechter aus Basel, in Ebnet arbeiteten auch der Baumeister Simon Schratt aus dem Allgäu, Christian Wentzinger aus Ehrenstetten (der die überlebensgroßen Gartenskulpturen der „Vier Jahreszeiten“ schuf), Benedict Gambs aus dem Allgäu (der in Ebnet 1751 starb und beerdigt wurde) und andere (vgl. Zander).

### DAS SICKINGEN-PALAIS IN DER FREIBURGER SALZSTRASSE

Die Bedeutung der Sickingen-Familie ist auch nachzuvollziehen, wenn man sich an die Geschichte ihres Stadtpalastes in der Freiburger Salzstraße erinnert. Von 1769 bis 1773 wurde dort gebaut nach den Plänen von Michel d'Inard aus Nîmes (1723–1795) und im Auftrag

von Ferdinand Sebastian, dem Ebneten Schloßerbauer; sein Vater hatte in Freiburg zwischen 1718 und 1720 das „Haus zum Marienthau“ (Besitz der Snewlins schon seit dem 14. Jahrhundert) geerbt und die Nachbarhäuser „zur Scheuer“ und „zum Wolkenbruch“ aufgekauft, um sie abzureißen und so einen großen Bauplatz für einen repräsentativen Palast zu schaffen (wurde nach 1809 Besitz des Großherzogtums, von der großherzoglichen Familie auch benutzt; 1944 zerstört und nach gelungenem Wiederaufbau – ein Glücksfall der Denkmalpflege – mit alter Fassade Sitz des Oberlandgerichts, Salzstr. 21). Ferdinand Sebastian erlebte die Fertigstellung seines Stadtpalais nicht mehr, der Präsident der Breisgauer Ritterschaft starb 1772. Sein Sohn Casimir war noch minderjährig. Für die Nachfolge im Präsidium der Ritterschaft ging ein Dreivorschlag nach Wien, Maria Theresia wählte Sickingens Schwiegersohn aus: Freiherr Franz von Baden. Ferdinand Sebastian hinterließ zwei prächtige Paläste, einen großen Park – vor allem auch riesige Schulden (Benz, 133 ff.).

1782 kam es zur allgemeinen Aufhebung der Leibeigenschaft in Vorderösterreich – „vermög allerhöchsten Hof-Decreti vom 13ten December“, durch das befohlen wurde, „daß die in Vorderösterreich derzeit noch bestehende



*Das Sickingen-Schloß in Ebnet*

Leibeigenschaft um so mehr gänzlich aufgehoben werden solle, als die vollkommene Abrogierung (= Abschaffung) des Namens der Leibeigenschaft als ein Generale festgesetzt seye“. Eine Zeitenwende bahnte sich an.

## CONSTANS IN FIDE, FIDELIS IN REGIMINE

Die Familie Sickingen gehörte zu den vielen Adelsgeschlechtern des deutschen Südwesten, die zugewandert und aufgestiegen sind, einflußreich und wohlhabend wurden im Dienst Habsburgs, bis „ihre Zeit“ um war. Der erste Rittertag, der nach der Abtrennung der elsässischen Gebiete an Frankreich 1666 in Staufen stattfand, förderte eine starke Nivellierung zwischen alter und neuer, einfacher und gehobener Nobilität. Erst 1706 erhielten die Sickingen den Status der Freiherren, bis 1790 warteten sie auf den Reichsgrafenstand.

Der Grundbesitz wuchs beachtlich, die Grundherrschaft war eindrucksvoll, auch die Palais galten als repräsentativ. Aber der Besitz durfte ja immer nur ungeteilt an den jeweils ältesten Sohn vermacht werden. Wo lagen da die Chancen der übrigen Familienmitglieder? – „Ansehen und Einfluß einer Familie innerhalb der Adelshierarchie wurden weniger nach dem Grundbesitz als vielmehr nach der Anzahl und dem Rang der Domherrenpründe innerhalb der Reichskirche bemessen. Der Zugang zu dieser exklusiven Adelsinstitution war aber nur wenigen Familien vorbehalten“ (Erich Pelzer, in: Vorderösterreich-Katalog/S. 186). Und diesbezüglich hatten ja die Sickingen beste Referenzen, wie wir schon bei den vier Brüdern von Ferdinand Hartmann gesehen haben. Die Sickingen-Brüder hatten schließlich aber auch noch eine Schwester: Maria Theresia Benedicta (1682–1756); sie heiratete Franz Christoph Joseph von Roth, Generalfeldzeugmeister (sein Grab ist im Freiburger Münster!); sie hatten zusammen zwei Söhne: Franz Conradt ist 1706 geboren, wurde 1750 Bischof als Nachfolger seines Onkels Casimir Anton, Fürstbischof von Konstanz und Kardinal – und bei seinem Tod 1775 sicherte sich sein Bruder Maximilian Christoph die Nachfolge, er beherrschte die Konstanzer Kurie bis 1800.

Dies ein kleiner, imponierender Exkurs! Er wäre leicht noch auszubauen, vor allem wenn noch die erlauchte Verwandtschaft hinzuaddiert wird, mit der die jeweiligen Herren auf Ebnet durch ihre respektablen Eheschließungen ihren gesellschaftlichen Rang beachtlich erhöhen konnten. Im Breisgau war solch übertragender Adel konkurrenzlos. Die Grundeinstellung war dabei ganz schlicht: Constans in fide, fidelis in regimine; die Sickingen blieben standhaft im katholischen Glauben und treu ihren habsburgerischen Gönnern – die Haltung, die sich Erzherzog Maximilian 1618 von seinen Untertanen in Vorderösterreich für seinen Nachfolger gewünscht hatte (vgl. die Vortragsreihe des Geschichtsvereins der Diözese Rottenburg-Stuttgart zur Landesausstellung „Vorderösterreich“, 1999).

## KARLSRUHER VERTRAG: 6. DEZEMBER 1808

Die revolutionären Verhältnisse um 1800, vor allem aber wohl die erfolgreiche, opportunistische Politik der badischen Markgrafschaft und ihre Zugewinne im Gefolge Frankreichs zwangen die Sickingen, ihren Besitz im Breisgau zu verkaufen, nach Wien, ins geliebte Österreich umzuziehen. Wilhelm Reichsgraf von Sickingen-Hohenburg (1777–1855) wurde schon 1800 k. k. Kämmerer, trat ganz in den Wiener Hofstaat ein, war persönlicher Freund und Berater des Kaisers Franz, dem „alten Kaiser“ in traditioneller Weise ganz untertan.

Das Ende der Sickingen-Herrschaft im Breisgau gestaltete sich recht traurig und glanzlos. Freiherr Karl Wilhelm Drais von Sauerbronn nahm den Breisgau 1806 für die „Badenser“ in Besitz und forderte auch Wilhelm ganz unsensibel auf, einen Verkaufspreis zu nennen (Benz, 157). Sickingen schrieb ihm zurück: „Alleine der Zwang der Zeit, bey dem wir leider so unverschuldet leiden müssen, fordert Unterwerfung“ (GLA 233/2374). Es kam zu einem Vertrag in Karlsruhe am 6. Dezember 1808, in dem die Veräußerung des Sickingen-Besitzes zu Ebnet, Littenweiler, Wittental, Eschbach und Wiesneck, Breitnau, Hinterzarten, Riegel und des Freiburger Stadtpalais an den badischen Staat ausgehandelt wurde – für 500 000 Gulden (am 9. März 1809 vom

Großherzog unterschrieben). So war natürlich auch die Grund- und Ortsherrschaft der Sickingen in Ebnet zu Ende, im „Großherzoglich Badischen Regierungsblatt“ wurde es am 30. September 1809 offiziell verkündet: „Die Grundherrlich v. Sickingische Verwaltung wurde am 2. 9. 1809 aufgehoben, die 5 Höfe in Eschbach dem Stabsamt St. Peter, das Rittergut Ebnet, das Lehen Wiesneck samt Schwabs- und Erlacher Hof und die Güter auf dem Falkenbühl beim Meierhof Baldenweg dem Oberamt Freiburg zugeteilt“. Die entsprechende Verfügung bzgl. der „Kondominate“ (gemeinsame Herrschaft mit anderen zusammen) in Littenweiler, Breitnau und Hinterzarten folgte am 10. 10 bzw. 29. 11. 1809. Der Sickingen-Besitz gehörte dem badischen Staatsfiskus.

Das Sickingen-Archiv ging leider „im wesentlichen“ verloren; man vergleiche zu diesem bedauerlichen Vorgang Ekkehard Liehl im Vorwort zur Chronik des Pfarrers Vincens Zahn; er beschreibt, wie Urkunden aus Nachlässigkeit „als Makulatur verkauft“ und u. a. bei einem Metzger als Einwickelpapier benutzt wurde.

Das Dreisamtal war nun ganz badisch, seit 1809 war auch Ebnet eine badische Gemeinde mit 73 Häusern und 437 Einwohnern, die ihren Vogt - Martin Linder heißt der erste - (seine Nachfolger werden ab 1832 den Titel Bürgermeister führen) selbst wählten. Die Nachbarstadt Freiburg hatte 1809 gerade 8735 Einwohner.

Das Bedauern über den Abgang der Sickingen muß groß gewesen sein, glaubt man dem Kommentar von Vincens Zahn (S. 207) und übernimmt ihn von Hinterzarten auch für Ebnet: „Auf diese Art hat die Gräflin v. Sickingische Familie als hiesige Orts- und Grundherrschaft aufgehört. Die Untertanen bedauerten es, von ihr getrennt zu werden; denn sie verloren eine Herrschaft, deren Charakter Güte und Großmuth war ...“.

## SIGISMUND VON REITZENSTEIN

Reitzenstein, badischer Gesandter in Paris von 1796 bis 1803, dort tätig und erfolgreich bei der Begründung des geschlossenen badischen Territoriums (u. a. mit Bestechungsgeldern von etwa 250 000 Gulden - vgl. Hug, 195), indem er dafür sorgte, daß „Baden“ mehr als

nur entschädigt wurde für seine Verluste „links des Rheins“, zu einer „mittleren Größe“ heranwuchs, flächenmäßig nach Preußen, Österreich, Bayern und Württemberg sogar die Nr. 5 im Deutschen Bund wurde mit etwa 1 Million Einwohner - dieser Politiker war wieder gefordert im Großherzogtum selbst, weil dieser neubadische Staat nicht funktionieren wollte. Er war eben doch aus recht mannigfaltigen und vor allem ungleichartigen Teilen zusammengesetzt. Durch die Säkularisation waren dem badischen Staat rund 100 Klöster mit ihren Gütern zugefallen, der rechtsrheinische Besitz der Bistümer Straßburg und Basel und Speyer, die Kurpfalz wurde badisch; dazu kam die Mediatisierung verschiedener reichsfürstlicher Herrschaften - darunter Fürstenberg -, die Vereinigung alter Reichsstädte wie Offenburg, Gengenbach usw. Aber die ganz große Ländermasse kam durch den Vertrag von Preßburg 1805, mit dem Ende der vorderösterreichischen Herrschaft. Und dies war eben auch gleichzeitig das Ende vieler alter, vor allem auch vertrauter, verlässlicher Verwaltungsstrukturen, die nun in einem „Einheitsstaat“ durch eine Zentralregierung aufgefangen werden mußten (vgl. Kageneck, S. 164). Die Spannung zwischen Alt - und Neubadenern war enorm, Reitzenstein mußte Leute seines Vertrauens in Schlüsselstellungen bringen. Sein Mann als Kreisdirektor des Dreisamtkreises war z. B. Freiherr von Roggenbach (Kageneck, 167); eine Aussöhnung mit dem „neuen Regime“ der „Badenser“ (so die Formel bei Abt Speckle, dem letzten Abt von St. Peter) brauchte seine Zeit.

---

### Literaturauswahl

- Benz, Michael: Sickingen - Bildnisse. 1985.  
Brommer, Hermann: Freiburg - Ebnet. Katholische Pfarrkirche St. Hilarius. 1981.  
Hug, Wolfgang: Geschichte Badens. 1992.  
Kageneck, Graf Alfred von: Das Ende der vorderösterreichischen Herrschaft im Breisgau. 1981.  
Rößler, Karl Joseph: Aus der Geschichte des Dorfes Ebnet. 1959.  
Schmid, Adolf: Ebnet im Dreisamtal. Mosaiksteine zur Geschichte des heutigen Freiburger Stadtteils. 1999.  
Trenkle: Geschichte der Pfarrei Ebnet. In „Freiburger Diözesanarchiv“ 1869.  
Vorderösterreich - Nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? - Katalog zur Ausstellung 1999 (Rottenburg, Freiburg).

Zahn, Vincenz: Chronik von Hinterzarten (vor zwei Jahrhunderten). Bearbeitet und herausgegeben von Hermann Brommer. In Zusammenarbeit mit dem Alemannischen Institut Freiburg. 1993.

Zander, Paul-René: Das Rokokoschloß Ebnet bei Freiburg i. Br. 1997.

Anschrift des Autors:

Adolf Schmid

Steinhalde 74

79117 Freiburg

# 200 Jahre Lahrer Hinkender Bot

## EIN STÜCK DEUTSCHER KULTURGESCHICHTE

Der Bote, der mit seinem hölzernen Stelzbein Bottschaften langsam und bedächtig überbrachte, war im 17. Jahrhundert sprichwörtlich für die gesicherte Wahrheit einer Nachricht geworden. Er war das letzte Glied in der Kette der Nachrichtenübermittlung und im Gegensatz zum schnellen „Postreuter“ – der oft auch auf den Titelblättern der Volkskalender abgebildet wurde – brachte der Hinkende die Nachrichten aus der weiten Welt bis ins kleinste Dorf. Zahlreiche Volkskalender wurden nach der stelzbeinigen Gestalt benannt. Der Lahrer Hinkende Bote ist der einzige, der in Deutschland in ungebrochener Tradition besteht und für das Jahr 2000 in der 200. Auflage erscheint.

## KEIN EINFACHES JUBILÄUM!

Zugegeben: Das Jubiläum des „Lahrer Hinkenden Boten“ ist – mathematisch gesehen – kein einfaches. Es bereitet Kopfzerbrechen. Wie, heißt es allenthalben, da habt Ihr in Lahr auf das Jahr 1801 den ersten Kalender ans Licht der Welt gesetzt, und jetzt, im Jahr 1999 feiert Ihr den Zweihundertsten? Wo ist da, bitteschön, die runde Zahl?

Doch es hat seine Richtigkeit, denn ausnahmsweise hinkt der Bote in Sachen Jubiläum nicht hinterher wie mit den Neuigkeiten, sondern er ist sozusagen seiner Zeit voraus: Man kann es hin- und herrechnen wie man will: Wenn der erste Kalender auf das Jahr 1801 erschienen ist, dann ist der auf das Jahr 2000 der zweihundertste. Und da es nicht nur die Tradition, sondern auch der Charakter eines Kalenders will, daß er schon im Jahr zuvor erscheint, kommt also nun im Jahr 1999 der Kalender auf das Jahr 2000 und somit der Zweihundertste. Schließlich will man das Jahr schön ordentlich im Voraus planen, wenn man auch nie recht weiß, was es bringen wird.

Christel Seidensticker

## DER VERLAG UND SEIN KALENDER

Die Verlagsgeschichte des Verlags Moritz Schauenburg begann mit dem Buchbinder Johann Heinrich Geiger, der 1790 nach Lahr kam; hier band er nicht nur Bücher, sondern begann auch zu drucken: 1800 den ersten „Lahrer Hinkenden Boten“ auf das Jahr 1801. Neben dem Kalendarium mit allen astronomischen Angaben und den Festtagen der Heiligen enthielt der Kalender Wetterregeln, Markttermine, aber auch Gesundheitsratschläge – so einen Aderlaßkalender – und Berichte über Kriegerereignisse. Das Lahrer Unternehmen nahm einen raschen Aufschwung und der Kalender gewann schnell Ansehen und hohe Auflagezahlen.

## MORITZ SCHAUENBURG

Mit Moritz Schauenburg, der nach Heirat mit der Enkeltochter Geigers 1864 Druckerei und Verlag übernahm, begann eine neue Ära der Verlagsgeschichte. Er gewann Albert Bürklin als Herausgeber und Autor des Kalenders, und dessen Geschichten waren so beliebt, daß der „Hinkende Bote“ um 1870 Auflagenhöhen bis zu einer Million erreichte. Auch heute noch bekannte Autoren wie z. B. Berthold Auerbach, Ludwig Anzengruber, Marie von Ebner-Eschenbach und Peter Rosegger schrieben für den Lahrer Kalender, der nicht nur in ganz Deutschland verkauft wurde, sondern auch für die Auswanderer in Amerika eine jedes Jahr heißersehnte Verbindung zur alten Heimat darstellte.

## EIN NÜTZLICHER BEGLEITER DURCH DAS JAHR

Neben dem ausführlichen Kalendarium bringt der Kalender traditionell nützliche Informationen wie Jahres- und Gedenktage, Messe- und Ausstellungstermine, Pflanz- und Mondaussaattermine, Wetter- und Bauernregeln. Daneben kommt die Unterhaltung nicht zu kurz: Beiträge zu aktuellen Themen, Ausflüge zu interessanten Orten in der Region, anschauliche Reiseberichte, Wissenswertes aus der Tier- und Pflanzenwelt und Kurzgeschichten sowie viele Fotos und Zeichnungen machen die bewährte Mischung aus Nachschlagewerk und Unterhaltung im „Hinkenden Boten“ aus.

## JUBILÄUMSAUSGABE UND ALMANACH

Die Jubiläumsausgabe, der „Lahrer Hinkende Bote für das Jahr 2000“, der Ende Juni mit doppeltem Umfang (416 Seiten) erscheint, würdigt auf 100 Sonderseiten die kulturgeschichtliche Bedeutung des „Hinkenden Boten“. Wie immer enthält er ein ausführliches Kalendarium sowie informative Beiträge und interessante Geschichten. Zum Jubiläum erscheint auch der Sonderband *Das Beste aus 200 Jahren Lahrer Hinkender Bote mit beispielhaften und berühmten gewordenen Berichten und ausgewählten Kalendergeschichten aus den vergangenen 200 Jahren* – in bibliophiler Ausstattung.

## KALENDERAUSSTELLUNG UND JUBILÄUMSFEIER

Aus Anlaß des Jubiläums wird in der Sparkassenhauptstelle Lahr vom 21. 6. bis 21. 7. 99 unter dem Motto „Der Lahrer Hinkende Bote und seine Vorfahren“ eine Ausstellung zum Thema Zeit und Kalender gezeigt, die die Bedeutung des „Lahrer Hinkenden Boten“ herausstellt. Am 19. 6. 1999 findet die Ausstellungseröffnung statt und anschließend wird am Hinkenden-Boten-Stand in der Lahrer Innenstadt gefeiert!

Verlag Moritz Schauenburg

# „Die Zeit der schönen Nöte“

Die Staatliche Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe  
in den 50er Jahren

Rückblicke verführen oft zu Nostalgien, im privaten wie im öffentlichen Leben. So wird heute in einer Zeit von Informationsübersättigung, Wohlstandsproblemen und partiellen kulturellen Lethargiegefühlen jene Epoche der 50er Jahre gepriesen, da alles in Bewegung schien, das Materielle erst begrenzten Wert einnahm, weil fast alle vom letzten Krieg gezeichnet waren. Ausstellungen zur „Nierentischkultur“ haben heute großen Zulauf, und Plakate mit den ersten Reisezielen im sonnigen Süden rufen insofern wehmütige Erinnerungen wach, als dies damals noch ersehnte Erlebnisse waren und nicht alljährliche Routine.

„Die Zeit der schönen Nöte“ - so ein Zitat, denn so widerspruchsvoll betrachtet mancher jenes Jahrzehnt. „Schöne Nöte“, das gilt für viele Einzelne im persönlichen Bereich, aber vielleicht auch für ihre Angehörigkeit in damaligen Institutionen. Wie hat sich also jener Geist eines neuen Aufbruchs gerade in einer so sensiblen Institution wie einer Kunstakademie manifestiert? Dazu ein Rückgriff in die Geschichte .

## DIE ERSTEN 90 JAHRE

Die Literatur hat in Karlsruhe nie eine besondere Rolle gespielt, wohl aber die Musik und erst recht die bildende Kunst. Den Zähringer Markgrafen, den badischen Großherzögen ist es zu verdanken, daß man sich - mit unterschiedlicher Intensität nicht nur um das Sammeln verdient gemacht hat, sondern sich schon früh um die Ausbildung von Künstlern kümmerte. Mit dem Regenten Prinz Friedrich, dem

späteren Großherzog Friedrich I., wurde am 1. November 1854 die „Kunstschule“ gegründet, noch betreut von der Hofverwaltung. Mit Johann Wilhelm Schirmer, von der Düsseldorfer Akademie kommandiert, fand man einen erfolgreichen Künstler und Leiter voller Impulse. Nach einer Epoche der Spätromantik und des Realismus entwickelte sich die - seit 1880 vom Staat getragene - Institution zu einer bedeutenden Bildungsstätte. Das war angesichts der starken Ausrichtung der Residentstadt auf den Hof nicht einfach, wie es später Hans Thoma, ihr Direktor seit 1899, beschrieb: „Es fehlt in Karlsruhe trotz Sonnenscheins von oben der natürliche Nährboden aller künstlerischen Bestrebungen, die innere Anteilnahme weiter Volkskreise und ein kaufträchtiges Publikum.“<sup>1</sup> Zudem kam es in dem an sich „glänzendsten Abschnitt“ von 1892 bis 1920 zu scharfen Gegensätzen zwischen den bedeutenden Professoren und nicht nur wie bisher zwischen Akademie und Künstlerschaft.

Die Zeit nach dem I. Weltkrieg war materiell durch Sparmaßnahmen gekennzeichnet. So wurde die Akademie und die Kunstgewerbeschule zur „Landeskunstschule“ vereinigt, und die „Einheitsschule“ war ein Schlagwort der Nachkriegsjahre, also eine Überwindung eines freien und eines angewandten Kunstunterrichts. Einer der bedeutenden Lehrer wie Georg Scholz, 1924 an die Landeskunstschule berufen, schrieb: „Ich habe es als meine Aufgabe betrachtet, das objektiv Lehrbare und nicht etwa meine individuelle Formulierung des Begriffs „Kunst“ zu lehren, wie es die meisten Lehrer an Kunstschulen tun... Dann wären

viele manuell begabte Leute nicht gezwungen, als zeichnende und malende Hochstapler schlechte Ölgemälde an den Mann zu bringen.“<sup>2</sup>

Ein unruhiger revolutionärer Geist von 1919 war in die Studentenschaft eingezogen, ja zwischen einem Professor und den Studentenräten entwickelten sich sogar Handgreiflichkeiten. „Mit gezielten Hieben“ heißt es, „streckte er vier Schülerräte zu Boden und bei der Verfolgung der restlichen nochmals drei“, was zur fristlosen Entlassung des Hochschullehrers führte.<sup>3</sup> In manchen Ausbildungsgängen herrschten bald chaotische Zustände, und der materielle Abstieg der deutschen Bevölkerung durch Inflation und Wirtschaftskrise belastete den Kunstmarkt.

Die neue Beziehung von Kunstakademien und Staat verlangte nach einer neuen Ortsbestimmung. Georg Meistermann, ein Maler auch des Abstrakten, blickte 1962 in einem Vortrag „Die Kunstakademie als Institution“ vor dem neugegründeten Freundeskreis der Akademie auf die letzten Jahrzehnte vor 1918 zurück: „Der Aufbruch der Kunst, der mit der neuen Welterfahrung der Einstein, Planck, der Röntgen und Sigmund Freud, gar mit einer neuen Frömmigkeit und neuen theologischen Ansät-

zen, mit der Entmythologisierung der Geschichte, mit der Kritik der Gesellschaft an sich selbst – gleichzeitig geschehen war: der Aufbruch der Kunst ging an den Akademien spurlos vorüber... Lehmbruck, Franz Marc, Macke, Kandinsky, Klee, Heckel, Nolde, Kirchner – die leuchtenden Sterne bereits damals am akademisch verdunkelten deutschen Kunsthimmel... sie alle lebten aus schöpferischem Glauben, während an den Akademien die blässen Utopien groß- und kleinbürgerlich-nationaler Träumereien geschlafen wurde.“<sup>4</sup>

An den Akademien der zwanziger Jahre wurde jedenfalls die erste deutsche Demokratie in der Mehrheit genauso mitgetragen wie in anderen Institutionen. Kaum einer der bedeutenden Künstler war jetzt ohne Lehramt. Und gerade Intellektuelle und Künstler begrüßten den freien demokratischen Geist, die internationale Diskussion zur Kunst. Die Zahl profilierter Lehrer und Schüler aus jenen 13 Jahren spricht für die Stellung der Karlsruher Bildungsstätte.

Um so einschneidender war in dieser Entwicklung die nationalsozialistische Machtergreifung 1933. Bei der Organisation der Akademie blieb zwar der Hochschulsenat formell erhalten, aber aller Befugnisse enthoben, denn das „Führerprinzip“ sollte sich durchsetzen.



KARLSRUHE

Grossh. Akademie d. bildenden Künste (Neues Kunstschulgebäude)

Unabhängig von spezifischen Personalquerelen begann der Ungeist der Reichskunstkammer zu wirken, und die von München ausgehende Ausstellung „Entartete Kunst“ fand 1937 in Karlsruhe ebenfalls ein Echo, wenn man auch in kleinen Zirkeln noch eigene, freilich verborgene Wege ging.<sup>5</sup> Einer der entlassenen Hochschul-lehrer wie Karl Hubbuch mußte froh sein, als Hilfsarbeiter bei der Staatlichen Majolikamanufaktur angestellt zu werden.

Andererseits beeinflußte der besondere Geschmack Hitlers, der sich als Maler bezeichnete, und seiner Kunstkontrolleure manchen Künstler, wenn er sich auserwählt sah, Idolen der neuen Weltanschauung nahezukommen. So lagen nach den schweren Luftangriffen 1942 und 1944 nicht nur die Gebäude in Trümmern; ein geistiger Neubeginn mußte nun unter ganz anderen Voraussetzungen erfolgen.

## NEUBEGINN 1947

Als am 23. Oktober 1947 Professor Oskar Gehrig, der vom Lehrerseminar Kiel gekommen war, die Wiederaufnahme des Unterrichts an der Badischen Akademie der Bildenden Künste mit einer Rede einleitete, stellte er diesen Anlaß in einen größeren Zusammenhang. „Durch die deutsche Geschichte zieht sich in tragischem Rhythmus ein eigenartiger Zwiespalt hin: Die Schönheit und der Reichtum der Kunst, die Herrlichkeit unserer Landschaften und Städtebilder stehen im krassen Widerspruch zu dem Schicksal, das uns alle paar Jahrhunderte überfällt. Nach den gewaltigen Kulturverlusten, die wir erlitten haben und die es auszugleichen gilt, stellt sich die äußere Situation im geschichtlichen Vergleichen folgendermaßen dar: Auf die Zeit des Bildersturms, der zahllose Perlen mittelalterlicher Sakralkunst vernichtete, folgte, diese gleichsam ersetzend, die Blüte der weltlich-profanen Kunst des 17. Jahrhunderts. Nach dem verheerenden dreißigjährigen Krieg erstand der deutsche Barock – geradezu ein Symbol der Wiedergeburt einer Kultur. Wie jene Vergangenheit ist die Gegenwart vor eine Bewährungsprobe gestellt, die erweisen soll, ob unser Volk aus diesem Blick in die eigene Geschichte zu lernen und Hoffnung zu schöpfen vermag. Dem an uns gehenden Rufe müssen wir antworten, ob wir unsere Kultur zu Gra-

be tragen lassen oder ob geistiges Erkennen erneut zu schöpferischem Gestalten führen wird, ja, ob wir uns gegen die weitere Aufsplitterung der allgemein-menschlichen Situation von heute noch wehren wollen, was sich notwendigerweise und zuerst vielleicht im künstlerischen Bezirke manifestieren wird.“<sup>6</sup> Mit Goethes „Prolipomena“ „Ein irdischer Verlust ist zu bejammern/ ein geistiger treibt zur Verzweigung hin“ forderte er den Anschluß an die internationale künstlerische Entwicklung nach der Isolation im „Dritten Reich“. Das bedeutete, „daß eine Akademie trotz aller landschaftlichen Verbundenheit sich nicht einer genugsamen ‚Heimatkunst‘ oder einem ertötenden Provinzialismus zuwenden darf, sondern daß sie mit dem Anschluß an die Zeit auch Fühlung hält mit den Potenzen, die eben diese Zeit ausmachen und regieren.“<sup>7</sup>

Künstler, die vom NS-Regime entlassen worden waren, konnten nun als Professoren wieder ihre Lehre aufnehmen, so Karl Hubbuch, Josua Leander Gampp und Wilhelm Schnarrenberger. Carl Trummer wurde für die Bildhauerei berufen, Dr. Hermann Keil versah einen Lehrauftrag in Kunstgeschichte neben anderen Lehrkräften für den Fachunterricht. 1949 wurden Erich Heckel, 1951 Walter Becker als Professoren für Malerei gewonnen, Hans Gaensslein für Gebrauchsgraphik. 1955 folgte HAP Grieshaber dem ausscheidenden Erich Heckel.

## DIE 50ER JAHRE

Zum 100jährigen Jubiläum gab 1954 die Akademie mehrere Kataloge heraus, um eine Standortbestimmung zu versuchen. Neben einem geschichtlichen Abriß von Hermann Keil erschien ein Katalog zu einer Ausstellung ehemaliger Schüler mit Werken von Karl Albiker, Alexander Kanoldt, Willy Müller-Hufschmid, Emil Nolde, Hans Purrmann und anderen. Gleichzeitig wurden Werke von Lehrern ausgestellt, die an der Akademie wirkten und dabei ein Bogen gespannt von Schirmer, Thoma, Trübner bis zur Gegenwart. Anschließend an diese Expositionen stellten Schüler der 50er Jahre aus, und Direktor Haupt beschrieb im Vorwort, daß trotz der äußeren Nöte des Wiederaufbaus es gelang, „jene durch innere Harmonie und Vertrauen gesteuerte Polarität

zwischen den einzelnen Klassen zu erzeugen, in der ein junges Talent sich zu eigener Aussage entwickeln kann... Etwa ein Drittel von ihnen bereitet sich auf die Prüfung zum künstlerischen Lehramt vor. Ungeachtet der verschiedenen Ziele, die sie vor Augen haben und der verschiedenen Klassen, in denen sie arbeiten, bilden sie eine Gemeinde, die sich in dem Glauben an die hohe Aufgabe zusammengeschlossen haben.“<sup>8</sup>

Fragt man heute Zeitzeugen, so bestätigen sie jene, im damaligen Stil etwas gehobener Formulierungen. Allein die Tatsache der strengen Auswahl schuf ein besonderes Bewußtsein, war doch der Ansturm nach der Neugründung außerordentlich groß. Von 840 Anmeldungen konnten nur 150 berücksichtigt werden, weil es an Räumen, an Einrichtungen, ja auch an Lehrkräften mangelte. Notdürftig kamen die verschiedenen Zeichen-, Mal- und Bildhauerklassen in verstreuten Ersatzräumen unter. Aber es wurde hier hart und ausdauernd gearbeitet. Mancher Student empfand seinen Lehrer wie einen Vater, der sich auch um die persönlichen Nöte seiner jungen Künstler kümmerte, von denen zahlreiche mehr als 30 Jahre alt waren. Im Vergleich zu späteren Regulierungen nach der 68er Bewegung war der Lehrbetrieb freizügig, doch nicht minder intensiv, da es kaum „Ferien“ gab. Wenn auch in einzelne Fachklassen eingeteilt, konnte sich die Studentenschaft – ca. ein Drittel Frauen – in anderen Klassen in anderen Techniken weiterbilden. Berühmt waren die die Akademiefeste, die viele Gäste anzogen, weil sie an der Aura dieser Institution teilnehmen wollten. Der Kunstmarkt war freilich äußerst klein, weil andere Güter in den ersten Nachkriegsjahren Vorrang hatten. Wer Geld für die Kunst erübrigte, konnte damals – für heutige Verhältnisse – kostbare Funde erwerben, z. B. Graphiken von Max Beckmann für 5,- DM.

Zur Stimmungslage der Studentenschaft findet man allerdings auch andere Positionen als jene, die von einer „Gemeinde“ sprachen. Schon der Titel der Osnabrückner Dissertation von Volker Rattemeyer „Widersprüche im Spannungsfeld von Ausbildung und beruflicher Wirklichkeit“ zeigt, wie er „eine berufsfeldbezogene Analyse der Studentensituation zwischen 1945 und 1960“ interpretieren will,

wobei er 2870 Absolventen befragte, darunter auch solche der Akademie Karlsruhe. Kritisiert wird hier die mangelnde Innenmobilität durch das Prinzip der Fachklassen, an die man sich gebunden sieht, kritisiert werden Professorenberufungen, bei denen der künstlerische Stellenwert eine wesentlich größere Rolle spielte als der pädagogisch-didaktische, kritisiert wird schließlich die Position des „Meisterschülers“ und der Weg, ein solcher zu werden neben jenen Monita über Aufnahmeverfahren, Korrekturverfahren, Verhältnis von Theorie und Praxis, wie sie in den 70er Jahren auch gegenüber Universitäten vorgebracht wurden. Im Impetus der Studentenbewegung von 1968 blickten manche Absolventen eben auch mit Kritik zurück, wobei freilich das allzu Selbstverständliche zu beachten ist: wenn nur einer von hundert Studenten der freien Künste ein überragendes Profil besitzt, um sich zumindest national durchzusetzen, gäbe das schon eine recht große Summe. Der Mehrzahl sicher schätzenswerter Talente kann nicht wie in anderen Berufszweigen eine durchschnittliche Laufbahn gesichert werden, wie auch die Ausbildung strukturiert werden sollte. Bei berechtigter Kritik Rattemeyers z. B. an mangelnder Anwesenheit und Ansprechbarkeit mancher Kunstprofessoren – statistisch erfaßt – und der z. T. intoleranten Eigenwilligkeit mancher Anforderungen bleiben doch viele der „Widersprüche“ konstitutives Element aller Hochschulen als Diskussionsstoff bis in unsere Tage. Wer diese Hochschulen als stets zu reformierende Gebilde betrachtet, die immer auch Rückständigkeit zeigen, der kann im Rückblick auf die 50er Jahre angesichts der damaligen Verhältnisse freilich nicht nur „schöne“, sondern auch „bittere Nöte“ entdecken, wenn er an eigene Niederlagen denkt.

Mußte sich die Studentenschaft schon an die äußeren und strukturellen Gegebenheiten anpassen, so war eine Orientierung, ein Überblick zur „Situation der bildenden Kunst in Deutschland“ in den 50er Jahren erst recht schwierig. In einem von Ernst Thiele herausgegebenen gleichnamigen Band versuchte 1954 der Kunstschriftsteller Erich Trier eine Darstellung, die er als „waghalsiges Unternehmen“ kennzeichnete. Ihm blieb nur eine Aufzählung der Stilentwicklungen, vom Expressionismus

zum Surrealismus, vom Verismus zum Abstrakten, mit einer Vielzahl von Namensnennungen. Bei der Frage nach jungen Künstlern heißt es: „Die 20- bis 30jährigen haben noch keinen Namen und kein Gesicht. Alle Versuche, die Jungen und Jüngsten an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen, blieben erfolglos. Das soll kein Vorwurf für den Nachwuchs sein, denn die Unterbrechung in der Kunsterziehung durch die Diktatur des nationalsozialistischen Regimes hat sich zweifellos dabei störend ausgewirkt.“<sup>9</sup> Jung seien für ihn – 1954 – im internationalen Maßstab die Fünfzigjährigen, weil sie sich jetzt erst „arriviert“ haben. Und im Nebensatz verteidigt er ihre Werke angesichts einer Diskussion, die – unausgesprochen – mit der Schrift von Hans Sedlmayr „Verlust der Mitte“ 1948 ausgelöst worden war.

Schließlich beobachtete in einem geteilten Deutschland mancher auch noch jene kunstpolitische Konzeption in der DDR, die sich auf die von Lenin 1913 beschriebene proletarische „zweite Kultur“ berief, „die unter den Bedingungen des realen Sozialismus als Weltsystem und der sich unaufhaltsam vertiefenden Krise des Imperialismus zu einer großen Kraft im weltrevolutionären Prozeß wird.“<sup>10</sup> In summa: alles war Anfang, alles war Neubeginn, nicht anders wie in der Literatur, im Theater, in der Musik.

In der Organisationsform der „Staatlichen Akademie der Bildenden Künste“ – ein Ausdruck, der sich seit 1949 anstelle der „Landeskunstschule“ eingebürgert hatte – vermißt man diesen Umbruch. Die bisherige Direktorialverfassung von 1934 galt, außer typisch nationalsozialistischem Gedankengut, auch weiterhin. Der Unfalltod des ersten Direktors Oskar Gehrig 1948 kurz nach Eröffnung war für die Akademie in Karlsruhe ein harter Schlag, wären doch von ihm deutliche Initiativen für die künftige Entwicklung ausgegangen. Sein Nachfolger wurde Professor Otto Haupt, Lehrstuhlinhaber an der TH und dort auf sein Fachgebiet Architektur orientiert, der nun im Nebenamt die Direktion der Akademie versah, die er von 1934 bis 1945 bereits geleitet hatte. 1956 folgte ihm Dr. Kurt Martin, der seit 1934 Direktor der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe war.

Nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg 1952 schlug der Rechnungshof vor,

die im früheren Lande Baden 1946 gegründete Akademie mit der Karlsruher zu vereinigen. Dies geschah 1956, wobei eine Außenstelle in Freiburg belassen wurde.

Schon früh hatte das Lehrerkollegium eine Rektoratsverfassung verlangt, bei der man an das Jahr 1921 hätte anknüpfen können. Die Einsetzung eines Direktors durch die Kultusbehörde konnte derzeit nur nach Anhörung, nicht aber auf Beschluß des Kollegiums vollzogen werden. Erst 1961 wurde diese Änderung vorgenommen. Mit der neuen Verfassung vom 29. März galt dann die Akademie wie andere Institutionen als Hochschule, in deren Präambel es heißt: „Humanität und künstlerische Freiheit bestimmen die Lehrtätigkeit der Akademie. Neben Lehre tritt als weitere Aufgabe die Forschung.“<sup>11</sup>

Im Mai 1986 veranstaltete Professor Otto Herbert Hajek, Leiter der Bildhauerklasse, zusammen mit Andreas Vowinkel (Badischer Kunstverein) und Gert Reising (Staatl. Kunsthalle) ein, in der Akademie nicht unumstrittenes, Forum zum Thema „Werden die Akademien in unserer Zeit verdrängt?“ Da ergaben sich ganz neue Aspekte: großes Interesse an der Akademiearbeit, aber auch deren Selbstausgrenzung, der Zwang zum internationalen Dialog, „um nicht in dunklen Nischen (zu) verkommen“, der Auftrag, daß „ein neues Konzept vom Menschen und seinem Zusammenleben entsteht; sie müssen Hoffnung gestalten.“<sup>12</sup>

Die Akademien müssen Hoffnung gestalten – das galt nach Diktatur und Krieg für die 50er Jahre. Wohl auch heute? Ein weites Feld, das uns aus der Geschichte dieser Bildungsstätten in die Gegenwart führt.

---

#### Anmerkungen

- 1 Hermann Keil, Zur Geschichte der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste, Karlsruhe 1954 S. 11.
- 2 Siegfried Wichmann, Von der Großherzoglichen Badischen Akademie zur Landeskunstschule der 20er Jahre, Karlsruhe 1979, S. 47.
- 3 a. a. O.S. 48.
- 4 Georg Meistermann, Die Kunstakademie als Institution, hrsg. von der Staatl. Kunstakademie 1962, S. 5.
- 5 vgl. Joachim Heusinger, Die Hochschule der bildenden Kunst Karlsruhe im Dritten Reich, Karlsruhe 1987.
- 6 Oskar Gehrig, Unsere Akademie, Tradition und Verpflichtung, Ziele und Wege, Karlsruhe 1948, S. 10.

- 7 a. a. O. S. 13.
- 8 Hundert Jahre Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe, „Die Schüler heute“, Karlsruhe 1954.
- 9 Die Situation der Bildenden Kunst in Deutschland, hrsg. vom Deutschen Kunstrat, Stuttgart 1954, S.22.
- 10 Hermann Rau, Die Bildende Kunst der BRD und Westberlins, Leipzig 1977, S. 7. Raus stellt als positives Zeichen – in seinem Sinne – besonders die Werke von Karl Hubbuch in Karlsruhe heraus.
- 11 Wolfgang Kilian, Die Staatlichen Hochschulen für bildende Künste in der Bundesrepublik Deutschland, 1967, S. 12.

- 12 O. H. Hajek, A. Vowinkel, G. Reising, Werden die Akademien in unserer Zeit verdrängt?, Badischer Kunstverein Karlsruhe 1986, S. 9.

Anschrift des Autors:  
 Dr. Leonhard Müller  
 Reinhold-Schneiderstraße 10  
 76199 Karlsruhe



**Badisches  
 Landesmuseum**  
 Karlsruhe

**Ausstellung „Heilige, Herrscher, Hampelmänner. Bilderbogen aus Weißenburg“**  
 „Saints, Soverains, Pantins. Imagerie populaire de Wissembourg“

Pressekonferenz: Mittwoch, 9. Juni 1999, 11.30 Uhr

Das Badische Landesmuseum Karlsruhe zeigt vom 12. Juni bis zum 26. September 1999 im Karlsruher Schloß die Ausstellung „Heilige, Herrscher, Hampelmänner. Bilderbogen aus Weißenburg“ mit rund 250 Weißenburger Bilderbogen. Auf 550 qm werden vor allem Werke aus eigenem Bestand, ergänzt um einige Leihgaben, vorgestellt. Als eines der frühen Massenmedien nimmt der Bilderbogen einen wichtigen Platz in der Mediengeschichte ein. Dreidimensionale Inszenierungen veranschaulichen in der Ausstellung das kulturelle Umfeld und die historische Verwendung der oft farbenfrohen Bilderbogen, zum Beispiel als populärer Wandschmuck in bürgerlichen Wohnzimmern des 19. Jahrhunderts. Durch eine Konfrontation der Medien von einst und jetzt wird auch der Bezug zur Gegenwart hergestellt. So werden Bilderbogen mit neuesten Nachrichten (Aktualitätenbogen) modernen Tageszeitungen und Theaterbogen interaktiven Computerspielen gegenübergestellt.

Weitere Themen sind die Firmengeschichte der Weißenburger Druckerei Wentzel und ihrer Nachfolger sowie als Schwerpunkt die verschiedenen Bildthemen (Ausschneidebogen, Aktualitätenbogen, populärer Wandschmuck, Heiligenbilder etc.).

Eröffnet wird die Ausstellung im Badischen Landesmuseum Karlsruhe im Rahmen des Museumsfestes zum Thema „Nachbar Elsass – Nachbar Lothringen“ am 11. Juni 1999, um 18 Uhr. Zu diesem Themenschwerpunkt erscheint ein „Vernissage-Heft“ zum Preis von 9,80 DM.

Parallel dazu findet vom 11. Juni bis zum 29. August 1999 auch in Wissembourg, am historischen Standort der Imprimerie Wentzel und ihrer Nachfolger, in der Grange aux dimes eine Ausstellung unter dem gleichen Titel „Saints, Soverains, Pantins. Imagerie populaire de Wissembourg“ statt. Im Zentrum dieser Ausstellung steht der Aspekt der technischen Herstellung von Bilderbogen. Anhand von originalen historischen Geräten der Druckerei (Druckpressen, Lithosteine, Schablonierpinsel etc.) wird der Herstellungsprozess erläutert. Als ikonographisches Thema wird die „Welt des Kindes“ durch Bilderbogen präsentiert.

Beide Ausstellungen stellen erstmals gemeinsam in deutsch-französischer Kooperation die umfangreiche Produktion der Weißenburger Bilderfabrik vor, die von 1836 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vielfältige, häufig mehrsprachige Bilderbogen in die ganze Welt lieferte.

Zu den Ausstellungen in Karlsruhe und Wissembourg erscheint ein umfangreicher Katalog in deutsch und französisch zum Preis von 39,- DM.

**Öffnungszeiten im Badischen Landesmuseum Karlsruhe**

Dienstag bis Donnerstag 10–17 Uhr; Freitag bis Sonntag 10–18 Uhr  
 Eintrittspreise: 8,- DM/5,- DM ermäßigt

**Öffnungszeiten in der Grange aux dimes. Wissembourg (Frankreich)**

Dienstag bis Sonntag 9.30 bis 12 Uhr und 14 bis 18 Uhr

**Informationen**

Claudia Seiffert Tel.: 07 21/9 26-65 99,  
 Fax: 07 21/9 26-68 01

E-mail: info@landesmuseum.de.

# Renovierung und Ausbau der Talvogtei als Rathaus der Gemeinde Kirchzarten

Am Anfang stand der Wunsch

Mit dem richtigen Gespür hat in den achtziger Jahren die Gemeinde Kirchzarten begonnen, eine Utopie zu verwirklichen, und einem guten Leitstern zielstrebig folgend die kühnsten Erwartungen übertroffen. Die im Westen Kirchzartens, unterhalb der Kirche am Dorfrand liegende, damals zu einem Drittel der Gemeinde gehörende, „durch moderne Werkhallen und umgebendes Wohngelände verunstaltete“ Dreiflügelanlage der Talvogtei sollte im ganzen erworben, als Baudenkmal renoviert und als Rathaus ausgebaut werden<sup>1</sup>. Wie bei jedem wagemutigen Unterfangen, gab es auch hier neben Zustimmung skeptische Stimmen. Als das scheinbar Unmögliche sich jedoch zu verwirklichen schien und die Träume Gestalt annahmen, wurde das Vorhaben von einer zunehmenden Mehrheit der Bevölkerung getragen.

Um den Erwerb der Talvogtei hat sich die Gemeinde Kirchzarten schon bemüht, als Freiburg 1808 die Talvogtei auflöste und die Gebäude zum Verkauf angeboten hat. Damals, ein Jahr nach dem großen Brand benötigte Kirchzarten dringend ein Schulhaus und bot 6000 Gulden für den Kauf der Talvogtei. Der Not gehorchend wurde der Schulunterricht unter beengten Verhältnissen bereits im zweiten Obergeschoß des Mittelbaues der Talvogtei abgehalten. Noch 1810 hatte die Gemeinde zwei Schulzimmer für 20 Gulden gepachtet<sup>2</sup>. Ein Verkauf an Kirchzarten ist aber nicht erfolgt, und in der Talvogtei wurden mehrere Familien mit zum Teil gemeinsamer Küche einquartiert. Für die Bettlerfamilie des kleinen Müllerle war 1813 die Asyl-Pflichtzeit von zwei Jahren abgelaufen und sie mußte die Talvogtei wieder ver-

lassen. Sie wurde dann auf Gemeindekosten von 80 Gulden nach Amerika abgeschoben<sup>3</sup>. Erst 1818 wurde die Talvogtei mit der Schloßmatte an zwei Bauern verkauft.<sup>4</sup> Seitdem sind verschiedene Handänderungen geschehen. In neuerer Zeit war die Talvogtei, der Hof und die Schloßmatte in Privatbesitz aufgeteilt. Seit 1981 besitzt die Gemeinde den Mittelbau, in dem bis 1993 zwei Wohnungen und das Grundbuchamt untergebracht waren. Im Erdgeschoß des Nordflügels war eine Schlosserwerkstatt eingerichtet, zu der noch Werkstätten und Hallen im Hof und vor der Talvogteimauer gehörten, während die Obergeschosse zu Wohnzwecken genutzt wurden. Der Südflügel hatte ebenerdig Garagen und die oberen Etagen waren mit Wohnungen belegt. Dazu kamen noch gelegentliche Verlegenheitsnutzungen der Talvogtei, wie die 1988 erfolgte Einrichtung eines Ladens für große Größen<sup>5</sup>, bis die Gemeinde 1990 den Nordflügel und 1994 den Südflügel der Talvogtei erwerben konnte.

Eine gewisse Verwahrlosung der Anlage setzte schon am Anfang des 19. Jh.s ein, und es ist bei den zeitgenössischen Schilderungen und den Berichten zum Bauunterhalt nicht verwunderlich, daß sich nach dem Verkaufsangebot von 1808 „kein Liebhaber gemeldet“ hat. Aufschlußreich ist die Bemerkung, daß dieses „alte, vernachlässigte und in seiner Unterhaltung sehr kostspielige Gebäude, ohne die größte Beschädigung der Stadt, nicht beybehalten werden kann“<sup>6</sup>. Im Gegensatz zu der im 19. Jh. entstandenen, harmonisch eingefügten kleinen Scheune mit über der Schildmauer sitzendem Quadratfachwerkgiebel trugen die nach dem



*Talvogtei von Osten nach dem Einsturz des Südflügels am 11. August 1952*



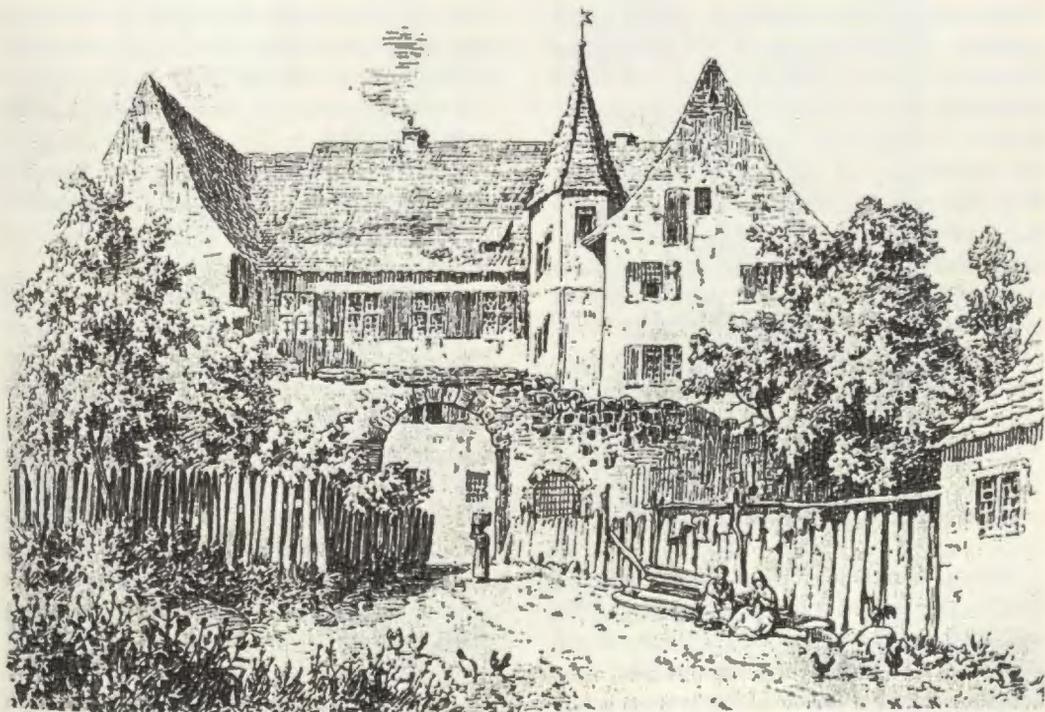
*Nordwestecke der Talvogtei am 21. Juli 1963 von Oberforstmeister Dummel aufgenommen. Bezeichnet: Blick aus den Maten auf die Nordwest-Ecke des Schlosses mit der weiter voranschreitenden Aufschüttung des Umfassungsgrabens.*

Abbruch der Scheune nach 1950 und 1965 im Hof und vor der Talvogtei entstandenen Zweckbauten und Fertigteilgaragen nicht zur Attraktivität der Erscheinung bei. Einen verwahrlosten Eindruck des Gebäudes vermitteln die Fotos von Oberforstmeister Dummel von 1963<sup>7</sup>. Der in zwei Etappen von 1956 und 1965 nach dem Einsturz von 1952 des für Stallungen und als Scheune genutzten Südflügels erbaute Teil ist ein für diese Zeit typischer Bau mit Dachflächenfenstern, Zementsteingewänden und einteiligen Kunststofffenstern<sup>8</sup>.

Das Aussehen der Talvogtei am Ende des 19. Jh.s schildern recht anschaulich die häufig publizierten beiden Federzeichnungen F. Lederles von 1881 mit der Darstellung der Ost- und der Westseite. Auf der Zeichnung der Ostseite sind vor allem noch die beiden kurz nach 1900 abgebrochenen Torbogen von 1786 und die veränderte Gliederung des Giebels am Nordflügel dargestellt, während auf der Zeichnung der Westseite das gesamte Umfeld mit Wassergräben und Wehren zu sehen ist. Ergänzt werden Lederles Informationen durch

den Situationsplan des Geometers Dominicus Zaeringer von 1799, auf dem die vor der Talvogtei liegende Allee und im Hof der kleine Burggarten gezeichnet sind. Wassergräben oder Weiher hat Zaeringer im Umfeld der Talvogtei nicht dargestellt.<sup>9</sup>

Noch stärker als bei der äußeren Erscheinung hat sich die Talvogtei seit dem Anfang des 19. Jh.s im Inneren immer wieder bei Einbauten, Umbauten und Modernisierungen der Wohnungen und der gewerblichen Nutzung verändert. Der Bestand und die Erscheinung der Talvogtei im Inneren und an den Fassaden wurde 1990 von den Karlsruher Architekten Prof. Schirmer und Klessing im Auftrag der Gemeinde Kirchzarten in einer sorgfältigen Bauaufnahme erfaßt und dargestellt. Im weiteren wurde von ihnen ein Großteil der verfügbaren Archivalien zusammengetragen<sup>10</sup>. Bei einer Bestandaufnahme ist es jedoch ohne Freilegungen vornehmen zu können nicht möglich, genügend zwischen Bestand und neuzeitlichen Hinzufügungen zu differenzieren und das Ergebnis muß lückenhaft bleiben.



Talvogtei von Osten Federzeichnung von F. Lederle von 1881

## GRUNDSÄTZLICHE ÜBERLEGUNGEN

Von alter Burgenromantik und Schloßherrlichkeit war bei der Talvogtei nur noch wenig zu ahnen, als 1992 unser Büro mit der Renovierung und dem Ausbau als Rathaus beauftragt wurde. Die etwas abseitige Lage trug sicher noch dazu bei, der Anlage mit den schmutzig gelben Gebäuden, den rostigen roten Werkhallentoren im Hof, der eingerissenen Hofmauer, den davor liegenden Eisenschuppen und der großen Asphaltfläche mit Altstofflagern im Norden eine triste und abweisende nachindustrielle Erscheinung zu geben.

Für den Architekten liegt eine ganz besondere Faszination darin, ein Werk nicht nach konkreten Vorgaben zu schaffen, sondern unterhalb aller Vorgaben zu beginnen, der Intuition einen weiten Spielraum zu lassen, auf Überraschungen aus dem Unbekannten jederzeit gefaßt zu sein und zunächst den Geist des Hauses zu erfassen und zu begreifen.

Die einzige Vorgabe war, das Gebäude herzurichten und ein Rathaus daraus zu machen. Trotz der noch unklaren Besitzverhältnisse sollte das Konzept alle Bauteile beinhalten. Mit den Amtsleitern und Ortsbaumeister Ziegler wurde zunächst ein Bedarfsrahmen mit Raum- und Arbeitsplatzanzahl erarbeitet und auf dieser Grundlage ein flexibles Ausbaukonzept entwickelt. Trotz aller Unwägbarkeiten und vielen aus Rücksicht auf die Substanz bedingten Modifikationen basiert die Ausführung auf diesem ersten Konzept. Die Ausführung erfolgte in harmonischer Zusammenarbeit mit Bürgermeister von Oppen, den Gemeindegremien und der örtlichen Bauverwaltung. Viele Entscheidungen wurden einvernehmlich, mit Empfehlungen und in guter Zusammenarbeit mit Dr. Frank Leusch als Repräsentant des Landesdenkmalamtes getroffen.

## DIE ERSTEN SCHRITTE

Bedingt durch die noch zu klärenden Eigentumsverhältnisse konnte die Ausführung 1993 zunächst nur mit einem bescheidenen ersten Schritt im Erdgeschoß des Mittelbaues beginnen. Die Arbeiten waren auf das Erdgeschoß beschränkt, weil im ersten Obergeschoß noch

das Grundbuchamt untergebracht und das Dachgeschoß bewohnt war. Nachdem in der Nord-Westecke des Mittelbaues in den Decken eine durch Kamineinbauten und andere Veränderungen verursachte Störzone in den Decken festzustellen war, wurden um Zerstörungen an der Substanz zu vermeiden, an dieser Stelle übereinander die WC-Anlagen mit Techniksteigzonen und darunter die Heizstation angeordnet.

Vom Schneckenstiegenhaus aus führte eine Tür in einen niedrigen Kellerraum, der westlich von einer auffälligen Vermauerung begrenzt war. Von diesem Raum aus führte ein Mauerdurchbruch in einen niedrigen, durch den Einbau eines Holzdeckengestells und durch unregelmäßige Abtiefungen gebildeten Keller<sup>11</sup>. In einer Ecke lag noch ein Teil des ehemaligen Bodens aus Rundkieselpflaster. Nach der Demontage der Holzkonstruktion lag das Erdgeschoß in seiner ganzen Höhe frei. Die erste Überraschung war nach der Abnahme von Gips- und Hartfaserplattenverkleidungen die unerwartete Freilegung einer Holzdecke mit gefaßten Balken und eingeschobenen Brettern. Auf der östlichen Gebäudeseite war die Decke so gut erhalten, daß sie gerichtet und mit Wasser und Bürste gereinigt als Sichtdecke des heutigen Erdgeschoßflures dient. Dendrochronologisch ist die Decke auf 1620 datiert<sup>12</sup>. Hinter der Vermauerung war eine mit Schutt aufgefüllte Abtiefung, in die eine aus umgedrehten gekehlten und farbig gefaßten Fenstergewänden verlegte Treppe führte. In der Bauschutfüllung wurden zahlreiche Bruchstücke von Küchen- und Ofenkeramik gefunden.

Der Heizkeller wurde zwischen vorhandenen Wänden abgetieft und mußte deshalb etwas zu bescheiden bemessen werden. In einer Aushubtiefe von 2,00 m wurde bereits Grundwasser angetroffen und der Keller mußte wasserdicht ausgeführt werden. Die nächste Überraschung war die Feststellung, daß alle umgebenden Mauern über 3,00 m tief gegründet sind. Das Gefüge der bis zu 1,80 m dicken Mauern besteht weitgehend aus gespaltenen Feldsteinen mit Beimischungen von Wacken. Das Fundament der Schnecke ist aus großformatigen Wacken zusammengefügt.

In der Süd-Ostecke des Mittelbaues liegt ein quadratischer Raum mit relativ dicken 85 cm

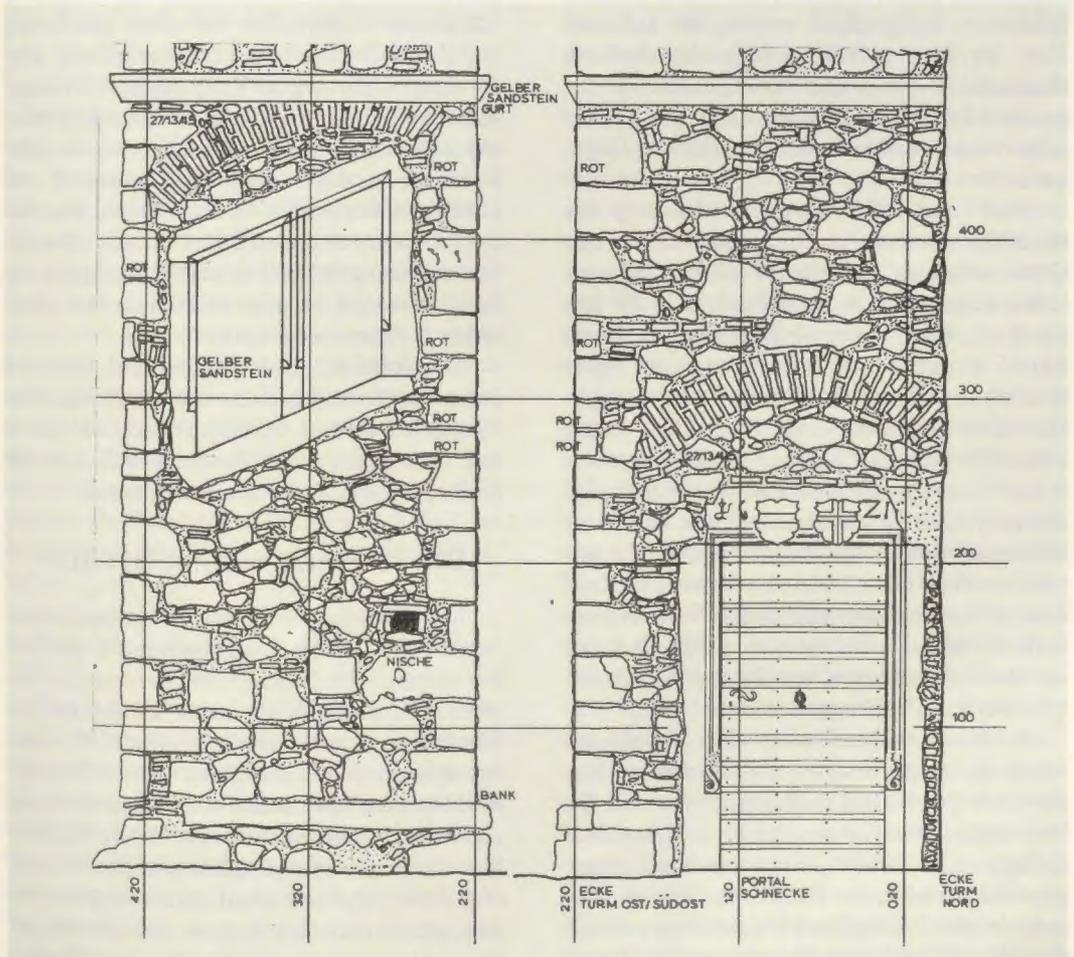
starken Innenwänden, mit Tonnendecke und auffälligen aus großen Ziegeln gemauerten Fundamentbogen. Südlich dieses Raumes verläuft ein nicht zum heutigen Bau gehörender aus Rundwacken gemauerter Mauerzug, der mit den im Hof gefundenen Mauern in Verbindung steht. Bei diesem Mauerstück wurde eine intakte Becherkachel<sup>13</sup> aus dem 12. Jh. gefunden. Der quadratische Raum mit Ziegeltonnendecke und freigelegter Schießscharte hat einen Sandsteinboden aus groben Platten erhalten und für den umlaufenden gepflasterten Rand wurden die noch vorhandenen Kiesel des ehemaligen Bodens verwendet. Für die der Vogtei zustehende Rechtspflege war ein Verlies erforderlich und von einem eingemauerten

Ankettering und der Raumbeschaffenheit ausgehend, kann hier das Verlies vermutet werden.<sup>14</sup>

In dem östlich davor liegenden Raumteil waren in den Wänden gegen den Südflügel und den Hof von Bogen überspannte zubetonierte Türöffnungen mit der Aufschrift 11.9.52 vorhanden. Der Beton wurde entfernt und die freigelegten Öffnungen sind zum Hauptportal des Rathauses und zum Eingang des Südflügels geworden.

## DER NORDFLÜGEL MACHT DIE TALVOGTEI 220 JAHRE ÄLTER

Vom Türsturz der Schnecke mit dem Freiburger und dem Österreicher Wappen und der



Eingangstür zum Schneckenstiegenhaus im Turm. Aufnahmeplan des Mauergefüges. Über dem Türsturz die Wappen von Österreich und Freiburg mit der Jahreszahl 1620.

eingeschlagenen Jahreszahl 1621 verleitet, wird die Talvogtei in den meisten Schriften in diese Zeit datiert und abenteuerliche Geschichten von Brandschätzungen und Zerstörungen im Bauernkrieg werden erzählt. In Wirklichkeit ist die Talvogtei viel älter, die Kirchzartener und ihr Pfarrer haben selbst zu den „räuberischen und mörderischen Bauern“ gehört<sup>15</sup> und bei unseren Freilegungen waren keine Brandspuren oder massive Zerstörungen nachzuweisen. Die im Mittelbau, zu dem auch die Schnecken-  
treppe gehört, vorgenommenen Holzdatierungen mit 1620 bestätigen die Datierung auf dem Türsturz. Im weiteren wurde noch ein mit 1619 datierter Türsturz im 2. Obergeschoß der Schnecke freigelegt. Eine große Überraschung war aber das Ergebnis der im Nordflügel vorgenommenen Datierung der Hölzer. Die Deckenbalken im Erdgeschoß wurden im Zeitraum 1396 bis 1400 gefällt, und das konstruktive Holzwerk in den oberen Geschossen, die Riegelwand der Vogtstube sowie die in den Außenmauern noch vorhandenen Gerüsthölzer liegen bei 1400.

Nach der 1994 erfolgten Räumung des Nordflügels konnte in diesem Bauteil mit den Untersuchungen und dem Entfernen neuzeitlicher Einbauten begonnen werden. In den Obergeschossen waren die meisten alten Innenwände neuzeitlichen Umbauten zum Opfer gefallen und die vorhandenen Raumteilungen aus Bimsmauerwerk und Gipsplatten ausgeführt. Während im 1. Obergeschoß unter mehrfachen Tapetenschichten auf den Außenwänden noch alter Verputz erhalten war, kamen im 2. Obergeschoß abgeschlagene Wände mit verputzten Heraklithschalen zum Vorschein. Nach dem Abbau der Kartongips- und Rohrverputzdecken lagen in unerwartet gutem Zustand die Holzbalkendecken von 1400 mit Brettein-schüben und Profildugenleisten frei.

In den Obergeschossen des Mittelbaues waren die ausgemauerten und verputzten Riegelwände der Räume noch vorhanden und die Wohnungseinbauten aus leichten Materialien einfach zu entfernen. Einen erheblichen Aufwand verursachte der Ausbau der Böden. Teilweise waren Bodendicken bis zu 30 cm vorhanden, die aus mehreren Schichten vermulchter Bretter mit zu stinkendem Humus zerfallenen Schüttungen bestanden. Nach dem Ausbau der

Böden haben sich durch die Entlastung die Deckenbalken an den Unterzügen bis zu 3 cm gehoben. Aus den Bodenfüllungen wurden zahlreiche Ofenkachelfragmente und Tonbodenplatten geborgen.

In den Obergeschossen waren die Unterzüge nicht mehr genügend stabil und die Deckenbalken für die gesamte Spannweite zu schwach. Die Balken mußten deshalb mit Balkenauf-lagen von oben aufgedoppelt werden, die mit Stabdübeln und Schraubbolzen aufgezogen wurden. Die Aufdoppelungen liegen im Schichtaufbau der Decken. Nach dem Richten der alten Deckenbretter und teilweise Ersatz durch noch brauchbare Bodenbretter wurde ein Bodenaufbau aus Brandschutzplatten mit Mineralwollezwischenlage, darüberliegenden Schallschutzmatten und Lecabetonauf-lage eingebaut. Auf diesem Aufbau, der vor allem aus Schall- und Brandschutzgründen erforderlich war, liegt ein Ausgleichestrich als Tragschicht von Kassettenbodenfeldern mit Eichenfries und Feldern aus Eschenholz. Die Fußbodenart wurde nach Befunden aus der Bodenfüllung hergestellt und dürfte dem Boden des 18. Jh.s entsprechen. Die Deckenbretter und die Balken wurden nach der Überarbeitung mit Wasser und Bürste gereinigt. Retuschen sind auf neu eingebaute und angeflickte Balkenteile beschränkt.

An Zapfenlöchern in den Deckenbalken und durch Riegelwandteile waren im Nordflügel alte Raumgliederungen ablesbar. Raumzuordnungen ermöglichten die Befunde und die den Archivalien zu entnehmenden Hinweise.

## DIE KAMMER OB DER STUBEN

In der Nordwestecke des 1. Obergeschosses zeichnet sich durch den Unterzug und eine östlich stehende Riegelwand über der unteren Stube eine Kammer ab, die heute als Zimmer des Amtsleiters genutzt wird. 1540 wird in einer Schreinerrechnung die „Kamer ob der Stuben“ erwähnt und 1541 nennt eine Glaserrechnung „2 Fenster Inder Kamer ober Stube“<sup>16</sup> Diese Kammer hatte ursprünglich nur ein Fenster. Dies besagt, daß das nachträglich ausgebrochene zweite Fenster des Raumes mit dem vorhandenen Sturz aus einer dicken Eichenbohle statt der sonst gemauerten Bogen vor 1541 eingebaut wurde.

Unter Tapeten- und neueren Gipsschichten zeigten sich in den oberen Partien der Wände rötliche, um die Balken greifende Farbstreifen, die sich auf den Füllungen der Riegelwand nach dem Entfernen einer Verputzschicht und in den Balkenfachen über dem Unterzug wiederholten. Die Fenster haben gleichartige Randfassungen und im Sturz des Fensters ist die Jahreszahl 1660 eingemalt, so daß die Raumfassung eindeutig auf 1660 datiert werden kann. Die alten Verputze wurden sorgfältig überarbeitet und die Farbfassung des Raumes restauriert.

Bei den Freilegungen hat eine Wandnische in der westlichen Außenwand ihr Geheimnis enthüllt. Die hohe Nische war einschichtig von innen und außen zugemauert und hatte noch einige Platten eines alten Tonbodens. Nach dem Entfernen des Außenverputzes zeigte sich eine schlanker, türhoher Wanddurchbruch mit Randausmauerung und einem darüberliegenden Entlastungsbogen. Nach einer Rechnung von 1541 erhält „meister Hansen der (maler) 13 Schilling von eim Heimlich Gemach Im Schloß“ und 1580 erhält Othmar Häppelin für „ein heimlich gemach thür“ bei der Küche 7 Schilling.<sup>17</sup> Wir haben es mit dem Zugang zu einem ehemals vor der Außenwand hängenden Lokus zu tun. Der zweite erwähnte Lokus liegt im Geschoß darüber, wo sich noch ein Küchenrauchfang abzeichnete, und ist in der Lage seitlich so versetzt, daß vom oberen nichts auf den unteren fallen kann. Auf eine Rekonstruktion wurde verzichtet, jedoch wurden die Nischen geöffnet und haben als Andeutung des Vorbaues Klebedächer erhalten.

## DIE VOGTSTUBE

Erst seit Freiburg durch Käufe von 1492 und 1496 in den Besitz Kirchartens gelangte, gibt es die Freiburger Talvogtei<sup>18</sup>, von der aus die Talschaft für Freiburg verwaltet wurde. Die wichtigste Person in der Vogtei war ein Vogt, der für die Erledigung seiner Amtsgeschäfte ein Dienstzimmer hatte. Nur war über die Zeiten in Vergessenheit geraten, wo dieses Zimmer lag und wie es aussah.

Die ersten Hinweise auf ein solches Zimmer waren in den Rechnungsbüchern des 16. Jh.s

zu finden, die den Raum im Zusammenhang mit Reparaturen im Obergeschoß des Nordflügels lokalisieren. Dort ist die Rede von Zimmertüren zu des Vogts und des Herrn Kammer. Wiederholt wird die „obre Stube“ genannt. Dabei wird 1541 das Aufbauen eines Kachelofen und bei Arbeiten des „meister hansen dem maler“ die „oberstuben“ und ein „Heimliches gmach“ erwähnt.<sup>19</sup>

Beim Abnehmen der abgehängten Decke im östlichen, teilweise von einer Riegelwand gegen Westen begrenzten Raum im 1. Obergeschoß des Nordflügels kamen Teile einer Decke zum Vorschein, die wesentlich aufwendiger als die einfachen Holzdecken der übrigen Räume ausgeführt ist. Zwischen den Deckenbalken lagen noch in drei Feldern unter den Brettern befestigte, von Profilleisten gerahmte Kassetten. Die Kassettenfelder haben einen dunklen Anstrich mit aufgelegter Rankenmalerei.

In weiten Bereichen der Außenwände kamen unter Tapeten und neuzeitlichen Gipsschichten verborgen der alte Verputz und Randfassungen von Balken und Fensternischen sowie in einem Fenstersturz das Fragment einer Grisaillemalerei zum Vorschein. Unter dieser grauen Malschicht liegt noch eine ältere rote Fassung. Auch unter dem Verputz der Riegelwand zeigten sich die alten erhabenen Putzfelder mit rotgefaßtem Fachwerk. Die Felder sind von grauen Bändern mit roten Streifen eingefasst. Das Holzwerk der Riegelwand gehört zur ersten Bauphase und ist wie die Deckenbalken auf 1400 datiert.

An der Nordseite wurde ein schmales Fenster mit noch vorhandenem Gewände freigelegt. Die Gewändeteile sind aus verschiedenen älteren Stücken zusammengesetzt, jedoch gehört schon die ältere Raumfassung zu diesem Fenster. Die übrigen Fensterleibungen des Raumes sind beigemauert und verschmalert. Ursprünglich hatte der Raum an der Ost- und der Südseite gotische Dreiteilfenster. An der Südseite lag unter einer Vermauerung verborgen eine 2,50 m breite Nische mit oberem Segmentbogen, die ebenfalls die graue Randfassung mit darunterliegender roter Farbschicht hat. In der Nische waren noch verrußte Teile einer ehemaligen Ofenbank, die mit einem im Raum nachweisbaren Kachelofen in Verbindung stand. In der gleichen Wand kam eine kleinere vermau-

erte, zum Aufstellen eines Lavabos dienende Nische wieder ans Tageslicht.

Die hervorragende Ausstattung des Raumes und der Kachelofen wiesen schon auf die in den Rechnungen erwähnte Obere Stube des Vogtes hin, als sich unter einer neueren Verputzschicht in der Nordwand auch das vermauerte Geheime Gemach mit einer noch vorhandenen ausgetretenen Sandsteinschwelle zu erkennen gab. Schon im 15. Jh. waren anscheinend die gleichen Kriterien der Wertigkeit für die Lage und Anordnung von Räumen gültig wie heute, denn ohne zu ahnen oder zu wissen, daß dort die Vogtstube verborgen war, wurde im Raumkonzept diese Stube als Bürgermeisterzimmer bestimmt.

Vor der Restaurierung der Vogtstube wurden raumseitig die größeren Fensternischen freigelegt und die neuzeitlichen Putze der Wände abgenommen. Nach dem Verfestigen von hohlen Originalputzen wurden die Hackstellen auf dem Wandputz und den Riegelgefachen geschlossen und Fehlstellen angepaßt. Die fehlenden Kassetten der Decken konnten aus noch brauchbaren Bodenbrettern des Baues rekonstruiert werden. Bei der Farbfassung des Raumes wurde auf Ergänzungen und Rekonstruktionen verzichtet und fragmentarisch der Bestand gezeigt. Am ursprünglichen Standort des Ofens steht wieder ein einfacher grüner Kachelofen, in den Abgüsse von zwei aus der Großen Stube stammenden Kacheln von 1540 eingefügt sind. Auf eine Lehensverpflichtung von 1520, die vorschrieb, daß bei der Talvogtei jährlich zehn Wildfänge aufgezogen werden mußten, geht das Motiv einer neuen dekorativen Zugabe zurück. Als Konsole eines abgefallenen Unterzuges wurde die Steinplastik eines Keilerkopfes eingebaut. Neben dem Verlies und dem Schelmenrelief ist der Saukopf zu einer besonderen Attraktion für die Kirchzartener Kinder geworden, die ihre Talvogtei besuchen.

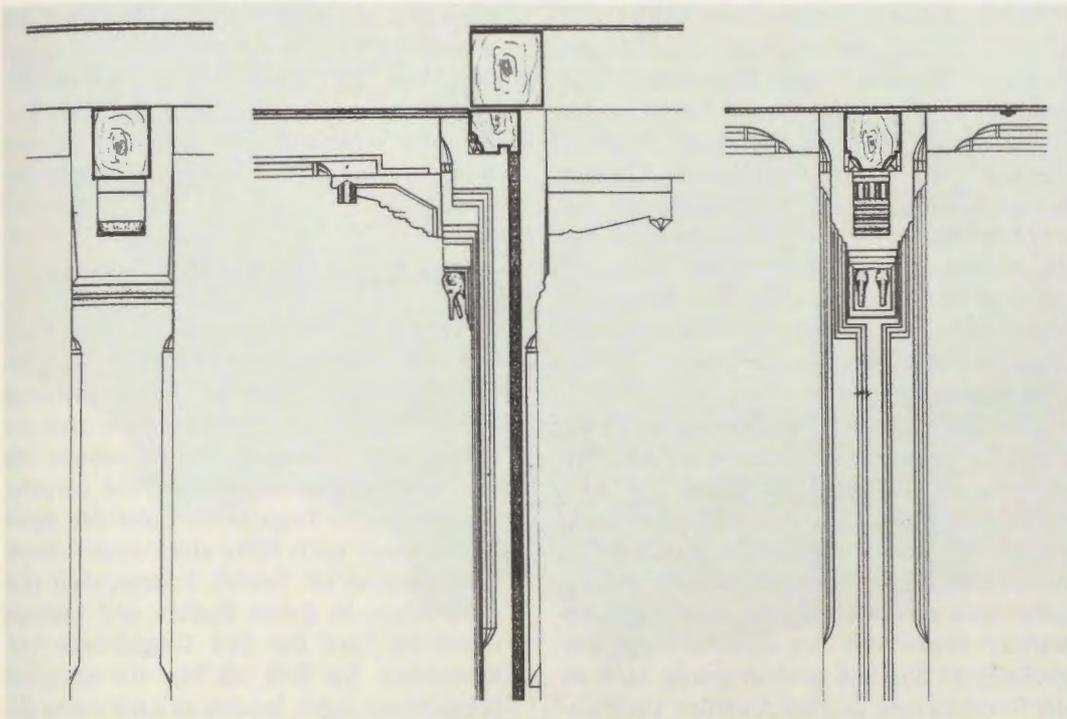
## DIE GROSSE UNTERE STUBE

Das Erdgeschoß des Norflügels war westlich als Keller eingewölbt, während der restliche Raum als Schlosserwerkstatt benutzt wurde. Im Lauf von über hundert Jahren hatte der Rauch der Schmiedeessen auf dem Holz der Decke und auf den Wänden eine dicke, fettige

Rußschicht hinterlassen und in den Wänden steckten die eisernen Aufhängungen von Transmissionen. Bis auf ein Werkstattfenster und das hofseitige Fenster waren alle Fensteröffnungen zugemauert. Nach dem Einsturz der Scheune war aus Furcht vor weiteren Einstürzen die Leibung der mittleren Arkadentür in der Ostwand auf Weisung der Bauaufsicht mit einem mächtigen Betonblock geschlossen worden. Die Mitte des Raumes verstellte der dicke Kamin der Schlosserei, der auf einem alten Fundament und mit brüchigen Teilen einer alten Hintermauerung schon mehrmals neu aufgemauert wurde.

Nach der Räumung der Werkstatt konnte mit den Freilegungen und Abbrüchen 1994 begonnen werden. Die über dem Kellergewölbe erkennbaren Teile der Bretterdecke ließen vermuten, daß hier etwas Besonderes verborgen sein könnte. Das, was aber tatsächlich vom ursprünglichen Ausbau und der Raumfassung unter Mauern, Ruß und Spinnweben noch erhalten zum Vorschein kam, übertraf die kühnsten Erwartungen. Wer konnte schon ahnen, daß sich in der Kellerwand ein fein und aufwendig profiliertes Pfosten mit figürlich geschnitztem Kopf versteckte oder von der Holzdecke die besonders sorgfältig profilierten Abschlußhölzer an den Wänden noch erhalten sind. An der Unterseite der Abschlußhölzer sind die Nuten zur Aufnahme einer Wandvertäfelung ausgefäلت und die Breiten der Tafeln sind an den Einstichen der Deckleisten zu erkennen. Auch in den Wänden und den Fensternischen sind noch die zur Befestigung der Vertäfelung erforderlichen Hölzer eingelassen. Dieser westliche Raum zeichnet sich gegenüber den übrigen Teilen des Erdgeschosses durch die besonders hohe Qualität der ins erste Viertel des 15. Jh.s zu datierenden Ausstattung aus.

Im Raum der ehemaligen Schlosserei zeigten sich ganz zaghaft zwischen Ruß und Schmutz einzelne Farbfragmente. Nach der Beseitigung der oberen Schmutzschicht an der Decke kamen die Rankenbemalungen auf den Flanken und Unterseiten der Balken und an den im Nord-Osten noch erhaltenen Brettern der Decke zum Vorschein. Besonders gut sind die Malereien an den Balken erhalten, die unter einer abgehängten Verputzdecke freigelegt wurden. Im östliche Raumteil zeigten sich dann



Aufnahmeskizze des Pfostenkopfes der Großen Stube mit Schnitzerei und Profilierungen

auch die Reste von Wandmalereien an der Südwand und der Arkade. Die Freilegung der vermauerten und zubetonierten Arkade war nicht einfach. Zuerst mußte die Wand mit einer durchgehenden Stahlstange verspannt werden. Beim Abbruch der Ausbetonierung konnte wegen den Erschütterungen nicht mit dem Preßlufthammer gearbeitet werden, und der Beton mußte erschütterungsfrei durch Bohren und Schneiden zerkleinert und in Bruchstücken entfernt werden. Nach der Freilegung der Arkade kamen in den Leibungen ebenfalls die Bemalungen zum Vorschein.

In der Zone zwischen der holzverkleideten Stube und dem bemalten Raumteil waren nur Balken ohne Fassungen und einfach verputzte Wände vorhanden. Gegen Norden lag in der Decke eine Störzone mit einem Balkenwechsel und ein kleines hochliegendes Fenster.

In den Archivalien findet sich keine Beschreibung des Raumes, jedoch wiederholt der Hinweis auf die Große untere Stube und auf eine Treppe. Der Randbalken der Holzdecke und eine Zapfenlochreihe im ersten bemalten

Balken grenzen den dazwischen liegenden Raum ab. In diesen Raum führt die Eingangstür mit gotischem Gewände aus der Schnecke, und das hochliegende Fenster und der Wechsel in den Deckenbalken lassen den ehemaligen Treppenaufgang erkennen, der in die Obergeschosse führte, bevor 1620 die Schnecke erbaut war. In der Rechnung von Meister Hans von 1540 steht: „... Ander stuben Als man die Stegen uff gedt...“ und 1580 erwähnt der Schreiner Othmar Häppelin „thüren bei der stegen“. Von diesem Vorraum aus wurde der in der Stube stehende Kachelofen geheizt, von dem in der Rechnung von 1540 steht: „Ite dem Haffner Inderwiesen gebe vom Offen Inder under stube Imschloß VIII guld II Sch dem Knechte Zu trinckgelt XIII Sch“<sup>20</sup>. Zu diesem Ofen gehörende figürliche Kacheln wurden im Bodenschutt bei der ehemaligen Feuerstelle gefunden.

Daß der Begriff „Große unter Stube“ für die Räume des Erdgeschosses gesamthaft verwendet wurde, verdeutlichen die Rechnungen von Herрман freilig schreiner zu fryburg und Pau-

le Fedrer glasser Zu Freyburg von 1580. Frelig schreibt: „... Zu Kyrchzartenn Ins Schloss 9 fenster ramenn von Eiichenem holz gemacht...“ und bei Glaser Fedrer steht: „9 Scheybenn fenster In Dye grosse Stubenn gemacht“.<sup>21</sup> Hier ist von 9 Fenstern die Rede, in der großen Stube waren zunächst jedoch nur 8 Fenster anzutreffen, bis im Schräglicht auf der Nordmauer gegen den Mittelbau eine vermauerte und überputzte neunte Öffnung zu erkennen war. Diese ehemalige Außenwand war beim Bau des Mittelbaues von 1620 zu einer Innenwand geworden.

Die Gemeinde möchte zukünftig die Große Stube für besondere Anlässe und als Trauzimmer nutzen. Während die übrige Talvogtei inzwischen als Rathaus genutzt werden kann, wurden die Arbeiten in der Großen Stube in Anbetracht des beträchtlichen Restaurierungsaufwandes zurückgestellt. Nachdem aber als warmer Regen von der Denkmalpflege ein großzügiger Zuschuß gewährt wurde, kann an der Restaurierung gearbeitet werden. Die Holzdecke wurde restauriert, die bemalten Hölzer

vorsichtig gereinigt und die Verputze und bemalten Wandteile werden zur Zeit restauriert. Von den Wandmalereien werden nur Fragmente sichtbar und in den Putzflächen wird der reparierte und gereinigte Verputz ohne ausgleichenden Überzug in Erscheinung treten.

## TINTENFASS UND ROSENKRANZ

Im zweiten Obergeschoß des Mittelbaues war über lange Zeit eine Mietwohnung eingerichtet. Einfache Bretterwände teilten Räume ab und im hinteren Flur stand noch nach der Räumung der Wohnung eine Badewanne. Die Böden hatten Kunststoffbeläge und darunter Spanplatten als Tragschicht. Unter den Spanplatten lagen noch Reste eines ausgetretenen Bretterbodens mit breiten Fugenspalten und Ausbrüchen. In diesen Spalten und Löchern waren im Lauf der Zeit Gegenstände verschwunden. Die Zeit, als hier die einfachen Schulzimmer lagen, brachte sich mit einem gläsernen Tintenfaß, einer Sandstreubüchse und



*Detail der Holzdecke des Mittelbaues nach der Freilegung. In Bildmitte der Deckenbalken mit Abzeichnungen von Verputzplatten. Von Profilleisten gefaßte Deckenbretter. Die weißen Flecken sind vom Verputz herrührende Kalkverätzungen.*



*Holzdecke des Mittelbaues nach der Restaurierung*

zwei Rosenkränzen in Erinnerung. Im Bodenschutt waren außerdem Kinderschuhe mit abgelaufenen Sohlen verborgen. Ein feiner spitzer Bindschuh und zwei Paar kräftige bäuerliche Schlüpfschuhe mit Eisennagelbeschlägen.

Nach dem Ausbau der Bretterwände zeichneten sich die beiden Schulzimmer mit einem Vorraum gegen Norden und einem Flur an der Westseite ab. Im Flur kamen nach der Abnahme einer Gipsplattendecke mit aufgeklebten Styroporprofilen die Reste einer durch Dachwasser stark beschädigten Stuckdecke mit Bruchstücken von Profilleisten zum Vorschein. In den Bruchstellen wurde darüber eine hölzerne Kassettendecke sichtbar. Diese Holzdecke war ursprünglich in beiden Räumen und den Fluren dieses Geschosses und wie sich noch zeigte, auch im darunterliegenden Geschoß vorhanden. Im nördlichen der Räume wurde nach der Abnahme der Verputzdecke die anspruchsvolle Kassettendecke von 1620 freigelegt, während im südlichen Raum noch Abzeichnungen von Deckenstück an der besser erhaltenen Verputzdecke vorhanden waren und die Stuckdecke restauriert werden konnte.

Dieses Geschoß hat weitgehend den barocken Charakter eines Umbaus aus dem 18. Jh. behalten und hebt sich mit restaurierten Stuckdecken, den noch erhaltenen Barocktüren und geschweiften Brüstungsbekleidungen der Fenster deutlich von der Gestaltung der übrigen Räume der Talvogtei ab.

Im Gegensatz dazu erscheinen die beiden Räume des ersten Geschosses mit den gleichen Kassettendecken wie das darüberliegende Geschoß in der Gestaltung von 1620. Der alte Verputz an den Wänden konnte überarbeitet beibehalten werden. Recht mühsam war die mit dem Kalk des Deckenverputzes verätzten Hölzer zu reinigen. Wie so oft, ist die einfachste Methode die beste. Das verschmutzte Holz wurde nur mit Wasser abgebürstet und mit der Bürste gründlich nachbearbeitet.

Durch Zapfenlöcher, die Fasenenden der Deckenbalken und Details der Decke ist zu erkennen, daß die Raunteilung nicht ursprünglich ist und die beiden Geschosse zuvor bis zur Westwand durchgehende Zimmer in anderer Aufteilung ohne den dazwischenliegenden Flur hatten. Auffällig ist dabei, daß die alte Wand-

stellung mitten in ein Fenster mündet. Eindeutig wurde klar, daß der Mittelbau ursprünglich nur 3 Fensterachsen hatte und die heute vorhandenen 4 Fensterreihen bei einem Umbau entstanden sein mußten. Nach dem Abschlagen des Außenverputzes der Fassade war zu erkennen, daß das südliche Fenster ein Originalteil war, während die restliche Fassade mit den veränderten Fenstern abgebrochen wurde und unter Verwendung des alten Materials verändert aufgebaut wurde. Bestätigt wird dieses Vorgehen durch einen an den Freiburger Magistrat gerichteten Brief des Baumeisters Wiggert vom 15th Juny 1785. Wiggert schreibt vom Mittelbau: „... , das andere ist lauther arbeith die nit wohl anderst als im daglohn Bau gemacht werden. Weillen alle althe Maderyallien so jener brauchbar, widerum an gewendet und gebraucht werden sollen.“<sup>22</sup> Damit löste sich endgültig das Rätsel dieses Umbaus und es steht fest, daß die Veränderung 1785 erfolgte.

Ein anderes Rätsel fand eine genauso einfache Lösung. In der Südwestecke liegt über dem Verlies ein quadratischer Raum mit einem sehr altertümlich anmutenden Kreuzgratgewölbe. Auffällig war, daß die Decke von 1620 über dem Gewölbe durchlief und einzelne Füllungen fehlten. Dies bedeutet, daß das Gewölbe nach 1620 entstanden ist. Etwas mehr Licht brachte die Untersuchung der Ziegelsteine der Einwölbung. Das Gewölbe ist mit maschinengeformten Steinen der alten Länge 25 cm gemauert und ein für die Bindung der Gewölbeschalung benutzter Holzkeil zeigt die Schnittspuren einer Bandsäge. Diese Hinweise datieren das Gewölbe um 1900. Die endgültige Klarheit lieferte eine unter den Bodenplatten des Raumes gefundene Zeitung von 1909.

## DAS SCHLOSS IN DEN WEIHERN UND DAS GEMEINDEARCHIV IM WASSER

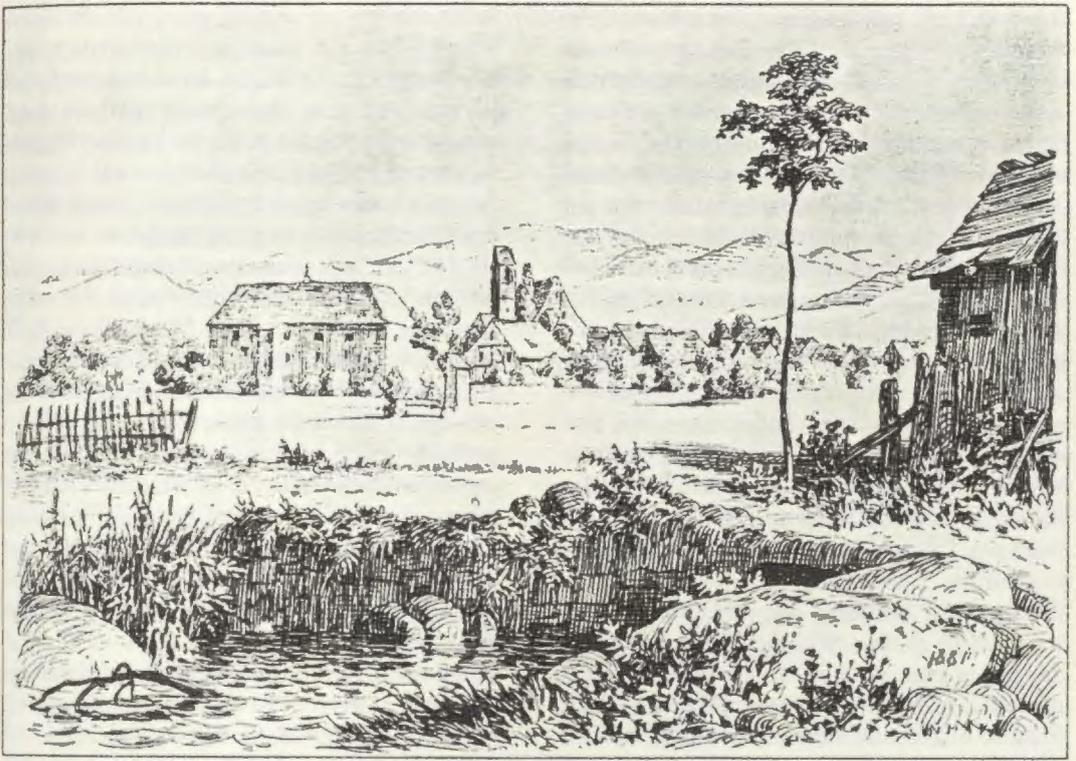
In einiger Entfernung rauscht der brav in seinem Bett eingespernte Osterbach an der Talvogtei vorbei, sonst ist aber von Wasser und an der Talvogtei liegenden Weihern oder sie umgreifenden Gräben an dem heute trocken in den Wiesen stehenden Gebäude nichts zu sehen. Und doch, die Talvogtei war von Wasser umgeben. Noch am Ende des 19. Jh.s waren

Wassergräben und Wehre vorhanden, die Lederle in seiner Zeichnung der Westseite festgehalten hat. Anschaulich schildert der Lebensbrief des Hans von Luchtenbergk von 1504 „die vier weyher so umb das Schloß ligend“ und im Bericht des Magistrats von 1808 heißt es: „Der ganze Schloßgarten war ehevor ein zusammenhängender Weiher“. Nachdem 1786<sup>23</sup> noch vom Graben die Rede ist, wurden die Weiher zwischen 1786 und 1808 zugeschüttet. Demnach hatte die Talvogtei keinen Ringgraben und stand in einer aus vier zusammenhängenden Weihern gebildeten Wasserfläche. Bei Erdarbeiten wurden um die Außenmauern der Talvogtei liegend Schutt- und Erdauffüllungen angeschnitten. Die Auffüllung vor dem Tor ist im Gegensatz dazu mit grobem Kies ausgeführt.

Schon bei den Aushubarbeiten des Heizraumes im Mittelbau wurden die bis zu einer Tiefe von über 3 m reichenden Außenmauern und in -2.50 m Tiefe Wasser angetroffen. In einer in der Großen Stube abgetieften Sondierung lag der Wasserspiegel nur auf -2.00 m. Bei der Ausführung der Unterkellerung des Südflügels schwankte der Wasserstand zwischen -2.80 m und -3.20 m. Diese Beobachtungen zeigen, daß der Grundwasserpegel heute eine Neigung von Nord nach Süd von etwas weniger als einem Meter auf 40 m Länge hat.

Bei den Baumaßnahmen für das Rathaus mußte der nach dem Einsturz von 1952 in zwei Etappen in einfachem Qualitätsstandard als Wohnhaus wiederaufgebaute Südflügel im Inneren ausgeräumt und das Dach entfernt werden. Im Westen und Süden stehen noch die alten Mauern und die auf alten Fundamenten aus Kalksandsteinen gebauten Außenwände der Nord- und der Ostseite wurden beibehalten. Um keine Zerstörungen an den Decken des Mittel- und des Nordflügels vornehmen zu müssen, wurde die Haupteinschließung mit Lift und Treppenhaus in den neu auszubauenden Südflügel gelegt. Im weiteren konnten die neuen Decken auf das Niveau der Böden der bestehenden Bauteile gelegt werden. Nachdem das Gebäude im Inneren freigelegt wurde, sollte es zusätzlich für den Bau eines Archivkellers abgetieft werden.

Das Wasser und die tiefe Gründung der Außenmauern spielten bei der Unterkellerung des Südflügels wesentliche Rollen. Zum einen



Westseite der Talvogtei mit Umfeld. Federzeichnung von F. Lederle von 1881

war das Wasser beim Bau der Archivunterkellerung ein Hindernis, das mit geeigneten Maßnahmen überwunden werden mußte. Zum anderen ermöglichten es die tiefgegründeten Außenmauern, die gesamte Grundfläche des Südflügels auszuschachten, ohne die Mauern zu unterfangen. Nur an den Hofwänden waren in bescheidenem Umfang Unterfangungen erforderlich. Um ein trockenes Archiv zu erhalten, das bei maximalem Wasserstand bis zu zwei Metern im Wasser steht, mußte eine wasserdichte Wanne zwischen die Mauern betoniert werden. In einer Filterkiesschicht unter der Bodenplatte aus wasserdichtem Beton liegt ein Netz von Dränagerohren, das zur Druckentspannung des Wassers mit drei Bohrungen durch die 1,80 m dicken Außenwände geführt mit dem äußeren Wasser verbunden ist. Die klüftigen Feldsteinmauern wurden mit im Wasser erhärtendem Trass-Kalkmörtel geglättet. Auf den geglätteten Wandflächen und auf dem Filterkies unter der Bodenplatte liegen zusätz-

lich Dränagematten, gegen die der Boden und die Wände aus wasserdichtem Beton gegossen wurden. Eingelegte Neoprenedichtbänder und spezielle Schwindrohre vermeiden Undichtheiten durch unkontrollierte Schwindrisse im Beton der Wände.

Durch die Freilegungen waren im besonderen Beobachtungen an den alten Umfassungsmauern möglich, die nachweisen, daß die häufig geäußerte Annahme, der Südflügel sei schon immer eine Scheune gewesen, nicht zutreffend ist. Die gesamte Westseite, annähernd die Hälfte der Südwand, der Rest der Südwand auf einer Höhe von etwa 5 m und die gesamte Giebelwand gegen den Mittelbau sind alte Mauern mit Stärken von 1.00 bis 1.20 m bei den Außenwänden und 0.80 m bei der Giebelwand. Die Giebelwand des Mittelbaues ist ohne Verbindung gegen die Außenwand gestoßen und gehört einer von der Außenwand abweichenden Bauphase an. Beim Aushub des Kellers wurde ein älterer Mauerwinkel aus

Rundwacken angetroffen. Nachdem beim Wohnhausausbau die alten Fenster teilweise vergrößert wurden oder zusätzliche Fenster eingebrochen wurden, waren von der Außenseite her erst nach dem Abschlagen des Außenverputzes Rückschlüsse auf das ursprüngliche Aussehen möglich. Im weiteren wurden von der Innenseite aus die im Erdgeschoß vermauerten Schießscharten und am Dachkranz die vermauerten Zinnen mit alternierend dazwischen eingefügten kleinen Scharten erkennbar. In den Wänden eingemauerte Hölzer dienten der Befestigung von Wandvertäfelungen und an Vermauerungen waren die Balkenlagen von ehemaligen Zwischendecken erkennbar. Auf die Wohnnutzung und einen dem Mittelflügel ähnlichen Ausbau am Ende des 18. Jh.s weist ein Brief des Talvogts Dr. Schwarz<sup>24</sup> von 1786 hin, in dem die Erneuerung von drei Kreuzstockfenstern am mittleren Stock erwähnt wird. Wenn nicht allein schon die Höhe des Gebäudes gegen eine Scheune sprächen, wird durch die Befunde im Inneren klar, daß dieser Bau als Nutz-Wohngebäude mit aufwendigem Ausbau ausgestattet war.

## DAS ROT UNTER DEM GELB

An den Fassaden der Talvogtei wurde in den sechziger Jahren der alte Verputz vollkommen abgeschlagen und ein harter und dichter Zementputz in bis zu 6 cm Dicke aufgetragen. Gleichartig waren auch die Kalksandsteinwände der neuen Bauteile des Südflügels behandelt. In den mit diesem dichten Verputz eingepackten und im Erdbereich etwa drei Meter unbedeckt im Grundwasser stehenden Feldsteinmauern ist Wasser bis in die oberen Geschoßpartien gelangt und hat Nitrate und Chloride im Wandgefüge transportiert. Nach dem Abschlagen des Zementputzes standen die rohen Mauern etwa ein halbes Jahr lang der Witterung ausgesetzt. Dies bewirkte das Ausschwemmen eines Großteils der Chloride und eine starke Absenkung des Wasseranstiegs. Der neue Außenverputz besteht im unteren Bereich aus einem Sanierputz, während die Wandpartien über dem 1. Obergeschoß mit Kalkputz behandelt sind. Diese Putze bestehen aus mehreren Lagen, und um bei dem klüftigen Mauerwerk mit stark differierenden Putzstärken

Schwundrisse zu vermeiden, wurde die obere Schicht erst ein Jahr nach der ersten Ausgleichsschicht aufgetragen. In Rissegefährdeten Partien sind vom Untergrund getrennt Edelstahlgewebe eingebaut. Die im Erdreich liegenden unteren Wandpartien wurden unbehandelt belassen. Um einen schnelleren Abtransport des Oberflächenwassers zu bewirken, wurde in etwa 80 cm Tiefe eine Oberflächendränage mit bis zur Erdoberkante reichender Filterkiespackung eingebaut. Der Oberputz schließt 50 cm über der Erdkante ab und ist mit einer 2 cm breiten Fuge vom Sockel abgetrennt, der nur 20 cm unter die Erdkante reicht. Der mit einer feinen Schlämme überzogene Verputz wurde mit Mineralfarbe in mehreren Arbeitsgängen rot gestrichen und hat als Gliederung eine Ecksteinquaderung erhalten.

Von alten Verputzen und Farben war an den Fassaden der Talvogtei nicht mehr viel erhalten. Das Wenige war jedoch sehr aufschlußreich. Der jüngste Anstrich auf dem Putz der 60er Jahre war im Grundton gelb, jedoch nach Eigentümer der einzelnen Bauteile leicht unterschieden, so daß keine Zweifel an den Besitzgrenzen aufkommen konnten. Beim Abschlagen des Zementverputzes wurde sorgfältig auf möglicherweise noch vorhandene Teile des alten Verputzes geachtet. Am Ostgiebel des Nordflügels entdeckten zuerst die Steinmetze rot bemalte Altputzfragmente neben Gewänden. An dieser Wandfläche waren noch weitere überputzte Teile des alten Verputzes erhalten. Gleichartige Verputzfragmente waren an der Hoffassade des Nordflügels erhalten. Weitere Befunde der roten Farbe konnten an der Westfassade im Sockelbereich und an den Übergängen der kleinen Schießscharte unter dem Dach festgestellt werden. An der Hoffassade des Mittelbaues zeigten sich ebenfalls einige Verputzfragmente, allerdings mit gelbem Anstrich, während am Turm keine älteren Farben zu finden waren. Die Altputzfragmente waren durch den dichten Oberputz gestört nicht zu erhalten und wurden abgenommen und gesichert.

Um zu eindeutigen Ergebnissen der Untersuchungen zu gelangen und um keine oberflächlichen Feststellungen zu treffen, wurden die Befunde von dem Mineralogen Dr. Wissler über Dünnschliffe mit Lichtmikroskopie und Rönt-

genphasen-Analysen untersucht und die Mörtel chemisch analysiert. Damit ist die jeweilige Rezeptur des Mörtels und der Aufbau sowie das Material der Farbschichten festzustellen. Die vom Nordflügel untersuchten Proben zeigen einen direkt auf Kalkputz aufgetragenen roten Kalkfarbenstrich mit Göthit (Eisenoxidhydroxid) und Hämatit (Eisenoxid) als farbgebenden Pigmenten, darüber liegt ein weiterer heller Kalkfarbenstrich. Der gelbe Anstrich am Mittelbau ist ebenfalls direkt auf den Kalkmörtel in einer Stärke von 0,3 mm aufgetragen und hat als farbgebendes Pigment Göthit (Eisenhydroxid).

Die an den Sandsteingewänden vorgenommenen Untersuchungen zeigen an einer typischen Probe des Nordflügels zunächst einen hellen Kalkanstrich, darüber einen durch Eisenoxidhydroxid rot gefärbten Anstrich, überlagert von einem bis 0,7 mm starken Kalkanstrich, darüber eine mit Eisenoxidhydroxid rotbraun gefärbten nur 0,06 mm starken Schicht, gefolgt von einer mit Ultramarin (Lapis lazuli) blau eingefärbten Kalklage. Überdeckt werden die alten Kalkanstriche von roter Silikatfarbe in 0,14 mm Stärke.

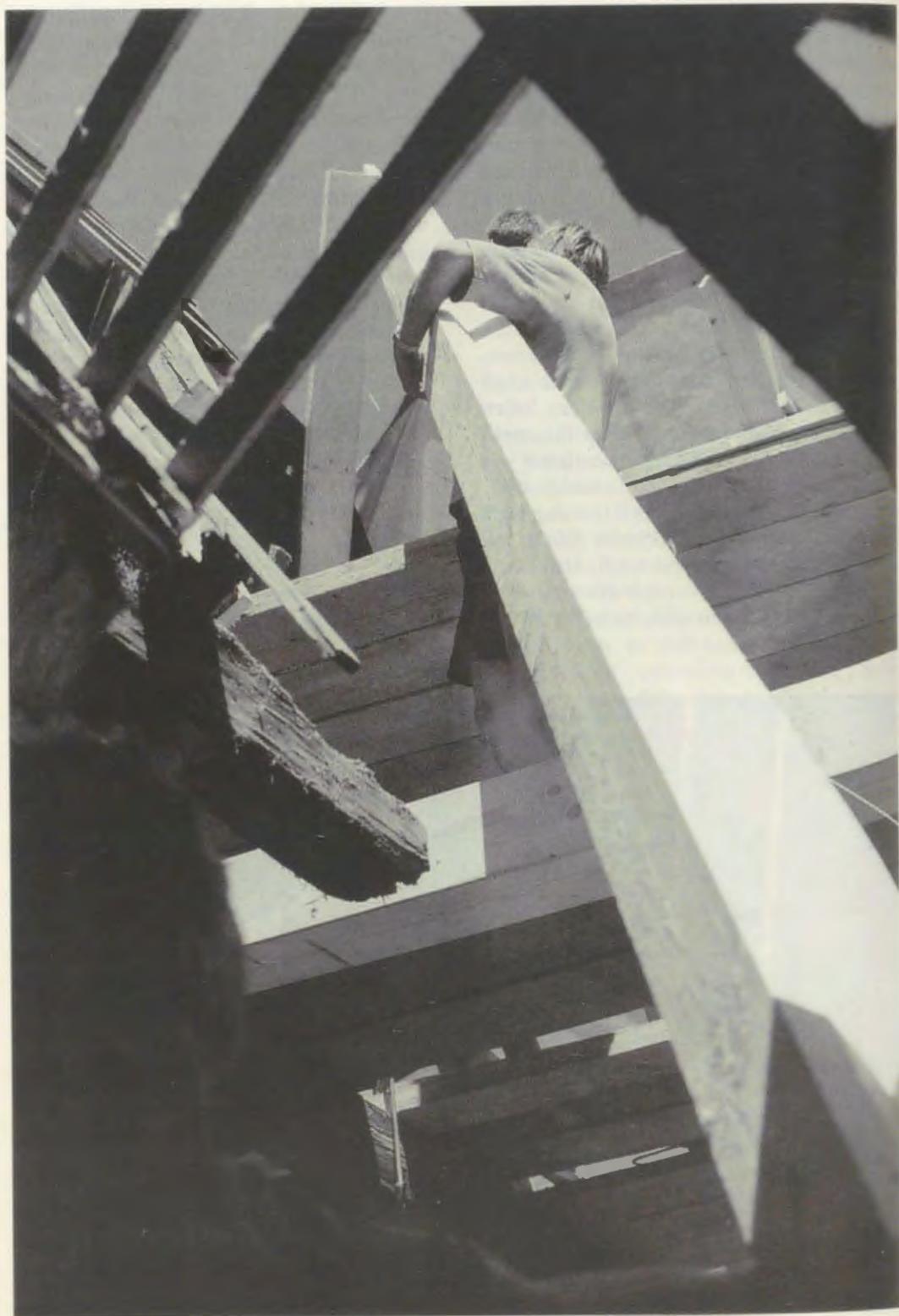
Das verschmutzte Gelb der Talvogtei war ein so vertrauter und gewohnter Anblick, und der Befund von roter Farbe unter dem gelben Anstrich mußte zunächst befremdend wirken. Die Feststellung, daß der gelbe Anstrich auf den erst 1785 umgebauten Mauerteilen des Mittelbaues gefunden wurde, deutet auf den in dieser Zeit üblichen Anstrich in Maria-Theresia-Gelb und gibt keinen Hinweis auf einen älteren gelben Anstrich. Das in der Spätgotik und der Renaissance übliche Rot ist jedoch über eine längere Zeitspanne an allen übrigen Fassaden nachgewiesen und führte zur Entscheidung, dem Bau wieder seine ursprüngliche rote Farbe zu geben. Auch die Farbgebung der Gewände orientiert sich an den älteren Befunden der Gewändefassungen in hellem Grau mit blauen Akzenten.

## VON DÄCHERN UND DACHSTÜHLEN

Dächer schützen den Bau vor den Unbilden des Wetters, denen nach einem Brief des Talvogts Dr. Schwarz von 1786 „das hiesige



*Dachkehle zwischen Nordflügel und Mittelbau am Turm. Der verzogene und abgesackte Dachstuhl wird hochgepreßt und gerichtet, Rechts der mit Bohlen bandagierte und mit Stahlprofilen zusammengehaltene Kehlsparren.*



*An der Nord-Westecke wird der neue Walmsparren aufgezogen*

Schloss, auf eine ausserordentliche Weise, ganz und gar allen Sturmwinden, Regen und Schneegewittern, und gar dem Donnerschlage selbst, von allen Seiten her, das ganze Jahr hindurch, ausgesetzt ist“<sup>25</sup>. Der in den späten fünfziger Jahren reparierte und ergänzte Ziegelbelag der Talvogtei war relativ dicht. Vor dieser Reparatur müssen allerdings vor allem an der West- und der Nordseite sowie am Turmanschluß die Dächer in größeren Bereichen erheblich undicht gewesen sein. Diese Schäden haben an faulen Deckenbalken, beschädigten Bindern und Sparren und abgefaulten Sparrenköpfen ihre Spuren hinterlassen. Die Konstruktionen waren auch nicht mehr vollständig, zum Teil fehlten die Kehlbalcken und der Kehlsparren war angestückt und mit Eisenprothesen stabilisiert. Die abgefaulten Binderfüsse bewirkten Verschiebungen und vor allem beim Turmfuß erhebliche Setzungen.

Trotz allem war von der ursprünglichen Substanz der Pfettendachtragwerke mit liegendem Stuhl noch relativ viel in brauchbarem und reparablem Zustand erhalten. Das Holzwerk des Mittelbaues ist mit 1621 auf die Bauzeit des Bauteils datiert, während das Dachtragwerk des Nordflügels auf 1670/71 datiert wurde. Der Dachstuhl wurde demnach 270 Jahre nach der Erbauung des Nordflügels erneuert. Der östliche Fachwerkgiebel wurde 1670 gleichzeitig mit dem Dach errichtet. Beim Turm ist das Holzwerk aus der Erbauungszeit 1620 erhalten. Der in den 50er und 60er Jahren gebaute Dachstuhl des Südflügels war im Gegensatz zu den alten Konstruktionen schwach dimensioniert und nicht ausbaubar ausgeführt, so daß er vollständig abgetragen werden mußte.

Die Überarbeitung der Dächer wurde beim Nordflügel beginnend in Etappen ausgeführt. Nach dem Entfernen des Dachbelages waren die Schäden erst in vollem Umfang zu erkennen. Vor allem die Sparren waren in bedenklichem Zustand. Abgefaulte Scherzapfen und Sparrenenden, sowie die von der Oberseite her ausgefaulten Hölzer machten eine gesamthafte Erneuerung der Sparren und Aufschieblinge erforderlich. Die neuen Sparren wurden aus gehobeltem Holz in den gleichen Dimensionen wie die alten ausgeführt. Nachdem die Verschiebungen der Konstruktionen mit Pressen gerichtet waren, konnten die Binderfüsse ange-

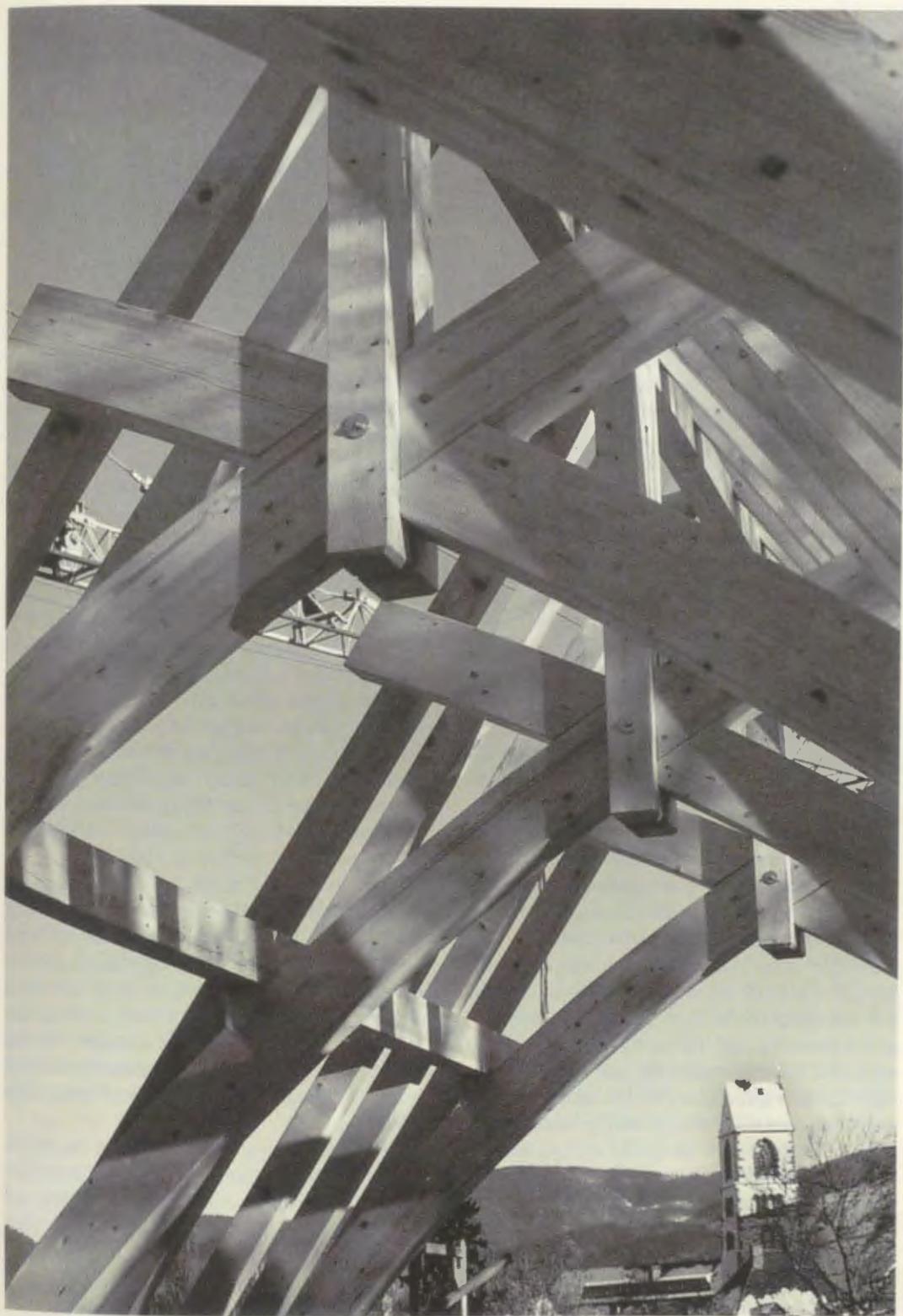
setzt und verstärkt werden. Die alten Verstreben und Binder wurden gerichtet und es war möglich, sie zu erhalten. Allein im Nordflügel mußte ein Strebenfeld erneuert werden. Die von einheimischen Zimmerleuten ausgeführten Arbeiten wurden am Vorbild orientiert ohne Zuhilfenahme von Eisenprothesen mit traditionellen Holzverbindungen handwerklich vorgenommen und die alten Hölzer sorgfältig restauriert. Der Dachraum des Nordflügels wurde als Personalaufenthaltsraum ausgebaut und im Übergangsbereich zum Mittelbau liegt ein variabel nutzbarer Vorraum, sanitäre Einrichtungen und die EDV-Zentrale. Der Dachraum über dem Mittelbau ist nicht ausgebaut und die Konstruktion und die Ziegeluntersicht wurden sichtbar belassen. Im Sommer kann der im Winter nicht beheizbare Raum für Ausstellungen benutzt werden.

Das Turmgespärre besteht aus einem auf dem Mauerwerk aufliegenden Balkenkranz mit unregelmäßig angeordneten Balkenspeichen. Ein mehrteiliges profiliertes Gesims ist um den Turm gekröpft und am Balkenkranz befestigt. Die Sparren sind am Fuß auf den Kranz aufgesetzt. In der Mitte des Turmes ist ein eichener Pfosten aufgerichtet, der im unteren Bereich auf den Speichen des Kranzes mit steilstehenden Streben gehalten wird. An der Spitze sind die Sparren verjüngt und am Pfosten angengelt. Über dem Sparrenknoten ist der Pfosten als gerundeter Schaft ausgebildet. Dieser Schaft war mit Pech angestrichen und diente der Befestigung einer Wetterfahne. Vier der ursprünglichen Sparren waren gut erhalten, während die übrigen, später als Ersatzhölzer eingebauten Sparren in desolatem Zustand waren und ersetzt werden mußten. Die im Freien liegenden Teile des profilierten Kranzgesimses waren verfault und nur die Profile im Gebäudeinneren konnten erhalten und weiter verwendet werden.

Das im Turm liegende Treppenhaus ist im Winter nicht beheizt, und dadurch war es möglich, die interessante Konstruktion des Turmhelmes von der Schnecken- und Treppenstufe aus sichtbar zu lassen. Um die Vertikale beim Turm zu betonen, wurde hier im Gegensatz zu den übrigen Dächern statt der Doppeldeckung die Einfachziegeldeckung der Biberschwänze mit Spließunterlagen beibehalten. Die sichtbaren



*Blick in das Dachtragerk des Turmhelmes*



*Neues Dachtragwerk des Südflügels mit parabolförmigen Bindern, Mittelpfette und teilweise aufgesetztem Gespärre*

Ziegel mit den Holzschindelunterlagen ergänzen die Erscheinung des offenen Dachstuhls. Als Bekrönung des Turmes wurde wieder eine Wetterfahne mit dem Wappen der Gemeinde aufgesetzt.

Während an allen übrigen Bauteilen die alten Dachstühle erhalten sind, mußte auf dem Südflügel ein neues Dach aufgesetzt werden. Die Konstruktion orientiert sich bewußt nicht an den alten Dachstühlen der Talvogtei und ist mit Parabolbindern, sichtbaren Pfetten und Sparren sowie einer auf den Sparren sitzenden raumseitig sichtbaren Holzschalung mit aufliegender Wärmedämmung ausgeführt. Frei vom Tragwerk überspannt wurde ein großer Raum geschaffen, der von den Gemeindekommissionen als Sitzungszimmer benutzt wird.

Die gesamte Talvogtei war zuletzt mit aus verschiedenen Zeiten stammenden, vorwiegend in den fünfziger Jahren verlegten handgestrichenen und maschinengeformten Biberschwanzziegeln gedeckt. Diese Deckart dürfte seit dem 15–16. Jh. vorhanden gewesen sein, nachdem schon in den Mauern von 1620 Biberbruchstücke vermauert wurden. Zuvor hatten nach den Befunden und den in allen äußeren Feldsteinmauern eingemauerten Hohlziegelfragmenten die Dächer eine Mönch-Nonnendeckung. Ein gut erhaltener Hohlziegel wurde von den Steinmetzen beim Richten eines Fenstersturzes im Mauergefüge des Nordflügels von 1400 gefunden.

Der Talvogt berichtet 1806 von einem Sturm, der das Dach „in der Mitte des Gebäudes“ so beschädigte, daß für die Reparatur 2000 Ziegel erforderlich waren<sup>26</sup>. Durch die ständigen Unterhaltsreparaturen war kein einheitlicher Dachbelag mehr vorhanden, und die auf den Dächern der Talvogtei liegenden handgestrichenen Ziegel hatten verschiedene Formen und Schnittformate. Im weiteren war von den Handwerkern bekannt, daß in den fünfziger Jahren von allen möglichen Dachabbrüchen geerntete alte Ziegel für größere Reparaturen verwendet wurden und kein Originalmaterial der Talvogtei mehr vorhanden war. Nach dem Abnehmen der Ziegel hatte sich die Menge des alten Materials nach dem Ausscheiden von brüchigen Ziegeln auf wenige Paletten beschränkt. Vor allem in Anbetracht der hohen Folgekosten beim Unterhalt von Deckungen mit

alten Ziegeln wurde mit der Denkmalpflege entschieden, für die großen Dachflächen der Talvogtei neue naturbelassene Biberschwanzziegel zu verwenden, deren Handstrichoberfläche zur beschleunigten Bildung der Patina zusätzlich aufgeraut ist. Die von den Dächern übrigen alten handgestrichenen Ziegel decken heute die Mauerkrone und das Dach der Laube.

## KREUZSTÖCKE, SCHEIBEN, DYRLIN, LEIFFER UND WINDSTANGEN

Alte Fenster und Türen waren in der Talvogtei nicht mehr zu finden. Von den Türen des Mittelflügelumbaus von 1785 waren noch Futter und die Brüstungsverkleidungen im zweiten Obergeschoß erhalten. Die Türen selbst sind nicht mehr vorhanden und wurden 1883 durch neue Füllungstüren ersetzt.<sup>27</sup> Bei dieser Maßnahme wurden die spätbarocken Schippenbänder zwar wieder verwendet, jedoch mit abgebrochenen Spitzen. In diesem Zustand sind die Türen restauriert wieder eingebaut. Die Eingangstür zur Schnecke dürfte aus dem frühen 19. Jh. stammen. Alle anderen Türen waren neuzeitliche Sperrtürlätter mit einfachen Futtern vorwiegend aus den fünfziger und sechziger Jahren. Zu den Türen finden sich auch in den Rechnungsbüchern nur allgemeine Hinweise wie „fier neye thiren Inn der obren stuben“ oder es ist die Rede vom Ersatz eines Schlosses oder einer Handhab.

Von der spätgotischen Türform mit schlichten Brettertüren und profilierten Bekleidungen ausgehend wurden für die Innentüren schlichte lärchenfurnierte Türblätter verwendet und die Bekleidungen mit Kannelüren und schlichten Supraporten ausgeführt. Etwas reichhaltiger sind die Türen der Vogtstube gestaltet. Für das Portal wurde eine eiserne Rahmenkonstruktion mit Füllungen und aufgesetzten Nägeln verwendet.

Die Fenster des Nordflügels und des Mittelbaues waren nicht mehr die noch auf den Fotos der frühen fünfziger Jahre zu erkennenden und danach durch zweiflügelige Doppelfenster ohne Sprossenteilung ersetzt worden. Im Südflügel waren nur einflügelige Kunststoffenster mit künstlichen Sprossen vorhanden. Beim Mittelbau waren in den Fensterleibungen von außen

Rolladenkästen eingebaut und die Kunststoffenster hatten aufgesetzte Rolladenkästen. Im Gegensatz zu den Türen ist aus den Rechnungsbüchern zum Aussehen und zur Konstruktion der Fenster sehr viel zu erfahren. Der Schreiner Frelig hat 1580 die von ihm für die Große Stube gemachten Fensterrahmen aus Eichenholz beschrieben und gibt an, daß „jederamen mit Eingeleyden Dyrlyn“ gemacht wurde. Diese Fenster hat der Glaser Paule Federer verglast und angegeben, daß die neun Fenster der Stube „mit den hornassen 644 Scheyben und 410 haftenn“ haben<sup>28</sup>. In dieser Zeit werden an anderer Stelle „Glaß ob dem leiffer“ und „4 windt stang, daran 20 hefft“ erwähnt. Demnach hatten die Fenster am Ende des 16. Jh.s Butzenverglasungen mit runden Scheiben und Zwickeln. Die Scheiben wurden mit Windeisen versteift, an denen wiederum die Scheiben mit Haften angebunden wurden. Das bedeutet, daß die Scheiben fest in Blendrahmen saßen und nur eingelegte Türlein oder Läufer zum öffnen hatten. Bei dem zwischen Nordflügel und Schnecke zugemauerten Fenster war nach der Freilegung ein mit Bankeisen befestigtes Blendrahmenstück des ehemaligen Fensters noch an seinem Platz. Ein feines Stützband war noch vorhanden, die Rahmenecke war einfach gezapft und verdübelt und das Holz mit Öllasur rot gestrichen. Dieses nach 1620 eingebaute Fenster war einflügelig und ließ sich ganz öffnen. Aus den Rechnungen des 18. Jh.s geht hervor, daß am Mittelbau hölzerne Kreuzstockfenster waren, wie sie auch noch von Lederle gezeichnet wurden. Am Mittelbau wurden 1786 die Fensterläden ersetzt und der Talvogt schreibt dazu, daß sie mit Ölfarbe gestrichen werden müssen, weil die erst 1769 angebrachten Läden schon verrottet waren. Im gleichen Brief erwähnt er, daß am Treppenturm statt der alten Brettstücke „zwar wirklich Fenster hingemacht worden“<sup>29</sup>.

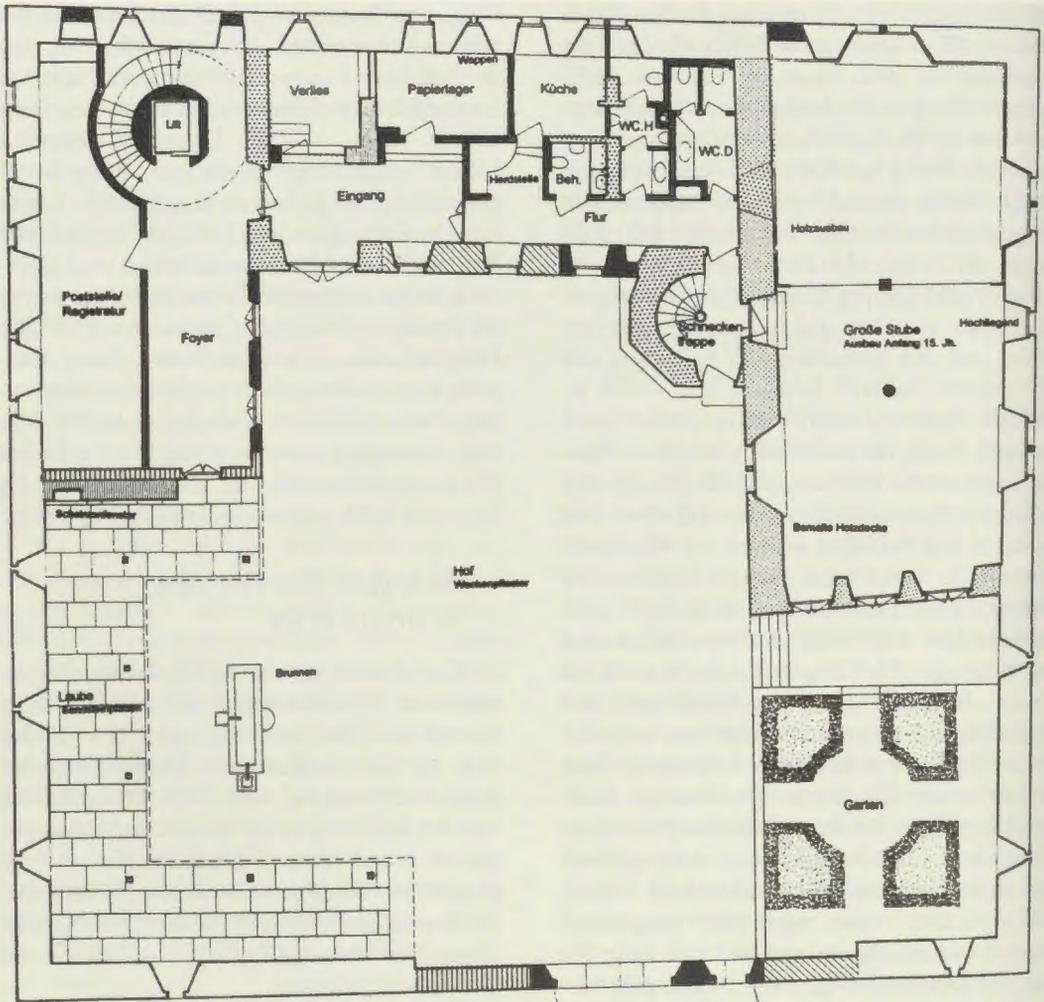
Bei den Entscheidungen um die Erneuerung der Fenster stellten sich die Fragen nach dem Material, der Konstruktion und der formalen Erscheinung. Im weiteren war zu berücksichtigen, daß bei den relativ kleinen Fensteröffnungen in gotischen Gewänden der Lichteinfall nicht durch breite Rahmen reduziert werden sollte. Die Fenster des Mittelbaues und der Hofseite des Südflügels orientieren sich in

Form und Konstruktion an den Überlieferungen der hölzernen Kreuzstockfenster des 18. Jh.s. Dazu kamen allein an diesen Fassaden Bretterläden. Nachdem der Denkmalpfleger einfarbige Läden und die Gemeinde gestreifte Läden wünschten, wurde ein Kompromiß gefunden: Die Läden sind einfarbig, haben jedoch auch Streifen. Auf den einfarbigen Untergrund sind glänzende Streifen in der gleichen Farbe aufgesetzt. Schwieriger war es für die Fenster in den engen Gewänden der übrigen Fassaden eine Lösung zu finden. Einer Anregung des Denkmalpflegers folgend wurde eine Metallkonstruktion entwickelt, bei der die Rahmen innenseitig aufliegend nicht in das Lichte der Gewände greifen und von außen nur die Sprossen als Windeisen in Erscheinung treten.

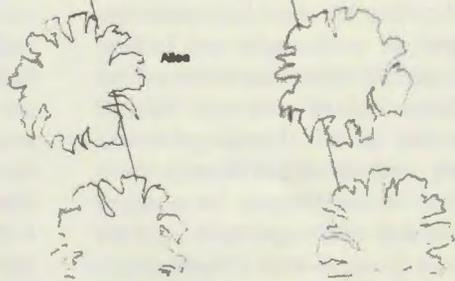
## DER HOF HINTER DER SCHILDMAUER

Östlich liegt vor den Gebäuden der Talvogtei ein von Schildmauern eingefasster Hof. Dort, wo auf Lederles Zeichnung noch eine großes und ein danebenliegendes kleines Bogentor gezeichnet sind, lag eine breite Mauerbreche. Von der Schildmauer im Norden und Osten eingefast stand eine Schlosserwerkstatt und gegenüber eine 1965 an Stelle der Scheune des 19. Jh.s errichtete Werkhalle mit großen roten Toren. Der Hofbelag bestand aus Asphalt und Betonpflastersteinen.

Nach dem Abbruch der Schlosserwerkstatt und der Freilegung der von innen vermauerten Scharten lag vor der Arkade der Großen Stube der von der Schildmauer begrenzte Bereich frei, in dem auf Zaehringers Plan von 1799 ein Garten eingezeichnet ist<sup>30</sup>. Ein erfreuliches Ereignis war beim Abbruch der Werkstatt der Fund des im Fundament eingemauerten Schlußsteins des Hoftorgewändes und einiger Gewändebruchstücke, an denen die Profilierung der Torpfeiler zu erkennen war. Beim Bau der südlichen Werkhalle wurde 1965 ein Teil der Schildmauer mit Bruchsteinen wieder ergänzt, die Mauer um einen Meter höher betoniert und auf der Innenseite der Halle vor der Schildmauer eine etwa 20 cm dicke Schicht vorbetoniert. Die aufbetonierte Krone konnte abgetragen werden, es war jedoch nicht möglich, die harte vorbetonierte Schicht an der



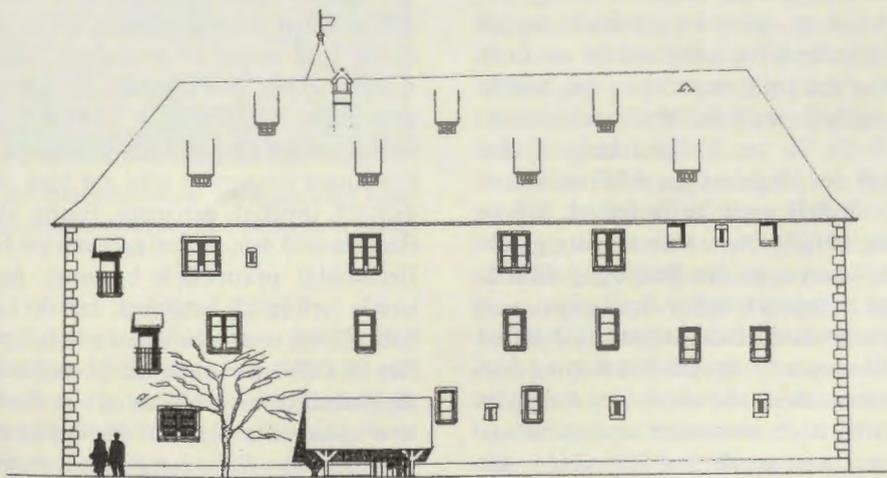
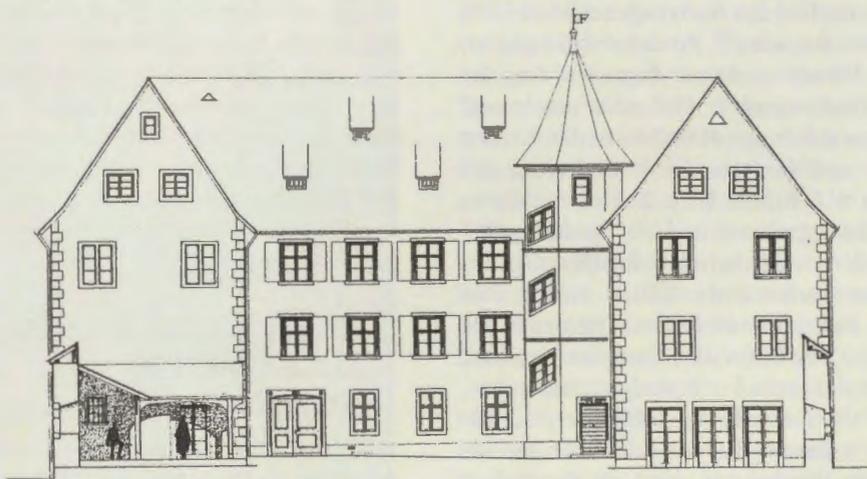
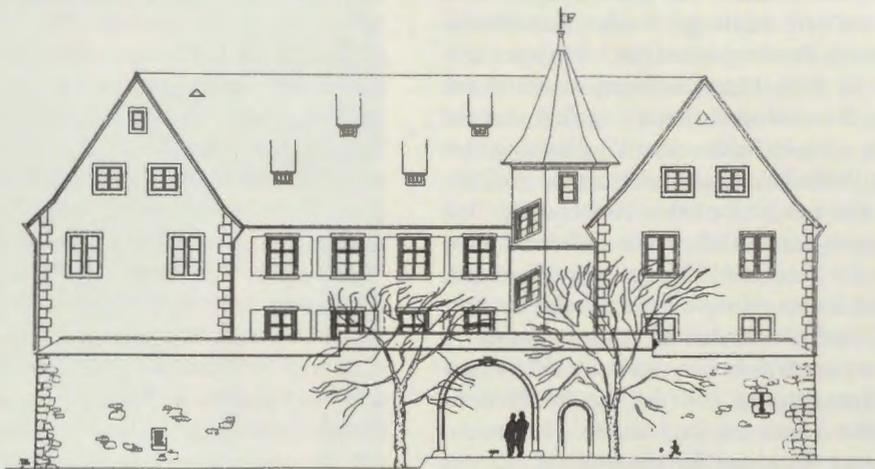
- |  |                |   |         |
|--|----------------|---|---------|
|  | Anfang 13. Jh. |   |         |
|  | 1400           |  | 1786    |
|  | 16. Jh.        |  | 1965    |
|  | 1620           |  | 1993/99 |



Erdgeschoßgrundriß mit Hofanlage

Innenseite der Mauer zu entfernen. Vor dem Giebel des Südflügels kam ein Bruchstück der ursprünglichen Giebelmauer aus Feldsteinen zum Vorschein und beim Abtragen des Asphaltbelages im Hof wurden unter dem Boden verborgene Mauerzüge von ehemaligen Bauten der Talvogtei angeschnitten.

Zunächst sollte an Stelle der südlichen Werkhalle ein Ratsaalgebäude errichtet werden. Die erforderliche Dimension war dem Hof jedoch nicht angemessen und stattdessen wurde eine U-förmige Laube vor der Mauer errichtet. Die in der Südmauer liegenden vermauerten Schießscharten wurden wieder freigelegt.



Oben Ostseite der Talvogtei mit Schildmauer und neuen Torbogen. Mitte Ostseite der Talvogtei. Schnitt durch den Hof mit Laube und Ostfassade. Unten Westfassade der Talvogtei, rechts oben freigelegte Zinnen mit Scharte, links Dächer der Lokusvorbauten

In die Fensternische des alten Mauerbruchstücks vor dem Südflügel wurden Fundstücke der ältesten Fenstergewände der Talvogtei eingesetzt. In diese Fensteröffnung ist ein Relief mit zwei Schelmengesichtern eingefügt und die Schelme schauen hinter einer Vergitterung heraus. Als Bodenbelag der Laube fanden großformatige alte Sandsteinplatten Verwendung. Das Dach ist mit den restlichen alten Biberschwanzziegeln der Talvogteidächer gedeckt. Nachdem 1554 ein Brunnentrog als Viehtränke für den Talvogteihof für 8 Schilling gehauen wurde<sup>31</sup>, mußte wieder Wasser aus einem Stock in einen alten Brunnentrog vor der Laube fließen. Gegenüber wurde an Zaehringers Plan orientiert wieder der kleine Garten angelegt.

Das Aussehen des Hofbelags schildert 1786 Talvogt Dr. Schwarz<sup>32</sup>. Zunächst beklagte er, daß der Unsinn nicht zu begreifen sei, das gesamte Dachwasser im Hof zu sammeln und über Käner durch den Mittelbau in den Graben zu leiten und forderte die Höherlegung des Hofes um  $1\frac{1}{2}$  Schuh. Eine im Hof vorgenommene Sondiergrabung und ein in der westlichen Außenmauer bei der Ausführung des Heizkellers gefundener Käner haben dies bestätigt. Auf eine erste Erinnerung wegen der Pflasterung des Hofes wird ihm vom Magistrat mitgeteilt, daß man damit noch warten müsse, weil die Pflasterer zuerst den Münsterplatz fertigstellen müßten. Am 22. Juli 1786 schrieb Baumeister Wiggert als „bauamts Controller“ an den Magistrat: „seind Unsere Stainbesetzer auf dem Münster platz ferdig und die vor findige Maderyallien auf gebraucht . . . das man in der dall vogtey Zu Kirchzarthen die schon angezeigte arbaith Zu ver ferdigen lase . . .“. Am 24. Juli gab der Magistrat das folgende Votum ab: „Seye dem Bauamt zu bedeuten, daß es nach völlig hergestelltem Münsterplatz gleichwoler die Arbeiten in der Thalvogtey fürnehmen möge . . . annoch anher anzuzeigen, was für Reparationen zu Bickenreuthe und Brand herzustellen seyen.“<sup>33</sup> Bei der Sondierung wurden Pflasterwacken, wie sie in der Halle der Bickenreuthe noch vorhanden sind gefunden. Dementsprechend wurde der Hof wieder mit Wacken gepflastert.

Die von Lederle gezeichneten Tore sind nicht die ursprünglichen Zugänge zur Talvogtei. Der aufgefundene Schlußstein des Tores

trägt die Jahreszahl 1786 und Talvogt Dr. Schwarz empfahl 1786 dem Magistrat „ . . . weil noch dazu das Hofthor an einem sehr unschicklichen Orte steht, und viel zu klein ist“, ein „rechtes Thor“ zu machen. Die beiden Tore wurden 1786 gebaut und Baumeister Wiggert erwähnt, daß dazu auf Bickenreuthe abgetragene Torbogen verwendet wurden.<sup>34</sup> Der ehemalige Standort des Tores zeichnet sich drei Meter rechts des kleinen Tores in der Mauer durch eine Naht ab. Außerdem ist die mit den Toren errichtete Mauer etwa 30 cm dünner wie die übrige Schildmauer. An Lederles Zeichnung orientiert wurden die beiden Torbogen neu hergestellt. Dabei kam der alte Schlußstein wieder zur Verwendung und die Gewändeprofilierung wurde nach dem Befund der Bruchstücke ausgeführt. Die Krone der Mauer wurde mit Biberschwänzen als Pultdach gedeckt und die dünnere Mauer im Bereich der Tore erhielt ein etwas höheres Satteldach mit asymmetrischem First. Für die Ergänzung der Mauer kamen an der Talvogtei gefundene Feldsteine zur Verwendung. Die Mauer wurde steinsichtig ausgefugt.

## RITTER KUNOS BURG ODER WIE ALT IST DIE TALVOGTEI WIRKLICH

In der Kirchzartener Kirche befindet sich die figürliche Grabplatte des 1343 gestorbenen Ritters Kuno von Falkenstein, die ein anschauliches Bild eines geharnischten Herren der Burg zeichnet, aus der die Talvogtei hervorging. Beim 1297 erfolgten Verkauf des von St. Gallen um 765 eingerichteten Dinghofs<sup>35</sup> an die Freiburger Johanniter wird der (que vulgariter dicitur) Dinchof genannte Besitz mit allen Rechten und dem zu ihm gehörenden Gebiet im Dreisamtal urkundlich benannt. Außerdem wurde vertraglich festgelegt, daß der Lehensinhaber Jakob von Falkenstein sein Lehen behält. Das St. Gallische Lehen wurde eingezogen und die Falkensteiner erhielten es von den Johannitern wieder. Mit dem auf der Grabplatte abgebildeten Ritter Kuno von Falkenstein wird 1320 ein Vertrag geschlossen und 1325 wird er als Vogt erwähnt. Wie der Falkensteiner und die Johanniter war Abt Wihelm von St. Gallen, der den Verkauf für das Kloster abschloß, ein



*Grabplatte des 1343 verstorbenen Ritters und Vogts Kuno von Falkenstein an der Südwand der Pfarrkirche St. Gallus*

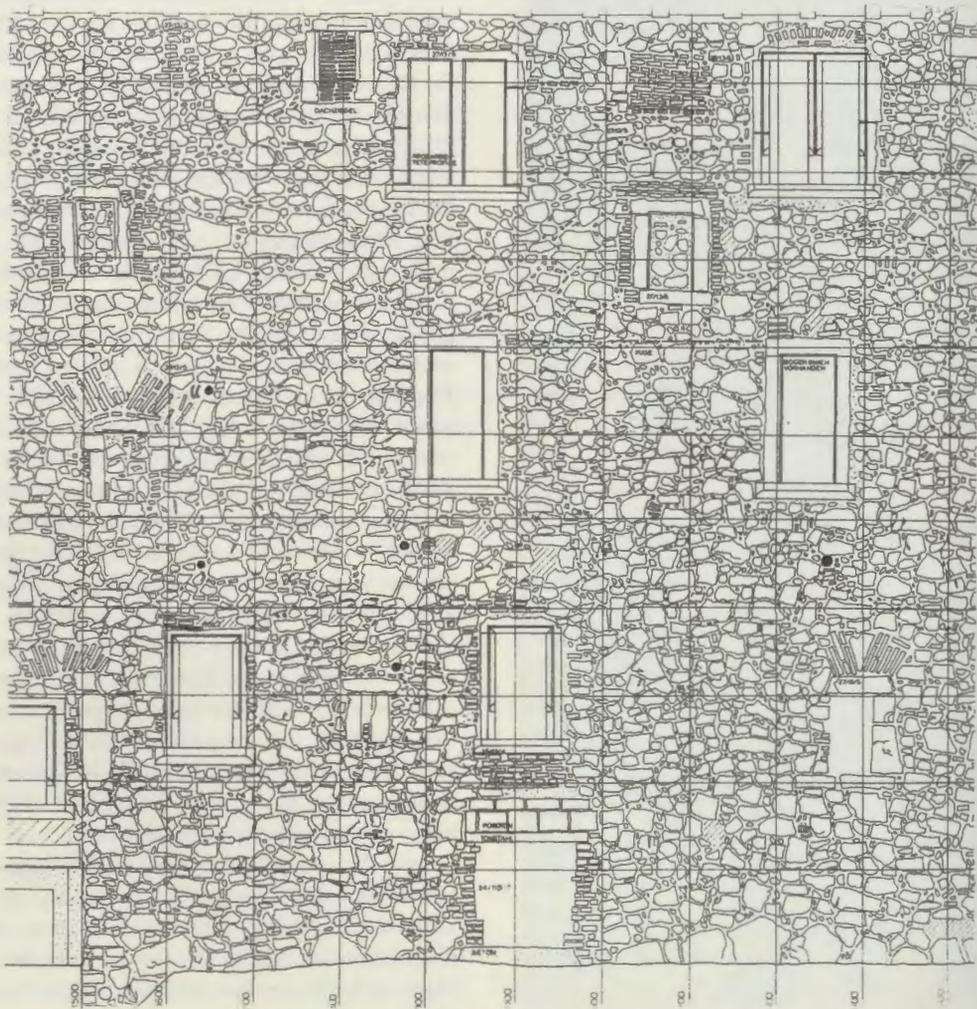
Kriegsherr, der als Gefolgsmann Adolfs von Nassau 1298 in der Schlacht von Göllheim mit seinen Rittern in habsburgische Gefangenschaft geriet<sup>36</sup>. Obgleich die Bezeichnung Burg erstmals in einem Lehenbrief der Blumenecks von 1437<sup>37</sup> benutzt wird, war die Talvogtei schon viel früher eine befestigte Anlage.

Nach dem Entfernen des Verputzes von den Mauern der Talvogtei, waren alle baulichen Ver-

änderungen an den bestehenden Bauteilen zu erkennen und die Burg zeigte ihr Gesicht. Im Erdgeschoß lief um die gesamten Gebäude und die Schildmauern eine gleichmäßige Reihe von Schießscharten. Dazwischen liegen noch einzelne kleinere Scharten. Die Scharten gehören alle dem an der Nordseite gut erhaltenen Typus der hohen Scharten mit wenig bearbeiteten groben Buckelquadern mit Randschlag vom Anfang des 13. Jhs an<sup>38</sup>. An den Scharten mit glatten Außenflächen wurden die Abarbeitungen der Buckelquader festgestellt. Die Dimension, die Steinprofilierung und das verwendete Ziegelformat sind bei allen Scharten gleich. Zwischen den Entlastungsbogen der breiten Fenster des Nordflügels stecken noch die im Ziegelformat der Scharten ausgeführten schmalen Entlastungsbogen mit Sandsteinkelsteinen.<sup>39</sup> An der Südwestecke kamen an der Mauerkrone Zinnen und alternierend dazwischen angeordneten kleinen Scharten zum Vorschein. Im Gegensatz zu den oben noch 1.00 m, im Erdgeschoß 1.30 m und am Mauerfuß 1.80 m dicken Außenwänden sind die Kronen nur 60 cm dick und bilden den Maueransatz für die Auflage des Wehrganges. Im Bereich des Hofes hatten die Schildmauern die gleiche Höhe und reichten bis zur Traufe der heutigen Dächer.

In der verputzten Leibung einer seit 600 Jahren vermauerten kleinen Scharde an der Westseite wurde die Ritzzeichnung eines Wappens gefunden. Dabei handelt es sich um das Wappen der Ritter von Schlandenberg, das wiederum in Königfelden auf der Grabplatte des 1386 in der Schlacht von Sempach gefallen Ritters Hans von Schlandenberg und an anderen Orten erscheint.

An den Scharten der nördlichen Hofmauern wurden die Wandungen am Fuß für den Einsatz von Feuerwaffen um 1350 zu Schlüssel-scharten grob ausgeschlagen und die breiten Fenster der Großen Stube erhielten 1400 beim Ausbau des Nordflügels an Stelle der Scharten die heutige Breite. Der 1400 erbaute Nordflügel ist das älteste bestehende Gebäude der Talvogtei. Bei seinem Bau wurden jedoch die zuvor schon vorhandenen Außenmauern benutzt und nur ein Mauerwinkel eingefügt. Bis zur Errichtung des Mittelbaues 1620 war die Südmauer des Nordflügels eine Außenwand mit Fensteröffnungen und Türausgängen zu einer Lau-



Ausschnitt aus dem Aufnahmeplan des Mauergefüges der Westfassade der Talvogtei. Aufnahmemaßstab 1:20, Raster 1.00/1.00 m

be. Nach den untersuchten Mörtelproben stammt das Karrée der Schildmauern aus einer zusammenhängenden Bauphase. Einen Datierungsanhalt geben die an den Anfang des 13. Jh.s weisenden Schießscharten. Im weiteren setzen die im Mauergefüge verarbeiteten Bruchstücke von Hohlziegeln bei Annahme einer Lebensdauer von etwa 100 Jahren voraus, daß massive, mit Mönch-Nonnenziegeln gedeckte Gebäude um 1100 oder früher an der Talvogtei standen.

Die Grundmauern dieser älteren Bauten wurden bei den Pflasterarbeiten im Hof ange-

schnitten. Unterscheidungen und Zuordnungen sind über das Mauergefüge und durch Mörteluntersuchungen möglich. Bei den Analysen werden über Lichtmikroskopie und Röntgenphasenanalysen die Mörtelrezepturen und die Sieblinien ausgewertet und mit schon früher an anderen Bauteilen entnommenen Proben verglichen. Zunächst sind zusammengehörende und Teile von verschiedenen Bauten zu erkennen, die sich durch das verwendete Steinmaterial und verschiedenen Mörtel von den Umgebungsmauern des frühen 13. Jh.s unterscheiden. Im weiteren geben Keramikbegleitfunde



*Hohe Schießscharte an der Nordseite der Schildmauer mit groben Buckelquadern und Randschlag vom Anfang des 13. Jh.s.  
Unten für den Einsatz von Feuerwaffen ausgebrochen*

Hinweise. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen und die Ergebnisse von dendrochronologischen Datierungen von Hölzern aus der Schildmauer sind noch abzuwarten.

Es ist sicher nicht verwegen, in den unter dem Hofbelag liegenden Mauerzügen die Fundamente der Gebäude des 1297 verkauften Dinchofes und möglicherweise älterer Bauwerke zu sehen. Die heute vorhandene Außenmauer

mit den in gleiche Höhe reichenden Hofschildmauern und umlaufendem oberem Wehrgang begrenzte schon damals den inneren Bereich der Anlage. Den Mauerring umschlossen die vier zusammenhängenden Weiher und eine Holzbrücke führte über den Graben. Die Lehensbriefe und Rechnungen berichten von innerhalb der Mauer stehenden Wohnbauten, von des Vogts Hus, vom hinteren Hüslin, vom

Roßstall, von einem Taubenturm, von der Laube, von Scheunen und einer außerhalb liegenden Scheune und einer Mühle.

Schon der St. Galler Dinghof hatte wie die Burg und die Freiburger Talvogtei Verwaltungsaufgaben zu erfüllen. Mit der Wiederaufnahme dieser Funktion knüpft die Gemeinde Kirchzarten mit der Einrichtung des Rathauses an die Tradition an und führt sie weiter.

#### Anmerkungen

- 1 Vergl. BAZ vom 10/11. 8. 1985, Talvogtei als zukünftiges Rathaus.
  - 2 GLA Abt. 229/53128, Bericht des Magistrats vom 19. 5. 1808 und Protokoll vom 16. 5. 1808 und Brief von Pfarrer Anton Schmid an das Großherzogliche Oberamt, 1. 10. 1808. Schmid schrieb: "... indem man weder etwas am Gebau veränderte, noch nothwendige Einrichtungen anschaffen wollte, die für ein anderes Lokal nimmer gepast hätten. Das Schulzimmer hatte weder die gehörige Größe für die Anzahl der Schüler, noch seine gehörige Einrichtung, und der Unterricht mußte darunter leiden." STAF F 26/7, Pachtvertrag mit der Gemeinde vom 28. 6. 1810.
  - 3 Max Weber, Die Kirchzartener Geschichte, Kirchzarten im 19. und 20. Jh., in: Kirchzarten, Geographie-Geschichte-Gegenwart, Hg. Günther Haselier, Kirchzarten 1966, S. 409 f. Die Bettlerfamilie kam aber ein Jahr später wieder zurück.
  - 4 Die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg, Freiburg im Breisgau, Amtliche Kreisbeschreibung, Band II, Die Gemeinden des Landkreises A-K, Hg. Staatliche Archivverwaltung Baden-Württemberg in Verbindung mit der Stadt Freiburg im Breisgau und dem Landkreis Freiburg, Freiburg 1972, Kirchzarten.
  - 5 Dreisamtälter vom 22. 10. 98, Vor zehn Jahren im Dreisamtälter: In Kirchzartens Talvogtei eröffnete ELMA (Wir sind rund na und) ein Fachgeschäft für große Größen. Zielgruppe waren Frauen ab Größe 42.
  - 6 GLA Abt. 229/53128, Bericht des Magistrats vom 19. 5. 1808.
  - 7 Gemeindearchiv Kirchzarten, Schreiben von Oberforstmeister Dummel an die Gemeinde Kirchzarten vom 4. 8. 1963, mit Fotoreportage.
  - 8 Zum Einsturz: Gemeindearchiv, Spezialakten, Baulizei, Protokoll über Augenzeugenberichte vom 12. 8. 1952. Zum Wiederaufbau: Martin Hesselbacher, Die Talvogtei, das Schloß von Kirchzarten, in: Nachrichtenblatt der Denkmalpflege in Baden-Württemberg, Jahrgang 1, Heft 2, Freiburg 1958, S. 53 ff.
  - 9 Staatliches Vermessungsamt Freiburg, Plan über sämtliche Magistrate der Stadt Freiburg im Zarterner und Kirchzartener Bann, Bd. 1, Plan des herrschaftlichen Schlosses, aufgenommen. von Dominicus Zaeringer 1799.
  - 10 Gemeindearchiv Kirchzarten, Bauaufnahme und kommentierte Archivalienzusammenstellung durch Prof. Dr. Ing. Wulf Schirmer und Dipl. Ing. J. Martin Klessing, Karlsruhe, August 1990.
  - 11 Nach Auskunft von Frau Zipfel, der Mieterin des Obergeschosses, wurde die Abtiefung 1952 von den Hausbewohnern gegraben.
  - 12 Die dendrochronologischen Datierungen hat das Ingenieurbüro Lohrum vorgenommen.
  - 13 Vergl. Joelle Burnouf und Jean-Pierre Rieb, Alltag in den Elsässsichen Burgen, Die Heizung im mittelalterlichen Haus, S. 306 ff. und Typologie der Becherkacheln, S. 345, in Kat.: Leben im Mittelalter, 30 Jahre Mittelalterarchäologie im Elsaß, Strasbourg 1993.
  - 14 Im Rechnungsbuch von 1581 findet sich bei Türreparaturen des Schreiners Othmar Hämpelin folgender Hinweis auf das Verlies: „Item vonn dem Schloß in der Katzenn ab brechen und wieder umb angeschlagen“. STAF F 27/19, Gebäude der Gemeinde, 1581 Reparaturen im Schloß, Rechnung Hämpelin vom 26. Februar 1581.
- Josef Rösch schildert in seiner Chronik von Bickenreuthe unter 1532 die Verhaftung von Ulrich Graf, dem Herrn von Bickenreuthe durch den Talvogt: „Ulrich wurde in das Gefängnis gesetzt und vergeblich bat er, daß man ihn, der großen Kälte wegen, wenn auch gefesselt, in eine geheizte Stube legen soll“. Josef Rösch, Birkenreuthe, in: Freiburger Adreß-Kalender für das Jahr 1851 zugleich statistisches Handbuch des Großherzoglich Badischen Oberrhein-Kreises, S. 11 f.
- 15 Weber, op. cit., S. 303 ff.
  - 16 „Ite ußgebe dem hans burger. ... Indie Kamer ob der Stuben Im Schloß uff donstag post valentini 1540“ steht im Rechnungsbuch von 1540 und ein Eintrag von 1541 erwähnt: „... 2 Fenster Inder Kamer ober Stube“. STAF F 27/19, Baulichkeiten im Schloß zu Kirchzarten 1502–1580, Rechnung 1540, und 1541.
  - 17 STAF F 27/19, Rechnung 1540, und Rechnung 1580, Verzeichnis Was Ich Otmar Hämpelin Inn dem Schloß Kilchzarte für Arbeyt gemacht.
  - 18 Schuldverschreibung von 1492 über 2/3. Kaufbrief von 1496 über 1/3. STAF F A1/VIIIa, Talvogtei Nr. 1–254.
  - 19 STAF F 27/19, Rechnung 1540.
  - 20 STAF F 27/19, Rechnung 1540 und 1580.
  - 21 STAF F 27/19, Rechnung 1580.
  - 22 STAF F 26/6, Bausachen 1785.
  - 23 STAF F 26/7 (Lehensbrief von 1504). GLA Abt. 229/53128, 1808–09. Brief des Talvogts Dr. Schwarz, STAF F 26/6, Bausachen 1786.
  - 24 Ebd.
  - 25 Ebd.
  - 26 STAF F 26/6, Bausachen 1806, Brief des Talvogts Dr. Schwarz vom 4. 3. 1806.
  - 27 Die Datierung ist durch ein hinter einem Futter eingeschobenes Zeitungstück vom 17. Februar 1883 möglich.
  - 28 Vergl. Anm. 21.
  - 29 Vergl. Anm. 23.
  - 30 Vergl. Anm. 9.
  - 31 STAF F 27/19 (Gebäude der Gemeinde), Rechnung 1554.

- 32 Vergl. Anm. 23.  
33 STAF F 26/6 Bausachen 1786, Briefe Wiggert vom 22. 7. 1786 und 24. 7. 1786 mit Votum.  
34 Ebd. und vergl. Anm. 23. Wiggert schrieb am 22. 7. 1786: „... eillen 2 stainerne begen in Kirch Zarten benötigt werden und auf Bikereithe nothwendig fallen und durch diese ein arbeith die andere ver leichteret“.  
35 In den Regelungen eines Lehensbriefes der Blumenecks von 1437 wird das Dorf mit dem Vermerk „die nit in den Dinckhofe gehörend“ von der Burg (= Dinghof) abgegrenzt. STAF A1, Talvogtei, Urkunde vom 17. Jan. 1437.  
36 Weber, op. cit., S. 167, 174 ff.  
37 Vergl. Anm. 35.  
38 Thomas Biller, Die Adelsburg in Deutschland, München 1998, S. 185 ff.  
Alexander Antonow, Planung und Bau von Burgen, Frankfurt 1993, S. 258 ff.

39 Nach der Freilegung der rohen Außenmauern wurden alle Fassaden im Einmeterraster mit roten Schnüren überspannt und steingerecht aufgenommen. Um Zuordnungen zu ermöglichen, wurden alle Ziegelformate in einem Computerprogramm erfaßt. Der Katalog enthält 34 verschiedene Ziegelgrößen.

Anschrift des Autors:  
Dr. Hartmann M. Schärf  
Ruhenhof  
79256 Buchenbach

# Jahresrückblick 1998

## BEZIRK BRUCHSAL



Die Vereinsarbeit begann mit einem Diavortrag

des in der Ortsgruppe Bruchsal sehr geschätzten Referenten Jürgen Alberti, Bad Schönborn, mit dem Thema „Kultur- und Naturgeschichte der Hohlwege im Vorderen Kraichgau“.

Herr Alberti verstand es, in Wort und Bild die Entstehungsgeschichte unserer engeren Heimat und ihrer Gestaltung durch Einwirkung von Mensch und Natur lebendig werden zu lassen. Wie kam der Löß in unsere Gegend und bildete das landschaftliche Mosaik des Kraichgaus mit seinen typischen Hohlwegen, welchen Lebensraum bieten ihre hohen Steilwände für Vegetation und Tierwelt, welche negativen Einflüsse brachte die Flurbereinigung waren beherrschende Themen des Abends.

Auf unserer Faschingsveranstaltung bei Kaffee und Fasnachts-Küchle referierte Frau Barth-Gimbel, eine Östringer Mundartdichterin aus ihrem Repertoire „Mundartdichtung zur Fastnachtszeit“. Gedankt sei auch unseren Mitgliedern Frau Ebersoll, Frau Illichmann, Herrn Loewe, Herrn Leiningen und Herrn Nußbaumer für ihre Mundartbeiträge, mit denen sie den Nachmittag bereicherten.

Helmut Glaser aus Münzesheim setzte mit seinem Diavortrag „Bilderbogen Kraichtal – über Kultur und Natur der Stadt Kraichtal“ einen weiteren Schwerpunkt in der Darstellung unserer Heimat. Er stellte die Kraichgau-Landschaft im Wandel der Jahreszeiten in den Vordergrund. Aber auch die Ortsteile der Stadt mit ihren Fachwerkbauten, Kirchen und Schlössern fanden großen Anklang, vor allem die Aufnahmen des japanischen Gartens der Rehabilitationsklinik Münzesheim riefen Begeisterung hervor.

Zum Gedenkjahr der Revolution von 1848 trafen sich die Mitglieder im Landesmuseum in Karlsruhe zu einer Führung durch die Ausstellung „1848/49 – Revolution der deutschen

Demokratie in Baden“. Vorbereitet wurde diese Führung durch einen Vortrag unseres Mitglieds und Heimatforschers Werner Greder über die Revolutionsereignisse im nordbadischen Raum und ihre Auswirkungen in Bruchsal. Es gab einen Volksverein von 350–400 Männern und Frauen, der nach Verbot im Untergrund weiterwirkte. Nach der Niederschlagung wurden etwa 100 Bruchsaler Bürger vor Gericht gestellt. Viele flohen ins Ausland, vier sollen auf dem Bruchsaler Friedhof – auf dem sich auch ein Gedenkstein für den in Mannheim erschossenen Peter Bacher befindet – beerdigt sein. Folgende Namen sind für Bruchsal hervorzuheben:

Lorenz v. Brentano (Advokat am Hofgericht – Verteidiger von Struve), Belosa, Diener beim Volksverein, die Gastwirte Heinrich Hetterich (der Rote Hetterich), sein Bruder Johann (10 Jahre Zuchthaus), Georg Jung und Wendelin Hohmann, der Gerbermeister Franz Moor (der aktivste Revolutionär), Fabrikant Sieber und die Metzgerochter Käthchen Zöller.

Das 1848 fertiggestellte neue Zuchthaus für Männer war sofort mit politischen Gefangenen überbelegt, sodaß politische Gefangene auch in der sogenannten „Weiberstrafanstalt“ in der Huttenstraße untergebracht werden mußten, wo zeitweise auch Karl Blind und Heinrich Struve einsaßen. Daneben war Bruchsal Garnisonsstadt zweier Leibregimenter der Dragoner.

Das Thema Revolution führt auch auf einer Halbtagesfahrt zur Ausstellung „Vom Biedermeier zur Revolution“ in Sinsheim, wo besonders Franz Sigel und der Apotheker Gustav Mayer (Organisator des Ostermarsches auf Heidelberg) hervorgehoben wurden. Durch die Ausstellung führte H. Friedrich, der mit seinem Theaterstück „Der Traum von der Freiheit“ eine Videoprobe zur Einführung gab. Vor dem Ausstellungsgebäude, dem alten Rathaus, wurde zur Erinnerung ein Denkmal in Form einer Säule mit den Büsten von Franz Sigel, Gustav Mayer, Eduard Speiser, Friedrich Hecker und Karl Bauer aufgestellt.

Schon die Fahrt von Bruchsal nach Sinsheim verlief auf den Spuren der Revolution. Auf der Ubstadter Höhe befindet sich eine abgebro-

chene Säule als Gedenkstein für 1849 gefallene preußische Ulanen, in Ubstadt selbst fanden Kämpfe um die Kirche statt (eine Gedenktafel soll angebracht werden), Gefechte gab es auch in Stettfeld, ein kaschiertes Denkmal für gefallene Revolutionäre in Form eines Kreuzifixes ist in Östringen zu sehen, in Eichtersheim befindet sich das Hecker-Haus, in Michelfeld war Oppenheimer mit der Gründung von Volksvereinen aktiv. Schwerpunkt der Revolution um Bruchsal war die Schlacht bei Waghäusel 1849. Das neue Rathaus steht heute auf dem damaligen Kampfgebiet. Eine Verfassungssäule erinnert an 150 Jahre Revolution und 40 Jahre Grundgesetz. In Wiesental besichtigten wir das Husarenkmal, zu dem noch bis vor 18 Jahren zum Jahrestag der Schlacht eine Delegation des preußischen Husarenregimentes anreiste.

Ein Spaziergang im Mai „Auf dem Tal-Auenweg von Münzesheim nach Unteröwisheim“ mit unserem Mitglied Eberhard Leiniger mit dem Japanischen Garten in Münzesheim als Ausgangspunkt wurde zu einer vergnüglichen Ergänzung des Diavortrags von Helmut Glaser in Winter.

Zum Programm des Jahres gehörten drei Tagesexkursionen vorbereitet und geleitet von Jörg Teuschl. Die erste ging ins Markgräfler Land mit Besichtigung der Wallfahrtskirche in Kirchhof. Eine Stadtführung machte uns bekannt mit Stauffen, dem Stadtschloß (der Winterresidenz), der Burg, dem Fausthaus, der Martinskirche mit der Patronin der Bergleute, der Hl. Anna, dem Goethe-Institut und mit weiteren Spuren der 48er Revolution durch Struve. Eine Kugel wird heute noch im Gasthaus zur Krone gezeigt.

In der alten Silberbergbaugstadt Sulzburg besichtigten wir die dem Hl. Cyriak geweihte Kirche, eine romanische Gründung und ehemaliges Kloster. In Sulzburg steht die einzige Synagoge (ein Weinbrennerbau), die die Reichspogromnacht überstanden hat. Nach dem Wasserschloß Endensheim in Schliengen erfreute uns in Hertingen eine Plastik, die zur Erinnerung an den „Seltsamen Spazierritt“ von Joh. Peter Hebel während seines Aufenthalts bei Pfarrer Schlotterbeck aufgestellt ist. Am Ende der Fahrt stand die Besichtigung der Fresken in Blanzingen und der Aufstieg zur Kapelle des Isteiner Klotzes.

Die zweite Tagesfahrt führte in den nordelb-sässischen Raum. Die Pfarrkirche von Seltz mit der Begräbnisstätte der Hl. Kaiserin Adelheid, das idyllische Buchweiler und die Burg Lichtenberg aus dem 12. Jahrhundert standen auf dem Programm. Abschluß und Höhepunkt bildete der Besuch der Abteikirche St. Peter und Paul in Neuweiler mit ihrer Doppelkapelle – Unter- und Oberkirche aus dem 11. Jahrhundert – und faszinierenden Wandteppichen, die das Leben und Wirken des Hl. Adelphus darstellen.

Auf der dritten Tagesfahrt folgten wir den Spuren Einhards, des Lehrers Karls des Großen. In Michelstadt lernten wir die Einhardskirche – ein Geschenk an Einhard – geweiht dem Petrus und Marcellinus, kennen. Ursprünglich als Grabeskirche begonnen wurde sie später zur Pfarrkirche. In Steinbach nahe Michelstadt ließ Einhard eine Basilika zur Aufnahme der Reliquien von Petrus und Marcellinus bauen. Heute ist sie eine der ältesten sakralen Bauten nördlich der Alpen. Ihre letzte Ruhestätte fanden die Gebeine Einhards zusammen mit den Gebeinen seiner Gemahlin in der Basilika in Seligenstadt, wo sich heute auch die Reliquien von Petrus und Marcellinus befinden. Eine Führung durch Basilika und ehemalige Klosteranlage sowie durch die Stadt mit dem Romanischen Steinhaus und dem Einhardshaus am Marktplatz schlossen das Thema ab.

In Babenhausen machten wir Halt an der Grablege des Geschlechts der Hanauer, die durch Heirat mit dem Hause Lichtenberg (Elsaß) die Dynastie als Grafen von Hanau-Lichtenberg weiterführten.

Unsere mehrere Tage umfassende Exkursion führte ins Frankenland – in den Steigerwald mit Standquartier in Rödelsee. Wir begegneten großen Namen, die uns in Bruchsal nicht unbekannt sind, wie die Grafen von Schönborn, Balthasar Neumann und Giovanni Marchini. Nach der Besichtigung der Brücke von Tauberrettesheim (Balthasar Neumann) und des von Echter v. Wespelbrunn erbauten Schlosses in Walkershofen, verbrachten wir einen Vormittag bei bester Führung in Ipfhofen, wo es die Stadtbefestigung mit noch vier erhaltenen Türmen und drei Toren, das Rathaus, das ehemalige Rentamt (heute Museum), das Gasthaus Zehntkeller, die Kirche zum Hl. Blut und die Stadtpfarrkirche St. Veit mit dem Evangelisten Johannes aus

der Riemenschneider-Schule zu sehen gibt. Ferner besichtigten wir die Kirchenburg in Mönchsondheim, die Marienkirche in Reusch, die ehemalige Wehrkirche in Ergersheim und die Kirche zum Hl. Blut in Etwashausen.

Weitere Ausflugsziele waren die Pfarrkirche St. Mauritius und Schloß Wiesentheid. Über Großbirbach kamen wir nach Burgwindheim zum Sommersitz der Abtei des Klosters Ebrach mit der Wallfahrtskirche zum Hl. Blut von Dientzenhofer. Höhepunkt war Schloß Weisenstein in Pommersfelden.

Ein ausgedehnter Stadtrundgang erschloß uns die Sehenswürdigkeiten von Bamberg, ergänzend dazu das aufwendig renovierte fürstbischöflich-bambergische Lustschloß Seehof. Das mittelalterliche Stadtbild von Prixendorf, der Besuch des Schulmuseums Gerolshofen, die pietistisch gestaltete Kirche in Castell der reichsunmittelbaren Herren Fürst von Castell und Rüdenhausen sowie Schloß Schwanberg – seit 1957 das geistige Zentrum der ev. Ordensgemeinschaft *Communität Castell* Ring – rundeten eine hochinteressante und informative Fahrt ab.

Im Jahresprogramm durfte natürlich ein Beitrag unseres Ehrenvorsitzenden Adolf Eiseler nicht fehlen. Er referierte über Reiseindrücke des alten und modernen Dresdens und seiner Umgebung. Mit eindrucksvollen Bildern dokumentierte er den Wiederaufbau der Stadt und ließ Meißen, die Moritzburg, Pillnitz und das Elbtal mit der Hochkönigsburg lebendig werden.

Unser Mitglied Joseph Schneider führte uns wie jedes Jahr in einem Dia-Abend die Höhepunkte aller Exkursionen rückblickend noch einmal vor Augen.

Dank sei gesagt den Mitgliedern, welche die Mitgliederversammlung des Landesvereins in Rastatt besucht haben und vor allem unserem 1. Vorsitzenden Jörg Teuschl, der mit viel Hingabe und Engagement nicht nur ein umfangreiches Programm erarbeitet und ebenso unterhaltsam wie lehrreich dargeboten hat, sondern auch für das kommende Jahr weitere attraktive und interessante Exkursionen in Aussicht stellt.

Elisabeth Burkard

## Etikettenschummelei

Gemeinhin unterteilt man die Bewohner unseres Bundeslandes Baden-Württemberg in Badener und Württemberger oder Schwaben. Dieser Sprachgebrauch knüpft an eine jahrhundertealte Tradition an, die auch nach dem Zusammenschluß der Landesteile zum Südweststaat verankert geblieben ist. Das Wortgebilde vom „Baden-Württemberger“ hat sich bei den Bürgern des neuen Landes von Anbeginn nicht durchsetzen können. Gleichwohl wird dieser Ausdruck in letzter Zeit, wohl im Zeichen von Fusion und Zentralisierung, zunehmend propagiert. Aus Verlautbarungen von Regierungsseite wie aus einzelnen Politikerkreisen tönt die Formel, seit der Medienkonzentrierung in der Landeshauptstadt vernimmt man sie häufiger in den Regionalsendungen. Daneben scheinen einige Zeitungsredaktionen im Ländle vorauseilenden Gehorsam zu üben.

Offenbar wird die Bezeichnung unkritisch dahergeredet. Nach sprachlicher Logik kann doch so ein Baden-Württemberger gar nichts anderes darstellen als eine Spielart des Württembergers. Das nachgestellte Hauptwort „Württemberg“ definiert nämlich im deutschen Sprachgebrauch allein den Begriff, vorangestellte Bei- oder Hauptwörter umschreiben ihn lediglich näher: Der Vorschlaghammer ist eine besondere Art von Hammer, das Kochbuch bleibt allemal ein Buch. Der Bindestrich ändert daran kaum etwas, wie ein Magen-Darm-Katarrh anzeigt. Grammatikalisch kann man mithin unter einem Baden-Württemberger bloß einen irgendwie beschaffenen Schwaben verstehen, vielleicht ein dem Nord- oder Ostwürttem-

berger vergleichbares Anhängsel. Die Badener bilden jedoch einen gleichrangigen Bevölkerungsteil in unserem gemeinsamen Bundesland, sie sind keine Bindestrich-Württemberger. Rücksicht auf solche Empfindungen mag anderwärts verhindert haben, daß sich Pfälzer, Rheinländer und Westfalen als „Rheinland-Pfälzer“ oder „Nordrhein-Westfäler“ betiteln lassen müssen – vom Sprachunfug einmal ganz abgesehen.

Bei uns sind die Landesteile seit einem halben Jahrhundert schrittweise zusammengewachsen, alle Bürger fühlen sich zu Hause im Lande Baden-Württemberg. Dies schließt nicht aus, daß noch ein Stück mehr innere Gemeinsamkeit erwachsen könnte. Beitragen würde eine Abkehr von der unaufhörlichen Zentralitätsverlagerung in Richtung Stuttgart, derer es im Zeitalter digitaler Vernetzung ohnehin nicht mehr bedarf. Andererseits könnte durch Stärkung der Regionen im ganzen Lande und durch Gespür für die vorhandenen landsmannschaftlichen Identitäten das baden-württembergische Zusammengehörigkeitsgefühl durchaus gefestigt und vertieft werden. Eben darum sollten sich Schwaben und Badener miteinander gegen das verfehlete Namensetikett wehren.

Anschrift des Autors:  
Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer  
Hirschstraße 3  
76530 Baden-Baden

# Mannheims Geschichte und Geschichten

Stadthistorie als Schwerpunkt der neuen Ausgabe der Zeitschrift  
„Badische Heimat“

„Jahrelang hatte man den Eindruck, Mannheim läge gar nicht in Baden – zumindest, wenn man die Hefte ‚Badische Heimat‘ gelesen hat“, sagte Volker Keller, der Vorsitzende der Badischen Heimat im Bezirk Mannheim, augenzwinkernd bei der Präsentation des neuesten Bandes der Schriftenreihe des Landesvereins. Das hat sich mit der Ausgabe 1/1999, radikal geändert: Nicht weniger als 22 Beiträge und damit fast das gesamte Heft drehen sich um Geschichte und Geschichten der Quadratestadt. Bisher beschäftigte sich die vierteljährlich erscheinende Reihe erst viermal schwerpunktmäßig mit Mannheim: 1927, zum 350. Stadtjubiläum 1957, 1979 sowie zuletzt 1982.

Jetzt ziert ein Foto des Marktplatzes G 1 das Titelbild – und wo Mannheim draufsteht ist auch reichlich Mannheim drin. Dr. Jörg Schadt, der Leiter des Stadtarchivs, beschreibt zum Beispiel im ersten Beitrag die historische Funktion und Bedeutung seines 1907 begründeten Amtes für die Stadt. Uwe Schwerdel, Vorstandsmitglied des Bezirksvereins, beschließt den Mannheim-Teil mit einem Aufsatz über ein 90 Jahre altes „Denkmal der Mannheimer Sozialgeschichte“, das „Klohäusel“ am Neumarkt. So breitgefächert ist auch das restliche Themenspektrum: Es reicht von einer Geschichte des Maimarktes über Beiträge zum Mannheimer Musikleben bis zu Themen aus der NS-Zeit – beispielsweise über die Bedeutung der Juden für die Quadratestadt, die Hans-Peter Schwöbel eindrucksvoll beschreibt.

Denkmalpflege liegt den 130. Mannheimer Mitgliedern des Vereins ganz besonders am

Herzen: „1998 war ein Jahr des Kahlschlags“, beklagte Volker Keller und erinnerte an den Laurentius-Block, das alte Lanz-Krankenhaus und das um 1900 erbaute Gebäude in B 6, 1a. Ähnliche Objekte in den Stadtteilen rücken dementsprechend in den Mittelpunkt mehrerer Aufsätze: Die Spiegelkolonie auf dem Waldhof etwa, oder der Rheinauer Stengelhof. „Ich hoffe, daß der eine oder andere Rheinauer meinen Artikel liest und sich Gedanken über die Zukunft dieses schönen Gebäudes macht“, hofft Autorin Marion Schöbel einen Beitrag zur Erhaltung des vom Verfall bedrohten Bauernhofes aus dem Jahr 1772 leisten zu können.

Professor Dr. Karin von Welck, ehemalige Direktorin des Reiß-Museums, ist mit einer Bestandsaufnahme der renommierten Ausstellungstätte vor der Jahrtausendwende vertreten. „MM“-Redakteur Hans Weckesser, der Geschichts-Spezialist unserer Lokalredaktion beleuchtet Mannheims frühe Bedeutung als Stadt des Handels und der Konsulate.

Natürlich darf 1999 Carl Theodor in einem solchen Werk nicht fehlen: Hans-Joachim Schulzki skizziert „den Kurfürsten von der Pfalz und seine Zeit“, Ralf Richard Wagner entdeckte Quellen zur Hochzeitsfeier des Herzogs von Pfalz-Sulzbach mit Elisabeth Augusta. „Das Fest war der Paukenschlag zum Beginn der Carl-Theodor-Zeit – mit 566 Gästen aus aller Herren Länder“, berichtete Wagner bei der Präsentation des Bandes.

Ein „Schmankerl“ für Kunstinteressierte liefert Petra Weckel. Der Potsdamer Archivarin ist es ein Anliegen, die wenigen Quellen über die

jüdische Künstlerin Lulu Kayser-Darmstädter aus Mannheim zu bewahren – was ihr mit einem exzellenten, wunderbar bebilderten Aufsatz gelungen ist.

Volker Keller wollte den Stolz über den gelungenen Mannheim-Band (Auflage: 3000 Stück) gar nicht verhehlen: „Die Chancen, daß das Heft großen Anklang findet stehen gut.“ Er rief gleichzeitig alle Historiker, Hobby-Forscher, Denkmal- und Naturschützer dazu auf, die Zeitschrift „Badische Heimat“ als „Forum für ihre Publikationen und Ideen“ zu betrachten.

Die Mannheim-Ausgabe 1/1999 der Zeitschrift „Badische Heimat“ hat 226 Seiten, kostet 14 Mark und ist in der Quadrate-Buchhandlung R 1, 7 erhältlich. Außerdem kann es beim Haus Badische Heimat, Hansjakobstraße 12, 79117 Freiburg, angefordert werden.

Jörg-Peter Klotz  
Mannheimer Morgen  
4. 5. 1999

# Ein herzliches Dankeschön:

*Von Oktober 1997 bis Ende 1998 wurden zur Ablösung der Erbpacht  
für unser Haus in Freiburg 51 095,70 DM gespendet  
- eine großartige Zwischenbilanz, die uns sehr ermutigt.*

*Herzlichen Dank -  
Ihr Adolf Schmid, Landesvorsitzender der „Badischen Heimat“*

## WIR DANKEN FOLGENDEN SPENDERN:

- |  |   |
|--|---|
| Albiez Robert, Ettlingen                   | Engler Helmut, Freiburg                       |
| Albrecht Gertrud, Stegen                   | Filser Prof. Dr. Franz, Freiburg              |
| Arheit Kurt, Karlsruhe                     | Fischer Dr. Alexander, Freiburg               |
| Armbruster Ernst, Bad Rippoldsau           | Frey Michael, Mahlberg                        |
| Assion Hanna, Walldürn                     | Friedlin Sofie, Mannheim                      |
| Bader Andreas, Waldshut-Tiengen            | Fritschi Maria, Plankstadt                    |
| Badische Beamtenbank Karlsruhe             | Furtwängler Wolfgang, Asperg                  |
| Bauer Edith, Karlsruhe                     | Gallo Rudolf, Freiburg                        |
| Bauer Engelbert, Bruchsal                  | Gamber Dr. Albert, Karlsruhe                  |
| Bauer Walter, Hemsbach                     | Gast Erna, Stockach                           |
| Beck Hans u. Maria, Eendingen              | Gerner Mathilde, Pforzheim                    |
| Behrle Peter, Rheinfelden                  | Gewinnspareverein Karlsruhe                   |
| Bez. Sparkasse Graben-Neudorf              | Gilowsky Michael, Meersburg                   |
| Bock Liselotte, Karlsruhe                  | Gönner Ilse, Karlsruhe                        |
| Brändle Ernst, Pforzheim                   | Grässlin Helmut E., Mannheim                  |
| Brandstetter Dr. Lothar, Baden-Baden       | Grueninger Dr. Wolfgang, Kriftel              |
| Braun Rüdiger, Ötigheim                    | Grzeschik Alfred u. Irma, Lahr                |
| Bremenkamp Anni, Karlsruhe                 | Gut Dr. Johannes, Karlsruhe                   |
| Breuning Kurt, Karlsruhe                   | Haeling v. Lanzanauer Dr. Reiner, Baden-Baden |
| Breuninger Ursula, Karlsruhe               | Hager Anni, Lahr                              |
| Bruckmann Helga, Pforzheim                 | Härter Günter, Emmendingen                    |
| Burkard Elisabeth, Bruchsal                | Hartmann Karl, Ettlingen                      |
| Dann Dr. Otto, Eberach                     | Hartweg-Karcher Ruth, Baden-Baden             |
| Dannenberger Wolfgang, Kornwestheim        | Häßler Wolfgang, Hamburg                      |
| Dann-Rothammel Christa, Baden-Baden        | Hauck Josef, Hockenheim                       |
| Dees Paul Gerhard, Freiburg                | Heck Renate, Hirschberg                       |
| Diehm Elfriede, Pforzheim                  | Heckmann Heinz, Bruchsal                      |
| Doerr Oskar, Marxzell                      | Heidenreich Gertraud, Siegen                  |
| Dr. Sigg Familienstiftung Hohentengen      | Hemmer Wilhelm, Bad Dürkheim                  |
| Drützler-Heilgeist Martha-Maria, Karlsruhe | Henn Herbert-Peter, Karlsruhe                 |
| Egetmeyer Dr. Franz J., Wehr               | Herlan Frieder, Karlsruhe                     |
| Egner Hildegard, Bad Reichenhall           | Hetzel Paul, Rheinau                          |
| Ehret Waltraud, Freiburg                   | Hilling Hch., Emmendingen                     |
| Ehrle Dr. Peter M., Waldbronn              | Hindenlang Gertrud, Karlsruhe                 |
| Eilers Rolf, Freiburg                      | Historischer Verein Rheinau                   |
| Eitel Willi, Rastatt                       | Hoch Otto, Freiburg                           |
| Elsässer Dr. Siegfried, Lahr               | Hoesl Dr. Wolfram, Konstanz                   |
| Engler Elisabeth, Freiburg                 | Hofherr Gerhard, Freiburg                     |

Hofmann Annemarie, Karlsruhe  
 Höger Renate, Karlsruhe  
 Huber Adeline, Karlsruhe  
 Huber Dr. Hildegard, Karlsruhe  
 Hug Prof. Dr. Wolfgang, Freiburg  
 Jeschek Prof. Dr. Hans, Freiburg  
 Kamm Ursula, Karlsruhe  
 Kammerer Rudolf, Graben-Neudorf  
 Kattermann Werner, Neustadt  
 Katz Rudolf, Bensheim  
 Kettemann Math., Donaueschingen  
 Kiefer Berthold, Freiburg  
 Klausmann Dr. Eduard, Denzlingen  
 Klein Kurt, Hausach  
 Kloes Walter, Eggenstein  
 Kluth Dr. Cornelia, Karlsruhe  
 Koch Walter, Schwetzingen  
 Kohler Rolf, Freiburg  
 Kommer Björn, Mannheim  
 Kraus Manfred, Karlsruhe  
 Krebs Heinz, Freiburg  
 Kretschmer-Bolanz Vrenele, Auggen  
 Krieg Bruno, Lahr  
 Kümmerle Herta, Karlsruhe  
 Kunle Hans, Bruchsal  
 L. Dr. Th.  
 Linde Prof. Dr. Horst, Freiburg  
 Lindinger Erika, Schwetzingen  
 Lipps Siegfried, Karlsruhe  
 Lutz Paula, Karlsruhe  
 Maier Manfred, Freiburg  
 Mallebrein Susanne, Hinterzarten  
 Mäntele Hunert, Elzach  
 Maurer Hedwig, Lörrach  
 Mayer Dr. Albert, Vaduz  
 Mayer Paula, Plankstadt  
 Mellert Wolfgang, Bretten  
 Merkelbach Charlotte, Karlsruhe  
 Merkelbach Else, Karlsruhe  
 Michler Ernst, Ettlingen  
 Montford Günther, Pfaffenweiler  
 Münz Eberhard, Ottobeuren  
 Nadler Franz, Freiburg  
 Neumeister Ernst, Lahr  
 Nussbaumer Hubert, Bruchsal  
 Obert Alois, Lahr  
 Oertel Hans-Peter, Karlsruhe  
 Oess Margarete, Karlsruhe  
 Ohnmacht Marianne, Freiburg  
 Oschler Harald, Jestetten  
 Ottnad Bernd, Freiburg  
 Peter Fritz, Freiburg  
 Plumhoff Folkard, Konstanz  
 Rees Dr. Peter, Karlsruhe  
 Richter Prof. Gerhard, Stuttgart  
 Riedel Hansjörg, Waldkirch  
 Rieger Albert, Schopfheim  
 Roth Dr. Erich, Kehl  
 Rothmaier Rosa, Freiburg  
 Rück Josef, Heitersheim  
 Russ Karl, Schopfheim  
 Schaak Walther, Gundelfingen  
 Schade Herbert, Karlsruhe  
 Schenck Willi, Kraillingen  
 Schieble Dr. Leopold, Bergisch-Gladbach  
 Schieler Dr. Wolfram, Bad Dürkheim  
 Schilling Trude, Ettlingen  
 Schlick Friedrich, Waldbronn  
 Schmid Adolf, Freiburg  
 Schmitt Wilhelm, Karlsruhe  
 Schnitzer Dr. Margarete, Freiburg  
 Schöffel Wolfgang, Stuttgart  
 Schweizer Hermann, Freiburg  
 Seelos Rita, Bühl  
 Seemann Dr. Walter, Mainz  
 Seiberlich Annemarie, Ettlingen  
 Siebler Berthold, Bühl  
 Siegrist Hermann, Karlsruhe  
 Simon Hans, Karlsruhe  
 Sindlinger Dieter, Weißig  
 Sock Julius, Neckargemünd  
 Sparkasse Freiburg  
 Speck Jürgen, Karlsruhe  
 Speckamp Dr. Ursula, Freiburg  
 Sprauer Rüdiger, Karlsruhe  
 Stolterfoht Thea, Umkirch  
 Stolz Karl, Lahr  
 Stolz Rosemarie, Gengenbach  
 Storm Eugen, Schluchsee  
 Stratmann-Döhler Dr. Rosemarie, Karlsruhe  
 Strauß Erika, Freiburg  
 Treibel Gerhard, Lahr  
 Umminger Gernot, Emmendingen  
 Vögely Ludwig, Karlsruhe  
 Vogt Elmar, Hausen  
 Weber Erika, Kippenheim  
 Wehrle Elsa, Karlsruhe  
 Weiland Dr. Edmund, Freiburg  
 Witte Dr. Siegfried, Karlsruhe  
 Wörn Hertha, Schwetzingen  
 Zimmermann Dr. Paul, Freiburg  
 Zimmermann Erika, Birkenhördt  
 Zimmermann Franz, Horben  
 Zimmermann Käthe, Sinsheim



Haus Badische Heimat  
Hansjakobstraße 12  
79117 Freiburg i. Brsg.  
Tel. 0761 - 73724  
Fax. 0761 - 7075506

Landesverein für Heimat-, Volks- und Landeskunde, Natur- und Umweltschutz, Denkmal- und Kulturpflege,  
Mundart und Familienforschung. Gegründet 1909

Herrn  
Gerhard Hoffmann  
Oppelner Str. 8  
76437 Rastatt

Freiburg, den 17. Mai 1999

Lieber Herr Hoffmann,

unser Landesverein freut sich mit Ihnen, daß Sie durch das Land Baden-Württemberg für Ihre besonderen Verdienste für die Heimatpflege ausgezeichnet werden. Gerade Ihre Tätigkeit in unserer Rastatter Regionalgruppe, die Sie in der Tradition von Prof. Max Weber so großartig betreut haben (und betreuen), ist Vorbild für viele – und für uns Grund, Ihnen bei dieser Gelegenheit auch ganz herzlich zu danken. Wir wünschen Ihnen auch weiterhin Gesundheit und Kraft, Freude im familiären Umfeld und im Einsatz für unsere *Badische Heimat*.

In herzlicher Verbundenheit

Ihr

Adolf Schmid

## Thomas Burth wurde mit der 40. Johann Peter Hebel- Gedenkplakette geehrt

Mit dem schwungvollen Konzertmarsch „*Salve Imperator*“ von Julius Fujuk und dem lebhaft beschwingten „*Ein Morgen, ein Mittag, ein Abend in Wien*“ von Franz von Suppé eröffnete die Hebelmusik Hausen unter der Leitung von Joachim Wendland den Festabend. Im Mittelpunkt des heiter und besinnlich gestalteten Hebelabends 1999 stand die Verleihung der *Johann Peter Hebel-Gedenkplakette* an den in Rheinfelden-Minseln lebenden Mundart-Autor *Thomas Burth*.

Bürgermeister Karl Heinz Vogt sagte, der Plakettenträger habe sich „*als Lehrmeister für die Mundart und als Poet vom Dinkelberg einen Namen gemacht*“.

Ebenso hob Karl Heinz Vogt Burths Arbeit als Mitinitiator der vor zwölf Jahren gegründeten grenzüberschreitenden *Schopfheimer Literaturwerkstatt* für Mundart hervor. 63 Literaten sind bisher in der Werkstatt vertreten, darunter 34 aus dem Alemannenland. Die Ehrung solle auch Ansporn sein, auf dem „*schwierigen und ab und zu steinigen Weg der Mundartdichtung und ihrer Förderung weiterzuge-*



Aus den Händen von Bürgermeister Karl Heinz Vogt (links) erhielt Thomas Burth die Johann Peter Hebel-Gedenkplakette des Jahres 1999

Foto: Elmar Vogt

hen“, sagte der scheidende Bürgermeister.

Am Tag zuvor hatten die Hebel Freunde Gelegenheit, den Plakettenträger und sein Werk bei einer Lesung im Hebelhaus kennenzulernen.

Thomas Burth, 1934 in Radolfzell geboren, lebt seit 1982 im Raum Schopfheim und entdeckte seinen ganz persönlichen Spaß an der Sprache und am Dialekt erst so richtig, nachdem er während seiner Ausbildung zum Industriekaufmann in Kaiserslautern ein einwandfreies Hochdeutsch erlernt hatte.

Seit 1974 dichtet Thomas Burth, der sich seit seiner Kindheit „*ernsthaft*“ für das Schreiben interessiert.

Inzwischen hat Thomas Burth nicht nur mehrere Bücher veröffentlicht, sondern auch eine stattliche Reihe von Lesungen und Rundfunksendungen hinter sich, ist Mitglied in der *Muettersproch-Gesellschaft*, im *Literaturforum Südwest*, im *Internationalen Dialekt-Institut* und im *Bodenseeclub*.

Der Wehrer Mundartdichter *Markus Manfred Jung* hielt die Laudatio auf Thomas Burth.

Jung gratulierte nicht nur dem Plaketten-träger, sondern auch der *Hebelkommission* dafür, daß sie sich für Thomas Burth entschieden habe, obwohl er erst vor 17 Jahren ins „*Hebelland*“ kam.

Mit Talent und Ausdauer habe Thomas Burth zuletzt sogar die „*St. Hebelianer*“ überzeugt, merkte Jung ironisch an.

Die Entscheidung für Thomas Burth sei sicher lang überlegt gewesen und vielleicht gerade deshalb eine gute, so der Laudator.

Markus Manfred Jung bescheinigte Thomas Burth eine genaue Beobachtungsgabe, große Bildkraft und einen ganz eigenen Humor.

So wortreich Jungs Laudatio war, so knapp und freundlich fielen die Dankesworte von Thomas Burth aus.

Anschrift des Autors:

Elmar Vogt

Riedackerweg 7

79688 Hausen im Wiesental

# Buchbesprechungen

Rüdiger Hitz/Hillard von Thiessen: *Familie, Arbeit und Alltag in Hinterzarten 1600 bis 1900*. Stadler Verlag Konstanz, 1998. 468 Seiten. ISBN 3-7977-0396-1. 39,80 DM.

Es ist dies Band 3 der „Hinterzartener Schriften“, die ohne den spiritus rector Ekkehard Liehl und den „Arbeitskreis Ortsgeschichte“ in Hinterzarten nicht vorstellbar wären (sh. auch die Besprechungen von zwei Bänden in 3/1998). Auch der Dank an den an dieser Arbeit höchst interessierten Bürgermeister Hansjörg Eckert, den die beiden jungen Autoren dieses Bandes zum Ausdruck bringen, ist sehr angebracht, weil diese Serie in beispielhafter Weise Orts- und Regionalgeschichte aufarbeitet, und zwar für jedermann interessant und gut lesbar und dennoch auch wissenschaftlich überzeugend. Das Bild, das in diesem Band vom Leben der Familie, von ihrer Arbeit und ihrem Alltag über drei Jahrhunderte nachgezeichnet wird, entspricht einfühlsam den Bedingungen, die durch Klima und Geographie um die Gegebenheiten wechselnder Geschichte durchlebt werden mußten. Ein überschaubarer Abriß zur Herrschaftsgeschichte bis zum Ende der habsburgischen Landesherrschaft und der Grundherrschaft der Sickingen wird im voraus gegeben, um dann die Entwicklung der familiären und dörflichen Lebensformen darzustellen – in vielen Details, in Anpassung und neuem Wachstum. Spannend zu lesen z. B. die Darstellung der Übergabe der Höfe, der Problematik, die sich daraus ergab für den Erben und die andern, die leer ausgingen, lebendig gemacht in vielen Einzelschicksalen: „Wurde ein Bauernsohn Hofbesitzer, so durfte er nicht nur heiraten, er mußte es auch!“ Der Übergang aus vorderösterreichischer Herrschaft ins Großherzogtum Baden wird mit all seinen Vorbehalten und Schwierigkeiten geschildert, das Leben in badischer Zeit wegen der ungewohnten Reglementierungssucht nicht nur freundlich beurteilt. Mit Vergnügen liest man das Kapitel über „Kinderreichtum, Unehelichkeit, Heiratsverhalten 1811–1900“. Insgesamt kann man den Autoren und der Gemeinde Hinterzarten zu einer solchen „Dorfgeschichte“ nur gratulieren.

Adolf Schmid

Romans „Bumenhöhle am Jacinto“. Die „Vereinigung der Kunstfreunde am Hochrhein“ hütet den gesamten Nachlaß Löhndorfs und beauftragte Matt Willmatt, ihn zu ordnen und in dieser sehr ausführlichen Lebensbeschreibung zu dokumentieren. Dreißig Romane hat E. F. Löhndorf verfaßt zwischen 1927 und 1966, in über 200 verschiedenen Ausgaben sind sie in Millionenauflagen erschienen, in 11 Sprachen übersetzt. Dazu kommen noch ungezählte Kurzgeschichten, viele Erzählungen.

Löhndorfs Leben ist eine lange bunte Serie von Abenteuern. Er suchte sie zunächst auf Reisen in alle Kontinente, seit 1927 setzte er seine Erfahrungen literarisch um, verwickelte sich auch in politische Aktivitäten. Während des Zweiten Weltkriegs pendelte er zwischen Laufenburg/Baden und Laufenburg/Schweiz. 1945 ging er den Franzosen als Parlamentär entgegen – und wurde als Deserteur aus der Fremdenlegion verhaftet. Sein Schriftstellerruhm verblaßte, er verarmte, fing an zu malen – und wurde krank, pflegebedürftig; er starb 1976. – Diese Jubiläums-Ausgabe wird das Andenken an einen ungewöhnlich kreativen, turbulenten, unbändigen Menschen, der gut mit Jack London verglichen wird, nachdrücklich sichern. Die Lektüre wird wirklich für den Leser zu einem „Wechselbad von Zustimmung und Ablehnung“, wie Hubert Matt-Willmatt in der Einleitung schreibt. Diese literarische Wiederentdeckung ist sehr verdienstvoll, schließt gut an seine Biographie und Herausgabe des Gesamtwerkes von Elisabeth Walter mit der „Abenteuerlichen Reise des kleinen Schmiedledick mit den Zigeunern“.

Adolf Schmid

Theo Kiefner: *Die Hugenottenkolonie Augustistadt Gochsheim*. Verlag Regionalkultur Ubstadt-Weiher, 1998; 112 S.

Just zum 400-jährigen Jubiläum des Erlasses des Edikts von Nantes (1598), das die französische reformierte Kirche und Frankreich insgesamt gebührend hervorhoben – erst die Revokation dieses Edikts 1685 durch Ludwig XIV. hatte Auswirkungen u. a., nach Deutschland hin – wurde diese Arbeit von Theo Kiefner, der vor allen Dingen der Fachmann für die Waldenser ist, der aber auch über die Hugenotten allgemein Veröffentlichungen vorweisen kann – vorgelegt. Darin kann der Autor den Nachweis erbringen, daß diese Glaubensflüchtlinge von Augustistadt Gochsheim von 1698 zu den Hugenotten zu zählen sind, hatte man doch bisher sie zu den Waldensern gerechnet, weil diese in unmittelbarer Nähe (Großvillars) nur kurze Zeit später angesiedelt wurden: sie stammen aus dem Dauphiné, dem Queyras und im weitesten Sinn aus dem Süden Frankreichs, sie haben aber unmittelbar nach ihrer kurzen Ansiedlung Beziehungen zu den Waldensern in der Nähe aufgenommen und gaben sich auch als Calvinisten, nicht als Waldenser bezeichnet, was man histo-

Ernst Fr. Löhndorf – ein deutscher Jack London? Das Abenteuer im Leben und Werk von Ernst Friedrich Löhndorf (1899–1976). Biographie von Hubert Matt-Willmatt. Schillinger Verlag Freiburg 1998. ISBN 3-89155-217-3. 420 S. 39,- DM.

Zum 100. Geburtstag des am 13. März 1899 in Frankfurt/Main geborenen Ernst Friedrich Löhndorf hat Hubert Matt-Willmatt nach über zehnjähriger intensiver Beschäftigung eine umfangreiche Biographie verfaßt, die – auch reich bebildert – das Leben dieses Abenteuerschriftstellers in allen Facetten schildert und die ergänzt wird durch den Nachdruck des Löhndorf-

risch nicht übersehen sollte. Gochsheim im Kraichgau, das heute zum Ort Kraichtal gehört, von Hause aus ebersteinisch, 1689 im Pfälzischen Erbfolgekrieg weit hin zerstört, war durch Heirat 1679 zu Württemberg gekommen, genauer noch: zu Württemberg-Neuenstadt, einer Seitenlinie des herzoglichen Hauses Württemberg. Das könnte die vermeintliche Beziehung zu den Waldensern nahelegen.

Ein Mentzinger aus kraichgauischem Adel, aber in Diensten der Württemberger, hat die Ansiedlung der Glaubensflüchtlinge in Auguststift Gochsheim begünstigt, der Name kommt von Herzog Friedrich August. Trotz Privilegien - im Anhang zu finden - und trotz der Bemühungen von Pieter Valkenier, dem holländischen Gesandten in der Schweiz, kamen diese Glaubensflüchtlinge an ihrem neuen Wohnort schwer zurecht, wirtschaftliche Not und Rechtsstreitigkeiten mit der einheimischen Bevölkerung bestimmten den Weg dieser Réfugiés, sodaß sie mit der Zeit die Niederlassung aufgaben. Nicht ganz hundert Jahre waren dieser Ansiedlung beschieden, ausschlaggebend für das Scheitern war wohl hauptsächlich, daß diese Réfugiés in sich keine geschlossene Gruppe bildeten. Insgesamt waren es etwa 50/60 Familien. Diese Réfugiés zogen auch nicht auf geschlossene Weise und auch nicht zur gleichen Zeit weg. Nach Namen zu schließen, die heute noch im Kraichgau vorkommen, ist anzunehmen, daß einzelne Familien in der Gegend blieben - wir können das aus den Pfarrer- und Einwohnerlisten erschließen (Pfarrfamilie Herzogenrath, die einen deutschen Familiennamen, aber französische Vornamen trägt), die dem Buch mit erlesenen Bildern beigegeben sind. Es ist für uns aufschlußreich, daß wir mit diesem Bericht von Auguststadt Gochsheim neben vielen gelungenen Ansiedlungen von Réfugiés auch eine mißlungene haben.

Michael Ertz, Bretten

1699-1999. Dreihundert Jahre Waldenser in Deutschland. Herkunft und Geschichte. Herausgegeben von Albert de Lange. Evang. Presseverband Baden, 1998; 218 S.

1999 wird in Südwestdeutschland als Waldenserjahr begangen. Und weil 1997 das Melancthonjahr zu einem großen Erfolg geworden ist, hat man die Stadt Bretten, die selbst keine Waldenser-Tradition hat, aber unmittelbar an bedeutsame Waldenser-Siedlungen grenzt, zu einem organisatorischen Mittelpunkt erkoren. Vom 12. 5. bis zum 1. 8. 1999 wird in Bretten in der Stiftskirche eine Ausstellung stattfinden unter dem Motto: „Die Waldenser - Spuren einer europäischen Glaubensbewegung - einzigartige Exponate aus Italien und Deutschland zur Geschichte der Waldenser“.

Südwestlich von Bretten begegnen wir auf ehemals württembergischen Gebiet französischen Ortsnamen, z. B. Groß- und Kleinvillars, ein wenig weiter Serres, Pinache, Corrès und Pinache, in Großvillars ist etwa die Hälfte der Grabsteine auf dem Friedhof mit französischen Namen bestückt. In diesen Orten wohnen Nachfahren dieser Waldenser, die als Glaubensflüchtlinge 1699 und später dort angesiedelt worden sind, sie fanden auch Zuflucht in Orten, die später zur Markgrafschaft Baden-Durlach geschlagen worden sind, außerdem kam es zu Ortsgründungen in Hessen-Kassel und

Südhessen, 3000 Glaubensflüchtlinge waren es, die damals sich in Deutschland niederließen, deren Schicksal im Wesentlichen mit dem der Hugenotten zusammengelesen werden kann, wobei jede dieser Neugründungen sein eigenes Schicksal vorzuweisen hat. Lange Zeit haben diese Neugründungen ein Eigenleben gehabt, erst im 19. Jahrhundert und jetzt vor allem im 20. hat man wieder die Verbindung zu den Ursprungs-orten hergestellt, die Beziehungen sind sehr freundschaftlich geworden, auch die Forschung hat sehr fruchtbar gewirkt, sodaß wir heute, historisch gesehen, über das Schicksal dieser Waldenser im Bilde sind. Wer sind diese Waldenser nun?

Sie kommen aus den Tälern der Kottischen Alpen westlich von Turin, aber auch dem französischen Dauphiné. Sie gehen zurück auf den Kaufmann Petrus Valdes (Valdes), der Ende des 12. Jahrhunderts in Lyon lebte, der, wie kurz später Franziskus von Assisi, vom Geist der apostolischen Armut aus dem Evangelium ergriffen wurde, seinen Besitz verschenkte und eine Gemeinschaft gründete. Wurde Franziskus von der mittelalterlichen katholischen Kirche integriert, so war das den Waldensern nicht beschieden, die offizielle Kirche verfolgte sie als Häretiker, sie mußten nach Südtalien ausweichen, zuletzt sind sie in die Täler der Kottischen Alpen verdrängt worden, 1848 erhielten die Waldenser erst Religionsfreiheit, jetzt nach dem 2. Weltkrieg sind sie erst ganz anerkannt worden in Italien. Innerhalb der Ökumene spielen sie eine beachtliche Rolle, in Rom, unweit des Vatikans, befindet sich ihre Theologische Fakultät, die einen sehr guten Ruf hat. In der ganzen Welt gibt es ca. 50 000 Waldenser, davon 30 000 in Italien, hier vor allem in den Tälern der Kottischen Aöpen, wo sie die Verfolgung überdauert haben und eine rege schulische und diakonische Arbeit heute entwickeln. Die Waldenser, die intensiv Mission durch Wanderprediger betrieben, waren zeitweise im Mittelalter - und das bis ins 16. Jahrhundert hinein - stark in Europa, namentlich in Deutschland, verbreitet. Mehr oder weniger haben die Waldenser als einzige einheitliche Gruppe die Zeit der Verfolgung überdauert und sich 1532 der Reformation calvinistischer Prägung angeschlossen. Ihre geistige, auch kulturelle Eigenart, mehr noch ihre geistlich-theologische Sicht der Dinge, verschaffen den Waldensern auch heute noch eine bedeutende Stellung innerhalb der Ökumene:

Anknüpfend an die Darstellung der Verbreitung der Waldenser in Deutschland im Mittelalter, wober man erstaunt sein kann, und deren quasi Entfaltung im Verborgenen im Chisonetal in den Kottischen Alpen vom 13. bis zum 18. Jahrhundert, die hinführt zum Anschluß an die Reformation kalvinistischer Prägung, stellen dann Kenner im Buch jeweils die Einwanderung der vertriebenen und verfolgten Waldenser in Hessen-Kassel, in Südhessen und Baden-Württemberg (Herzogtum Württemberg und Markgrafschaft Baden-Durlach) dar. Dabei wird deutlich, wie mühsam das Einleben dieser romanischen Bevölkerung gewesen ist und wie es diesen Bergbauern schwergefallen ist, sich in die landwirtschaftlich andersartigen Verhältnisse einzufinden, zumal es meistens Ödland oder verwüstetes Land gewesen ist, was die Waldenser als neue Heimat zugewiesen bekamen. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß es die Waldenser wohl waren, die die Kartoffel in Baden und Württemberg eingeführt haben. An manchen Orten hat man mit Strumpffabriken einen bescheidenen Wohlstand aufbauen können. Interessant ist auch - Großvillars wird

vor allem herangezogen – wie die Waldenser ihre Orte angelegt haben, etwas von dieser geometrischen Anlegung schimmert heute noch durch diese Orte, hindurch.

Vom Typus her – nicht allein vom Namen her – kann man die Waldenser innerhalb der Bevölkerung heute noch erkennen. Lange Zeit haben diese Waldenser ihr romanisches Idiom, das mit dem provençalischen verwandt ist, gesprochen und bis Anfang des 19. Jahrhunderts im Gottesdienst und in der Schule in Gebrauch gehabt. Dann sind sie hineingewachsen – das gilt für das Badische und das Württembergische – in die Sprache ihrer Umgebung und von der reformierten Ordnung ihres Glaubens in die lutherische. Außer dem Wissen um ihre Herkunft und einem gewissen Stolz hinsichtlich ihres geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Weges, kann man heute nichts Besonderes mehr bei diesen waldensischen Nachfahren feststellen. De Lange selbst stellt in einem gut dokumentierten Beitrag dar, wie es im 19. und 20. Jahrhundert sozusagen im deutschen Waldensertum zur Wiederentdeckung ihrer Identität gekommen ist.

Eine ganz besondere Leistung ist es, wie in diesem sehr schön aufgemachten Buch auch mit den vielen originellen und originalen Bildern und Skizzen, die Waldenserorte in Deutschland alphabetisch aufgelistet werden mit ihren Besonderheiten. Dafür muß man jetzt im Jubiläumsjahr dankbar sein. Auch die Literaturhinweise sind hilfreich für den, der noch weiterforschen will, insgesamt kann man sagen, daß hier beim Zusammenstellen dieses Jubiläumsbuches Könner am Werke gewesen sind, die den Waldensern selbst und ihren Freunden ein wahres Compendium und Erinnerungsbuch geschenkt haben. In einer Welt, die sich auch in Deutschland multikulturell zu entwickeln beginnt, kann uns das Beispiel der Waldenser auch ein Hinweis sein, Fremdes zu verstehen und aufzunehmen.

Aus dem badischen Bereich sind als Orte mit Waldensertradition angeführt: Palmbach, Pforzheim, Untermuschelbach und Welschneureut. Hinzukommen auch noch Orte, die durch die Neugliederung in badische Orte eingemeindet oder zum Regierungsbezirk Nordbaden geschlagen worden sind, wobei es diesen neuen Orten und Kreisen eine Ehre ist, die waldensische Tradition zu pflegen. Etwas Besonderes bildet der Ort Welschneureut, der jetzt in Karlsruhe eingemeindet ist. Es ist manchmal schwierig, die Waldenser und die Hugenotten (und auch die Wallonen) auseinanderzuhalten, es haben hier Vermischungen stattgefunden, die der Historiker manchmal allein auseinander halten kann. Professor Friedrich Metz, der Altmeister badischer Landes- und Kulturgeschichte, Freund auch der „Badischen Heimat“, hat von Welschneureut als von einem Ort gesprochen, der sich „eine Waldenserkolonie ohne Waldenser“ nennt. In der Tat waren, wie Dr. Theo Kiefner auch nachgewiesen hat, die Glaubensflüchtlinge, die 1699 Welschneureut gründeten, zumeist Hugenotten aus dem Dauphiné und aus dem Languedoc, die man gemeinhin zu den Hugenotten zählen muß. Aber schon 1703 haben sich diese Welschneureuter der Synode der württembergischen Waldenser angeschlossen und sich lange dazu gehalten, was auf jeden Fall auch waldensischen Geist mit sich gebracht hat. Von da aus gesehen kann man es als angebracht ansehen, daß Welschneureut 1999 das 300jährige Waldenserbild auch festlich mitbegeht.

Michael Ertz, Bretten

Gott – Heimat – Vaterland. Über das Selbstverständnis badischer Bürgerwehren. Inaugural-Dissertation der Philosophischen Fakultäten der Universität Freiburg i. Br., vorgelegt von Rolf Kranz, 1995; erschienen im Verlag Rolf Kranz, Friesenheim, 1998; 172 S., dazu Bildteil.

Wenn ich diese wissenschaftliche Arbeit hier anzeige, so hat das seinen Grund vornehmlich darin, daß die Bürgerwehren zur badischen Kulturtradition gehören und zudem die „Badische Heimat“ es war, die 1935 (in „Mein Heimatland“, Heft 9/10) als einziges Publikationsorgan in der Vergangenheit über diese badischen Bürgerwehren einen zusammenhängenden Bericht gegeben hat, der Landesverband sich mit diesen verbunden fühlte. Diese Bürgerwehren, Milizen und Stadtgarden stehen heute noch wie eh und je in badischen Landen stellenweise in Blüte und bilden vor allem in Süd- und Mittelbaden eine beachtliche Komponente im Kulturleben gewisser Orte. Daß ich außerdem eine Monographie über die „Bürgerwehr der Stadt Bretten“ (hier besprochen) und zum „Verständnis des Wortes und Begriffes Heimat“ etwas beigetragen habe (Bad. Heimat IV/1987, I/1988 und III/1988) ermöglicht mir, einiges zu dieser Veröffentlichung zu bemerken und sie dementsprechend zu würdigen.

Zuallererst muß man ein Lob aussprechen, daß einer aus diesem badischen Raum es gewagt hat, zum heutigen Erscheinungsbild der badischen Bürgerwehren einen wissenschaftlichen Beitrag zu leisten, um auf diese Weise für spätere Generationen die heutige Ansicht zu einem Traditionsobjekt von früher zu erhalten. Mit der Problemanzeige, die sich zwischen dem historischen Befund und der heutigen folkloristischen Verwendung bewegt und diese in aller Deutlichkeit auch sieht, ist der Autor auf der Höhe unserer heutigen Fragestellung, die nicht mehr als überkommene akzeptiert, die vor allem hinsichtlich des Leitbildes „Gott – Heimat – Vaterland“ einiges einzuwenden hat. Rolf Kranz sieht mit Hermann Bausinger durchaus den „durch die Historie angeblich fundierten Folklorismus“ als „Scheinwelt“ und als „das Produkt von Rollenerwartungen“ als heutige Versuchung. Ihm ist bewußt, daß „die Zeiterfahrungen der Vergangenheit das Gerüst einer Handlungsrichtung“ bilden können, „an der sich die aktuelle Lebenspraxis orientieren kann“. Er begründet das als „Dienstleistung für die Gesellschaft zur Erhöhung der Feste, zur Stabilisierung des sozialen Umfeldes und des europäischen Integrationsprozesses“, zumal „Europa das kulturelle Zugehörigkeitsbedürfnis seiner Bürger und die Kontinuität ihre Kulturgeschichte“ für die Zukunft bedarf. Das als Ziel geht weit über das „gemeinschaftliche Erlebnis“ der Glieder der Bürgerwehren und auch über das Bedürfnis historischer Zusammenhänge hinaus. Insofern rechtfertigt der Autor das Vorhandensein solcher Bürgerwehren, Milizen und Stadtgarden im heutigen Erscheinungsbild der badischen, hessischen und württembergische Orte.

Als Mangel könnte man ansehen, daß der Autor fast ausschließlich auf die mittelbadischen, teilweise noch auf die südbadischen Bürgerwehren sein Hauptaugenmerk gelegt hat und daß dabei kurpfälzische und markgräfliche Elemente in dieser Sache nicht zum Tragen gekommen sind. Die Umstände aus der großherzoglichen Zeit, die durch napoleonische Einflüsse bedingt waren, und auch die Umstände aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, die wieder zu einer Belebung der Tradition geführt haben, hätten wohl noch mehr berücksichtigt

werden sollen. Sehr begrüßenswert ist bei dieser Arbeit, daß sachbezogene Literatur in dieser Fülle angeboten wird und der Bildteil manches erläutert.

Michael Ertz, Bretten

**Felix Hammer: Die geschichtliche Entwicklung des Denkmalrechts in Deutschland. Jus Ecclesiasticum, Band 51, herausgegeben von Axel Frhr. von Campenhausen, Martin Daur, Martin Heckel, Christoph Link, Klaus Schlaich und Gerhard Tröger. Tübingen: Mohr 1995. XVII + 431 Seiten, Ln. geb., ISBN 3-16-146387-0, DM 118,-.**

Die vorliegende, 431 Seiten umfassende Arbeit von Felix Hammer wurde im Wintersemester 1992/93 von der Juristischen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen als Dissertation angenommen. Die Arbeit ist chronologisch aufgebaut und in 12 Abschnitte gegliedert.

Felix Hammer beschränkt sich bei seiner Gesamtdarstellung der deutschen Denkmalrechtsgeschichte nicht auf die verschiedenen Rechtsnormen, die zum Schutz von Denkmalen erlassen wurden: Er ergründet vielmehr das zeitgenössische Kulturempfinden und Geschichtsverständnis sowie die verfassungsrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der einzelnen Epochen der Denkmal(rechts)geschichte.

Losgelöst von diesen Faktoren, die die Entwicklung des positiven Rechts in vielfältiger Weise beeinflussen, läßt sich die Geschichte des Denkmalrechts nämlich nicht angemessen verstehen.

Der Verfasser berücksichtigt außerdem wichtige theoretische Überlegungen und Denkmalschutzgesetze des benachbarten europäischen Auslandes.

Die deutsche Denkmalrechtsetzung hat vielfach keine umfassenden Denkmalschutzgesetze geschaffen, sondern nur Teilbereiche des Denkmalrechts.

Aufgeführt sind auch wichtige Gesetzesprojekte, die letztlich nicht verwirklicht werden konnten.

Der Weg dieser 12 Abschnitte im Buch beginnt mit dem Schutz der Denkmale in der Antike und der italienischen Renaissance und führt weiter über Mittelalter und frühe Neuzeit, Aufklärung, Romantik, Deutsches Kaiserreich, Heimatschutzbewegung, Weimarer Republik und Nationalsozialismus bis hin zu den Denkmalschutzgesetzen von BRD und DDR.

Besonders hervorzuheben ist die aus den Quellen schöpfende Darstellung des Verfassers, auf die künftige Arbeiten – auch zur lokalen Geschichte – aufbauen können.

Felix Hammer unternimmt den Versuch, „die geschichtliche Entwicklung des Denkmalrechts in Deutschland nachzuzeichnen, ihre geistes- und kulturgeschichtlichen Wurzeln zu ergründen, die Wirkungen, die sie in Rechtspraxis sowie Rechtsprechung entfaltete, und welches – vorläufige – Ergebnis sie schließlich im geltenden Denkmalrecht gefunden hat“ (s. Vorwort).

Gegenstand der umfassenden Darstellung sind alle Rechtsbereiche, die von den heute geltenden Denkmalschutzgesetzen der (Bundes-)Länder erfaßt werden – also nicht nur Bau- und Kunstdenkmale, sondern darüber hinaus auch alle anderen körperlichen Gegenstände von wissenschaftlichem, historischem oder künstlerischem Wert.

Berücksichtigt sind ebenso alle Rechtsvorschriften, die dem Schutz dieser Denkmäler dienen, in erster Linie

Erhaltungsgebote und Veränderungsverbote, aber auch Fundamentierungspflicht, Veräußerungs- und Ausführungsverbote sowie mittelbar wirkende Normen wie Subventionen und Steuervergünstigungen, schließlich auch ergänzende Schutzbestimmungen im Bauplanungsrecht, im Stiftungs-, Kommunal- und Kirchengeschichtsrecht.

Der Verfasser kommt erwartungsgemäß zu dem Schluß, daß im 19. Jahrhundert die Grundlagen für die Entwicklung einer organisierten staatlichen Denkmalpflege geschaffen wurden, die sich „zu einer heute hochspezialisierten, ausdifferenzierten und auf wissenschaftlicher Grundlage arbeitenden Fachadministration entfalten konnte“ (S. 384).

Darüber hinaus konstatiert er eine tatsächliche Ausweitung des Denkmalbegriffs im 19. Jahrhundert, nämlich die Entdeckung des Geschichtswertes einer Sache. Damit wurde das Fundament für alle späteren „Ausweitungen“ des Denkmalbegriffs gelegt, sei es die auf die Bauten des Historismus, die Industriedenkmale oder die Bauten der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts – stets sind es nur Verzweigungen der historischen Komponente, also nichts grundsätzlich Neues.

Ein umfassendes Denkmalschutzgesetz wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in keinem deutschen Land geschaffen. In den damaligen Vorschriften wurden lediglich Denkmale des Staates, der Kommunen und Kirchen geschützt – keine in Privatbesitz.

Doch finden sich zumindest in den 1818 für Hessen-Darmstadt und 1826 für Bayern erlassenen Verordnungen Bestimmungen, in denen vorgeschrieben wurde, daß Veränderungen an erhaltenswerten Bauwerken nur mit staatlicher Genehmigung vorgenommen werden dürfen. In Preußen fürchtete der Kultusminister 1853, bei der Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz der Baudenkmale könnten deren Eigentümer finanzielle Hilfen des Staates zum Unterhalt fordern.

Bemerkenswert ist die Nähe der Denkmalpflege zur Heimatschutzbewegung der Jahre vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Wenn sich die Ziele auch nur teilweise deckten – insbesondere sich die Heimatschutzbewegung keines Substanzschutzes, sondern lediglich der Bewahrung des Erscheinungsbildes annahm –, so bemühte sich die Denkmalpflege trotz allem um eine Koalition, denn die Heimatschutzbewegung war zweifellos „die dynamischere und wesentlich populärere Bewegung“ (S. 127).

Weitere Fragen nach Gewinn und Verlust dieses Bündnisses für die Denkmalpflege kann Felix Hammer verständlicherweise nur anreißen – eine Beantwortung dieser umfangreichen Fragestellungen scheint eine eigenständige Untersuchung wert zu sein. Sie ließe sich bis heute fortführen – man denke nur an die Wettbewerbe „Unser Dorf soll schöner werden“.

Die noch offengebliebenen Fragen zu diesem Themenkomplex liegen vielleicht mit darin begründet, daß sich Denkmalpflege jedem Einteilungsschema entzieht. Ein umfangreiches Literatur-, Sach-, Orts- und Personenregister leisten wertvolle Dienste bei der Benutzung des Werkes.

Die anfängliche Befürchtung, das breit angelegte Thema führt in eine trockene Materie, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Im Gegenteil: Felix Hammer ist schon allein des enormen Aufwandes wegen, der seinen Forschungsergebnissen zugrunde gelegen hat, große Anerkennung zu zollen.

So bleibt nur der Wunsch, daß die Arbeit von Felix Hammer eine gute Aufnahme findet und der (Denkmal-)Forschung neue Impulse gibt.

Elmar Vogt

Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Herausgegeben von der Stadt Karlsruhe - Stadtarchiv. Badenia-Verlag, Karlsruhe, 1998, 792 Seiten, DM 49,80.

Wert und Bedeutung einer Stadt erwachsen aus deren Angebot an Lebensqualität für die Bewohner und durch ihre Ausstrahlung nach außen. Zu beidem kann eine „Stadtgeschichte“ beitragen, indem ihre Lektüre Vertrautheit fördert und Verständnis weckt. Sie hat Gestalt und Eigenart des Ortes aus der Entwicklung zu erklären, das lokal Charakteristische hervorzuheben und mit dem allgemeineschichtlich Bedeutsamen zu verbinden. Auch für die relativ kurze Historie der Stadt Karlsruhe seit ihrer Gründung 1715 ist dies eine große Aufgabe.

Das bisher umfangreichste Werk zum Thema erschien vor hundert Jahren aus der Feder von Friedrich von Weech; nunmehr hat eine Gruppe von Historikern des Stadtarchivs einen stattlichen Band vorgelegt, dessen Titel den hohen Anspruch verrät, für lange Zeit, vielleicht wiederum für ein Jahrhundert, die maßgebliche Arbeit über den Gegenstand darzustellen.

Den Anfang macht Heinz Schmitt mit seinem Beitrag „Der Raum Karlsruhe vor der Stadtgründung“. Er greift einerseits bis auf die urgeschichtlichen Funde des Siedlungsraumes zurück und bezieht andererseits Veränderung und Wachstum des Stadtgebiets bis in die Gegenwart mit ein. Christina Wagner behandelt die Zeit von der Stadtgründung bis zur Errichtung des badischen Großherzogtums 1806. Susanne Asche berichtet von der Entwicklung zur Großstadt bis zum Vorabend des ersten Weltkriegs. Ernst Otto Bräunche widmet sich der Zeit bis 1945. Manfred Koch zeichnet den Weg der Stadt aus den Trümmern bis zur Schwelle des 21. Jahrhunderts nach.

Über die Herkunft der ersten Neusiedler im Hardtwald geben zwei Grafiken anschaulich Auskunft. Der alte Übername „Brigande“ wird wie alles Mundartliche vermieden. Dennoch gerät die Darstellung volksnah und konkret dank der vielen Einzelschicksale sowie der rechtlichen und ökonomischen Tatbestände, die aus den Akten neu erhoben wurden. Die barocken Neigungen des Gründers Karl Wilhelm sind dagegen weniger betont als in den älteren Werken. Hinsichtlich des Hergangs der Stadtgründung bleibt die solide Arbeit von Fecht (1887) für den Bericht maßgebend. Nicht herangezogen wird die älteste erzählende Quelle, der überaus geistvolle Augenzeugenbericht des Johann Caspar Malsch, 1728 in Karlsruhe gedruckt. Gestaltung und Entwicklung der neuen Stadt werden indes umsichtig dargelegt und in den Zusammenhang des Jahrhunderts der Aufklärung gestellt.

Die mit der wachsenden Stadt immer größer werdende Faktenfülle des 19. und 20. Jahrhunderts erforderte mehr Mut, Wichtiges zu betonen und auf weniger Wichtiges zu verzichten. Was die Identität der Stadt prägt, ist wichtig. Dazu sollten für Karlsruhe z. B. Höhepunkte der Technikgeschichte gehören: die Genialität des Fahrraderfinders Drais, der Werdegang des Autoerfinders Benz, der Eisenbahnpionier Gerwig und die Versuche von Hertz an der Technischen Hochschule, welche überhaupt eine Gesamtwürdigung verdient hätte. Was die Literatur betrifft, so ist es zu wenig, wenn Scheffel als Vereinsmitglied vorkommt, ohne daß seiner damaligen Spitzenstellung am Büchermarkt gedacht wird; der „Scheffelpreis“ erinnert heute noch daran.

Heinrich Hansjakob, auch er ein Großautor, hat der „Residenz“ ein reizvolles Buch gewidmet, auf deren Straßen er als Abgeordneter mit dem Heckerhut eine markante Erscheinung bot. Leben der badischen Hauptstadt spiegelt sich auch in den bedeutenden Jugend-Romanen von Emil Strauß (1903) und Wilhelm Hausenstein (1947).

Der Parnaß steht nicht in Karlsruhe, aber die Musen weilen dennoch gern in der Stadt bis in die Gegenwart und regen Vielbeachtetes an, z. B. in der Tonkunst durch Wolfgang Rihm, den bedeutenden Komponisten. Stärker zu würdigen wäre auch der Sport, besonders der Fußball, mit dessen Anfängen der „Engländerplatz“ zu tun hat. Zwei Karlsruher Vereine brachten es 1910/11 zur deutschen Meisterschaft. Für jeden Ort ist der Fremdenverkehr wichtig. Hier hätte Karlsruhe einiges vorzuzeigen. Seit der Gründung des Verkehrsvereins 1903 zog die Stadt Kongresse und Ausstellungen an. Noch in Trümmern und mit Notquartieren spielte sie zu Beginn der 50er Jahre eine führende Rolle als Kongreßstadt. Den Besucher-Rekord brachte der Deutsche Katholikentag 1992.

Zum Teil liegt es wohl an der rein epochenweisen Aufteilung der vorliegenden Stadtgeschichte, daß recht viel Bemerkenswertes nicht hervortritt oder ganz fehlt. Der Einschub von Übersichten zu einzelnen Schwerpunktthemen im Längsschnitt hätte die Orientierung erleichtern können. Dafür wäre der Verzicht auf manche Ausführlichkeit im einzelnen in Kauf zu nehmen. Das Fürstenhaus Baden wird mit Recht weniger stark in den Vordergrund gerückt als bei den Vorgängern, aber doch sachgemäß berücksichtigt. Beim Epochenumschnitt 1871 hätte sich ein Hinweis auf die maßgebliche Mitwirkung des Großherzogs an der Kaisererhebung seines Schwiegervaters angeboten, welcher – Ironie der Geschichte – die Rolle des Thronfolgers Prinz Max gegenübersteht, der nicht weniger tatkräftig als Reichskanzler zum Ende des Kaisertums 1918 beitrug.

Der Abschnitt von 1918 bis 1945 bietet spannungsreiche Lektüre. Er zeigt den Aufschwung trotz großer Nöte in den 20er Jahren: das neue Bauen im Dammerstock, das für seine Zeit einmalige Rheinstrandbad, den Flughafen, aber auch das Anwachsen der Nazi-partei bis auf 45% Wählerstimmen 1933. Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit werden in einem eigenen Kapitel von Manfred Koch dargestellt. Der Bombenkrieg wird sehr kurz abgehandelt; er hat Karlsruhe schwer gezeichnet und stark verändert. Den 4. 12. 44 hat Erich Lacker mit Recht als schwarzen Tag der Stadtgeschichte bezeichnet.

So stand denn auch 1945 keineswegs der „Verlust der Hauptstadtfunktion“ im Vordergrund; darüber war ohnehin noch nicht endgültig entschieden. Das Gefühl, noch Landeshauptstadt zu sein, wog gering gegenüber Gefühlen der Erleichterung über das Ende mit Schrecken, der Furcht und der Hoffnung auf Besserung. Am Theaterspielplan 1945 war das Bemerkenswerte, daß es ihn überhaupt schon gab, aber nicht das „Fehlen herausragender Aufführungen“. Auch über die Wahl des „Jedermann“ als Eröffnungspremiere sollte man sich nicht befremdet zeigen, immerhin geht es in dem Spiel darum, daß „jedermann“ für sein Tun Rechenschaft ablegen muß. Die Herausforderung neuer Stücke haben dann wesentlich stärker als das Staatstheater die kleinen Privattheater angenommen. Besonders Werner Wedekind sollte nicht vergessen werden. Der Rundfunk residierte bereits 1947 – und nicht erst seit dem Neubau des blauen Würfels 1957 – an der

Kriegsstraße. Er arbeitete im bombengeschädigten Bürklinchen Palais, dessen eleganter Bau wie viele andere wertvolle Bausubstanz der Trümmerbeseitigung zum Opfer fiel. Sie sollte ebensowenig als reine „Erfolgsgeschichte“ angesehen werden wie die Flächensanierung der Altstadt in den 70er Jahren. Mit Recht werden jedoch die Leistungen des Wiederaufbaus aufgezeigt und markante neue Projekte wie die Schwarzwaldhalle, die Waldstadt und die Bundesgartenschau 1967 herausgestellt. Das politische Tauziehen um die hohen Bundesgerichte und das Kernforschungszentrum findet die gebührende Beachtung. Breiten Raum erhalten Protestaktionen zur Zeit der Bundesregierung Kiesinger/Brandt 1968/69. Daran knüpft sich eine Notiz über die „Rote-Armee-Fraktion“ und das Attentat auf den Generalbundesanwalt 1978, das die Verbarrikadierung des BGH-Gebäudes im Herzen der Stadt nötig machte. Die Stadtgeschichte kann ausklingen mit Projekten friedlicher Verbesserung während der letzten Jahrzehnte wie der Technologie-Region, dem Flughafen bei Söllingen und der Zusammenarbeit über die Grenzen am Oberrhein (PAMINA).

Im ganzen haben wir eine überaus materialreiche Darstellung vor uns mit deutlicher Betonung der Sozialgeschichte und der Kommunalpolitik; zum Vereinswesen bietet der Band eine große Fülle von Informationen auf der Grundlage neuer Forschungen; er ist eine reiche Fundgrube und wird seinen Wert behalten. Eine reine Freude ist die vorzügliche Ausstattung des Bandes mit Karten, Tabellen und eindrucksvollen Bilddokumenten.

Die Zweihundertjahrfeier der Stadt Karlsruhe, zu der eine historische Festschrift erschienen ist, fiel in die notvolle Zeit des ersten Weltkrieges. Das nächste Jubiläum 2015 wird hoffentlich unter friedlichen Umständen auf die Stadt und ihre Bewohner zukommen. Wenn dann der Blick wieder zurück in die Vergangenheit geht, wird immer noch das Motto gelten, das der erste Karlsruher Geschichtsschreiber J. C. Malsch mit den Worten des Ovid seinem Bericht vorangestellt hat: *Et pius est patriae facta referre labor.*

Der Heimat Geschichte zu erzählen ist eine liebe Mühe. Klaus Oesterle

Finck, Adrien, Hammerklavier: Neue Poesie aus dem Elsaß. G. Olms-Verlag, Hildesheim, 1998

Wer über Jahre und gar Jahrzehnte hinweg das dichterische Schaffen Adrien Fincks begleitet hat, der wird über Überraschungen nach Stil und Form des Dargebotenen immer wieder erstaunt sein und der deutschsprachigen Poesie aus dem Elsaß bei Adrien Finck neue Akzente angewinnen können, gleichzeitig aber auch aufmerksam werden über Entwicklungen, die in diesem Poeten und Sänger, der in seinem Lande west, angelegt sind, die ihn wohl ausweisen auf der Höhe der allgemeindeutschen heutigen Lyrik, aber dann doch auch wieder als einen Interpreten eines „anderen Deutsch“, das mit Adrien Finck auch noch andere in der heutigen deutschsprachigen Literatur im Elsaß verkörpern (André Weckmann und Conrad Winter z. B.). Diesmal ist es mit diesem Bändchen aus der Tradition des G. Olms-Verlags, Hildesheim, ganz evident: angedeutet in „Langue de plaisir“ (1987) und „Fremdsprache“ (1988) ist hier in „Hammerklavier“ Adrien Finck ganz bewußt in eine schöpferische Verbindung von Sundgauer Mundart und Hochsprache im Zusammenhang mit dem Französi-

schen in eine „Triphonie“ eingetreten, sprachlich gesehen, die im Zeichen der „Euphonie“ steht, wie es Adrien Finck selbst ausdrückt. Damit steht der Dichter in der Wirklichkeit seiner Umgebung, wie sie ihm im Elsaß heute zur Hand ist. Man kann das bei Adrien Finck nicht als Anpassung bezeichnen – denn immerhin steht bei ihm die überkommene Heimatsprache im Vordergrund –, sondern als Wiedergabe dessen, was ihn innerlich bewegt, ob das zukunftsweisend sein kann, wird sich weisen. Als solches ist es eine Überschreitung der nationalen Grenzen und Sprachen, ganz zart deutet das eine überregionale Regionalliteratur an.

Auch die Form dieses Lyrikbändchens läßt aufhorchen: Die Überschrift „Hammerklavier“ ist der musikalischen Welt entnommen, die Sonaten Ludwig von Beethovens auf dem Hammerklavier liefern den Rahmen, den Adrien Finck als „eine Art veränderter Musiker“ bewußt aufbaut als eine Steigerung lyrischer Partituren, in denen, je nachdem, der sprachliche Übergang erfolgt und zu einer Einheit wird. Adrien Finck stellt das alles in eine literarische Tradition im Elsaß der letzten hundert Jahre hinein, wobei er kritisch und zustimmend, je nachdem, an Friedrich Lienhard, René Schickele, Ernst Stadler, Yvan Goll und Hans Arp anknüpft. Unter diesen sind auch schon einige Vertreter, die Adrien Finck den Weg vorzeigen.

Michael Ertz, Bretten

Hans-Werner Scheuing: „... als Menschen gegen Sachwerte gewogen wurden“. Die Geschichte der Erziehungs- und Pflegeanstalt für Geisteschwache Mosbach/Schwarzacher Hof und ihrer Bewohner 1933–1945.

Die 1880 als „Anstalt für schwachsinnige Kinder“ gegründete evangelische Einrichtung in Mosbach entsprang ebenso wie die im Jahr zuvor eröffnete St. Josephanstalt in Herten dem dringenden Bedürfnis, in Baden endlich auch etwas für die „Schwachsinnigen, Epileptischen und Idioten“ zu tun, nachdem für die Geisteskranken 1842 in Illenau eine mustergültige Anstalt geschaffen worden war. Es folgten, ebenfalls als evangelische Gründungen, 1892 die Anstalt für Epileptische in Kork und 1899 die der „Erziehungsanstalt Schwarzacher Hof“ für gefährdete männliche Jugendliche, ca. 20 km von Mosbach entfernt und völlig unabhängig von der dortigen Einrichtung. Während die Mosbacher Anstalt ständig expandierte und zu Beginn des Jahres 1933 etwa 270 Heimbewohner und 60 Mitarbeiter aufwies, drohte dem Schwarzacher Hof wegen wirtschaftlicher Probleme und rückläufiger Belegung um diese Zeit die Schließung.

Scheuing verfolgt in seinem Buch die von zunehmender Gefährdung gekennzeichnete Geschichte der ab 1936 vereinten Einrichtungen in der Zeit des Dritten Reiches, gefährdet deshalb, weil das NS-Regime den Kirchen und ihren Einrichtungen ohnehin feindlich gesonnen war, besonders aber deswegen, weil die in ihnen betreuten behinderten Kinder und Erwachsenen für die Nationalsozialisten „unwertes Leben“ darstellten.

Scheuing legt aber auch schonungslos die inneren Widersprüche und Schwächen der Institution offen, die dem hohen Anspruch des „liebvollen Dienstes an den Ärmsten der Armen“ in Vielem nicht genügte, gegenüber den Schwerstbehinderten weitgehend versagte und sich auch in der Betreuung der „Bildungs“- und

Arbeitsfähigen durchaus von wirtschaftlichen Interessen der Anstalt leiten ließ. Das aus minutiösen Recherchen zusammengesetzte Bild des Anstaltslebens in der Vorkriegszeit offenbart darüber hinaus ein recht „rauhes“ Klima in der Anstalt mit deutlichen Hierarchien unter den Bewohnern, verbreiteter Anwendung der Prügelstrafe und einer religiösen Erziehung, die „die Herzen der Heimbewohner häufig nicht erreichte“, sondern eher mit Zwang und Unterordnung in Verbindung gebracht wurde.

In dem Gesagten deutet sich an, daß Scheuing Person und Wirken des Anstaltsleiters, des seit 1929 im Amt befindlichen Pfarrers Robert Wilckens ausgesprochen kritisch sieht, wobei er jedoch mildernd in Rechnung stellt, daß dieser in seiner Arbeit von Seiten der Landeskirche weitgehend allein gelassen wurde. Nur in einem Punkt kann er Wilckens höchste Anerkennung nicht versagen, nämlich in Krisensituationen die Interessen der Anstalt auf wirtschaftlichem Gebiet „äußerst geschickt“ vertreten zu haben. Das gilt insbesondere für seine Reaktionen auf die ständig erhöhten Steuerforderungen des Staates, die Anmietung und den späteren Ankauf des Schwarzacher Hofes Mitte der Dreißiger Jahre, beim Verkauf der Anstalt Mosbach in den Jahren 1940/41 und die lukrative Vermietung des Schwarzacher Hofes an die Firma Daimler Benz gegen Ende des Krieges. Als Folge wurden aber schwerwiegende Nachteile für die Bewohner in Kauf genommen, sodaß Scheuing zu dem – im Titel des Buches angedeuteten – bitteren Urteil kommt, daß „innerhalb der Anstalt letztlich die Sachwerte das größere Gewicht“ hatten.

Den größten Teil des Buches nimmt die Darstellung der Gewaltmaßnahmen des NS-Regimes gegen die Heimbewohner in Anspruch. In Anbetracht der „denkbar schlechten“ Quellenlage bei Beginn seiner Forschungen hat Hans-Werner Scheuing das schier Unmögliche geleistet, durch Erschließung bisher unbekannter oder ungenutzter Quellen eine in ihrer detailreichen Dokumentation außergewöhnliche, um nicht zu sagen einmalige Beschreibung nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen gegen die Bewohner einer kirchlichen Einrichtung für geistig Behinderte zu liefern. Unter anderem führte er über 80 Gespräche mit Heimbewohnern und Angehörigen, ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Nachbarn aus der Umgebung.

Als im Sommer 1933 das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses verkündet wurde, gingen fünf Diakonissen demonstrativ nicht zur Wahl, was zur Abberufung der leitenden Diakonisse führte. Es war dies die einzige bekannte Widerstandsaktion unter Mitarbeitern der Anstalt im Dritten Reich. Auf der anderen Seite konnte sich jedoch ein Lehrer der Anstalt ungehindert propagandistisch für das Gesetz einsetzen. Nach Scheuings Feststellungen nahm der Anstaltsleiter lange eine „unentschlossene Haltung“ ein, wobei er sicher auch durch die positive Einstellung des Zentralverbandes der Inneren Mission zu Fragen der Eugenik beeinflusst war. Er überließ es dem Amtsarzt, die an sich von ihm geforderten Anträge auf Sterilisation zu stellen, beugte sich aber in mindestens 61 Fällen dem Urteil des Erbgesundheitsgerichts und ließ die Betroffenen dem verstümmelnden Eingriff zuführen.

Baden und Württemberg gehörten zu den ersten Ländern, die ab Januar 1940 von der „Aktion T4“, der Ermordung von 70 000 psychisch Kranken und geistig Behinderten durch Vergasung in speziellen Mordanstalten erfaßt wurden. In Unkenntnis ihrer wahren

Bedeutung hatte Mosbach im Oktober 1939 die ominösen Meldebogen für alle Pfléglinge ausgefüllt, obwohl dies eigentlich nicht verlangt war. Im Juni 1940 kam aus Karlsruhe die erste Ankündigung von Verlegungen, gegen die Wilckens sofort, aber hauptsächlich mit wirtschaftlichen Argumenten protestierte. Nachdem der erste für den 28. Juni geplante Transport vielleicht wegen des unmittelbar bevorstehenden 60-jährigen Jubiläums nicht durchgeführt worden war, traf am 12. September 1940 ein Transportführer mit den berechtigten grauen Bussen in Mosbach ein. Unter Hinweis auf die fehlende Anordnung des badischen Innenministeriums konnte Wilckens zwar die Herausgabe seiner Schutzbefohlenen um einen Tag verzögern, mußte sich aber andererseits selbst an der Auswahl der Opfer beteiligen. Einen Tag vor dem nächsten geplanten Transport suchte Wilckens den für die Organisation der „planwirtschaftlichen Maßnahmen“ in Baden zuständigen Dr. Sprauer im Karlsruher Innenministerium persönlich auf und bat um „Hilfe und Beistand“, um das drohende Unheil, welches die Existenz der Einrichtung bedrohe, abzuwenden. Er hatte keinen Erfolg. Am 17. September wurden 90 und am 19. September noch einmal 53 Pfléglinge abgeholt. Nur bei diesem letzten Transport konnte Wilckens erreichen, daß 37 Arbeitsfähige zurückgestellt wurden.

Hans-Werner Scheuing hat die Abläufe so genau wie noch nie zuvor rekonstruiert. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Wilckens im Gegensatz zu den Anstaltsleitern von Kork, Herten und Stetten kaum passiven Widerstand gegen die Todestransporte geleistet hat, ja sogar zu einer gewissen Zusammenarbeit mit den Vertretern der T4-Organisation bereit war. Während er den Abtransport der Schwerstbehinderten aus dem Schwarzacher Hof quasi als schicksalhaftes Ereignis hinnahm, begann er erst dann um jedes einzelne Menschenleben zu ringen, als es um die „brauchbaren“ Heimbewohner ging. Dabei muß ihm allerdings zugute gehalten werden, daß er in dieser schwierigen Situation von seiner Landeskirche wieder allein gelassen wurde. Während zur gleichen Zeit in Württemberg unter der Führung des Landesbischofs Wurm eine vielfältige Protestaktion mit Eingaben bis in die höchsten Stellen des Reiches abließ, ließ es der Oberkirchenrat bei einem Protestbrief an den badischen Innenminister bewenden. Die schweren Vorwürfe, die der Autor erhebt, kann er anhand vieler Einzelheiten belegen.

Nach der Ermordung von 218, d. h. fast der Hälfte aller Heimbewohner war nach Meinung des Verwaltungsrates der Anstalt eine der beiden Teileinrichtungen „überflüssig“ geworden. Man dachte an den Verkauf des Schwarzacher Hofes, mußte sich aber den Pressionen der Stadt und des Landkreises Mosbach auf Verkauf der Anstalt Mosbach an die Wehrmacht beugen und die gesamte Anstalt in den Schwarzacher Hof verlegen.

Im Juli 1944 wurde die Situation der überlebenden Heimbewohner wieder kritisch, als das Reichsinnenministerium die Räumung des Schwarzacher Hofes zwecks Einrichtung eines Betriebskrankenhauses für die Fa. Daimler Benz anordnete. Hier sollten kranke Fremd- und Zwangsarbeiter aus einem nahegelegenen unterirdischen Motorenwerk behandelt werden. Seinem Stil treu bleibend, alle Entwicklungen bis in die letzten Details und Verästelungen hinein zu recherchieren und zu analysieren kann Hans-Werner Scheuing auch diese Krisensituation erstmals vollständig beschreiben. Nach schriftlicher Benachrichtigung durch Wilckens wurden 65 Heimbewohner von ihren

Angehörigen abgeholt. Bei weiteren 50 Behinderten erklärte er sich mit der Verlegung in staatliche Anstalten einverstanden, nachdem ihm der Transportleiter Roloff versichert hatte, sie würden „dort genau so gut gepflegt wie bei Ihnen“. Wilckens stellte sogar Begleitpersonal für den Bahntransport nach Eichberg und Uchtspringe zur Verfügung. Nur fünf Verletzte haben das Kriegsende noch erlebt. Im Transport nach Eichberg befanden sich auch die „Forschungskinder“, die vorher von der Psychiatrischen Klinik Heidelberg untersucht worden waren. Bei ihnen war nach der Ermordung die Rücksendung der Gehirne nach Heidelberg vorgesehen. – 23 „bildungsfähige“ Kinder konnten in den wenigen für die Restanstalt reservierten Gebäuden des Schwarzacher Hofes verbleiben. Ob es sich dabei allerdings um die von Scheuing vermutete „Einlösung eines Versprechens“ der T4-Organisation handelt, die Anstalt auch in Zukunft für Bildungsfähige zu erhalten, muß bezweifelt werden.

Das hervorragend ausgestattete Buch besticht nicht nur durch die vielen rekonstruierten Biographien und die Zitate von Betroffenen und Zeitzeugen, sondern auch durch zahlreiche Abbildungen, darunter viele Fotos von damaligen Heimbewohnern und auch von Ermordeten. Auf diese Weise werden Schicksale anschaulich und konkretere Begegnungen mit den Opfern des NS-Terrors möglich. Daß jeder Abschnitt mit einer von Reflexionen durchsetzten Zusammenfassung beendet wird, erleichtert Übersicht und Verständnis.

Heinz Faulstich, Konstanz

**Thomas Adam: In den Dörfern gehn die Lichter an. Menschen, Alltag, Elektrizität: Die Geschichte der Stromversorgung in Untergrombach und im Bruchsaler Raum. (Beiträge zur Heimatgeschichte, Band 2), herausgegeben vom Heimatverein Untergrombach, 28 Seiten, Preis: 5 DM**

In der Schriftenreihe „Beiträge zur Heimatgeschichte“ des Heimatvereins Untergrombach ist im Februar 1999 der zweite Band erschienen, der sich unter dem Titel „In den Dörfern gehn die Lichter an“ mit der Geschichte der Elektrizitätsversorgung in Untergrombach und im Bruchsaler Raum auseinandersetzt. Der Autor Thomas Adam richtet dabei den Fokus nicht auf die technische Seite der Stromversorgung, sondern stellt die Frage in den Mittelpunkt, wie die Elektrizität seit Beginn des 20. Jahrhunderts den Alltag und das soziale Leben verändert hat.

Die Publikation dieser Schrift fällt in eine Zeit, da dieser Thematik eine außerordentliche Aktualität zukommt. Denn seit der zunehmend flächendeckenden Einführung der Elektrizität vor über 80 Jahren ist selten so viel und so kontrovers über das Thema „Strom“ diskutiert worden wie gerade gegenwärtig. Sei es die Frage der Strompreise, sei es die Diskussion über umweltfreundliche Energieformen, sei es schließlich die Entwicklung eines freien Wettbewerbs – Elektrizität, ihre Herkunft und ihre Verwendung sind „im Gespräch“.

Die Broschüre rückt den Strom in ein historisches Licht und beleuchtet die Geschichte der Elektrizitätsversorgung und ihrer vielfältigen Folgen. Gerade die heutige „Technologie-region“ im Karlsruher Umland zählte noch 1913 zu den großen weißen Flecken der

Stromversorgung in Baden, und so konnte sich dieser Raum erst nach einer regelrechten „Aufholjagd“ – die im Jahre 1917 mit der flächendeckenden Einführung von Elektrizität begann – zu der hochindustrialisierten Region entwickeln, die er heute ist. Gerade der Erste Weltkrieg und seine verheerenden wirtschaftlichen wie sozialen Folgen ließen den Wunsch nach Verfügbarkeit von Strom sowohl auf Seiten der Verwaltung wie auch der Dorfbewohner reifen. Und da die Versorgung einer Gemeinde mit Strom in jener Zeit kein singuläres „inselartiges“ Geschehen gewesen ist, sondern geradezu eine Bewegung war, die eine gesamte Region erfaßte, blickt Adam in seinen Ausführungen weit über die Gemarkungsgrenzen von Untergrombach hinaus und zitiert einschlägige Quellen aus zahlreichen Gemeinden des Bruchsaler Raums.

Die Einführung der Stromversorgung markierte eine der folgenreichsten Entwicklungen in der Geschichte, und so stehen die folgenden Fragen im Mittelpunkt: Wie veränderte der Strom den Alltag? Wie hat er zum Entstehen der heutigen Gesellschaft beigetragen? Die Arbeit geht von der These aus, daß der Strom unser Leben auf lange Sicht stärker und grundlegender verändert hat als mancher vermeintlich tiefgreifende politische Wandel. In allen Bereichen sind diese Veränderungen zu spüren, die der Strom bewirkt hat. Sei es im Gewerbe, sei es im Alltag, sei es in den privaten Haushalten, wo die Palette des Veränderten vom Bügeleisen über den E-Herd bis hin zu Fernsehen und Radio reicht.

Der Untertitel der Broschüre heißt „Menschen, Alltag, Elektrizität“ – und diese Wortverbindung ist durchaus programmatisch zu verstehen. Aus völlig anderer Perspektive hätte der Untertitel etwa auch lauten können: „Turbinen, Motoren, Elektrizität“. Diese Arbeit jedoch ist keine Technikgeschichte der Elektrizität, sondern eine Sozial- und Alltagsgeschichte. Dieser Aspekt klingt auch in der Buchbesprechung durch, die in den Badischen Neuesten Nachrichten am 26. Februar 1999 erschien: „Den Leser erwartet keineswegs eine trockene Geschichte der Technik mit Volt, Watt und Ampere, mit Gleich- und Wechselstrom, mit Hochspannungsmasten und Leitungsquerschnitten, sondern die ‚Chronik‘ weckt bei den Älteren viele Kindheitserinnerungen und bei den Jüngeren Verständnis für das, was für sie heute selbstverständlich ist [...] Jedem, der das lebendig geschriebene ‚Traktat‘ liest (und das tut er gewiß in einem Zug), geht so manches Licht auf“.

Die Broschüre ist erschienen in der Reihe „Beiträge zur Heimatgeschichte“ des rührigen Untergrombacher Heimatvereins, die sich bereits zu einer festen Größe für die Regionalgeschichtsforschung entwickelt hat. Das ursprüngliche Ziel dieser Reihe ist es insbesondere gewesen, in lockerer Folge solche Themen zu vertiefen und zu erforschen, die in der 1995 veröffentlichten Ortschronik von Untergrombach aus verständlicher Rücksicht auf Umfang und Volumen nur überblickartig haben behandelt werden können. Daher erschien die Idee einer Schriftenreihe in loser zeitlicher Folge, wobei der Preis von 5 DM je Broschüre auf Dauer gehalten werden soll, als die geeignete Form, heimatgeschichtliches Wissen zu vertiefen und zugleich eine publikumsfähige Form der Veröffentlichung zu finden. Der im Sommer 1998 erschienene erste Band – „Judenfriedhof Obergrombach“ aus der Feder von Josef Lindenfesler – entwickelte sich zum regionalen „Bestseller“ und ist mittlerweile fast ausverkauft. Weitere Bände sind bereits in Arbeit: so wird zum 10jährigen Jubiläum der Partnerschaft zwischen Untergrombach

und Ste. Marie-aux-Mines eine Veröffentlichung die Geschichte dieser „Jumelage“ zwischen dem Bruchsal-er Stadtteil und der französischen Vogesengemeinde aufarbeiten.

Die einzelnen Bände der Schriftenreihe des Heimatvereins Untergrombach sind zum Preis von 5 DM erhältlich beim Heimatverein Untergrombach (Anschrift: Siegfried Stephan, Büchenauer Straße 31, 76646 Bruchsal-Untergrombach, Tel. 0 72 57/14 53; Fax 0 72 57/93 15 93). Thomas Moos

### Ergötzliches auf schwäbisch.

Der Silberburg-Verlag Tübingen hat in seinem Frühjahrsprogramm einige Bücher, die den Spaß an schwäbischer Sprachkultur und an spezifischen Kulturgeschichte fördern:

Wer weiß, was ist? – 50 Geschichten werden erzählt in Form von Rätseln; viel weniger Bekanntes ist dabei, amüsant werden Geographie, Geschichte präsentiert. Wers allein nicht schafft, bekommt natürlich alle schwäbischen Rätsel aufgelöst. ISBN 3-87407-307-6.

Wer weiß, wers war? – Hier werden sogar die alt-schwäbischen Grenzen überschritten; in sechzig biographischen Rätseln soll man herausragenden Persönlichkeiten der südwestdeutschen Landesgeschichte auf die Spur kommen; ein „Lösungsteil“ sichert für jeden ein eindeutiges Ergebnis. ISBN 3-87407-306-8.

Besondere Freude aber macht Hanno Kluge mit „Woisch noh?“ Der Dialekt ist für den Autor in der Tat eine urige Quelle voller Kraft und Witz, die Schwaben werden in ihren Eigenheiten hintergründig und liebenswert, deftig und prall, ausdrucksstark und greifbar vorgeführt. Das Bändchen bringt wirklich „Ergötzliches und Bedenkliches“ über die schwäbischen Zeitgenossen; aber man muß doch die Mundart selbst einigermaßen souverän beherrschen. ISBN 3-87407-311-4.

Die 365 Verbalinjurien in „Thaddäus Trolls schwäbischer Schimpfwörterei“ zeigen zwar den schier unerschöpflichen Reichtum der schwäbischen Sprache, wens darum geht, Fraktur zu reden, zu poltern und zu schnauzen. Aber schwäbischer Sprachschatz kommentiert in Schriftsprache und Hochsprache wirkt hier doch merkwürdig fad, saftlos, labberig, geschmacklos – ist kaum ein Lesevergnügen. ISBN 3-87407-308-4.

Adolf Schmid

Hansjörg Probst (Hrsg.) Ladenburg: Aus 1900 Jahren Stadtgeschichte mit Beiträgen von Hartmund Freund . . . u. a. Verlag Regionalkultur Ubstadt-Weiher, 1998, 832 S., ca. 300 Abbildungen, ein Plan, DM 69,-

Stadtgeschichten sind Identifikationsträger und haben heute Konjunktur aus vielerlei Gründen. Erinert sich die Bürgerschaft gar an eine 1900jährige Vergangenheit, dann sind wahrlich entsprechende Anstrengungen zu erwarten. So wiegen die 832 Seiten 4 kg, sind also keine Reiselektüre, vielmehr ein Forschungsband, der eifrig studiert werden will. Der Herausgeber, selbst mit drei wichtigen Beiträgen vom 6. bis zum 18. Jh. vertreten, hat weitere 14 Fachleute so zu koordinieren

verstanden, daß bei aller Spezialisierung doch eine überzeugende Linie in dieser Aufsatzsammlung zu entdecken ist.

Spezialisten haben die Ladenburger Fundgrube der Archäologie von den Kelten bis zur römischen Stadt ausgebeutet. Mit 556 Anmerkungen im Einzelfall ist das ein weites Feld einmal für Forscher, die hier jüngste Ergebnisse zusammengetragen sehen, immer wieder informiert von Berndmark Heukemes, der seit 1948 mit der örtlichen Stadtarchäologie ein Lebenswerk geschaffen hat. Bei allen akribischen Einzelfakten leuchtet aber das Profil jenes Lobodunum durch, eingebettet in die große Geschichte.

Einen solchen weiten Bogen spannt auch Probst, wenn er zur Einzelforschung auch Grundsätzliches zum Mittelalter erwähnt, wie H. Wiegand, der in seinem Humanismuskapitel den europäischen Zusammenhang darstellen muß, will man die Bedeutung von drei hervorragenden Ladenburger Repräsentanten verstehen – für sensibilisierte Historiker ein Lektürgenuß, für Laien wohl harte Kost, wenn auch das Bemühen der beiden Autoren, lesefreundlich zu bleiben, deutlich zu spüren ist, weil Leitlinien, erhellende Vergleiche und anschauliche Lebensbilder den Faktenreichtum beleben.

Man hat auf Mittelalter und frühe Neuzeit einen starken Akzent gesetzt; das 18. und 19. Jh. wird knapper beleuchtet. Kapitel zu den Kirchengemeinden und dem Schulwesen erweitern den z. T. chronikalischen Abriß, wie z. B. zur 1848er Revolution. Manche Stadtgeschichte wollen vor allem die Sonnenseiten ihrer Kommune herausstellen, für die Ladenburg in den meisten Jahrhunderten wahrlich Stoff genug liefert. Der Herausgeber hat jüngere Historiker gewonnen, die die Schattenseiten des 20. Jhs. zu beschreiben bereit waren, ausgewiesen durch erfolgreiche Magisterarbeiten, die hier gekürzt dargeboten werden. So ist der besondere Sektor des Ladenburger-Reichsbanners, dem sozialdemokratischen Kampfbund, zu verstehen, der exemplarisch von H. Kreutz für die Weimarer Zeit gelten soll. H. Freund vermittelt mit dem Kapitel „Ladenburg unterm Hakenkreuz“ Beispielhaftes zum Alltag einer Kleinstadt in den 12 Jahren, die „Basisdiktatur“ der unteren Nazichargen, dem sich J. Zieher mit dem Bericht über jüdisches Leben anschließt, ein Längsschnitt, der von Verfolgungen im Mittelalter bis zu Schicksalen im Lager Gurs reicht.

Probst bedauert, daß bei diesen Aufsätzen noch einige Aspekte fehlen. Andererseits mag man fragen, ob wirklich jede Einzelheit aufgeführt werden muß, so z. B. die Einrichtung einer Amateur-Funk-AG am Carl Benz Gymnasium. Der ehem. Bürgermeister R. Schulz weist in seiner Schlußchronik „Ladenburg nach dem II. Weltkrieg“ aber daraufhin, daß hier „auch scheinbar nebensächliche, gleichwohl erhellende Ereignisse“ zu sammeln sind.

Das spiegelt die Methode von Stadtgeschichten wider: die Bürgerschaft will sich wiedererkennen, und sicher sind selbst bei diesem Band noch Wünsche einzelner Gruppen offen; die Älteren wollen den Jüngeren die Atmosphäre ihrer Jugend vermitteln, aber auch Rechenschaft ablegen. Insofern deckt das von der Bezirkssparkasse Weinheim großzügig subventionierte Buch sowohl wissenschaftliche Kompetenz wie erlebte jüngste Vergangenheit ab, also eine Stadtgeschichte, die für Ladenburg Zeichen gesetzt hat und auch als ein „Buch für die Pfalz“ gelten kann, zumal die Ausstattung mit Bildern und Karten vorbildlich ist.

Leonhard Müller

Stefan Mörz, Haupt- und Residenzstadt. Carl Theodor, sein Hof und Mannheim. Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim Nr. 12, hrsg von Jörg Schadt Mannheim 1998, 164 S. mit 78 z. T. farbigen Abbildungen. ISBN 3-92 6260-41-6.

In den „Kleinen Schriften“ stellt diese Ausgabe anlässlich des 200. Geburtstags des pfälzischen Kurfürsten einen besonderen Höhepunkt dar. Nicht nur, daß man einen kompetenten Autor, den derzeitigen Leiter des Ludwigshafener Stadtarchivs, gefunden hat, der über den aufgeklärten Absolutismus in der Pfalz promovierte und damit aus einer breiten wissenschaftlichen Literatur schöpft. Er verfügt auch über eine so anschauliche Darstellungskraft, daß damit ein gewichtiges Kapitel für eine Jubiläums-Stadtgeschichte 2007 bereits vorliegt und von der Bürgerschaft heute schon gern gelesen wird.

Es ist zum einen eine Biographie diesen gescheiten Carl Theodor mit seinen menschlichen Höhen und Tiefen, seinen Lieben und Schicksalen, seinen breiten Interessen, der sich vom barocken Repräsentanten zur bescheideneren Lebensform des rational-aufgeklärten Absolutismus entwickelte, und nicht nur angesichts des Alterwerdens. Ein Leben, geregelt wie ein Uhrwerk: Frühaufsteher, fleißige Aktenarbeit, Audienzen, stundenlange Ministerialkonferenzen, ca. 1000 während der Regierungszeit. Aber auch Besuch der Schaubühne, der Konzerte und Gesellschaften. Es ist vor allem auch ein Kapitel der höfischen Prunkentfaltung eines der reichsten und mächtigsten damaligen Fürsten, der nicht zuletzt in den Jülich-Bergischen Besitztümern seine finanziellen Ressourcen sah und nun in der lebensfrohen Pfalz einen Hof einzurichten verstand, der Anziehungspunkt für andere Fürsten wurde.

Mörz führt mit Akribie die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Struktur dieses deutschen Versailles vor, das die Stadt Mannheim für ein Menschalter zum Leuchten brachte. Die verschiedenen Mitglieder des ca. 5000 Personen umfassenden Hofstaats samt ihrer nicht weniger zahlreichen Dienerschaft werden beschrieben, die alle einer großen Hofversorgung bedurften. Allein 33 406 Gulden wurden 1758 für inländische, 9353 für ausländischen Weine ausgegeben, also etwa 4,2 Mio Mark (nach L. Gall).

Die Stadt Mannheim, mittlerweile auf über 25 000 Einwohner angewachsen, vergnügte sich mit an den großen Festlichkeiten, den Feuerwerken, den Umzügen, und verdiente sehr gut dabei. Der Wechselbezug von Hof und Stadt wird besonders deutlich: der Einfluß auf die Rechtspflege, die Finanzen, die Polizei u. a. Mannheim wurde Sitz der Behörden des Kurfürstentums mit vielen Beamten, und Mannheimer hatten es leichter, mit Bittschriften zum Erfolg zu kommen, die an ihrem Fürsten, im Unterschied zur unnahbaren Gattin, sein verbindliches Wesen, seine Zugänglichkeit schätzten, auch über seine erotischen Eskapaden lächelten, wenn dieser auf den allgemein zugänglichen Bällen seine „Damen“ suchte. Sie litten 1775 unter seiner schweren Erkrankung und feierten Feste bei seiner Genesung.

Dementsprechend saß der Schock tief, als Carl Theodor 1778 das Erbe des bayrischen Kurfürsten antrat und die Residenz nach München verlegt wurde. Zwar blieben viele Verwaltungssitze erhalten, und die Kurfürstin, voller Abneigung gegen den Gatten, kehrte bald von München zurück. Auch Carl Theodor hielt sich auf seinen Reisen längere Zeit in Mannheim auf, aber

der Pomp früherer Jahre fand nicht mehr statt. Die Handwerker erlitten Einbußen, Arbeiter verarmten. Lediglich das Nationaltheater wurde nicht nur erhalten, sondern zusätzlich unterstützt, ein Lichtblick für das Bürgertum, das sich materiell wie kulturell nun ganz auf sich selbst zurückgeworfen sah.

Dieser bewegte Abschnitt im 18. Jh. Mannheims ist, durch mehrere Sponsoren unterstützt, großzügig illustriert worden, und so bietet die Publikation auch optisch einen Genuß. Hoffen wir, daß die künftige Stadtgeschichte Register für einen bessere Orientierung dazu bietet. Leonhard Müller

Raimund Bohe, Anspruch auf Leben. Gedichte mit Anhang. Edition G. Braun, Preis: 19,80 DM.

Der Autor gibt seinen ca. 80 Gedichten als Anhang vier Aufsätze bei, in denen er den Anspruch des Lebens an den Menschen entwickelt. Diese publizistische Entscheidung hat allerdings die Konsequenz, daß der Leser sich wohl zunächst den Aufsätzen zuwendet und nach der Lektüre der Aufsätze erst den Gedichten. Die Ausgangslage des Verfassers entspricht wohl der schon von Georg Simmel 1923 exemplarisch beschriebenen Lage von (metaphysischem) Bedürfnis der Menschen und der (objektiven) Erfüllung eben dieses Bedürfnisses. „Wenn alle Kirchtürme aufgehört haben, auf Gott zu zeigen, dann zeigen sie immer noch die Sehnsucht, fromm zu sein“, formuliert der Autor diese Einsicht in einem einprägsamen Bilde. Und in der Tat ist die Herstellung einer immer schon prekären Balance zwischen metaphysischem Bedürfnis, und intellektuell akzeptabler Erfüllung auf weite Strecken hin ein Grundthema von Literatur und Philosophie gewesen. Über Kants Einsicht sind wir dabei nicht hinausgekommen, denn, so schreibt er, „hier“ – im Falle der Erfüllung – „tritt das Recht des Bedürfnisses der Vernunft ein, als eines subjektiven Grundes, etwas vorauszusetzen, was sie durch objektive Gründe zu wissen sich nicht anmaßen darf; und folglich sich im Denken. . . lediglich durch ihr eigenes Bedürfnis zu orientieren“ (Kant, Werke, Bd. 3, S. 271). Orientierung durch das eigene Bedürfnis, diese Formel Kants, scheint mir auf den vorgelegten Band Bohes genau zu passen. Der Verfasser ist sich bewußt, „daß wir uns den unbescheidensten Wunsch nach Gewißheit nur noch auf dem bescheidensten Wege erfüllen können“ (S. 55). Gedichte sind der legitime Ort, diese Unbescheidenheit als Sprachspiel zum Ausdruck zu bringen. Inwieweit das eigene metaphysische Bedürfnis universalisierbar ist, braucht das Gedicht nicht zu kümmern.

„Die Postmoderne ist die Moderne, die die Unmöglichkeit ihres ursprünglichen Projekts eingestanden hat, lehrte uns Zygmunt Bauman (Moderne und Ambivalenz). Mit dieser Unmöglichkeit kann und will sich Bohe nicht abfinden. Er stellt deshalb in den Aufsätzen erneut die „romantische Frage“ (S. 121) nach der Beziehung von Ich und All. Diese „Unbescheidenheit des metaphysischen Anspruchs“ gründet nach Bohe im „Bedürfnis des Menschen nach Einverständnis“ (S. 119) mit dem Ganzen. Das Problem von „Bedürfnis“ nach Einverständnis und Erfüllung versucht der Autor zu lösen durch die Verbindung von menschlichem Bedürfnis und Anspruch des Lebens an die Menschen. Die zentrale Botschaft der Gedichte ist deshalb:

„Der Anspruch des Lebens an mich ist Glück“  
(S. 117).

Oder er schreibt in „Glücksregister“:

„Der Erde bist du  
sei glücklich  
es schuldig  
Sei glücklich  
das Sein nimmt ab  
wenn du nicht glücklich bist“ (S. 54).

Zwischen menschlichem Glück und der Welt gibt es  
nach Bohe einen zwingenden Zusammenhang:

„Die Welt verschenkt Glück  
und jeden Gedanken  
sie entwirft uns damit  
wir sie entwerfen  
damit es nicht fehlt  
an Freude und Andacht“ (S. 10).

Einverständnis mit dem Leben, Glück und Dankbarkeit „vermehrten“ so das Sein und fördern den Frieden der Geschöpfe. Das Leben hat Anspruch auf das Glück eines jeden einzelnen, jeder Kreatur. Der Mensch hat dem Glück „zu dienen“, denn dieses Glück dient dem Leben als Ganzem. So wie die Vögel durch ihren Flug den Raum, den sie durchfliegen „dehnen“,

so mehrt der Mensch das Sein durch sein Einverständnis:

„Erst die Vögel  
dehnen den Raum  
daß er weiterreicht  
daß er hinreicht  
wohin sie fliegen“ (S. 65).

Glücklichsein als Einverständnis mit dem Ganzen ist nach Bohe nicht etwas rein Individuelles, Subjektives, sondern die objektive Erfüllung des Anspruchs des Lebens an die Kreatur. Gewissermaßen eine Metaphysik des Glücks insofern das individuelle Glück in einem Weltzusammenhang steht. Der Glücksanspruch des Menschen wird umgedreht zu einem Glücksanspruch des Lebens an den Menschen. Nach Platon besteht das Gutsein eines Menschen, eines Dinges im „Ergon“, in dem, wofür es taugt. Das Leben taugt nach unserem Autor nur dann für das Ganze, wenn es glücklich geführt wird. Trotz der radikalen Subjektivierung der antiken Idee vom guten, glücklichen Leben in der Postmoderne bleibt der ins Große angelegte Anspruch des Menschen auch weiterhin bestehen. In der gegenwärtigen Situation bleibt wohl nichts anderes übrig, als „daß jeder Geist sich selbst ein Haus und jenseits des Hauses eine Welt und jenseits der Welt einen Himmel baut“ (R. W. Emerson, „Nature“, 1836).  
H. Hauß

# Autoren dieses Heftes

*Dr. Kurt Andermann*

*Dr. Herbert Borghammer*

*Dr. Wolfram Förster*

*Hans-Joachim Hirsch*

*Prof. Helmut Kahlert*

*Alois Kraftczyk*

*Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer*

*Inge Messer*

*Dr. Leonhard Müller*

*Dr. Monika Ryll*

*Dr. Hartmann M. Schärf*

*Alois Schmid*

*Prof. Dr. Hansmartin Schwarzmaier*

*Prof. Dr. Svoboda*

*Elmar Vogt*

*Dr. Johannes Werner*